Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

OSTLAND

Jahrbuch für ostdeutsche Interessen

1912

OSKAR EULITZ'VERLAG · LISSA I. P.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

OSTLAND

Jahrbuch für ostdeutsche Interessen

Herausgegeben
von
Albert Dietrich · Otto Hoetzsch · Manfred Laubert
Dietrich Schäfer · Max Sering · Leo Wegener
Kurt Wiedenfeld · Erich Zechlin

1. Jahrgang

1 · 9 · 1 · 2
OSKAR EULITZ' VERLAG · LISSA I. P.

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

I. Teil:

Aufsätze.

Seite

Zur Einführung. Von Professor Dr. Otto Hoetzsch in Berlin . . 1

Deutsche Sprachgrenzen und Sprachenkämpfe. Von Geh. Hofrat Professor Dr. Dietrich Schäfer in Berlin 9

Die Abwehrmaßnahmen des Deutschtums in Oberschlesien auf finanziellem Gebiete. Von Landrichter Dr. Ernst Sontag in Berlin 27

Der deutsche Osten im Verkehrssystem der Gegenwart. Von Professor Dr. Kurt Wiedenfeld in Köln 42

Der Handel der Ostmark. Von Kommerzienrat Otto Münsterberg in Danzig 60

Die oberschlesische Montanindustrie und ihre Entwickelung in den letzten beiden Jahrzehnten. Von Bergassessor Georg Hoffmann in Kattowitz 70

II. Teil:

Übersichten

über die einzelnen Zweige der Polenfrage und des ostdeutschen Wirtschaftslebens 1911/12.

Seite

I. **Die Polenfrage in Rußland und Österreich.** Von Professor Dr. Otto Hoetzsch in Berlin 117

II. **Die Polenfrage in Preußen, einschl. der Tätigkeit der Ansiedlungskommission.** Von Dr. Erich Zechlin in Posen 137

III. **Die Besitzfestigung.** Von Dr. iur. Albert Dietrich in Posen 156

IV. **Deutsche Kleinsiedlung in Posen und Westpreußen.** Von Regierungsrat Karl Nehring in Posen 165

Digitized by Google

Seite

V. **Deutsches und polnisches Genossenschaftswesen in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien.** Von Dr. Friedrich Swart in Posen 176

Anlage: **Bilanzen der Volksbanken in Oberschlesien.** Von Landrichter Dr. Ernst Sontag in Berlin 194

VI a **Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Posen.** Von Dr. Wilhelm Christiani in Posen 200

VI b **Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Oberschlesien.** Von Verbandsbibliothekar Karl Kaisig in Gleiwitz O.-S. . . 205

VII. **Die polnischen Organisationen.** Von Generalsekretär Fritz Vosberg in Posen 226

VIII. **Die ostdeutsche Landwirtschaft.** Von Privatdozent Dr. Max Augstin in Berlin 246

IX. **Deutsches und polnisches Handwerk.** Von Dr. Friedland Krause in Posen 256

X. **Die oberschlesische Industrie.** Von Bergassessor Georg Hoffmann 278

Digitized by Google

I. Teil.

AUFSÄTZE

Digitized by Google

Digitized by Google

Zur Einführung.

Von **Otto Hoetzsch.**

Zweck und Absicht dieses Jahrbuches sind aus seinem Titel und dem Inhalte dieses ersten Bandes wohl ohne weiteres klar: wir wollen die Erkenntnis von der polnischen Frage und ihrer Gefahr durch eine genaue, von wissenschaftlichen Gesichtspunkten geleitete periodische Verfolgung fördern in dem großen Zusammenhang der Interessen unseres deutschen Ostens, die unlösbar mit ihr verknüpft sind.

Seit der preußische Staat zum ersten Male mit einer Polenfrage befaßt wurde, hat sich auf beiden Seiten, der deutschen wie der polnischen, ganz außerordentlich viel geändert. Aus dem preußischen Staate, der vor allem Ostreich war, ist das Deutsche Reich geworden, dessen gewaltige innere Entwickelung naturgemäß den Blick von dem preußischen Osten ab nach dem Westen mit seiner industriellen Entfaltung gerichtet hat. Und aus dem polnischen Volk von 1772 ist die polnische Demokratie entstanden, die ihren Hauptsitz in Posen und Westpreußen hat, ihre Flügel ausstreckt nach Oberschlesien und andererseits nach Masuren und der Kaschubei, und die sich die Hunderttausende ihrer Söhne im deutschen industriellen Westen tributpflichtig und treu ergeben hält.

Erst in den letzten Jahren ist dem deutschen Volke deutlicher vor Augen getreten, wie weit diese Entwicklung des polnischen Volkes zu einer eigenen, abgeschlossenen und sich abschließenden Macht heute schon gedrungen ist. Damit wird die polnische Frage in einem ganz anderen Sinne zur Gefahr als früher, da man in ihr nur eine gefährliche Arbeit der Verschwörung und internationale Konflikte sah. Durch die Modernisierung seines wirtschaftlichen und geistigen Lebens scheint dieses polnische Volk reif zu werden für den nationalen Staat und scheint sich damit eine Ablösung vom deutschen Reiche ganz von selbst, anders als durch Gewalt, vorzubereiten, um dann, wenn der Deutsche aus den polnischen Gebieten Preußens wirtschaftlich verdrängt ist und die polnische Wirtschaftsmacht in diesen sich vollkommen geklärt hat, die Anlehnung zu finden an die galizischen und russischen Brüder.

Diesen Prozeß im Polentum Preußens wie in seinen außerhalb Deutschlands wohnenden Teilen genau zu verfolgen und das

Digitized by Google

Material, aus deutschen, polnischen und russischen Quellen und aus der Beobachtung des Lebens geschöpft, wissenschaftlich gesichtet und geordnet der öffentlichen Meinung und den verantwortlichen Staatsmännern alljährlich vorzutragen — ist die Absicht unserer Arbeit. Daß das notwendig ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Wir haben viel zu lange das preußische Polentum sich innerlich entwickeln und entfalten lassen, ohne uns darum zu kümmern. Und vollends über die Grenzen, auf die österreichischen und russischen Polen, deren Entwicklung für die weitere Gestaltung der Polenfrage auch bei uns entscheidend ist und sein wird, haben in den letzten Jahrzehnten nur ganz wenige Forscher ihr Auge geworfen.

Aber wir wollen nicht nur wissenschaftliche Arbeit um ihrer selbst willen treiben, sondern damit auch ein Rüstzeug schaffen für die weitere Behandlung der Polenfrage in unserem Staate. Es ist selbstverständlich, daß bei einer so großen Zahl von Mitarbeitern, wie sie hier vereinigt ist, die Meinungen über alle Einzelheiten unserer heutigen Polenpolitik nicht absolut gleich sein werden. Aber im großen sind wir uns über die Methode, die Absicht und das Ziel, den Geist dieser Politik durchaus einig. So weit sind wir, denke ich, doch heute schon, daß der Satz, die polnische Frage sei eine Gefahr für unseren Staat, man denke nicht daran, diesen Teil der Monarchie aufzugeben, und das Deutschtum dort sei nachdrücklichst zu fördern — eine Selbstverständlichkeit ist, die für eine fruchtbringende und fördernde Behandlung dieser schweren Frage durch den Staat, wie die Erfahrung lehrt, noch garnichts zu besagen braucht. Aus Kämpfen und Niederlagen von fünf Vierteljahrhunderten haben sich doch heute bereits ganz feste Grundgedanken, Richtungen und Ziele für unsere preußische Polenpolitik herausgearbeitet, die sich bewährt haben und fortdauernd bewähren werden, wenn an ihnen entschlossen festgehalten wird, von denen ohne Schaden dauernd nicht abgewichen werden kann. Und im Dienst dieser Grundgedanken der Bismarckschen und der heutigen Ostmarkenpolitik des preußischen Staates soll dieses Jahrbuch stehen. So sehr sich innerlich und äußerlich die Bedingungen der polnischen Frage verschoben haben, so sehr ist der Gegensatz zwischen den politischen Ideen des Deutschtums und des Polentums derselbe geblieben. Auch das Deutsche Reich hat das Lebensinteresse wie der preußische Staat, an seiner heutigen Abrundung im Osten unbedingt festzuhalten, die den östlichen Flügel seiner Machtstellung in der Mitte Europas darstellt. Auf der anderen Seite aber ist, unter mancherlei Wandlungen und in anderer Fassung, die Hoffnung auf eine Wiederherstellung des polnischen Staates durchaus lebendig erhalten worden, wenigstens in großen Kreisen und Massen dieses Volkes. Wer uns auf polnischer Seite einzureden

Digitized by Google

sucht, daß dem nicht so sei, und wer auf deutscher Seite in dessen Horn stößt, hat uns erst zu b e w e i s e n , daß er recht hat. Bisher hat das gegenüber den hunderten, ja tausenden von Zeugnissen aus polnischem Munde für das Gegenteil noch keiner vermocht, noch keiner ernstlich die begründete Überzeugung erschüttern können: auch die polnische Demokratie von heute steht dem preußischen Staate in einer Hoffnung gegenüber, die mit seiner Existenz schlechterdings unvereinbar und unversöhnbar ist, und daraus ergibt sich auch für die Gegenwart, daß der K a m p f zwischen den beiden Nationalitäten auch weiterhin das Zeichen sein wird, unter dem der Osten des preußischen Staates lebt. Er ist von der deutschen Seite nicht aufgenommen worden; wer das behauptet, kennt entweder die Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts und die Gegenwart nicht, oder er verschließt sein Auge den Dingen, wie sie liegen. Oft genug ist den Polen die Möglichkeit geboten worden, die gegebenen Verhältnisse anzuerkennen und in ihnen die freie Entfaltung ihrer Sprache und Kultur zu erhalten. Die zur Versöhnung im neunzehnten Jahrhundert häufig gebotene Hand ist zurückgestoßen worden, und so ist der Kampf mit all den Mitteln, mit denen er heute geführt wird, n o t w e n d i g geworden. Das ist nicht erfreulich, weder für das Leben des Staates im ganzen, noch ganz besonders für den Osten selbst und diejenigen, die in dieser beständigen Kampfatmosphäre leben müssen. Aber es nützt nichts, die Augen dagegen zu verschließen, und es ist ein Fehler, der sich schwer rächen muß, wenn man die Erfahrungen von fünf Vierteljahrhunderten in den Wind schlägt und glaubt, die Frage lösen zu können mit friedlichen und versöhnlichen Mitteln, gegenüber einem Gegner, der diese nicht will und der bewußt auf allen Gebieten der Absonderung vom geistigen, wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands zustrebt. Je klarer diese Lage auf der deutschen Seite erkannt wird, um so sicherer wird die Stellung des Staates, seiner Diener und der Bevölkerung überhaupt sein, und um so eher wird dieser Kampf zum notwendigen Ende geführt werden können.

Ist das überhaupt möglich, wird nach menschlicher Voraussicht über die weiten Flächen unseres Ostens einmal der Friede zwischen den Nationalitäten sich herniedersenken? Ob w i r das erleben werden, mag dahinstehen. Die Hauptsache ist, daß ein Ziel in diesem Kampfe gestellt wird, auf das hin alle Aktion gerichtet ist. Dieses Ziel ist so ungeheuer einfach und von Bismarck so präzise bezeichnet worden, daß es eigentlich überflüssig sein sollte, es immer und immer wieder zu betonen: die absolute Notwendigkeit für den preußischen Staat, an seiner Grenze, wie Bismarck sich ausdrückte, s i c h e r e Leute zu haben. Das ist das Ziel. Und der Weg, auf dem es zu erreichen ist, kann schlechter-

Digitized by Google

dings in einer Zeit der Massenbewegungen nur die zahlenmäßige Verstärkung des deutschen Elementes sein, alles andere, so wichtig es ist, steht erst in zweiter Linie und ergibt sich aus dem ersten dann von selbst und in zwingender Notwendigkeit. Diese zahlenmäßige Förderung des deutschen Elementes aber ist, wie die Erfahrungen der zwei hinter uns liegenden Jahrzehnte gezeigt haben, nur möglich auf dem Wege der inneren Kolonisation, der planmäßig, umfassend und ununterbrochen fortgesetzten Ansiedlung deutscher Bauern. Und dieser Weg führt, wie diese Erfahrungen gleichfalls gezeigt haben, langsam, aber stetig und sicher zum Erfolge. Diese Tatsachen vermag keine Kritik am Ansiedlungswerk aus der Welt zu schaffen. Sie geben keinen Grund, bereits heute festzustellen, wie es wahrhaftig von wissenschaftlicher Seite geschehen ist, als sei das Übergewicht der Deutschen über die Polen bereits erreicht. Das ist noch nicht der Fall. Aber sie geben einen Ansporn, auf dem bisherigen Wege ohne Zögern und Schwanken fortzuschreiten, und die Hoffnung, daß das notwendige Ziel erreicht wird.

Wie kann dieses Ziel noch genauer bezeichnet werden? Es kann selbstverständlich dem preußischen Staate nicht darauf ankommen, und es ist eine Albernheit, wenn es behauptet wird, als wolle er in diesem ihm aufgedrungenen und nun mit scharfen Mitteln fortgeführten Kampf seine polnischen Untertanen aus dem Lande drängen. Aber es ist Platz genug auf den weiten Flächen unseres Ostens, neben diesen polnischen Untertanen, die durch die Gewalt der wirtschaftlichen Entwickelung und durch die hoffentlich ebenfalls ununterbrochen fortgesetzte mühevolle Arbeit der deutschen Schule doch auch, sie mögen wollen oder nicht, in den Bannkreis des deutschen Lebens gezogen werden, so viele deutsche Bauern anzusetzen, daß die vorhandene nationale Mischung der in Frage kommenden Provinzen stark genug wird, um diese Gebiete dauernd aus dem Bereich der polnischen Hoffnungen auf die Wiederherstellung ihres Staates auszuscheiden. Die Ansetzung von 40 000 deutschen Bauernfamilien im Osten nahm der Entwurf zur Denkschrift für das Ansiedlungsgesetz in Aussicht. 19 000 Familien sind heute angesetzt. Ginge das Werk in dem Tempo der Jahre 1908, 1909: 1500 Familien im Jahre anzusetzen, — leider ist in den letzten Jahren die bekannte, nicht genug zu beklagende Verlangsamung im Tempo eingetreten — weiter, so ist in 15 bis 20 Jahren die Aufgabe des Gesetzes von 1886 gelöst, das Ziel erreicht, das wir erreichen müssen. Mehr wollen wir in diesem Kampfe nicht, aber das, was darin bezeichnet ist, kann unter allen Umständen erreicht werden, wenn der Staat und seine verantwortlichen Organe nur wollen. Denn das ist die große Lehre, sowohl

Digitized by Google

der Kolonialgeschichte unseres Mittelalters, als auch der Ansiedlungstätigkeit der letzten Jahrzehnte, daß es einem bewußten Staatswillen möglich ist, Bewegungen der Massen in seinem Sinne zu beeinflussen und zu lenken. Gewiß handelt es sich in dem Gegeneinander von Deutsch und Polnisch um große Massenbewegungen, die durch Massenentwickelung und Masseninstinkt mit beeinflußt und entschieden werden, aber wie es einem Staatswillen möglich ist, die Wellen eines Flusses nicht über Feld und Land hinfluten zu lassen, sondern durch Uferbau und Dämme ihnen die Richtung zu geben, die er für gut hält, so ist es auch in diesem Fluten der Völker gegeneinander, das seit Jahrhunderten über unseren Osten dahingeht. Nur ohne Opfer und ohne festen und konsequenten Willen ist es nicht möglich, derartige Aufgaben durchzuführen. Die Aufgabe ist erst halb erfüllt, den Osten, die Hälfte der Monarchie, auf dasselbe Niveau zu heben wie den Westen, und dadurch dauernd mit ihm zu verschmelzen. Wird sie gelöst, dann ist zugleich auch die schwere Polenfrage der Gegenwart soweit gelöst, als wir es um unserer Sicherheit und Zukunft willen brauchen. Es ist die Zeit herbeizuführen, in der der Druck der materiellen und geistigen Kräfte auf die Polen so groß wird, daß in ihnen die Überzeugung Gemeingut wird: Was auch im russischen und österreichischen Anteil vorgeht, wir können materiell und geistig aus dem deutschen Anteil nicht mehr heraus. Dann werden die Wirkungen der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der Schule, des Militärdienstes usw., allgemein hervortreten. Dieser Moment wird aber um so eher erreicht, je stärker die Durchsetzung des preußischen Anteils mit dem deutschen Elemente wird. Und darum hat der preußische Staat die Pflicht, den nationalgemischten Charakter dieser polnischen Gebietsteile immer mehr zugunsten des deutschen Elementes zu verschieben, — ein Menschenalter noch ununterbrochen Ansiedlung und Besitzfestigung betrieben — dann ist das Ziel erreicht.

Für Deutschland wie für Rußland ist die Entscheidung in dem Kampfe um die Vorherrschaft im Osten Europas endgültig. Deutschland kann diesen Osten und im besonderen den unteren Weichsellauf nicht entbehren, wie sich Rußland vom Dnjepr, der Weichsel und dem Njemen nicht abbringen lassen kann. Aber beide Staaten stehen der weiteren Entwicklung der polnischen Frage anders gegenüber. Rußland kann seinem Anteil weitgehendste Autonomie gewähren, wenn es dessen politisch völlig sicher ist, und kann weiter die neupanslawistische Strömung um und für sich arbeiten lassen. Deutschland kann das nicht, es steht vielmehr in schroffem Gegensatz gegen diesen Panslawismus, und die Möglichkeit einer polnischen Autonomie in seinen Gebieten ist mit den Versuchen des Jahres 1848 endgültig ausgeschlossen. Gegenüber diesen Aussichten kann es für Deutschland auf Grund

Digitized by Google

der Erfahrungen von $1^1/_4$ Jahrhunderten nur die Notwendigkeit geben, positiv das deutsche Element in diesem Osten immer mehr zu fördern und überall im Kampfe der Gegenwart das Ziel fest im Auge behalten, daß die Lösung dieser polnischen Frage im Laufe der nächsten 1 bis 2 Menschenalter höchstens gefunden werden muß. Länger wird uns die Geschichte nicht Zeit geben. Bis dahin wird die österreichische und russische Polenfrage so oder so entschieden sein. Bis dahin müssen die Vorbedingungen für eine glückliche Lösung im deutschen Anteil erfüllt sein, dann erst und dann allein wird es möglich sein, hinter diesem jahrhundertlangen Kampfe zwischen Deutschen und Polen doch schließlich auch die Versöhnung zu sehen.

Aus diesen Grundgedanken ist die bisherige preußische Polenpolitik anzusehen, in der dann die positiven Züge immer mehr hervortreten als ihre aggressive Seite, die naturgemäß am stärksten die Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Diesen grundsätzlichen Standpunkt samt seinen bewährten praktischen politischen Konsequenzen wird auch kein dafür verantwortlicher preußischer Staatsmann auf die Dauer ohne große Schädigung der eigenen Staats- und Volksinteressen verlassen können. Und mit ihm werden sich auch immer weitere Schichten des deutschen Volkes durchtränken müssen; denn ob und wie es gelingt, diese polnische Frage zu lösen, das wird zu einem guten Teile mit über die Stellung des preußischen Staates im Deutschen Reiche und über die Stellung des Reiches in Europa entscheiden.

Digitized by Google

Deutsche Sprachgrenzen und Sprachenkämpfe.

Von **Dietrich Schäfer.**

Die Presse des Auslandes gefällt sich vielfach darin, mit Fingern auf uns zu weisen, wenn sie über innerstaatliche Politik spricht. Deutschland stellt sie gern als das Land der Unfreiheit dar, die Deutschen als das Volk der rohen Gewalt. Nach den Vorstellungen nicht weniger Ausländer leben wir im Polizeistaate und sind bemüht, auch die nichtdeutschen Reichs- und Staatsgenossen hinein zu zwingen. Landsleute hören wir nicht so selten diese Auffassung nachbeten. Daß die Deutschen ihre Vorherrschaft in Mitteleuropa und besonders ihre Ausbreitung und Geltung nach Osten hin ganz überwiegend oder gar allein kriegerischer Überlegenheit zu danken haben, ist eine Auffassung, die auch bei uns, insbesondere auch unter besten Vaterlandsfreunden, durchaus vorherrschend ist; man sieht darin einen Ruhmestitel und mahnt, sich seiner dauernd wert zu zeigen.

Es soll hier nicht untersucht werden, wie unsere innere Lage n den Ruf gekommen ist, weniger Bewegungsfreiheit zu gewähren, als die meisten andern europäischen Völker genießen. Das Gerede ist zu ungereimt und zugleich zu gleichgültig, als daß man sich ernstlich mit ihm zu beschäftigen brauchte. Zudem kann jeder, der belehrt sein w i l l, sich leicht von der Wahrheit überzeugen. Anders liegt es mit unseren Beziehungen zu volksfremden Reichsangehörigen. Ihre Wurzeln reichen in die frühe Vergangenheit zurück; sie sind nie belanglos gewesen, und noch heute stehen sie in engster Verbindung mit der internationalen Lage unseres Staates. Es ist daher wichtig, über sie zu richtigen Vorstellungen zu gelangen, wichtig, die d e u t s c h e Auffassung festzulegen und ihre Berechtigung zu vertreten.

Zunächst sei hervorgehoben, daß unser Volk mehr in Nationalitätenkämpfe verwickelt ist als irgend ein anderes in Europa, das russische nicht ausgenommen. Der Grund liegt zu Tage für jedermann, der sehen will. Wir sind das Volk der Mitte des Erdteils.

Digitized by Google

Schon in der Verteilung der Deutschen auf verschiedene Staaten tritt das klar hervor. Es gibt kein Volk, das einen so großen Bruchteil außerhalb des eigenen, außerhalb desjenigen Staatswesens hätte, das zunächst berufen ist, es zu vertreten. Von den fast 80 Millionen Deutschen, die, zahlreicher als irgend ein anderes Volk, europäischen Boden bewohnen, haben reichlich 16 Millionen, mehr als ein Fünftel, ihre Heimat außerhalb des Deutschen Reiches, Engländer und Norweger, Spanier und Portugiesen haben überhaupt keine Volksangehörigen in geschlossenen Wohnsitzen in einem anderen als dem eigenen Staate. Von den Italienern, deren Irredenta so viel Aufhebens von den unter fremder Herrschaft schmachtenden Landsleuten macht, sind es noch nicht drei Prozent. Die Franzosen, die in dieser Beziehung den Deutschen am nächsten kommen, bleiben doch mit 9—10 Prozent erheblich hinter ihnen zurück. Von dem jungen rumänischen Staatsgebilde muß man hier absehen; es gehört in den Kreis der Balkanstaaten, deren geschichtliche Entwickelung eine besondere ist.

Unsere mitteleuropäische Lage hat uns aber auch eine erhebliche Beimischung von fremdem Volkstum zugeführt. Sämtliche Staaten im Süden, Westen und Norden des Erdteils sind so gut wie vollständig frei davon. Die Bevölkerungsmischung Belgiens und der Schweiz kann man nicht zum Vergleich heranziehen, da diese Staatenbildungen ethnographisch keinen nationalen Charakter tragen. Wenn der Osten und Südosten Europas gleich stark und zum Teil stärker gemischt ist als Deutschland, so beruht das überwiegend auf asiatischen Einflüssen, die in der Entwickelung dieser Gebiete zur Geltung gekommen sind.

Indem hier auf die Lage unserer Wohnsitze als die Ursache dieser Erscheinungen hingewiesen wird, ist natürlich an deren geschichtliche Wirkung gedacht. Sie hat uns mit mehr europäischen Völkern in Berührung gebracht als irgend eine andere Nation des Erdteils und hat außerdem diese Berührungen nachhaltiger und mannigfaltiger gestaltet. Das hat Vorteile und Nachteile zur Folge gehabt. Die Vorteile liegen auf dem Gebiete unserer geistigen und wirtschaftlichen Kultur. Wir sind das geistig vielseitigste Volk im Geltungsbereich abendländischer Bildung. Daß die Stämme, aus denen die Deutschen zusammengewachsen sind, sich unter den hochbegabten Germanen noch durch eine besondere geistige Empfänglichkeit ausgezeichnet hätten, wird kaum behauptet werden können. Indem sie aber die Vermittelung zwischen den Kulturquellen des Südens und Westens und den zu kultivierenden Gebieten des Ostens und Nordens in die Hand nehmen mußten, wurden ihre Beweglichkeit und ihre Anpassungsfähigkeit gesteigert, Reichtum und Tiefe der Eindrücke vermehrt. Es gibt kein Volk, das fremde Geistesschätze so umfangreich

Digitized by Google

und so mannigfaltig sich zu eigen gemacht hätte wie das deutsche, keines, das sich so empfänglich gezeigt hätte und zeigte für alle Geistesregungen des Erdballs.

Die wirtschaftlichen Vorteile unserer mitteleuropäischen Lage liegen auf der Hand. Wir waren und sind das unvermeidliche Verbindungs- und Durchgangsland für den Skandinavier nach Italien, für den Polen, Russen und Magyaren nach Frankreich und umgekehrt, nicht nur für den Personen-, sondern auch im Mittelalter so ziemlich für den ganzen, heute noch für einen sehr großen Teil des Warenverkehrs. Er ging und geht durch deutsche Lande oder an Deutschlands Seekante vorüber, was in früheren Zeiten mehr noch als jetzt unseren Küstenstädten eine Vorzugsstellung im großen Verkehr gegeben hat.

Auf dieser Lage beruhen letzten Orts auch in der Hauptsache die Befürchtungen, die der Aufschwung unseres Wirtschaftslebens in unseren englischen Nachbarn weckt. Die Auffassung, daß die Stellung im Weltverkehr vor allem abhänge von Wohnsitzen am offenen Weltmeer oder gar auf einer Insel, ist vollständig falsch. Sie hängt zunächst ab vom Hinterland, von dessen Reichtum und Leistungsfähigkeit in Erzeugung und Verbrauch. Deutschland nimmt einen ganz anderen Platz ein als Spanien und Portugal, deren maritime Lage nach der landläufigen Meinung Erforschung und Beherrschung der Meere gleichsam als eine Art Notwendigkeit zur Folge haben mußte. Es hat auch Frankreich im 19. Jahrhundert weit überflügelt, weil es nach Beseitigung der inneren Hindernisse ein weites, einheitliches, zugleich aufnahme- und erzeugungsfähiges Wirtschaftsgebiet herausbilden konnte. Vor England hat es die mitteleuropäische Lage voraus. Besonders seitdem die technischen Schwierigkeiten des Landtransports so außerordentlich verringert worden sind, liegt Deutschland wesentlich günstiger für die Verteilung der Güter über den Erdteil als das Inselreich. Hätte Deutschland die Weltbeziehungen, deren England sich auf Grund der Geschichte seiner letzten drei Jahrhunderte erfreut, es würde mit einer gewissen Naturnotwendigkeit der maßgebende Markt und Umschlagsplatz Europas sein.

Mehr noch als die Vorteile drängen sich aber die Nachteile unserer geographischen Lage auf. Sie sind in den Hauptzügen jedermann geläufig. Wir haben Nachbarn ringsum, und Nachbarn sind unvermeidlich zeitweise auch Feinde. Gegenwärtig sind wir die einzige Großmacht, von der man sagen kann, daß sie mit allen anderen europäischen Großmächten grenzt. Daß es mit Italien und England nicht unmittelbar der Fall ist, bedeutet wenig. Man vergleiche damit die Lage Frankreichs oder gar die Englands und Rußlands! Dazu haben wir nur im Norden eine natürliche Grenze, und auch die ist noch in der Mitte unterbrochen. In den Alpen

Digitized by Google

ist unser Volkstum mit dem der Nachbarn bunt durcheinander gemischt, nach Osten und Westen unsere Grenze vollständig offen. Mehr als irgend ein anderes europäisches Volk hat uns die Natur auf uns selbst angewiesen.

Die unerläßlichen Voraussetzungen des Erfolges aber tragen wir weniger in uns als manche andere Völker. Unsere vielfachen Berührungen mit den Fremden haben nicht immer dazu beigetragen, das Gefühl für den Wert der eigenen Art zu stärken. Dazu sind wir, doch wohl etwas mehr als unsere Nachbarn, aus verschiedenartigen Bestandteilen zusammen gewachsen. Die modernen Völker sind ja so gut wie ausnahmslos nicht einheitlichen Ursprungs. Aber Verschiedenheiten, wie sie bei uns zwischen Sachsen und Schwaben, Baiern, Friesen und Franken bestanden, haben doch nur wenige andere Nationen bei ihren Staatsbildungen auszugleichen gehabt; jedenfalls hat der eigentümliche Gang unserer Geschichte, deren frühe und enge Verbindung mit dem universalen Staatsgedanken und der Leitung der universalen Kirche, den vorhandenen Sonderbildungen bei uns eine größere und weit länger fortwirkende Bedeutung gegeben. Eben diese Verbindung hat uns dann auch wieder zu einer konfessionell gespaltenen Nation gemacht, der einzigen größeren, die Europa kennt. Eine gesamtdeutsche Bildung hat im Grunde genommen erst das 18. Jahrhundert, das Zeitalter der Humanität, der Aufklärung und des Klassizismus, bei uns erstehen sehen, und der deutsche Staatsgedanke ist, so weit das Gesamtvolk in Frage kommt, noch jüngeren Ursprungs. Er ist mächtig erstarkt im Rahmen des Deutschen Reiches; daß er aber noch wesentlich schwächer ist als bei Engländern und Franzosen, kann unbefangener Betrachtung nicht entgehen. Wir sind nicht allzu glänzend gerüstet zur Lösung der Aufgabe, die unsere Lage in der Mitte Europas uns stellt.

Diese Lage macht, daß wir gleichsam, um einen studentischen Ausdruck zu gebrauchen, so ziemlich mit allen, jedenfalls mit ungewöhnlich vielen Nationen „hängen". Franzosen und Italiener, Slowenen und Kroaten, Magyaren und Rumänen, Tschechen, Polen und Russen, Letten und Esten fühlen sich rund um uns herum beengt durch Deutsche, bzw. diese durch sie. Wo wir Fremden unbequem werden, wo sie uns beseitigen möchten, ertönt einstimmig der Chorus vom vordringlichen, gefährlichen, friedenstörenden Deutschen. Kein anderes Volk stößt mit seinen berechtigten nationalen Ansprüchen so vielfach an wie wir.

* * *

Es ist nötig, daß man sich die Lage im einzelnen vergegenwärtigt; nur so läßt sich eine sichere Grundlage gewinnen für ein Gesamturteil, das geeignet ist, die einzunehmende Stellung zu bestimmen.

Digitized by Google

Über die deutsch-französische Sprachgrenze und ihre geschichtliche Bedeutung herrschen die wunderlichsten Vorstellungen. Der rechte Franzose lebt der Überzeugung, daß Frankreich, wie einst Gallien nach römischen Begriffen, bis an den Rhein reiche, und in Deutschland gibt es Leute, die sich von der Auffassung nicht losmachen können, daß Deutschland ein Recht darauf habe, alles wieder zu besitzen, was zum mittelalterlichen Deutschen Reich gehört habe. Beide Ansprüche nehmen von der Sprachgrenze keine Notiz, denn sie entspricht weder dem einen noch dem anderen. Flandern hat nie zum Deutschen Reiche gehört, obgleich der weitaus größte Teil seiner zahlreichen Bevölkerung in deutscher Zunge redet, und dem mittelalterlichen Deutschen Reiche unterstanden weite deutsche Gebiete, deren Bewohner nie eine andere Sprache als die französische gekannt haben. Man faselt (einen anderen zutreffenden Ausdruck gibt es dafür tatsächlich nicht) bei uns viel von dem großen Besitz, den einst in Frankreich, Belgien und der Schweiz die deutsche Sprache innegehabt habe, und der jetzt an die französische verloren gegangen sei; in Wahrheit besteht die deutsch-französische Sprachgrenze, wie wir sie kennen, so ziemlich seit anderthalb Jahrtausenden. Die Verschiebungen, die sich in dieser langen Zeit nachweisen lassen, umfassen im Verhältnis zu dem in Frage kommenden Ganzen ein verschwindend kleines Gebiet, auf dem heute reichlich hunderttausend Menschen wohnen, und sind keineswegs überall zu Ungunsten des Deutschen erfolgt, vor allem in der Schweiz nicht (trotz neuerer Rückschwankungen). Am meisten hat die deutsche Sprache im äußersten Nordwesten, im französischen Flandern, eingebüßt.

Besonders zu beachten ist dabei, daß diese Grenze n i e m a l s auf irgend welche erhebliche Strecken eine politische, eine Staatengrenze war, wie sie das ja auch heute nicht ist, nicht zwischen den beiden großen in Frage kommenden Reichen und nicht für die zahlreichen territorialen Bildungen, die an ihren Grenzen vom Kanal bis zu den Walliser Alpen entstanden sind. Sie alle waren ausnahmslos stets zweisprachig, wie sie es heute noch sind: Belgien, Elsaß-Lothringen, die Schweizer Kantone Bern, Solothurn, Freiburg, Wallis. Wer auf einer Sprachenkarte die deutsch-französische Grenze ins Auge faßt, dem wird außerdem ihre feste Geschlossenheit auffallen. Sie kennt keine Enklaven oder Exklaven. Es gibt wohl Orte mit starker fremder Beimischung, aber nirgends solche mit geschlossener f r e m d e r Bevölkerung.

Das ist sofort anders im Süden. Wer hat nicht von den Deutschen am Monte Rosa, von denen in Süd-Tirol, von den 13 und den 7 Gemeinden nördlich von Verona und Vicenza, von den Freien am Hinterrhein usw. gehört? Wir können meist nur unbefriedigende Antwort geben auf die Frage, wie sie an ihren Ort

Digitized by Google

gekommen sind. Jedenfalls ist aber ihr Vorhandensein kein Beleg für das einstige Bestehen eines bis dahin sich erstreckenden geschlossenen deutschen Sprachgebiets. Im Gegenteil, als das Mittelalter begann und die Sprachgrenze im Westen sich schon festgelegt hatte, verlief sie hier noch stark nordwärts von ihrem gegenwärtigen Zuge. Erst später sind ein großer Teil des Bündnerlandes, das Rheintal abwärts bis gegen den Bodensee hin, ein großer Teil von Vorarlberg, das obere Inn- und das obere Etschtal mit ihren Nebentälern der deutschen Sprache gewonnen worden. Die Kosten hat der rhäto-romanische Stamm getragen, dessen Reste ja noch heute vom St. Gotthard bis zu den Dolomiten an mehr als einer Stelle zwischen Deutschen und Italienern sitzen. Zwischen den beiden Hauptnationen haben sich die Grenzen auch hier nicht allzusehr verschoben.

Eine solche Verschiebung hat aber in nicht unbedeutendem Umfange im Norden sich vollzogen. Dänen und Deutsche grenzen ursprünglich an der Schlei. Das Land Schleswig (Südjütland der Dänen) hat bis zum Wiener Frieden von 1864 niemals zu Deutschland gehört. Staats-, Volks- und Sprachgrenze waren hier zunächst eins. Das ist im Laufe der Jahrhunderte, vom 13. bis ins 19., anders geworden. Die enge Verbindung zunächst der Schleswiger Herzogsmit der holsteinischen Grafenfamilie, dann ihrer Herrschaftsgebiete, die Anziehungskraft des deutschen Bürgertums und weiter der Reformation haben bewirkt, daß der größere und weitaus volkreichere Teil Schleswigs deutsch geworden, daß das Deutschtum auch in den nordschleswigschen Städten zur Geltung gekommen ist, so daß man von deutschen Exklaven reden kann. So weit die Stellung der Dynastien in Frage kam, hat hier mehrfach das Schwert entschieden; das Vorschieben der deutschen Bevölkerung und ihrer Sprache ist doch ein ausschließlich friedlicher Hergang gewesen.

Die Zahl der Deutschen im Lande Schleswig betrug 1905 312 000. Es ist hier also ungefähr doppelt so viel gewonnen worden, als bei der Verschiebung der westlichen Sprachgrenze überhaupt in Frage kommt, und das auf einem unendlich viel engeren Raum und gegenüber einem kleinen Volk, das den Verlust zu tragen hat. An Ort und Stelle und durch die Beziehungen zum Ganzen schwerwiegend, fällt der Wandel doch, an der Gesamtheit des deutschen Sprachgebiets gemessen, nicht entscheidend ins Gewicht. Und so steht es auch im Süden. Das Gebiet, das dort seine Sprache wechselte, birgt heute alles in allem etwa ½ Million Menschen. Den Italienern selbst ist wenig, wenn überhaupt etwas abgewonnen worden. Ihnen gegenüber gilt das Gleiche wie gegenüber den Franzosen. Die Sprachgrenze blieb in der Hauptsache, wie sie von jeher war, seitdem von einer klaren Scheidung der Nationalitäten die Rede sein kann.

Digitized by Google

Um ganz andere Hergänge handelt es sich aber im Osten. Dort finden sich heute geschlossene deutsche Orte bis an die Wolga und den Kaukasus und sogar noch darüber hinaus. Und wenn das auch eine Entwickelung ist, die erst mit der Zarin Katharina II. einsetzt, so kennt doch schon das Mittelalter deutsche städtische und ländliche Siedelungen in größerer Zahl bis in den äußersten südöstlichen Winkel der Karpathen und bis an den finnischen Meerbusen, im Zwischenlande bis zur mittleren Weichsel da, wo dieser Fluß am weitesten nach Osten ausbiegt. Vor tausend Jahren waren die Kieler Föhrde, Swentine und Sachsenwald, weiter Elbe, Saale, Regnitz und Böhmerwald die Grenzen deutschen Herrschaftsbereichs; deutsche Bewohnerschaft dehnte sich nicht einmal überall bis an diese Linie aus. Im oberen Enns-, Mur- und Drautal, das will sagen im gegenwärtig deutschen Teil von Steiermark und Kärnten, hatten Slawen ihre Heimat gefunden. Von den jetzt in Europa vorhandenen nahezu 80 Millionen Deutschen wohnen rund die Hälfte ostwärts der Grenzlinie des Jahres 900, von den 65 Millionen Bewohnern des Deutschen Reiches gut 28 Millionen.

Was diese Ausbreitung für Deutschlands Geschicke bedeutet hat, das wird sofort klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß beide deutschen Großmächte auf diesem Neulandsgebiet erwachsen sind, daß von unseren drei Millionenstädten die beiden größten ihm angehören, die dritte ihm ganz nahe liegt, von unseren fünf Städten mit 500 000 oder mehr Einwohnern drei sich dort entwickelt haben. Es hat nicht viele gleich folgenreiche Ereignisse in der abendländischen Geschichte gegeben wie die Kolonisation des deutschen Ostens. Unser gegenwärtiges Reich wäre ohne sie nicht denkbar.

Bei Deutschen und Nichtdeutschen ist die Vorstellung verbreitet, das sei vor allem ein Erfolg der deutschen Waffen. Hier sucht der Fremde mit Vorliebe die Belege für die Gewaltpolitik der Deutschen. Schon die einfachste geschichtliche Überlegung zeigt das Haltlose dieser Vorstellung. Kriege hat der Deutsche unendlich viel mehr nach Westen und Süden als nach Osten geführt, und keineswegs läßt sich im allgemeinen sagen, daß jene mehr unglücklich als glücklich oder weniger erfolgreich als die gegen den Osten verlaufen seien. Doch haben sie die Sprachgrenze gegen Frankreich und Italien nicht verrücken können; sie ist geblieben trotz vielfachen Wandels der politischen Herrschaft. Die im Süden germanisierten Gebiete haben nie ein Übergewicht deutscher Waffen zu fühlen bekommen. Der Wandel hat sich noch friedlicher als im Norden vollzogen. Entscheidend für das Gesamturteil aber ist noch etwas anderes.

Auf den Gebieten der alten großen Reiche Böhmen, Polen und Ungarn wohnen heute rund 12 Millionen Deutsche. Niemals aber ist von deutscher Seite das Schwert gezogen worden, sie dort

Digitized by Google

heimisch zu machen. Sie sind gekommen als „Gäste" der eingeborenen, angestammten Könige oder ihrer grundbesitzenden Untertanen, von diesen geladen als willkommene Bodenbebauer oder Städtegründer. Und genau so war es in den alten slawischen Landen Pommern, Rügen und Meklenburg. Heinrich der Löwe hat sie mit Gewalt der Waffen unter seine Oberherrschaft gezwungen; aber nach seinem baldigen Sturze haben die alten, slawischen Landesherren, selbst sich dem Deutschtum anschließend, ihre Gebiete endgültig christianisiert und germanisiert. Und ebenso ist der Verlauf gewesen in den Landstrichen, wo der Wechsel sich unter der Führung deutscher Fürsten vollzogen hat, in Sachsen und Brandenburg, in der Lausitz und im Osterland und in den oben genannten südöstlichen Alpentälern. Wohl ist auch hier zunächst eine politische Angliederung erzwungen worden — zum Teil mit recht geringer, zum Teil auch mit größerer Mühe —, dann aber ist der Akt der Eindeutschung ein durchaus friedlicher Hergang.

Mit Gewalt sind deutsche Bewohner und Besitzer an die Stelle der früheren nur im Ordensgebiet gesetzt worden, im Lande der Preußen östlich der Weichsel und in den sogenannten baltischen Provinzen. Hier galt es, ein starkes, kriegerisches Heidentum niederzuringen. Diese Anwendung von Gewalt traf aber nicht slawische, sondern litauische Völkerschaften, traf sie auf Wunsch und mit anfänglicher Unterstützung der Polen. Gegen Slawen oder Magyaren ist nie Krieg geführt worden, um sie zur Aufnahme von Deutschen zu zwingen. Insbesondere muß das gegenüber weit verbreiteten Vorstellungen in Betreff unserer mächtigen mittelalterlichen Kaiser und Könige betont werden. Bei den Feldzügen, die sie gegen Böhmen, Polen und Ungarn unternommen haben, dachten sie nicht daran, deutsche Siedelung in diesen Ländern zu fördern.

* * *

Wenn aber die geführten Kriege nur geringen Einfluß auf die Gestaltung der Sprachgrenze geübt haben, wie erklärt sich die große Verschiedenheit ihrer geschichtlichen Entwickelung?

Im Westen ist zum ersten Male durch den Vertrag von Verdun (843) eine staatliche Grenzscheide dauernd festgelegt worden. Die Linie, durch die man damals das westfränkische Reich von Lothars Mittelbesitz sonderte, ist 879 durch den Übergang des letzteren an die ostfränkischen Karolinger Grenze von Deutschland und Frankreich geworden und das mit geringen Unterbrechungen in der Hauptsache bis zum Ende des Mittelalters geblieben. Man hat bei ihrer Festsetzung keinerlei Rücksicht auf Sprache und Nationalität genommen. Die 300 landeskundigen Männer, die zusammentraten, die betreffenden Bestimmungen zu vereinbaren, haben ihr Urteil auf andere Gründe,

Digitized by Google

besonders, wie man nach sonstigen Hergängen annehmen muß, auf Besitzverhältnisse, gestützt. Rechts und links der Grenze wohnten Franken, rechts und links wurde in dieser Gegend deutsch, in jener französisch gesprochen. Und das ist, wie schon bemerkt, so geblieben in den territorialen Bildungen, die hier, wie überall auf dem Boden des karolingischen Gesamtreichs, im weiteren Verlauf der Dinge erwuchsen. Sie sind alle ausnahmslos zweisprachig; die einzelnen Landesherrschaften hatten und haben wie die beiden größeren Reiche Untertanen doppelter Zunge.

Wir haben zahllose Belege, bis in die frühesten Zeiten zurück, daß es so war. Und wer nicht in modernen Vorstellungen befangen ist, hat es auch nicht schwer, das zu verstehen. Man war sich wohl des Unterschiedes bewußt; er ist aber selten anders als in Nebenfragen Gegenstand des Streites geworden. Man lebte zu beiden Seiten der Sprachgrenze nach dem gleichen Recht, fügte sich den gleichen Landesordnungen, erfüllte besonders die gleiche Pflicht der Landesverteidigung und Heeresfolge. Hüben wie drüben herrschte dieselbe wirtschaftliche, auch, da sie sich vor allem auf die Kirche gründete, in der Hauptsache dieselbe geistige Kultur. Die Handhabung der Verwaltungssprache hat, seitdem im Laufe des 13. Jahrhunderts an die Stelle der lateinischen die nationale getreten war, gelegentlich zu Beschwerden Anlaß gegeben. Die politische Empfindungsweise hat das aber wenig beeinflußt. Sie war bis weit über das Mittelalter hinaus wenig abhängig von der Sprache. Das zu allen Zeiten französisch redende Metz, das früher noch nie so deutsch war, wie es seit 1870 geworden ist, hat seine Loslösung vom Reiche (1552) schmerzlich empfunden, weil es damit eine politisch bevorzugte Stellung einbüßte.

Planmäßige Versuche, in den französisch gewordenen Gebieten deutscher Zunge die angestammte Sprache zurückzudrängen, begannen erst unter Ludwig XIV. Sie griffen aber über das Gebiet der Verwaltung und der Justiz nicht hinaus; erst die Revolution und das Kaiserreich haben sich bemüht, die Gesamtbevölkerung zu einem Sprachwechsel zu bringen, besonders nachdrücklich in Belgien. Aus dieser bewegten Epoche ist ja überhaupt der moderne Nationalitätsgedanke geboren. Stoß hat Gegenstoß hervorgerufen. Die flämische Bewegung, jetzt ziemlich ein Jahrhundert alt, hat sich dem Vordringen des Französischen kraftvoll und mit großem Erfolge widersetzt. Der Vorsprung, den das Französische, besonders durch die Aufrichtung der burgundischen Herrschaft und weiterhin als Weltsprache, vor dem Flämischen, Brabantischen und Limburgischen seit dem 14. und 15. Jahrhundert erlangt hatte, ist so ziemlich wieder eingeholt. In dem Sprachenkampf, der Belgien in zwei Lager teilt, stehen die Aussichten der „duitsche taal" keineswegs schlecht. Wo die Sym-

Digitized by Google

pathien des Reichsdeutschen sind, unterliegt ja keiner Frage. Über freundliche Teilnahme hinaus in diesen Streit sich einzumischen, sollte er sich aber nicht verleiten lassen. Die germanischen Belgier sind selbst Manns genug, ihn zu führen. Deutsche Parteinahme wird unvermeidlich politisch verdächtig, besonders wenn sie, wie es leider geschieht, sich aufdrängt, ohne auch nur eine Ahnung davon zu haben, wie die Dinge geworden sind.

Und ähnlich steht es mit der Schweiz. Sie kennt im Grunde genommen keinen Sprachenkampf, trotz ihrer sprachlichen Vielgestaltigkeit. Sie war eine deutsche Eidgenossenschaft, bis die Franzosen sie 1798 in eine Helvetische Republik umwandelten. Bis dahin haben nur deutsche „Orte" volle Gleichberechtigung in ihr genossen; damals sind ihr auch französische „Kantone" zugewachsen, zum großen Teil aus Gebieten, die bisher Untertanenland der Deutschen gewesen waren. Die Schweiz, wie sie aus den napoleonischen Wirren hervorging, hat dann gut verstanden, sich mit dieser Schwierigkeit abzufinden. Sie fußt auf der absoluten Gleichberechtigung der Sprachen; sie kennt nur Schweizer ohne Rücksicht auf die Nationalitäten.

Es wird ihr neuerdings gelegentlich der Vorwurf gemacht, daß sie das Französische begünstige, jedenfalls seinem Vordringen ruhig zusehe. Der Vorwurf ist nicht berechtigt. Die neueste Volkszählung (1910) hat das klar erwiesen. Der Prozentsatz des deutschen Anteils an der Gesamtbevölkerung ist etwas zurückgegangen; aber dieses Schicksal teilt mit ihm das Französische. Die Gewinnenden sind die Italiener und die Fremden; jene sind seit 1880 von 5,7 auf 8 Prozent der Gesamteinwohnerschaft gestiegen, diese von 0,2 auf 0,8 Prozent. Dabei ist aber die Bevölkerungszunahme im geschlossenen italienischen Sprachgebiet (Kanton Tessin) erheblich geringer als in der Gesamtschweiz, betrug dort seit 1880 19,9, hier 32,3 Prozent. Das Vordringen der Italiener beruht eben auf der Einwanderung von Arbeitern aus dem Königreich. 1880 zählte man in der Schweiz 19 538 Italiener außerhalb ihrer geschlossenen Sitze, 1910 dagegen 132 572! Abgesehen vom Wallis, wo die Verkehrsverhältnisse (die übrigens durch den Bau der Lötschental-Bahn eine wesentliche Umgestaltung erfahren) dem deutschen Wesen sehr ungünstig liegen, findet ein Zurückweichen der deutsch-französischen Sprachgrenze zu Ungunsten des Deutschtums nicht statt. Das Volk Konrad Ferdinand Meyers und Gottfried Kellers verdient das Vertrauen, daß es seine Sprache behaupten wird. Es bedarf da keiner deutschen Aufsicht. Wohl aber wäre es Zeit, unser reisendes Publikum zu ermahnen, daß es selbst nicht zur Verwelschung beiträgt; die Unwissenheit selbst unserer „Gebildeten" über die nationalen Verhältnisse des Nachbarlandes ist manchmal erstaunlich groß.

Digitized by Google

Auch in Elsaß-Lothringen hat es bisher eine wirklich ernste Sprachenfrage nicht gegeben. Im lothringischen Teile hat die französische Sprache seit dem 16. Jahrhundert kleine Fortschritte gemacht. Dicht vor dem Übergange des Reichslandes an Deutschland (1866) hat Napoleon III. ernstlich versucht, ältere und neue Anordnungen über Französierung der Schule zu voller Geltung zu bringen, ist damit aber auf ernsten Widerspruch, insbesondere bei der Geistlichkeit beider Bekenntnisse gestoßen. Der Frankfurter Friede konnte die neue Grenze nicht auf Grund der Sprachverhältnisse ziehen; der militärischen Notwendigkeit gebührte unbedingt der Vortritt.

Unter der deutschen Regierung ist der Prozentanteil der französisch sprechenden Bevölkerung stetig und nicht unerheblich zurückgegangen, ohne irgend welchen Zwang, wesentlich durch Ab- und Zuwanderung. Erst die allerjüngste Zählung hat ein anderes Ergebnis gehabt. Es beruht aber bezeichnender Weise nicht auf einer Zunahme im französischen Sprachgebiet, sondern inmitten derjenigen Landesteile, die von jeher deutsch geredet haben, vor allem in den großen elsässischen Städten. Es liegt auf der Hand, daß politische Gründe die Angaben über die Hausprache bestimmt haben. Die deutschfeindliche Stimmung war im Reichslande noch nie so stark, die Hoffnung auf Wiedervereinigung mit Frankreich noch nie so rege wie zurzeit. Sollte die neue Verfassung sich als brauchbares Werkzeug erweisen, um dem Drängen nach stark erweitertem französischen Schulunterricht zum Erfolg zu verhelfen, so müßte hier allerdings ein Sprachenkampf entbrennen, den das ganze deutsche Volk aufzunehmen hätte. Es ist unverkennbar, daß die Stimmung im Lande sich kaum weniger gegen deutsche Bildung als gegen die Reichsangehörigkeit richtet. Es wäre die Frage zu entscheiden, ob ein urdeutsches Land dauernd dem Franzosentum ausgeliefert werden soll, weil es zwei Jahrhunderte, und in der größeren Hälfte dieser Zeit noch gegen seinen Willen, zu Frankreich gehörte. Der anderthalbtausendjährige Bestand der deutsch-französischen Sprachgrenze läßt zunächst noch hoffen, daß auch die elsässischen Französlinge unserer Tage an ihr nicht ernstlich werden zu rütteln vermögen. Das uralte Besitztum der französischen Sprache im Reichslande planmäßig zu schmälern, liegt andererseits für eine deutsche Regierung zunächst auch kein Anlaß vor.

Im Süden vollziehen sich die Sprachenkämpfe außerhalb unseres Reichsgebiets. Auch hier haben sie eigentlich erst im 19. Jahrhundert begonnen, einen ernsterern Charakter erst gewonnen durch den politischen Hintergrund. Die „Irredenta" möchte Österreich seiner italienischen Untertanen berauben, die seit der Römerzeit höchstens ganz vorübergehend mit Italien politisch zusammenhingen. Sie dehnen ihre Ansprüche auch auf

Digitized by Google

deutsche, angeblich früher italienische Landesteile aus: „Italien frei bis zum Brenner!" Auf Grund des Nationalitätsprinzips werden Ansprüche erhoben, an deren Abweisung das gesamte deutsche Volk das größte Interesse hat. Es muß behaupten, was es besitzt, seit Jahrhunderten besessen hat. Darin sind auch die kleinen romanischen Völkersplitter mit ihm einig, die sich zwischen den beiden großen Nationen erhalten haben; sie halten sich auf österreichischem Gebiet zu den Deutschen. In Graubünden verbreitet sich die deutsche Sprache langsam auf Kosten der romanischen, friedlich, wie sonst auf dem Boden der Schweiz solcher Wandel sich vollzieht, allein auf Grund der Ausgestaltung des Verkehrslebens.

Einen ernsten Charakter hat neuerdings auch die Sprachenfrage in Schleswig angenommen; vor dem 19. Jahrhundert hat sie solchen n i e gehabt. Im Wiener Frieden von 1864 konnte man die neue Grenze nicht auf Grund der sprachlichen Verhältnisse ziehen; man hätte mit der Geschichte der Herzogtümer, mit ihrem up ewig ungedeelt brechen müssen. Daran konnte man später, kann daran auch heute nicht ernstlich denken. So war es ein Verdienst Bismarcks, daß Deutschland in den vorbereitenden Verhandlungen zum Bündnis mit Österreich-Ungarn 1878 des Artikels V des Prager Friedens ledig wurde. Wesentlich erschwert ist auch hier die Stellung der Deutschen durch den Optanten-Vertrag vom 11. Januar 1907, den abzuschließen unsere Regierung durch nichts genötigt war. So wenig wie in Elsaß-Lothringen hat hier die deutsche Politik des letzten Jahrzehnts den richtigen Weg eingeschlagen, die Widerstrebenden zu versöhnen oder von der Unerfüllbarkeit ihrer nationalen Hoffnungen zu überzeugen.

* * *

Der eigentliche Kampfplatz für nationale Fragen liegt aber im Osten. Geschlossene Sprachgrenzen gibt es hier, besonders im nördlichen Teile, zwischen den schlesischen Bergen und dem Baltischen Meere, nur stellenweise. In zahllosen größeren und kleineren Exklaven erstreckt sich das Deutschtum, teils alten, teils neueren Ursprungs, weit hinaus. Die 2½ Millionen Deutschen, die von der westpreußischen Seenplatte bis an und über die Memel wohnen, sitzen gleichsam auf einer Sprachinsel, denn in ziemlich ununterbrochenem Zusammenhange erstreckt sich das Polentum auf dem Höhenlande links der Weichsel hinauf bis ans Meer. Die Sprachenkarte der Lande von Königsberg bis Belgrad zeigt die denkbar bunteste Farbenmischung.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Deutschen, mit der einzigen Ausnahme des alten Preußenlandes, friedlich in diese ihre heutigen Wohnsitze gekommen sind. Sie verdanken ihre von den einheimischen Machthabern veranlaßte Ansiedelung ihrer höheren wirtschaftlichen Kultur und ihrer Befähigung und Ge-

Digitized by Google

wöhnung zur Selbstverwaltung; durch diese Vorzüge sind sie insbesondere die Städtegründer dieser Gegenden geworden. Beide Eigenschaften aber haben sie im Laufe der Zeit in denjenigen Herrschaftsgebieten, die nicht vollständig oder ganz überwiegend germanisiert wurden und deren Fürsten beim alten Volkstum blieben, in Zwiespalt gebracht mit dem Adel. Er hat in allen drei Reichen des Ostens, in Böhmen, Polen und Ungarn, in der Zeit, wo seine Standesgenossen sich im Westen Europas den erstarkenden nationalen Dynastien beugen mußten, erhöhte Kraft gewonnen. Bäuerlicher Selbständigkeit und bürgerlicher Machtstellung war er gram; sie einzuschränken, erleichterte das fremde Volkstum der Befeindeten. Ziemlich gleichzeitig wuchs in Böhmen und Polen die vom Adel getragene nationale Opposition gegen alles Deutsche empor, die sich der allgemeinen Geschichtskenntnis durch Hussitentum und Tannenberger Schlacht einprägt. In Ungarn wurde sie durch die gleichzeitige Türkennot hintan gehalten.

Sie hat weitere deutsche Zuwanderung gehemmt, Zahl, Recht und Wohlstand der vorhandenen Deutschen, nicht selten unter gröbster Willkür, gemindert. In Polen hat die Reformation mit dem, was sich daran knüpfte, in gleicher Richtung gewirkt. Zum Unterschiede des Volkstums ist der des Bekenntnisses getreten. Doch sind auch so in allen jenen Ländern die Deutschen in den Jahrhunderten nach dem Mittelalter für alle wirtschaftlichen Betriebe die wertvollsten Bevölkerungselemente geblieben. An ihrer Hand und nach ihrem Muster haben sich die arbeitenden Klassen der einheimischen Bewohnerschaft langsam in verbesserte Lebensformen hinauf gearbeitet. Den Herrschern sind aber gerade ihre deutschen Untertanen fast immer eine zuverlässige Stütze gewesen. Besonders verdankt das Haus Habsburg in seinem weiten Besitztum der Treue der Deutschen so gut wie alles, zumal in den Ländern der Stephans- und Wenzelkrone. Das österreichische Herrscherhaus ist sich dieser Tatsache auch zu allen Zeiten bewußt gewesen. Es hat seine Macht aufgebaut auf die Kraft der Deutschen. Es hat diese Haltung auch nicht aufgegeben, als das 19. Jahrhundert den im Kaiserstaate nie erstorbenen nationalen Aspirationen neue Kraft gab, sie hinein trug in die Kreise der Bildung und in die mittleren, zumal die bürgerlichen Stände. Als die schwere Krisis, die 1848 über die Donau-Monarchie hereinbrach, überstanden war, versuchte man noch einmal, zu helfen durch strenge Zentralisation mittelst des Deutschtums. Das System hat sich nicht halten lassen. Der Ausgleich von 1867 lieferte Ungarn den Magyaren aus, und auch in den Ländern des Reichsrats mußten die Deutschen den Nationen und Nationchen neben sich Platz gewähren.

Sie sind seitdem auf sich selbst angewiesen; sie haben lernen müssen, vom Staat nicht allzu viel zu erwarten. Sie sind

Digitized by Google

nach wie vor den Nichtdeutschen an Wohlstand und Bildung, in Lebensformen und Lebenshaltung überlegen, aber sie haben neben sich Männer, die an ihr Volkstum glauben und es mit der Leidenschaft jungen Wollens vertreten, Führer und Geführte, die wissen, daß sie nur gewinnen können. Man kann den Deutschösterreichern das Zeugnis nicht versagen, daß sie sich im allgemeinen gut in die neue Lage gefunden haben. Läßt ihre Einheitlichkeit auch zu wünschen übrig, so berechtigt doch der kräftige und umsichtige Widerstand, den weite Kreise leisten, zur Hoffnung auf einen guten Ausgang. Wir Deutschen im Reich verfolgen den Kampf mit Spannung, helfen, wenn auch in bescheidenem Umfange. Daß unser Reich mit dem Bestande des österreichischen Deutschtums steht und fällt, daß es besonders das Deutschtum im alten Bundesösterreich nicht schmälern lassen darf, wenn es dauern will, ist klar. Auch hier sind wir durch unsere Lage und unsere Geschichte verkettet mit Fragen, auf deren Lösung uns ein unmittelbarer Einfluß nicht zusteht, die wir aber nicht teilnahmlos sich gestalten lassen können.

Unmittelbar reichsdeutsch, wie die elsaß-lothringische und die dänische, ist die polnische Frage. Sie hat im letzten Vierteljahrhundert eine besondere Schärfe gewonnen.

Wie lange Zeit der Untergang Polens beurteilt wurde, ist bekannt. Er gilt heute noch in weiten Kreisen als ein zweifelloses Unrecht, eine gar nicht zu rechtfertigende Gewalttat Mächtiger an einem Schwachen.

Dem gegenüber kann kaum scharf genug betont werden, daß an seinem Untergang zunächst und vor allem Polen selbst schuld ist, schuld, weil es die erste und oberste Pflicht jedes Staatswesens nicht zu erfüllen vermochte, Herr seiner selbst zu sein. Es wurde damit zu einer Gefahr für die Nachbarn. In dem Augenblicke, wo einer derselben Lust und Kraft zeigte, sich der durch ihre Schwäche lockenden Beute zu bemächtigen, wurden auch die anderen aus ihrer Ruhe aufgescheucht. Ein solcher Nachbar war der Zarenstaat, seitdem Katharina II. an seine Spitze getreten war. Vor allem Preußen konnte den Übergang Polens unter russische Herrschaft nicht dulden. Es vernichtete sich selbst, wenn es Danzig eine russische Stadt werden, Rußlands Grenzen bis 6 Meilen von Breslau, 15 von Berlin vorschieben, Ostpreußen zu einer Exklave werden ließ. Nicht ganz in der gleichen, doch auch in einer Zwangslage war Österreich. Konnte Polen sich nicht selbst regieren — und daß es das nicht konnte, hatte der Siebenjährige Krieg, hatten die ihm folgenden Ereignisse klar und deutlich erwiesen — so gab es keinen anderen Ausweg als die Aufteilung.

Rußland hat dabei weitaus den Löwenanteil davongetragen, hatte übrigens auch große Landstrecken, die mit Leuten seiner

Digitized by Google

Volksart und seines Glaubens bevölkert waren, zurückzufordern. Wenn Preußen anfangs mehr nahm, als es dauernd behauptet hat, so war das aus Gründen der Sicherheit gegen Osten verständlich. Die Militärs sind auch später der Meinung gewesen, daß man Rußland diesseits des Bug und des Narew nicht ertragen könne. Was nach den Ereignissen von 1813—1815 Preußen geblieben ist, ist das Mindestmaß dessen, was zu einer haltbaren Verbindung zwischen Schlesien und Ostpreußen notwendig ist.

Das neue Besitztum war in seinem nördlichen Teil einst Ordensland gewesen. Danzig, Thorn, Elbing waren auch unter polnischer Herrschaft deutsche Städte geblieben. Und nicht nur in diesem ursprünglich pommerellischen Gebiete, sondern auch in den altpolnischen Erwerbungen gab es in Stadt und Land zahlreiche Deutsche. Die nach der ersten Teilung von Friedrich dem Großen im Anschluß an frühere Siedelungen begonnene Kolonisation des Netzedistrikts hatte d i e s e n Landesteil ganz deutsch gemacht. Trotzdem sind dem „Großherzogtum" Posen, dem man diesen Titel als Reminiszenz der Warschauer Selbständigkeit zugestand und das Netzegebiet anschloß, königliche Versprechungen gegeben worden, deren Wortlaut die Vorstellung erwecken kann, als hätte es sich bei der neuen Provinz, deren Bevölkerung zu zwei Fünfteln aus Deutschen bestand, nur um polnische Bewohner gehandelt. Ihre Durchführung ist mit selbstverleugnerischer Gewissenhaftigkeit versucht worden, hat aber nicht vermocht, die Herzen der Polen zu gewinnen. In den Aufständen von 1830/31, 1846 und 1848 ist das sonnenklar zu Tage getreten, im letztgenannten Jahre auch mit allergrößter Deutlichkeit, daß die Wünsche der Polen nach Wiederaufrichtung eines besonderen Staatswesens die Entrechtung, ja die Vernichtung ihrer deutschen Landesgenossen in sich schlossen. Die Regierung mußte sich ihrer Pflicht erinnern, ihre deutschen Untertanen in den ehemals polnischen Landen zu schützen.

Die 48 er Versuche haben auch mit unwiderleglicher Deutlichkeit gezeigt, daß es ganz unmöglich ist, beide Nationalitäten durch Demarkationslinien zu trennen, sie in ein deutsches und ein polnisches Verwaltungsgebiet zu sondern. Der Gang der Geschichte hat sie zu sehr unter einander geworfen. Jeder Unterbezirk würde mit anderssprachigen Minderheiten zu tun haben. So muß das Interesse eines der beiden Völker entscheiden, und das kann im preußischen Staate und im Deutschen Reiche nur das Deutsche sein.

Und dieses deutsche Interesse verlangt gebieterisch das Festhalten des Besitzes, der von Gottes- und Rechtswegen unser ist. Wollen unsere Polen sich rückhaltlos einfügen lassen in die

Digitized by Google

preußische Staats- und die deutsche Reichsordnung, so mögen sie polnisch sprechen und polnisch fühlen, so viel sie wollen. Diese Bedingung ist weder beispiellos noch unerfüllbar. Die zwei Millionen Deutschen, die in Ungarn leben, die ungefähr eben so vielen, die russische Untertanen sind, denken nicht daran, sich aus ihren Landesverbänden zu lösen, obgleich sie in ihren nationalen Ansprüchen und Rechten oft empfindlich gekränkt, ja vergewaltigt werden, obgleich man bemüht ist, sie aus einem höheren in einen niederen Kulturstand hinabzuzerren. So lange das Verhalten unserer Polen irgend welche Zweifel läßt, ob sie preußische Untertanen sein und bleiben wollen, so lange ist es nicht nur ein Recht, sondern die Pflicht der Regierung, das Deutschtum in den in Frage kommenden Gebieten mit allen nur irgend wie zweckdienlichen Mitteln zu fördern und zu verbreiten. Wir k ö n n e n in dieser Sache nicht nachgeben. Wollte man vergleichen, so könnte man sagen, daß ein Deutsches Reich ohne Elsaß-Lothringen oder ohne Nord-Schleswig allenfalls denkbar wäre, ohne Posen, Westpreußen und Ober-Schlesien nicht, es möchte denn Leute geben, die es für möglich hielten, auf Ostpreußen zu verzichten und die Reichshauptstadt von der Spree an die Leine oder Fulda zu verlegen. Es handelt sich für uns um eine unabweisbare Notwendigkeit.

Daß die Aufgabe, die es hier zu lösen gilt, nicht leicht ist, haben besonders die letzten 25 Jahre bewiesen. Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren seit der Besitzergreifung nicht immer gleicher Art. Lange Zeit war der polnische Adel Hauptträger des Widerstandes; die Geistlichkeit trat hinter ihn zurück. Man hat hoffen können, den polnischen Bauernstand infolge der außerordentlichen Förderung, die er durch die preußische Verwaltung erfuhr, zu gewinnen, in seinem Gegensatz zum Adel eine Stütze für die neue Ordnung zu finden. Aber gerade der erfreuliche wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung, der Posen und Westpreußen trotz der so ungünstigen Verkehrslage einen weiten Vorsprung gab vor den unter russische und österreichische Herrschaft gekommenen polnischen Landen, haben hier entstehen lassen, was dem alten Polenreiche gefehlt hat, dessen Mangel wohl der Hauptgrund seiner Schwäche war, einen Mittelstand. Dieser Mittelstand hat die Ideale aufgenommen, die bisher in engeren Kreisen lebten. Seine enge Fühlung mit der Geistlichkeit hat diese vollends in den Dienst der nationalen Sache hineingezogen. Die Verschiedenheit des Bekenntnisses bei den beiden Völkern erleichterte das.

Eine völlige Neuformierung hat sich vollzogen, seitdem Preußen und Deutschland konstitutionelles Leben kennen lernten. Man protestierte gegen die Einbeziehung in die neuen Verfassungen, benutzte sie aber geschickt und erfolgreich. Die parlamentarischen

Digitized by Google

Vertreter sind seitdem in die Führerrolle eingerückt, und die Wahlorganisationen liefern die immer schlagfertigen Heeresmassen. Das nationale Vereins- und Verbindungswesen hat sich gewaltig entwickelt. Dazu ist die Zeitströmung den Polen günstig, wie überhaupt den in der Lebenshaltung zurückgebliebenen östlichen Völkern, die noch ein starkes Proletariat besitzen. Unsere Polen verfügen über einen zahlreichen, arbeitskräftigen und durch Schule und Heer auch arbeitstüchtig gewordenen vierten Stand. Die Möglichkeit, vorwärts zu kommen, hat in ihm wirtschaftliche Tugenden entwickelt, die der entrechtete, bedrückte und ausgesogene polnische Landarbeiter der früheren Zeit nicht kannte, vor allem Sparsamkeit und Betriebsamkeit. An Bedürfnislosigkeit übertrifft er den deutschen Standesgenossen immer noch wesentlich. Das hat in unserer Zeit, die der ungelernten Arbeit einen so sehr gesteigerten Wert gegeben hat, tiefgreifende Folgen. Die Polen vermehren und verbreiten sich über das Maß der wetteifernden Deutschen hinaus. Und in ihnen allen lebt stärker als zuvor der Glaube an ihr Volkstum und ihre Religion.

Der drohenden Gefahr kann richtig und erfolgreich nur begegnet werden, wenn man möglichst genau erkennt, was vorgeht. Aus dieser Überzeugung ist der Gedanke an dieses Jahrbuch entsprungen. Es soll zunächst nicht dem Kampf, es soll dem Verständnis dienen. Es steht den Polen gegenüber nicht auf dem Boden unversöhnlicher Feindschaft. Die Geschichte kennt überhaupt keinen deutschen Polenhaß. Die Art, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Völkern entwickelt haben, machte ihn unmöglich. Wo er vereinzelt auftaucht, ist er Begleiterscheinung der Gegenwehr. Aber darum versteht es sich doch von selbst, daß gründlichere Kenntnis der polnischen Verhältnisse und die Verbreitung solcher Kenntnis in deutschen Kreisen vor allem dem Zwecke dienen sollen, Deutschlands Herrschaft in den umstrittenen Gebieten zu befestigen.

Es ist darauf hingewiesen worden, einen wie festen Bestand Sprachgrenzen haben können, wenn zu beiden Seiten Völker von gleicher oder ähnlicher Wirtschafts- und Bildungslage wohnen, auch wie geringe politische Bedeutung der Sprachgrenze an sich anhaftet. In letzterer Beziehung hat sich in neuerer Zeit ein gewisser Wandel vollzogen, aber andererseits ist unverkennbar, daß die Verhältnisse im Osten einem Ausgleich der Wirtschaftslage zustreben, weniger klar allerdings, ob Ähnliches auch von dem in Frage kommenden Bildungsstande gesagt werden kann. Doch braucht die Hoffnung nicht aufgegeben zu werden, daß auch im Osten sich noch einmal ein weniger umstrittener Zustand herausbildet, daß die Polen den deutschen Standpunkt in seiner unbestreitbaren Berechtigung verstehen lernen. Auf Erfüllung

Digitized by Google

wird diese Hoffnung allerdings nur rechnen können, wenn unser Volk und unsere Regierung, die eine nicht weniger als das andere, auch nicht einen Augenblick Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie unwandelbar entschlossen sind, volle und unerschütterliche deutsche Staatsangehörigkeit der umstrittenen Gebiete zu erzwingen.

Digitized by Google

Die Abwehrmaßnahmen des Deutschtums in Oberschlesien auf finanziellem Gebiet.*)

Von **Ernst Sontag.**

Das moderne deutsche Genossenschaftswesen, wie es Schultze-Delitzsch 1849 begründet und in jahrzehntelanger liebevoller Pflege und ebenso langem Kampfe in die Höhe gebracht hat, ist eine rein unpolitische Organisation geblieben, so sehr es auch eine Zeitlang von dem Mißtrauen der Regierungen als eine Gründung des Jahres 1849 verfolgt wurde. Es ist heute nur noch eine theoretische Frage, ob es politisch nicht klüger gewesen wäre, die Genossenschaften aufs engste mit dem Liberalismus, welcher sie gegründet hatte, zu verknüpfen, und sie so zu einer Waffe des politischen Kampfes zu machen, ähnlich wie es die Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften verstanden hat. Aber die Liberalen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts waren Idealisten und Doktrinäre, und so verschmähten sie es, etwas, das als wirtschaftliches Hilfsmittel und soziale Wohltat gedacht war, zu einer politischen Waffe „zu mißbrauchen". Erst den Polen im preußischen Anteil war es vorbehalten, die Eignung der Genossenschaften zu politischen Zwecken zu erkennen und auszubeuten.

Die Versuche der Polen in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, sich zu politischen Vereinen zu organisieren, waren durch das strenge alte preußische Vereinsgesetz außerordentlich erschwert, da kamen sie auf die kluge Idee, Genossenschaften zu gründen, zu deren Errichtung sie keiner Genehmigung bedurften, deren Gründung nicht von Staatswegen verboten werden konnte, welche der Staat vielmehr in seine bei den Amtsgerichten geführten Register eintragen mußte, sofern sie nur den gesetzlichen Erfordernissen genügten. Die Genossenschaften sollten zwar nach dem Genossenschaftsgesetze wirtschaftlichen Zwecken dienen, aber sie konnten ja auch wirtschaftliche Zwecke erfüllen, vor allem der armen polnischen Bevölkerung in Posen und Westpreußen den dringend notwendigen Kredit eröffnen. Daneben aber konnte man diese Genossenschaften

*) Die Arbeit entstammt einem Vortrage, welchen ich vor der Staatswissenschaftlichen Vereinigung zu Posen im Jahre 1911 gehalten habe.

Digitized by Google

als Grundlage politischer Organisationen verwerten, die politischen Führer bei der Leitung der Genossenschaften belohnen und unterbringen.

Preußischerseits hat es ziemlich lange gedauert, bis man die Gefährlichkeit des polnischen Genossenschaftssystems in Posen und Westpreußen erkannte. Hat man doch dem Verbande dieser Genossenschaften das Recht eigener Revisoren zugestanden, [1]) hat doch die Preußische Central-Genossenschaftskasse jahrelang den polnischen Banken unter den weitgehendsten Bedingungen Kredit gewährt. Bei dieser Arglosigkeit gegenüber den polnischen Banken ist es begreiflich, daß man dem polnischen Eroberungsfeldzuge in Oberschlesien auch zu allerletzt erst auf dem finanziellen Gebiete entgegentrat. Gegenüber den in den achtziger und neunziger Jahren errichteten polnischen Zeitungen gab es eine deutsche Presse, welche selbstverständlich den Kampf gegen die polnische häufig recht wüste und entstellende Agitation aufnahm. Gegenüber den neu gegründeten polnischen Gesang- und Turnvereinen (Sokols) konnte die irre zu führende oberschlesische Bevölkerung wenigstens teilweise in Kriegervereinen, deutschen Gesang- und Turn- und anderen Vereinen zusammengehalten werden. Gegenüber der polonisierenden Tätigkeit so manches katholischen Geistlichen traten doch auch einzelne Geistliche für das Deutschtum ein. Aber gegenüber dem gewaltigen Einfluß, den sich die von 1895 bis in die letzte Zeit errichteten 16 polnischen Volksbanken („Banki ludowe") auf die arme und dabei wirtschaftlich aufstrebende und deshalb geldbedürftige Bevölkerung gewannen, gab es lange deutscherseits keinen bewußt dagegen arbeitenden Machtfaktor. Man sah eben das Kreditwesen als eine rein privatwirtschaftliche Betätigung an, deren Ausgestaltung nach der oder jener Richtung und deren Überwachung nicht Sache der lokalen und provinziellen Verwaltungsbehörden sei.

So dehnten sich die Banki ludowe ungestört über ganz Oberschlesien aus. Es gibt dort heute keine mittlere Stadt, in welcher nicht eine solche Bank besteht. Die Führerschaft unter diesen Banken gewann die Bank ludowy in Beuthen unter dem Einflusse der bedeutenden Persönlichkeit Adam Napieralskis. Sie steht heute schon fast wie eine Zentrale unter den polnischen Genossenschaften da, sie besaß am Schlusse des Geschäftsjahres 1911 an eigenem Vermögen (Geschäftsguthaben und Reservefonds zusammengefaßt) 766 000 Mark, an Depositen 10 080 000 Mark. Sie zählt 1563 Genossen und hat 1911 mit einem Gewinn von 52 000 Mark abgeschlossen. Charakteristisch für die polnischen

[1]) Wie man damit deutscherseits die Macht der polnischen Verbandsleitung gestärkt hat, darüber s. Bernhard, „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat" (S. 224 ff).

Digitized by Google

Volksbanken ist, daß das Schwergewicht ihrer wirtschaftlichen Macht nicht wie bei den meisten deutschen Genossenschaften zu einem großen Teile auf dem eigenen Vermögen, sondern fast ausschließlich auf den ihnen aus der polnischen Bevölkerung zufließenden Spargeldern ruht. Sämtliche Banki ludowe in Oberschlesien zusammen haben nur etwa 1 Million eigenes Kapital, dem aber etwa 30 Millionen Depositen zur Seite stehen.

Mit diesen Geldern hat die polnische Agitation, welche die Stellen in Vorstand und Aufsichtsrat der Volksbanken inne hat, es verstanden, einen gewaltigen wirtschaftlichen und mittelbar politischen Einfluß auf die oberschlesische Bevölkerung zu gewinnen.

In das arme bis vor zwei Menschenaltern ebenso von der Kultur wie von reicherer Arbeitsgelegenheit verlassene Oberschlesien hat die Industrie mit Ausbeutung der reichen Kohlen- und Erzschätze eine Fülle von Arbeit und Einkommen gebracht. Sie hat die bis dahin dumpf dahinlebende Bevölkerung zu Intelligenz und wirtschaftlichem Streben geweckt. Den Kredit, den diese aus dem Bauern- und Arbeiterstande aufsteigenden Kleinkaufleute, Hausbesitzer, Vekturanten und Handwerker bedurften, hatte man deutscherseits vielfach nicht in zureichendem Maße befriedigt. Wohl gibt es eine Reihe Kreditbanken in Oberschlesien, und auch die Breslauer Aktienbanken sind durch große Filialen vertreten, neuerdings hat auch die Dresdner Bank sich nach Oberschlesien ausgedehnt, aber alle diese pflegen überwiegend das Geschäft mit den größeren Kunden, die lohnenden Umsätze und die Kreditgeschäfte, bei denen ihnen durch Effekten oder erststellige Hypotheken hinlängliche Sicherheit geboten wird. Einem Ackerbürger, der nichts weiter als seine Scholle besitzt, das Geld zum Aufbau eines Hauses zu gewähren und dafür eine schwer verkäufliche Hypothek in Bobrek oder Deutsch-Pikar zu erwerben, oder einem Handwerker 1000 Mark auf seine Buchforderungen zu kreditieren, dafür besteht bei den deutschen Kreditbanken wenig Neigung. Es kann ihnen dies auch von ihrem geschäftlichen Standpunkt aus nicht verdacht werden.

Was die dem Immobiliarkredit dienenden Institute der Schlesischen Landschaft, der deutschen Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften angeht, so kommen diese als Geldgeber für die Stände, welche dem Polonismus verfallen sind oder ihm zuneigen, nicht in Betracht. Ländliche Grundstücke, welche geeignete Beleihungsobjekte für die Schlesische Landschaft wären, besitzen diese Kreise so gut wie gar nicht. Von städtischen Beleihungsgeschäften scheiden für die Hypothekenbanken nach dem Reichs-Hypothekenbankgesetz zunächst alle die Ortschaften aus, welche unter 10 000 Einwohner haben. In den größeren Ortschaften aber haben sich einige deutsche Hypothekenbanken bei Beleihungsgeschäften in früheren Jahren so arg über den Wert

Digitized by Google

der in Oberschlesien sehr schwer zu beurteilenden Beleihungsobjekte getäuscht, daß sie die Lust ziemlich verloren haben, an nicht ganz sichere Geschäfte heranzugehen. Einzig die Schlesische Bodenkredit-Aktiengesellschaft gewährt noch zahlreichere Kredite im Industriebezirk, aber auch sie beleiht nur die großen Objekte und die in den volksreichsten Städten. Die Kreis- und Kommunalsparkassen des Industriebezirks, von denen erstere allein etwa 70 Millionen Kapital haben, legen allerdings bis zu 80 Prozent ihres Kapitals in Hypotheken an, aber auch sie bevorzugen die großen und mittleren Unternehmer und die größeren Objekte. Bei kleinen Objekten bieten sie oft so niedrige Beleihungen, daß den Geldsuchern damit nicht gedient ist. Was aber speziell die in Oberschlesien bei der starken Bautätigkeit erforderlichen Baukredite angeht, so gestattet das Statut den Kreis- und Kommunalsparkassen in der Regel bei städtischen Grundstücken die Gewährung von Darlehen nur bis zur Hälfte des Taxwertes oder bis zur Hälfte der Feuerversicherungssumme. Damit ist dem Bauunternehmer nicht gedient. So haben wir es erlebt, daß, bis zu einer unten noch zu besprechenden Neugründung, die Kreissparkasse in Kattowitz z. B. alle Anträge auf Gewährung von Baudarlehen zurückweisen mußte.

Was die Befriedigung des Personalkredits angeht, so scheiden, wie schon oben bemerkt, für den kleineren Mittelstand und die Arbeiterschaft, eben die eventuell polnischen Kreise, die Kreditbanken völlig aus. Ebenso ist den Sparkassen ein solcher Kredit so gut wie unbekannt. Es bleiben also hier als Kreditgeber nur die Genossenschaften übrig. Von diesen müssen wir in Oberschlesien drei Gruppen unterscheiden:

1. die ländlichen Genossenschaften nach dem System Raiffeisen,
2. die städtischen Genossenschaften nach dem System Schultze-Delitzsch,
3. die zu keiner der vorigen gehörigen kleineren gewerblichen Genossenschaften.

Die ländlichen Genossenschaften mit einigen 60 000 Mitgliedern und einigen 40 Millionen Mark Depositen kommen für den Industriebezirk, das eigentliche politische Kampfgebiet, nur ausnahmsweise in Betracht, da dieser eben kleinere landwirtschaftliche Betriebe nur in einzelnen Kreisen kennt. Hier hat, um die wichtigste Ausnahme hervorzuheben, der jetzige Regierungspräsident von Oppeln, von Schwerin, als Landrat des Kreises Tarnowitz durch Ausbildung eines Netzes von deutschen Spar- und Darlehnskassen und durch Förderung von Filialen der Kommunalsparkasse Tarnowitz über den ganzen Kreis den polnischen Kreditinstituten so erfolgreich den Boden entzogen, daß in Tarnowitz eine Bank ludowy erst 1912 gegründet worden ist.

Digitized by Google

Was die städtischen Genossenschaften anbetrifft, so sind die Schultze-Delitzschschen zweifellos zum großen Teil gesund und kräftig entwickelt. Einige leisten auch, ohne daß sie die Abwehr des Polentums auf ihre Fahne geschrieben haben, durch ihre ganze Wirksamkeit in dieser Richtung Anerkennenswertes. Insbesondere ist der von dem verdienten Direktor Spitz geleitete Vorschußverein zu Cosel zu nennen, welcher die erste genossenschaftliche Gründung in Oberschlesien war, heute auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblickt, über 3000 Mitglieder und über 3 Millionen Mark eigenes Vermögen hat. Von seinen Mitgliedern sind über 70 Prozent Polen, die aber so an den Vorschußverein gewöhnt sind und so gut in ihm bedient werden, daß die 1903 von dem bekannten polnischen Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. Seyda-Kattowitz in Verbindung mit drei anderen polnischen Führern gegründete Bank ludowy in Cosel dagegen nicht recht aufkommen kann. Es ist ihr bisher weder gelungen, polnische Gewerbetreibende in Cosel ansässig zu machen, noch einen polnischen Anwalt oder Arzt dorthin zu bringen. Aber auch dies ist nur eine Ausnahmeerscheinung. Andere deutsche Vorschußvereine arbeiten bei politischer Neutralität durchaus nicht mit dem gleichen Glück für die deutsche Sache. So hat der große und sonst vorzüglich geleitete Vorschußverein in Gleiwitz, welcher über vier Millionen Mark eigenes Kapital besitzt, sich seit Jahren derart den größeren Geschäften und den besseren Kunden zugewandt, daß die kleinen Leute dort fast ebenso schwierig Kredit bekommen, wie bei irgend einer Kreditbank. Damit wurden diese Kunden natürlich vielfach der Bank ludowy in Gleiwitz in die Arme getrieben. In Kattowitz hatte der frühere Erste Bürgermeister Schneider eine Spar- und Darlehnskasse gegründet. Kaum fing diese aber zu blühen an, so wurde sie von dem Schlesischen Bankverein in Breslau in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der Bankverein nahm die Mehrzahl der Aktien in sein Portefeuille, womit die umgewandelte Gesellschaft, der Kattowitzer Bankverein, bei juristischer Selbständigkeit wirtschaftlich eine Filiale des Schlesischen Bankvereins wurde. Damit war den kleineren Gewerbetreibenden und Handwerkern in Kattowitz wiederum der Kreditgeber entzogen, die Bank ludowy in Kattowitz erhielt verstärkten Zulauf.

Die wirtschaftlich schwächeren gewerblichen Genossenschaften endlich sind vielfach so unkaufmännisch geleitet, daß sie für einen so regen Geschäftsverkehr, wie ihn der Industriebezirk erfordert, ernstlich nicht in Betracht kommen. So stehen z. B. an der Spitze der Handwerkerbank einer unserer größten Städte im Industriebezirk ein Bäckermeister als Direktor und ein Schneidermeister als Kassierer (letzterer hat sogar seinen Zuschneidetisch im Kassenlokal aufgeschlagen). Beide vermögen

Digitized by Google

die Kreditbedürfnisse ihrer Genossen so wenig zu übersehen, daß sie häufig Genossen, welche Gelder zur Auszahlung von Löhnen beanspruchten, mit dem Ansinnen abwiesen, sie sollten die Abforderung solcher Beträge 2—4 Wochen vorher anmelden. Diese Handwerkerbanken kranken weiter vielfach daran, daß sie die Rechnungen von Handwerkern bevorschussen, ein bei der wirtschaftlichen Schwäche mancher oberschlesischer Handwerker oft bedenkliches Geschäft.

Nach alledem fehlten also an vielen und zum teil gerade den verkehrsreichsten Orten des oberschlesischen Industriebezirks Kreditgeber, welche das Bedürfnis des, wie oben geschildert, so unternehmungslustigen und dabei geldknappen aufsteigenden kleineren Mittelstandes befriedigten. In diese Lücke nun traten mit Geschick und Erfolg die „Banki ludowe". Bei ihnen erhält der Arbeiter, der sich Pferd und Wagen kaufen will, um Vekturant zu werden, der Handwerker, der Materialien einzukaufen hat, der Ackerbürger oder Bauunternehmer, der ein Haus bauen will, den gewünschten Kredit, und zwar aufs bereitwilligste, ohne bureaukratische Formalitäten, und selbst wenn er nur eine schwache Sicherheit bieten kann. Mit dieser Kreditgewährung haben die Banki ludowe aber in den breiten Schichten dieses geldarmen und geldbedürftigen oberschlesischen Volkes gewaltige moralische Eroberungen gemacht. Hierin sind sie ein Jahrzehntlang ungestört geblieben, dann erst setzte deutscherseits die Bemühung ein, diesen polnischen Bestrebungen bewußt entgegenzuarbeiten, d. h. den Kampf mit denselben Waffen und auf dem wirtschaftlichen Gebiete aufzunehmen.

Zuerst geschah dies auf dem Gebiete des Immobiliarkredits. Der Landrat Gerlach des Kreises Kattowitz hatte die Beobachtung gemacht, daß das Kreditbedürfnis der Bauunternehmer in der Hauptsache von den polnischen Volksbanken befriedigt wurde. Auch Bauunternehmer zweifellos deutscher Gesinnung waren Mitglieder der polnischen Volksbanken, weil sie nur dort bequemen und billigen Kredit zu Baudarlehen erhielten. Bei der Abstoßung der Baugelder nach Fertigstellung des Baues und Ersetzung durch feste Hypotheken mußte die Kreissparkasse oftmals in Geschäftsbeziehungen zu den „Banki ludowe" treten, ja, sie mußte oftmals die von ihr bewilligten Hypothekendarlehen direkt an die polnischen Volksbanken zahlen, um damit die Baudarlehen der Hausbesitzer zu tilgen. War dies einmal schon für ein öffentlichrechtliches preußisches Institut kein erfreulicher Zustand, so mußte es zweitens damit ansehen, wie der ganze Stand der Bauunternehmer in das polnische Lager gedrängt wurde. So gründete der Kreis Kattowitz auf Anregung des Landrats Gerlach eine Kreis-Kommunalbank, um der Wirksamkeit der polnischen Volksbanken auf diesem Gebiete entgegenzutreten. Die Betriebsmittel

Digitized by Google

zu dieser „Kreis-Baubank" wurden dadurch beschafft, daß eine mit 3½ Prozent verzinsliche und mit 1 Prozent zu amortisierende Obligationen-Anleihe von 1¼ Million Mark aufgenommen wurde. Die Verwaltung der Bank wurde einer aus dem Landrat und zwei Kreistagsmitgliedern bestehenden Kommission übertragen. Diese Kreis-Baubank bewilligte nun Baudarlehen in Höhe von 60—70 Prozent des Wertes des Grund und Bodens und des planmäßig fertiggestellten Neubaues. Zur Sicherung des Kreises muß eine erststellige Hypothek bestellt werden. Bauzinsen zahlt der Eigentümer 5½—6 Prozent. Die Zahlung des Darlehns erfolgt ratenweise nach Fertigstellung des Baues. Die Baubank entwickelte sich so günstig, daß sie einen jährlichen Überschuß von durchschnittlich 20 000 Mark ergibt, und daß die Höhe ihrer Hypotheken Ende 1911 die Summe von 5 Millionen Mark überschritten hat. Der Kreis Kattowitz beabsichtigt sogar, demnächst durch Aufnahme einer neuen Anleihe der Kreisbaubank weitere Mittel zuzuführen. Diese Baubank hat den polnischen Banken auf dem Gebiete des Baugeschäfts erfolgreich Konkurrenz gemacht und damit zahlreiche Bauunternehmer und Bauherren vor der Berührung mit den Banki ludowe bewahrt. Nach dem Vorbilde der Kattowitzer Kreisbaubank ist Ende 1911 eine Kreisbaubank für den Kreis Tarnowitz errichtet worden, welche in der kurzen Zeit ihres Bestehens Darlehn von insgesamt 300 000 Mark aufs rascheste untergebracht hat. Sie selbst hatte diesen Betrag auf Kredit von der Schlesischen Provinzial-Feuersozietät aufgenommen. Jetzt ist die Tarnowitzer Kreisbaubank bereits im Begriff, weitere 300 000 Mark aufzunehmen. Der Zinsfuß schwankt zwischen 4½ und 5 Prozent bei festen Geldern, beläuft sich auf 6 Prozent bei Baugeldern. Auch diese Bank wird für lebensfähig gehalten; nur ist die Bautätigkeit im Kreise Tarnowitz nicht so rege wie im Kreise Kattowitz, sodaß eine gleich rasche Entwickelung nicht zu erwarten sein wird.

Aus den gleichen Tendenzen, aus welchen diese beiden Banken entsprungen sind, ist ein Plan des Bürgermeisters Heuser-Myslowitz hervorgegangen, einen Zweckverband zur Errichtung einer gemeinsamen Kommunal-Hypotheken- und Baubank zu gründen. Es werden als künftige Beteiligte an diesem Plane die Städte Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Myslowitz, Ratibor, Tarnowitz und die Landgemeinde Zabrze genannt. Die Angelegenheit ist jedoch noch nicht soweit gediehen, um hier darüber zu berichten.

Der Prozentsatz der Bevölkerung, welcher in die Lage kommt, Bau- oder Hypothekenkredit in Anspruch zu nehmen, ist, wie allerwärts, so auch in Oberschlesien ein verhältnismäßig kleiner. So kann also die Wirksamkeit der vorgenannten Banken immer nur auf einem beschränkten Gebiete den Banki ludowe entgegen-

Digitized by Google

wird diese Hoffnung allerdings nur rechnen können, wenn unser Volk und unsere Regierung, die eine nicht weniger als das andere, auch nicht einen Augenblick Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie unwandelbar entschlossen sind, volle und unerschütterliche deutsche Staatsangehörigkeit der umstrittenen Gebiete zu erzwingen.

Digitized by Google

Die Abwehrmaßnahmen des Deutschtums in Oberschlesien auf finanziellem Gebiet.*)

Von **Ernst Sontag.**

Das moderne deutsche Genossenschaftswesen, wie es Schultze-Delitzsch 1849 begründet und in jahrzehntelanger liebevoller Pflege und ebenso langem Kampfe in die Höhe gebracht hat, ist eine rein unpolitische Organisation geblieben, so sehr es auch eine Zeitlang von dem Mißtrauen der Regierungen als eine Gründung des Jahres 1849 verfolgt wurde. Es ist heute nur noch eine theoretische Frage, ob es politisch nicht klüger gewesen wäre, die Genossenschaften aufs engste mit dem Liberalismus, welcher sie gegründet hatte, zu verknüpfen, und sie so zu einer Waffe des politischen Kampfes zu machen, ähnlich wie es die Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften verstanden hat. Aber die Liberalen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts waren Idealisten und Doktrinäre, und so verschmähten sie es, etwas, das als wirtschaftliches Hilfsmittel und soziale Wohltat gedacht war, zu einer politischen Waffe „zu mißbrauchen". Erst den Polen im preußischen Anteil war es vorbehalten, die Eignung der Genossenschaften zu politischen Zwecken zu erkennen und auszubeuten.

Die Versuche der Polen in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, sich zu politischen Vereinen zu organisieren, waren durch das strenge alte preußische Vereinsgesetz außerordentlich erschwert, da kamen sie auf die kluge Idee, Genossenschaften zu gründen, zu deren Errichtung sie keiner Genehmigung bedurften, deren Gründung nicht von Staatswegen verboten werden konnte, welche der Staat vielmehr in seine bei den Amtsgerichten geführten Register eintragen mußte, sofern sie nur den gesetzlichen Erfordernissen genügten. Die Genossenschaften sollten zwar nach dem Genossenschaftsgesetze wirtschaftlichen Zwecken dienen, aber sie konnten ja auch wirtschaftliche Zwecke erfüllen, vor allem der armen polnischen Bevölkerung in Posen und Westpreußen den dringend notwendigen Kredit eröffnen. Daneben aber konnte man diese Genossenschaften

*) Die Arbeit entstammt einem Vortrage, welchen ich vor der Staatswissenschaftlichen Vereinigung zu Posen im Jahre 1911 gehalten habe.

Digitized by Google

treten. Wichtiger war es daher, auf dem Gebiete des Personalkredits die Tätigkeit der Banki ludowe zu bekämpfen. Hier geschah jedoch bis zum Jahre 1908 nichts. Im März dieses Jahres hielt ich, aus der Erkenntnis der weiter oben geschilderten Zustände heraus, in einer Sitzung des Schlesischen Landesausschusses des Deutschen Ostmarkenvereins einen Vortrag, in welchem ich auf die Gefahren der Banki ludowe hinwies und mich erbot, in Kattowitz, meinem damaligen Amtswohnsitze, in welchem ich das Terrain vorher erkundet hatte, eine Gegengründung, eine Deutsche Volksbank, zu schaffen. Der Vorschlag fand den Beifall der Versammlung, und wir gingen, ein Drei-Männer-Komitee der Ortsgruppe Kattowitz des Deutschen Ostmarkenvereins, an die Gründungsarbeit. Es gelang mir, von einer der dortigen Kreditbanken, dem Kattowitzer Bankverein, einen Prokuristen, unseren jetzigen Direktor Janotta, zu engagieren. Mit diesem zusammen trat ich an alle Persönlichkeiten in Kattowitz heran, von denen wir nach ostmärkischer Gesinnung oder Interesse für das Gemeinwohl eine Förderung unseres Unternehmens erwarten durften. Wohl erhielten wir manchen ablehnenden Bescheid, brachten aber doch in wenigen Wochen 69 Genossen zusammen. Größtenteils waren es Mitglieder des Ostmarkenvereins, welche die Gründung lediglich um ihres nationalen Zweckes willen unterstützen wollten, daneben aber auch Kaufleute und Handwerker, welche sich eine neue Kreditquelle eröffnen wollten. Mitte Mai 1908 fand die Gründungsversammlung statt, und am 1. Juli 1908 machte die erste Deutsche Volksbank in Oberschlesien ihren Laden auf. Sie wurde als Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht begründet.

Der Anteil des einzelnen Genossen wurde auf 500 Mark festgesetzt, zahlbar in vierteljährlichen Raten von 25 Mark, die Mehrzahl der gründenden Genossen war jedoch in der Lage, ihren Anteil voll einzuzahlen, viele übernahmen sogar mehrere Anteile, sodaß wir knapp vier Monate nach der ersten Anregung der Gründung den Bankbetrieb mit einigen 120 Geschäftsanteilen und einem eingezahlten Kapital von 55 000 Mark eröffnen konnten. Am Schlusse des Geschäftsjahres 1911 zählte die Bank 797 Genossen hatte ein eingezahltes Kapital von 272 000 Mark und besaß Spareinlagen in Höhe von 300 000 Mark. Sie hat im letzten Jahre einen Umsatz von 60 Millionen Mark gemacht. Ihr Reingewinn betrug bereits 32 500 Mark [1]).

Diese Bank, aus dem deutschen Mittelstande von Kattowitz heraus gegründet, begegnete bei der uns benachbarten Großindustrie erheblicher Skepsis. Man bezweifelte sowohl die Bedürfnisfrage wie auch die Lebensfähigkeit. Die Tatsachen haben diese Skepsis glänzend widerlegt. Einzig die Hohenlohe-Werke,

[1]) Weitere Zahlen s. in der Übersicht S. 197.

Digitized by Google

Aktien-Gesellschaft, unterstützten unsere Volksbank, indem sie ein Kontokorrent-Konto bei ihr einrichteten und einen Teil ihrer Löhnungsgelder über dieses laufen lassen[1]). Wohl aber erkannte die Königliche Regierung zu Oppeln bald die Bedeutung dieser Waffe im Kampfe gegen das oberschlesische Polentum, und ihrer Vermittlung verdanken wir es, daß der Fürst Guido Henckel von Donnersmarck auf Neudeck im Jahre 1909 der Bank 30 000 Mk. zinslos auf 10 Jahre gewährte. Wenn die polnischen Blätter Oberschlesiens hier von einer Zuwendung von Staatsgeldern an die Deutsche Volksbank in Kattowitz geschrieben haben, so ist dies absolut falsch. Wohl aber haben wir in neuester Zeit eine staatliche Unterstützung in der Form erhalten, daß der Deutschen Volksbank als solcher auf den Namen ihres Direktors eine Lotterie-Kollekte übertragen worden ist. Allerdings mußten wir Zug um Zug gegen Empfang der Kollekte die 30 000 Mark des Fürsten Henckel an die Regierung in Oppeln herausgeben. Es ist ein Novum innerhalb der preußischen Lotteriepraxis, eine Kollekte, nicht einem Offizier oder Kaufmann zu geben, sondern den nicht unerheblichen Gewinn, welchen der Kollekteur aus seiner Kollekte zieht, dazu zu benutzen, ein nationales Unternehmen in seinem Kampfe gegen das Polentum wirtschaftlich zu unterstützen. Diese Idee einer Unterstützung, welchen den Staat selbst auch nicht einen Pfennig kostet, muß als eine geniale bezeichnet werden. Der Vater dieser Idee ist der Kaufmann Siegfried Wiener in Kattowitz.

Für die rasche und überaus befriedigende Entwickelung der Deutschen Volksbank-Kattowitz sei auf die weiter unten (S. 197) befindliche Statistik Bezug genommen.

Die guten Erfolge der Deutschen Volksbank-Kattowitz ließen in einem Teile der Bevölkerung des benachbarten Königshütte, einem Orte mit 70 000 Einwohnern (überwiegend Arbeitern), den Wunsch nach Errichtung einer gleichen Deutschen Volksbank laut werden. Die Ortsgruppe des Ostmarkenvereins in Königshütte nahm die Sache in die Hand, ersuchte mich um meine Mitwirkung, und so gründeten wir im November 1909 mit 43 Genossen und 56 Geschäftsanteilen die Deutsche Volksbank in Königshütte. Sie setzte die Höhe ihres Geschäftsanteils auf 300 Mk. fest, nahm sich aber im übrigen in ihren Bestimmungen die Kattowitzer Satzung zum Vorbild. Sie hat es in den zwei Jahren ihres Bestehens auf 418 Genossen mit 95 000 Mark eingezahlten Geschäftsanteilen gebracht. Hervorhebenswert ist, daß, obwohl die Bank 1½ Jahre jünger ist als die in Kattowitz, sie mit ihren Spargeldern die ältere Schwester bereits um 67 000 Mark überflügelt hat.

[1]) Wie ich höre, soll der neue Generaldirektor der Hohenlohe-Werke A.G. bedauerlicherweise der Deutschen Volksbank dieses Konto nehmen wollen.

Digitized by Google

Für ihre sonstige Entwickelung sei auf die Statistik im Anhange zu der Übersicht über „deutsches und polnisches Genossenschaftswesen" verwiesen [1]). Inzwischen hatten auch der Bürgermeister Heuser und der Fabrikbesitzer Schneider in Myslowitz mit der dortigen Gruppe des Deutschen Ostmarkenvereins eine Deutsche Volksbank gegründet, welche insofern etwas ihre eigenen Wege gegangen ist, als sie sich einer der an die Preußische Zentralgenossenschaftskasse angegliederten Zentralkassen angeschlossen hat, während alle von mir gegründeten Deutschen Volksbanken sich dem Allgemeinen schlesischen Verbande der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welcher von der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank ressortiert, angeschlossen haben. Die Myslowitzer Volksbank entwickelte sich, wie die Statistik zeigt, relativ langsam. Sie hat nach vierjährigem Bestehen erst 432 Genossen mit 41 000 Mk. eingezahlten Geschäftsanteilen und 161 000 Mark Spargeldern. Aus ihrem Geschäftsbetriebe ist als charakteristisch hervorzuheben, daß in diesem Grenzorte, in welchem die Sachsengänger deutsches in österreichisches und russisches Geld und umgekehrt umtauschen, der Umsatz im Valutengeschäft ein besonders starker ist. Welcher Dorn auch diese Volksbank in den Augen der Polen ist, geht daraus hervor, daß die Bank ludowy in Kattowitz 1911 eine Filiale nach Myslowitz legte.

Betrachten wir nun die Arbeitstätigkeit dieser deutschen Volksbanken unter dem Gesichtspunkte unseres Themas, so ist ihre Existenz allein schon eine Abwehr, insofern so und so viele der kleineren Kaufleute, Handwerker, Bauern, Arbeiter, ja unteren Beamten, die mit ihren kleineren Kreditwünschen bei den Kreditbanken nicht gehört werden, nicht mehr in die Bank ludowy gehen, weil sie die Möglichkeit haben, ihr Darlehen in der Deutschen Volksbank zu erhalten und ihre Wechsel dort diskontiert zu bekommen. Es sind unter den Genossen der polnischen Volksbanken früher eine ganze Anzahl Elemente gewesen, die noch soviel nationales Bewußtsein hatten, daß sie sich schämten, Mitglied der Bank ludowy an dem Orte zu werden, an welchem sie bekannt sind, deshalb wurden z. B. Kaufleute und Handwerker aus Kattowitz Genossen der Bank ludowy in Beuthen und solche aus Beuthen Genossen der Bank ludowy in Kattowitz, damit es weniger herumkomme, daß sie überhaupt bei einer Bank ludowy Mitglieder seien. Wir haben das Beschämende erlebt, daß der Königliche Amtsvorsteher eines bei Kattowitz belegenen Amtsbezirks als Bürge einen Wechsel der Bank ludowy unterschrieben hat und deren Genosse geworden ist, daß die Trägerin des Namens eines uralten deutschen Grafengeschlechts Genossin der Bank ludowy in Kattowitz werden

[1]) S. S. 197.

Digitized by Google

mußte, weil sie eine zweitstellige Beleihung für ihr Grundstück von keiner deutschen Bank erhielt. Weiter wirken die deutschen Volksbanken allein durch ihre Existenz antipolnisch, indem ein Teil der Spargelder, der heute ihnen zufließt, sonst in die Kassen der Banki ludowe geflossen wäre. Es ist nämlich eine eigentümliche Beobachtung, wie sich der kleine Mann zu den Genossenschaften hingezogen fühlt; bei ihnen empfindet er, daß er bis zu einem gewissen Grade Teilhaber sei, daß er in der Generalversammlung zu seinem bescheidenen Teile mitzureden und mitzubestimmen habe, und deshalb trägt er sein Geld lieber in die Genossenschaft als in die Kreissparkasse oder in eine Kreditbank.

Zweitens und hauptsächlich sind die Deutschen Volksbanken nach der Zusammensetzung ihres Aufsichtsrats, in welchem ostmärkisch gesinnte Elemente stets stark vertreten sind und nach der Auswahl ihres Vorstandes auch zielbewußt bemüht, durch die Art ihrer Geschäfte dem Einflusse der polnischen Volksbanken entgegenzuarbeiten. Wenn wir Deutsche wirklich auf einem Gebiete von der geschickten polnischen Kampfmethode gelernt haben, so dürfen wir dies von dem Betriebe unserer Volksbanken in Anspruch nehmen.

Nachdem die ersten drei Gründungen sich als gelungen erwiesen hatten, forderten mich weiter die Ortsgruppen Zabrze und Gleiwitz des Deutschen Ostmarkenvereins zur Gründung von Deutschen Volksbanken auf. Im August 1910 half ich bei der Gründung der ersteren, im ersten Quartal 1911 bei Gründung der letzteren. Wie die Polen auch die neben eine bereits bestehende große Deutsche Genossenschaftsbank [1]) tretende Gleiwitzer Volksbank als eine unbequeme Konkurrenz empfinden, dafür sei eine charakteristische Äußerung der Gazeta ludowa zur Gleiwitzer Gründung zitiert. Dieses Blatt schreibt:

„Dieser Tage ist hier eine deutsche „Volks"-Bank gegründet worden. Die Deutschen haben für ihre Bank einen lächerlichen Namen gewählt. In Gleiwitz und Umgegend gibt es außer in Schoenwald kein deutsches Volk, das hiesige Volk ist doch polnisch. Die Deutsche Volksbank wird ihre Geschäfte unter der polnischen Bevölkerung machen wollen, deswegen hat sie sich den Namen Volksbank beigelegt. Wir bemerken, daß in Gleiwitz bereits eine Volksbank existiert, die sich bisher großartig entwickelte und möglicherweise jetzt, infolge Gründung der Deutschen Volksbank, auf Konkurrenz stoßen wird. Der Grundsatz des polnischen Volkes müßte lauten: Der Seine zu den Seinigen".

Die Deutsche Volksbank Zabrze hat es in zwei Geschäftsjahren auf 324 Genossen mit 61 000 Mark eingezahlten Geschäfts-

[1]) Siehe oben S. 31.

Digitized by Google

anteilen und 258 000 Mark Spargeldern gebracht, die Deutsche Volksbank Gleiwitz sogar in einem Jahre auf 644 Genossen mit 81 000 Mark Geschäftsanteilen und 180 000 Mark Spargeldern [1]).

In den Ortschaften Siemianowitz-Laurahütte, welche über 30 000 Einwohner zählen, waren es der Amtsvorsteher Klopsteg und der Verein der dortigen Kaufmannschaft, welche mich um Gründung einer Deutschen Volksbank ersuchten. Hier war eine solche Gründung besonders wünschenswert, da es überhaupt kein Bankinstitut am Orte gibt, und die Bank ludowy somit, abgesehen von ein paar kleinen deutschen Genossenschaften, welche Spezialgebiete pflegen, unbestritten das Feld beherrschte. Dementsprechend hat diese polnische Bank in diesem relativ armen Orte heute bereits fast eine Million Spargelder gesammelt.

Die Gründung der Deutschen Volksbank Siemianowitz-Laurahütte erfolgte am 18. Januar d. J. mit 54 Genossen und 66 Anteilen.

Wie erfreulich auch sie sich entwickelt, dafür spricht nach Abschluß des ersten Geschäftsjahres die Zahl von 211 Genossen, 66 000 Mark Geschäftsanteilen und 90 000 Mark Depositen. Im übrigen sei auch hier auf die Statistik an der genannten Stelle verwiesen [2]).

Die Deutschen Volksbanken schufen sich in den wenigen Jahren ihres Bestehens ein solches Ansehen und ihr Name wurde derart ein Programm, daß ältere deutsche Genossenschaftsbanken in Bismarckhütte, Rybnik, Beuthen und Sohrau sich ebenfalls in „Deutsche Volksbanken" umtauften. Von den beiden erstgenannten kann man wohl heute schon als feststehend ansehen, daß sie mit dem Namen sich auch die Ziele der Deutschen Volksbanken zu eigen gemacht haben, bezüglich der letzteren beiden bleibt es noch abzuwarten [3]).

Was nun die Kreditgewährung der Deutschen Volksbanken angeht, so gewähren sie nicht nur Handwerkern, Kaufleuten und Beamten Kredit, sondern mit Vorliebe auch allen den kleinen Häuslern, Vekturanten und Bauern, die von der Kreditbank und Kreissparkasse wegen Geringfügigkeit des Objekts zurückgewiesen werden, von der Bank ludowy aber stets Kredit erhalten. Wir unterscheiden uns von den Geschäftsprinzipien dieser Banken nur dadurch, daß wir vorsichtiger arbeiten und auf größere Sicherheiten, solidere Bürgen usw. mehr Wert legen, als die sich meist als Kampfinstitute fühlenden Banki ludowe. Wir gewähren Kredit nicht bloß

[1]) Die weiteren Zahlen s. S. 198. [2]) S. S. 198. [3]) Sollten etwa Genossenschaften, die durchaus nicht den Grundsätzen der älteren Deutschen Volksbanken huldigen, sich diesen Namen beilegen, so erscheint es leider sehr zweifelhaft, ob unsere geltenden firmenrechtlichen Bestimmungen eine Handhabe gegen einen solchen Firmenmißbrauch bieten würden.

Digitized by Google

den Deutschen, sondern ebenso gut den national schwankenden und unzuverlässigen Elementen.

Die Deutschen Volksbanken wollen gerade in der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens nicht das Gefühl aufkommen lassen: Was nutzen uns die stolzen Bankpaläste des Schlesischen Bankvereins und der Breslauer Diskonto-Bank, was nutzen uns die Kreis- und städtischen Sparkassen, uns kleinen polnischen Leuten hilft doch bloß die Bank ludowy!

Wir wollen solche Äußerungen durch die Tat widerlegen. Auch die Deutschen Volksbanken sind zur Kreditgewährung für den kleinen Gewerbetreibenden, den Handwerker und Arbeiter erbötig. Um aus der Praxis der Kattowitzer Volksbank nur zwei Beispiele zu bringen, so verkaufte z. B. ein Pole sein Grundstück in einem bei Kattowitz belegenen Dorfe an einen deutschen Oberkellner. Dieses Grundstück war an erster Stelle mit 8000 Mark von einer Bank ludowy beliehen. Der Käufer sollte diese erste Hypothek in Anrechnung auf den Kaufpreis übernehmen; die Bank ludowy aber erklärte sich zum Stehenlassen des Geldes nur bereit, wenn der Oberkellner bei ihr Genosse würde. Es wurde ihm eine Beitrittserklärung in polnischer Sprache vorgelegt, welche er zu unterschreiben ablehnte, da er den Inhalt nicht verstünde. Darauf kündigte ihm die Bank ludowy die Hypothek und hätte das Grundstück natürlich, wenn er bei Fälligkeit nicht auszahlen konnte, zur Versteigerung gebracht und den deutschen Besitzer verdrängt. Da trat die Deutsche Volksbank in Kattowitz in die Bresche und lieh ihm das Geld zur Abstoßung der Hypothek der Bank ludowy.

Eine Bank ludowy hatte ein Ziegeleigrundstück mit 25 000 Mark an erster Stelle beliehen, dem Eigentümer aber auf diese Hypothek vorerst nur 18 000 Mark ausgezahlt. Als der Besitzer inzwischen Mitglied der Deutschen Volksbank geworden war, machte die Bank Ludowy wegen Auszahlung des Restes Schwierigkeiten, worauf wiederum unsere Volksbank helfend einsprang.

Die Banki ludowe sind sämtlich Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht. Der geschäftsunkundigen Bevölkerung Oberschlesiens ist es natürlich überwiegend unbekannt, daß sie bei einer solchen Genossenschaft mit ihrem gesamten Vermögen für die Schulden der Genossenschaft haftet, und daß der Zusammenbruch einer Bank ludowy ihr wirtschaftlicher Ruin sein würde. Die Aufklärung einzelner Genossen über diese ihre Rechtslage und der Hinweis, daß die deutschen Volksbanken durchweg Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht sind, sodaß der Genosse dort nur für seinen Anteil und die gleich hohe Haftsumme haftet, hat schon verschiedentlich den Übertritt von Mitgliedern der Bank ludowy zu deutschen Volksbanken im Gefolge gehabt, was im Interesse der Sicherung der Existenz der einzelnen ebenso erfreulich ist, wie im Interesse der Schwächung des Einflusses der

Digitized by Google

Polenbanken. Daß dann die Vorstandsmitglieder einer Deutschen Volksbank sich den Scherz machen, den Genossen auf einem Briefbogen der Deutschen Volksbank die Austrittserklärung aus der polnischen Volksbank an diese richten zu lassen, ist natürlich ein überflüssiger Nadelstich, der aber immerhin dafür zeugt, daß der Kampf bei uns nicht ohne Humor geführt wird.

Nur in einem Punkte, leider aber in einem der wichtigsten, sind wir den polnischen Volksbanken noch unterlegen, d. i. in der Zulänglichkeit der Geldmittel. Es ist eben der Vorsprung von über einem Jahrzehnt, den die Polen haben, nicht so rasch einzuholen. Um alle soliden Kreditgesuche, die an uns herantreten, zu befriedigen, müßten wir in den Deutschen Volksbanken erheblich mehr Geldmittel zur Verfügung haben, als dies bisher der Fall ist. Wohl werden uns, insbesondere der Kattowitzer Volksbank, die Wechsel aufs kulanteste von der Reichsbank und von den vielfach mit überschüssigem Gelde gesegneten Vorschußvereinen in Cosel, Neusalz, Wohlau, Löwen u. a. O. diskontiert, aber auch alles Geld, welches sich die Volksbanken auf diese Weise verschaffen, reicht nicht aus, um die herantretenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Wenn das System der Regierung, in den sich auf wirtschaftlichem Gebiete abspielenden politischen Kampf um die Ostmark mit Staatsmitteln einzugreifen, das richtige ist — und daran kann meines Erachtens nicht gezweifelt werden — so hat die Regierung diese Pflicht in Oberschlesien nicht minder als in Posen und Westpreußen. Der Unterschied des Kampfes in den beiden Landesteilen ist nur der, daß in Posen und Westpreußen um den Grund und Boden gekämpft wird, in Schlesien aber um die Seelen seiner Bewohner. Die Posener Polen zu guten Deutschen zu machen, ist vorläufig eine aussichtslose Sache, es kann dort nur ein Erfolg errungen werden, indem ein genügender Prozentsatz Deutscher auf für sie freigemachte Schollen gesetzt wird. In Oberschlesien aber können die Bewohner selbst noch vor dem Polonismus bewahrt werden. Dies ist eine ebenso wichtige und dringende Aufgabe. Wenn sich die Regierung und der Landtag heute entschließen könnten, einige Millionen Mark den vorhandenen Deutschen Volksbanken zur Verfügung zu stellen und die Errichtung weiterer damit zu erleichtern, so könnten damit in der Richtung der Festhaltung der Oberschlesier bei dem Deutschtum, ihrer Bewahrung vor polnischen Einflüssen, unmittelbaren wirtschaftlichen wie mittelbaren politischen, große Erfolge erzielt werden. Freilich genügt es dazu nicht, daß die Preußische Zentralgenossenschaftskasse den Deutschen Volksbanken ihre Geschäftsverbindung anbietet; denn damit stehen sie nicht besser, in manchen Punkten sogar schlechter wie mit dem Anschluß an die Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank, sondern diese Millionen müßten den Banken zu einem minimalen Zinssatz und bei bescheidenen

Digitized by Google

Garantien und ohne Anschlußzwang an die Preußenkasse geboten werden. Der Staat soll damit, wie mit den Geldern der Ansiedlungskommission, zunächst gar kein finanzielles, er soll ein politisches Geschäft machen.

Ich weiß, daß diese Forderung vorläufig ein frommer Wunsch ist, aber sie aufzustellen ist Pflicht, wenn man, wie ich, nach neunjährigem Aufenthalte in Oberschlesien der Überzeugung ist, daß die lebende Generation dort noch mit Geldmitteln zu gewinnen ist, deren zehnfacher Betrag die nächste Generation ungerührt lassen wird.

Digitized by Google

Der deutsche Osten im Verkehrssystem der Gegenwart*)

Von **Kurt Wiedenfeld.**

Reichliche Ausstattung mit Schienenwegen und Schiffahrtsgelegenheiten — billige Überwindung großer Entfernungen für die Güter, rasches Zueinanderkommen für die Menschen — sichere Berechenbarkeit der erforderlichen Transportzeiten für Menschen und Güter: das sind in der Gegenwart die unerläßlichen Vorbedingungen geworden, wenn anders ein Gebiet mit nachhaltiger Kraft sich in der Weltwirtschaft behaupten soll, seine Produktion über die eigene Verkaufsmöglichkeit und damit seinen Konsum über die eigene Erzeugungsmacht zu steigern, in der Kapitalbildung dank hoch entwickelter Arbeitsteilung mit raschen Schritten vorwärts zu gehen.

Da ist entscheidend geworden, daß der Mensch natürliche Hindernisse zur Überwindung der Ortsverschiedenheiten als absolut unüberwindlich schon längst nicht mehr anerkennt. Seitdem die erste Alpenbahn im Semmering den gewaltigen Querriegel Mitteleuropas überschient (1854), hat so mancher Gebirgsstock seine Schrecken verloren, und am Simplon ist es gelungen, durch einen 20 km langen Tunnel, die Eisenbahnen auf beiden Seiten fast ganz in der Ebene zu belassen; das Felsengebirge Nordamerikas wird seit 1869 durch die Überlandbahnen in ständig steigender Zahl überwunden. Auch Kanäle scheuen heute ganz erhebliche Höhenunterschiede nicht mehr und sind dadurch gebirgsfähig geworden; wird doch der Panamakanal sogar für die Riesen des Seeverkehrs eine Treppe über das Rückgrat Amerikas herstellen, und haben doch die Techniker allen Ernstes den Plan erörtert, von Wien nach Triest eine Schiffahrtsstraße zu erbauen. Da kann es unerreichte Gegenden — Gebiete, die ein für allemal vom Weltverkehr abgeschlossen bleiben müssen, nicht mehr geben.

Damit hat jedoch der Naturzustand seine weltwirtschaftliche Bedeutung keineswegs völlig verloren; in den Kosten der Anlagen und des Betriebes macht er sich noch immer recht maßgeblich geltend. So ergibt es, auch dem technischen Laien ohne weiteres

*) Vortrag, gehalten im Frühjahrskurs 1912 der Berliner Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung.

Digitized by Google

verständlich, einen sehr gewichtigen Unterschied, ob eine Eisenbahn in der Ebene oder aber im Hochgebirge zu erbauen ist; was dort mit einem Aufwand von 200 bis 250 000 Mark für je 1 km zu voller Leistungsfähigkeit doppelgleisig gebracht werden kann, erfordert hier bei geminderter Transportkraft eine Million und selbst mehr. In der Ebene wird von einer Lokomotive leicht gezogen, was bei starken Steigungen und Krümmungen eine Vielheit der Zugkraft nötig macht, wobei noch das ganze Material und der Oberbau durch die verstärkte Reibung ungleich stärker abgenutzt wird. Und was der technischen Schwierigkeiten mehr sind, die in der wirtschaftlichen Brauchbarkeit, in den Transportkosten und den sie deckenden Transporttarifen, ihren fatalen Ausdruck finden — ist es doch allgemein üblich, für Gebirgsstrecken durch das Einrechnen sogenannter virtueller Längen den sonst etwa geltenden Einheitssatz tatsächlich zu erhöhen. Vollends ist die künstliche Wasserstraße, der Kanal mit Anlagekosten belastet, die ein natürlicher Stromlauf nicht kennt, und auch die Verbesserungen des natürlichen Schiffahrtsweges stehen, gemessen an der Leistungsfähigkeit des Ergebnisses, im erforderlichen Aufwand regelmäßig hinter dem ganz neu von der Technik aufzubauenden Werke zurück. Auch heute noch gilt daher ausnahmslos, daß solche Gegenden für den Verkehr am vorteilhaftesten dastehen, denen die Natur einen leistungsfähigen, reichlich Wasser führenden Strom zur Verfügung stellt, während umgekehrt als stiefmütterlich bedacht die anderen Gebiete bezeichnet werden dürfen, die ganz und gar auf die menschliche Technik angewiesen sind, ihr Verkehrsbedürfnis zu wecken und zu entfalten.

Allerdings stehen heute Natur und Technik nur noch in den unentwickelten Gebieten der fremden Erdteile unmittelbar einander gegenüber: da pflegt man Eisenbahnen nur zu bauen, wo kein Flußlauf sich als Transportweg darbietet, und die Flüsse pflegt man im wesentlichen zu lassen, wie sie die Natur geschaffen hat. Auf höherer Entwicklungsstufe dagegen tritt allenthalben die Technik in ihr Recht als Verbesserin der Natur; da werden die Ströme durch Regulierungen oder gar Kanalisierungen in ihrer Leistungsfähigkeit um ein Vielfaches verbessert, oder es werden Schienenwege neben sie gestellt und sie dann auf ihre natürliche Bestimmung des Vorfluters zurückgeworfen, oder endlich beiden Transportmöglichkeiten werden gleicherweise Aufmerksamkeit und Aufwendungen zugewendet, wie es vor allem die deutschen Staaten, in geringerem Umfang auch Frankreich getan haben. Dann entscheidet über die Rolle der einzelnen Verkehrsmittel ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die mehr als nur die technische Transportmöglichkeit in sich enthält, vor allem von der Art des zu bedienenden Verkehrs selbst maßgeblich bestimmt wird. —

Digitized by Google

Dreierlei Momente sind da zu beachten: die Transportkosten, das Transporttempo, die Berechenbarkeit der Transporte; Kosten und Tempo bei allen Verkehrsmitteln noch stark auf die Natur gestellt, aber doch auch von der Technik mitmaßgeblich bestimmt — die Berechenbarkeit fast nur vom menschlichen Willen, von der menschlichen Organisationskunst abhängig.

In den Transportkosten ist am günstigsten die Seeschiffahrt gestellt. Ihre Fahrstraße, das offene Meer, steht völlig frei zu ihrer Verfügung, und schon bei ziemlich kleinen Strecken machen jene Teile im Bereich der Häfen, deren Offenhaltung und Verbesserung technische Arbeiten und damit pekuniäre Aufwendungen erfordern, im Verhältnis zur Gesamtentfernung nur sehr wenig aus, sodaß auch die direkte oder indirekte Heranziehung des Verkehrs zur Kostendeckung keine sehr erhebliche Belastung in sich faßt. Dazu ist dem Umfang des einzelnen Schiffs nur in wenigen Meeresteilen, wie etwa der Ostsee, eine natürliche Grenze gesetzt; ganz überwiegend kann er vielmehr dem Bedürfnis des Verkehrs angepaßt werden, und wieder sind, gemessen an der neuen Leistungsfähigkeit, die Aufwendungen meist nur gering, die zwischen Hafen und offener See im Mündungsbereich des Hafenflusses oder in der Uferlinie zur Durchführung der gewünschten Schiffsgröße gemacht werden müssen. Mit dem Umfang des Schiffes stehen aber seine Herstellungskosten und erst recht die Kosten seines Betriebes keineswegs in gleichem Verhältnis; je größer das Fahrzeug, um so vorteilhafter die Ausnutzung und um so geringer auf die Raumeinheit der Widerstand des Wassers, damit der Kohlenverbrauch. Nur auf dem Meere endlich ist natürliche Bewegungsfreiheit genug, den Wind noch als Triebkraft in großem Umfang zu benutzen. — Und doch darf man nicht schlechthin und einschränkungslos dem Seeweg einen Kostenvorsprung vor dem Landweg und der Eisenbahn zuschreiben. Denn nur ausnahmsweise spielt sich der ganze Transport ausschließlich auf dem Meere ab; in den bei weitem meisten Fällen stammt das zu befördernde Gut aus dem Hinterland des Seehafens und soll auch weiter in das Binnenland gehen. Dann treten zu den reinen Beförderungskosten noch Aufwendungen für die Umladung hinzu, die sich aus den technisch notwendigen Kosten, den Handelsspesen und einem Zinsverlust, sowie aus einer Risikoprämie für die unvermeidliche Qualitätsgefährdung zusammensetzen und um so rascher den reinen Eisenbahntransport als vorteilhafter erscheinen lassen, je geringer die natürliche Leistungsfähigkeit des Seeweges und der Hafenstraße ist, je kürzere Gesamtentfernungen in Betracht kommen.

In der Binnenschiffahrt liegt es schon wesentlich anders. Da steht allerdings bei natürlichen Gewässern ebenfalls kostenlos die Fahrstraße zur Benutzung. Aber nur ganz ausnahmsweise,

Digitized by Google

bei den allergrößten Strömen der Erde, ist sie nach dem Umfang der Wasserführung und ihrer Regelmäßigkeit schon von Natur so entwickelt, daß sie den modernen Ansprüchen auf Schiffsgröße und Berechenbarkeit des Verkehrs zu entsprechen vermag. Zumeist muß die Technik erst nachhelfen; und sofort entsteht die Frage, ob das erstrebte Ergebnis wirklich am vorteilhaftesten durch eine Regulierung des Stromes, nicht vielleicht durch den Bau einer Eisenbahn erreicht wird — eine Frage, die allgemein nicht beantwortet werden kann, deren Entscheidung vielmehr von dem Ausmaß der erforderlichen Aufwendungen und der erzielten Leistungsfähigkeit abhängt. Das gilt aber natürlich erst recht vom Bau künstlicher Wasserstraßen, für die ja nicht nur der ganze Weg erst hergerichtet werden muß, die vielmehr auch noch einer dauernden Zuführung des erforderlichen Wassers regelmäßig bedürfen. Da kommt es dann sehr maßgeblich darauf an, bis zu welchem Grad die Natur schon vorgearbeitet hat, und auf welche Höhe der Leistungsfähigkeit menschliche Kunst die Wasserstraße emporzuheben vermag. Sind nur geringe Aufwendungen erforderlich, um schon ganz großen Fahrzeugen mit einiger Regelmäßigkeit den Weg zu ebnen, so wird sich die technische Arbeit am Strom besser lohnen als der Bau einer Eisenbahn; je größer dagegen die Regulierungskosten und je geringer der von der Natur bestimmte Effekt, um so mehr tritt der Schienenweg in das Bereich der Wettbewerbsfähigkeit. Dazu ist auch die Länge des Weges, der zu Schiff zurückgelegt werden kann, von mitentscheidender Bedeutung: auf kurze Strecken nehmen die Be- und Entladungsaufenthalte des Schiffs zu viel Zeit in Anspruch, als daß nicht die Abfertigung vieler Eisenbahnwagen, die sich in rascher Folge vollziehen kann, am vorteilhaftesten sein müßte. Und endlich spielen auch hier die Vor- und Nachfracht, die an die Eisenbahn zu zahlen ist, sowie die Umladungskosten eine sehr gewichtige Rolle: die Wasserstrecke muß schon im Verhältnis zur Eisenbahnstrecke recht lang sein und sich recht großer Fahrzeuge bedienen können, wenn trotz Umladung der gebrochene Weg vorteilhafter als der reine Eisenbahntransport bleiben soll. Alles dies ist von Fall zu Fall zu berücksichtigen; es ist unzulässig, den Kostenvergleich allein auf die Betriebskosten einzustellen, die allerdings wohl der Schiffahrt einen gewissen Vorsprung vor der Eisenbahn geben. Und ebenso darf bei der Erörterung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Verkehrswege nicht die Frage hineingezogen werden, wer etwa die entstehenden Kosten zu tragen hat: sie bedeuten eine volkswirtschaftliche Belastung, ob nun die Verkehrsinteressenten selbst sie in Gestalt von Abgaben aufzubringen haben, oder ob der Staat sie ohne Ersatz aus Allgemeinmitteln hergibt.

Digitized by Google

In der Schnelligkeit ist das Verhältnis zwischen Eisenbahn und Schiffahrt gerade umgekehrt. Berücksichtigt man nur die Betriebstechnik, so ist an der höheren Leistungsfähigkeit der Lokomotive und Schiene nicht zu zweifeln: Geschwindigkeiten von 80 bis 100 km in der Stunde kann kein Dampfer erreichen, und auch das Güterzugstempo von etwa 40 km bleibt noch weit über der Leistung eines Schleppzuges auf dem Wasser. Aber tatsächlich ist die Schiffahrt trotzdem garnicht selten in der Lage, gerade bei größeren Entfernungen die Ablieferung schneller zu bewirken als die Eisenbahn. Da kommt die Betriebsorganisation entscheidend in Betracht. Hat nämlich die Schiffahrt — wie etwa auf dem Rhein, aber auch zwischen Berlin und Stettin — ganz regelmäßige Transporte zu bewältigen, die in großer Gleichmäßigkeit zwischen immer denselben Orten sich abspielen, so richtet sie ihre Schleppzüge so ein, daß sie ohne andere als die notwendigsten Betriebsaufenthalte direkt vom Anfangs- zum Endpunkte durchfahren; erst recht vermeiden die Dampfer, welche selbst Güter aufnehmen und etwa den Eilgüterzügen verglichen werden dürfen, jeden nicht unbedingt notwendigen Aufenthalt und lassen sich die Waren, die schon an der Landungsstelle angesammelt werden, so rasch wie möglich anliefern. Die Eisenbahnen sind dagegen mit ihrem ungleich komplizierteren Verkehr nur verhältnismäßig selten in der Lage, die Güterzüge ganz glatt auf größere Entfernungen durchfahren zu lassen. Da heißt es öfters halten, um Wagen abzugeben und aufzunehmen; umständliche Rangierbewegungen sind dann regelmäßig erforderlich, und diese Aufenthalte verwandeln dann den technischen Vorteil nicht selten in einen Nachteil. Allerdings nur dann, wenn Anfangs- und Endpunkt des Transportes an der Schiffahrtsstraße liegen; kommt noch eine Vor- oder Nachleistung der Eisenbahn hinzu, dann hebt die Umladung stets den Vorteil der glatteren Schiffahrtsorganisation auf, dann ist der Schienenweg in unbestrittenem Vorsprung. — Insgesamt darf aber dieses Moment der Schnelligkeit beim Güterverkehr nicht allzusehr betont werden; es spielt für die Wahl des Weges eine gewichtige Rolle nur bei solchen Waren, welche von spezifisch hohem Werte und deshalb gegen den Zinsverlust der Transportzeit empfindlich sind, oder welche leicht verderben können, während im übrigen das Wirtschaftsleben durch rechtzeitiges Disponieren sich die Ausnutzung des billigsten, wenn auch etwas längere Zeit erfordernden Weges zu sichern liebt. Die Schnelligkeit ist nur für den Personenverkehr im allgemeinen das Entscheidende.

Endlich die Regelmäßigkeit und Berechenbarkeit der Transporte. Sie ist die bei weitem wichtigste Errungenschaft des modernen Verkehrswesens — dasjenige Element, das nicht nur eine quantitative Steigerung gegenüber den Leistungen früherer

Digitized by Google

Zeiten, sondern ein qualitativ völlig Neues in das Wirtschaftsleben hineingebracht hat und damit für unsere gesamte Daseinsführung grundlegend geworden ist: sollte man doch weniger vom Schnellzug als vielmehr vom Fahrplan der Verkehrsmittel her den Titel unserer modernen Lebensart ableiten — so fest haben wir uns daran gewöhnt, daß stets ein Glied des täglichen Lebens genau ins andere greift — wer kennt denn noch unausgenutzte Minuten? Zumal die Regelmäßigkeit des Güterverkehrs kann geradezu als das Grundelement der modernen Weltwirtschaft bezeichnet werden, wenn wir darunter jene Wirtschaftsorganisation verstehen, bei der die verschiedenen Teile der bewohnten Erde im Lebenswesentlichen auf einander angewiesen sind, erst durch gegenseitige Ergänzung zu einem Wirtschaftsganzen zu werden vermögen. Da ist die Billigkeit gar nicht so wichtig; denn sie wirkt nur auf den Preis, den der Konsument zu zahlen, der Produzent zu erhalten hat, bedeutet daher nur etwas Relatives. Aber die Ernährung etwa von England und auch Deutschland zum größten Teil auf Lieferungen einstellen, die am entgegengesetzten Ende der Welt produziert werden, — von eben daher die unentbehrlichsten Kleidungsstoffe holen müssen und vieles zum Bedürfnis werden lassen, was vordem ausgeprägter Luxus war, — in dieselben Fernen einen beträchtlichen Teil der heimischen Arbeitsergebnisse absetzen müssen: alles das ist nur möglich geworden, weil Eisenbahnen und Dampfschiffahrt mit fahrplanmäßiger Berechenbarkeit in einander greifen und niemanden mehr der Gefahr aussetzen, diese Bezugs- und Absatzgelegenheiten plötzlich einmal entbehren zu müssen; die Regelmäßigkeit der Transporte hat für die enorm gesteigerten Gütermassen größtenteils jene Sicherungsaufgabe übernommen, welche früher bei kleinen Mengen die Lagerung — wesentlich unvollkommener — zu erfüllen hatte. — In diesem Wichtigsten ist jetzt kaum noch ein wesentlicher Unterschied zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln. Sogar zur See, wo doch Wind und Wellen noch immer ihre Wirkung äußern, bahnt sich der moderne Postdampfer mit solcher Gleichmäßigkeit den Weg, daß selbst bei wochenlanger Fahrt eine Verspätung mehrerer Tage schon lebhafte Unruhe auszulösen pflegt; und auch die Güterdampfer halten die gewohnten Fahrzeiten mit so hohem Grad von Regelmäßigkeit ein, daß auf lange Zeit hinaus mit ihrer bestimmten Ankunft gerechnet, über ihren Inhalt disponiert werden kann. Vollends hat die Binnenschiffahrt in den zivilisierten Gebieten Europas und Nordamerikas längst das Zufällige verloren, das ihr in primitiven Verhältnissen notwendig anhaftet; Verspätungen von ganzen Tagen, wie sie schon bei kleinen Entfernungen auf unreguliertem Wasserlauf durch die Tücken der Fahrstraße nur allzu oft herbeigeführt werden, sind uns etwas Unfaßbares schon geworden, geschweige daß wir mit

Digitized by Google

einem Festsitzen für ein ganzes Jahr rechnen, wie es doch im östlichsten Rußland gar nicht selten noch jetzt sich ereignet. Die absolute Pünktlichkeit der Eisenbahnen endlich ist namentlich uns Deutschen dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß Störungen, die den Bruchteil einer Stunde betragen, sofort an einen Unglücksfall denken lassen, und daß wir im Ausland, wo man nirgends so auf die Minuten hält wie bei uns, schon Verspätungen von halben Stunden als etwas Ungehöriges, nicht Zeitgemäßes empfinden; und doch wird natürlich auch bei anderen Völkern, die nicht die allgemeine Wehrpflicht als Erziehung zur Genauigkeit haben und ausnutzen, auf Einhalten der Fahrpläne stark geachtet. —

Fassen wir zusammen, so ergibt sich: Für den Personen- und Postverkehr und für diejenigen Güter, welche ihres hohen Wertes wegen auf raschesten Umschlag gestellt sind, hat die Eisenbahn vor der See- und Binnenschiffahrt dank der Schnelligkeit ihres Betriebes einen so erheblichen Vorsprung, daß nur ausnahmsweise nicht sie, sondern das Schiff bei jenen Transporten benutzt wird, sobald nur ein Schienenweg überhaupt vorhanden ist. Für den Verkehr aller anderen Güter rückt das Moment der Transportkosten in den Vordergrund, und da sind die Wasserstraßen im Vorteil, sofern sie von der Natur mit hoher Leistungsfähigkeit ausgestattet und lang genug sind, um auf weite Entfernungen hin dem Güteraustausch zu dienen; ein reichliches Verzweigen ihrer Läufe erhöht ihre Bedeutung um so stärker, je mehr dadurch eine vorhergehende oder nachfolgende Benutzung des Schienenweges vermieden wird. Sind dagegen erst technische Arbeiten größeren Umfanges auszuführen, um eine Wasserstraße auf die Leistungshöhe moderner Ansprüche emporzuheben oder gar sie erst ganz neu zu schaffen, so ist ein allgemein gültiges Urteil über den volkswirtschaftlichen Wert gegenüber den Eisenbahnen nicht abzugeben; da kann nur von Fall zu Fall, nach Maßgabe der aufzuwendenden Kosten und des zu bewältigenden Verkehrs entschieden werden — nur daß in Ländern, in denen der Staat den größten Teil der Anlagekosten für Flußverbesserungen unentgeltlich dem Verkehr zur Verfügung stellt, wie in Deutschland oder Frankreich, selbstverständlich solche Gegenden, welche reichlich mit derartigen Aufwendungen bedacht werden, vor den anderen Gebietsteilen bevorzugt erscheinen, in denen weniger Gelegenheit zu weit ausgreifenden Verbesserungsarbeiten von der Natur gegeben ist.

Die tatsächlichen Verkehrsleistungen der deutschen Transportmittel entsprechen diesem allgemeinen Bilde. Da sehen wir zwischen Eisenbahnen und Binnenschiffahrt eine gewisse Arbeitsteilung entwickelt: aller Personenverkehr wirtschaftlichen Inhalts ebenso wie der Postverkehr bewegt sich auf dem Schienenwege;

Digitized by Google

die Schiffahrt dagegen hat im Güterverkehr ohne Rücksicht auf die Art der Waren so gut wie vollständig jene Transporte zu bewältigen, die ihren Anfangs- und Endpunkt an der Wasserstraße finden, und vom gebrochenen Verkehr fallen ihr regelmäßig noch die Massengüter zu, die auf größere Entfernungen den Wasserweg benutzen können. Die Notwendigkeit eines doppelten Umschlags bringt dann wieder die Eisenbahn rasch in den Vordergrund, sofern nicht sehr weite Strecken auf hoch leistungsfähigem und abgabenfreiem Strome, wie dem Rhein, zurückzulegen sind. Auch bei der Notwendigkeit nur einmaligen Wechsels des Transportmittels sehen wir aber den Schienenweg manches an sich ziehen, wenn auf der anderen Seite ein nur wenig leistungsfähiger Fluß oder gar ein abgabenbeschwerter Kanal im Wettbewerb sich befindet. Eine bewußte Teilung der gesamten Transportaufgabe ist auch in unserer Zeit der Organisationsbetonung nicht im leisesten Anfang eingeleitet. —

* * *

Wie spannt sich in diesen allgemeinen Rahmen das Verkehrssystem des deutschen Ostens ein? Das ist die konkrete Frage, deren Beantwortung ich nunmehr versuchen muß.

Von der Natur ist dem Aufbau eines wirklich modernen Transportapparates nur sehr wenig vorgearbeitet worden; teilweise stemmt sie sogar unüberwindliche Hindernisse entgegen. So ist vor allem die Seeschiffahrt des deutschen Ostens, obschon ihr die langgestreckte Küste reichlich Anknüpfungspunkte mit dem Landverkehr darbietet, durch die Fahrverhältnisse der Ostsee aufs empfindlichste behindert. Zwar macht das heutzutage so gut wie garnichts auf, daß ein Stettin etwa 450 Seemeilen, ein Danzig 550 Seemeilen weiter als Hamburg vom Beginn der großen atlantischen Straßen entfernt sind, wie ja auch der Elbehafen bis dorthin einen ähnlich größeren Weg hat als etwa Havre oder auch Antwerpen und London. Aber für die Ostseehäfen ist dieser längere Weg auch noch weniger leistungsfähig, da nicht einmal das offene Meeresbecken, geschweige denn die Küstenstriche allenthalben genügend Wassertiefe aufweisen, einen Nordamerikafahrer ungefährdet passieren zu lassen. Dazu die Unbequemlichkeiten der schwierigen Sundfahrt, für die bei einer Benutzung des Nordostseekanals die Entrichtung der Kanalgebühren eintritt. Da wird begreiflich, daß die sämtlichen Ostseehäfen ihren Seeverkehr nur ausnahmsweise über den Bereich der europäischen Meere haben ausdehnen können, für den Anschluß an den großen Überseehandel jedoch noch der Vermittlung eines Zwischenplatzes, wie vor allem Hamburgs und Londons, sich bedienen. Das bedeutet selbstverständlich Verteuerung dieses Verkehrs und damit Benachteiligung gegenüber jenen Gebieten des deutschen Westens und der deutschen Mitte, deren Meeres-

Digitized by Google

tore unmittelbar auf die große Straße hinausführen; namentlich für die Einfuhr überseeischer Rohstoffe zur industriellen Verarbeitung ist das von entscheidender Wichtigkeit. Und für die Ausfuhr des Ostens ist es ebenfalls verhängnisvoll, weil sie im europäischen Westen mit Produkten konkurrieren muß, für welche die Länge des Transportweges durch die ungleich größere Leistungsfähigkeit mehr als ausgeglichen wird; von Neuyork her ist Liverpool für nordamerikanisches Getreide billiger zu erreichen, als baltisches Gewächs von Danzig oder Königsberg dorthin gelangen kann.

In der Binnenschiffahrt sieht es nicht viel besser aus. Schon ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß Oder, Weichsel und Memelfluß tatsächlich weiter auseinander liegen, als Rhein, Weser und Elbe; daß also der Osten mit Hauptströmen spärlicher bedacht ist als der Westen und die Mitte. Dazu sind diese Flüsse des Westens von der Natur ungleich leistungsfähiger gestellt als jene des Ostens. Der Rhein zumal erfreut sich besonders günstiger Bedingungen; hat er doch bei 1320 km Gesamtlänge ein Entwässerungsgebiet von etwa 225 000 qkm, und gibt ihm das gewaltige Gletscherreservoir, aus dem er selbst und seine oberen Nebenflüsse entspringen, zusammen mit dem großen Staubecken des Bodensees schon von Natur eine so hohe Regelmäßigkeit der Wasserführung, daß selbst im Zeitalter des Talsperrenbaues es noch nicht als nötig erachtet worden ist, zur Sicherung der Rheinschiffahrt in seinem Gebiet künstliche Aufstauungen vorzunehmen. Damit vergleiche man die Weichsel! Zwar steht sie mit 1040 km Länge und fast 200 000 qkm Stromgebiet nicht gar so weit hinter dem westlichen Strom zurück; aber ein Kind des Mittelgebirges und nirgends von Natur aufgestaut, auch in strenges Kontinentalklima hineingelegt, wälzt sie im Frühjahr die gewaltigen Wassermengen der Tauzeit rasch ins Meer hinab, um dann im Sommer nur recht geringe Mengen noch zu führen und im Winter wochenlang von Eis bedeckt zu sein. Oder man stelle Elbe und Oder einander gegenüber: dort ein Strom von 1160 km (Elbe-Moldau sogar 1300 km) Länge und fast 150 000 qkm Entwässerung, hier nur 900 km und 120 000 qkm; davon dort ein beträchtliches Stück in bewaldete Gebirge gelegt und deshalb nicht allen Plötzlichkeiten des natürlichen Wasserzuflusses ausgesetzt, hier fast alles in der Ebene sich entfaltend und so einem starken Wasserwechsel überliefert. Oder endlich Weser und Memelfluß — jene mit 700 km Länge und 46 000 qkm Gebiet, dieser mit 900 km Länge und 90 000 qkm Gebiet; aber jene in weiten Strecken ein Gebirgsfluß und in der Wasserführung einigermaßen konzentriert, dieser ganz und gar ein Fluß des Flachlandes und deshalb in die Breite gezogen und unregelmäßig. Dazu liegen all diese Ströme des Ostens in altem Gletscherland

Digitized by Google

und reißen mit jedem Hochwasser vom unfesten Ufer große Stücke los, die immer von neuem wieder die Wasserläufe beeinträchtigen und Schiffahrtshindernisse bilden; die schweren Eisgänge, die mit dem Kontinentalklima gegeben sind, haben hierin vielleicht ihre schlimmste Wirkung.

Diese Natursituation ist um so fataler, als es bei Weichsel und Memel völlig, bei der Oder wenigstens teilweise — durch den wichtigsten Nebenfluß, die Warthe — dank den politischen Verhältnissen an einheitlicher Bekämpfung der Schwierigkeiten fehlt. Was nützt es den preußischen Uferteilen, wenn die größten Regulierungsarbeiten auch vorgenommen werden; so lange Rußland den Ober- und Mittellauf nicht gleichen Arbeiten unterwirft, kann allenfalls das Ufer geschützt, aber nicht dem Verkehr eine auch nur einigermaßen gleichmäßige Wasserführung geschaffen werden. Da werden die großen Schwierigkeiten, die hier überall einer durchgreifenden Verbesserung entgegenstehen, durch nichts schärfer beleuchtet, als durch die auffallende Tatsache, daß sogar dem preußischen Staat, der soviel für alle seine Wasserstraßen im letzten Menschenalter getan hat, es noch nicht hat gelingen wollen, die mittlere Oder auf jenen Stand der regelmäßigen Brauchbarkeit zu bringen, der sonst für die östlichen Ströme das Programmziel ist. Auf dem Rhein 2000 t, auf der Elbe 1000 t, auf den östlichen Strömen etwa 300 t sind jetzt diejenigen Größen geworden, die als normale Tragfähigkeit eines Kahns empfunden werden; dabei ist auf dem Rhein und auf der Elbe die Ausnutzung des vollen Laderaums durchschnittlich an 100—120 Tagen, im Osten nur 40—50 Tage möglich — das zeigt die ganze Schwere der natürlichen Ungunst, die auf den östlichen Grenzmarken liegt. Daher hat denn auch (nach Sympher) der Verkehr, der auf dem Rhein zwischen 1875 und 1900 sich von 900 Millionen auf 5,3 Milliarden Tonnenkilometer und auf der Elbe von 700 Millionen auf 2,6 Milliarden sich gehoben hat, auf der Oder nur von 150 auf 1000 und auf der Weichsel gar nur von 157 auf 159 Millionen tkm gesteigert werden können.

Da bietet es nur einen mageren Trost, daß die Geländegestaltung wenigstens dem Bau von Kanälen recht weit entgegenkommt: die Höhenunterschiede sind in der ostdeutschen Tiefebene nicht eben beträchtlich; der Boden, meist reiner Sand und Lehm, nur selten felsig, läßt sich leicht ausheben; Neben- und Zuflüsse der Hauptströme treten dicht an einander heran, mehrfach in Betten verlaufend, die in älteren Perioden der Erdbildung zum benachbarten Stromsystem gehört haben. Daher konnte allerdings schon der Große Kurfürst seinen Friedrich-Wilhelm-Graben, den Vorläufer des heutigen Oder-Spree-Kanals, zur Verbindung der oberen Oder mit Berlin und der unteren Elbe bauen, und Friedrich der Große fügte den Plauener Kanal zwischen

Digitized by Google

Havel und mittlerer Elbe, den Finowkanal zwischen Havel und unterer Oder, den Bromberger Kanal zwischen Warthe und Weichsel, den Oberländer- und den Kloddnitz-Kanal hinzu, sodaß der Osten längst schon jenen Zusammenhang seiner Wasserstraßen erreicht hat, den dem Westen erst das Aprilgesetz von 1905, und auch nur teilweise, bringen soll. Aber alle diese Verbindungsstrecken sind in ihren Ausmaßen natürlich auch heute von der Leistungsfähigkeit abhängig, die den verbundenen Strömen nur gegeben werden kann; selbst das letzte Programm, das im Gesetz vom 1. April 1905 festgelegt ist, kommt daher über den 400 t-Kahn für die östlichen Kanäle und Flußkanalisationen nicht hinaus, während der Rhein-Herne-Kanal für Schiffe von 1000 bis 1200 t Tragfähigkeit eingerichtet wird und sonst das 800-Tonnenschiff die Norm abgibt. Dazu sind alle Kanäle und kanalisierten Strecken von jeher mit Abgaben belastet, während die gewaltigen Kosten der Rhein- und Elberegulierung ohne Entgelt dem reicheren Westen vom Gesamtstaat geleistet worden sind.

Wichtiger ist die Landesfiguration für den Eisenbahnbau geworden. Ihn hat sie zu einer Zeit ermöglicht, da der tatsächliche Verkehr nur billige Anlagen zu errichten erlaubte; denn wenngleich der preußische Staat selbst hier des großen Risikos wegen von Anfang an — stärker als im Westen — seine Finanzkraft hinter die neue Aufgabe gestellt hat, so war doch der Umfang seiner Leistung gerade in jenen Anfangsjahren unentwickelten Staatskredits ganz wesentlich von den Kosten des Baues und den Erträgnissen des Betriebes abhängig. Und auch heute spielt dieses Moment der Billigkeit selbstverständlich eine sehr gewichtige Rolle. Im Verhältnis zu den Verkehrsmöglichkeiten darf man daher den deutschen Osten immerhin als gut mit Schienenwegen ausgestattet bezeichnen; kommen doch auf je 100 000 Einwohner an Haupt-, Neben- und Kleinbahnen (ohne Straßenbahnen) in den sechs östlichen Provinzen 79 (Brandenburg) bis 221 km (Pommern) gegenüber einem Staatsdurchschnitt von 114 km, während allerdings auf die Fläche von 1000 qkm nur 95 (Ostpreußen) bis 134 km (Schlesien) gegenüber 131 km entfallen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß gerade im Osten mit seinem geringeren Verkehr der Staat den Bau der risikoreichsten Bahnen, die sich in das platte Land verästeln und bei Selbständigkeit nur durch hohe Tarife zu einigem Finanzertrag zu bringen sind, als Kleinbahnen den Interessenten selbst, wenn auch mit einiger staatlicher Unterstützung überlassen hat. Pommern mit 1510 km, Brandenburg mit 882 km, sogar Posen mit 765 und Ostpreußen mit 734 km nebenbahnähnlicher Kleinbahnen stehen über der Rheinprovinz mit 733 km. Wäre da nicht die Natur der Ebene den Kreisen und Provinzen hilfreich entgegengekommen, so hätte sich schwerlich eine solche Baulust entfalten können.

Digitized by Google

So fehlt es also im Osten nicht an modernen Transportmitteln. Aber das billigst arbeitende, der natürliche Wasserweg großer Länge und hoher Leistungsfähigkeit, ist nicht vorhanden, und wo überhaupt schon bei den Wasserstraßen von einiger Regelmäßigkeit gesprochen werden darf, da hat das Wirtschaftsleben sie durchweg — sogar auf der oberen Oder — mit erheblichen Abgaben zu bezahlen. Infolgedessen ist ein einigermaßen reger Verkehr nur auf den Straßen Oberschlesien—Berlin, zum Teil mit der Fortsetzung nach Hamburg, und Berlin—Stettin zu beobachten; dort findet er seinen Rückhalt in den Steinkohlen Oberschlesiens, die mit Hilfe der kanalisierten oberen Oder und des Oder-Spree-Kanals in Berlin ein starkes Abnahmefeld sich geschaffen haben und nun rückwärts alle möglichen Güter, namentlich auch Kolonialwaren von Hamburg, auf dem Wasserweg ziehen — hier ist es der Getreidebedarf der Millionenstadt, der zum Teil auf dem Finowkanal die Deckungsmittel heranzieht und dadurch zwischen ihr und Stettin auch sonstige Transporte herbeiführt. Aber schon der eigentliche Oderweg Stettin—Breslau —Kosel hat nicht sehr große Bedeutung und muß der Eisenbahn sogar von dem billigen Massengut des schwedischen Eisensteins so manchen Transport überlassen, da der besondere Ausnahmetarif der Bahn, verbunden mit der größeren Geschwindigkeit und Sicherheit der Lieferung, oft vorteilhafter als die Flußbenutzung ist. Auf den Wasserstraßen des weiteren Ostens ist wirklich beträchtlich nur der Holztransport, der noch fast ausschließlich in der Form des Flössens erfolgt und deshalb auch bei niedrigem Wasserstand nicht eingestellt zu werden braucht; die Mengen Getreide und Zuckerrüben, die außerdem auf der Weichsel und Warthe bergab im Kahn transportiert werden und in Steinkohlen und Steinen ihr Gegenstück finden, sind nur ganz geringfügig. Der große Westweg Warthe abwärts nach Berlin und weiter ins Elbegebiet wird vollends nur geradezu selten zurückgelegt: wenige Tausend Tonnen von Getreide, Mehl und Rübenzucker pflegen auf ihm verfrachtet zu werden; seine hauptsächliche Bedeutung liegt jetzt darin, daß der östliche Teil zum Flößen der Rohhölzer benutzt wird, die dann am Anfang des Finowkanals zu Brettern zerschnitten und so weiter nach Westen transportiert werden. Alles in allem haben die Wasserstraßen von Ost- und Westpreußen im Jahre 1909 nur 2,1 Millionen Tonnen zum Versand gebracht und 2,6 Millionen empfangen; das gesamte Odergebiet bringt es auf 5,5 und 3 Millionen Tonnen — und damit vergleiche man den Verkehr der Elbe mit 9,2 und 8,1 Millionen oder gar den des Rheins mit 27,7 und 31,2 Millionen Tonnen; nur die Donau, deren Schiffbarkeit erst kurz vor der österreichischen Grenze beginnt, steht mit 0,3 und 0,4 Millionen Tonnen noch hinter den Straßen des Ostens zurück. Der kräftigste Binnenschiffahrts-

Digitized by Google

hafen des Ostens, Königsberg, kommt auf ganze 750 000 t, die Stadt Posen gar nur auf 150 000 t; da muß man am Rhein schon in den obersten Teil gehen, um Häfen ähnlich geringen Verkehrs anzutreffen.

Damit rückt die Eisenbahn ganz und gar in den Vordergrund auch für diejenigen Transporte, die auf größere Entfernungen eingeleitet werden, sei es daß sie über Danzig, Königsberg und die anderen Seehäfen zur See herankommen oder hinausgehen, sei es daß sie ohne Umladung Mittel- und Westdeutschland zum Ziele haben. Und da sind es die Tarife, die den Umfang der Verkehrsmöglichkeiten bestimmen — sie sind heute auch im Osten viel mehr zu betonen, als etwa der Bau neuer Linien, da das Schienennetz, wie schon erwähnt, dicht genug geworden ist, um in Neubauten, so wichtig sie für die spezielle Gegend ihres Verlaufs sein mögen, nirgends mehr etwas grundsätzlich Neues erblicken zu lassen. In ihnen aber ist der Osten insofern gegenüber dem Westen benachteiligt, als in verhältnismäßig viel größerem Umfang der Aufschluß des platten Landes durch Kleinbahnen erfolgt ist, die bekanntlich — im Gegensatz zu den sogenannten Nebenbahnen — nicht in das allgemeine staatliche Eisenbahnnetz eingereiht sind. Infolge dessen gelten auf ihnen nicht, wie auf den Nebenbahnen, die allgemeinen Eisenbahntarife, und auch in dem Güteraustausch mit den Hauptbahnen stehen sie etwas ungünstiger. Sie müssen finanziell sich allein tragen und deshalb bei ihren nur kurzen Entfernungen recht hohe Transportsätze fordern. Und auch sonst kann man nicht gerade sagen, daß das Eisenbahnsystem des Ostens seinen besonderen Verhältnissen gut angepaßt sei.

Allerdings kennt auch der Osten jene Ausnahmetarife, die allenthalben auf deutschen Bahnen zur Förderung der Güterausfuhr gewährt zu werden pflegen; hier gelten sie für Getreide, Zucker, Spiritus, die über die Seehäfen seewärts weiter transportiert werden sollen, und bringen im kilometrischen Einheitssatz recht beträchtliche Ermäßigungen gegenüber den Normalsätzen des Spezialtarifs I, unter den jene Güter sonst fallen. Aber für die Ausfuhr selbst ist damit sehr Wesentliches nicht gewonnen: die absoluten Entfernungen von der nahen Landesgrenze bis zur Küste sind ja viel zu klein, als daß eine Herabsetzung der Transportgebühren all die Nachteile ausgleichen könnte, denen unser östlicher Agrarexport namentlich von den Bedingungen seiner Seeschiffahrt her auf den westeuropäischen Märkten ausgesetzt ist. Worauf es ankäme, das ist vielmehr die Förderung des Binnenaustausches — die erleichterte Möglichkeit, vom Osten her mit landwirtschaftlichen Produkten die großen Konsumplätze der Mitte und des Westens zu erreichen und dafür die dort hergestellten Produktionsmittel billig zu beziehen. Da könnten gerade die

Digitized by Google

großen Eisenbahnentfernungen, die jetzt das Hindernis eines regen Verkehrs bilden und in unserem Getreideeinfuhrstaat immer noch eine sehr beträchtliche Getreideausfuhr aus dem überproduzierenden Osten notwendig machen, eine denkbar geeignete Grundlage für eine zielbewußte, Osten und Westen wirtschaftlich enger an einander anschließende Frachtenpolitik werden — wenn nur unsere staatliche Eisenbahnverwaltung im parlamentarisch bestimmten Staat noch es wagen dürfte, rein sachlich ihre Maßnahmen zu treffen, allen Stimmungen der Bevölkerung sich unabhängig abwägend gegenüber zu stellen.

Einige Jahre hindurch, vom 1. September 1891 bis zum 31. Juli 1894, hat es wenigtens für das wichtigste Exportprodukt des deutschen Ostens, das Getreide, einen Eisenbahntarif gegeben, der entschlossen die Konsequenz aus der eigentümlichen Gestaltung der preußischen Landesgrenze zog: einen Staffeltarif, der auf weite Entfernungen eine immer stärker werdende Ermäßigung des kilometrischen Einheitssatzes brachte und dadurch die absolute Fracht gerade für die weitesten Strecken recht niedrig stellte. Die Eisenbahnverwaltung nutzte damals die Getreidenot des Jahres 1891, die Schwierigkeiten in der Deckung des westdeutschen Konsums aus, einen von ihr längst geplanten, aber im Westen unpopulären Schritt zu tun, und konnte alsbald feststellen, daß sowohl zwischen Ost- und Mitteldeutschland als auch zwischen Süd- und Norddeutschland, ein wesentlich stärkerer Getreideverkehr sich herausbildete, der namentlich die deutsche Mitte — Thüringen, Sachsen, Hannover — viel intensiver als je zuvor mit ihrem Zufuhrbedürfnis auf die Überschußproduktion des Ostens und Südens einstellte — vom Osten kam Brotgetreide, von Süden Hafer. Aber dann kam das Jahr 1894 mit der riesigen Ausfuhr Argentiniens. Die Getreidepreise, die 1891 geradezu Notpreise gewesen waren, erreichten ihren tiefsten Stand. Und mächtig loderte im ganzen übrigen Deutschland die Gegnerschaft gegen diesen Tarif in die Höhe, denen man die Hauptschuld an den niedrigen Getreidepreisen beimaß, die man als eine einseitige Begünstigung des Ostens brandmarkte. Vergebens wies damals die preußische Eisenbahnverwaltung nach, daß gegenüber der gewaltigen Einfuhr aus Übersee die zu dem Tarif beförderten Mengen viel zu klein wären, eine eigene nennenswerte Preiswirkung auszuüben, und daß auch Süddeutschland seinen Absatz im Norden habe erweitern können. Die Aufregung war nicht zu dämpfen, und als es zu Beginn des Jahres 1894 darauf ankam, den deutsch-russischen Handelsvertrag durch Bundesrat und Reichstag hindurchzubringen, da mußte Preußen seinen Getreidestaffeltarif fallen lassen. Die ostdeutsche Landwirtschaft wurde durch die Aufhebung des Identitätsnachweises, die ihr als Entgelt gewährt wurde, mit besonderem Nachdruck wieder auf die Ausfuhr

Digitized by Google

verwiesen, aus der Verbindung mit den heimischen Konsumenten gelöst. Und dabei ist es bis zum heutigen Tage geblieben.

So besteht denn heute für den ostwestlichen Verkehr der ostdeutschen Provinzen nur ein einziger Ausnahmetarif, der sogenannte Ostbahntarif für Getreide, der schon aus den 60 er Jahren stammt und seitdem keine Ermäßigung erfahren hat; er verdankt seine Entstehung der Konkurrenz der Warthe-Schifffahrt und endet demgemäß bereits in Berlin, er hat niemals für die Förderung der mittel- oder gar westdeutschen Handelsbeziehungen des Ostens irgend nennenswerte Bedeutung gehabt. Von Berlin ab für Getreide, für die anderen Produkte schon von der Erzeugungsstelle her gelten noch immer die Normalsätze der Spezialtarife, obwohl es sich um Rohstoffe zum großen Teil handelt, und obwohl schon seit 1891/1897 für die industriell gewonnenen Rohstoffe der sehr stark ermäßigte Rohstofftarif in Geltung steht. Ja, die landwirtschaftlichen Produkte sind sogar dadurch noch besonders belastet, daß sie nicht den immer noch billigen Spezialtarif III genießen, in dem sonst die nicht zum Rohstofftarif beförderten Rohstoffe untergebracht sind; sie sind vielmehr über alle Verschiebungen der Güterklassifikation und alle Minderungen ihres Verkaufswertes hinweg im verhältnismäßig recht teuren Spezialtarif I verblieben, der sonst nur Fabrikate enthält. Im wesentlichen gelten für die wichtigsten Überschußerzeugnisse des Ostens in der Richtung nach Westen noch immer jene Sätze, die schon in den 60 er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eingeführt worden sind. Alle technischen und organisatorischen Verbesserungen des Betriebs, alle Verbilligungen des Transportaufwands — am Binnentransport von Getreide und Zucker sind sie spurlos vorübergegangen, weil die Landwirtschaft des übrigen Deutschland vom Osten her eine Verschärfung der Konkurrenz fürchtet, die ihr schon vom Ausland her schwer genug auf dem Nacken liegt.

Da ist es in der Tat nur ein Akt ausgleichender Wirtschaftspolitik, wenn wenigstens die Ausfuhr der ostdeutschen Produkte durch die Gewährung ermäßigter Eisenbahntarife und durch das Einfuhrscheinsystem erleichtert, zum großen Teil sogar erst ermöglicht wird. Der ostdeutschen Landwirtschaft den Binnenmarkt durch das Hochhalten der internen Eisenbahntarife schwer zugänglich zu machen und zugleich sie vom Außenmarkt fernzuhalten, wäre für ein so wie so von Natur und Staatsentwicklung arg stiefmütterlich behandeltes Gebiet eine Benachteiligung so hohen Grades, daß sie mit den allgemeinen Grundsätzen unserer staatlichen Wirtschaftspolitik nicht vereinbar wäre. Hat man einmal die Getreidezölle als Schutzzölle, d. h. zum Hochhalten der internen Preise eingeführt und festgehalten — über die Berechtigung der heutigen Zölle läßt sich angesichts des starken

Digitized by Google

Steigens der Weltmarktpreise sehr streiten — so entspricht es jedenfalls dem Grundgedanken dieser Politik, sie nicht nur dort, wo der Konsum überwiegt und deshalb die in den Zöllen liegende Belastung der Bevölkerung in den Vordergrund rückt, sondern auch da zur Wirkung zu bringen, wo die Produktionsinteressen die Führung haben und deshalb die Preiserhöhung für große Teile der Bevölkerung von Vorteil ist. Das sogenannte Einfuhrscheinsystem, wonach bei der Ausfuhr auch des heimischen Getreides der volle Zoll tatsächlich vergütet wird, bedeutet aber weiter nichts, als daß auch in den Gegenden der Überschußproduktion die Preise um den Zoll über der sonst vom Weltmarkt her bestimmten Höhe gehalten werden.

Ob allerdings dieser Ausweg sehr glücklich gewählt ist, kann zweifelhaft erscheinen. Auf den Auslandmärkten stehen die deutschen Agrarprodukte mit Erzeugnissen in Wettbewerb, die unter ganz andern Produktionsbedingungen gewonnen und unter ganz andern Transportverhältnissen befördert werden als sie selbst, die auch in ihrer Entwicklung anders bestimmt werden. Da sind sie mithin schon von der Natur her Unberechenbarkeiten ausgesetzt, die sie bei heimischem Absatz nicht zu fürchten hätten. Dazu kommen die Gefährnisse der Politik. Haben doch gerade in den letzten Tagen die Vereinigten Staaten von Amerika unser Einfuhrscheinsystem wenigstens für Erbsen und Mehl als ein System von Ausfuhrprämien bezeichnet und demgemäß unsere Ausfuhr mit einem Zusatzzoll belegt. Jedenfalls liegt wieder ein Widerspruch mit der Grundidee des Schutzzollsystems vor, wenn der eine Teil des zollgeschützten Landes auf die Ausfuhr verwiesen wird, während andere Teile in denselben Waren ein starkes Einfuhrbedürfnis ganz regelmäßig entfalten. Da wäre es konsequenter und auch praktisch vorteilhafter, den Überschuß jenes Teils durch eine entsprechende Handhabung der staatlichen Verkehrsmittel in die Bedarfsgegenden des eigenen Landes zu leiten; zumal die Befürchtung der mittel- und westdeutschen Landwirte, durch die Konkurrenz des Ostens noch stärker bedrückt zu werden, schwerlich gerechtfertigt ist, da die Preishöhe der Mitte und des Westens regelmäßig doch von der — ja immer unentbehrlich bleibenden — Einfuhr des überseeischen Getreides bestimmt bleibt. Die jetzige Tarifpolitik der preußischen Staatsbahnen ist sachlich um so weniger gerechtfertigt, als überall in der Welt auf große Entfernungen mit billigerem Einheitssatz, als auf kleinen Strecken von den Eisenbahnen transportiert zu werden pflegt: weder Rußlands noch Nordamerikas Getreide wäre auf den westeuropäischen Märkten so mächtig aufgetreten, wenn nicht die Staatsbahnen dort, die Privatbahnen hier die Überwindung der gewaltigen Entfernungen aus dem Gebiet der oberen Wolga und aus dem Nordwesten der Union durch sehr steil abfallende Staffel-

Digitized by Google

tarife überhaupt erst ermöglicht hätten. Längst ist ja nachgewiesen, — und die Erfahrungen der sonst in Preußen geltenden Staffeltarife bestätigen es auch bei uns jeden Tag —, daß ein anderes Mittel, die Massengüter auf große Entfernungen absatzfähig zu machen, nicht gegeben ist. Aber alle Bestrebungen der preußischen Eisenbahnverwaltung, die auch finanziell vorteilhafte Staffelung der Transport-Einheitssätze für die Agrarprodukte einzuführen, sind noch immer an dem Interessengegensatz zwischen Ost und West, richtiger: an der Stimmung der Interessenten gescheitert. In der wirtschaftlichen Tatsächlichkeit sind wir noch weit entfernt davon, die Konsequenzen aus der politischen Zusammengehörigkeit und selbst aus der einheitlichen Wirtschaftspolitik gezogen zu haben.

In umgekehrter Richtung von West nach Ost, sieht es etwas besser aus. Da besteht sogar ein Einfuhrtarif, der auch dem Osten zugute kommen könnte: zur Förderung des Bremer Baumwollhandels gelten für die Einfuhr von Baumwolle über Bremen ermäßigte Eisenbahnfrachtsätze, während sonst grundsätzlich für die Einfuhr keine Vergünstigungen gewährt werden. Vor allem wird aber die allgemeine Gestaltung der internen Massengutstarife — abgesehen von den landwirtschaftlichen Produkten — mehr und mehr auf das System der Tarifstaffelung gestellt; so schon beim Spezialtarif III und erst recht beim Rohstofftarif. Und damit wird die Wucht der großen Entfernungen wenigstens etwas abgeschwächt, der Osten etwas an den Westen transportlich herangerückt. Ist es auch nicht sehr viel, was damit bewirkt wird, so dient diese Tarifgestaltung doch immerhin dazu, den Industriebedarf des Ostens — entsprechend dem Ziele des Schutzzollsystems — dem Westen stärker zuzuführen, als es ohne diese Transporthilfe wohl möglich wäre. Allgemein freilich ist auch in westlich-östlicher Richtung noch längst nicht die Eisenbahn im vollen Umfang der Tarifmöglichkeiten dem Gedanken dienstbar gemacht, die verschiedenen Gebiete unseres Reiches wie wirtschaftspolitisch, so auch tatsächlich zu einer Einheit sich gegenseitig ergänzender Teile zu machen.

Und das gilt endlich auch für den Personenverkehr. Da soll man allerdings die Bedeutung der Fahrpreise nicht überschätzen; bei den Kosten einer größeren Reise kommen andere Aufwendungen so maßgeblich in Betracht, daß die etwa möglichen Ermäßigungen der Eisenbahntarife nicht entscheidendes Gewicht zu haben pflegen, und allgemein menschliche Wünsche und Bedürfnisse, Imponderabilien, sind oft von solchem Einfluß, daß sogar die Gesamtkosten die Entschlüsse kaum bestimmen. Immerhin — ohne Bedeutung ist die Frage der Transportkosten auch im Personenverkehr nicht. Vielleicht spielt sie sogar eine recht gewichtige Rolle gerade bei solchen Reisen, wie sie im

Digitized by Google

Interesse des deutschen Ostens viel häufiger gemacht werden sollten: bei jenen Reisen nämlich, die nur der Erweiterung der Kenntnis, nicht einem wirtschaftlichen Zweck und auch nicht persönlicher Notwendigkeit entspringen. Es ist ja geradezu beschämend, wie wenig sogar die oberen Schichten schon in Mitteldeutschland, vollends im Westen und Süden von unserem Osten überhaupt wissen. Die elementarsten Bedingungen, der kurze Sommer mit der größeren Schwierigkeit der Landbestellung und Ernte, der harte und lange Winter, sind fast nirgends zu klarem Bewußtsein gekommen. Wer weiß etwas vom Leben der östlichen Landbevölkerung? Die parteipolitische Phrase beherrscht da absolut das Feld; und nur sehr klein ist allenthalben der Kreis, der auch etwas Sinn für die politischen Nöte des Ostens aufzubringen vermag. Hier Besserung zu bewirken, sollte kein Mittel unversucht gelassen werden. Und ebenso würde es die Neigung, im Osten seßhaft zu bleiben oder gar zu werden, voraussichtlich wohl bestärken, wenn es leichter und billiger gemacht würde, auf kürzere Zeit aus seinen vielfach unwirtlichen Verhältnissen heraus in Gegenden leichterer Lebensgestaltung zu gelangen, wie man ja auch der städtischen Bevölkerung das Aufsuchen der Erholungsstätten durch Tarifermäßigungen zu erleichtern bestrebt ist. Nicht, daß man gar viel von solchen Maßnahmen erwarten dürfte — wo Imponderabilien mitsprechen, tritt die Kostenfrage stets zurück; aber schon etwas Wirkung wäre zu begrüßen.

Grade die Eisenbahnen, die sich fast unabhängig von der Natur zu stellen vermögen, erscheinen in staatlicher Hand vor allem berufen, dem Osten wiederzugeben, was ihm die politische Entwicklung in seiner Gesamtgestaltung genommen hat: die volle wirtschaftliche und soziale Einfügung in das Rund des übrigen Reichs.

Digitized by Google

Der Handel der Ostmark.

Von **Otto Münsterberg.**

Die ungeahnten Erfolge auf allen Gebieten der Technik und des Verkehrs geben dem heute Lebenden so leicht das stolze Gefühl „Wie herrlich weit wir es gebracht haben". Man wird aber bescheidener, wenn man in diesem alten „Koloniallande Preußens" den Blick rückwärts zur Zeit Friedrichs des Großen wendet, aus der die Grundlagen für die Blüte und Größe der Jetztzeit stammen.

Im Jahre 1787 sind in Preußen[1]) die ersten Kunststraßen angelegt worden, während heute das Land von einem dichten Netz von Eisenbahnen, Wasser- und Landstraßen durchzogen wird. Trotz primitiver Verhältnisse gelang es dem Eingreifen des Königs, an vielen Stellen Handel und Industrie anzuregen. Er hat sogar praktisch den Staat zum Regulator der Getreidepreise zu machen gewußt, ein Problem, dessen Lösung heute so manchem Politiker als erstrebenswertes Ziel erscheint. Friedrichs Methoden sind nicht mehr die unseren. Wir halten es nicht für Aufgabe des Staats, daß er selbst mit der Anlage von Fabriken vorgehe[2]), und:

> „daß man umsehe in den Provinzen, was von fremden Sachen noch eingehen, wovon noch gar keine oder doch nicht genug fabriziert sind: die meisten dann an konvenablen Orten noch angelegt werden. Wenn es auch Kleinigkeiten sind, so kommt dabei eins zum anderen und werden dadurch immer mehr Menschen beschäftigt und in Verdienst gesetzt. . . . . Man muß immerfort spekulieren und raffinieren, wo noch was in dem Fabrikwesen fehlt."

Uns gilt die Industrie als Sache der einzelnen Staatsbürger. Sie betreiben sie für eigene Rechnung und Gefahr und sorgen unter dem Drucke der Konkurrenz für möglichst billige Befriedigung des Bedarfs der ganzen Bevölkerung.

Wie bescheiden war damals der Umfang des Handels! Der König schreibt darüber:

---

[1]) Conrad Matschoß, Friedrich der Große als Beförderer des Gewerbefleißes. Berlin 1912, Verlag von Leonh. Simion Nachflgr.

[2]) a. a. O. O. 26.

Digitized by Google

„Unser Handel beruht in der Hauptsache auf Holz, Korn, Wollenstoffen, Hanf, Flachs, Leinwand und Wachs."

Man vergleiche damit die Fülle der Rohstoffe und Fabrikate, die heute den Gegenstand der Ein- und Ausfuhr bilden. Holz und Korn sind zwar geblieben, Hanf und Flachs aber sind auf den Handel Königsbergs und Memels beschränkt, Wolle, Leinwand und Wachs als Exportartikel des Ostens verschwunden. Die Schafzucht ist wegen der günstigeren Produktionsverhältnisse Australiens und Südafrikas zurückgegangen; überdies hat die heimische intensive Bodenbearbeitung für die ärmeren Böden bessere Nutzung finden gelernt.

Was damals geleistet werden konnte, ist heute überholt, aber der Boden ist vorbereitet worden, auf dem die spätere Zeit erst hat weiterbauen können.

Der Handel der Ostprovinzen und ihrer Häfen Danzig, Elbing, Königsberg und Memel wird bedingt durch die geographische Lage und er ist eingeengt durch die Schmalheit des zwischen Ostsee und der russischen Grenze gelegenen Hinterlandes. Die Provinz Posen, deren Beziehungen zum Seehandel mehr nach Stettin als nach Danzig weisen, ist durch die größere Nähe von Berlin, Breslau und der benachbarten industriereichen Provinzen begünstigt. Gemeinsam aber ist ihnen allen die Verbindung mit dem riesigen russischen Nachbarreiche, mit dem ein bedeutender, wenn auch durch hohe Zollmauern stark beschränkter Verkehr stattfindet.

Die Einzelheiten des Handels dieser drei Provinzen, der Ostmark des Reichs, entziehen sich eingehender Darstellung. Die Berichte der Handelsvertretungen lassen aber gewisse gemeinsame Grundzüge des Gesamthandels erkennen, vor allem den Anteil der Ostseehäfen am Weltverkehr, deren Wirksamkeit wegen ihrer Lage an den Mündungen großer Ströme, der Weichsel, des Niemen und des Pregels, bis weit hinein in das Herz Rußlands und Österreichs reicht.

Das ausgedehnte Eisenbahnnetz ergänzt den Einfluß der Flußschiffahrt, und die Beziehungen zur Landwirtschaft sind den Ostprovinzen gemeinsam.

Getreide, Kartoffeln, Zucker und Vieh, deren Produktion stetig wächst, sind von besonderer Bedeutung für den Binnenhandel und die Seeausfuhr.

Der lebhafte Verkehr mit Rußland über die „trockene" Grenze geht über die Eisenbahnstationen Prostken, Illowo und Alexandrowo; die Grenzorte auf dem Flußwege sind Ruß und Schilno, und an deren Abfertigung sind in Ostpreußen Tilsit, in Westpreußen Thorn besonders interessiert.

Schon in alten Zeiten waren die Provinzstädte mit dem wirtschaftlichen Ergehen ihres Bezirks in guten und schlechten Tagen

Digitized by Google

verbunden. Dies ist heute in noch höherem Maße der Fall. Denn eine Industrie, die der große König mit Staatsmitteln nur vereinzelt schaffen konnte, ist inzwischen an zahlreichen Orten entstanden und erfreulicherweise nicht auf die großen Städte beschränkt geblieben. Dafür hat der Bedarf der kräftig emporblühenden Landwirtschaft gesorgt, wie überhaupt Handel und Gewerbe mit ihren Niederlassungen auf engen Anschluß an die örtlichen Verhältnisse angewiesen sind. So werden Schneidemühlen und Holzfabriken die Städte mit großem Holzhandel aufsuchen, sich in der Nähe großer Forsten oder in diesen selbst ansiedeln, oder, wie dies bei Thorn, Schulitz, Bromberg, Tilsit, Insterburg, Memel, Königsberg, Danzig und Posen der Fall ist, sich an den Wasserläufen niederlassen, die ihnen das russische Rohmaterial bringen. — Mahlmühlen sind notwendig in stark bevölkerten Orten, oder sie folgen brauchbaren Wasserkräften, die ihnen billiges Arbeiten gestatten. — Zuckerfabriken und Spiritusbrennereien entstehen vorzugsweise in den Anbaugebieten von Zuckerrüben und Kartoffeln. Und da jene guten, diese sandigen Boden brauchen, ergibt sich eine gewisse Dezentralisation der Industrie. Dadurch wird die einseitige Bevorzugung bestimmter Gebiete verhütet und vielen kleinen Städten und Dörfern eine größere Bevölkerung zugeführt. Der Zuwachs an Menschen wiederum ergibt eine Belebung des Handels und stärkeren Verbrauch der im Lande erzeugten Güter im nächsten Umkreise des Produktionsgebiets, als dies in alten Zeiten möglich war. Allerdings hängt dieser Erfolg wesentlich von der Art der Landverteilung in der Umgebung der Städte ab.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Handel der kleinen Städte besser inmitten bäuerlicher Bevölkerung gedeiht, als dort, wo der Großgrundbesitz überwiegt. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission hat auf diese Verhältnisse erheblichen Einfluß geübt, wie die folgenden Ziffern anschaulich zeigen.

Die Bevölkerung der „Ansiedlungs"- und „Nicht-Ansiedlungs"städte des Ostens hat betragen:

	1887	1905		
in den vom Großgrundbesitz umgebenen Städten	41 515	45 013	Zunahme	8,47 %
in den von Ansiedlungsgütern umgebenen Städten	35 445	52 447	„	47,40 %

und während die Zahl der Handwerker in der ersten Kategorie um 3,89 % sank, ist sie in der zweiten um 29,66 % gestiegen.

Die Einwohner sämtlicher Städte in den drei betreffenden Regierungsbezirken waren:

1885	1905
683 521	922 997, d. h. um 33,08 % vermehrt.

Daß diese Zunahme der Bevölkerung auch im öffentlichen Interesse nützlich ist, erweist sich ferner aus den Gemeinde-

Digitized by Google

zuschlägen zur Staatseinkommensteuer. Denn sie fielen in den Ansiedlungsstädten von 225 Prozent in 1885 auf 191 Prozent in 1905, somit um nicht weniger als 34 Prozent, während sie in den anderen auf 225 Prozent stehen blieben.

Der Einfluß der großen Seestädte hebt auch die Leistungen des Binnenhandels. Im Gegensatz zu den Zeiten Friedrichs des Großen, in denen der von ihm so oft ausgesprochene Gedanke Geltung fand, daß Geld tunlichst nicht aus dem Lande hinausgehen sollte, geht man heute von der Auffassung aus, daß man Menschen exportieren muß, wenn man nicht Ware ausführen kann. Die ungeheure Auswanderung aus Deutschland hat aufgehört, als die gewaltige Industrie entstand, die heute für Deutschlands Stellung in der Welt und für die Versorgung des Weltmarkts von so großer Bedeutung geworden ist. Im Osten jedoch ist die Binnenwanderung an Stelle der Auswanderung getreten. Sie hat den Ostprovinzen in den letzten Jahren 17,6 Prozent der ortsanwesenden Bevölkerung zu gunsten des industriereicheren Westen entzogen[1]). Der Osten ist nicht nur das Menschenreservoir für den reichen Westen geworden, sondern er hat auch durch Erziehung und technische Ausbildung der abwandernden arbeitsfähigen Jugend für eigene Rechnung schwere materielle Opfer zu bringen.

Der Seehandel der Ostmark versorgt mit seiner Wareneinfuhr das preußische und russische Hinterland mit all den Gütern, die für den täglichen Bedarf der Bevölkerung und als Rohstoffe der Industrie gebraucht werden. Es handelt sich dabei um Rohstoffe zur Ernährung und Beleuchtung, wie um Heringe, Kolonialwaren, Salz, Reis, Petroleum und Kohlen, um Rohmetalle und deren Fabrikate, um Phosphate, Erze, um Schmieröle für Industrie und Handwerk, um Düngemittel für die Landwirtschaft, um Maschinen und um die zahlreichen anderen Waren für alle Zweige des Wirtschaftslebens.

Die Seeausfuhr hat vornehmlich den Überschuß landwirtschaftlicher Erzeugnisse der heimischen Provinzen und Rußlands dem Weltmarkte zuzuführen. Sie erstreckt sich auf Getreide, Sämereien, Mühlenfabrikate und Holz in allen Häfen der Ostmark, auf Hanf, Flachs und Hede in Königsberg und Memel, auf Zucker in Danzig.

In älteren Zeiten war der Eigenhandel entscheidend für die Bedeutung eines Platzes und das Ansehen seiner Kaufmannschaft. Das ist heute nicht mehr in dem früheren Maße der Fall. Denn die Spedition ist als neuer wichtiger Geschäftszweig dem Eigenhandel zur Seite getreten. Ihre Aufgabe ist es nicht, Waren für eigene Rechnung zu kaufen oder zu verkaufen, sondern das Eigentum anderer zur Versendung und Ablieferung zu bringen.

[1]) Vgl. Otto Münsterberg „Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens". Berlin 1912 bei Leonh. Simion Nachflgr.

Digitized by Google

Die moderne Zeit schaltet überflüssig gewordene Glieder des Verkehrs unerbittlich aus. So lange der russische Händler z. B. in Ein- und Ausfuhr auf Händler in den deutschen Seeplätzen angewiesen war, konnten in Danzig, Königsberg, Stettin die betreffenden Handelszweige in höchster Blüte stehen. Diese oft uralten Handelsbeziehungen sind durch Dampfschiffahrt, Eisenbahn und Telegraph vollständig umgestaltet worden, denn der Hamburger, Londoner oder Antwerpener Kaffeeimporteur kann z. B. nun selber mit Erfolg den Verkauf nach Rußland und Polen organisieren und im direkten Handel um so viel billiger sein, als der Gewinn des Zwischenhändlers betragen hätte. Der Zwischenhandel verschwand, die Spedition trat an seine Stelle.

Ursprünglich ein Nebengewerbe ohne selbständige Bedeutung, ist das Speditionsgeschäft inzwischen einer der größten Handelszweige und für die Stapelartikel des Welthandels, wie Eisen, Wolle, Baumwolle usw. geradezu unentbehrlich geworden, die dem Gewinn einer Zwischenhand meist keinen Raum mehr lassen.

Mit seiner umfassenden Kenntnis der Eisenbahntarife, der Schiffsfrachten vermag der Spediteur sein Arbeitsgebiet über die ganze Welt auszudehnen, und wie er heute etwa Leder von Danzig zu festem Satze nach Neuyork führt, so schafft er morgen Früchte von den westindischen Inseln nach Europa oder spanische und schwedische Eisenerze über Danzig in das oberschlesische Industriegebiet. Der Umfang dieser Geschäfte nötigt zahlreiche große Spediteure zur Errichtung von Häusern in mehreren Häfen.

Der Handel der Seestädte des Ostens hat sich infolge dieser veränderten Verhältnisse ganz eigenartig entwickelt. Danzig und Königsberg waren überwiegend Ausfuhrhäfen. Allmählich ist, trotz erheblich gesteigerter Ausfuhr, die Einfuhr — diese meist speditionsweise — größer geworden als die Ausfuhr. In Königsberg hat allerdings die glänzende Ernte der drei letzten Jahre dieses Verhältnis noch einmal umgekehrt. Die folgenden Ziffern geben ein anschauliches Bild dieser Wandlung:

		Die Ausfuhr seewärts:	Die Einfuhr seewärts:
In Danzig ...	1883/92	.... 547 000 t,	484 000 t,
„ „	1893/99	.... 628 000 t,	709 000 t,
„ „	1900/08	.... 682 000 t,	906 000 t,
„ „	1909/11	.... 971 000 t,	1 000 000 t.
„ Königsberg	1894/02	.... 591 000 t,	564 000 t,
„ „	1903/09	.... 725 000 t,	899 000 t,
„ „	1910	..... 999 000 t,	872 000 t,
„ „	1911	..... 1 129 000 t.	857 000 t.

Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr reichen sich willig die Hand. Erst in der Gemeinschaft leisten sie ihr Bestes und ihre Aufgaben werden um so größer, als der Übergang vom Segelschiff

Digitized by Google

zum Dampfschiff und die stetig wachsende Verbreitung von Eisenbahn, Telegraph und Telephon ungeahnte Wandlungen im Weltverkehr herbeigeführt haben.

Nicht unerwähnt bleiben darf der Umstand, daß in den Ostprovinzen neben vielen gleichartigen Interessen auch erhebliche wirtschaftliche Gegensätze bestehen, ganz besonders in dem Kampfe um die Eisenbahntarife. Die Seestädte wünschen z. B., seewärts zugeführte Kohle so weit als möglich landeinwärts zu bringen und wiederum die im Lande erzeugten oder die auf der trockenen Grenze eingeführten Güter der Seeausfuhr zuzuweisen. Oberschlesien wiederum will mit seiner Kohle möglichst weit ostwärts bis zur See dringen. Die westliche Eisenindustrie verlangt billige Bahntarife, um den billigeren Seehandel zu verdrängen, sie widerspricht aber energisch jeder solchen Verbilligung für Eisenfabrikate vom Osten zum Westen. Das Interesse der Binnenstädte bewegt sich eben oft in der entgegengesetzten Richtung wie das der Seestädte. Diese verlangen, jene bekämpfen z. B. die bestehenden Spezialtarife für Seeausfuhr. Solche Kämpfe sind unvermeidlich und werden nie aufhören, denn jeder Tag bringt neue Probleme, die ihre Lösung suchen, zumal die früher unbekannte Menge aller Produkte unaufhörlich nach neuen Absatzgebieten drängt.

Zu den neuen Aufgaben gehört u. a. die Erweiterung der künstlichen Wasserstraßen. Der masurische Kanal, der den Pregel über die masurischen Seen mit der Weichsel verbinden und bei Thorn münden, große Teile Ost- und Westpreußens neu aufschließen soll, befindet sich zwar noch in der ersten Vorbereitung, aber er ist sicher berufen, ein wichtiges Glied im Verkehr des Ostens zu werden. Die Hoffnung auf ein durchgehendes Kanalsystem vom Osten zum Westen ist leider für lange Zeiten durch die politischen Kämpfe vereitelt.

Die Handelsbewegung im einzelnen statistisch zu erläutern, würde die Aufgaben dieser Arbeit überschreiten. Immerhin wird es von allgemeinem Interesse sein, einige Gesamtziffern festzustellen. Es hat betragen in Tons von 1000 kg (t):

Königsberg[1]): im Durchschnitt der Jahre:

	1900/1905		1906/1910	
Einfuhr:				
seewärts ..	721 000 t,		959 000 t,	
flußwärts .	570 000 t,		849 000 t,	
Eisenbahn .	1 291 000 t,	2 582 000 t.	1 582 000 t,	3 390 000 t.

[1]) In den Berichten ist bei der Flußschiffahrt Ein- und Ausfuhr nur in einer Ziffer angegeben.

Digitized by Google

	1900/1905		1906/1910	
Ausfuhr:				
seewärts ..	657 000 t,		800 000 t,	
Eisenbahn .	3 340 000 t,	3 997 000 t.	4 200 000 t,	5 000 000 t.
Insgesamt		6 579 000 t.		8 390 000 t.
Werte: Einfuhr und Ausfuhr durchschnittlich		573 Mill. Mk,		724 Mill. Mk.

Danzig: im Durchschnitt der Jahre:

	1900/1905		1906/1910	
Einfuhr:				
seewärts ..	848 000 t,		1 053 000 t,	
flußwärts .	197 000 t,		201 000 t,	
bahnwärts .	875 000 t,	1 920 000 t.	1 154 000 t,	2 408 000 t.
Ausfuhr:				
seewärts ..	735 000 t,		796 000 t,	
flußwärts .	241 000 t,		272 000 t,	
bahnwärts .	670 000 t,	1 646 000 t.	987 000 t,	2 055 000 t.
Insgesamt ..		3 566 000 t.		4 463 000 t.

Königsbergs und Danzigs Güterverkehr zeigt folgendes Gesamtergebnis:

	1900/1905	1906/1910	
Königsberg	6 579 000 t,	8 390 000 t	= 27 %,
Danzig	3 566 000 t,	4 463 000 t	= 25 %,
Insgesamt	10 145 000 t,	12 853 000 t	= 26 %.

Der Güterverkehr ist mit seiner Zunahme von 26 Prozent stärker gewachsen, als die Tragfähigkeit der Schiffe, die in Königsberg, Memel und Danzig in denselben Jahren von 2 692 600 RT auf 3 298 700 RT[1]), also nur um rund 22,5 Prozent gestiegen ist. Das ist befriedigend, denn die bessere Ausnutzung der Schiffe bedeutet eine Verringerung der Ballastfahrt und kann eine Verbilligung der Frachten herbeiführen.

Die schon erwähnte Ausschaltung des Zwischenhandels nimmt stetig zu. Aber sie ist nicht nur auf den Kleinhandel beschränkt, wenn er auch vielleicht am unmittelbarsten betroffen wird. Der Großhandel leidet unter ihr in ganz gleicher Weise.

Die Kapitalassoziation in den Genossenschaften (1909 gab es nicht weniger als 1813 landwirtschaftliche, meist nach Raiffeisen organisierte Genossenschaften in den drei Ostprovinzen), in den stetig zunehmenden Konsumvereinen, in den Aktiengesellschaften und Warenhäusern strebt durchweg nach dem

[1]) 3 RT = 4 Schiffstonnen zu 1000 kg. 1 Schiffstonne (t) = 2,12 Kubikmeter.
RT = Registertonne, das internationale Maß, nach der die Vermessung der Schiffe erfolgt.

Digitized by Google

gleichen Ziele, den Weg zwischen Produzenten und Konsumenten zu verkürzen und durch bessere Einrichtungen dem Verbraucher die Ware billiger zu schaffen. Kleinhandel und Handwerk wiederum organisieren sich, um durch gemeinsamen Einkauf an solchen Quellen, die bisher allein dem Großhandel zur Verfügung standen, ihre Konkurrenzfähigkeit zu stärken.

Sie kämpfen mit denselben Mitteln, durch die sie besiegt zu werden scheinen. Will der Großhandel noch wettbewerbsfähig bleiben, so muß er neue Wege suchen, wie dies z. B. der Kaffeeimporteur des Ostens tut, der vielfach große Posten direkt aus Brasilien bezieht. Im Exporthandel machen sich ähnliche Bewegungen geltend. So ist bei Getreide die alte Zwischenhand, das Kommissions- und Faktoreigeschäft, fast ganz verschwunden. Der finanziell unabhängige Landwirt bedarf ihrer nicht mehr, denn er versteht sehr geschickt, durch Probesendungen, durch Telephon und Telegraph direkt den besten Käufer zu finden und dadurch erhebliche Kosten und Provision zu sparen. Im Holzhandel beginnt der russische Zwischenkäufer zu verschwinden, weil der deutsche Exporteur nicht mehr mit den russischen Häusern konkurrieren kann, die ihre Hölzer aus russischen Forsten direkt ins Ausland verkaufen. Um sich dagegen zu wehren, kaufen deutsche Häuser in zunehmendem Maße Wälder in Rußland und exportieren ebenfalls ohne Zwischenhand.

Die Entwickelung der modernen Technik und des Verkehrs haben das kaufmännische und gewerbliche Leben besonders stark beeinflußt. Um die oft schwer empfundenen Folgen dieser Veränderungen zu mildern, ertönt vielfach der Ruf nach Staatshilfe. Gewiß, der Staat mag auf beschränktem Gebiete nützen, durchgreifende Heilung kann aber dort, wo sie überhaupt denkbar ist, nur die Selbsthilfe bringen und der Zusammenschluß der Interessenten zu gemeinsamem Handeln. Sie wird dort besonders geboten sein, wo der Einzelne zu schwach ist, um gegen die Übermacht anderer sich erfolgreich zu wehren.

Das Leben geht über diejenigen hinweg, die den Kampf mit der Gegenwart nicht zu bestehen und sich selbst nicht zu helfen vermögen. Wandlungen im Erwerbsleben sind unvermeidlich, aber die Aufgabe des heranwachsenden Geschlechts ist es, aus ihnen Nutzen zu ziehen. Zu diesem Zwecke ist auch die Wahl solcher Geschäftszweige wichtig, die die Geschicklichkeit des Einzelnen besonders beanspruchen und ihrer Natur nach der Kapitalassoziation weniger Anreiz bieten. Qualitativ hohe Leistung muß das Ziel sein, auf das der Kaufmann, wie der Handwerker zustrebt. Der Maschinenarbeit und dem Massengeschäft wird ihr Gebiet nicht mehr abzunehmen sein; der individuell ausgebildeten Leistung dagegen wird die Maschine dienen, nicht aber schaden. In solch gehobener Leistung liegt das Geheimnis,

Digitized by Google

weshalb neben riesigen Warenhäusern, Genossenschaften und Konsumvereinen der Spezialhandel sich immer glänzender entwickelt hat.

Fortbildungs- und Fachschulen, im Verein mit guter Erziehung durch geeignete Lehrherren, sollen den Charakter des jungen Geschlechts festigen und sein Wissen auf immer höhere Stufe heben. Das „Können" und die volle Beherrschung des gewählten Fachs allein werden jeder Arbeit ihre Zukunft sichern.

Industrie und Handel unserer drei Provinzen zeigen manche Besonderheit im Zusammenhang mit örtlichen Verhältnissen. So hat, um einige Beispiele anzuführen, Braunsberg Gerbereien von Schaffellen; Hopfenmärkte finden sich in Posen, dem östlichsten Lande des Hopfenbaues. Ausländische Waren und Maschinen müssen über die Seehäfen eingeführt werden. Der sehr große und wichtige Butter- und Käsehandel ist an die Zentren der Viehzucht gebunden, aus denen den Molkereien reichlich Milch zur Verfügung steht. Zellstoffabriken sind in Ostpreußen entstanden, weil ihnen dort billiger Rohstoff zugeführt werden kann.

Tilsit ist Mittelpunkt eines großen Geflügelhandels. Zu der heimischen Geflügelzucht tritt ein großer Import russischer Mastgänse, die auf deutschen Stoppelfeldern zum Verkaufe reif gezogen werden. So sind dort im Durchschnitt der acht Jahre 1903/10 jährlich gehandelt worden:

60 000 Gänse,
46 000 Enten,
66 000 Hühner,
24 000 Puten,

im ganzen 196 000 Stück im Gesamtwerte von Mk. 556 000.

Der Umsatz ist in dieser Periode von M. 420 000 auf M. 650 000 gestiegen.

Die modernen Verkehrsmittel haben die Menschen einander räumlich näher gebracht und eine Fülle geschäftlicher Beziehungen erzeugt, die zur Zeit des großen Königs undenkbar gewesen wären. Dazu tritt als einer der wichtigsten Faktoren für Handel und Industrie die Ausdehnung des Geldverkehrs und des Kreditwesens. Die früher zahlreichen provinziell und örtlich wichtigen Privatbankiers sind größtenteils von den großen Banken verdrängt. Dafür haben diese selbst in sehr kleinen Orten Zweigkassen und Filialen eingerichtet. Für die Ostmark sind es außer der Reichsbank die Danziger Privat-Aktien-Bank, die Norddeutsche Kreditanstalt und die Ostbank. Zu ihnen treten die zahlreichen städtischen und Kreissparkassen und die Institute der Genossenschaften. Der Wohlstand ist überall gewachsen und die sichtbaren Sparkassenguthaben sind erheblich gestiegen. Sie betrugen:

Digitized by Google

	1901		1910	
in Ostpreußen	101	Mill. Mark,	178	Mill. Mark,
„ Westpreußen	107	„ „	209	„ „
„ Posen	104	„ „	217	„ „
	312	Mill. Mark,	604	Mill. Mark,

haben sich also in zehn Jahren nahezu verdoppelt. Die Veranlagung zur Einkommensteuer weist auch durchgehend ein Aufsteigen aus den niederen in höhere Stufen auf. Großer Kapitalreichtum und sehr große Einkommen sind allerdings spärlich. Wohlsituiert ist der Mittelstand, der dem Lande seine rechte Kraft gibt.

Die Arbeit in der Ostmark ist schwer, der Ertrag nicht so reich, wie in den gesegneten Zonen des Westens und Südens. Aber die steigenden Umsätze weisen auf eine gesunde Entwickelung hin. Eine der Aufgaben des Staates ist es, ihr durch gute Handelsverträge Stetigkeit zu schaffen; der gesunde Sinn der Kaufleute wird schon das Seine tun, um den Heimatprovinzen einen kräftigen, seiner Aufgaben und Ziele bewußten Handelsstand zu erhalten, in dem Geiste, den Friedrich der Große mit aller Kraft zu pflegen suchte.

Digitized by Google

Die oberschlesische Montanindustrie und ihre Entwickelung in den letzten beiden Jahrzehnten.

Von **Georg Hoffmann.**

Von dem großen Kampfe zwischen Deutschtum und Polentum um die deutsche Ostmark, der seit langen Jahren deren gesamtes öffentliches Leben erfüllt und immer schärfere Formen annimmt, ist auch Oberschlesien nicht verschont geblieben. Später zwar ist hier der Kampf entbrannt als in den Ostseeprovinzen und Posen. Auch ist er nicht im Lande selbst aus dem unüberbrückbaren Gegensatz der Rassen heraus entstanden, sondern er ist von auswärts her in das von Haus aus friedlich gesonnene Volk hineingetragen worden. Und wie er anders entbrannt ist, so wird er auch in anderer Art geführt. Denn in Oberschlesien hat das Deutschtum einen festen Rückhalt, ein Bollwerk, das dem anstürmenden Polentum so bald nicht unterliegen wird, in seiner Industrie.

Denn Oberschlesiens Industrie ist deutsch. Deutsche Intelligenz und Tatkraft haben sie ins Leben gerufen. An ihrer Wiege steht Preußens genialer Herrscher, Friedrich der Große, der dem Lande, das er in hartem Ringen seinem Königreich einverleibt hatte, nun auch im Frieden die Wege seiner Entwickelung wies. Seine Berater, vor allem Heinitz und Reden, haben in unermüdlicher Tätigkeit den Grund zu Oberschlesiens Eisen- und Bleihüttenwesen und zu seinem Steinkohlenbergbau gelegt und haben den lange eingeschlafenen Erzbergbau von neuem belebt. Als dann in der Mitte des vorigen Jahrhunderts der Bergbau selbständig wurde, da war es wiederum deutsches Kapital, das für die Verwertung der Bodenschätze Oberschlesiens sorgte. Die Beamten, die in der oberschlesischen Industrie tätig sind, sind zum größten Teil Deutsche. Die Industrie hat andere Berufszweige nach sich gezogen. Alle die staatlichen und kommunalen Behörden, die ein so dicht bevölkerter Landstrich wie Oberschlesien nötig hat, sind deutsch. Der ganz überwiegende Teil des Handels liegt in deutschen Händen. Die oberschlesische Industrie ist es deshalb gewesen, die aus dem öden, unkultivierten Lande mit einer dünnen, überaus armen Bevölkerung das blühende und wohlhabende Land gemacht hat, das den zweitgrößten Industriebezirk

Digitized by Google

unserer Monarchie beherbergt. Die oberschlesische Industrie ist es, die das Deutschtum in diesem Lande in erster Linie repräsentiert. Will man deshalb dem Deutschtum in Oberschlesien zu Hilfe kommen, das wirtschaftlich ganz und gar von der Industrie abhängt, so kann man dies einzig und allein, indem man seine Industrie lebens- und entwicklungsfähig erhält.

Eine günstige Entwickelung der Montanindustrie ist aber nicht allein für Oberschlesien, sondern für den ganzen deutschen Osten von Bedeutung. Denn die Industrie selbst und ihre Arbeiterschaft sind starke Abnehmer der Erzeugnisse der ostdeutschen Land- und Forstwirtschaft. Getreide, Fleisch, Holz werden in großen Mengen von Oberschlesien verbraucht, die zum größten Teil von der Landwirtschaft der östlichen Provinzen erzeugt werden, da die geringe landwirtschaftliche Produktion des Landes selbst den Bedarf bei weitem nicht decken kann.

Welche Bedeutung die oberschlesische Industrie hat, davon mögen einige Zahlen Zeugnis geben. In der gesamten oberschlesischen Montanindustrie waren im Jahre 1911 191 795 Arbeiter beschäftigt, die insgesamt 205 294 411 Mark an Löhnen erhielten. 1890 wurden 99 333 Arbeiter beschäftigt, die 67 041 120 Mark an Löhnen empfingen. Die Arbeiterzahl hat sich hiernach in den 21 Jahren fast verdoppelt, die Löhne haben sich verdreifacht. Der gesamte Bruttowert der Industrieerzeugnisse Oberschlesiens ist auf über 500 Millionen Mark im Jahre zu schätzen. Der Frachtverkehr, den die Industrie der Eisenbahn zuführt, beläuft sich auf etwa 30 Millionen Tonnen jährlich; auf der Oder werden etwa $2^1/_2$ Millionen Tonnen ihrer Erzeugnisse verfrachtet. Aber trotz der durch diese Zahlen gekennzeichneten glänzenden Entwickelung und trotz ihrer heutigen Bedeutung hat doch die oberschlesische Montanindustrie mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum großen Teil wird sie diese Schwierigkeiten, wie sie es bisher getan hat, aus eigener Kraft bekämpfen und überwinden, zum Teil bedarf sie dazu der zielbewußten Förderung des Staates. Daß ihr diese Förderung zuteil wird, das liegt nach ihrer oben dargelegten Bedeutung für das Deutschtum Oberschlesiens nicht zuletzt auch im Interesse des Deutschtums und des preußischen Staates.

Die oberschlesische Montanindustrie umfaßt den Bergbau auf Steinkohle, auf Eisen-, Zink- und Bleierze und die darauf beruhende Verhüttung dieser drei Erze zu Metall. Geographisch fällt der eigentliche Industriebezirk im großen und ganzen mit der Verbreitung der Steinkohle zusammen. Zwar sind noch heute mehrere Betriebe der Eisenindustrie bis in die Kreise Groß-Strehlitz, Oppeln und Ratibor vorgeschoben, in denen früher, als noch ausschließlich Holz zur Eisenverhüttung gebraucht wurde, eine bei weitem regere Industrie herrschte, während sie

Digitized by Google

heut, abgesehen von diesen wenigen Werken, ausschließlich von einer landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung bewohnt werden. In erster Linie sind die den Südostzipfel des Regierungsbezirks Oppeln bildenden Landkreise Tarnowitz, Beuthen, Kattowitz, Zabrze und die Stadtkreise Beuthen, Königshütte, Kattowitz und Gleiwitz der Sitz der oberschlesischen Montanindustrie. Sie sind bis auf den zum Teil landwirtschaftlichen Kreis Tarnowitz so gut wie ausschließlich von einer in der Industrie tätigen oder mittelbar von ihr abhängigen Bevölkerung bewohnt. In geringerem Maße sind auch die Landkreise Rybnik und Pleß industriell tätig, wenn auch ihr überwiegender Charakter landwirtschaftlich ist. Die acht den engeren oberschlesischen Industriebezirk bildenden Kreise wiesen im Jahre 1910 eine Bevölkerung von 900 555 Personen auf, also etwa ein Fünftel der Einwohnerzahl der Provinz Schlesien. 1890 betrug die Bevölkerung auf dem gleichen Flächenraum nur 441 351 Seelen; sie hat also in 20 Jahren um 104 v. H. zugenommen.

Die Grundlage und das Rückgrat der oberschlesischen Montanindustrie bildet der Steinkohlenbergbau. Das oberschlesische Steinkohlenvorkommen bildet einen Teil des schlesisch-mährisch-polnischen Steinkohlenbeckens, das westlich etwa durch eine Linie Tost—Mährisch-Ostrau begrenzt wird und nach Osten bis in die Gegend von Krakau reicht, während die nördliche und südliche Begrenzung noch nicht genau bekannt ist. Das ganze Becken bildet den östlichsten Ausläufer der großen Steinkohlenablagerung, die sich von Süd-Wales über Nord-Frankreich, Belgien, Aachen, Rheinland-Westfalen und Niederschlesien, häufig unterbrochen, bis hierher erstreckt. Es besitzt einen Flächeninhalt von etwa 5 600 qkm, wovon etwa 3 600 qkm in Preußen, 1 400 qkm auf österreichischem und 600 qkm auf russischem Gebiet liegen. Das ganze Becken bildet eine große Mulde, deren Tiefstes etwa bei dem preußischen Städtchen Sohrau liegt. Von dieser Hauptmulde, in der hauptsächlich in der Nähe von Nikolai Bergbau betrieben wird, ist durch eine Erhebung des Steinkohlengebirges, die sich von Gleiwitz über Zabrze, Königshütte, Laurahütte, Rosdzin und Myslowitz bis in polnisches Gebiet hinzieht, eine nördliche Randmulde bei Beuthen abgezweigt. Der Gleiwitz-Myslowitzer Sattelzug ist insofern für den oberschlesischen Bergbau von besonderer Wichtigkeit, als hier die mächtigsten Flöze des oberschlesischen Steinkohlengebirges, die sogenannten Sattelflöze, infolge der Aufwölbung der Schichten dicht unter der Tagesoberfläche liegen, während sie südlich wie nördlich davon, in der Hauptmulde und in der nördlichen Randmulde, in weit größere, zum Teil für den Bergbau heut noch nicht erreichbare Tiefen gesunken sind. Die leichte Erreichbarkeit der Sattelflöze in der Gegend zwischen Gleiwitz und Myslowitz hat zur Folge gehabt,

Digitized by Google

daß hier schon verhältnismäßig früh Bergbau umgehen konnte. Von hier aus ist der oberschlesische Steinkohlenbergbau ausgegangen, und zwar wurden die ersten Gruben in der Gegend von Ruda bei Zabrze etwa um das Jahr 1781 ausgebeutet. Daß trotz der bequemeren Gewinnung der hier dicht unter der Tagesoberfläche liegenden Flöze in Oberschlesien später als in anderen deutschen Ländern Steinkohle gewonnen worden ist, lag an dem großen Holzreichtum und den jämmerlichen Verkehrsverhältnissen des dünnbevölkerten Landes. Erst der eifrigen Tätigkeit Friedrichs des Großen gelang es, anstatt der Holzfeuerung der Steinkohlenfeuerung Eingang zu verschaffen. Auch heute noch bildet der Gleiwitz-Myslowitzer Sattelzug den Mittelpunkt des oberschlesischen Steinkohlenbergbaus. Auf ihm baut die Mehrzahl der oberschlesischen Gruben mit etwa drei Vierteln der gesamten Förderung. Die oben erwähnte, durch den Sattelzug von der Hauptmulde getrennte nördliche Randmulde, in der bei Beuthen und Radzionkau Steinkohlenbergbau umgeht, ist dadurch von besonderer Wichtigkeit, daß in ihr über dem Steinkohlengebirge Muschelkalkschichten zur Ablagerung gelangt sind. Diese bergen die reichen Blei- und Zinkerzlager, auf deren Verwertung die oberschlesische Metallindustrie beruht. Wie im Norden die Beuthener Mulde, so ist auch im Westen von der Hauptmulde durch eine breite Störungszone eine kleinere Mulde, die westliche Randmulde, abgezweigt. Hier geht in der Gegend von Rybnik Bergbau um.

Von den Flözen, die in Oberschlesien gewonnen werden, zeichnen sich, wie erwähnt, die Sattelflöze, die auf dem Gleiwitz-Myslowitzer Sattelzug und in der nördlichen Randmulde gebaut werden, durch ihre große Mächtigkeit aus, die in der Regel 3 bis 6 m beträgt, im Osten des Gebietes sogar bis zu 13 m steigt. Die in der Hauptmulde und bei Rybnik zurzeit gebauten, jüngeren Schichten des Steinkohlengebirges angehörigen Flöze sind weniger mächtig. Hier hat der Bergbau die Sattelflöze mit einer einzigen Ausnahme ihrer großen Teufe wegen noch nicht erreicht. Der Abbau der mächtigen Sattelflöze ist es nun, der dem oberschlesischen Bergbau sein ganz eigentümliches Gepräge gibt. Gelten doch in den meisten anderen Steinkohlenrevieren schon Flöze von mehr als 2 m als sehr mächtig, während man umgekehrt in Oberschlesien früher vielfach Flöze von weniger als 1 bis 2 m Mächtigkeit als unbauwürdig ansah. Allerdings ist gerade darin in den letzten Jahren eine Änderung eingetreten. Die älteren oberschlesischen Steinkohlengruben, in denen die Sattelflöze nahezu abgebaut sind, gehen immer mehr zum Verhieb auch wenig mächtiger Flöze über, deren Abbau durch die vielfach angewendete maschinelle Arbeit und die gestiegenen Kohlenpreise jetzt lohnend geworden ist. Auch in dem immer mehr an Bedeutung zunehmenden

Digitized by Google

Rybniker Revier werden, wie erwähnt, weniger mächtige Flöze gebaut. Immerhin stammt der größte Teil der oberschlesischen Förderung auch jetzt noch aus den mächtigen Sattelflözen. Eine weitere Besonderheit des oberschlesischen Bergbaus ist das fast völlige Fehlen von Schlagwettern. Diese kommen bisher im großen und ganzen nur auf den im äußersten Süden des Bezirks bauenden Gruben bei Hultschin, die ihren Lagerungsverhältnissen nach schon dem benachbarten Ostrau-Karwiner Revier angehören, vor. Allerdings weisen verschiedene Anzeichen darauf hin, daß auch im Hauptrevier beim Erreichen größerer Teufen Schlagwetter angetroffen werden dürften.

Die Mächtigkeit der Hauptflöze bedingt die günstigen wie die ungünstigen Seiten des oberschlesischen Bergbaus. Die Arbeit in mächtigen Flözen ist bis zu einem gewissen Grade leichter als die in den schmalen Kohlenbänken, die in anderen Revieren, manchmal nur 40 cm mächtig, abgebaut werden. Der Arbeiter kann bei seiner Arbeit aufrecht stehen; der größere Querschnitt der Strecken erleichtert die Wetterführung, d. h. die Zuführung frischer Luft an die Arbeitspunkte; das Freiliegen größerer Kohlenflächen hat eine größere Wirkung der Sprengstoffe zur Folge. Die ausgedehnte Anwendung von Sprengstoffen, die in Oberschlesien von jeher üblich ist, ist nur möglich durch das Fehlen von Schlagwettern. In Gruben, die eine starke Schlagwetterentwickelung zeigen, kann nur in geringem Maße und nur mit den teuren, häufig verhältnismäßig wenig wirksamen Sicherheitssprengstoffen geschossen werden, ein großer Teil der Kohle muß mittels der sehr anstrengenden Keilhauenarbeit gewonnen werden. Dagegen ist man in Oberschlesien in der Verwendung von Sprengstoffen fast unbeschränkt. Der Betrieb kann sehr konzentriert werden, denn da infolge der großen Flözmächtigkeit von jedem einzelnen Arbeitspunkte eine größere Menge Kohlen gefördert wird als bei niedrigen Flözen, braucht man zur Erzielung einer bestimmten Gesamtförderung verhältnismäßig nur wenige Arbeitspunkte zu belegen und erleichtert dadurch die Kohlengewinnung und die Aufsicht darüber. Alle diese Vorzüge bedeuten eine Erleichterung der Arbeit und vergrößern demgemäß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Infolgedessen ist im oberschlesischen Bergbau die am höchsten entlohnte Klasse der Bergleute, die Häuer, deren Aufgabe das eigentliche Hereingewinnen der Kohle, sei es durch Schießarbeit, sei es, wie z. B. in anderen Revieren, durch Arbeit mit der Keilhaue, bildet, verhältnismäßig gering an Zahl gegenüber den mit dem Einfüllen der Kohle in die Förderwagen und deren Weiterbeförderung beschäftigten Schleppern und Förderleuten. Diese sind jüngere Leute, die weniger gut bezahlt werden. Das alles bedeutet eine gewisse Verbilligung der Gewinnungskosten gegenüber anderen Revieren.

Digitized by Google

Freilich bereitet der Abbau mächtiger Flöze auch mancherlei Schwierigkeiten. Übersteigt die Flözmächtigkeit eine gewisse Grenze, etwa 4 m, so wird die Arbeit insofern schwierig und gefährlich, als das Herstellen der Bohrlöcher und das Hereingewinnen der durch den Schuß gelockerten Kohle nun nicht mehr von der Flözsohle aus erfolgen kann, sondern von Fahrten (Leitern) aus vorgenommen werden muß. Die Schwierigkeit und Gefährlichkeit dieser Arbeit wächst mit der Mächtigkeit der Flöze, sodaß in den mächtigsten Flözen nur sehr kräftige und gewandte Leute beschäftigt werden können. Ebenso schwierig oder noch schwieriger als diese Arbeiten wird die Herstellung des Ausbaus. Durch den Abbau der Kohlenflöze entstehen im Erdkörper Hohlräume, sodaß die über der gewonnenen Kohle liegenden Schichten, das Hangende, denen durch den Abbau ihre Unterlage geraubt worden ist, das Bestreben haben, hereinzubrechen. Um das zu verhindern, solange an der betreffenden Stelle gearbeitet wird, muß das Hangende durch Stellen von Holz gestützt werden. Der Einbau dieses Holzes, das nach bestimmten Regeln gestellt wird, ist in mächtigen Flözen eine ganz außerordentlich schwierige und zeitraubende Arbeit. Die Arbeitskraft der Häuer, denen gleichzeitig der Ausbau ihres Arbeitsortes obliegt, wird infolgedessen nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil zur eigentlichen Kohlengewinnung ausgenutzt. Die Kosten des langen Holzes sind sehr hoch und nehmen mit der Länge auch im Verhältnis außerordentlich zu, sodaß beispielsweise ein 6 m langer Stempel (so nennt der Bergmann die senkrecht stehenden Hölzer) viel mehr als doppelt so teuer ist als ein 3 m langer. Die Holzkosten bilden denn auch einen erheblichen Teil der Selbstkosten oberschlesischer Gruben. Schließlich ist auf den hohen Pfeilern die Gefahr für die darin beschäftigten Leute, durch aus dem Hangenden herabfallende Steine oder sich ablösende Kohle verletzt zu werden, sehr groß. So heben die Schwierigkeiten des Abbaus mächtiger Flöze die oben geschilderten Vorteile zum Teil wieder auf oder beschränken sie doch. Immerhin ist die Leistung, auf den Kopf der Gesamtbelegschaft berechnet, in Oberschlesien beträchtlich höher als in anderen Steinkohlenrevieren, wie die folgende Zusammenstellung beweist, deren Zahlen den Veröffentlichungen in der vom Preußischen Handelsministerium herausgegebenen „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preußischen Staate" entnommen sind. Es betrug nämlich im Durchschnitt der letzten zehn Jahre die Leistung auf den Kopf der Gesamtbelegschaft

in Niederschlesien ..... 204 t,
im Saarbrücker Bezirk ..... 224 t,
in Rheinland-Westfalen ..... 259 t,
in Oberschlesien dagegen ..... 316 t.

Setzt man die Leistung eines oberschlesischen Arbeiters gleich

Digitized by Google

100, dann folgt Dortmund mit 82, Saarbrücken mit 71, Niederschlesien mit 65. Noch mehr tritt die Mehrleistung Oberschlesiens hervor, wenn man nicht die Jahresleistung, sondern die Leistung eines Arbeiters in einer Schicht dem Vergleiche zu Grunde legt. Sie betrug nämlich im Durchschnitt der letzten zehn Jahre:

in Oberschlesien .....1,118 t,
im Oberbergamtsbezirk Dortmund 0,843 t,
in Saarbrücken .....0,763 t,
in Niederschlesien .....0,679 t,

oder aber, Oberschlesien wieder gleich 100 gesetzt, der Reihe nach 75, 68, 61. In einer Schicht beträgt also die Leistung eines oberschlesischen Arbeiters 25 bis 39 v. H. mehr als die eines Arbeiters in einem anderen preußischen Bergbaubezirke. Daß die Jahresleistung demgegenüber die der anderen Bezirke nur um 18 bis 35 v. H. übertrifft, rührt daher, daß der oberschlesische Arbeiter im Jahresdurchschnitt sehr viel weniger Schichten verfährt als der Bergmann in anderen Revieren. Es verfuhr ein Arbeiter jährlich im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1910

in Oberschlesien ..... 282 Schichten,
in Saarbrücken ..... 293 „
in Niederschlesien ..... 301 „
im Ruhrbezirk ..... 306 „

Oberschlesien steht also weitaus an letzter Stelle. Auf diese Erscheinung wird noch weiter unten bei der Besprechung der Arbeiterverhältnisse einzugehen sein. Tatsache bleibt aber trotzdem eine bedeutende Mehrleistung für den Kopf der Belegschaft in Oberschlesien und damit eine entsprechende Verbilligung der Gewinnung.

Diesem Vorteile stehen sehr schwerwiegende Nachteile gegenüber, da man in Oberschlesien gezwungen ist, die Flöze zu Bruche zu bauen und dadurch die Erdoberfläche außerordentlich beschädigt. In allen anderen Kohlenrevieren wird der weitaus größte Teil der Förderung mittels Versatzbaus gewonnen, das heißt, der durch den Abbau der Kohle entstandene Hohlraum wird mit Bergen (so nennt man die das Nebengestein der Kohle bildenden Gebirgsarten) ausgefüllt, „versetzt". Das ist aber nur in Flözen bis zu einer verhältnismäßig geringen Mächtigkeit möglich, weil nur dann die in der Grube beim Abteufen von Schächten, beim Betriebe von Gesteinsstrecken usw. fallenden Berge ausreichen, um die durch den Abbau entstandenen Hohlräume zu versetzen. Sind die Flöze aber so mächtig wie in Oberschlesien, dann reichen diese Berge, selbst wenn man Kesselasche und alte Halden dazu nimmt, bei weitem nicht aus, die außerordentlich umfangreichen Hohlräume auszufüllen. Außerdem ist die Arbeit, ein 6 bis 7 m mächtiges Flöz in der beschriebenen Weise zu versetzen, viel schwieriger und teurer als bei einem Flöz von

Digitized by Google

etwa 1 bis 2 m Mächtigkeit. Aus allen diesen Gründen ist ein trockener Versatz in größerem Umfange in mächtigen Flözen nicht möglich. Die Folge davon ist, daß man entweder die ausgekohlten Räume zu Bruche werfen muß, d. h. sie nach Beendigung der Arbeit zusammenstürzen läßt, oder aber gezwungen ist, zum Versatz außerhalb der Grube gewonnene Massen zu benutzen. Im letzteren Falle werden seit einigen Jahren lose Massen, wie Sand, gekörnte Hochofenschlacke, Zinkräumasche, mittels Wasser in Rohrleitungen in die zu versetzenden Hohlräume geführt, aus denen dann, wenn sich diese Stoffe gesetzt haben, das Wasser wieder abgezogen wird. Man nennt dieses Verfahren, das seit etwa zehn Jahren in Oberschlesien Eingang gefunden hat, Spülversatz. Dieser stellt den besten Versatz dar, den wir kennen. Die Wirkungen auf die Oberfläche sind bei seiner Anwendung die denkbar geringsten, wenn sie natürlich auch nicht vollständig aufgehoben werden. Denn jeder Versatz, auch der dichteste, setzt sich im Laufe der Zeit etwas und entzieht dadurch den daraufliegenden Schichten die Stütze, sodaß sie nachgeben. Aber die Anwendung des Spülversatzes ist doch verhältnismäßig beschränkt. Einmal verteuert er natürlich die Gewinnung der Kohle ziemlich stark. Es muß das zum Verspülen der Hohlräume notwendige Material gewonnen und in manchen Fällen mehrere Kilometer weit zum Einspülschacht geschafft werden; es muß in der Grube ein weitverzweigtes Rohrleitungsnetz angelegt und unterhalten werden; es muß das zum Einspülen benutzte Wasser geklärt — sonst greift es die Pumpen zu sehr an — und schließlich wieder zu Tage gehoben werden. Zum anderen aber ist zu bedenken, daß man, wollte man die gesamte in Oberschlesien geförderte Kohle, zur Zeit etwa 36 Millionen Tonnen jährlich, mittels des Spülversatzverfahrens gewinnen, jährlich, überschlägig berechnet, 36 Millionen Kubikmeter Versatzmaterial, in erster Linie Sand, dazu brauchte. Die verfügbaren Sandmengen würden dann in kurzer Zeit verbraucht sein. Man ist schon aus diesem Grunde gezwungen, nur solche Flözteile mit Versatz abzubauen, die man sonst stehen lassen müßte oder doch nur mit dem noch teureren Handversatz abbauen könnte. Das sind in erster Linie Flözteile unter Ortschaften, Straßen, Eisenbahnen oder Hüttenwerken (Sicherheitspfeiler), ferner solche Stellen, bei denen die Gefahr der Selbstentzündung der Kohle zu groß sein würde. Tatsächlich werden denn auch nur etwa 15 v. H. der Gesamtförderung Oberschlesiens mittels Spülversatzes gewonnen. Als Regel bleibt also dann der Bruchbau. Dieser hat aber außerordentlich unangenehme Folgeerscheinungen. Sind schon beim Abbau mit Versatz Einwirkungen auf die Oberfläche nicht zu vermeiden, so nehmen diese beim Bruchbau ganz gewaltige Ausdehnung an. Es bilden sich große Erdsenkungen, die nicht nur jede Bebauung,

Digitized by Google

sondern auch die Benutzung der betreffenden Grundstücke als Weiden oder zu anderen landwirtschaftlichen Zwecken auf viele Jahre, bis sich das Gebirge wieder beruhigt hat, oder aber, wenn sich Teiche darauf bilden, für immer unmöglich machen. Wasserentziehung bildet eine weitere überaus unangenehme Folge des Bergbaus, insbesondere aber des Bruchbaus. Für den Bergwerksbesitzer bedeuten diese Erscheinungen eine sehr erhebliche Verteuerung seines Betriebes. Er muß entweder dem Grundstückseigentümer für allen Schaden, der ihm durch den Betrieb des Bergbaus zugefügt wird, vollen Ersatz leisten, oder aber er ist gezwungen, die durch seine Betriebe gefährdeten Flächen anzukaufen. Weiterhin müssen für Wege und andere schutzbedürftige Tagesgegenstände Sicherheitspfeiler stehen gelassen werden, d. h. Flözteile, in denen kein Abbau getrieben werden darf. Es entstehen also große Abbauverluste. Die Einführung von Spülversatz macht das zwar, wie oben dargelegt worden ist, bis zu einem gewissen Grade entbehrlich. Allein nicht jeder Sicherheitspfeiler kann mit Spülversatz abgebaut werden, sei es vielleicht seiner Form wegen, sei es, weil er von den übrigen mit Versatz gewonnenen Flözteilen so weit entfernt ist, daß sich ein solcher Abbau nicht lohnt. Auch sonst sind bei den mächtigen Flözen die Abbauverluste nicht gering. Zwischen den einzelnen Pfeilern (dem Abbau im Gegensatz zu den Strecken, die als Wege für die Förderung der gewonnenen Kohle, die Führung der Wetter [Luft] oder sonstigen Zwecken dienen) müssen Kohlenstreifen stehen bleiben, vom oberschlesischen Bergmann „Bein" genannt, um das Hereinfallen der Berge aus dem bereits abgebauten Flözteil, dem „alten Mann", zu verhindern. Man ist zwar bestrebt, das Bein noch nachträglich zu gewinnen, aber das ist häufig nur zu einem Teil möglich. Die Verluste nehmen mit der Mächtigkeit der Flöze und der Teufe zu, weil mit zunehmender Teufe die Sicherheitspfeiler stärker werden müssen. In einzelnen Gruben steigen die auf solche Weise entstandenen Abbauverluste bis zu 30 und 40 v. H. der gesamten Kohlenmenge. Sie verkürzen natürlich die Lebensdauer der Grube und bedeuten einen empfindlichen Verlust für das Nationalvermögen. Daneben haben sie eine weitere sehr unangenehme Folge für den Bergbau. Die oberschlesische Kohle neigt stark zur Selbstentzündung. Macht sich diese außerordentlich unangenehme Eigenschaft schon in der anstehenden Kohle geltend, so sind in einem abgebauten Teile des Grubenfeldes die Bedingungen dazu besonders günstig. Die Oberfläche der Kohle ist hier viel größer als im anstehenden Flöz, denn die Kohle ist zerkleinert, die Luft kann nicht vollständig abgeschlossen werden, sondern strömt durch kleine Öffnungen im zusammengebrochenen Flözteil oder aber bei geringerer Teufe durch die bis zu Tage reichenden Risse in genügender Menge

Digitized by Google

heran. Feuchtigkeit, die die Selbstentzündung sehr begünstigt, ist gleichfalls infolge der durch den Abbau bewirkten Erschütterung der hangenden Schichten meist vorhanden. So ist also der alte Mann häufig der Herd großer Grubenbrände, die der Grube enormen Schaden zufügen. Denn man kann einmal ausgebrochene Grubenbrände nicht anders bekämpfen als durch möglichst vollkommenen Luftabschluß, ist also gezwungen, den in Brand geratenen Teil der Grube durch Mauern abzuschließen und so lange sich selbst zu überlassen, bis durch Ausgehen des Sauerstoffs das Feuer erstickt. Enorme Verluste sind auf diese Weise den oberschlesischen Bergwerksbesitzern entstanden. Sind auch andere Steinkohlenbezirke von diesem gefährlichen Feinde des Bergmanns nicht völlig verschont geblieben, so ist doch der Grubenbrand nirgends in dem Maße zu finden, wie in Oberschlesien.

Alle diese Schwierigkeiten sind nun in beständiger Zunahme begriffen dadurch, daß der Bergbau in immer größere Teufen vorzudringen gezwungen ist. Während noch im Jahre 1896 die Mehrzahl der oberschlesischen Schächte nur bis zu 200 m tief war, nämlich 220 von insgesamt 293 Schächten, und nur vier Schächte eine größere Teufe als 400 m aufzuweisen hatten, ist heute etwa die Hälfte aller Schächte, nämlich 165 von 334, mehr als 200 m tief. Nur noch 169 sind weniger als 200 m tief, und zwei haben fast eine Tiefe von 800 m erreicht. Ein Tiefergehen des Bergbaus vergrößert die Gestehungskosten. Das Abteufen der Schächte wird teurer; zum Herausfördern der Kohle und der zusitzenden Wasser sind stärkere Maschinen nötig; die Sicherheitspfeiler werden, wie schon oben erwähnt, größer, damit wachsen die Abbauverluste. Das Gewicht der überlagernden Schichten nimmt zu, damit wächst der Druck in der Grube, der Grubenausbau muß also stärker werden, das Holz wird stärker beansprucht und muß häufiger ausgewechselt werden. Es ist also leicht ersichtlich, daß die Selbstkosten der Gruben durch größere Teufen immer größer werden.

Eine weitere Eigentümlichkeit der oberschlesischen Steinkohle ist ihre große Härte. Versuche haben ergeben, daß, nach einer bestimmten Härteskala gemessen, die oberschlesische Kohle eine Härte von 70 bis 90 besitzt, während die verschiedenen Kohlenarten des rheinisch-westfälischen Beckens nicht über 80 hinausgehen und in ihrer Mehrzahl eine Härte von 35 bis 75 besitzen. Die Folge davon ist, daß der Sprengstoffverbrauch auf den oberschlesischen Gruben im Verhältnis zur Gesamtförderung sehr viel höher ist als in anderen Revieren.

Die oberschlesische Kohle ist für industrielle und Hausbrandzwecke sehr geeignet. Leider liefert sie im allgemeinen keinen so guten Koks wie die Kohle anderer Reviere. Nur einige im Westen des Bezirks gelegene Gruben, in erster Linie die fiskalischen,

Digitized by Google

fördern eine zur Verkokung geeignete Kohle. Man hofft, daß mit Erreichung größerer Teufen die Verkokbarkeit der oberschlesischen Kohle zunehmen wird.

Der oberschlesische Bergbau arbeitet also bis zu einem gewissen Grade unter sehr günstigen Bedingungen, indem er schlagwetterfreie, sehr mächtige Flöze besitzt. Aber gerade die Mächtigkeit der Flöze birgt manche Schwierigkeiten in sich, die durch die Neigung der oberschlesischen Kohle zur Selbstentzündung wachsen und mit größerer Teufe der Gruben zunehmen.

Weniger günstig liegen die Absatzverhältnisse des oberschlesischen Steinkohlenbergbaus. Das ist in erster Linie die Schuld der geographischen Lage Oberschlesiens. Im äußersten Südosten der Provinz Schlesien und damit des preußischen Staates gelegen, grenzt der oberschlesische Industriebezirk unmittelbar an zwei fremde Staaten. Nach dem Inlande kann er also seine Erzeugnisse nur nach einer einzigen Richtung hin absetzen, und große Teile seines inländischen Absatzgebietes liegen sehr weit von Oberschlesien entfernt. Insbesondere wirkt die weite Entfernung vom Meere ungünstig auf den Absatz seiner Erzeugnisse ein. Von dem nächsten Hafen, Stettin, ist es etwa 560 km entfernt, der Hauptausfuhrhafen Deutschlands, Hamburg, liegt gar etwa 800 km weg.

Als unbestrittenes Absatzgebiet der oberschlesischen Kohle kommt eigentlich nur ein Teil der Provinz Schlesien selbst in Frage. In erster Linie verbraucht natürlich die oberschlesische Großindustrie oberschlesische Kohle, also die Eisen-, Zink- und Bleiindustrie. Deren Verbrauch beträgt zurzeit nach der vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein herausgegebenen „Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke" etwa 5 $^3/_4$ Millionen Tonnen, also absolut genommen eine recht erhebliche Zahl. Aber es ist doch bemerkenswert, daß er seit Jahren kaum wesentlich gewachsen ist. So betrug der Kohlenverbrauch der Hütten 1890 etwa 3$^1/_2$ Millionen Tonnen, 1900 4,8 Millionen Tonnen; seit 1906 ist er aber ziemlich gleichmäßig auf 5,3 bis 5,6 Millionen Tonnen stehen geblieben. Verhältnismäßig ist daher der Anteil des Bedarfes der Eisen-, Zink- und Bleihütten an dem gesamten Absatz oberschlesischer Kohle sogar zurückgegangen. Während 1890 etwa 23 v. H. des Gesamtabsatzes an die Großindustrie abgesetzt wurden, sind es 1911 nur noch 17,5 v. H. Der Grund für diese Erscheinung liegt, abgesehen von den Konjunkturschwankungen, in der wenig erfreulichen Entwickelung der oberschlesischen Eisenindustrie, auf die weiter unten noch einzugehen ist. Jedenfalls zeigen diese Ziffern, daß die Hüttenindustrie bei weitem nicht in der Lage ist, mit dem natürlichen Wachstum des Steinkohlenbergbaues Schritt zu halten, und daß dieser in immer wachsendem Maße auf andere Abnehmer angewiesen ist.

Digitized by Google

Im Industriebezirk selbst vermag also die Steinkohlenindustrie nur einen verhältnismäßig kleinen und, wie erwähnt, relativ abnehmenden Teil ihrer Erzeugnisse abzusetzen. Schon im übrigen Schlesien trifft aber die oberschlesische Kohle auf die Konkurrenz des niederschlesischen Steinkohlenbergbaus. Niederschlesien, das 1890 nur etwas mehr als 3 Millionen Tonnen förderte, hat seine Produktion in den letzten Jahren auf etwa 5 bis $5^1/_2$ Millionen Tonnen gesteigert. Davon gehen allerdings etwa 2 Millionen auf Selbstverbrauch und Auslandsabsatz ab. Demnach beträgt sein Inlandsabsatz, mit dem es Oberschlesien Konkurrenz macht, etwa 3 bis $3^1/_2$ Millionen Tonnen, d. s. etwa 10 v. H. der oberschlesischen Förderung und etwa 12 v. H. seines gesamten Absatzes. Es ist also ein fühlbarer Wettbewerb, dem die oberschlesische Kohle begegnet.

Im weiteren Inlande aber trifft oberschlesische Kohle auf den wachsenden Wettbewerb der Braunkohle. Einmal versorgt die Braunkohlenindustrie der Lausitz und der Provinz Sachsen die Mark und Berlin in steigendem Maße mit Brennstoff, zum anderen dringt auf der Elbe böhmische Braunkohle ins Land, die in Sachsen, Bayern, auch Berlin immer mehr Eingang findet. Westlich Berlins tritt schließlich auch der Wettbewerb der Ruhrkohle in die Erscheinung.

Noch weit mehr macht sich aber ein anderer Wettbewerb in den weiteren inländischen Absatzgebieten der oberschlesischen Kohle geltend, nämlich der der englischen Kohle. Die Verhältnisse, unter denen die englischen Steinkohlengruben arbeiten, sind so außerordentlich günstig, wie wir sie in keinem unserer Steinkohlengebiete auch nur annähernd kennen. Die außergewöhnlich regelmäßige Ablagerung eines Teils der englischen Kohlenflöze gestattet die Anwendung von maschinellen Kräften zur Kohlengewinnung in weitgehendem Umfange, sodaß die Gewinnung sehr erleichtert und verbilligt wird. Die Beschaffenheit des Nebengesteins ist vorzüglich. Ein großer Teil der Gruben liegt direkt am Meere oder an Flußläufen, sodaß sie ihre Förderung direkt in Schiffe verladen können. Die Schiffsfracht nach den deutschen Häfen ist außerordentlich billig. Von den Häfen aus gelangt die Kohle wiederum auf dem Wasserwege nach den Verbrauchsplätzen. Infolge dieser günstigen Produktions- und Frachtverhältnisse kann die englische Kohle in einem Teil des Absatzgebietes der oberschlesischen Kohle billiger verkauft werden als diese selbst. Das gilt namentlich für Berlin und für das unmittelbare Hinterland der Ostseehäfen. Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse in diesen Absatzgebieten für Oberschlesien deshalb, weil ihm Wasserstraßen im Gegensatz zur englischen Kohle nur in sehr geringem Maße zur Verfügung stehen. Um die Oder, die einzige Wasserstraße des deutschen Ostens, benutzen zu können,

Digitized by Google

hat die oberschlesische Kohle einmal eine verhältnismäßig hohe Vorfracht bis nach dem nächsten, etwa 70 km entfernten Umschlaghafen Cosel zu tragen. Sodann, und das ist das Wesentlichste, ist die Leistungsfähigkeit der Oder sehr gering. Zwar ist sie von Cosel bis Fürstenberg kanalisiert und mit Schleusen versehen; aber auch auf ihrer leistungsfähigsten Strecke, von Cosel bis Breslau, ist sie nur für Kähne von 400 t Ladefähigkeit zu benützen, während die märkischen Wasserstraßen westlich von Berlin und den neuen Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin Schiffe von 600 t, die Elbe solche von 1000 t und den Rhein solche von 2400 t benützen können. Aber selbst Schiffe mit dieser verhältnismäßig geringen Ladung vermögen auf der unteren Oder von Breslau bis Fürstenberg, wo der Oder-Spree-Kanal einmündet, nur zur Zeit des allergünstigsten Wasserstandes zu verkehren. Und ebenso ist die Wasserstraße bei Breslau selbst nicht in der gleichen Weise leistungsfähig, wie die obere Oder. Nach Veröffentlichungen der Oderstrombauverwaltung war im Durchschnitt der letzten 13 Jahre eine volle Ausnutzung der Ladefähigkeit der Oderkähne nur während eines Drittels der Schiffahrtsperiode möglich; in einem Fünftel der Schiffahrtsperiode konnte die Ladefähigkeit zu drei Vierteln und in fast der halben Zeit nur zur Hälfte oder noch weniger ausgenutzt werden. Dazu kommt, daß teils infolge von Hochwasser, teils infolge zu niedrigen Wasserstandes die Schiffahrt häufig ganz eingestellt werden muß. Diese Störungen sind in den einzelnen Jahren naturgemäß sehr verschieden. Infolgedessen unterliegt die Benützung der Oderwasserstraße außerordentlichen Schwankungen. So betrug zum Beispiel der Talverkehr an Kohlen in den Jahren

1909 rund 1,8 Millionen Tonnen,
1910 „ 2,0 „ „
1911 „ 1,2 „ „

Der Versand auf der Oder ist also sehr unsicher. Infolgedessen kann nur ein Teil der Kohlen die Oderstraße benutzen, und zwar werden nach Berlin etwa drei Fünftel, nach Stettin etwa zwei Fünftel der Gesamtmenge befördert. Andererseits waren die märkischen Wasserstraßen in der Richtung von Stettin her auch während des außerordentlich trockenen Jahres 1911 den ganzen Sommer über benutzbar. Während also die englische Kohle die ganze Schiffahrtsperiode hindurch auf Wasserstraßen nach Berlin geschafft werden kann, ist ein großer Teil der dorthin bestimmten oberschlesischen Kohle auf die teurere Bahn angewiesen. Nun sind seit einigen Jahren umfangreiche Arbeiten im Gange, die die Verbesserung der Oderwasserstraße bezwecken. An der Aufbringung der Mittel dazu hat sich außer dem Staate und der Provinz Schlesien auch die oberschlesische Industrie mit bedeutenden Mitteln, etwa 1,6 Millionen Mark, beteiligt.

Digitized by Google

Es ist zu hoffen, daß diese Arbeiten zu einer besseren Ausnutzung der Oder führen werden. Noch weniger günstig liegen die Verhältnisse für diejenigen Ostseehäfen und ihr Hinterland, mit denen Oberschlesien gar keine Wasserverbindung hat. Die Bestrebungen der oberschlesischen Industrie sind deshalb seit Jahrzehnten darauf gerichtet, für ihren Absatz nach den der englischen Kohle zugänglichen Gebieten angemessen ermäßigte Ausnahmetarife zu erlangen. Für den Versand nach den Ostseehäfen hat die Eisenbahnverwaltung auch Tarifermäßigungen gewährt, die aber nicht ausreichen, um der oberschlesischen Kohle einen größeren Absatz nach diesen Revieren zu ermöglichen. Die Wettbewerbsverhältnisse liegen vielmehr für die oberschlesische Kohle der englischen gegenüber immer noch so ungünstig, daß in den Jahren 1899 bis 1909 der Absatz englischer Kohle nach Ost- und Westpreußen um 59 v. H., nach Pommern um 132 v. H. zunehmen konnte, während in der gleichen Zeit die oberschlesische Kohle ihren Absatz nur um 59 v. H. bzw. 56 v. H. vermehrt hat. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse am Berliner Markte. Hier ist der Kampf der oberschlesischen Kohlenindustrie um ermäßigte Tarife bisher vergeblich gewesen. Die Kohle muß daher, soweit sie nicht auf dem Wasserwege nach Berlin gelangen kann, die volle normale Fracht tragen, die um 3 Mark für die Tonne höher ist als die Frachtkosten für die englische Kohle. Daß angesichts dieser Frachtmehrbelastung — noch verschärft durch den schon erwähnten Produktionskostenvorsprung der englischen Kohle — die oberschlesische Kohle dem Wettbewerb der englischen nicht standhalten kann, liegt auf der Hand. Infolgedessen ist der Anteil Oberschlesiens an der Steinkohlenversorgung Groß-Berlins, der 1897*) noch 59,6 v. H. betrug, allmählich auf 43,2 v. H. gefallen, während gleichzeitig der Anteil der englischen Kohle von 16,0 v. H. auf 37,5 v. H. steigen konnte. Selbst absolut hat sich die Lieferung Oberschlesiens nach Groß-Berlin seit 1900 nur knapp auf etwa der gleichen Höhe halten können (1,8 bis 1,9 Millionen Tonnen), und 1911 hat das erste Mal, soweit die Stadt Berlin in Frage kommt, der Verbrauch englischer Kohle den der oberschlesischen übertroffen. In erster Linie sind es Gaskohlen, die scharfer englischer Konkurrenz begegnen. Für sie sucht insbesondere Oberschlesien seit Jahren Tarifermäßigungen, bisher aber immer noch vergeblich, nach.

Oberschlesien ist also, das geht aus der Entwickelung seines Inlandabsatzes hervor, für einen großen und zwar wachsenden Teil seiner Produktion auf das Ausland angewiesen. Der Absatz nach dem Ausland, der 1890 mit rund 3 Millionen Tonnen etwas

*) In diesem Jahre ist zum ersten Male der Kohlenverbrauch von Groß-Berlin zusammengestellt worden.

Digitized by Google

mehr als 17 v. H. des Gesamtabsatzes betrug, beläuft sich gegenwärtig auf etwa 9 bis 9,5 Millionen Tonnen gleich etwa 30 v. H. des Gesamtabsatzes. Ganz einfach liegen die Verhältnisse allerdings auch dem Auslande gegenüber nicht. Einmal erstreckt sich das Steinkohlenbecken, das Oberschlesien ausbeutet, über die Landesgrenzen hinaus. Die oberschlesische Kohle findet also auch in den Nachbarländern Wettbewerb, und zwar wächst dieser Wettbewerb. In Rußland wurden 1890 etwa 2,5 Millionen Tonnen, 1911 fast 6 Millionen Tonnen gefördert. In den österreichischen Teilen des Beckens betrug die Förderung 1890 nicht ganz 5 Millionen Tonnen, 1911 fast 10 Millionen Tonnen. Rußland erschwert außerdem die Einfuhr deutscher Kohle, indem es einen Einfuhrzoll von 2 Mark für die Tonne erhebt. Trotzdem werden nach Rußland steigende Mengen oberschlesischer Kohle ausgeführt. 1910 betrug die Ausfuhr dahin zum ersten Male mehr als eine Million Tonnen. Österreich-Ungarn bereitet der Einfuhr unserer Kohle neuerdings insofern Schwierigkeiten, als es in den letzten Jahren mehrfach Erhöhungen seiner Kohlentarife vorgenommen hat. Auch sucht die Staatsbahn in steigendem Maße einheimische Kohle zur Deckung ihres Bedarfes heranzuziehen. Schließlich gehen die Bahnen mehr und mehr dazu über, Rohöl als Heizmaterial zu verwenden. Trotzdem weist auch die Ausfuhr nach Österreich steigende Ziffern auf. Es wurden nämlich nach Österreich 6 487 595 t im Jahre 1911 gegenüber 2 392 568 t im Jahre 1890 und 6 295 891 t im Jahre 1910, nach Ungarn 1 849 963 in 1911 gegenüber 301 565 t in 1890 und 1 274 058 t in 1910 ausgeführt.

Es ist also ein fortgesetzter Kampf, den die oberschlesische Kohle in fast allen ihren Absatzgebieten zu führen hat. Man ist deshalb bestrebt gewesen, die Verwertungsmöglichkeit der Kohle durch immer verbesserte Separation, d. h. Trennung der Kohle von den sie begleitenden Bergearten und Sortierung nach Größenklassen, zu erhöhen. An Reinheit steht die in den Handel kommende oberschlesische Kohle hinter der Kohle keines anderen Reviers zurück. Ferner arbeitet die oberschlesische Industrie seit langer Zeit an ihrer inneren Kräftigung, die sie einmal durch wachsende Konzentration ihrer Betriebe, zum andern durch kartellartigen Zusammenschluß der einzelnen Bergwerksbesitzer zu erreichen sucht. Während im Jahre 1890 bei einer Förderung von 16,9 Millionen Tonnen 56 Steinkohlengruben in Betrieb waren, sodaß die durchschnittliche Förderung einer Grube etwa 300 000 t betrug, förderten im Jahre 1911 58 Steinkohlenbergwerke 36,6 Millionen Tonnen, sodaß auf eine Grube etwa 630 000 t entfallen. In dieser erhöhten Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Grube liegt naturgemäß eine Verbilligung der Produktion. Auch ist die gesamte Förderung Oberschlesiens in

Digitized by Google

den Händen verhältnismäßig weniger großer Gesellschaften. Die kleinen Gruben, die noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts als selbständige wirtschaftliche Einheiten bestanden, sind der schwierigen Absatzverhältnisse wegen nach und nach eingegangen oder aber in den Besitz von großen Gesellschaften gelangt. Von der Gesamtförderung von etwa 36,6 Millionen Tonnen im Jahre 1911 förderten in diesem Jahre zehn große Gesellschaften oder Alleineigentümer etwa 29 Millionen Tonnen gleich 79,7 Prozent der Gesamtförderung. Unter ihnen steht der Fiskus mit 17 Prozent obenan. Diese Tendenz des Zusammenschlusses hat denn auch verhältnismäßig früh eine Einigung der einzelnen Bergwerksbesitzer untereinander herbeigeführt. Schon im Jahre 1890 tat sich die Mehrzahl der oberschlesischen Steinkohlengruben zu der „Vereinigung oberschlesischer Kohlen-Produzenten" zusammen, die bestimmte Mindestpreise für die einzelnen Kohlensorten festsetzte. Ihr folgte 1891 die „Vereinigung behufs eventueller Fixierung des oberschlesischen Kohlen-Hauptbahnversandes". Beide Vereinigungen bestanden zunächst nebeneinander, bis sie am 1. Oktober 1898 zu der heut noch bestehenden „Oberschlesischen Kohlen-Konvention" verschmolzen. Allerdings ist das Gefüge dieser Konvention sehr viel loser als das der meisten anderen auf industriellem Gebiete bestehenden Produzentenvereinigungen. Während diese in ihrer Mehrzahl den gesamten Verkauf der Produktion ihrer Mitglieder in die Hand nehmen, sind die oberschlesischen Gruben in ihrer Verkaufstätigkeit völlig selbständig. Die Konvention beschränkt sich darauf, für die einzelnen Kohlensorten und -Marken Mindestpreise festzusetzen, deren Unterschreitung ihren Mitgliedern verboten ist. Außerdem ist der Hauptbahnversand der Mitglieder kontingentiert. Trotz dieser verhältnismäßig losen Organisation hat die Kohlen-Konvention für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau sehr segensreich gewirkt, ohne, wie besonders hervorgehoben werden muß, jemals ihre Preispolitik überspannt zu haben. Allerdings sind die Brutto-Durchschnitts-Jahreserlöse für eine Tonne seit 1890 von 5,04 auf 8,78 Mark im Jahre 1911 gestiegen. Aus dieser Steigerung der Erlöse darf man aber nicht auf eine gleich erhebliche Steigerung der Rentabilität des oberschlesischen Steinkohlenbergbaus schließen. Denn in dem gleichen, wenn nicht in weit stärkerem Maße sind auch die Selbstkosten der Werke gestiegen. Besonders sind die Arbeiterlöhne ganz bedeutend höher geworden. Der Durchschnittslohn eines Steinkohlenbergmanns über 16 Jahre betrug im Jahre 1890 790,4 Mark, im Jahre 1911 dagegen 1188,3 Mark. Neben den Löhnen sind auch die übrigen Lasten des Bergbaus ganz erheblich gewachsen. Die soziale Gesetzgebung fordert von Jahr zu Jahr steigende Summen, die Steuern für Reich und Staat wie für die kommunalen Verbände nehmen immer mehr zu.

Digitized by Google

Insgesamt hatte nach einer Statistik des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins[1]) der oberschlesische private Steinkohlenbergbau für Steuern, Arbeiterversicherung und an freiwilligen Aufwendungen in 1909 etwa 28 Millionen Mark zu zahlen, d. h. rund eine Mark auf die Tonne Förderung oder 287 Mark auf den Kopf der Gesamtbelegschaft. 1892 waren es nur etwa 6,5 Millionen Mark, gleich 0,56 Mark für eine Tonne Förderung oder 172 Mark für eine Person der Gesamtbelegschaft. Die Steigerung betrug also 332 v. H. gegenüber einer Erhöhung der Förderung um nur 145 v. H. In ähnlicher Weise sind auch die Preise aller Materialien gestiegen, insbesondere für das zum Ausbau nötige Holz. Die Bergpolizei dringt fortgesetzt auf Verbesserung des Arbeiterschutzes. So ist vor kurzem erst die Berieselung solcher Arbeitsorte vorgeschrieben worden, an denen die Gefahr von Kohlenstaubbildung und -Explosionen besteht. Die Einführung des Spülversatzes verteuert den Betrieb, ebenso die oben schon erwähnte Notwendigkeit, größere Teufen aufzusuchen. Die Folge aller dieser Verteuerungen ist denn auch eine stetige Steigerung der Selbstkosten. Nach den alljährlich dem Landtage vorgelegten „Nachrichten von dem Betriebe der unter der Preußischen Berg-Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke" betrugen die durchschnittlichen Selbstkosten der oberschlesischen fiskalischen Steinkohlenbergwerke 1895 3,97 Mark, 1910 dagegen 7,37 Mark für eine Tonne Förderung.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten des Absatzes hat Oberschlesien, nicht zuletzt infolge des Zusammenschlusses der Bergwerke zur Kohlen-Konvention, in den beiden letzten Jahrzehnten seine Förderung wie seinen Absatz ganz bedeutend erhöhen können. Während es 1890 16 862 876 Tonnen förderte, betrug seine Produktion 1900 fast 25 Millionen Tonnen, 1905 27 Millionen Tonnen und stieg 1911 auf 36 622 969 Tonnen. Sein Absatz, der 1890 $15^1/_2$ Millionen Tonnen betrug, ist bis 1911 auf 33 080 414 Tonnen gestiegen. Der Gesamtwert der Produktion betrug 1890 80 971 688 Mark, 1911 305 912 035 Mark. Gewiß eine gewaltige Entwickelung! Aber sie erscheint doch viel weniger glänzend, wenn man sie mit der gleichzeitigen Entwickelung des deutschen und preußischen Bergbaus überhaupt und insbesondere mit der des größten deutschen Steinkohlenbezirkes, Rheinland-Westfalens, vergleicht. Das Deutsche Reich wies 1890 eine Steinkohlenförderung von 70,2 Millionen Tonnen, 1911 von 160,7 Millionen Tonnen auf. Die Zunahme betrug also 129 v. H., oder im Jahresdurchschnitt 4 v. H. (nach der Rentenformel berechnet). Preußen förderte 1890 64,4 Millionen Tonnen, 1911 151,5 Millionen Tonnen, das entspricht einer Zunahme von 135,2 v. H. oder 4,2 v. H. im Jahresdurch-

[1]) Zeitschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Juniheft 1911.

Digitized by Google

schnitt. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund, der den rheinisch-westfälischen Bergbau umfaßt, wurden 1890 35,5, 1911 91,3 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, gleich einer Zunahme von 157,5 oder durchschnittlich 4,6 v. H. im Jahre. Demgegenüber vermochte Oberschlesien seine Förderung nur um 117,2 v. H. oder 3,8 v. H. im Jahresdurchschnitt zu vermehren. Im Vergleich zu Rheinland-Westfalen ist also Oberschlesiens Entwickelung recht bescheiden zu nennen, und es ist auch hinter der Gesamtentwickelung des deutschen wie des preußischen Bergbaus zurückgeblieben. In seinem Anteil an der Gesamtförderung des Deutschen Reiches ist es von 24 v. H. im Jahre 1890 auf 22,8 v. H. im Jahre 1911 herabgesunken, während auf den Oberbergamtsbezirk Dortmund 1890 50,6 v. H., 1911 dagegen 56,8 v. H. der Gesamtförderung Deutschlands entfielen. Diese Zahlen zeigen deutlich, daß der oberschlesische Steinkohlenbergbau starken Hemmungen ausgesetzt ist, die zu beseitigen sowohl im allgemeinen volkswirtschaftlichen wie namentlich im nationalpolitischen Interesse dringend erforderlich wäre.

Als Nebenbetriebe des Steinkohlenbergbaus sind noch Koksherstellung und Brikettfabrikation zu erwähnen. Die Kokserzeugung beträgt etwa $1^3/_4$ Millionen Tonnen, zu denen etwa $2^1/_2$ Millionen Tonnen Steinkohle gebraucht werden. Das Koksausbringen beträgt im Durchschnitt etwa 70 v. H., d. h. aus 100 Tonnen Steinkohle werden 70 Tonnen Koks hergestellt. In anderen Revieren rechnet man mit wesentlich höheren Ausbringen, in Westfalen z. B. mit 72 bis 75 v. H.[1]), in Saarbrücken mit 68 bis 73 v. H.[2]). Auch sind, wie schon erwähnt, nur verhältnismäßig wenige Gruben in der Lage, Kokskohlen zu liefern, nämlich außer einigen im Rybniker Revier gelegenen nur die im westlichen Teile des Sattelzuges bauenden Gruben. Unter ihnen nehmen in bezug auf Verkokungsfähigkeit die Kohlen der fiskalischen Gruben die erste Stelle ein. Fast sämtliche Koksanstalten gewinnen auch die Nebenprodukte der Kokerei, Teer, Benzol und schwefelsaures Ammoniak. Der Gesamtwert ihrer Produktion betrug 1911 annähernd 37 Millionen Mark.

Eine weit geringere Rolle spielt die Verarbeitung der Kohle zu Briketts. Im ganzen Revier bestehen nur vier Brikettfabriken, die 1911 336 092 Tonnen Briketts im Werte von 3,7 Millionen Mark herstellten.

Während der Steinkohlenbergbau Oberschlesiens trotz der schweren Kämpfe um seinen Absatz im großen und ganzen zu-

[1]) Die Entwickelung des Niederrheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. IX. S. 298.

[2]) Der Steinkohlenbergbau des Preußischen Staates in der Umgebung von Saarbrücken. V. Teil. S. 80.

Digitized by Google

friedenstellende Erträge abwirft, arbeitet die oberschlesische Eisenindustrie unter ganz außerordentlich schwierigen Verhältnissen, ja sie ringt geradezu um ihr Bestehen. Das kommt in der Rentabilität derjenigen Gesellschaften zum Ausdruck, die ausschließlich oder vorwiegend Eisen herstellen oder verarbeiten. Diese haben zum Teil seit Jahren keine Dividende verteilen können, zum Teil sind ihre Erträge so gering, daß von einer auch nur einigermaßen angemessenen Verzinsung der in ihnen angelegten Kapitalien keine Rede ist. Einige Werke haben ihren Betrieb im Laufe der letzten Jahrzehnte sogar einstellen müssen. Und doch stand Oberschlesiens Eisenindustrie früher geradezu glänzend da, und seine Eisenhütten waren vorbildlich für ganz Deutschland.

Um die Gründe dieses nicht nur für Oberschlesiens Eisenindustrie, sondern für seine industrielle Entwickelung überhaupt tief bedauerlichen Umschwungs darlegen zu können, muß zunächst ganz kurz auf die Darstellung des Eisens und ihre Entwickelung eingegangen werden. Das technisch verwertbare Eisen ist kein reines Metall, sondern im wesentlichen eine Legierung von Eisen und Kohlenstoff, zu denen sich noch je nach dem Verwendungszweck weitere Beimengungen in wechselnden Mengen gesellen. Die Herstellung dieses Eisens erfolgt in zwei Abschnitten. Zunächst wird im Hochofen aus den Erzen unter Zuschlag von Koks und Schlacke bildenden Stoffen, wie Kalk, Dolomit usw., Roheisen erblasen, das durch seinen hohen Gehalt an Kohlenstoff gekennzeichnet wird, nämlich 3 bis 4, mindestens aber 2,3 v. H. Dieses Roheisen wird teilweise zu Gießereizwecken verwandt, zum größeren Teil aber wird es auf Schmiedeeisen oder Stahl weiterverarbeitet. Es fehlen ihm nämlich zur technischen Verwertbarkeit für viele Zwecke zwei Eigenschaften, die Härtbarkeit und die Dehnbarkeit. Um ihm diese beiden Eigenschaften zu verleihen, muß ihm ein Teil des Kohlenstoffes wieder entzogen werden, denn nur Eisen mit weniger als 1,6 v. H. Kohlenstoff besitzt sie. Je nach dem Grade der Kohlenstoffentziehung spricht man von Schmiedeeisen oder von Stahl. Jenes besitzt mehr als 0,5 v. H. Kohlenstoff, dieser weniger. Die Kohlenstoffentziehung erfolgt durch Zuführung von Sauerstoff. Dabei kann man zwei Hauptverfahren anwenden. Man kann entweder dem Roheisen in flüssigem Zustande Sauerstoff zuführen, oder aber man kann es nur bis zu einem teigartigen Zustande schmelzen und dann die entstehenden Metallteilchen zusammenschweißen. Danach unterscheidet man je nach der Entstehung Flußeisen oder Schweißeisen. Bei beiden Verfahren kann man je nach Bedarf dem Eisen den Kohlenstoffgehalt des Schmiedeeisens oder den geringeren des Stahls geben. Im allgemeinen ist die Schweißeisenerzeugung, die im Puddelofen erfolgt, die ältere. Die Flußeisenerzeugung

Digitized by Google

kann in der Weise erfolgen, daß man in ein Bad flüssigen Roheisens, welches man in eine kippbare Birne gießt, gepreßte Luft einbläst, oder aber, indem man Roheisen mit Erzen oder Alteisen zusammenschmilzt, wobei deren Sauerstoff dem Roheisen einen Teil seines Kohlenstoffs entzieht (Siemens-Martin-Prozeß). Bei dem ersten Verfahren, Luft in das flüssige Eisen einzublasen, unterscheidet man je nach der Beschaffenheit des Futters, das man der Birne gibt, einen sauren oder basischen Prozeß. Enthalten nämlich die Erze und infolgedessen auch das Roheisen Phosphor, so kann man dieses nur dadurch entfernen, daß man kalkhaltiges Futter in der Birne anwendet. Der Phosphor des Roheisens verbindet sich dann mit dem Kalk des Futters zu Kalciumsuperphosphat, das als Thomasmehl zu Düngezwecken Verwendung findet. Dies ist das einzige Mittel, den so schädlichen Phosphor aus dem Eisen zu entfernen. Eine Voraussetzung zu seiner Anwendung ist aber ein ziemlich bedeutender Phosphorgehalt der Erze, nämlich 1,5 bis 3 v. H. Man nennt diesen Prozeß nach seinem Erfinder Thomas Gilchrist den Thomasprozeß. Sind die Erze, und demnach auch das Roheisen, frei von Phosphor, so wendet man in der Birne kieselsäurehaltiges Futter an (Bessemerverfahren, nach dem Erfinder genannt). Die Vorteile der Flußeisenerzeugung in der Birne gegenüber dem vorher allein in großem Maßstabe angewendeten Puddeln besteht darin, daß man in der gleichen Zeit ganz bedeutend größere Mengen Eisen erzeugen kann. Das Martinverfahren arbeitet demgegenüber wieder langsamer; sein Vorteil liegt darin, daß man gerade infolge dieser größeren Langsamkeit eine große Sicherheit hat, Eisen von einer genau bestimmten Zusammensetzung zu erhalten.

Die Schwierigkeiten der Eisenindustrie Oberschlesiens beginnen nun schon mit der Darstellung des Roheisens im Hochofen. Zu der Zeit, als unter Friedrich dem Großen Heinitz und Reden die oberschlesische Eisenindustrie ins Leben riefen oder sie doch aus ihrer seitherigen Bedeutungslosigkeit zu Blühen und Gedeihen weckten, war Oberschlesien ein erzreiches Land. Es besaß ausgedehnte Lagerstätten von Raseneisenerzen, auf deren Verwertung die ersten unter Friedrich dem Großen in der Gegend von Oppeln gegründeten Hüttenwerke beruhten, und von Brauneisensteinen, die in der Beuthener und Tarnowitzer Mulde in karstartigen Aushöhlungen der Oberfläche des dem Muschelkalk angehörigen Dolomits vorkommen. Als man dann im Anfang des 19. Jahrhunderts dazu überging, Koks anstatt Holz zur Roheisendarstellung zu benützen, und die Eisenindustrie in den eigentlichen durch das Kohlenvorkommen begrenzten Industriebezirk wanderte, da waren Eisenerze und Kohle, die beiden Grundstoffe der Eisenerzeugung, dicht beieinander, und auf dieser Grundlage erblühte die oberschlesische Eisenindustrie. Beide Arten von

Digitized by Google

Erzen sind jetzt teils abgebaut, teils gehen sie ihrem völligen Abbau entgegen. Raseneisenerz wird heut in Oberschlesien überhaupt nicht mehr gewonnen, Brauneisenerz in immer geringerem Maße. Noch 1890 betrug die Förderung an oberschlesischen Brauneisenerzen etwa 769 000 t, 1895 nur noch knapp 500 000 t, 1900 etwa 400 000 t und 1911 nur noch etwa 150 000 t, also nur etwa ein Fünftel der Förderung von 1890. Dazu kommt noch, daß der Eisengehalt der Erze verhältnismäßig gering ist. Sie besitzen nur etwa 30 v. H. Eisen und sind sehr wasserhaltig. Infolge dieses Rückgangs der Eisenerzförderung ist Oberschlesien seit etwa 20 Jahren in steigendem Maße gezwungen, fremde Erze zu verschmelzen. Zunächst suchte es diese Erze im Inlande. Verhältnismäßig nahe sind denn auch Eisenerzlager vorhanden, nämlich Toneisensteine in der Steinkohlenformation des Waldenburger Reviers, Magneteisenerz bei Schmiedeberg im Riesengebirge und Raseneisenerz in der Provinz Posen. Aber alle diese Vorkommen sind verhältnismäßig geringfügig und reichen bei weitem nicht aus, den oberschlesischen Erzbedarf, der in den letzten Jahren etwas mehr als eine Million Tonnen betrug, zu decken. Aus den westlichen Erzbezirken Deutschlands Erze zu beziehen, war bei der weiten Entfernung und den dadurch bedingten hohen Frachten bis vor kurzem unmöglich. Erst in diesem Jahre ist es möglich gewesen, das Siegerland und das Lahn- und Dillgebiet zur Versorgung Oberschlesiens mit heranzuziehen. Nach eingehenden Verhandlungen zwischen den dortigen Bergwerksbesitzern, den oberschlesischen Hochofenwerken und der Eisenbahnverwaltung hat diese für Erzsendungen aus den erwähnten Gebieten nach oberschlesischen Hochofenstationen einen Ausnahmetarif bewilligt, der den Bezug von Siegerländer Spateisensteinen und von Roteisensteinen aus dem Lahn- und Dillgebiet ermöglicht. Aber auch bei diesen Erzen handelt es sich um beschränkte Mengen, so daß der Hauptteil des oberschlesischen Erzbedarfs nach wie vor im Ausland eingedeckt werden muß.

Der Bezug von Eisenerzen aus dem Ausland ist aber einmal infolge der durch die weite Entfernung bedingten hohen Frachten sehr teuer, zum andern aber auch sehr unsicher, und zwar deshalb, weil alle Länder, aus denen Oberschlesien Erze beziehen kann, selbst ihre Eisenindustrie auszudehnen suchen und daher einen großen Erzbedarf haben. So bezog Oberschlesien bis vor kurzem beträchtliche Mengen steirischer Spateisensteine, 1905 noch etwa 100 000 t. Seitdem hat aber die Österreichische Alpine Montangesellschaft eigene Hochöfen errichtet und verhüttet ihre Erze selbst. Die Folge davon ist der Rückgang der Einfuhr österreichischer Erze auf etwa 31 000 t im Jahre 1910 und rund 20 000 t im Jahre 1911. Ähnlichen Schwierigkeiten begegnet die Einfuhr von Eisenerzen aus Ungarn. Von den zahlreichen Eisen-

Digitized by Google

erzvorkommen am Innenrande der Karpathen kommen für Oberschlesien hauptsächlich die Spateisensteingänge in den Komitaten Zips und Gömör im ungarischen Erzgebirge in Betracht. Der Erzgehalt der ungarischen Spate beträgt roh etwa 38 bis 40 v. H.; der größte Teil von ihnen kommt bereits geröstet nach Oberschlesien. Mehrere oberschlesische Werke besitzen eigene Gruben in diesem Erzgebiet. Nun sind aber in Ungarn seit einigen Jahren Bestrebungen im Gange, die darauf hinzielen, die ungarische Industrie zu heben und zu vergrößern. Die ungarischen Hochofenbesitzer haben diese Bestrebungen ausgenutzt und erreicht, daß die Ausfuhr ungarischer Erze durch höhere Frachten auf der Kaschau-Oderberger Bahn, der Verbindung zwischen Ungarn und Oberschlesien, erschwert wurde. Die Folge davon ist eine Verteuerung der aus Ungarn stammenden Erze und ein Rückgang der Einfuhr von 166 000 t im Jahre 1905 auf rund 100 000 t im Jahre 1911.

Seit einigen Jahren bezieht Oberschlesien sodann erhebliche Mengen Erz aus Rußland. Dort kommen sehr reiche Roteisensteine mit einem Eisengehalt von 50 bis 70 v. H. in flözförmiger Ablagerung in dem Becken von Kriwoj Rog in den Gouvernements Cherson und Jekaterinoslaw in der Nähe des Schwarzen Meeres vor. Trotz der sehr bedeutenden Entfernung von etwa 1300 km, die noch dazu vollständig auf dem Landwege zurückzulegen ist, bezog Oberschlesien 1905 bereits etwa 100 000 t Erze aus diesem Gebiete und steigerte diesen Bezug bis 1911 auf etwa 240 000 t. Diese Bezüge wurden zum großen Teil durch das vollständige Darniederliegen der russischen Eisenindustrie infolge der inneren Unruhen ermöglicht, da einmal die Grubenbesitzer froh waren, überhaupt Absatz für ihre Erze zu finden, andererseits die Regierung, um ihnen zu Hilfe zu kommen, die gesetzlich verbotene Ausfuhr von Eisenerzen über die trockene Grenze durch besondere Lizenzen für bestimmte Mengen und für eine bestimmte Zeit gestattete. Jetzt ist aber die russische Eisenindustrie bei der fortschreitenden inneren Beruhigung des Landes und infolge ihres engeren Zusammenschlusses wieder im Aufblühen begriffen, so daß kein Grund mehr vorliegt, die Eisenerzausfuhr zu unterstützen. Die russische Regierung erteilt denn auch keine neuen Ausfuhrlizenzen mehr, sondern gestattet nur noch die völlige Ausnutzung der bereits erteilten. In nicht allzuferner Zeit muß infolgedessen mit dem Erliegen der russischen Erzeinfuhr gerechnet werden. Das trifft die oberschlesische Eisenindustrie um so härter, als nur die Ausfuhr über die trockene Grenze, nicht aber zur See verboten ist. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie kann also ihren Bedarf an südrussischen Erzen, die ihr ja auf dem Wasserwege zugeführt werden können, nach wie vor decken.

Von den wenigen Ländern, die Eisenerze in größeren Mengen besitzen, bleibt somit in der Hauptsache nur Schweden als Eisen-

Digitized by Google

erzquelle für Oberschlesien übrig. Für den Bezug schwedischer Erze liegen an sich die Verhältnisse ziemlich günstig, da bis Stettin Wasserfracht benutzt werden kann. Von Stettin ab ist Oberschlesien allerdings wegen der oben schon dargelegten mißlichen Schiffahrtsverhältnisse auf der Oder zum großen Teile auf den Bahntransport angewiesen. Aber auch hierin hat das Jahr 1912 eine Erleichterung gebracht, denn seit dem 1. Januar dieses Jahres sind die Frachten für Erze von den Seehäfen und den Oderumschlagstellen nach Oberschlesien ermäßigt worden, eine Maßregel, die nach langjährigem Kampfe der Eisenindustrie Oberschlesiens eine gewisse Erleichterung schafft. Aber im übrigen ist auch die schwedische Erzausfuhr einmal durch den starken Wettbewerb aller anderen erzverbrauchenden Länder, zum anderen durch Maßregeln des schwedischen Staates gegen früher sehr erschwert worden. Die allgemeine Knappheit an Eisenerzen, die sich immer mehr fühlbar macht, hat die Konkurrenz anderer Bezirke auf dem schwedischen Eisenerzmarkte natürlich beträchtlich anwachsen lassen. In den letzten Jahren ist sogar Amerika, das doch selbst über reiche Eisenerzlager verfügt, als Käufer schwedischer Erze aufgetreten. Schweden selbst aber geht mit dem Gedanken um, mit Hilfe der Wasserkräfte seines Landes eine eigene Industrie ins Leben zu rufen. Bei dem völligen Mangel dieses Landes an Kohlen hat dieses Vorhaben zurzeit kaum Aussicht auf Erfolg. Immerhin aber besteht der Wunsch nach einer eigenen Industrie in weiten Kreisen des schwedischen Volkes. Die Regierung hat diesen Wünschen dadurch Rechnung getragen, daß sie von dem Aktienkapital der hauptsächlichsten Erzgesellschaften Kiirunavaara, Luossavaara und Gellivaara einen sehr beträchtlichen Teil übernommen hat. Sie hat dann 1908 mit diesen Gesellschaften Verträge geschlossen, durch die die Förderung und Ausfuhr von Eisenerzen bis 1932 genau festgesetzt und außerdem die Fracht auf der Lofotenbahn, der Verbindung der Erzfelder mit dem Ausfuhrhafen Lulea, erhöht wurde. Allerdings hat sich die schwedische Regierung Deutschland gegenüber in dem neuen Handelsvertrage von 1910 verpflichtet, keinen Ausfuhrzoll zu erheben und der Ausfuhr keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Aber schon die Kontingentierung der Förderung und Ausfuhr wirkt im Zusammenhang mit der immer größer werdenden Konkurrenz auf dem schwedischen Erzmarkte auf eine Erschwerung des oberschlesischen Erzbezuges aus Schweden hin, zum mindesten aber wird dadurch eine wesentliche Erhöhung des Bezuges schwedischer Erze auf absehbare Zeit verhindert.

Ist also für die Zukunft die Erzversorgung Oberschlesiens durch alle diese Maßnahmen sehr erschwert, so bedingt schon jetzt die weite Entfernung aller seiner größeren Versorgungsgebiete so hohe Erzkosten am Hochofen selbst, nämlich je nach

Digitized by Google

dem Erzgehalt 14,75 bis 27,00 Mark für die Tonne, daß Oberschlesien in dieser Beziehung schlechter gestellt ist, als alle anderen deutschen Eisenbezirke. Luxemburg hat die Minette an Ort und Stelle, der Saarbezirk hat sie vor der Tür, Rheinland-Westfalen besitzt zwar im eigenen Bezirk gleichfalls keine Erze, hat aber infolge seiner geringen Entfernung vom Meere und des vorzüglichen Ausbaus der Wasserstraßen im Westen ganz wesentlich geringere Frachten für seine Erze zu zahlen.

Aber auch das zweite Rohmaterial für den Hochofenbetrieb, der Koks, ist in Oberschlesien sehr viel weniger zur Eisendarstellung geeignet als in anderen Revieren. Der oberschlesische Koks hat die unangenehme Eigenschaft, daß er sehr viel weicher, daher viel weniger tragfähig ist, als z. B. der westfälische. Die Folge davon ist, daß die Hochöfen in Oberschlesien viel kleinere Abmessungen erhalten müssen, als in Rheinland-Westfalen, weil der Koks eben nicht die gleichen Gewichte zu tragen vermag wie dort. Oberschlesische Hochöfen können deshalb nur etwa 17 bis 22 m hoch gebaut werden, während sie in anderen Revieren eine Höhe von 25 bis 30 m erreichen. Infolgedessen ist die Tagesleistung eines oberschlesischen Hochofens wesentlich geringer als die anderer Reviere. Während man im übrigen Deutschland mit einer täglichen Produktion bis zu 500 t rechnen kann, erzeugen oberschlesische Hochöfen im Durchschnitt etwa 100 t in 24 Stunden, im Höchstfalle etwa 130 t. Die Folge dieser Schwierigkeiten der Erzversorgung und der Minderwertigkeit des Kokses ist eine bedeutende Verteuerung des Betriebes gegenüber anderen Revieren, die sich in höheren Selbstkosten äußert. Die weitere Folge ist ein Zurückbleiben Oberschlesiens in seiner Roheisenerzeugung hinter anderen Bezirken. Deutschland erzeugte 1890 rund $4^1/_2$ Millionen Tonnen Roheisen, 1911 dagegen $15^1/_2$ Millionen Tonnen. Seine Roheisenerzeugung hat sich also in diesen 21 Jahren um etwa 240 v. H., oder um jährlich 6 v. H., nach der Rentenformel berechnet, erhöht. In der gleichen Zeit ist Oberschlesiens Roheisenproduktion von 507 606 t auf 963 382 t, oder um nur knapp 90 v. H. gestiegen. Das entspricht einer jährlichen Durchschnittssteigerung um 3,1 v. H. Und während 1890 seine Roheisenerzeugung noch 11,1 v. H. der Gesamterzeugung Deutschlands betrug, ist sie 1911 bis auf 6,2 v. H. gesunken.

Die Erschwerung der Roheisendarstellung wirkt weiterhin erschwerend auf die Erzeugung von schmiedbarem Eisen und von Stahl. Einmal schon dadurch, daß Oberschlesien sein Rohmaterial für die Eisen- und Stahlerzeugung, das Roheisen, eben teurer herstellt als andere Bezirke. Es kommen aber weitere Schwierigkeiten hinzu, die in der Zusammensetzung seiner Erze und damit seines Roheisens begründet sind. Solange das Thomasverfahren unbekannt war, mittels dessen man, wie

Digitized by Google

oben dargelegt, den Phosphor aus dem Eisen entfernen kann, konnten die übrigen deutschen Reviere an Qualität ihres Eisens mit Oberschlesien, das damals ausschließlich Puddeleisen herstellte, nicht konkurrieren, da ihnen zumeist nur stark phosphorhaltige Erze zur Verfügung standen. Man konnte zwar durch längeres Puddeln einen Teil des Phosphorgehaltes aus dem Eisen entfernen, aber man erkaufte das durch einen erhöhten Brennstoffaufwand und einen erhöhten Abbrand von Eisen, ohne doch eine dem oberschlesischen Eisen gleichwertige Qualität zu erzielen. Das änderte sich mit der Erfindung des Thomasverfahrens. Denn nun konnten die westlichen Reviere ihre phosphorhaltigen Erze mit Vorteil zur Herstellung von Thomasroheisen verwerten. Anders Oberschlesien. Bis zur Ausgestaltung des Siemens-Martin-Verfahrens blieb ihm auch nach der Erfindung des Thomasverfahrens im wesentlichen nur das viel schwierigere und teurere Puddeln übrig, denn der Phosphorgehalt seiner Erze gestattete weder die Anwendung des Bessemer- noch des Thomasverfahrens. Für jenes war ihr Phosphorgehalt zu hoch, für dieses zu niedrig. Als dann das Siemens-Martin-Verfahren in seiner heutigen Art ausgebildet wurde, wandte man sich diesem in Oberschlesien immer mehr zu, und heute wird bei weitem der größte Teil des in Oberschlesien hergestellten Stahls in Siemens-Martin-Öfen erzeugt. Das ist den anderen Revieren gegenüber insofern ein Nachteil, als der Siemens-Martin-Prozeß zwar ein wertvolleres, aber auch teureres Eisen liefert als der Thomas-Prozeß. Aber für eine ganze Reihe von Massenartikeln, z. B. für Stabeisen, Schienen usw., genügt die Qualität des Thomasstahls durchaus, und man wendet in Oberschlesien zur Anfertigung dieser Gegenstände das teure Siemens-Martin-Verfahren eben nur deshalb an, weil das billigere Thomasverfahren aus den oben dargelegten Gründen nicht angewendet werden kann.

Oberschlesien erzeugt also, das ist das Ergebnis dieser Erwägung, zunächst schon teureres Roheisen als andere Reviere und muß dieses Roheisen dann auch noch nach einem teureren Verfahren zu Stahl weiterverarbeiten. In der Produktion von Massenartikeln ist Oberschlesien infolgedessen den westlichen Revieren gegenüber bedeutend im Nachteil, und es hat sich deshalb mehr und mehr der Verfeinerung des Eisens zugewandt und erzeugt bestimmte Spezialitäten. In erster Linie sind dies Röhren, die auf verschiedene Art hergestellt werden, dann Draht und Feinbleche. Einzelne Werke betreiben den Waggonbau und die Herstellung von Brückenkonstruktionen, andere haben sich Maschinenbauanstalten und Maschinenreparaturwerkstätten angegliedert. Auch Waffenteile werden in einzelnen Werken hergestellt. Seit 1904, in welchem Jahre zuerst genauere Angaben über die Verfeinerung des Eisens in die „Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hütten-

Digitized by Google

werke" aufgenommen worden sind, hat sich die Produktion von verfeinertem Eisen bis 1911 von 187 393 t auf 289 162 t gesteigert.

Der Absatz des oberschlesischen Eisens leidet unter denselben ungünstigen Verhältnissen, die den Kohlenabsatz erschweren. Ganz besonders tritt hier die Zollpolitik unserer Nachbarreiche, besonders Rußlands, hervor. Österreich-Ungarn und Rußland bilden ihrer Lage nach das natürliche Absatzgebiet Oberschlesiens. Als aber Deutschland, um seine Landwirtschaft zu schützen, Einfuhrzölle auf ausländisches Getreide erhob, da mußte es als Ersatz dafür das Zugeständnis machen, daß Rußland und Österreich-Ungarn ihre Eisenzölle erhöhten. So ist beispielsweise der Einfuhrzoll Rußlands auf Roheisen, der seit 1882 6 Kopeken für ein Pud betrug, 1887 auf 30, 1891 auf 35 Kopeken erhöht worden. Unter dieser Erhöhung hat mehr als andere Bezirke Oberschlesiens Eisenindustrie gelitten.

Was zunächst den Absatz an Roheisen zu Gießereizwecken anlangt, so ist dieser verhältnismäßig unbedeutend. Im Inlande kann es nur in der nächsten Umgebung verkauft werden, höchstens bis in das Königreich Sachsen. Weiter nach Westen hin begegnet es dem Wettbewerb des viel billigeren rheinisch-westfälischen und luxemburgischen Eisens; der Nordosten dagegen wird von den an der Küste entstandenen Hochofenwerken und von England viel günstiger mit Roheisen versorgt als von Oberschlesien aus. Nach den Nachbarländern Österreich und Rußland kann Roheisen kaum ausgeführt werden, denn Österreich erhebt einen Einfuhrzoll von 12,70 Mark, Rußland sogar einen solchen von 59,30 Mark für die Tonne Roheisen. Unter diesen Umständen muß die weitaus größte Menge des Roheisens in Oberschlesien selbst zu Fertigfabrikaten verarbeitet werden. Indeß auch für diese ist der Absatz außerordentlich schwierig. Die nächsten Gebiete, die Provinzen Schlesien und Posen, sind industriell ziemlich wenig entwickelt und vermögen infolgedessen nur einen verhältnismäßig geringen Teil der oberschlesischen Eisenproduktion aufzunehmen. Über diese in seiner allernächsten Nähe gelegenen Gebiete hinaus vermag aber Oberschlesien seine Erzeugnisse nur in stetem Kampfe mit der westdeutschen Industrie abzusetzen. Das erscheint erstaunlich, denn Oberschlesien ist im deutschen Osten der alleinige Massenproduzent von Eisen. Aber es wird begreiflich, wenn man die Frachtverhältnisse berücksichtigt. Oberschlesien ist für seinen Absatz nach dem deutschen Osten allein auf den Bahnversand oder doch höchstens auf einen kombinierten Bahn- und Wasserversand angewiesen. Bei der Unzuverlässigkeit der Oderwasserstraße kommt dieser Weg aber nur zu einem geringen Teil in Frage. Der rheinisch-westfälische Industriebezirk kann dagegen seine Erzeugnisse von Ruhrort aus auf dem Wasserwege nach den Ostseehäfen bringen. Die bedeutend

Digitized by Google

geringeren Transportkosten dieses Bezirks gegenüber Oberschlesien sind aus der folgenden Übersicht der Frachten von Ruhrort-Hafen und von Kattowitz nach den Ostseehäfen zu ersehen. Es beträgt die Fracht für eine Tonne Walzeisen in Mark

von	nach Stettin	Danzig	Königsberg
Ruhrort-Hafen	9,00	10,00	10,00
Kattowitz	12,70	13,90	16,30.

Der Frachtzuschlag, den rheinisch-westfälisches Eisen noch für den Weg von der Hütte nach dem Hafen Ruhrort zu zahlen hat, ist bei der geringen Entfernung unbedeutend. Man kann deshalb mit einem Frachtvorsprung Rheinland-Westfalens von 3 bis 6 Mark für eine Tonne Walzeisen rechnen. Bedenkt man, daß Rheinland-Westfalen dazu noch einen erheblichen Vorsprung in den Selbstkosten vor Oberschlesien hat, so kann man leicht ermessen, daß in dem bei weitem größten Teile des deutschen Ostens rheinisch-westfälisches Eisen billiger ist als oberschlesisches. Verschärft wurde dieses Verhältnis in den letzten, der Erneuerung des Stahlwerksverbandes vorausgehenden Jahren noch dadurch, daß die meisten der rheinisch-westfälischen Stahlwerke, um höhere Beteiligungsziffern zu erhalten, ihre Anlagen bedeutend vergrößert hatten und nun ihre infolgedessen gesteigerte Produktion zu jedem annehmbaren Preise zu verkaufen suchten. Oberschlesien konnte daher, wenn es überhaupt in Norddeutschland Eisen absetzen wollte, nur zu sehr ungünstigen Preisen Verkäufe tätigen. Sein Anteil an der Eisenversorgung der einzelnen Landesteile ist denn auch stetig zurückgegangen. Während es beispielsweise 1887 58,39 v. H. des Bedarfes von Ost- und Westpreußen (mit Ausschluß der Häfen) decken konnte, betrug sein Anteil daran 1907 nur noch 33,49 v. H., und in ähnlicher Weise ist sein Anteil an der Versorgung des ganzen deutschen Ostens heruntergegangen.

Ganz anders waren Oberschlesiens Absatzverhältnisse früher. Noch 1888 schreibt Kosmann in seiner Schrift „Oberschlesien sein Land und seine Industrie"[1]) über den Absatz an Walzwerkerzeugnissen folgendes:

„Für die Walzwerksfabrikate haben die oberschlesischen Werke ein weites Absatzgebiet sich geschaffen. Im Westen über die Elbe hinausgehend, gehören die Mark, wenngleich in Konkurrenz mit den westfälischen Werken, dann Posen und die Ostseeprovinzen zum eigensten Absatzgebiete, ebenso wird Flach-, Bandeisen, Huf- und Schlossereisen in großen Mengen nach Dänemark ausgeführt; feine Bandeisensorten haben mit Erfolg die englische Conkurrenz geschlagen, Dampfkesselbleche von Borsig sind nach England selbst bezogen worden. Nach Rußland wie nach Österreich war bisher eine bedeutende Ausfuhr trotz

[1]) S. 119.

Digitized by Google

der bedeutenden Zölle im Gange, zumal nach ersterem Lande für Spezialitäten wie feine Bleche, welche dort nicht erzeugt werden. Ferner hat die oberschlesische Industrie ihren Absatz in Blechen, Draht und Handelseisen sowie Eisenbahnschienen über Österreich hinaus nach Rumänien, Serbien und Bulgarien bis in die Türkei hinein, zu den Häfen des Schwarzen, ja selbst des Kaspischen Meeres erstreckt. Nach einem jüngsten Übereinkommen mit dem österreichischen Walzeisencartel ist der rumänische Markt den deutschen Werken überlassen worden und soll für den serbischen Markt von Fall zu Fall eine Verständigung erfolgen."

Man sieht, wie sehr sich die Verhältnisse zu Ungunsten Oberschlesiens verschoben haben. Denn auch der Auslandsabsatz, von dem Kosmann hier spricht, begegnet infolge von Zoll- und Tarifmaßnahmen Schwierigkeiten. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten nach den Donauländern ist durch die Tarifpolitik Ungarns, deren Wirkung auf die Einfuhr ungarischer Erze schon oben dargelegt ist, erheblich verteuert und erschwert worden. Österreich selbst erhebt auf alle Fertigfabrikate Zölle, die beträchtlich höher sind als unsere Eingangszölle auf die gleichen Erzeugnisse. Noch höher sind die russischen Einfuhrzölle. Sie sind in einzelnen Fällen sogar noch höher als der Wert des betroffenen Gegenstandes selbst. Eine Ausfuhr in wesentlichem Umfange nach diesen beiden an sich dafür so günstig gelegenen Ländern ist daher unmöglich. Ein Export nach dem überseeischen Auslande über Hamburg hinaus ist gleichfalls ausgeschlossen, da die Fracht bis dahin so hoch ist, daß ein Wettbewerb gegenüber Rheinland-Westfalen unmöglich ist. Bis vor kurzem war die Ausfuhr nach den skandinavischen Ländern für Oberschlesien insofern sehr günstig, als es von Stettin ab den Wasserweg benutzen konnte und so beispielsweise bis Kopenhagen einen Frachtvorsprung von einer Mark für die Tonne gegenüber Rheinland-Westfalen hatte. Seit Einrichtung der Eisenbahn-Dampffährenverbindung Warnemünde—Gjedser hat aber dieser Vorsprung Oberschlesiens aufgehört, und sein Absatz ist auch nach diesem Gebiete erschwert. Sein gesamter Auslandsabsatz beträgt denn auch nicht ganz 63 000 t, nachdem er in den 90 er Jahren schon auf 143 000 t gestiegen war. Zum großen Teil sind es also Tarifmaßnahmen, die die Absatzschwierigkeiten Oberschlesiens veranlaßt haben. Auch im Inlande waren, ehe die Fortschritte auf dem Gebiete des Wassertransportes eine so bedeutende Ermäßigung der Wasserfrachten herbeiführten, die Transportkosten für rheinisch-westfälisches Eisen nach dem deutschen Osten sehr viel höher als heut; sein Wettbewerb war daher für Oberschlesien nicht so bedrohlich wie jetzt.

Digitized by Google

Die Erzeugung in den wichtigsten Zweigen des oberschlesischen Eisenhüttenwesens hat trotz der geschilderten Schwierigkeiten seit 1890 nicht unwesentlich zugenommen. An Gußwaren und Stahlformguß wurden 1890 38 008 t im Werte von 6 021 791 Mark, 1911 100 171 t im Werte von 17 177 248 Mark hergestellt. Die Rohstahlproduktion betrug 1890 171 746, 1911 1 225 528 t und an Walzwerksfertigfabrikaten endlich wurden 1890 378 345 t im Werte von 58 505 374 Mark, 1911 806 617 t im Werte von 114 134 873 Mark erzeugt. Aber diese Steigerung der Produktion vermag die schlechte Lage der oberschlesischen Eisenindustrie nicht zu heben, weil eben der größte Teil davon in Gebieten abgesetzt werden muß, in denen wegen des Wettbewerbes des westfälischen Eisens lohnende Preise nicht zu erzielen sind. Daran vermochte auch die Tatsache nichts zu ändern, daß fast alle oberschlesischen Eisenwerke sogenannte gemischte Betriebe sind und auch eigene Steinkohlengruben besitzen, also ihr Rohmaterial im eigenen Betriebe herstellen. Ebenso konnte auch die Vereinigung der oberschlesischen Eisenindustrie zu Verbänden eine Verbesserung ihrer Lage nicht herbeiführen. Das liegt daran, daß die Verhältnisse für alle Werke ziemlich gleichmäßig liegen. Oberschlesien ist am Stahlwerksverband beteiligt. Seine Erzeugung an Röhren und Kesselblechen ist gleichfalls syndiziert, seine Roheisenindustrie im „Ostdeutschen Roheisen-Syndikat" vereinigt.

Diese Ungunst der Produktions- und Absatzverhältnisse der oberschlesischen Eisenindustrie erfordert dringend Maßregeln des Staates. Denn bei der absoluten Bedeutung der oberschlesischen Eisenindustrie ist es ohne weiteres klar, daß ihr Eingehen eine schwere Schädigung der gesamten deutschen Volkswirtschaft bedeuten würde. Die gewaltigen Kapitalien, die in oberschlesischen Eisenwerken angelegt sind, etwa 200 Millionen Mark, würden, wenn sie verloren gingen, eine Schädigung des gesamten deutschen Volksvermögens herbeiführen. Die oberschlesische Eisenindustrie beschäftigt über 40000 Arbeiter, die mit ihren Angehörigen durch die Einstellung von Betrieben brotlos werden würden. Ganze Städte und volkreiche Ortschaften würden ruiniert werden. Der Steinkohlenbergbau hat einen großen Abnehmer in der Eisenindustrie, die gerade solche Kohlen verfeuert, deren Absatz sonst schwierig sein würde. Der deutsche Osten würde, wenn die Konkurrenz Oberschlesiens fortfiele, zweifellos höhere Eisenpreise zahlen müssen als jetzt. Es sind also gewichtige Gründe, die für die Erhaltung der oberschlesischen Eisenindustrie sprechen. Auch ist schon hervorgehoben worden, daß ihre ungünstige Lage zum guten Teil durch Tarifmaßnahmen und die Zollpolitik verschuldet ist. Durch Besserung der Zollverhältnisse und durch Tarifermäßigungen kann denn auch der Absatz in dem natürlichen Absatzgebiet Oberschlesiens, im deutschen Osten, wieder gehoben werden.

Digitized by Google

Auch die erhöhte Heranziehung der oberschlesischen Eisenindustrie zu staatlichen Lieferungen kann dazu beitragen. Werden alle diese Forderungen erfüllt, dann ist zu hoffen, daß Oberschlesiens Eisenindustrie, wenn wohl auch die Zeiten ihres Glanzes dahin sind, doch wieder erträglichen Verhältnissen entgegengeht.

Unter sehr viel günstigeren Verhältnissen als die Eisenindustrie arbeitet die oberschlesische Zinkindustrie. Sie gründet sich auf ein Zinkerzvorkommen von ganz außerordentlichem Reichtum. Schon im Jahre 1704 erhielt der Breslauer Kaufmann Georg Giesche vom Kaiser Leopold ein Privileg, allein in Schlesien nach Galmei graben zu dürfen. Bald darauf begann der für unsere heutigen Begriffe freilich unbedeutende, für damals beträchtliche Bergbau auf Zinkerze, der jetzt noch nach mehr als 200 Jahren in voller Blüte steht und 1911 etwa 84 v. H. aller in Oberschlesien verhütteten Zinkerze lieferte. Außerordentlich günstig für die oberschlesische Zinkindustrie ist ferner das nahe Zusammenvorkommen von Kohle und Erz. Liegen doch die Erzlagerstätten unmittelbar über den Kohlenflözen in der Beuthen-Tarnowitzer Mulde. Hier lagern den Schichten des Steinkohlengebirges solche der Trias auf, in deren mittlerem Gliede, dem Muschelkalke, die oberschlesischen Erzlager vorkommen. Am unteren Rande einer Schichtenfolge von teils tonigen, teils kieseligen Dolomiten liegen auf dem sogenannten blauen Sohlenstein, einem Kalkstein, zwei durch ein 12 bis 20 m mächtiges Mittel getrennte Erzlager auf, das untere aus Zinkblende, chemisch Schwefelzink, mit Bleierzen, das obere aus Galmei (Zinkkarbonat), gleichfalls mit Bleierzen gemengt, bestehend. In beiden Lagern ist außerdem Schwefelkies vorhanden. An den Rändern der Mulde vereinigen sich beide Lager. Auch ist hier das gesamte Zinkerz, wie in der oberen Lage, unter dem Einfluß der Tageswässer in Galmei verwandelt. Das ist die typische, in dem östlich bei Beuthen gelegenen Teil der Beuthen-Tarnowitzer Mulde entwickelte Erzführung, während mehr nordwestlich in der Gegend von Tarnowitz nur ein einziges Lager auftritt, in dem nur Bleiglanz ohne Zinkerze vorkommt. Die Teufe der Erzlager ist gering. Sie beträgt etwa 120 bis 180 m, sodaß der Bergbau im allgemeinen keine besonderen Schwierigkeiten hervorruft. Nur ein Übelstand macht sich geltend, nämlich die starke Wasserführung des Muschelkalkes. Doch ist auch diese bei der verhältnismäßig geringen Teufe und dem heutigen hohen Stande der Technik unschwer zu überwinden. Der Verhüttung der in der Grube gewonnenen Erze geht ihre Aufbereitung voraus, d. h. die Trennung der einzelnen zusammen vorkommenden Bestandteile. Solange der Bergbau vorzugsweise auf Galmei betrieben wurde, wie es besonders in der ersten Zeit seiner Entwickelung der Fall war, war die Aufbereitung einfach, weil die beiden damals

Digitized by Google

zusammen vorkommenden Erze, Bleiglanz und Galmei, leicht nach ihrem spezifischen Gewichte getrennt werden konnten. Sobald man aber die tiefergelegenen Blendevorkommen abbaute, wurde die Trennung der einzelnen Bestandteile der Erze schwieriger, weil die spezifischen Gewichte mehrerer von ihnen nahe beieinander liegen. Die Trennung aller dieser Erze setzt eine eingehende Zerkleinerung voraus. Der Waschprozeß wird durch die vielen mitgeführten kleinen Teilchen immer verwickelter. In den letzten Jahren sind denn auch mehrere große Aufbereitungen entstanden.

Das Zinkhüttenwesen selbst hat in Oberschlesien im Laufe der Zeit große Verbesserungen erfahren. Zwar ist das Verfahren im wesentlichen noch das gleiche wie vor 100 Jahren, als der Fürstlich Pleßische Kammerassessor Ruberg als erster in Oberschlesien metallisches Zink herstellte, während man vorher nur Messing durch Zusammenschmelzen mit Kupfer aus Zinkerzen gewinnen konnte. Man reduziert in einem Gefäß aus feuerfestem Ton, einer sogenannten Muffel, durch Zusatz von Kohle Zinkoxyd zu Metall, das man dann in Dampfform in Vorlagen auffängt und durch Abkühlung flüssig werden läßt. Während aber bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts unter den Zinkerzen Galmei bei weitem überwog, wird jetzt in überwiegendem Maße Blende gefördert. Blende kann aber nur dann in den Muffeln verarbeitet werden, wenn sie vorher ihres Schwefelgehaltes beraubt worden ist. Man ist also gezwungen, besondere Rösthütten anzulegen. Schon vorher allerdings hatte der immer geringer werdende Zinkgehalt des Galmeis — die reichen Lager am Ausgehen der Mulde waren nach und nach abgebaut worden, und nach der Teufe zu wurde der Galmei immer ärmer — gezwungen, die großen oberschlesischen Muffeln immer kleiner zu machen, um die Ofenwärme besser ausnutzen zu können. Dafür legte man, wie es in Rheinland-Westfalen schon vorher geschehen war, mehrere Reihen Muffeln übereinander. Schließlich ging man dazu über, anstatt der direkten Feuerung durch Kohle Gasfeuerung anzuwenden und die Heizgase durch mehrmaliges Hin- und Herfahren am Ofen besser auszunutzen. Durch alle diese Maßregeln erreichte man denn trotz des geringer werdenden Zinkgehalts der Erze ein immer höheres Ausbringen. Wurden so die Schwierigkeiten, die die Verarbeitung der gerösteten Blende zunächst bereitete, durch verbesserte Bauart der Öfen allmählich beseitigt, so brachte doch die Röstung selbst durch die dabei erzeugten Nebenprodukte neue Erschwerungen. Bei dem Rösten der Blende entsteht außer Zinkoxyd noch schweflige Säure. In den ersten Rösthütten wurde die Blende derart verarbeitet, daß die schweflige Säure mit den Heizgasen gleichzeitig ins Freie entwich. Das hatte für die in den Rösthütten beschäftigten Arbeiter schwere Beein-

Digitized by Google

trächtigungen der Gesundheit zur Folge und schädigte außerdem den Pflanzenwuchs in weitem Umfange um die Hütten. Um diese Schädigungen einigermaßen zu beseitigen, baute man zunächst sehr hohe Schornsteine, ohne indessen viel zu erreichen. Man band dann die schweflige Säure durch Kalkmilch, häufte aber dadurch ungeheure Mengen eines unverwertbaren Produktes an und konnte doch nicht die gesamte schweflige Säure auf diese Weise unschädlich machen. Jetzt ist man, zum Teil auf Veranlassung der Gewerbepolizei, allmählich dazu übergegangen, die Blende in Muffeln zu rösten und verarbeitet die so von den Heizgasen getrennten schwefligsauren Dämpfe weiter zu Schwefelsäure.

Das in Oberschlesien erzeugte Rohzink wird neuerdings in immer wachsendem Maße in den den Zinkhütten angegliederten Walzwerken zu Zinkblech verwalzt, das dann zu den verschiedensten Zwecken Verwendung findet.

Die wirtschaftliche Entwicklung der oberschlesischen Zinkindustrie ist im allgemeinen günstig verlaufen. Allerdings trat bald nach dem Erlöschen des Giescheschen Galmei-Privilegs eine erhebliche Überproduktion ein. Der dadurch hervorgerufene Preissturz brachte eine Menge der damaligen kleinen Hütten zum Stillstand. Seitdem hat sich in der Zinkindustrie ein beständiger Konzentrationsprozeß vollzogen. Den 23 Rohzinkhütten des Jahres 1890 stehen nur 15 im Jahre 1911 gegenüber. Diese Konzentration hat zu Betriebsverbilligungen geführt, die noch dadurch verstärkt wurden, daß fast alle Zinkhütten im Besitze von eigenen Erz- und Kohlengruben sind. Der Absatz an oberschlesischem Zink hat unter der ungünstigen geographischen Lage des Bezirks viel weniger zu leiden als die übrigen Produkte der oberschlesischen Montanindustrie, weil Zink als ein Welthandelsartikel überhaupt kein abgegrenztes Absatzgebiet hat. Zwar versorgt Oberschlesien im Inlande vorwiegend den Osten einschließlich Berlins, doch geht immerhin auch ein erheblicher Teil der Produktion nach dem Westen. Ein großer Teil des oberschlesischen Zinks wird aber nach dem Auslande verkauft, und zwar in erster Linie über die Seehäfen Hamburg und Stettin, um nach den Hauptmärkten England und Frankreich verschifft zu werden. Befestigt wird Oberschlesiens Stellung noch dadurch, daß seit einigen Jahren ein Zinksyndikat besteht, dem fast alle Zinkhütten Europas angehören. Oberschlesien konnte unter diesen günstigen Verhältnissen seine Produktion an Rohzink von 88 699 t im Jahre 1890 auf 155 628 t im Jahre 1911 oder dem Werte nach in der gleichen Zeit von rund 39 Millionen Mark auf fast 74 Millionen Mark steigern. Damit erzeugt Oberschlesien etwa 17 v. H. der gesamten Rohzinkproduktion der Welt und etwa zwei Drittel der deutschen Zinkproduktion. An Zinkblechen wurden 1890 32 547 t im Werte von 14,6 Millionen Mark, 1911

Digitized by Google

fast 62 000 t im Werte von 31,7 Millionen Mark hergestellt. Als Nebenprodukt wird in den Zinkhütten etwas Kadmium gewonnen. Dessen Menge betrug im Jahre 1911 etwa 42 000 kg im Werte von 224 000 Mark.

Ein Übelstand nur ist es, der die Erträge wie auch die Entwickelung der oberschlesischen Zinkindustrie erheblich schmälert. Das sind die Absatzschwierigkeiten der als Nebenprodukt bei Röstung der Zinkblende erzeugten Schwefelsäure. Die Fracht für Schwefelsäure wird nach dem teuersten Spezialtarif berechnet, den wir haben, und beträgt etwa 4,5 Pf. pro tkm, während beispielsweise das aus ihr hergestellte Fertigprodukt, Superphosphat, zu einem Satze von 1,8 Pf. pro tkm befördert wird. Diese hohe Fracht für Schwefelsäure stammt aus einer Zeit, zu der sie einen bedeutend höheren Wert hatte als jetzt. Infolge der hohen Frachten ist der Absatz an Schwefelsäure sehr erschwert, und sie kann nur mit Verlust abgesetzt werden. Leider sind alle Bemühungen der oberschlesischen Zinkindustrie, diese anormale Tarifbildung zu beseitigen, bisher ohne Erfolg geblieben, was um so bedauerlicher ist, als die Schwefelsäureproduktion von Jahr zu Jahr entsprechend den Anforderungen der Gewerbeaufsichtsbehörde stark wächst, stärker als die Zinkproduktion. So wurden beispielsweise auf eine Tonne Rohzink 1900 erst 0,08 t, 1905 schon 0,85 t, 1911 aber 1,38 t Schwefelsäure erzeugt.

Im Vergleich zu den übrigen Zweigen der Montanindustrie ist die oberschlesische Erzeugung an Blei und Silber sehr gering. Die Erzeugung der beiden Bleihütten betrug 1911 41 811 t Blei, 3 441 t Glätte (ein beim Schmelzprozeß fallendes Nebenprodukt, das zu Färbezwecken verwendet wird) und 10 621 kg Silber. 1890 wurden 19 622 t Blei, 2 564 t Glätte und 8 941 kg Silber erzeugt. Eine beträchtliche Zunahme weist also nur die Bleierzeugung auf. Die Erzeugung an Silber ist etwa auf der gleichen Höhe stehen geblieben. Wenig erfreulich ist die wirtschaftliche Entwicklung dieser Industrien. Zwar ist der Geldwert der Gesamtproduktion von 6 718 791 Mark im Jahre 1890 auf rund $13^1/_2$ Millionen Mark im Jahre 1911 gestiegen. Aber der Preis der Hauptprodukte ist nicht in der gleichen Weise gewachsen, sodaß der Reinverdienst gesunken ist, wenn man die Erhöhung der Selbstkosten, namentlich der Arbeiterlöhne, in dieser Zeit, bedenkt. Der Wert einer Tonne Blei und Glätte betrug 1890 246,06 Mark, 1911 281,38 Mark, ist also in 21 Jahren nur um etwa 14 v. H. gestiegen, nachdem er 1900 341,95 Mark, 1907 374,11 Mark betragen hatte. Gerade die letzten Jahre haben ein starkes Fallen der Bleipreise gebracht. Der Durchschnittswert einer Tonne Blei ist von 1907 zu 1908 um mehr als 100 Mark gefallen. Noch unerfreulicher ist die Entwicklung des Silberpreises gewesen.

Digitized by Google

Während der Wert eines Kilogramms Silber 1890 noch 140,89 Mark betrug, sank er seitdem, von kurzen Erhöhungen abgesehen, stetig auf 73,94 Mark im Jahre 1911.

Auch der Bergbau auf Bleierze geht seit einigen Jahren zurück. 1890 betrug die Förderung an Bleierzen 32 500 t und stieg bis 1909 mit einem kurzen Rückgang auf 58 500 t. Seitdem ist sie auf 47 722 t im Jahre 1911 gefallen. Das rührt daher, daß die fiskalische Friedrichsgrube, auf deren Ausbeutung die Königliche Friedrichshütte bei Tarnowitz, die eine der beiden oberschlesischen Blei- und Silberhütten, gegründet wurde, nach mehr als einhundertjährigem Betriebe eingestellt worden ist. Die Friedrichshütte ist daher seit Jahren zum großen Teile auf die Verhüttung ausländischer Erze angewiesen. In Zukunft wird wohl überhaupt die oberschlesische Blei- und Silberindustrie, wenn sie auf ihrer bisherigen Produktion stehen bleiben will, mehr und mehr auf fremde Erze angewiesen sein, da eine Erhöhung der Bleierzförderung nicht zu erwarten ist.

Zum Schluß muß noch auf einen für die oberschlesische Montanindustrie sehr wichtigen Faktor eingegangen werden, nämlich auf die Frage der Arbeitskräfte. Ist doch die menschliche Arbeitskraft trotz aller Bestrebungen, sie teilweise durch maschinelle zu ersetzen, namentlich im Bergbau immer noch von der größten Bedeutung. Wenn diese wichtige Frage erst jetzt besprochen wird und oben bei der Darstellung der einzelnen Industriezweige nur gelegentlich gestreift worden ist, so geschieht das deshalb, weil die Arbeiterschaft in allen Zweigen der oberschlesischen Montanindustrie die gleiche ist und die auf sie bezüglichen Fragen am besten im Zusammenhange behandelt werden.

Die oberschlesische Arbeiterschaft stammt zum größten Teile von der slawischen Urbevölkerung Oberschlesiens ab. Doch hat sich die Urbevölkerung bei der starken Einwanderung und bei den dauernden Kämpfen um das Land wohl kaum rein erhalten. Politisch gehörte die Herrschaft Beuthen, die im wesentlichen dem jetzigen engeren Industriebezirk entspricht, nach einer verhältnismäßig kurzen Zugehörigkeit zum Königreich Polen, die in die Zeit vom Ende des 10. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts fällt, zu Böhmen, denn nachdem die engere Verbindung Oberschlesiens mit dem Königreich Polen nach der Tartarenschlacht 1241 aufgehört hatte, nahm Herzog Kasimir, der damalige Besitzer von Beuthen, als erster unter den schlesischen Piasten im Jahre 1289 freiwillig sein Land von Böhmen als Lehen. So hat die Meinung Bernhardis[1]), des früheren Generaldirektors der Bergwerks-

[1]) Die Arbeiterbevölkerung des oberschlesischen Industriebezirks und die Arbeiter der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben. Friedrich Bernhardis gesammelte Schriften. Kattowitz 1908, S. 439.

Digitized by Google

gesellschaft Georg von Giesches Erben, nicht Polen, sondern andere slawische Volksstämme, deren Reste jetzt als Ruthenen das westliche Galizien und als Goralen und Slowaken die westlichen Karpathen bewohnten, hätten noch bis zum Jahre 1000 auch die Bevölkerung Oberschlesiens gebildet und ihre Nachkommen seien noch heute in einigen Bauerndörfern des alten Kreises Beuthen, z. B. Chorzow, Groß-Dombrowka und Miechowitz, als auffallend kräftiger und schöner Menschenschlag kenntlich, viel für sich, zumal auch Solger[1]) von ruthenischen Einfällen in Oberschlesien spricht. Deutsches Blut ist unter der Arbeiterbevölkerung Oberschlesiens kaum vertreten. Die Einwanderung von deutschen Bergleuten im 12., 13., 15. und 16. Jahrhundert war zwar verhältnismäßig zahlreich, aber sie siedelten sich fast ausschließlich in den beiden damals bestehenden Städten Beuthen und Tarnowitz an und hatten auf die Landbevölkerung so gut wie gar keinen Einfluß. Aber auch die Bevölkerung der beiden Städte war trotz der deutschen Einwanderung im Anfang des 18. Jahrhunderts vorwiegend polnisch. Die Sprache der oberschlesischen Bevölkerung ist das sogenannte Wasserpolnisch. Dieses unterscheidet sich von dem Hochpolnischen in mehreren Punkten, doch ist die Verschiedenheit nach Nehring nicht so groß, daß sie eine wechselseitige Verständigung unmöglich macht. Vielmehr wird ein gebildeter Pole, der nur das Schriftpolnische zu sprechen gewohnt ist, oberschlesische Landleute ganz gut verstehen und auch von ihnen ohne Schwierigkeit verstanden werden.[2]) Die Sprachgrenze zwischen deutsch und polnisch hat sich in Oberschlesien im Laufe der letzten 100 Jahre kaum geändert. Noch jetzt wie damals verläuft sie links der Oder etwa entsprechend der Ostgrenze des Kreises Leobschütz. Als wesentlich deutschsprechend liegen in diesem Gebiet lediglich die größeren Städte.

Das in der Montanindustrie beschäftigte Beamtentum setzt sich in seinen oberen Kreisen ausschließlich aus eingewanderten Deutschen zusammen. Auch in seinen unteren Kreisen sind deutsche Elemente zahlreich vertreten, da am Anfang ihrer Entwickelung die Industrie auf von auswärts herangezogene Beamte angewiesen war. Mit der Ausdehnung der Beamtenschaft sind in deren untere Stellen die strebsamen Elemente der Arbeiterbevölkerung eingedrungen. In nationaler Hinsicht ist aber auch dieser Teil des Beamtentums, wenn er auch der polnischen Sprache mächtig ist, als durchaus auf deutschem Boden stehend anzusehen.

[1]) Solger, Der Kreis Beuthen in Oberschlesien mit besonderer Berücksichtigung der durch Bergbau und Hüttenbetrieb in ihm hervorgerufenen eigenthümlichen Arbeiter- und Gemeindeverhältnisse. Breslau 1860. S. 6.

[2]) Partsch, Schlesien. Eine Landeskunde für das deutsche Volk auf wissenschaftlicher Grundlage. I. Teil. Breslau, 1896, Seite 372.

Digitized by Google

Der oberschlesische Arbeiter ist im allgemeinen anstellig, willig und ausdauernd, besonders soweit es sich um Dinge handelt, die er täglich zu tun gewohnt ist. Er zeichnet sich durch einen lebhaften Familiensinn aus, heiratet im allgemeinen früh, und die unverheirateten Arbeiter wohnen solange bei ihren Eltern, bis sie einen eigenen Hausstand gründen. Bis die Montanindustrie in Oberschlesien heimisch wurde, lebte die Bevölkerung in einer uns heute kaum glaublich erscheinenden Abhängigkeit von der Gutsherrschaft. Die Folge dieser jahrhundertelangen Knechtung ist ein auch heute noch zu spürender Sinn für Autorität, der häufig in Unterwürfigkeit ausartet. Der Autorität fügtsich derOberschlesier, so hartnäckig er seinesgleichen gegenüber sein Recht durchzusetzen weiß, im allgemeinen ohne Murren. Als eine Folge dieses Respekts vor der Autorität ist auch der große Einfluß der Geistlichkeit auf die Bevölkerung anzusehen, dem die tiefe Frömmigkeit des Oberschlesiers, besonders der Frauen, zu Hilfe kommt. Diese Frömmigkeit zeigt sich schon äußerlich in den vielen Wallfahrtsorten Oberschlesiens und auch in den vielen Heiligenbildern, mit denen der Arbeiter seine Wohnung schmückt. Aber auch in der Betätigung seiner Frömmigkeit zeigt sich oft die Unterwürfigkeit des Slawen. Das Gegenstück zu dieser Unterwürfigkeit ist ein gewisses Mißtrauen allen Höhergestellten gegenüber und ein starkes Zusammenhalten der niederen Bevölkerung gegen höhere Schichten. Auf der anderen Seite hat die lange Unterdrückung und Unselbständigkeit des polnischen Volkes aber auch bewirkt, daß ihm die rechte Arbeitsfreudigkeit, ein wirkliches Pflichtgefühl und auch der Sinn für Ordnung vielfach fehlt, wenn man auch nicht verkennen kann, daß der Zwang zu intensiver Arbeit in der Industrie einen außerordentlich günstigen erzieherischen Einfluß auf die Bevölkerung ausgeübt hat. Ebenfalls eine Folge der trostlosen Verhältnisse der Bevölkerung vor Einführung der Industrie ist die geringe Achtung vor fremdem Eigentum, die auch jetzt noch zu bemerken ist. Der Oberschlesier ist eine sinnliche Natur. Ganz besonders arten alle seine schlechten Eigenschaften dann aus, wenn er unter dem Einflusse des Alkohols steht. In früheren Jahrzehnten muß trotz aller Kämpfe, die auch die Geistlichkeit dagegen führte, die Trunksucht in Oberschlesien stark geherrscht haben. Aber auch jetzt noch neigt der Oberschlesier zum Alkoholgenuß. Auch eine gewisse Roheit kommt gelegentlich zum Ausbruch. Es ist beachtenswert, daß die Zahl der Verbrechen im Regierungsbezirk Oppeln beträchtlich höher ist als in den übrigen Teilen der Provinz Schlesien. Ein großer Fehler des oberschlesischen Arbeiters ist sein großer Leichtsinn. Er lebt im allgemeinen in den Tag hinein, ohne viel für die Zukunft zu sorgen. Damit steht im Zusammenhange die schon oben erwähnte

Digitized by Google

Tatsache, daß der oberschlesische Bergmann[1]) bedeutend weniger Schichten verfährt als die Bergarbeiter in allen anderen Kohlenbezirken Preußens. Diese Erscheinung ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß die oberschlesische Kohlenindustrie wegen Mangels an Absatz Feierschichten einlegt, denn sie findet sich in den Jahren der Hochkonjunktur in genau demselben Maße wie in schlechten Zeiten. Der oberschlesische Bergarbeiter fährt eben, namentlich so lange er jung und unverheiratet ist, nur so oft an, bis er eine bestimmte Summe, die er zum Leben unbedingt braucht, verdient hat. Namentlich an Tagen nach Sonn- und Feiertagen fehlt ein bedeutender Teil der Belegschaft und veranlaßt empfindliche Störungen in dem Betriebe. Allerdings muß hervorgehoben werden, daß diese „Bummelschichten" hauptsächlich den jüngeren Arbeitern zur Last fallen. Die älteren, verheirateten Häuer sind zuverlässiger und versäumen im allgemeinen nur selten ihre Schicht.

Wenn man sich von der materiellen Lage des oberschlesischen Arbeiters ein Bild machen will, dann muß man die heutigen Verhältnisse nicht sowohl mit denen anderer Bezirke vergleichen, in welchen die Bedürfnisse auch der Arbeiterschaft infolge der viel älteren Kultur höher sind als hier, sondern vielmehr mit denen früherer Zeiten. Noch im Jahre 1860 schreibt Solger,[2]) der spätere Landrat des Kreises Beuthen, in seiner berühmten Schrift über den Kreis Beuthen über die Kulturverhältnisse des Volkes folgendes:

„Die größte Masse des Volkes, der Arbeiterstand, ist arm, bei seiner Armut aber aufs Äußerste genügsam. Er ist zufrieden, wenn er sich einigermaßen sättigen kann, und nährt sich Jahr ein, Jahr aus von Zûr (einem aus halbgegorenem Sauerkraut bestehenden Nationalgericht, welches als Luxus auch vermischt mit allerhand Speiseresten genossen wird) und Kartoffeln. Erst in neuerer Zeit gehört das Brot zu den gewöhnlichen Nahrungsmitteln. Die angreifende Arbeit in nassen Gruben oder vor den glühenden Öfen der Hütten härtet den Körper gegen die Einflüsse der Witterung ab, deshalb bedarf auch der Arbeiter, selbst im Winter, nur weniger Kleidung. Die Kinder laufen, sobald sie sich allein überlassen werden, und das geschieht sehr früh, im Sommer mit einem schmutzigen Hemde, im Winter mit wenig mehr bekleidet, umher und gewöhnen sich so schon frühzeitig an Ertragen von Hitze, Kälte und Nässe. Es ist häufig erstaunlich, was die Leute in dieser Beziehung, namentlich mit so kärglicher Nahrung, aushalten. Kommt aber einmal ein Freudentag, an dem ihnen bares Geld in die

[1]) Für die übrigen Zweige der Montanindustrie liegen keine Vergleichszahlen vor.

[2]) a. a. O. S. 31.

Digitized by Google

Hand gezählt wird, so sind schnell alle Entbehrungen vergessen, und, nur dem gegenwärtigen Augenblick lebend, verjubeln sie in einem Tage mehr, als sie in einem ganzen Monat verzehrt haben."

Noch 1886 meint Gothein, daß in den benachbarten Kreisen Oberschlesiens und Galiziens sich die Lebensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung nicht wesentlich von den hier geschilderten unterscheiden. Sieht man sich die jetzige Bevölkerung Oberschlesiens an, so findet man, welchen enormen Fortschritt sie in diesen 50 Jahren gemacht hat. Die Ernährungsverhältnisse der oberschlesischen Arbeiterschaft unterschieden sich nach den Untersuchungen des damaligen Bergassessors Kuhna[1]) in den 90er Jahren nicht mehr wesentlich von denen in anderen Bezirken. Die Kartoffel ist von der Rolle, die sie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts spielte, herabgedrängt worden; die Fleischnahrung hat ganz bedeutend zugenommen. Kuhna kommt auf Grund sehr eingehender Untersuchungen über den Nährwert der hauptsächlich verzehrten Nahrungsmittel zu dem Ergebnis, daß die Ernährung des oberschlesischen Arbeiters vollständig ausreichend und auch vom wirtschaftlichen Standpunkte betrachtet vernünftig ist. Unterstützt wird diese gute Ernährung dadurch, daß mehrere Verwaltungen für ihre Beamten und Arbeiter Konsumvereine ins Leben gerufen haben, um der früher häufig beobachteten Abhängigkeit der Arbeiterbevölkerung von den Kaufleuten, bei denen sie die Ware hauptsächlich auf Kredit entnahmen, und die gleichzeitig Schnaps verkauften, entgegenzuarbeiten.

Auch das Wohnungswesen hat sich gehoben. Noch zu Solgers Zeit wohnte die Bevölkerung Oberschlesiens in ärmlichen Hütten, die kaum unterkellert waren. Schon 1892 kommt aber Sattig in seiner Arbeit über die Arbeiterwohnungsverhältnisse im oberschlesischen Industriebezirk[2]) zu dem Ergebnis, daß die Wohnungsverhältnisse der oberschlesischen Arbeiterschaft durchaus befriedigend seien. Im Jahre 1889 wohnten etwa 25 v. H. aller männlichen Arbeiter entweder in eigenen, mit Hilfe der Gewerkschaft gebauten oder aber in gewerkschaftlichen Häusern. Von den ledigen Arbeitern wohnten etwa zwei Drittel bei den Eltern, der Rest als Quartiergänger oder in Schlafhäusern. Inzwischen haben sich die Wohnungsverhältnisse zweifellos weiter verbessert. Namentlich die am Rande des Industriebezirks bauenden Gruben haben große eigene Arbeiterkolonien geschaffen. Freilich sind es meistens Häuser, in denen etwa 10 bis 20 Familien wohnen. Aber das liegt in der Natur der Sache, weil eine zerstreute Bauweise

[1]) Kuhna, Die Ernährungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung in Oberschlesien. Leipzig 1894.

[2]) Zeitschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Januar- und Februarheft 1892.

Digitized by Google

im Interesse einer ungestörten Entwickelung des Bergbaues, dem andernfalls bedeutende Verluste durch Stehenbleiben von Sicherheitspfeilern erwachsen würden, unmöglich ist. Übrigens liebt auch die Arbeiterbevölkerung selbst Einzelhäuser nicht, hauptsächlich deshalb, weil diese viel schwerer heizbar sind.

Die Besserung der Gesundheits- und Lebeverhältnisse der Arbeiterschaft kommt auch in der starken Volksvermehrung zum Ausdruck. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts vermehrte sich die Bevölkerung des damaligen Kreises Beuthen außerordentlich langsam. Das lag daran, daß jede schlechte Ernte bei den mangelhaften Verkehrsverhältnissen schwere Schädigungen der Volksgesundheit und massenhafte Todesfälle zur Folge hatte. Noch in den Jahren 1847/48 raffte ein Hungertyphus etwa 10 v. H. der Bevölkerung dahin. Heute kann sich die natürliche Fruchtbarkeit des Volkes, die ja, wie bei allen Slawen, sehr groß ist, frei entfalten. Der Vermehrung der Bevölkerung im engeren Industriebezirk, den Kreisen Beuthen Stadt und Land, Tarnowitz, Königshütte Stadt, Kattowitz Stadt und Land, Gleiwitz Stadt und Zabrze um 104 v. H. in der Zeit von 1890 bis 1910 steht in der gleichen Zeit eine Zunahme der Bevölkerung im Deutschen Reiche um 31,3 v. H., in Preußen um 34,0 v. H. und in Schlesien um 23,7 v. H. gegenüber. Allerdings beruht diese Zunahme nicht allein auf der natürlichen Vermehrung, sondern zum Teil auch auf Zuwanderung. Aber auch der Geburtenüberschuß ist im oberschlesischen Industriebezirk höher als im Durchschnitt des Deutschen Reiches, wie die nachstehenden Zahlen dartun. Nach der Volkszählung von 1900 betrugen auf 1000 Personen der am Anfang des Jahres lebenden Bevölkerung:

	die Geburten	die Sterbefälle	der Geburtenüberschuß
in Preußen	37,5	23,1	14,4
in Schlesien.....	40,5	27,2	13,3
im Regierungsbezirk Oppeln	45,7	26,3	19,4
im engeren Industriebezirk .	53,3	28,4	24,9

Danach hat freilich von diesen Gebieten Oberschlesien neben der höchsten Geburtenzahl auch die höchste Sterbeziffer, was wohl einmal auf die verhältnismäßig hohe Säuglingssterblichkeit, zum anderen auf die Unfallgefahr der Arbeiterbevölkerung zurückzuführen sein mag. Trotzdem aber ist der Überschuß der Geburten über die Sterbefälle sehr erheblich größer als im Durchschnitt in Preußen.

Diese allgemeine Steigerung der Lebensverhältnisse gegen früher beruht einzig und allein darauf, daß der oberschlesische Arbeiter jetzt Löhne erhält, bei denen er durchaus ausreichend bestehen kann. In der folgenden Zusammenstellung sind die Löhne für die in der oberschlesischen Industrie beschäftigten

Digitized by Google

über 16 Jahre alten männlichen Arbeiter einmal für die gesamte Montanindustrie, sodann für ihre einzelnen Zweige nach der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke zusammengestellt und mit den in der gleichen Zeit an dieselben Arbeiterkategorien im Ruhrbergbau gezahlten Löhnen, deren Höhe den Angaben der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im Preußischen Staate entnommen ist, verglichen.

Jahr	Steinkohlen-Bergwerke	Erzwerke	Kokereien	Eisen-Hütten	Metall-Hütten	Gesamte Montanindustrie	Ruhrbergbau	Die Löhne der oberschlesischen Montanindustrie betrugen in Prozenten der Ruhrlöhne
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	
1890	790,4	622,6	707,9	781,9	808,4	763,8	1096,0	69,7
1895	792,3	654,8	754,5	788,5	809,4	775,0	989,8	78,3
1900	1018,2	813,4	905,9	937,8	984,9	972,7	1365,0	71,3
1905	1039,1	893,1	983,2	975,0	998,0	1009,2	1215,0	83,1
1906	1111,2	927,5	1005,1	1021,9	1020,3	1067,0	1438,0	74,2
1907	1191,4	958,6	1005,8	1063,7	1073,0	1131,0	1603,9	70,5
1908	1211,3	1014,8	1056,6	1095,1	1089,5	1160,2	1533,8	75,6
1909	1188,6	1036,3	1093,2	1068,3	1107,8	1146,2	1386,2	82,7
1910	1145,1	1056,7	1113,7	1091,2	1119,5	1126,1	1419,2	79,3
1911	1188,3	1069,1	1152,2	1134,4	1156,4	1166,9	1484,1	81,3
Steigerung 1911 gegen 1890 in %								
	50,3	71,7	62,8	45,1	43,0	52,8	35,4	

Die in der Zusammenstellung gegebenen Zahlen sind Durchschnittslohnsätze, d. h. die Gesamtsumme der gezahlten Löhne ist durch die Gesamtzahl der im Durchschnitt des Jahres beschäftigten Arbeiter dividiert. Es werden also sehr verschiedene Arbeiterkategorien hier zusammengestellt; 17- bis 18 jährige Arbeiter und Invaliden, die nur gegen einen geringen Schichtlohn beschäftigt werden und außerdem ihre Invalidenpension beziehen, erscheinen darin ebenso wie die in der Vollkraft ihrer Jahre und Erwerbsfähigkeit befindlichen Häuer. Tatsächlich ist also der Lohn für die am höchsten entlohnten Klassen der bergmännischen wie der hüttenmännischen Arbeiterschaft bedeutend höher, als es nach den hier gegebenen Zahlen scheint. Der Wert dieser Zahlen liegt nicht in ihrer absoluten Größe, sondern in ihrem Verhältnis zu einander einmal in den einzelnen Jahren, sodann in den verschiedenen Bezirken. Sieht man die Zahlen daraufhin an, so findet man in sämtlichen Zweigen der oberschlesischen Montanindustrie eine ganz erhebliche Steigerung, die bei den Arbeitern der Zink- und Bleierzgruben in den 21 Jahren von 1890 bis 1911 über 70 v. H. beträgt und bei den übrigen Industriearbeitern zwischen 43 und 62,8 v. H. schwankt. Die Durchschnittslöhne in der gesamten Montanindustrie haben sich

Digitized by Google

um fast 53 v. H. gebessert. Im Ruhrbergbau sind die Löhne für die erwachsenen männlichen Arbeiter in der gleichen Zeit nur um etwa 35 v. H. gestiegen, sodaß im Jahre 1890 ein oberschlesischer Berg- und Hüttenmann nur etwa 70 v. H. des Lohnes seines westfälischen Kollegen verdiente, 1911 81,3 v. H. Diese rasche Steigerung der Löhne ist für die Rentabilität der oberschlesischen Industrie von großer Bedeutung. Während früher als ein für sie günstiger Faktor anderen Revieren gegenüber die verhältnismäßig geringen Löhne in Betracht kamen, ist aus den oben mitgeteilten Zahlen ersichtlich, daß dieser Vorteil zwar noch besteht, aber auf ein viel geringeres Maß zurückgeführt worden und im Schwinden begriffen ist.

Vergleicht man die Löhne der einzelnen Arbeiterkategorien Oberschlesiens untereinander, so fällt die geringe Bezahlung der Erzbergleute ins Auge. Zwar haben sich ihre Löhne verhältnismäßig am meisten erhöht, aber immer noch ist der Durchschnittslohn eines Erzbergmannes um etwa 100 Mark im Jahre geringer als der Durchschnittslohn eines erwachsenen über 16 Jahre alten männlichen Arbeiters in der oberschlesischen Montanindustrie überhaupt. Indessen ist dies nur ein scheinbarer Nachteil für den Erzbergmann. Das Erzrevier Oberschlesiens ist in dem engeren Industriebezirk der einzige Landstrich, der eine gewisse Fruchtbarkeit des Bodens besitzt. Im ganzen übrigen Industriebezirk wird die Oberfläche entweder von Sanden oder Lehmschichten des Diluviums oder aber von den Sandsteinen des Steinkohlengebirges gebildet. Der Mutterboden ist so geringfügig, daß sich eine landwirtschaftliche Benutzung des Bodens nur dann lohnt, wenn sie mit einem größeren Viehbesitz verbunden ist. So sind Versuche, die die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts anstellte, indem sie ihren Arbeitern Grund und Boden zu billigen Preisen verpachtete, um sie zur landwirtschaftlichen Betätigung anzuregen, ergebnislos geblieben. Die Bewirtschaftung war bei dem schlechten Boden so unrationell, daß nach verhältnismäßig kurzer Zeit alle Arbeiter ihr Land der Gesellschaft zurückgaben[1]). Diese selbst konnte nur mit Hilfe des durch ihren zahlreichen Pferdebesitz gewonnenen billigen Düngers und dadurch, daß ihre Zugtiere nebenbei auch noch für die Landwirtschaft benutzt werden konnten, halbwegs befriedigende Ergebnisse erzielen. Anders das Erzrevier. Hier ist der Boden kalkhaltig und sehr fruchtbar. Infolgedessen ist es den Erzbergleuten möglich, neben ihrer Grubenarbeit selbst und mit Hilfe ihrer Familienangehörigen noch ihren

[1]) Über die Ackerkultur und Gartenpflege bei den oberschlesischen und speziell den von der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben beschäftigten Montanarbeitern. Friedrich Bernhardis gesammelte Schriften. S. 478.

Digitized by Google

Garten oder Acker zu bestellen. Während also im übrigen Industriebezirk der Arbeitslohn die einzige Einnahmequelle des Arbeiters bildet, verdient dieser im Erzrevier nebenbei noch durch Landwirtschaft ein wenig oder erzeugt doch einen Teil seiner Lebensbedürfnisse selbst. Berücksichtigt man schließlich noch, daß der Arbeitslohn des Familienvaters nicht allein zum Unterhalt der Familie beiträgt, sondern daß verhältnismäßig zeitig auch den Kindern Gelegenheit zum Verdienen geboten wird, so wird man wohl sagen können, daß der Lohn des oberschlesischen Arbeiters durchaus ausreichend ist, zumal da er außer seinem baren Arbeitslohn zum großen Teil noch andere Bezüge erhält. Hierbei ist das wesentlichste die freie Feuerung des Steinkohlenarbeiters. Soweit der Arbeiter in gewerkschaftlichen Häusern wohnt, ist der Mietspreis sehr gering. Schließlich sei noch an die Leistungen der verschiedenen Zweige der staatlichen Versicherung erinnert, die für den Arbeiter und seine Familie in Krankheitsfällen sorgen.

Man sollte nun annehmen, daß infolge dieser ausreichenden Löhne und namentlich infolge ihres beständigen Steigens soviel Arbeiter nach Oberschlesien strömten, daß der Arbeiterbedarf der oberschlesischen Industrie vollständig gedeckt würde, zumal doch in den benachbarten landwirtschaftlichen Bezirken weit geringere Löhne gezahlt werden können. Das ist aber im allgemeinen nicht der Fall. Höchstens kommen aus den allernächsten Kreisen einige Arbeiter herbei. Im großen und ganzen ist aber die Abneigung der landwirtschaftlichen Arbeiter gegen die ungewohnte und schwere Arbeit in Bergwerken und Hütten so groß, daß nur verhältnismäßig wenige von ihnen in der oberschlesischen Industrie Arbeit suchen. Aus anderen Gebieten als der Provinz Schlesien findet aber überhaupt kein nennenswerter Zuzug von deutschen Arbeitern statt. Nach der im Jahre 1907 veranstalteten Berufszählung waren in der Provinz Schlesien im Berg-, Hütten- und Salinen-Wesen im ganzen 175 224 Arbeiter beschäftigt. Von diesen stammten 165 227 gleich 94,3 v. H. aus dem Inlande und 9997 = 5,7 v. H. aus dem Auslande. Von den Inländern waren aber nicht weniger als 163 091, das heißt 93,1 v. H. der Gesamtzahl und 98,7 v. H. der im Inlande geborenen Arbeiter, in Schlesien selbst geboren. Das bedeutet also, Schlesien vermochte nur knapp 2000 Arbeiter aus dem übrigen Deutschen Reiche heranzuziehen. Aber es findet nicht nur kein Zuzug deutscher Arbeiter nach Oberschlesien statt, sondern es sucht auch noch ein ganz beträchtlicher Teil schlesischer Arbeiter außerhalb Schlesiens Arbeit. Von den im Bergbau des Deutschen Reiches beschäftigten Arbeitern stammten 1907 189 853 aus Schlesien, sodaß also etwa 26 000 Schlesier allein im Bergbau anderer deutscher Reviere Unterkommen fanden. Unter ihnen nahmen 14 960 in der Provinz Westfalen und 5 869 in der Rheinprovinz die erste Stelle ein.

Digitized by Google

Außerdem waren in der gesamten Industrie Berlins 34 653 und in der des Königreichs Sachsen 36 046 Schlesier beschäftigt. Dieser Drang nach dem Westen und den Großstädten ist in erster Linie auf die dort gezahlten höheren Löhne zurückzuführen. Die Leute bedenken aber nicht, daß einmal die Arbeitsbedingungen in anderen Industriebezirken oft sehr viel schwieriger sind als in Oberschlesien, und daß zum anderen den höheren Löhnen auch höhere Preise aller oder doch vieler Lebensbedürfnisse gegenüberstehen, so daß sie Vorteile davon kaum haben. Während also Schlesien unter den Inländern einzig und allein auf die einheimische Bevölkerung angewiesen ist, von der es noch einen sehr erheblichen Teil an den deutschen Westen und an die Großstädte abgibt, hat die Industrie des deutschen Westens auch aus anderen Landesteilen einen ausreichenden Zuzug zur Verfügung. Die Berufszählung von 1907 zählte im Bergbau der Rheinprovinz 216 511, in dem Westfalens 244 156 Arbeiter, von denen aber nur 152 760 = 70,6 v. H. und 118 395 = 48,5 v. H. in der Heimatprovinz geboren waren.

Als Ersatz für die fehlenden männlichen Arbeitskräfte sucht denn die oberschlesische Industrie jugendliche Arbeiter und Frauen heranzuziehen. Dies ist aber nur bis zu einem gewissen Grade möglich. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter begegnet dadurch erheblichen Schwierigkeiten, daß durch die Gewerbeordnung eine Reihe von Maßregeln vorgeschrieben sind, die sich mit einem geordneten Betriebe in Bergwerken und Hütten schlecht vereinigen lassen. Insbesondere erschwert die Vorschrift, den jugendlichen Arbeitern während der Arbeitszeit bestimmt festgelegte Pausen zu gewähren, ihre Beschäftigung sehr. Denn die etwaigen Pausen für die erwachsenen Arbeiter richten sich ganz nach dem Stande der jeweiligen Arbeiten, und der Zwang, zu ganz bestimmten Zeiten Teile der Belegschaft aus dem Betriebe herauszuziehen, bedeutet eine solche Störung, daß einzelne Verwaltungen ganz darauf verzichten, jugendliche Arbeiter zu beschäftigen. Das ist nicht nur im Interesse der Industrie, die sich auf diese Weise einen Arbeiterersatz heranzuziehen sucht, sondern auch im Interesse der Arbeiterschaft selbst sehr bedauerlich. Denn dadurch, daß die Arbeiter schon in jungen Jahren die Arbeit in Gruben und Hütten kennen lernen, werden sie an ihre Gefahren frühzeitig gewöhnt und lernen die Mittel, ihnen zu entgehen. Die Möglichkeit, Frauen im Bergbau zu beschäftigen, ist gerade jetzt bedeutend eingeschränkt worden. Im Jahre 1907 wurden im schlesischen Bergbau 13 274 weibliche Arbeiter, meist Mädchen, beschäftigt, wo sie bei leichteren Arbeiten über[1]) Tage und zwar zum größeren Teile bei Transportarbeiten, zum kleineren

[1]) Die Arbeit von Frauen unter Tage ist im Deutschen Reiche wie den meisten Kulturländern gesetzlich verboten.

Digitized by Google

bei der Aufbereitung der Kohlen und Erze Verwendung fanden. Im gesamten deutschen Bergbau wurden 18 605 Frauen beschäftigt, sodaß in Schlesien 71,3 v. H. aller deutschen im Bergbau beschäftigten Frauen Arbeit fanden. Wenn demnach auch in anderen Revieren Frauenarbeit auf Bergwerken nur in verschwindendem Umfange verwendet wird, so haben sich doch in Schlesien niemals irgendwelche Schädigungen für die Gesundheit oder Sittlichkeit der beschäftigten Frauen ergeben. Das beweist ja schon die starke Vermehrung der Bevölkerung, die doch in erster Linie auf die Arbeiterschaft entfällt, und die nicht möglich wäre, wenn die Frauen während der Arbeit in der Industrie gesundheitlich Schaden genommen hätten. Trotzdem ist durch die neueste Novelle zur Gewerbeordnung die Beschäftigung von Frauen auf Bergwerken bei der Förderung vom 1. April 1915 ab verboten worden. Damit erwachsen, da für ihren Ersatz gesorgt werden muß, der oberschlesischen Industrie, die bisher bei derartigen Arbeiten etwa 5000 weibliche Arbeiter beschäftigte, neue Schwierigkeiten. Außerdem werden die betroffenen Arbeiterinnen brotlos.

Bei dem Drange der deutschen Arbeiterschaft nach dem Westen und den Großstädten, der den Zuzug deutscher Arbeiter nach Oberschlesien hindert, ist es der Industrie nicht anders möglich, den nun einmal vorhandenen Bedarf an Arbeitskräften zu decken, als dadurch, daß sie Ausländer heranzieht. In erster Linie finden galizische Polen in Oberschlesien Beschäftigung, die als leistungsfähige, tüchtige Arbeiter bekannt sind. Gegen die Beschäftigung von Polen wurden aber seitens der Regierung nationale Bedenken geltend gemacht. Man fürchtete, daß das Polentum in Oberschlesien durch diesen Zuzug gestärkt werden würde, insbesondere, wenn die galizischen Polen, die hier ausreichenden Verdienst und günstigere Lebensverhältnisse als in ihrer Heimat vorfanden, sich in Oberschlesien dauernd niederlassen sollten. Um dies zu verhindern, führte die Regierung für die ausländischen Polen die sogenannte Karenzzeit ein. Alle polnischen Arbeiter, die in der Industrie oder in der Landwirtschaft beschäftigt werden, müssen das Gebiet des Deutschen Reiches am 20. Dezember eines jeden Jahres verlassen und dürfen es erst am 1. Februar des folgenden Jahres wieder betreten. Man sucht dadurch zu verhindern, daß die Polen die preußische Staatsangehörigkeit erwerben, und will ihre Seßhaftmachung unmöglich machen. So dankenswert die Bestrebungen der Regierung, eine Stärkung des Polentums zu verhindern, auch sind, so schwer sind doch die Nachteile, die aus dieser Regelung gerade der Industrie erwachsen. In den Wintermonaten ist natürlich die Nachfrage nach Kohle und damit der Arbeiterbedarf besonders groß, und es ist außerordentlich störend, wenn gerade zu dieser Zeit ein Teil der Arbeiter abgegeben werden muß. Die Folge davon

Digitized by Google

war, daß die oberschlesische Industrie sich nach Ersatz für die Polen umsah. Diesen Ersatz fand sie in ruthenischen Arbeitern, die denn auch in steigendem Maße in der Industrie Beschäftigung finden. Aber der Tausch, den man damit gemacht hat, ist zunächst wenigstens recht ungünstig. Der ruthenische Arbeiter ist in seiner Heimat lediglich an landwirtschaftliche Arbeit gewöhnt und kann deshalb in der Industrie nur zu den allerniedrigsten Arbeiten, zu denen gar keine Vorkenntnisse gehören, verwendet werden. Die Verschiedenheit der Sprachen erschwert eine Verständigung mit den einheimischen Arbeitern und damit ein Zusammenarbeiten mit ihnen, zumal die Folge der nationalen Verschiedenheit eine ausgesprochene Abneigung des Oberschlesiers gegen den Ruthenen ist. Der Ruthene selbst fühlt sich bei der schwierigen, ungewohnten Arbeit sehr unwohl und sucht deshalb häufig unter Kontraktbruch so bald als möglich die Arbeit wieder zu verlassen. Für die Industrie bedeutet also die Beschäftigung von Ausländern in keinem Falle eine Annehmlichkeit. Die Beschäftigung der Polen leidet unter der ungünstigen Lage der Karenzzeit, die der Ruthenen unter der geringen Leistungsfähigkeit dieses Volksstammes. Wenn trotzdem eine erhebliche Zahl von Ausländern in der oberschlesischen Industrie beschäftigt wird — ihre Zahl beträgt etwa 16 bis 20 000 —, so geschieht das einzig und allein aus dem Zwange heraus, für die durch die Abwanderung schlesischer Arbeiter nach dem Westen entstehenden Verluste Ersatz zu schaffen. Für die inländische Arbeiterschaft freilich bedeutet die Heranziehung von Ausländern keinen Nachteil, sondern einen großen Vorteil, da die Ausländer die geringe, niedrig bezahlte Arbeit ausführen.

Das im Vorstehenden von der oberschlesischen Industrie entworfene Bild ist keineswegs sehr günstig. Unter sehr günstigen Verhältnissen arbeitet einzig und allein die Zinkindustrie infolge des großen Erzreichtums Oberschlesiens. Der Kohlenbergbau hat zwar Produktionsbedingungen, wie sie gleich günstig kaum ein anderer deutscher Bezirk aufzuweisen hat, aber seine Absatzverhältnisse sind infolge der ungünstigen geographischen Lage und der hohen Frachten außerordentlich schwierig. Die Eisenindustrie hat geradezu um ihre Existenz zu kämpfen. Um so mehr muß man bewundern, daß es durch deutsche Intelligenz und Schaffenskraft gelungen ist, die oberschlesische Industrie zu der Bedeutung zu bringen, die sie heute in der deutschen Volkswirtschaft einnimmt. Es ist zu wünschen, daß die Kenntnis von diesen Schwierigkeiten in immer weitere Kreise dringt und daß von seiten der Regierung alles geschieht, was nach Lage der Dinge geschehen kann, um die oberschlesische Industrie auch weiterhin lebensfähig zu erhalten.

Digitized by Google

II. Teil.

ÜBERSICHTEN

über einzelne Zweige der Polenfrage
und des ostdeutschen Wirtschaftslebens
1911/12

Digitized by Google

Digitized by Google

I.

Die Polenfrage in Rußland und Österreich.

Von **Otto Hoetzsch.**

Inhalt: Nationale und soziale Lage des ausserpreussischen Polentums S. 118. — Literaturangaben S. 119. — I. Das russische Polentum S. 120. — Entstehung und Entwicklung der Parteien, Liga Narodowa S. 120. — P. P. S.: S. 121. — Nationaldemokratie S. 121. — Ugodowcy S. 122. — Entwicklung seit 1905 S. 123. — Zugeständnisse der Regierung S. 124. — Westgebiet S. 126. — Cholmvorlage S. 127. — Einführung der Semstwos im Westgebiet und der Städteordnung im Zartum S. 128. — Schule, Religion, mariavitische Bewegung S. 129. — Verstaatlichung der Warschau-Wiener Bahn S. 129. — Wahlbewegung 1912 S. 130. — II. Das österreichische Polentum S. 130. — Ruthenische Bewegung und Parteien S. 131. — Polnische Parteien S. 131. — Demokratisierung S. 132. — Wahlen zum Reichsrat 1911 S. 133. — Reform des Landtagswahlrechts in Galizien S. 134. — Revolutionäre Bewegung S. 145.

Daß die russische und die österreichische Polenfrage auch in den Kreis dieser Übersichten gezogen werden, bedarf keiner besonderen Rechtfertigung. Denn die Zusammenhänge zwischen unseren Polen und ihren Stammesgenossen außerhalb des Reiches sind doch lebendig geblieben und heute noch lebendig, auch wenn wir uns, wie es der Fall ist, Jahrzehntelang darum nicht gekümmert haben: wie viele denken bei uns wohl darüber nach, was die Tatsache, daß es in Rußland rund 12½ und in Österreich rund 4 Millionen Polen gibt, für unsere Polenfrage, die es mit im ganzen 3½ Millionen zu tun hat, bedeutet? Dabei ist mindestens für den russischen Teil, also für die größere Hälfte aller in Europa sitzenden Polen, das Jahr 1863 dieselbe wichtige Caesur, wie für den unseren. Auch drüben ist die Verschwörertätigkeit der Emigration durch die „positive" Arbeit abgelöst worden, die auch diesen Teil in einem Menschenalter wirtschaftlich, sozial und geistig so völlig umgestaltet hat wie den unseren. Aber trotz dieser Umgestaltung, die hier und dort die Polen trotz allem immer stärker in das Leben des deutschen, bzw. russischen Staates hereingezogen hat, ist die Sprach- und Volksgemeinschaft zwischen ihnen doch heute noch da, lebendig und wirksam. Und ebenso bei den österreichischen Polen, so sehr diese sich in den letzten Jahrzehnten österreichisch-konservativ und kaisertreu gegeben und betätigt haben. Auch wenn heute keine sonderlich regen geistigen Wechselbeziehungen über die Grenzen hin und herfluten — wenigstens sind solche in großem Umfange für uns nicht erkennbar —, so muß doch ganz

Digitized by Google

selbstverständlich die Entwicklung der Polen außerhalb unseres Reiches auch auf die preußischen Untertanen polnischer Zunge reflektieren. Wie das geschieht und welche Fragen jeweils für das österreichische und russische Polentum wichtig geworden sind, davon soll hier gehandelt werden.

An einige wenige Tatsachen, die ja bekannt sind, muß einleitungsweise erinnert werden. Der russische Anteil des polnischen Volkes teilt sich in das sogenannte Zartum Polen oder Weichselgebiet, das national überwiegend polnisch ist, und die nach Osten daran stoßenden Gouvernements des sogenannten Westgebiets, in dem das Polentum eine historisch überkommene dünne Vormachtstellung im großen Besitz noch festhält gegenüber heute erwachenden Nationalideen der (litauischen, weiß- und vor allem kleinrussischen) eigentlichen Bevölkerung dieser Gegenden. Ebenso ist bekannt, daß das als absolut polnisches Land beanspruchte und heute noch regierte Galizien nur zur Hälfte von Polen, zur anderen aber von Ruthenen bewohnt wird, die in schärfster Feindschaft den Polen gegenüberstehen und Rückhalt finden an ihren 20—25 Millionen Stammesgenossen im südlichen Rußland (dort Kleinrussen oder Ukrainer genannt).

Ferner: im Weichselgebiet ist seit 1863 zu einem Adel, der die große Erschütterung dieses Jahres heute so ziemlich überwunden hat, entstanden ein starker, selbständiger und gesunder polnischer Bauernstand, der die Fruchtbarkeit des Bodens energisch und erfolgreich ausnutzt. Dazu eine auf die großen Naturschätze des Landes gegründete und mit deutscher und jüdischer Intelligenz und Kapitalkraft erzogene polnische Bourgeoisie — ich brauche absichtlich das Fremdwort — und dementsprechend ein Industriearbeiter-Proletariat um und in Warschau, in Lodz und besonders im südlichen Industrie-Zentrum von Dombrowa, von wo die gefährlichen Verbindungen mit dem geographisch ja eng verbundenen und gleichartigen Oberschlesien hinübergehen.

An Galizien dagegen ist diese moderne, kapitalistische Entwicklung bis in die Gegenwart so gut wie spurlos vorübergegangen: sehr wenig Industrie und daher fast kein eigenes Bürgertum, Adel und Bauern zwar rechtlich nicht mehr, jedoch tatsächlich — namentlich wo es sich um den ruthenischen Bauern handelt — sehr stark noch in den alten gutsherrlich-bäuerlichen Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnissen, deren Erhaltung der Szlachta zwar sehr bequem ist und für die sie kämpft, die aber den modernen Tendenzen wirtschaftlicher wie nationaler Art nicht mehr standhalten und so die Szlachta an der Wurzel ihres Seins bedrohen.

Das ist in ganz kurzen Zügen die nationale und soziale Lage in diesen außerdeutschen polnischen Gebieten, die das Kernland des Polentums darstellen und für die die preußischen Polen nur die Vorposten, zugleich aber auch der fortgeschrittenste und

Digitized by Google

disciplinierteste Teil sind. In der folgenden Übersicht über das Jahr 1911/1912 sollen nur die politischen Fragen dieser Teile behandelt, des Raumes wegen die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Ereignisse aber auf das nächste Jahr verschoben werden, zumal ein wenigstens kurzer historischer Rückblick doch notwendig ist.

Literaturangaben.

(p = in polnischer, r = in russischer Sprache.)

Cleinow, G., Die Zukunft Polens. Leipzig, 1908. I. Bd.
Dmowski, R., Gedanken eines modernen Polen, 1903. (p.)
— , Deutschland, Rußland und die Polenfrage. 1909. (p., r. und französisch [1]).
Essipow, W., Ökonomische und kulturelle Entwicklung des Zartums Polen seit 40 Jahren 1864—1904. Warschau, 1906. (r.)
Essipow, W., Das Weichselgebiet. Warschau, 1909. (r.)
Feldman, W., Politische Parteien und Programme in Galizien. 2 Teile. 1907. (p.)
Janschul, J. J., Umriß der historischen Entwicklung der Industrie im Königreich Polen. Moskau, 1887. (r.)
Luxemburg, R., Die industrielle Entwickelung Polens. Leipzig 1898.
Bielschowsky, F., Die Textilindustrie des Lodzer Rayons. Leipzig 1912.
Pogodin, A., Die Hauptströmungen der polnischen politischen Ideen 1863—1907. Petersburg, s. a. (r.)
Poznanski, I., Die Produktivkräfte des Königreichs Polen. Petersburg, 1880. (r.)
Rostworowski, Graf, Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse im Königreich Polen im 19. Jahrhundert. Jena, 1896.
Simonenko, S., Die Bauernreform im Königreich Polen, Posen und Galizien. 1890.
Sembratowicz, R., Polonia Irredenta. Frankfurt a. M. 1903.
Spassowitsch und Piltz, Tagesfragen im Zartum Polen. Petersburg, 1902. (r.)
Szujski, Die Polen und Ruthenen in Galizien. Wien, 1882.
Wasilewskij, L., Das zeitgenössische Polen und seine politischen Strömungen. Petersburg, 1906. (r.)

Die für unsere Zwecke wichtigsten Zeitschriften sind:
Świat Słowiański, (Die Slawische Welt), Monatsschrift herausgegeben von F. Konieczny, Krakau, im 8. Jahrgang.
Ukrainische Rundschau. Herausgegeben von W. Kuschnir. Monatsschrift in deutscher Sprache. Im 10. Jahrgang.

[1]) Eine deutsche Übersetzung, wenigstens im Auszug, soll in den Beiheften dieses Jahrbuchs demnächst erscheinen.

Digitized by Google

Okrainy Rossii (Die Grenzmarken Rußlands.) Wochenschrift in russischer Sprache. Im 7. Jahrgang.

I. Das russische Polentum.

Bis in die Mitte der achtziger Jahre hielt sich alles im Zartum der Politik fern. Das Bürgertum war von der Arbeit des Tages allzusehr in Anspruch genommen und auf geistigem Gebiete ging der Kampf noch zwischen den Romantikern und den Warschauer „Positivisten" (der sich bewusst von der romantischen betrauerten Vergangenheit ab- und dem modernen Realismus zuwendenden literarischen Richtung) weiter. Gegen Ende der 70 er Jahre war schon eine sozialistische Bewegung im Zartum entstanden, deren Führer vom liberalen Bürgertum herüberkamen, sich von der Politik aber auch noch fern hielten.

Das für die weitere politische Entwicklung Entscheidende ist nun, daß die polnischen Bauern durch die Russifikation aufgerüttelt wurden. Der Bauer fühlte zunächst keinen nationalen Antagonismus gegen Rußland, war im Gegenteil von einer gewissen Dankbarkeit erfüllt wegen der Durchführung der Agrarreform, die sehr zu seinen Gunsten geschehen war. Stutzig wurde er aber durch die Ausrottung der polnischen Sprache und durch die Behandlung der katholischen Kirche, an der er hing. Dazu kam noch der Eindruck der schlechten russischen Verwaltung, und wohl auch der Erfahrungen, die man aus der Wanderarbeit aus Deutschland mitbrachte. Alles dies wirkte auf den Bauern des Zartums so weit ein, daß er seit Ende der achtziger Jahre in der Hauptsache aufhört, „der einzige Schutz der russischen Herrschaft zu sein". (So war der landläufige offizielle Ausdruck.) Damit war der Boden vorbereitet für die politische Einwirkung. In den Klassen der Handwerker und der Arbeiter lebte die Erinnerung an den Aufstand noch fort, an dem ja diese Klassen in Warschau einen sehr tätigen Anteil genommen hatten. Hier brauchte also nur an die vorhandene Tradition angeknüpft zu werden. Schließlich kam das harte Regiment Gurkos 1883—94 hinzu, um seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die politische Gleichgültigkeit in den verschiedenen Klassen durchaus verschwinden und eine polnisch-nationalistische Bewegung mit bestimmten politischen Zielen heranwachsen zu lassen.

Der Glaube an die Zukunft war von einer anderen Seite schon seit längerem wieder belebt worden. In Krakau fand 1879 eine nationale Manifestation unter der literarischen Firma von Kraszewski, 1882 eine politische unter S. Milkowski, der unter dem Namen Theodor Thomas Jeż schrieb, statt. Diese Bewegung mündete 1886/87 ein in die Gründung der Liga Narodowa[1]), einer geheimen patriotischen Organisation, in der das Zentral-

[1]) Die noch heute bestehende bekannte Organisation.

Digitized by Google

komitee von 1862 wieder aufleben und die die Wiederherstellung Polens in den alten Grenzen anstreben soll. Zugleich wollte man Gelder für einen neuen Ausbruch sammeln, die in einem in der Schweiz unterzubringenden Nationalschatz zu konzentrieren seien[1]). Damit wurde der alte revolutionäre Patriotismus wieder neu belebt und erfaßte Anfang der neunziger Jahre einen beträchtlichen Teil der Intelligenz. Aus der Gärung und Unbestimmtheit der politischen Empfindungen und des politischen Wollens kommt man dann auf gebahntere Wege zuerst in der Arbeiterschaft. Man kann sagen, daß die erste Feier des 1. Mai (1890) in Warschau der Geburtstag des politischen Lebens im Zartum überhaupt nach dem Aufstande ist. Diese Maifeier war der offensichtliche Ausdruck dafür, daß die Arbeiterbewegung, die schon vorher Streiks und dergleichen gezeitigt hatte, sehr in Fluß gekommen war. 1892 ist es ja dann in Lodź schon zum Blutvergießen gekommen. Mit dieser Zeit wird man allgemein in der Arbeiterschaft ergriffen von der Notwendigkeit der Begründung einer eigenen großen Partei. Ein in Paris abgehaltener Kongreß dieser Arbeiterwelt hat die Partei auch ins Leben gerufen, die unter der Bezeichnung P. P. S. (Polska Partya Socialystów) bekannt geworden ist. Im Jahre 1893 ist diese erste der großen polnischen Parteien im Zartum entstanden. Sie wollte den Kampf gegen den Kapitalismus führen, wie jede Arbeiterpartei, zugleich aber auch für die Befreiung vom gegenwärtigen politischen Joch kämpfen. Ausgang des Kampfes und sein Mittel sollte sein, wie man wohl nicht anders erwarten kann, dieRevolution. Die Liga Narodowa hat das zunächst mit unverhohlener Freude begrüßt, aber dieses Gefühl hat sich sehr bald in offene Feindschaft umgekehrt, und feindlich sind die Beziehungen zwischen Liga und P. P. S. bis heute geblieben. Der Grund war, daß dieses neue Vordringen der Jugend das Prestige der Liga, in der im Grunde doch nur die alte Aufstandsbegeisterung der Szlachta neu auflebte, sehr zurückdrängte.

Unter dem Einflusse der Liga schlossen sich dagegen nun die stark nationalen Kreise zusammen in der Nationaldemokratie. Ihr Programm ist 1886 erschienen. Es spricht sich für die Unabhängigkeit von der Gegenwart aus und von den gegenwärtigen politischen Bedingungen, die Schritt für Schritt erkämpft werden sollte.

Soweit gedieh die Parteientwicklung unter Alexander III. Die Arbeiter, ein Teil der Intelligenz, der große Teil der fortschrittlichen Jugend gehörte zur P. P. S. Der Hauptteil der Intelligenz, das kleine Bürgertum und der geringe Prozentsatz an Bauern, der überhaupt schon gewonnen war, zur Nationaldemokratie. Außer-

[1]) Heute in Rapperswyl in der Schweiz.

Digitized by Google

halb standen noch für sich das Großbürgertum und die Großgrundbesitzer, und beide Gruppen sind fast bis zur zweiten Hälfte der neunziger Jahre gegen jede politische Tätigkeit gleichgültig gewesen. Ihre politische Organisation beginnt erst mit der Thronbesteigung Nikolais II. und den Hoffnungen, die sich an ihn knüpften. Da entsteht die dritte Gruppe der U g o d o w z y. Der Ansatz zur Entstehung dieser „Versöhnler" — der Name kommt ja von Ugoda: die Versöhnung — liegt schon in der zweiten Hälfte der 70 er Jahre. Das Programm der „Versöhnung mit dem Geschick" ging, wie sich denken läßt, zunächst hervor aus dem Kreise jener Positivsten, wozu dann der Druck der kapitalistischen Entwicklung und die Aussicht auf die östlichen Märkte kam. Seit 1881 gab es als Organ des Großgrundbesitzes dafür das heute noch bestehende und von Erasmus Piltz geleitete „Slowo", seit 1882 die von demselben Piltz begründete und geleitete Wochenschrift „Kraj"[1]). Das Blatt war das Sprachrohr des Teiles der polnischen Adels, der sich der russischen Regierung annähern wollte und für den die galizische Aristokratie das Vorbild war, die sich mit dem Geschick versöhnt hatte und dafür eine so bevorrechtete Stellung eingetauscht hatte. Vom Bürgertum kamen dazu die vielen fremden Elemente, die mit dem polnischen Nationalismus garnichts gemein hatten, auch wenn sie polonisiert wurden, die unter dem Schutze der russischen Regierung und ihrer Zollpolitik standen und die durch die Besorgnis vor der anschwellenden Arbeiterbewegung erst recht auf die Seite der Regierung getrieben wurden. So entsteht im Adel und in dem großen Bürgertum eine Richtung, die darauf ausgeht, daß man sich mit den bestehenden Zuständen abfindet. Diese Richtung wird von großer Wichtigkeit, als der Thronwechsel eintritt. Man agitierte für Loyalität und Aufgabe alles Separatismus. Das führte zunächst alle Elemente in dieses Lager zusammen und drängte die Nationaldemokratie zurück. Aber der Besuch Nikolais in Warschau brachte eine Enttäuschung, das bestehende Regime wurde nicht geändert, und als die P. P. S. den Geheimbericht des Generalgouverneurs Imeretinski veröffentlichte, sah man, daß darin die Besorgnis vor der Opposition im polnischen Volke ausgesprochen war und mancherlei Vorschläge für Reformen gemacht wurden, daß aber die Gruppe der Versöhnlichen von dem Generalgouverneur überhaupt nicht beachtet wurde. Das hatte die Wirkung, dass nunmehr am Ende der neunziger Jahre die Nationaldemokratie wieder in die Höhe kommt, und diese richtete jetzt ihre Agitation auf die Bauern. Das Eintreten vieler neuer Elemente hatte in der Nationaldemokratie die weitere Folge, daß sie ihren früheren politischen und sozialen Radikalismus sehr stark aufgab, wie das

[1]) Eingegangen am 1. August 1909.

Digitized by Google

an ihrem Organ, dem „Przegląd wszechpolski", gut zu erkennen ist. Man sieht daraus, wie die Aufstandshoffnungen nach und nach einfach zur Phrase werden. Die Nationaldemokratie ist bald nicht mehr radikal und gewinnt dadurch außerdem an Möglichkeit, sich der katholischen Geistlichkeit zu nähern. Ihr Programm vom Jahre 1903 macht geradezu einen klerikalen Eindruck. Der Hauptkampf, den sie führte, war gerichtet gegen die P. P. S., die das ganze Land überschwemmte und dort die Nationaldemokratie bekämpfte.

Als dann in Rußland die neue politische Bewegung stärker und stärker wurde, wird diese zunächst von den Versöhnlichen aufgenommen, die Anknüpfung mit ihr suchten. Damit findet nach einem Menschenalter der Entfremdung wieder eine Berührung der russischen und polnischen Gesellschaft statt. Freilich zeigte sich dabei, daß die russischen Konservativen gegen die ganze polnische Frage von äußerster Feindseligkeit waren. Dadurch wurden die Versöhnlichen zu den Liberalen hinübergetrieben und kamen dadurch in eine zwiespältige Stellung zum russischen Staate. Die Nationaldemokratie hielt die russische Oppositionsbewegung für ganz erwünscht, hielt sich aber noch von ihr fern.

Nun brach der Krieg Rußlands mit Japan aus. Die Nationalliga dachte zunächst daran, den Augenblick für eine bewaffnete Erhebung auszunutzen, hat aber schon 18 Tage nach Beginn des Krieges selbst gemahnt, Frieden zu halten. Der Grund war die unveränderte Art der militärischen Besetzung des Landes.

Die P. P. S. dagegen benutzte die Gelegenheit, um sich jetzt völlig revolutionär zu gebärden, und neben ihr traten ebenso auf die S. D. P. S. (eine Organisation der Arbeiter für das Zartum und Litauen) und vor allem der sogenannte „Bund", der die jüdisch-polnische Arbeiterschaft zusammenfaßte. Erklärlich war, daß dadurch die Intelligenz, die sich noch zur P. P. S. gezählt hatte, nunmehr sich von ihr loslöste. Die beiden anderen Richtungen verhielten sich zunächst noch passiv. Sie waren gegen einen Aufstand und gegen alle Manifestationen und richteten sich nur auf die großen Veränderungen ein, die der Krieg bringen konnte. Ebenso wurden von der Nationaldemokratie auch keine Sympathie-Kundgebungen für den Krieg veranstaltet, während die Versöhnlichen mit dem Metropoliten an der Spitze sich durch die Einführung eines polnischen Lazaretts für den Krieg hervortaten. Als dann aber die russischen Niederlagen nicht abrissen, änderte die Nationaldemokratie ihre Taktik. Sie nahm teil an der Parteikonferenz der Revolutionäre und Oppositionsparteien in Paris und begann, wie man es nannte, einen Kampf ums Recht. Darunter wurde zunächst verstanden der Einfluss auf die Selbstverwaltung der Gmin, und damit wurde eine weitgehende Verschwörung unter den Bauern möglich. So haben am 13. November 1904

Digitized by Google

bei Gelegenheit der zweiten Mobilisierung Demonstrationen stattgefunden, ferner 1905 ungeheure politische Streiks, entsprechend den Petersburger Bewegungen, die von der P. P. S. ausgingen. Am 5. November 1905 fand in Warschau ein riesiger patriotischer Umzug statt. Der ganze Winter hindurch ist dann von Unruhen, Putschen und Judenpogroms erfüllt gewesen. Aus dem ganzen Wirrwarr war das aber doch immerhin klar, daß man auf eine Losreißung von Rußland auch in den extremsten Kreisen nur sehr ausnahmsweise hinstrebte. Man wollte möglichst weitgehende Selbständigkeit, aber innerhalb Rußlands. Eine ganze Reihe von Programmen sind dafür ausgearbeitet worden. Sie lassen sich in dem einen Schlagworte der Autonomie zusammenfassen und gingen auf diese Ziele aus: ein organisches Statut mit einem Landtag und einem allgemeinen Wahlrecht, mit Herrschaft des Polnischen und der Polen in Schule, Gericht und Verwaltung. An mehr ist auch in den schlimmsten Zeiten von 1905/06 nicht gedacht worden.

Wie in Rußland überhaupt, so zwang auch hier die allgemeine Unruhe die Regierung zu Zugeständnissen, es waren die folgenden:

1. Das Toleranzedikt vom April 1905, das vor allem in den von Unierten bewohnten Gebieten von Bedeutung war, die damit zu ihrer Kirche zurückkehren durften,
2. die Bestimmungen des Ministerrates vom April/Mai 1905,
3. die Gestattung des Landerwerbs durch Polen im Westgebiet,
4. größere Freiheit in Sachen der Zensur und Versammlungen,
5. vor allem die Möglichkeit des polnischen Privatunterrichts, wofür man im August 1906 die „Macierz Szkolna" gründete [1]).

Ferner kamen die allgemeinen politischen Zugeständnisse auch den Polen zugute, also namentlich die Berufung eines Parlaments. Da konnten sich nun im Wahlkampfe die Parteien mit einander messen. Aber in den Wahlen zur ersten Duma haben sich die Sozialisten der Abstimmung enthalten, wodurch es den Nationaldemokraten möglich wurde, an erste Stelle zu kommen. Ihnen gegenüber standen die Versöhnlichen, die sich jetzt die Partei der Realisten nannten. Die erste Duma hat 34 oder 36 Abgeordneten der Polen gezählt, die zweite desgleichen. Die dritte zählte dagegen nur 13 [2]).

Schon in dieser Zahlenverschiebung kommt zum Ausdruck, daß die Zugeständnisse, die die russische Regierung den Polen im Laufe dieser Wirren hat machen müssen, nach und nach auf dem Wege der Verwaltung illusorisch gemacht worden sind. Es

[1]) Diese ist im Dezember 1907, weil sie angeblich ihren Wirkungskreis überschritten hatte, wieder aufgelöst worden.

[2]) Das Kolo der Duma ist ganz in den Händen der Nationaldemokraten, während die Sitze im Reichsrat von Realisten eingenommen werden.

Digitized by Google

ist heute wohl ganz unmöglich zu sagen, welche überhaupt noch gelten, und inwieweit die einzelnen Zugeständnisse praktische Bedeutung gewonnen haben.

Die Gesamtbetrachtung der politischen Entwicklung ergibt also heute die Organisation von verschiedenen Parteien, die sich untereinander auf das heftigste befehden, deren sozialer Untergrund aber zu deutlich ist, als daß die eine oder andere Richtung sich wesentlich verschieben könnte. Wichtiger noch ist, daß diese ganze politische Bewegung die Gelegenheiten des japanischen Krieges und der Revolution nicht benutzt hat zu einer großen revolutionären Erhebung, daß sie sich im Gegenteil die gewaltige Verminderung ihres politischen Einflusses von der ersten zur dritten Duma durch das Wahlgesetz vom Juni 1907 ohne merklichen Widerstand hat gefallen lassen. Darin kommt die politische Folge der wirtschaftlichen und sozialen Umbildung im Zartum zum Ausdruck. Das kapitalistische Interesse der neuen Schichten schiebt die alte polnische nationale Idee zurück und begnügt sich zunächst mit dem geringen Maß von Freiheit, das die Revolution gebracht hat, mit der Tatsache, daß man in der Fraktion der Duma wenigstens ein Mundstück für seine Wünsche hat, und begnügt sich schließlich mit der intellektuellen Überlegenheit und dem Einflusse, den der Adel in Petersburg immer noch hat.

Diese Lage macht verständlich, daß es nicht möglich ist, ein ganz klares Bild von den heute geltenden politischen Anschauungen im Zartum zu geben. Eine Betrachtung der beiden bedeutendsten politischen Köpfe, Erasmus Piltz' und Roman Dmowskis [1]), ergibt ungefähr das folgende: Ohne die Hoffnungen auf ein neues selbständiges Polen aufzugeben, kann und will man auch nicht hindern, daß diese doch allmählich verblassen. Man kommt durch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr in das russische Leben hinein und spürt überall sehr angenehm, wie sich dabei die Überlegenheit der Polen eigentlich in jeder Beziehung über den Russen geltend macht. Von der anderen Seite kommt der Liberalismus, der ja mit seinem Gegensatz gegen die Autokratie unmittelbar für das Polentum arbeitet, und das neue Erwachen der panslavistischen Idee (des sogenannten Neu-Panslavismus) entgegen. Damit wird der Reiz, sich zunächst mit dem Geschicke zu versöhnen, in den oberen und mittleren Schichten immer stärker, während die Arbeiterschaft in der Hauptsache der revolutionären Sozialdemokratie verfallen ist und das Bauerntum tiefer gehendem nationalen Denken noch fern steht. Gegen diesen Reiz, Verständigung und Versöhnung zu suchen, wirkt das wieder entstandene straffe und bedrückende russische Regiment und

[1]) In einem der Beihefte zu diesem Jahrbuch soll das ausführlicher und mit Übersetzungen aus ihren Schriften geschehen.

Digitized by Google

der es bestimmende großrussische Nationalismus. Da dieser auch den russischen Liberalismus, von dem die Polen der Duma so wie so schon in der Hauptfrage, der agrarischen, auf das schärfste getrennt waren, ergreift, ist das Zusammengehen mit diesem und damit auch der Neupanslavismus wieder erheblich gestört worden. So sind die einzelnen politischen Richtungen der Polen im Weichselgebiet im Jahre 1911/12 wohl klar. Von einem Zusammengehen ist keine Rede, weil keine Einigkeit über das Ziel herrscht. Ebenso ist auch, von der Arbeiterschaft abgesehen, von einer revolutionären Energie keine Rede, und soweit die russische Verwaltung überhaupt politisches Leben und Diskussion zuläßt, sind diese matt, zerfahren und wartet man in der Hauptsache ab.

Nur einige Bemerkungen über das Westgebiet.

Unter Westgebiet versteht man Litauen, Wolhynien, Podolien usw., die neun Gouvernements, die an der Ostgrenze des Zartums zwischen den Ostseeprovinzen und dem Schwarzen Meer entlanglaufen [1]). Hier ist die Lage für die Polen so, daß die Oberschicht, d. h. der Adel, in der Hauptsache polnisch ist, ein Bürgertum überhaupt nicht existiert und die Bauernmasse im wesentlichen litauisch, weißrussisch oder kleinrussisch ist. Das ergibt eine Lage also, die der deutschen in den Ostseeprovinzen sehr ähnlich ist, und in diesen Gegenden ist die Russifizierung daher am stärksten gewesen. Nach der Statistik gibt es in Grodno 10,8 Prozent, Kowno 9,1 Prozent, Wilna 8,2 Prozent, Wolhynien 6,2 Prozent, Witebsk 3,4 Prozent, Minsk 3,1 Prozent, Podolien 2,3 Prozent, Kiew 1,9 Prozent und Mohilew 1,1 Prozent der jeweiligen Gouvernements - Bevölkerung Polen. Die Zahl ist indes wohl größer, als die amtliche Statistik zeigt. Es handelt sich also hier bei den Polen nur um eine dünne Schicht, die freilich durch ihre soziale Stellung einen großen Einfluß ausübt; die Hälfte des landwirtschaftlich benutzten Bodens in Litauen ist in ihrer Hand. Deswegen herrschen hier auch die Realisten.

Die Kleinrussen gehören in den großen Zusammenhang der ruthenischen Frage. Die Litauer sind noch nicht vier Millionen stark, haben keinen Adel und kein Bürgertum und sind eben daran, einigermaßen zur Selbstbesinnung zu kommen. Diese vollzieht sich auf religiösem Gebiete und in dem Kampfe um die Sprache auf diesem Gebiete, der meist von Geistlichen geführt wird. Von den Weißrussen sind zwei Millionen katholisch, sechs Millionen orthodox. Daraus ergibt sich eine selbstverständliche Spaltung, die die Polen natürlich zu benutzen streben. Während bei Litauern und noch mehr bei Weißrussen eine nationale Bewegung erst in

[1]) Ausserhalb des Westgebietes sind die Polen noch zahlreich in Petersburg und im Innern des Reiches, wo sie als Verbannte und namentlich als Intelligente ziemlich verbreitet sind.

Digitized by Google

den allerersten Anfängen liegt, ist das Polentum im Westgebiet stark bei der Arbeit, sich zu festigen[1]). Es hat durch die Aufhebung des Verbots des Landerwerbs freie Hand erhalten, und von Wilna aus arbeiten mit den bekannten Mitteln der Gegenwart landwirtschaftliche Vereine, Parzellierung, Agrarbank usw., um seine Stellung zu erhalten und zu festigen. So ist zum Beispiel die Stadtverwaltung in Wilna ganz polnisch, obwohl die Nationalitäten in dieser Stadt sich ungefähr die Wage halten. Auch die Ansätze der Industrie sind in der Hand der Polen und des polnischen Adels. Zu nennen sind da besonders die Grafen Tyszkiewicz und Tiesenhausen. Die bedeutendste Persönlichkeit ist aber der Direktor der Wilnaer Agrarbank, Montwill, der dem entspricht, was der Prälat Wawrzyniak im preußischen Anteil war.

Die brennendsten Fragen nun, um die das Polentum 1911/12 kämpfte, sind:

1. die sogenannte vierte Teilung, d. h. die Frage der Bildung eines neuen Gouvernements Cholm aus den Teilen der Gouvernements Lublin und Siedlec, die sehr stark russisch bevölkert sind,
2. die Einführung der Semstwos im Westgebiet,
3. die Einführung der Städteordnung im Zartum und
4. die Schul- und Religionsfrage und die mariavitische Bewegung,
5. dazu die Wahlen zur vierten Duma und
6. die Verstaatlichung der Warschau-Wiener Bahn.

Darüber ist das folgende zu berichten: Der großrussische Nationalismus, der heute in der Reichspolitik und im russischen Parlamente maßgebend ist, bestimmt auch die russische Polenpolitik. Im einzelnen scheint davon besonders das seit 1905 entstandene polnische Schulwesen getroffen zu werden; doch vermag ich nicht aus den bekannt gewordenen Einzelheiten ein zusammenfassendes Bild zu geben. Dagegen ist deutlich, wie diese Politik gesetzgeberisch vorgeht. Vor allem ist die nun Jahrelang erörterte sogenannte Cholmvorlage nach erbitterten Kämpfen im Juli 1912 Gesetz geworden. Dadurch ist von Südostpolen aus Teilen der Gouvernements Siedlec und Lublin ein neues Gouvernement Cholm gebildet worden, das, weil nach Ansicht der Regierung und Duma- wie Reichsratsmehrheit historisch und ethnographisch russisch, nicht mehr in den Bestand des Gouvernements Warschau gehören soll. Dagegen waren natürlich die Polen, für die die ethnographische Frage bei diesem gemischten Gebiet nicht so schnell im russischen Sinne entschieden war, und der Generalgouverneur von Warschau aus militärischen Gründen. Das neue

[1]) Hauptpresseorgan ist der „Kuryer Wilenski" in Wilna.

Digitized by Google

Gouvernement ist aber aus dem Bereich des Generalgouvernements herausgenommen worden und wird direkt dem Ministerium des Innern unterstellt. Ob das notwendig und praktisch war, kann uns gleichgiltig sein. Die russischen Polen betrachten diesen Ausgang jedenfalls als schwere Niederlage; es wird ja auch dadurch der bisherige nationale Zusammenhang mit der polnischen Minderheit im Cholmer Gebiet zerrissen und diese der Gefahr der Entnationalisierung ausgesetzt. Die Erregung darüber hat auch die nichtrussischen Polen erfaßt und zu einer sehr bemerkenswerten allpolnischen Kundgebung veranlaßt. Der als allpolnischer Agitator bekannte Lemberger Suffraganbischof Bandurski und der aus Posen stammende Dichter Johann Kasprowicz, (also Posen und Galizien vereint) traten sofort an die Spitze einer Sammlung für eine Cholm-Spende, die die Cholmer Polen und Katholiken im Kampfe stützen soll. Der Aufruf, zu dieser Sammlung in Preußen beizutragen, wurde dort mundgerecht und verständlich gemacht als Dank — für Wreschen (so der Posener Orędownik, 6. August 1912; Erinnerung an die allpolnische Sammlung aus Anlaß des Wreschener Schulkrawalls 1901). Interessant war nun, daß dieser leidenschaftliche Aufruf übereinstimmend von der kleinen Gruppe konservativ-versöhnlicher Polenblätter (Warschauer „Slowo", s. o., Krakauer „Czas" und Posener „Dziennik Poznanski") als höchst inopportun und wirkungslos abgelehnt wurde, worauf sofort der übliche scharfe Angriff der nationaldemokratischen Presse, die sich natürlich begeistert dieser allpolnischen Kundgebung angeschlossen hatte, auf die versöhnungsgeneigte Minderheit erfolgte.

Die zweite wichtige Frage war die Einführung der Selbstverwaltung (Semstwo) im Westgebiet, die nach einem Staatsstreich durch Ukas vom 11. April 1911 erfolgte. Seit Mai 1911 haben also diese neuen Gouvernements dieselbe Selbstverwaltung wie das eigentliche Rußland, während das Zartum Polen deren noch entbehrt. Der Hauptpunkt, um den sich dabei die Debatte drehte, war die Sicherung der russischen Nationalität. Diese ist auch durch ein Kuriensystem herbeigeführt worden. Das Interesse des eigentlichen polnischen Volkes an dieser Frage ist naturgemäß nur gering, während nunmehr das Zusammenarbeiten des polnischen Adels mit dem russischen in diesen Selbstverwaltungskörpern die schon vorhandene Neigung des Adels zur Versöhnlichkeit steigern wird.

Wichtiger für das polnische Volk ist die Frage der Städteordnung im Zartum, die freilich bisher aus dem Stadium des Entwurfes nicht herausgekommen ist, und daher erst in der vierten Duma gelöst werden wird. Der Entwurf sieht eine russische, eine polnische und eine jüdische Kurie vor, deren Anordnung für die Polen günstig, für die Juden ungünstig zu sein scheint. Auch

Digitized by Google

wenn die Bevormundung durch die Regierung in dieser Städteordnung sehr weit gehen würde, würde doch die Einführung eine Erweiterung der Selbstverwaltung sein und eine Möglichkeit etwas freierer Betätigung, die schon deshalb nicht zu unterschätzen ist, weil es an russischen Kräften für die städtische Gemeindeverwaltung vollständig fehlt und die ländliche (in der Gmin) schon längst völlig in der Hand der polnischen Bauern und (in der nächst höheren Stufe der Gromada) der Bauern und Gutsbesitzer zusammen ist.

Bezüglich der Schulfrage ist das wesentlichste schon gesagt. Zu berichten ist noch, daß im polnischen Lager allgemein die Aufhebung des Boykotts der Universität Warschau gefordert wird. Dieser ist seit 1905 ziemlich entschieden durchgeführt worden und hat in seinen Wirkungen lediglich die Polen getroffen, indem er einen Mangel an polnischen Ärzten und eine Verminderung der polnischen Rechtsanwälte herbeigeführt hat. Indessen ist bisher der Ruf nach Aufhebung des Boykotts bei der Jugend wirkungslos verhallt. In Sachen der Religionsfrage wirkt vor allem im Westgebiet das Toleranzedikt nach mit der massenhaften Rückkehr der zwangsweise zur orthodoxen Kirche Übergetretenen zu ihrer alten römisch-katholischen Kirche. Dagegen wird die sogenannte Mariavitische Bewegung sichtlich eine immer größere Gefahr für die offizielle römische Kirche. Diese Bewegung (1905 entstanden) stellt eine Art Altkatholizismus dar, die erst einen sehr unangenehmen phantastisch-sektiererischen Charakter trug, jetzt aber die abstoßenden Formen der Verehrung der Stifterin Maria Koslowa abgestreift hat. Die Bewegung hat dadurch an Solidität gewonnen, daß sie einmal den Zusammenhang mit der altkatholischen Bewegung überhaupt gefunden hat[1]) und andererseits die Unterstützung der russischen Regierung, der jede Beeinträchtigung der Macht der römischen Kirche und jede Lockerung des Bundes zwischen Polentum und Katholizismus nur angenehm ist. Hinzu kommt schließlich, um die Lage der katholischen Kirche weiter zu erschweren, die kirchenfeindliche Stimmung der Nationaldemokratie, die hier wie ja auch im preußischen Anteil beobachtet wird.

Ein bitter empfundener Schlag ist weiterhin dem Polentum dadurch zugefügt worden, daß auf Beschluß des Ministerrats die bekannte große Warschau—Wiener-Bahn (die Linien von Warschau nach Alexandrowo—Kalisch—Granica—Lodź) vom 1./14. Januar d. J. verstaatlicht worden ist. Die Gründe waren nach dem Bericht über die Verstaatlichungs-Motive finanzieller Natur. Die

[1]) Ihr Bischof Michael Kowalski wurde vom geistlichen Oberhaupte der Altkatholiken geweiht. Mittelpunkt der Mariaviten ist Plozk, ihre Zahl dürfte zwischen 2 und 300 000 sein.

Digitized by Google

Hauptsache ist aber natürlich das nationalistische und demnächst das strategische Motiv. Die Bahn beschäftigte nicht weniger als 18 600 Beamte, Angestellte und Arbeiter ausschließlich polnischer Nationalität; diese werden nach und nach durch russische ersetzt, was — die Familienmitglieder mitgerechnet — sicherlich noch 60—70 000 Personen außerdem trifft. Zudem wird befürchtet, daß der Übergang der Bahn an die Regierung die polnische Industrie sehr schädigen wird, da die Regierung es jetzt in der Hand hat, den alten Gegensatz zwischen der Moskauer und Lodzer Industrie durch die Eisenbahntarife zu Gunsten der ersteren zu beeinflussen.

Was schließlich die Wahlbewegung anbetrifft, so war diese matt und gleichgültig. Die Wahlreform von 1907 hat die Zahl der Abgeordneten aus dem Zartum von 36 auf 13 herabgedrückt, von denen je einer aus den 10 Gouvernements, zwei aus Warschau und einer aus Lodź gewählt wird. Da aber einer der Warschauer Abgeordneten von der russischen Kurie gewählt wird, und das Gouvernement Suwalki einen Litauer wählt, beschränkt sich die Vertretung der Polen in der Duma auf 11 Abgeordnete. Weil dies ziemlich wenig ist und außerdem diese 11 Mandate sicher sind, gab es keine eigentlichen Wahlkämpfe. Für die Erfolglosigkeit der polnischen Fraktion in den drei Dumen gibt die öffentliche Meinung nun der Nationaldemokratie die Schuld, sodaß die Partei heute nicht mehr wie bei den früheren Wahlen das Land in der Hand hat. Außerdem haben innere Zänkereien ihre Stellung geschwächt. Indessen wird sie doch ihre Stellung in der Duma behaupten, da sie von den Realisten unterstützt wird und sonst keine gefährlichen Gegner hat.

II. Das österreichische Polentum.

Seit 1867 ist Galizien ein völlig von Polen autonom beherrschtes und ausgenutztes Kronland geworden, das in recht loser Union mit dem Gesamtstaat steht. Der Lohn für die Autonomie des Landes war die Stellung von rund 70 Polen im Reichsrat, auf die die Regierung immer zählen konnte. Bei dieser Lage der Dinge konnte eine ruthenische Bewegung politisch weder im galizischen Landtag noch im Reichsrat sehr viel mit ihren nationalen und kulturellen Wünschen ausrichten. Sie hat sich daher, seit sie etwa 1894, mit der Lemberger Landesausstellung, sich stärker entzündete, vornehmlich auf die wirtschaftliche Erstarkung und auf den Kampf um die Schule bis hinauf zu den ruthenischen Lehrkanzeln an der Universität Lemberg gerichtet. Die Sezession von 600 ruthenischen Studenten von der Lemberger Universität 1901 und der Feldarbeiterstreik 1902 waren zwei bedeutende Epochen in dieser Bewegung. Sie zeigten, wie stark sie schon geworden war und wie tief bereits der Haß in diesem erwachenden, nur von seinen Geistlichen geführten Bauernvolke, das keinen Adel und kein Bürgertum und erst die Ansätze zu einer Intelligenz hat, sitzt. Und mehr und mehr ist der Kampf, den es im Lande gegen das Polentum führt,

Digitized by Google

die Signatur des politischen Lebens in Galizien geworden, die ebenso die den Mittelstand darstellenden Juden, wie die sich gleichfalls gegen die Polen sammelnden deutschen Elemente des Landes anerkennen müssen.

Die ruthenische Bewegung hat politisch sich ihre Organisationen gegeben in einem Volksrat und in den ruthenischen Gruppen im Reichsrat und Landtag in Lemberg. Es versteht sich von selbst, daß sie nationaldemokratisch sein muß, aber in ihr kämpfen immer noch die beiden alten Richtungen, die eine, die im Anschluß an Rußland Hilfe sucht und in der Berührung mit den russischen Panslawisten, die sog. altruthenische Strömung, die, was sich begreifen läßt, auch in Rußland selbst große Unterstützung findet [1]). Die andere Richtung [2]) tritt für eine Selbstständigkeit der ukrainischen (ruthenischen) Zukunft ein, die freilich für den russischen Anteil der Ruthenen sehr unklar ist [3]). Für Galizien lautet das Programm dagegen sehr klar: während die Polen Autonomie des Landes forderten und erhielten, fordern die Ruthenen Autonomie der Nationalitäten und eine Teilung Galiziens nach den Bedürfnissen der beiden Nationalitäten.

Die ganze Bewegung unter den Ruthenen ist nun aus der platonischen Art herausgekommen seit 1907, als das allgemeine Wahlrecht ihr gewissermaßen die Ventile öffnete. Dieses Wahlrecht hat die Stellung des Polenklubs im Reichsrat in seiner bisherigen Geschlossenheit einfach zertrümmert, wie folgende Übersicht über die Parteiverhältnisse des 1907 gewählten und 1911 zu Ende gegangenen Reichsrats zeigt. Sie gibt zugleich auch die heute vorhandenen politischen Richtungen unter den österreichischen Polen wieder.

Im Reichsrate saßen von 1907—1911 3 Allpolen oder polnische Nationaldemokraten, an Zahl wenig, an Einfluß bedeutend; zu ihnen gehört z. B. Gląbinski. Es ist der Kreis, der engere Beziehung mit den russischen Nationaldemokraten, also

[1]) Wie beim Grafen Bobrinski u. a. — Ihr Organ ist der seit 1880 in Lemberg erscheinende „Halitschanin".

[2]) Ihr Organ ist das Lemberger Tageblatt „Dilo", sowie die deutsch erscheinende „Ukrainische Rundschau". S. bes. die Schrift des 1905 verstorbenen publizistischen Vorfechters dieser Richtung Roman Sembratowycz: „Polonia Irredenta", ferner Wl. Kuschnir: „Der Neupanslawismus". (Frankfurt a. M. 1909.)

[3]) Wie weittragend in Russland die kleinrussischen Programmforderungen sind, dafür sei als Beleg das Programm für die Dumawahlen von 1912 mitgeteilt: „Einführung der ukrainischen Vortragssprache in allen Schulen auf dem Boden der Ukraine; Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache mit der grossrussischen in diesem Gebiet, somit das Recht der Benutzung dieser Sprache bei Gericht, in der Kirche und in der Verwaltung; Änderung des jetzigen russischen Finanzsystems, das die Produktion der Ukraine zugunsten des grossrussischen Gebietes ausbeute; Unabhängigkeit der ukrainischen Kirche und die volle Autonomie der Verwaltung der Ukraine, gemäss dem Vertrag von Perejaslavl im Jahre 1654".

Digitized by Google

auch Dmowski, hat; sein Organ ist das „Slowo Polskie". Dann kommen 15 konservative Polen, deren Organ der „Czas" ist, die die eigentlichen Interessen der Szlachta vertreten. Ferner 15 Mitglieder des polnischen Zentrums, wobei einer für Österreich-Schlesien mit gerechnet ist; die alte Gruppe des Priesters Stojalowski. Es gab nämlich schon seit 1886 eine demokratische Partei, die gegen den hohen Adel den Vorwurf erhob, daß er zu einem modernen Wirtschaftsleben nicht fähig sei, und eine Bauernpartei wurde von dem genannten Priester in christlich-sozialer Art gegründet. Weiter folgen 22 Demokraten, die sog. Krakauer, also die Vertretung der Städte und der Intelligenz, und schließlich 16 Mitglieder einer „Volkspartei", das heißt einer Partei der kleinen Bauern, die Stapinski führt.

Für sich standen 6 Sozialdemokraten, worunter 2 für Schlesien, die aber Polen waren.

Diesen polnischen Parteien gegenüber standen 5 Altruthenen (die russophile Richtung), 23 Jungruthenen, 2 Radikalruthenen, 2 Sozialdemokraten und schließlich 4 Zionisten (die Vertreter der Bukowina sind in diesen Zahlen eingerechnet).

So standen den 71 Polen gegenüber über 40 Nichtpolen, da die polnischen Sozialdemokraten nicht als Polen im eigentlichen Sinne gerechnet werden können[1]). Und, wie die Übersicht zeigt, ist der Polenklub in Gruppen zersplittert, deren Interessen in der schärfsten Weise gegeneinander gehen müssen. Es ergab sich vorläufig noch ein starkes Durcheinander, aber das ist das Ergebnis der Reform, daß der alte Polenklub zertrümmert ist und daß im Reichsrat die Jungruthenen sich sehr energisch erheben.

In dem Wirrwarr, in dem sich die politischen Verhältnisse des Polentums im österreichischen Anteil also heute befinden, tritt aber das deutlich hervor, daß auch hier der Übergang zur Demokratie stärker und stärker wird. Die Bewegung der Ruthenen ist rein demokratisch und ist durch ein völlig demokratisches Wahlrecht in der Lage, wenigstens im Reichsrate ihre Stimme zu erheben, wird dieses auch tun können, wenn die Wahlreform für den galizischen Landtag weitergeht. Aber auch innerhalb der Polen dringt die demokratische Richtung stärker und stärker hervor. Das Allpolentum, das in Gląbinski seinen Führer hat, und die Bauernpartei unter Stapinski sind beide heute die maßgebenden Richtungen, beide durchaus demokratisch. Wenn aber die Entwicklung damit auch für den österreichischen Anteil an demselben Ende ankommt, wie in den anderen Anteilen, so ist hier freilich klar, daß es sich vorläufig erst um eine politische Demokratie handelt, für die die wirtschaftlichen und sozialen Folgerungen erst kommen müssen und werden. Diese polnischen

[1]) Es giebt auch eine ruthenische (ukrainische) Sozialdemokratie, die wir aber unbeachtet lassen können.

Digitized by Google

Bauern, die immer mehr und mehr durch die Wahlreform politisch zu Worte kommen, melden auch ihre wirtschaftlichen und sozialen Forderungen stärker und stärker an. Ebenso tritt eine Wandlung in der Haltung der polnischen Vertretung im Reichsrate überhaupt ein; je mehr die demokratischen Elemente der Polen obenauf kommen, um so zahlreicher werden sie Berührung finden mit den ihrer Natur noch ganz demokratischen Bewegungen der anderen Slawen in der Monarchie. Ein Zusammenwirken mit ihnen ist bereits 1909 in der slawischen Union einmal eingetreten, und während der Polenklub vor 1907 sich gegen jeden Panslawismus auf das entschiedenste wehrte, findet die Neubelebung dieser Strömung bei den Tschechen und Slowenen, die ihrerseits Beziehungen zu den polnischen Führern in Posen und Warschau pflegen, jetzt auch bei den österreichischen Polen ein immer weiteres Feld. Eine Annäherung an die Gedanken Dmowskis ist darin durchaus möglich und gegeben schon in dem Bestreben, Österreich immer mehr unter slawischen Einfluß zu bekommen, in dem dann der polnische Einfluß sehr stark überwiegen würde. Schließlich ergibt sich dann für diese politisch-polnische Demokratie eine sehr viel schärfere Stellung gegen Deutschland, als sie der alte Polenklub einnahm, während andererseits die Ruthenen als die Todfeinde der Polen die einzigen unter den österreichischen Slawen sind, die Deutschland freundlicher gesinnt sind.

Die beiden wichtigsten Fragen Galiziens im Berichtsjahre waren die Reform des Landtagswahlrechts und die Wahlen zum Reichsrat von 1911. Nach der Wahlreform von 1907 zählt Galizien 106 Mandate, von denen 80 die Polen eroberten, während die Ruthenen 26 Mandate haben. Von diesen 26 sind 18 Jungruthenen und 5 ukrainische Radikale, die zusammen mit den 5 Ukrainern aus der Bukowina den ruthenischen Klub im Reichsrat bilden; dieser kann also mit 28 Mann einen nicht unerheblichen Einfluß ausüben[1]). Die zwei Russophilen (Altruthenen) und der ukrainische Sozialdemokrat spielen keine Rolle. Ebenso bedeuten die 7 polnischen Sozialdemokraten aus Galizien noch nichts. Der Polenklub zählt 71 Mitglieder, und zwar 8 Allpolen, 15 Konservative, 2 Fortschrittler, 21 Demokraten und 25 Mitglieder der „Volkspartei" (die oben genannten beiden Gruppen Stojalowski und Stapinski); damit haben die Demokraten weitaus die Mehrheit im Klub und werden nun die Entwickelung im oben angedeuteten Sinne, deren Konsequenzen noch gar nicht völlig abzusehen sind, energisch weitertreiben. Mit 56 Demokraten

[1]) Zumal mit ihnen noch 2 unabhängige fortschrittliche Demokraten (Breiter und Reizes, Nichtpolen) regelmässig stimmen.

[2]) Die polnischen Sozialdemokraten auch hier eingerechnet. Zu den Polen müssen eventuell noch die 5 Polen aus Österreich.-Schlesien gerechnet werden, die aber nicht zum Klub gehören.

Digitized by Google

unter 71 Klubmitgliedern und mit 40 Nichtpolen[9]) gegenüber 71 Polen als Vertretern Galiziens im Reichsrat ist die alte Rolle des Polenklubs endgültig vorbei. Das ist für den österreichischen Gesamtstaat ebenso günstig wie für die Klärung unseres deutschen Urteils über die Polen Österreichs. Wenn der Polenklub soeben (Oktober 1912) sich gegen die erste Anwendung des preußischen Enteignungsgesetzes aussprach und sich gegen die österreichisch-deutsche Bündnispolitik richten will, so wissen wir aus dieser seiner Lage, wie wir das zu bewerten haben.

Die Bedeutung der Ruthenen im Reichsrat kam im Berichtsjahre sehr erheblich dadurch zur Geltung, daß der ruthenische Klub bei der Beratung der so wichtigen Wehrfrage im Ausschuß des Reichsrats Obstruktion trieb. Das war jedenfalls, da es sich um eine Lebensfrage des Staates handelte, sehr gefährlich und riskant. Dagegen sagten sich die Ruthenen, daß sie nur bei der Obstruktion in einer so wichtigen Angelegenheit die Möglichkeit hätten, endlich einmal einige ihrer Wünsche durchzusetzen. Der Erfolg sprach auch für sie, insofern als die Regierung Zugeständnisse in Sachen der Lemberger Universität in Aussicht stellte, worauf die Ruthenen sofort die Obstruktion einstellten. Noch bedeutungsvoller war dabei, daß der Kaiser selbst sich in einer Botschaft an die Ruthenen wandte, die Anerkennung und Dank aussprach. Dieser Schritt des Kaisers war deshalb so bemerkenswert, als damit eigentlich zum ersten Male das Vorhandensein und die berechtigten Wünsche der ruthenischen Bevölkerung Galiziens offiziell anerkannt wurden. Denn bisher galt doch der Polenklub, wie er es in Anspruch nahm, als die alleinige Vertretung des Landes im Reichsrat. Im polnischen Lager rief daher diese Botschaft, obwohl sie von einer ähnlichen kaiserlichen Kundgebung an den Polenklub begleitet war, größte Aufregung hervor, die sogar zu der Demission der polnischen Minister und zu schärfsten Angriffen auf den dafür verantwortlichen Staatsmann Baron Heinold führten. Die Demission des Landsmannminsters war dabei insofern eine große taktische Unvorsichtigkeit, als damit der Polenklub unzweifelhaft den Charakter dieses angeblichen Ministers für Galizien als eines lediglich polnischen Landsmannministers öffentlich festlegte. Es ist den Ruthenen nunmehr nicht zu verdenken, wenn sie eine solche Vertretung als nicht genügend ansehen. Als Zeichen für den Haß gegen Deutschland sei dabei angemerkt, daß diese kaiserliche Botschaft an die Ruthenen als Folge einer preußischen Intrige bezeichnet wurde, welchen Unsinn das Warschauer „Slowo" aussprach und die Lemberger Blätter nachdruckten. Im Einzelnen sind die Folgen dieser bedeutungsvollen Vorgänge noch nicht festzustellen, auch die Verhandlungen über die ruthenische Universität in Lemberg haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Digitized by Google

Die zweite wichtige Frage ist die auch im Jahre 1911/12 umstrittene Reform des Landtagswahlrechts. Im Lemberger Landtage sitzen heute unter 161 Abgeordneten 24 Ruthenen. Daß diese Vertretung dem Volke, das mindestens 40 Prozent der galizischen Bevölkerung zählt, nicht genügt, ist verständlich. Die Einzelheiten der Verhandlungen in diesem Jahre können hier unberücksichtigt bleiben, da ein endgültiger Abschluß nicht erzielt wurde. Die Ruthenen verlangen mindestens 30 Prozent der Mandate, während die Polen nur gewillt sind, 26,4 zuzugestehen. Ein kleiner Beleg dafür, daß die Ruthenen zu stärkerer Vertretung berechtigt sind, sei mitgeteilt: Im Etat Galiziens für 1912 standen 94 000 Kronen für Kulturzwecke. Davon bewilligte der Landtagsausschuß für ruthenische Zwecke ganze 350 Kronen und bestimmte den vollen Rest von 93 650Kronen für die Polen, wobei für die Ruthenen noch kränkender ins Gewicht fällt, daß von diesen über 93 000 Kronen nicht weniger als 67 000 Kronen für polnische Zwecke außerhalb Galiziens und von dem Reste fast der ganze Betrag für das wesentlich ruthenische Ost-Galizien, also zu Polonisierungszwecken verwendet wird. Daß bei solcher Parteilichkeit der Bogen leicht überspannt werden kann, liegt auf der Hand.

Nur mittelbar mit der Parteibewegung in Zusammenhang steht, aber von großer Bedeutung auch für sie ist eine Zusammenkunft, die am 28. August 1912 in Zakopane stattfand, von den Vertretern der sogenannten Unabhängigkeitsgruppen besucht. Die Beschlüsse sind bezeichnend genug, um hier mitgeteilt zu werden:

„1. Die Versammelten streben zur Unabhängigkeit Polens auf dem Wege der Aufklärung und Organisierung des polnischen Volkes, um es zum Revolutionskampfe für eine selbständige Existenz zu bewegen.
2. Die Versammelten verpflichten sich, die Unabhängigkeitsbestrebungen bei allen Parteien zu unterstützen, die Faktoren aber, die den Kampf um die Unabhängigkeit des Polentums verwerfen und eine Versöhnungspolitik gegenüber den Annektions-Regierungen betreiben, rücksichtslos zu bekämpfen.
3. Die Versammelten verpflichten sich, die Organisationen, welche die Aufgabe haben, die breiten Volksschichten besonders mit den Aufgaben des bewaffneten Kampfes, welcher uns im Falle einer Revolutionsbewegung in Polen erwartet, und der in erster Linie gegen den russischen Staat gerichtet sein wird, zu unterstützen."

Diese Beschlüsse, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, sind von sämtlichen polnischen Blättern Galiziens außer den paar konservativen Blättern abgedruckt worden. Mit Recht machte das Organ der Altruthenen (Prikarpatskaja Ruś) darauf auf-

Digitized by Google

merksam, daß keine Staatsanwaltschaft in Galizien es für nötig hielt, dagegen vorzugehen. Die polnische Presse besprach natürlich diese Beschlüsse mit Zustimmung. Ein wesentlicher Zug liegt dabei darin, daß der Gedanke der Demokratie, der Klassenbewegung, hier in einen unlösbaren Zusammenhang mit der Idee der Nation, des selbständigen Polens gebracht wird.

Der Raum gestattet es nicht, die einzelnen Vorgänge auf allpolnischem Gebiete (Kongresse, Aufklärung, Nationalschatz, -Museum usw.) hier noch zu verzeichnen, so wenig wie die Stellen zu beleuchten, wo die polnische Frage einen internationalen Charakter annimmt oder wenigstens annehmen will (polnisch-französische Beziehungen, Beziehungen zu dem deutschfeindlichen englischen Pressekreis, Polen und Vatikan u. dgl.); das muß der nächsten Übersicht vorbehalten bleiben. Im ganzen darf das mit Nachdruck hervorgehoben werden aus zahlreichen Kundgebungen der letzten Monate, daß sich das Polentum aller drei Anteile durchaus einrichtet und eingerichtet hat für den Fall, daß aus dem Balkankriege eine größere Erschütterung Europas hervorgeht. Und der Gesichtspunkt, nach dem es sich dabei orientiert, ist nicht das Interesse der Staaten, denen es angehört, sondern allein und rücksichtslos das der eigenen polnischen Nation.

Digitized by Google

II.

Die Polenfrage in Preußen, einschl. der Tätigkeit der Ansiedlungskommission.

Von **Erich Zechlin.**

Inhalt: Radikalisierung des preussischen Polentums S. 137. — Vordringen der Nationaldemokratie S. 138. — Wahlvorbereitungen S. 139. — Ergebnisse der Reichstagswahlen S. 141. — Wirtschaftliches Vordringen des Polentums S. 142. — Das Parzellierungsgesetz S. 144. — Lage der Ansiedlungskommission S. 145. — Rückgang der Besiedlungstätigkeit S. 146. — Wichtigkeit und Möglichkeit eines schnelleren Tempos S. 148. — Enteignungsbeschluss von 10. 10. 1912 S. 149.

Die Lage der Polenpolitik im preußischen Anteil ist gegenwärtig charakterisiert durch den ständig wachsenden Radikalismus des Polentums, durch sein anhaltendes wirtschaftliches Vordringen und durch die Einschränkung der Tätigkeit der Ansiedlungskommission. Der polnische demokratische Radikalismus hat, um das vorweg zu nehmen, im letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Seit dem Ende der Versöhnungsära verlegte sich bekanntlich der Schwerpunkt des Polentums aus den Parlamentsfraktionen in die Wirtschaftsorganisationen der Provinz. Sie hatten von jeher demokratischen Charakter gehabt; der Adel spielte in ihnen nie eine Rolle; naturgemäß gewannen nun die demokratischen Elemente über ihn die Oberhand. Und weiter trug und trägt dies demokratische polnische Gemeinwesen in sich die Tendenz, sich, wenn nicht überall, so doch an den meisten Stellen zu radikalisieren: man mußte zur Stärkung der eigenen Organisationen durch eine laute Agitation auf die breiten Massen wirken und sie mit möglichst großem Hasse gegen alles Deutsche zu erfüllen suchen; nur so konnte man sie pekuniär, wirtschaftlich, kirchlich und gesellschaftlich vom Deutschtum nach Möglichkeit fernhalten und sie um so sicherer in die verschiedenen polnischen Verbände und Vereine hineinbringen. Ihre politische Vertretung fanden die radikalen Demokraten in der „nationaldemokratischen" Partei, die im Posener Kurjer Poznański und im Posener nationaldemokratischen Verein ihren Mittelpunkt hat und bis heute im preußischen Anteil die einzige organisierte Partei von Bedeutung ist. Die konservativen Elemente machten zwar 1910 gleichfalls

Digitized by Google

einen Versuch, sich eine parteimäßige Organisation zu schaffen; er ist aber gescheitert; während der ganzen letzten Reichstagswahlen ist die damals geplante Organisation in der polnischen Presse nicht einmal mehr erwähnt worden. Einen gewissen Hemmschuh aber für die radikalen Elemente bildeten bis zu den letzten Reichstagswahlen immerhin noch die Parlamentsfraktionen. Trotz starker Beimischung demokratischer Elemente waren sie im Ganzen noch konservativ gerichtet. Sie hielten noch an dem Programm der positiven parlamentarischen Arbeit fest, das 1884 an die Stelle des Protests sans phrase getreten war; freilich waren sie stark in den Hintergrund geschoben; in der ganzen Zeit von 1894—1909 hatten sie nennenswerte Erfolge nicht erzielen können. Erst bei der Abstimmung über die Reichsfinanzreform fielen ja die polnischen Stimmen zum ersten Male wieder seit der Caprivi'schen Militärvorlage (1893) entscheidend für das Schicksal (in beiden Fällen für die Annahme) eines großen politischen Gesetzes ins Gewicht. Zugleich war dadurch der Sturz des Fürsten Bülow besiegelt, der den Polen immer als der Hauptträger einer energischen antipolnischen Politik galt, und da zugleich auch sonst Zweifel an der Stetigkeit der preußischen Polenpolitik aufstiegen, schien eine Versöhnungspolitik mit neuen parlamentarischen Erfolgen der polnischen Fraktion, mit neuen Zugeständnissen der Regierung im Bereich der Möglichkeit zu liegen. Jedenfalls taten die Polen ihr Möglichstes, um sich regierungs- und bündnisfähig zu erhalten: Franz v. Morawski schrieb seine bekannte Broschüre („Der kommende Tag"), die die Solidarität der deutschen und polnischen Großgrundbesitzer gegenüber der „kommunistischen" Bauernbewegung betonte (1909), die Landtagsfraktion stimmte für die Erhöhung der Krondotation (1910), die polnischen Stadtverordneten Posens stimmten geschlossen für die Bewilligung von 30 000 Mark für die Ausschmückung der Stadt bei der Anwesenheit des Kaisers (1910); schließlich verhielt man sich bei der Abstimmung über die Befreiung der regierenden Fürsten von der Wertzuwachssteuer passiv. Es ist nun für die Stimmung und politische Richtung des preußischen Polentums höchst bezeichnend, daß diese politischen Aktionen sämtlich, von der Zustimmung zur Reichsfinanzreform angefangen, im Lande den heftigsten Widerspruch hervorriefen. Schon 1893, als die Polen der Militärvorlage zur Annahme verhalfen, war die demokratische Kritik so stark gewesen, daß man in Posen dem Kandidaten der polnischen Konservativen einen demokratischen Gegenkandidaten entgegenstellte; freilich hatte man damit keinen Erfolg; auch beschränkte sich diese Opposition damals im wesentlichen auf die Stadt Posen, die ja immer der Hauptschauplatz auch der inneren Kämpfe des Polentums war. Jetzt dagegen wurden diese entgegenkommenden Schritte, sieht man vom Dziennik Poznański ab, von der g e s a m t e n pol-

Digitized by Google

nischen Presse in Posen, Westpreußen, Oberschlesien und Rheinland-Westfalen aufs schärfste kritisiert; verteidigte in einem einzelnen Falle ein Blatt die Haltung der Fraktion (wie z. B. die „Gazeta Grudziądzka" bei der Reichsfinanzreform), so hatte das seine besonderen Gründe, im genannten Falle war der Besitzer des Blattes, Kulerski, Vertreter der polnischen Fraktion in der Reichstagskommission. Bei der Reichstagsersatzwahl für die Stadt Posen im Frühjahr 1910 wurde wiederum von der demokratischen Opposition — obwohl die Konservativen, um ihr entgegenzukommen, den Vorsitzenden der „Berufsvereinigung" (des polnischen Gewerkvereins) als Kandidaten nominiert hatten — ein Gegenkandidat aufgestellt: und diesmal siegte der Kandidat der Demokraten. Nach diesem Erfolge war ein weiteres Vordringen der demokratischen Elemente bei den diesjährigen Reichstagswahlen zu erwarten. Es kam dann auch im Herbst 1911 zwischen Konservativen und Nationaldemokraten zum ersten Mal zu Verhandlungen über die Verteilung der Mandate, worin schon an sich ein Anerkenntnis der Nationaldemokraten als Partei lag; sodann gaben die Konservativen auch in der Sache nach und willigten ein, daß in den bisher konservativ vertretenen Wahlkreisen Hohensalza-Mogilno-Strelno und Wirsitz-Schubin-Znin der gemäßigt demokratische Rechtsanwalt v. Trąmpczynski und der nationaldemokratische Propst Kurzawski aufgestellt wurden. Über den bisher nationaldemokratischen Wahlkreis Krotoschin-Koschmin wurde in den Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt, es kam hier zur Aufstellung zweier polnischer Kandidaten. Während aber bei der Posener Ersatzwahl die oberste polnische Wahlbehörde, das Provinzialwahlkomitee, den radikalen Kandidaten erst nach geschehener Wahl notgedrungen anerkannte, erklärte sie $1^1/_2$ Jahr später in Krotoschin-Koschmin unter dem Druck der Nationaldemokratie schon bei der Aufstellung der Kandidaten den demokratischen Kandidaten für legal und zwang nachher die konservativen Mitglieder des Kreiswahlkomitees, die trotzdem an der konservativen Kandidatur festgehalten hatten, ihre Ämter niederzulegen! Es ist bekannt, daß es den Polen gelang, in Krotoschin-Koschmin wie in den anderen beiden Wahlkreisen die neuen demokratischen Kandidaten bei den Wahlen durchzubringen.

Auf deutscher Seite machten die scharfen innerpolitischen Gegensätze und in der Provinz Posen noch das Neuerscheinen der Nationalliberalen die Einigung der deutschen Wählerschaften diesmal sehr schwierig. Für die Provinz Posen kam nach langwierigen, mehrmals abgebrochenen Verhandlungen dank den Konzessionen, die schließlich von allen Seiten gemacht wurden, im Oktober 1911 doch noch das Kompromiß zustande, und es ist auch bei den Wahlen mit wenigen Ausnahmen an ihm festgehalten worden. Das ist eine Tatsache, die für die Entwicklung

Digitized by Google

der Verhältnisse im deutschen Osten von weittragender Bedeutung ist; der Schaden wäre unberechenbar, wenn zu allen sonstigen Schwierigkeiten noch die Zerrissenheit unter den Deutschen, das Verschärfen der alten und das Hervorbrechen neuer Gegensätze gekommen wäre. Und zwar blieb von den vier in deutschem Besitz befindlichen Reichstagswahlkreisen in dreien das alte schon 1900 geschlossene Abkommen in Kraft (Meseritz-Bomst: konservativ, Bromberg: Reichspartei, Fraustadt-Lissa: zwischen Reichspartei und Freisinn alternierend); in Wirsitz-Schubin, das man zu erobern hoffte, wurde ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt; endlich sicherten für den Fall, daß dies Mandat in polnischer Hand blieb, die Konservativen und Freisinnigen den Nationalliberalen je ein Landtagsmandat aus ihrem Bestande zu (von 20 deutschen Landtagsmandaten sind 13 konservativ bzw. freikonservativ, sechs freisinnig und eins nationalliberal). Der Reichstagswahlkreis Czarnikau-Filehne, der sicherer deutscher Besitz ist, blieb leider nach wie vor von dem Kompromiß ausgeschlossen. In Westpreußen gelang es für den heiß umstrittenen Kreis Schwetz sowie für Thorn-Culm gleich einen gemeinsamen Kandidaten zu finden; in den Kreisen Rosenberg-Löbau (von 1907—12 konservativ) und Graudenz-Strasburg (von 1907—12 nationalliberal) war zunächst eine Einigung zwischen der liberalen und der konservativen Partei nicht zu erzielen. Die Konservativen konzedierten dann aber in Rosenberg-Löbau doch eine reichsparteiliche Kandidatur, und in Graudenz-Strasburg einigte man sich auf den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Sieg; freilich wurde im letzteren Kreise kurz vor den Wahlen noch wieder eine ganz zwecklose Mittelstandskandidatur aufgestellt, die nur den Erfolg hatte, daß es noch erst zur Stichwahl zwischen den Nationalliberalen und den Polen kam. In Oberschlesien waren auf deutscher Seite die Verhältnisse am verworrensten. Zu einer Einigung der deutsch-nationalen Parteien mit dem Zentrum kam es allein in Oppeln.[1]) Neben dem Kompromiß in Posen war dieses Abkommen, wenn es auch zunächst nur von lokaler Bedeutung war, zweifellos das weitaus wichtigste und erfreulichste Ereignis während der Wahlvorbereitungen; ein Zusammengehen aller Deutschen, auch des Zentrums, ist bei dem jetzigen Verhältnis zwischen Zentrum und Polen und der Stimmung in vielen deutsch-katholischen Kreisen in allgemeinerem Rahmen durchaus möglich, und es ist daher sehr zu begrüßen, daß hier mit einer hoffentlich zukunftsreichen Politik der Anfang gemacht und das gute Beispiel gegeben ist. Der Bund in Oppeln zwischen Zentrum und dem deutschen Wahlverein hat sich höchsterfreulicherweise auch bei

[1]) In Kreuzburg-Rosenberg unterstützte das Zentrum allerdings von vornherein die Konservativen; es hatte dort aber auch 1903 und 1907 keine eigenen Kandidaten aufgestellt.

Digitized by Google

der Landtagsersatzwahl (Herbst 1912) bewährt, bei der das Zentrum das alte Kompromiß mit den Polen aufgab und wieder gegen die Polen mit dem deutschen Wahlverein zusammenging. Als Frucht dieser Politik hat sich für den deutschen Wahlverein in Oppeln ein Landtagsmandat ergeben. Daß bei den Reichstagswahlen die Oppelner Nationalliberalen nun ihrerseits wieder durch eine völlig aussichtslose Sonderkandidatur ein gemeinsames Vorgehen aller Deutschen des Wahlkreises unmöglich machten, ist nicht leicht verständlich. Sonst haben die nationalen Parteien in Oberschlesien für das Zentrum gestimmt; z. B. hat es Gleiwitz-Tost-Lublinitz mit nationalliberaler Hilfe gewonnen; andererseits hat das Zentrum selbst in Kattowitz-Zabrze Parole für den Polen ausgegeben, und es sind dort auch zweifellos Zentrumsstimmen dem Polen zugefallen. In Kattowitz-Zabrze waren die Verhältnisse auch insofern eigenartig, als sich zwei nationalliberale Kandidaten, „Hüttenpartei" und „deutscher Wahlverein", gegenüberstanden. Übersieht man die Wahlvorbereitungen auf deutscher Seite im ganzen, so muß man doch sagen, daß es erst nach großen Schwierigkeiten möglich war, das Deutschtum in eine wenigstens einigermaßen einheitliche Front gegenüber dem Polentum zusammenzubringen. —

Trotz alledem war der Ausgang ein günstiger: Lublinitz-Tost-Gleiwitz und Schwetz wurden gewonnen; Wirsitz-Schubin blieb zwar in polnischer Hand, doch ist sein Gewinn das nächste Mal sicher; verloren ging freilich andrerseits Fraustadt-Lissa an den polenfreundlichen Grafen Oppersdorf. Von den polnischen Hoffnungen hat sich aber jedenfalls keine einzige erfüllt. Im Gegenteil, die polnischen Stimmen sind fast überall zurückgegangen; nur in Rheinland-Westfalen und in Ostpreußen, hier hauptsächlich im Kreise Allenstein-Rössel, wuchs die Zahl der polnischen Stimmen um 20 000 bzw. etwa 4 300. Aber in Westpreußen gingen ihnen etwa 3 800, in Posen 5 500, in Oberschlesien gar über 20 000 Stimmen im Vergleich mit den Wahlen von 1907 verloren; insgesamt wurden über 12 000 polnische Stimmen (441 736 gegen 453 858) weniger als 1907 abgegeben[1]). Der Rückgang der polnischen Stimmen in Oberschlesien ist im wesentlichen der Sozialdemokratie zu gute gekommen, die in Oberschlesien über 20 000 Stimmen gewonnen hat. Ob man aus dieser einen Tatsache den Schluß ziehen darf, daß die Radikalisierung des Polentums es der Sozialdemokratie in die Arme treibt, möchte ich doch dahingestellt sein lassen; die demokratische polnische Presse schob die Schuld auf die Unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung mit der Haltung der Fraktion,

[1]) Die Einzelergebnisse der Reichstagswahlen in den polnisch vertretenen und national umstrittenen Kreisen s. in Anlage I zu dieser Übersicht.

Digitized by Google

besonders mit ihrer Zustimmung zur Reichsfinanzreform. Wie dem auch sei: die polnische Reichstagsfraktion verfügt nur noch über 18 statt 20 Mandate. Davon sind sieben in den Händen der Nationaldemokraten, fünf in denen der gemäßigten Demokraten und sechs konservativ. Die gemäßigteren Demokraten geben also den Ausschlag. Sie haben sich aber, soweit es sich heute schon beurteilen läßt, auf die Seite der Radikalen geschlagen: bei der Heeresvorlage ergriff die polnische Fraktion in der ersten Lesung das Wort nicht; als das dann in der Volkspresse lebhafte Entrüstung erregte, sprach sie sich in der zweiten Lesung durch den Mund des nationaldemokratischen Abgeordneten Seyda dagegen aus. Nach derselben Richtung deutet der Austritt des Pfarrers Kapitza aus der Landtagsfraktion und der völlige Bruch, auch von Zentrumsseite, zwischen Polen und Zentrum, der ja auf polnischer Seite, zumal in Oberschlesien, schon lange vollzogen ist. Selbst in den Fraktionen scheint also die Nationaldemokratie die Oberhand zu gewinnen. Daß es in absehbarer Zeit zu einer Reaktion der konservativen Elemente oder gar zu einer Spaltung kommt, ist nicht zu erwarten; die Gruppen des Adels, die gegen gewisse Zugeständnisse wohl zu einer Versöhnung bereit wären, haben ja bis jetzt nicht einmal die Kraft gefunden, sich zu organisieren; sie werden einfach an die Wand gedrückt. Die führenden und maßgebenden Radikalen aber wollen von einer Versöhnung schlechterdings nichts wissen; sie treiben die polnischen Massen in eine immer heftigere nationale Verhetzung hinein. Sie und die Bevölkerung, die sie beherrschen, kann man längst nicht mehr mit Bismarck „Preußen auf Kündigung" nennen; sie sind absolut deutsch- und staatsfeindlich.

Es kann nach den Untersuchungen von Swart[1]) für die Provinz Posen (für Westpreußen fehlt eine ähnliche Arbeit leider noch) als feststehend angesehen werden, das dies immer radikaler werdende Polentum im Zeitraum von 1895—1907 und zweifellos auch in den Jahren seitdem wirtschaftlich stark an Boden gewonnen hat. Zugenommen hat der deutsche Bevölkerungsteil in den ohnehin überwiegend deutschen Berufen, wie im Verkehrsgewerbe, beim Militär, den Beamten und den Dienstboten; sie machen einen ansehnlichen Prozentsatz der Bevölkerung aus und beeinflussen absolut und durch ihr Wachstum das Bild, im ganzen betrachtet, sehr zugunsten des Deutschtums. Aber betrachtet man die eigentlich wirtschaftlichen Berufe, deren

[1]) F. Swart, Deutsche und Polen in der Provinz Posen nach der Berufszählung des Jahres 1907. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung usw., Jahrgang 1912 S. 821—76. Auf die entgegengesetzten Ausführungen von Mitscherlich, Irrtümer über das Vordringen der Polen ebd. 1911 S. 1642 ff. braucht danach m. E. nicht mehr eingegangen werden.

Digitized by Google

nationales Gepräge der Staat nicht oder nur in geringerem Maße bestimmen kann, so ist doch fast überall ein Vordringen des Polentums festzustellen. Im Gewerbe ist diese Entwickelung am augenfälligsten. Die gewerbliche Unterschicht hat von 1895 bis 1907 um rund 28 000 Köpfe zugenommen, davon entfallen auf die Katholiken, also die Polen, etwa 23 000 (von 52 500 auf 75 500), auf die Evangelischen noch nicht 6000 (von 33 000 auf 38 000), die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich also um 37 Prozent, die deutschen nur um 13 Prozent vermehrt. Die Ausdehnung der größeren gewerblichen Betriebe sammelt also in den Städten eine schnell wachsende überwiegend polnische Fabrikarbeiterschaft. Die Zahl der gewerblichen Selbständigen hat sich bei den Deutschen (Evangelische, andere Christen und Juden) im gleichen Zeitraum von 18 248 auf 17 409, um fast 7 Prozent vermindert, die der katholischen um fast 6 Prozent vermehrt, trotzdem die Ansiedlungskommission einige hundert neue Handwerkerfamilien auf dem platten Lande angesetzt hat und gerade das deutsche Gewerbe durch die vielen Ansiedlungsbauten reichlich Beschäftigung fand! Aber auch im Handel ist dieselbe Erscheinung zu beobachten. 1895 machten die Juden in Posen noch die Hälfte aller selbständigen männlichen Handeltreibenden aus (4 129 von 8 629); 1907 hatte sich die Zahl dieser Juden um 1288, also fast um ein Drittel vermindert. Diese 1288 frei gewordenen sowie 473 inzwischen neu entstandene Stellen für selbständige Handeltreibende sind zu zwei Dritteln (1292) von Katholiken (Polen) und nur zu einem Drittel (470) von Evangelischen wieder besetzt worden. Selbst in der Landwirtschaft, dem weitaus wichtigsten aller Posener Erwerbszweige, wo ja der Einfluß der Ansiedlungskommission sich am meisten und unmittelbarsten geltend macht, dringt das Polentum vor. Die Zahl der Landarbeiter hat sich allerdings in dem fraglichen Zeitraum um etwa 20 000 vermindert, und diesen Verlust hat zweifellos ganz überwiegend das Polentum zu tragen gehabt. Die Zahl der selbständigen evangelischen Landwirte hat sich aber nur um 4400 vermehrt (von 31 349 auf 35 763), während die Ansiedlungskommission von 1895 bis 1907 an neuen deutschen Stellen 6 650 ausgetan hat; mithin sind in diesen Jahren der deutschen Hand etwa 2250 alte landwirtschaftliche Besitzungen verloren gegangen. Auch die Berufszählung bestätigt also, was aus der Besitzwechselstatistik bekannt ist: das Vordringen des Polentums im Kampf um den Boden. Im ganzen sind bekanntlich von 1896 bis 1909 der deutschen Hand über 92 000 ha verloren gegangen. Davon beträgt der Verlust durch Spaltung 47 167 ha, an ungeteilten Besitzungen 45 306 ha. Betrachtet man die Ergebnisse der Besitzwechselstatistik im Einzelnen, [1]), so sieht man sofort, daß

[1]) Siehe Anlage II zu dieser Übersicht.

Digitized by Google

die Ansiedlungsnovelle von 1904 segensreich gewirkt hat; der Verlust durch Spaltungen ist doch seitdem nicht unwesentlich zurückgegangen; er betrug von 1896—1904 durchschnittlich jährlich etwa 4100 ha, von 1904 bis 1909 dagegen nur noch etwa 2000 ha. Immerhin hat die Lücke der Ansiedlungsnovelle, die den Polen die Parzellierung an Anlieger nach wie vor freiließ, schon bis 1909 der deutschen Hand über 10 000 ha gekostet. Andererseits sind seit 1904 die Verluste an ungeteilten Besitzungen erheblich gewachsen; sie betrugen jährlich durchschnittlich etwa 4700 ha gegen 2400 ha von 1896—1904. Man sieht: das Verhältnis der Verluste durch Spaltungen und an ungeteiltem Besitz hat sich seit 1904 gerade umgekehrt; es geht heut erheblich mehr durch den Übergang ungeteilter Besitzungen als durch Spaltungen verloren. Ganz offenbar hat sich das Polentum seit 1904, da die Adjazentenparzellierung ja oft nicht angängig ist, in verstärktem Maße dem Erwerb ungeteilter Besitzungen zugewandt, wenn freilich z. T. diese Verschiebung auch daher rühren mag, daß der Boden heute noch mehr Spekulationsobjekt ist als früher. Wie dem auch sei, der Schluß scheint jedenfalls berechtigt, daß man an ein Verbot der Adjazentenparzellierung allzu große Hoffnungen nicht knüpfen soll. Gewiß ist ein solches Parzellierungsgesetz, ebenso wie die Besitzfestigung, eine notwendige Ergänzungsmaßregel; es ist dringend notwendig und sehr zu begrüßen, daß es nicht länger hinausgeschoben wird; aber eine ausreichende Kompensation für die Einschränkung der Tätigkeit der Ansiedlungskommission ist es nicht und kann es nach Lage der Sache nicht sein.

Denn vor allem: das Ostmarkenproblem liegt ja nicht so sehr in der Landfrage an sich, in dem bloßen Besitz des Grund und Bodens; hier ist das Deutschtum trotz der geschilderten Verluste noch immer ganz günstig gestellt. Von dem Gesamtgrundbesitz in der Provinz Posen waren Ende 1910 1 124 024 in polnischer, 1 618 680 ha, also fast 500 000 ha mehr, in deutscher Hand.[1]) Vielmehr ist das Ostmarkenproblem eine Bevölkerungsfrage: wir brauchen neue und möglichst viele deutsche Menschen in den vom Polentum bedrohten Bezirken. Die kann uns weder Parzellierungsgesetz noch Besitzfestigung, sondern nur die Ansiedlung geben. Als sekundäre Maßnahmen sind beide Gesetze, wie gesagt, sehr bedeutungsvoll, aber es heißt das Wesen der preußischen Polenfrage verkennen, wenn man auf sie statt auf die Ansiedlung den Hauptnachdruck legen will.

[1]) In Westpreussen waren Ende 1910 deutsch: 1 839 441 ha, polnisch: 581 375 ha.

Digitized by Google

Die Lage der Ansiedlungskommission ist nun aber nach der (letzten) Denkschrift von 1911 recht trübe[1]). Gleich beim Ankaufsgeschäft zeigt sich das. Aus polnischer Hand konnte wieder nur verschwindend wenig gekauft werden: 1202 ha, gegen 1366 ha im Jahre 1910. Nach wie vor vollzieht sich also die Kolonisationstätigkeit der Kommission so gut wie ganz auf Kosten des deutschen Großgrundbesitzes; und grade vom Standpunkt des deutschen Großgrundbesitzes ist es deshalb erfreulich, daß jetzt ein wenn auch nur kleiner Anfang mit der Enteignung gemacht ist. Die endliche Anwendung des Gesetzes vom 20. 3. 1908 war allerdings auch ganz unumgänglich. Auch deutsches Land, das zu Besiedlungszwecken brauchbar ist und auf den Markt kommt, fehlte mehr und mehr. Dabei hatte die Ansiedlungskommission jetzt wieder das Bestreben, überall da, wo der Übergang deutschen Besitzes in polnische oder auch nur in andere Hand mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, diesen Besitz zu erwerben. Trotzdem waren die Resultate des letzten Jahres so ungünstig wie nie zuvor. Es wurden in den Jahren von 1902—1906 durchschnittlich 33 000 ha jährlich erworben; 1907 dagegen nur 9390 ha (in diesem Jahre war der Ansiedlungsfonds noch nicht wieder aufgefüllt), 1908: 14 093 ha, 1909: 21 085 ha, 1910 wieder nur 14 898 ha. Das blieb also gegen die Jahre von 1902—1906 schon gut um die Hälfte zurück. Und nun wurde 1911 selbst diese Fläche bei weitem nicht erreicht: der Ankauf betrug 1911 nur 8938 ha. Außerdem ist noch in Betracht zu ziehen, daß sich unter den Ankäufen des letzten Jahres die 3356 ha große Herrschaft Kazmierz (Kr. Samter) befand, die auf lange hinaus verpachtet ist; es sind also in Wirklichkeit 1911 nur 5582 ha erworben worden, deren Vorbereitung zur Besiedlung in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden kann. Aber auch mit Kazmierz war das Resultat des letzten Jahres weitaus das schlechteste seit 1898. Dabei betrug der Durchschnittspreis das 139,7 fache des Grundsteuerreinertrages; das war zwar ein etwas besseres Verhältnis als 1910, wo das 150,6 fache des Grundsteuerreinertrages gezahlt wurde; aber auch so war der Durchschnittspreis im Verhältnis zum Grundsteuerreinertrage höher als in den anderen Vorjahren, was doch wohl den Rückschluß zuläßt, daß zu teureren Preisen schlechtere Böden gekauft werden.

Wie gestaltete sich unter diesen Verhältnissen nun die Besiedlung? Die Zahl der genehmigten Vertragsschlüsse betrug: 1906: 1568, 1907: 1660, 1908: 1526, 1909: 1386, 1910: 1598, 1911: 1443. Danach ist allerdings im letzten Jahre ein Rückgang ein-

[1]) Auf die gesamte bisherige Tätigkeit der Ansiedlungskommission und ihre Erfolge gehe ich, da sie bekannt sind, in dieser Übersicht nicht ein. Man findet jedoch die wichtigsten Zahlen über ihre Tätigkeit von 1886—1911 in Anlage III zu dieser Übersicht zusammengestellt.

Digitized by Google

getreten; immerhin scheinen noch mehr Stellen ausgetan zu sein als 1909. In Wirklichkeit liegen die Dinge für die beiden letzten Jahre aber doch anders. Für das Jahr 1910 waren zunächst, was auch der Landwirtschaftsminister ausdrücklich mitteilte, 358 Stellen abzuziehen, die schon in früheren Jahren ausgetan, aber nicht gezählt waren. Ferner waren 142 Stellen, die bisher zu Miete vergeben, dann aber in Rentenstellen verwandelt waren, in Abzug zu bringen. Im ganzen waren also 500 Stellen abzuziehen, so daß sich als wirkliches Besiedlungsergebnis für 1910 nur 1098 Stellen ergaben. Im letzten Jahre waren so große Abzüge nicht zu machen; diesmal waren nur 162 vorher vermietete und jetzt in Rentenstellen umgewandelte Häuslerstellen abzuziehen; das Ergebnis für das Jahr 1911 sind also in Wirklichkeit 1281 Stellen. In den Jahren intensivster Siedlung, von 1902—1908, wurden jährlich durchschnittlich 1538 Stellen vergeben. Der Rückgang war also infolge des Landmangels in den letzten beiden Jahren doch schon recht erheblich, er betrug 1910 fast ein Drittel der Stellen, 1911 aber 250 Stellen.

Auch dies keineswegs besonders günstige Resultat hat sich nur erreichen lassen durch vermehrte Ansetzung von Arbeitern. Es sind bis jetzt im ganzen 1966 Stellen von 0—2 ha ausgelegt; davon entfallen auf das letzte Jahr 418, auf das Jahr 1910: 563 und auf das Jahr 1909: 307; 1288 von diesen 1966 Stellen sind also in den letzten drei Jahren ausgelegt. Nun ist allerdings vielfach in der Budgetkommission und im Plenum verlangt worden, daß die Ansiedlungskommission in stärkerem Maße als bisher Arbeiter ansetzen möchte. Daß die Ansiedlung möglichst vieler Landarbeiter höchst erwünscht ist, ist selbstverständlich. Aber wir möchten demgegenüber doch darauf hinweisen, daß die Ansiedlungskommission mit Recht immer betont hat, daß aus nationalen Gründen die innere Kolonisation im wesentlichen Bauernkolonisation sein müsse. Gewiß wäre es billiger und mit weit weniger Land zu erreichen, den polnischen Landarbeiter statt durch den deutschen Bauern durch deutsche Arbeiter zu ersetzen. Aber leider ist das nicht möglich: die Ansiedlung von Landarbeitern stößt auf große Schwierigkeiten; die Landarbeiter müssen Arbeitsgelegenheit auf mehreren größeren Besitzungen finden können, sie müssen auch im Winter Arbeit haben, es müssen also Forsten in der Nähe sein, kurz, die Ansiedlungsgelegenheiten vermindern sich durch eine ganze Reihe von Umständen. Tatsächlich sind auch viele von der Ansiedlungskommission als Landarbeiterstellen ausgelegte Ansiedlungen zu gewerblichen Arbeiterstellen geworden; nicht einmal in den Ansiedlungen ist die Ersetzung des polnischen Arbeiters durch den deutschen voll geglückt. Und woher sollen wir die Massen von Arbeitern, die zur Erreichung eines nationalpolitischen Erfolges nötig wären, heute nehmen?

Digitized by Google

Aber selbst wenn alle diese Schwierigkeiten nicht beständen, so müßte man unter dem Gesichtspunkte, daß die Ostmarkenfrage eine Bevölkerungsfrage ist, daß es darauf ankommt, die Verhältniszahl zwischen Deutschen und Polen zu unseren Gunsten zu bessern — gerade unter diesem Gesichtspunkt muß man auch eine möglichst starke Bauernkolonisation befürworten: auf der gleichen Fläche sitzt bei bäuerlicher Betriebsweise fast die doppelte Bevölkerung wie bei der Betriebsform des Großgrundbesitzes. Deshalb ist es doch recht bedenklich, daß die Arbeiteransiedlung sich jetzt nicht mehr neben der bäuerlichen, sondern auf deren Kosten vollzieht; bringt man die in den letzten beiden Jahren ausgelegten Arbeiterstellen von der Gesamtzahl der ausgelegten Stellen in Abzug, so ergibt sich, daß 1910 höchstens 677 und 1911 höchstens 1025 Bauernstellen ausgelegt sind, also in zwei Jahren nicht so sehr viel mehr als sonst in einem.

Nicht nur in den Besiedlungsergebnissen, auch sonst machte sich der Landmangel bemerkbar. Bekanntlich werden die erworbenen Güter zunächst von der Ansiedlungskommission einige Zeit im Großbetriebe verwaltet, um sie für die Aufteilung und Besiedlung vorzubereiten. Ende 1906 betrug die Zahl dieser Gutsverwaltungen 502, im Wirtschaftsjahre 1908/09 waren es noch 432 Güter mit 234 630 ha, im Wirtschaftsjahre 1909/10 dagegen nur noch 361 Güter mit 197 855 ha, und 1910/11 296 Güter mit 167 308 ha Flächeninhalt. Es liegt auf der Hand, daß diesem erheblichen Rückgang der Güterverwaltungen eine große Verminderung der Außenbeamten entsprechen muß; die Einzelheiten sind leider nicht aus der Denkschrift zu ersehen.

Aber das entscheidende ist: der Landvorrat der Ansiedlungskommission geht in diesem Jahre (1912) zu Ende. Vergleicht man, was seit 1907 an Land angekauft und vergeben ist[1]), so ist klar, daß die Besiedlung sich in dem bisherigen Umfange in den ganzen letzten Jahren nur unter Inanspruchnahme der Landreserve hat durchführen lassen, die die Kommission in früheren Jahren aufgehäuft hat. Von diesem Landvorrat waren Ende 1909 noch 41 300 ha an reinem Stellenlande vorhanden, Ende 1910 noch 28 300, Ende 1911 aber nur noch 15 038 ha. Man rechnete in den Jahren intensivster Ansiedlungstätigkeit als jährlichen Bedarf im ganzen etwa 30 000 ha; danach würde also der Landvorrat noch für ein halbes Jahr oder nicht einmal mehr für eine Fläche, wie sie 1911 vergeben ist, gereicht haben. Es mag sein, da inzwischen noch Land hinzuerworben und jetzt enteignet ist, daß 1912 noch bis zu 1000 Ansiedler angesetzt werden können; man hat in diesem Jahre ja zum letzten Mal noch eine Landreserve aus den Vorjahren; von 1913 ab, wo man ganz auf die Neuer-

[1]) S. dazu Anlage III zu dieser Übersicht, Spalte 4 und 6.

Digitized by Google

werbungen angewiesen sein wird, wird zweifellos die Zahl der Ansiedler noch weit unter 1000 herabgemindert werden müssen — falls nicht in größerem Umfange enteignet wird.

Wir halten diesen Rückgang doch für äußerst beklagenswert und glauben, daß diese Tatsache für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Polenpolitik ausschlaggebend ist. Durch die intensive Siedlung der Jahre 1902 bis 1908 (durchschnittlich 1500 Ansiedler im Jahr!) ist es erreicht worden, daß sich von 1905—10 in der ganzen Provinz Posen der deutsche Bevölkerungsteil prozentualiter schneller vermehrt hat als der polnische; er ist um 6,2 Prozent, der polnische nur um 5,3 Prozent gestiegen. Der Anteil der Deutschredenden an der Gesamtbevölkerung ist von 38,3 auf 38,5 Prozent gewachsen. Es ging also vorwärts; aber man sieht, wie langsam; unzweifelhaft muß jedes Nachlassen der Ansiedlungstätigkeit — und nun gar ein so starkes um ein Drittel und mehr — die prozentische Vermehrung der Bevölkerungsteile wieder zu Ungunsten der Deutschen umkehren. Trotz der intensiven Siedlung bis 1908 ist das Polentum, wie erwähnt, von 1895—1907 wirtschaftlich stark vorgedrungen; wie wird das nun werden? Man hat wohl gesagt, es mache nichts aus, ob man etwa in fünf Jahren 10000 Ansiedler ansetze oder in zehn Jahren 1000 jährlich; man könne ruhig einige Jahre „kürzer treten". Das ist sicherlich richtig, wenn man die Tätigkeit der Ansiedlungskommission lediglich vom Standpunkt der inneren Kolonisation betrachtet; handelte es sich nur um ein Werk der inneren Kolonisation, so könnte man allerdings schon einmal einige Jahre pausieren. Aber diese Auffassung ist schwerlich richtig, wenn man die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, wie es unseres Dafürhaltens geschehen muß, unter dem Gesichtspunkt des Nationalitätenkampfes betrachtet, unter dem Gesichtspunkt nämlich, daß das Polentum immer mit unverminderter Kraft und mit mindestens gleicher Schnelligkeit vordringt, daß ein Nachlassen auf deutscher Seite also automatisch die polnische Position stärkt und Jahr für Jahr das Deutschtum mehr ins Hintertreffen bringt. So betrachtet, ist es nicht nebensächlich, sondern geradezu die Kernfrage des ganzen Problems, daß ein Tempo der Siedlung eingehalten wird, das uns prozentualiter schneller vorwärts bringt als die Polen.

Wir glauben, daß dies schnellere Tempo doch noch für eine ganze Anzahl Jahre einzuhalten ist. An g u t e m Ansiedlermaterial fehlt es nicht: die Zahl der Ansiedlungsanträge ist wieder gestiegen: auf 8481 gegen 8276 (1910) und gegen 7015 (1909); man hatte also reichlich Auswahl; außerdem sind von dem Gesamtsoll an Renten, Rückzahlungen usw. im letzten Jahre im Betrage von 10 310 000 Mark nur 83 887 Mark oder 0,79 Prozent rückständig geblieben. Auch ist ja bekannt, daß schon vielfach Ansiedlersöhne wegen des Landmangels bei der Ansiedlungskommission nach

Digitized by Google

Kanada abgewandert sind. Die Preise sind hoch; aber sie sind jetzt nicht so sehr viel höher als vor der Annahme des Enteignungsgesetzes: 1906 wurde das 142 fache, 1907 das 135 fache, 1910 das 151 fache, 1911 das 140 fache des Grundsteuerreinertrages gezahlt. Und werden denn überhaupt infolge des „Kürzertretens" die Preise sinken? Ein rundes Ja gibt darauf, so weit wir sehen, Niemand. Der Landwirtschaftsminister meinte [1]), man „könne immerhin mit der Möglichkeit rechnen, daß im Laufe der Jahre die Preise und Marktverhältnisse wieder günstiger würden"; andere bestreiten das, und in der Tat wird ja auch hinsichtlich des Ankaufs schon seit fünf Jahren „kürzer getreten", ohne daß der erwartete Preisrückgang eingetreten ist. Jedenfalls wird es jetzt von großem Interesse sein zu verfolgen, ob und wie die eben (10. Oktober 1912) beschlossenen Enteignungen auf die Bodenpreise einwirken werden. So dankenswert es sicherlich ist, daß mit der Enteignung jetzt angefangen ist, so sind doch seit langem gerade gegen die jetzige Art des Vorgehens (nur beim Besitzwechsel und eine größere Anzahl kleiner Güter an den verschiedensten Stellen zu enteignen, statt einige wenige große Latifundien dadurch zu erwerben) erhebliche sachliche Bedenken geltend gemacht. Man befürchtete bei der jetzigen Art des Vorgehens ein Einwirken des (wahrscheinlich) höheren Enteignungspreises auf den Marktpreis und wieder ein Einwirken der gestiegenen Marktpreise auf den nächsten Enteignungspreis, also ein ständiges Hinaufschrauben der Preise. Das würde vermieden werden, wenn alle paar Jahre ein ganz großes Latifundium, das sonst kaum auf den Markt kommt und dessen Preis daher die sonstigen Bodenpreise auch nicht beeinflussen könnte, enteignet würde. Ein solcher großer Schlag würde dabei dem Deutschtum mehr nützen und zugleich im Polentum und auf dem Gütermarkt nicht immer wieder neue Aufregung und Beunruhigung schaffen, die die öfter wiederkehrende Enteignung zahlreicher kleiner Güter notwendig zur Folge haben müßte. Wir lassen für jetzt dahingestellt, ob diese Bedenken berechtigt sind oder ob die Regierung im Recht war, wenn sie sie jetzt außer acht ließ; diese Frage wird sich wohl nun bald klären. Ein schnelleres Tempo wird freilich durch die jetzigen Enteignungen, die nur einen Umfang von 1908 ha haben, sicher nicht eintreten, und deshalb kann man nur aufs innigste wünschen, daß sich die Regierung dazu entschließen möchte, in größerem Umfange zu enteignen. Allerdings müßte dann, damit wir nicht bald ganz ans Ende geraten, von der Regierung und den nationalen Parteien auch der ernste Entschluß damit verbunden werden, die in der Beschränkung der Enteignungsbefugnis auf 70000 ha (die Zahl ist

[1]) Verhandlungen der Budgetkommission vom 17. April 1912. Landtagsdrucksache Nr. 296 (1912) S. 20.

Digitized by Google

s. Zt. ja ganz willkürlich gewählt) liegende Schranke, wenn auch nicht gänzlich zu beseitigen, so doch wenigstens hinauszuschieben. Jedenfalls: ohne Enteignung ist heute — das beweisen die Ansiedlungsergebnisse der letzten Jahre aufs schlagendste — eine Siedlung, die die nötige Intensität hat, nicht mehr möglich, und daher wird die Zukunft des Deutschtums in den Ostmarken, sowohl auf dem Lande wie in den Städten, letzten Endes davon abhängen, welche Stellung die Staatsregierung und die nationalen Parteien in den nächsten Jahren zu dieser Frage einnehmen werden.

Digitized by Google

Anlage 1.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1912 in den polnisch vertretenen und national umstrittenen Kreisen.

(Die für das vereinigte Deutschtum aussichtsvollen Kreise sind gesperrt gedruckt. Die + bzw. — Zahlen bedeuten die Unterschiede im Vergleich zu 1907.)

		Polnische	Deutsche Stimmen	Sozialdem.
I. Polnisch vertretene Kreise:				
Nationaldemokraten	1. Posen (Gewerkschaftsbeamter Nowicki-Posen)	20 062 (—1169)	13 594 (+1530)	3578 (+2201)
	2. Schrimm-Schroda (Dr. v. Niegolewski-Posen)	14 485 (—243)	4024 (—175)	40
	3. Kröben-Rawitsch-Gostyn (Prälat Stychel-Posen)	10 274 (—202)	4022 (—659)	575 (+252)
	4. Wreschen-Pleschen-Jarotschin (Rechtsanwalt Dr. Seyda-Posen)	14 920 (—195)	4231 (+134)	102
	5. Pleß-Rybnik O.S. (Kaplan Pospiech-Jaworowo)	16 330 (—3708)	5652 | 12 641 6989 (+2444)	1599 (+1252)
	6. Wirsitz-Schubin-Znin (Propst Kurzawski-Pakosch)	12 115 (—203)	11 552 (+501)	360 (+196)
	7. Krotoschin-Koschmin (Dr. Chlapowski-Posen)	5141 | 8521 3380 (—166)	3573 (—49)	109
	Stichwahl:	8364	3716	—
Gemäßigte Demokraten	8. Samter-Birnbaum-Schwerin-Obornik (Graf Mielżynski-Köbnitz)	15 857 (+525)	13 164 (—319[1])	1084 (+532)
	9. Hohensalza-Mogilno-Strelno (Rechtsanwalt Trąmpczynski-Posen)	17 320 (—201)	9043 (—385)	232 (—98)
	10. Pr. Stargard-Berent-Dirschau, Westpr. (Propst Dunajski-Lippusch)	16 259 (—474)	9450 | 10 056 606 (+55)	374 (+228)
	11. Kattowitz-Zabrze O.S. (Vorsitzender der Berufsvereinigung Sosinski-Kattowitz)	17 913 (—9089)	[illegible] (+7883)	14 904 (+9239)
	Stichwahl:	25 755	—	19 181
	12. Oppeln (Pfarrer Brandys-Dziergowitz)	9258 (—2249)	8715 | 10 350 1635 (+1875)	2285 (+1180)
	Stichwahl:	11 786	11 069	

[1]) Einschließlich der 1907 abgegebenen 1184 Zentrumsstimmen.

Digitized by Google

		Polnische	Deutsche Stimmen		Sozialdem.
Konservative	13. Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel (Rentier J. v. Morawski-Berlin)	17138 (—676)	6035 (—106)		77
	14. Adelnau-Schildberg-Ostrowo-Kempen (Fürst Radziwiłł-Antonin)	17860 (—403)	5921 (+281)		211 (+96)
	15. Gnesen-Wongrowitz-Witkowo (Direktor v. Grabski-Posen)	16174 (—274)	7752 \ 1035 /	8787 (+1028)	78 (+4)
	16. Neustadt-Karthaus-Putzig, Westpr. (Rechtsanwalt v. Laszewski-Graudenz)	17344 (—142)	7181 \ 2046 /	9227 (+229)	316 (+73)
	17. Konitz-Tuchel (Rentier v. Czarlinski-Thorn)	9104 (—140)	3242 \ 2561 \ 463 /	6266 (+638)	295 (—7)
	18. Beuthen-Tarnowitz-Königshütte (Redakteur Dombek-Beuthen)	20671 (—5743)	12957 \ 10176 ntl. /	23133	11534 (+5560)
	Stichwahl:	28149	21041		
	19. Fraustadt-Lissa (Graf v. Oppersdorff)	3087 (Oppersdorff) 2781 (Pole)	6115		346
	Stichwahl:	8706	6407		
II.	National gefährdete, z. Zt. deutsche Kreise:				
	a) Posen				
	Kolmar-Czarnikau-Filehne (Ritter, kons.)	7052 (+211)	12148 k. \ 5184 ntl. /	17332 (-943)	2754 (+1427)
	Stichwahl:	8406	16917		
	Meseritz-Bomst (Graf Westarp, kons.)	8809	11049 k 514 Reſpt. 81 Ztr.	11644	454
	b) Westpreußen				
	Graudenz-Strasburg (Sieg, natlib.)	12117 (+495)	13441 ntl. 712 Mlist. 145 Ztr.	14298 (+1182)	1437 (+13)
	Stichwahl:	13084 (—484)	15433 (+559)		

Digitized by Google

	Polnische	Deutsche Stimmen	Sozialdem.
Schwetz (v. Halem, Rpt.)	8487 (+71)	8307 (+354)	161 (+86)
Stichwahl;	8039	8608	
Thorn-Culm (Schlee, natl.)	13913	16140	1109
Löbau-Rosenberg (Zürn, Rpt)	8778	11119 Rpt. / 35 Ztr. } 11154	309
Schlochau-Flatow (Knigge, kons.)	5370 (+305)	8081 k. / 4644 Ztr. / 4303 ntl. / 1162 Rpt. } 18189 (+1124)	805
Stichwahl:	7221 (—395)	15145 (+555)	
c) Oberschlesien			
Kreuzburg-Rosenberg (Meyer, kons.)	5657 (+496)	7015 k. / 2586 ntl. } 9601 (+1073)	
Stichwahl:	6554	9188	344 (+271)
Kosel-Gr. Strehlitz (Glowatzki, Ztr.)	9252 (+755)	9837 Ztr. / 171 P.V. } 10008 (-2333)	
Stichwahl:	11095 (+1399)	11484 (—851)	1247 (+796)
Lublinitz-Tost-Gleiwitz (Warlo, Ztr.)	10312 (—1568)	10327 Ztr. / 6134 ntl. } 14961 (+1136)	
Stichwahl:	13332 (—997)	14109 (+1676)	2219 (+822)
d) Ostpreußen			
Allenstein-Rössel (Krix, Ztr.)	6746	12205 Ztr. / 110 P.V. / 40 ntl. } 12355	408

Digitized by Google

Anlage II.

Reinverlust der deutschen Hand in Posen und Westpreußen von 1896—1909[1]).

\+ bedeutet deutschen Reingewinn, — deutschen Reinverlust.

Jahr	Durch Spaltungen	An ungeteilten Besitzungen	Zusammen
1896	— 3400 ha	+ 1200 ha	— 2200 ha
1897	— 4700 „	+ 100 „	— 4600 „
1898	— 5100 „	— 1100 „	— 6200 „
1899	— 5000 „	— 6900 „	— 11900 „
1900	— 7100 „	+ 200 „	— 6900 „
1901	— 900 „	— 500 „	— 1400 „
1902	— 3700 „	— 3200 „	— 6900 „
1903	— 3700 „	— 5600 „	— 9300 „
1904[2])	— 3300 „	— 5800 „	— 9100 „
1896—1904	— 37000 ha	— 21500 ha	— 58500 ha
1905	— 2152 ha	— 1967 ha	— 4119 ha
1906	— 3723 „	— 9060 „	— 12783 „
1907	— 404 „	— 5266 „	— 5670 „
1908	— 2165 „	— 1236 „	— 3401 „
1909	— 1670 „	— 6300 „	— 7970 „
1905—1909	— 10114 ha	— 23829 ha	— 33943 ha
1896—1909[3])	— 47167 ha	— 45306 ha	— 92474 ha

[1]) Das neueste Statistische Jahrbuch für den Preussischen Staat bringt die Ergebnisse erst von 1909. Doch sind nach den Mitteilungen des Landwirtschaftsministers in der Budgetkommission am 17. April 1912 (Landtagsdrucksache Nr. 296/1912) 1910 noch nicht 1000 ha durch Spaltung verloren worden, 1911 in der Provinz Posen sogar 491 ha gewonnen worden.

[2]) Die Ansiedlungsnovelle ist vom 10. August. Das Jahr 1904 stand also schon zum Teil unter ihrer Wirkung. Würde man es zu dem Zeitraum nach Erlaß der Novelle rechnen, so würde für diesen Zeitraum der Verlust an ungeteiltem Besitz im Verhältnis zu dem Verlust durch Spaltung noch größer sein.

[3]) Die Gesamtsumme weicht infolge der Abrundungen von dem rechnerischen Ergebnis der obigen Tabelle etwas ab.

Digitized by Google

Anlage III.

Tätigkeit der Ansiedlungskommission.

Jahrgang	Angekauft aus polnischer Hand ha	Angekauft aus deutscher Hand ha	Angekauft insgesamt ha	Genehmigte Vertragsschlüsse	Ausgetanes Stellenland ha	Der Durchschnittspreis betrug das ....fache des Grundsteuerreinertrags	
1	2	3	4	5	6	7	8
1886	10 899	960	11 859	142	—	69,7	1886
1887	13 485	1 915	15 400		2 820	74,8	1887
1888	10 125	—	10 125	166	3 724	74,2	1888
1889	4 839	—	4 839	191	3 429	73,7	1889
1890	6 301	1 474	7 775	173	2 800	71,4	1890
1891	7 234	1 293	8 527	193	3 337	73 3	1891
1892	4 601	3 822	8 423	270	4 615	75,4	1892
1893	4 859	3 565	8 424	241	3 901	66,7	1893
1894	3 693	2 571	6 264	222	4 125	59,0	1894
1895	911	6 655	7 566	186	3 491	63,7	1895
1896	1 804	1 716	3 520	191	3 271	70.5	1896
1897	2 968	1 871	4 839	367	6 319	72,9	1897
1898	2 019	12 811	14 830	605	9 787	77,4	1898
1899	2 451	16 057	18 508	669	11 417	79,3	1899
1900	4 981	11 594	16 575	661	9 041	80,5	1900
1901	4 700	12 319	17 019	418	6 156	78,3	1901
1902	4 998	17 009	22 007	1 221	20 031	99,4	1902
1903	3 067	38 985	42 052	1 476	19 503	99.3	1903
1904	3 477	29 632	33 109	1 480	19 736	112,5	1904
1905	2 622	32 039	34 661	1 527	20 466	124.6	1905
1906	3 023	26 648	29 671	1 568	22 516	142,0	1906
1907	1 280	8 090	9 370	1 660	24 066	134,6	1907
1908	1 752	12 341	14 093	1 526	22 020	115,1	1908
1909	3 456	17 627	21 083	1 386	19 619	130,8	1909
1910	1 366	12 318	14 898	1 598 (—500) = 1098	20 697	150,6	1910
1911	1 202	7 736	8 938	1 443 (—162) = 1281	18 066	139,7	1911
	112 116	282 282	394 398	19 570 [1])	283 315		

[1]) Dazu noch 218 Häuslerstellen.

Digitized by Google

Anlage II.

Reinverlust der deutschen Hand in Posen und Westpreußen von 1896—1909[1]).

\+ bedeutet deutschen Reingewinn, — deutschen Reinverlust.

Jahr	Durch Spaltungen	An ungeteilten Besitzungen	Zusammen
1896	— 3400 ha	+ 1200 ha	— 2200 ha
1897	— 4700 „	+ 100 „	— 4600 „
1898	— 5100 „	— 1100 „	— 6200 „
1899	— 5000 „	— 6900 „	— 11900 „
1900	— 7100 „	+ 200 „	— 6900 „
1901	— 900 „	— 500 „	— 1400 „
1902	— 3700 „	— 3200 „	— 6900 „
1903	— 3700 „	— 5600 „	— 9300 „
1904[2])	— 3300 „	— 5800 „	— 9100 „
1896—1904	— 37000 ha	— 21500 ha	— 58500 ha
1905	— 2152 ha	— 1967 ha	— 4119 ha
1906	— 3723 „	— 9060 „	— 12783 „
1907	— 404 „	— 5266 „	— 5670 „
1908	— 2165 „	— 1236 „	— 3401 „
1909	— 1670 „	— 6300 „	— 7970 „
1905—1909	— 10114 ha	— 23829 ha	— 33943 ha
1896—1909[3])	— 47167 ha	— 45306 ha	— 92474 ha

[1]) Das neueste Statistische Jahrbuch für den Preussischen Staat bringt die Ergebnisse erst von 1909. Doch sind nach den Mitteilungen des Landwirtschaftsministers in der Budgetkommission am 17. April 1912 (Landtagsdrucksache Nr. 296/1912) 1910 noch nicht 1000 ha durch Spaltung verloren worden, 1911 in der Provinz Posen sogar 491 ha gewonnen worden.

[2]) Die Ansiedlungsnovelle ist vom 10. August. Das Jahr 1904 stand also schon zum Teil unter ihrer Wirkung. Würde man es zu dem Zeitraum nach Erlaß der Novelle rechnen, so würde für diesen Zeitraum der Verlust an ungeteiltem Besitz im Verhältnis zu dem Verlust durch Spaltung noch größer sein.

[3]) Die Gesamtsumme weicht infolge der Abrundungen von dem rechnerischen Ergebnis der obigen Tabelle etwas ab.

Digitized by Google

Anlage III.

Tätigkeit der Ansiedlungskommission.

Jahrgang	Angekauft aus polnischer Hand ha	Angekauft aus deutscher Hand ha	Angekauft insgesamt ha	Genehmigte Vertragsschlüsse	Ausgetanes Stellenland ha	Der Durchschnittspreis betrug das ....fache des Grundsteuerreinertrags	Jahrgang
1	2	3	4	5	6	7	8
1886	10 899	960	11 859	142	—	69,7	1886
1887	13 485	1 915	15 400		2 820	74,8	1887
1888	10 125	—	10 125	166	3 724	74,2	1888
1889	4 839	—	4 839	191	3 429	73,7	1889
1890	6 301	1 474	7 775	173	2 800	71,4	1890
1891	7 234	1 293	8 527	193	3 337	73 3	1891
1892	4 601	3 822	8 423	270	4 615	75,4	1892
1893	4 859	3 565	8 424	241	3 901	66,7	1893
1894	3 693	2 571	6 264	222	4 125	59,0	1894
1895	911	6 655	7 566	186	3 491	63,7	1895
1896	1 804	1 716	3 520	191	3 271	70.5	1896
1897	2 968	1 871	4 839	367	6 319	72,9	1897
1898	2 019	12 811	14 830	605	9 787	77,4	1898
1899	2 451	16 057	18 508	669	11 417	79,3	1899
1900	4 981	11 594	16 575	661	9 041	80,5	1900
1901	4 700	12 319	17 019	418	6 156	78,3	1901
1902	4 998	17 009	22 007	1 221	20 031	99,4	1902
1903	3 067	38 985	42 052	1 476	19 503	99.3	1903
1904	3 477	29 632	33 109	1 480	19 736	112,5	1904
1905	2 622	32 039	34 661	1 527	20 466	124,6	1905
1906	3 023	26 648	29 671	1 568	22 516	142,0	1906
1907	1 280	8 090	9 370	1 660	24 066	134,6	1907
1908	1 752	12 341	14 093	1 526	22 020	115,1	1908
1909	3 456	17 627	21 083	1 386	19 619	130,8	1909
1910	1 366	12 318	14 898	1 598 (—500) = 1098	20 697	150,6	1910
1911	1 202	7 736	8 938	1 443 (—162) = 1281	18 066	139,7	1911
	112 116	282 282	394 398	19 570 [1])	283 315		

[1]) Dazu noch 218 Häuslerstellen.

Digitized by Google

III.

Die Besitzfestigung.

Von **Albert Dietrich.**

Inhalt: Zurückweichen des eingesessenen Deutschtums S. 156. — Entstehung der Befestigung S. 157. — Gründung und Organisation der Besitzfestigungsbanken S. 158. — Ihr Verfahren S. 159. — Die wirtschaftliche Bedeutung der Besitzfestigung S. 160. — Die Mitwirkung der ländlichen Kreditgenossenschaften S. 160. — Ergebnisse S. 161. — Verkaufsvermittelung S. 161. — Das Besitzfestigungsgesetz vom 26. 6. 1912 S. 162. — Vordringen des Polentums in Ostpreussen, Pommern und Schlesien S. 162. — Besitzfestigung und Ansiedelung S. 164.

Nächst der Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter ist die Besitzfestigung des eingesessenen deutschen Grundbesitzes die wichtigste unter den staatlichen Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen. Aus den von der Ansiedlungskommission gewonnenen Erfahrungen allmählich entwickelt, bildet sie heute die anerkannt notwendige und zweckmäßige Ergänzung der Tätigkeit dieser Behörde.

Die Thronrede, die den Landtag von 1886 eröffnete, kündigte die neue Ära der preußischen Polenpolitik mit den Worten an: „Das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen legt der Regierung die Pflicht auf, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwickelung der deutschen Bevölkerung sicher zu stellen geeignet sind." Nichts deutet in den darauffolgenden Landtagsverhandlungen darauf hin, daß zur Sicherung des Bestandes an altem Deutschtum dessen unmittelbare Förderung für nötig gehalten worden wäre. Vielmehr glaubten wohl Bismarck und die nationale Landtagsmehrheit, daß durch die Ansetzung neuer deutscher Bauern mittelbar auch der Bestand des eingesessenen Deutschtums am besten gesichert werden würde. Dieser Erfolg trat nicht ein. Das eingesessene Deutschtum wich in den folgenden Jahrzehnten weiter zurück. Auch die im Jahre 1902 einsetzende verstärkte Ansiedlungstätigkeit vermochte daran nichts zu ändern. Der Reinverlust deutschen Grundbesitzes an die polnische Hand betrug in Westpreußen und Posen für die Zeit von 1896 bis 1909 92 474 Hektar. Die Ansiedlungskommission hat bis 1911 282 282 Hektar oder 71,6 Prozent ihres gesamten Landerwerbes aus deutscher Hand kaufen müssen. Mit Ausnahme der Jahre 1886, 1889, 1890 sah sie sich stets

Digitized by Google

einem sehr viel stärkeren Angebot deutscher als polnischer Güter gegenüber. Bismarck hatte in der Rede vom 28. Januar 1886 damit gerechnet, daß leider auch deutsche Güter, die sich wegen der schlechten Lage der Landwirtschaft nicht halten könnten, würden angekauft werden müssen, wohl aber nicht damit, daß dies Angebot deutscher Güter und die Notwendigkeit, solche zu kaufen, in guten und sehr guten Zeiten gleichfalls bestehen würde. Besonders bedenklich war es, daß gegen Ende der 90er Jahre der alt eingesessene deutsche Bauernstand der beiden Provinzen stärker zu weichen begann. Da sah die Ansiedlungskommission sich öfter veranlaßt, auch deutsche Bauerngüter zu kaufen, hier um ein erstes Eindringen eines Polen in eine deutsche Gemeinde zu verhindern, dort um die deutsche Gemeindemehrheit zu erhalten. Der Erfolg war der, daß nun erst recht gerade aus solchen Gemeinden Grundstücke der Ansiedlungskommission zum Kauf angeboten wurden, sodaß diese in der Lage gewesen wäre, allmählich das ganze altdeutsche Dorf mit Ansiedlern zu besetzen. Gegenüber dem steigenden Angebot bäuerlicher Besitzungen hielt die Ansiedlungskommission aber aus triftigen Gründen, die in der Denkschrift „20 Jahre deutscher Kulturarbeit", Berlin 1907, eingehend gewürdigt werden, mit dem Ankauf nach Möglichkeit zurück. Dem politischen Zweck dieser Behörde widersprach es eben durchaus, altdeutsche Bauerndörfer allmählich auszukaufen und mit Ansiedlern von außerhalb zu besetzen.

In einzelnen Fällen beschritt nun aber die Ansiedlungskommission einen neuen interessanten Weg, dem die Bedenken, die sonst gegen den Ankauf bäuerlicher Besitzungen sprachen, nicht entgegenstanden. Auf diesen Weg weist auch die Begründung zur Novelle von 1902 zum Ansiedlungsgesetz mit den Worten hin: „Den Zielen des Gesetzes entspricht es und kann in einzelnen Fällen durchaus zweckmäßig sein, solche (bäuerliche) Stellen auch ihren bisherigen deutschen Besitzern, sofern sie wirtschaftlich tüchtig und national zuverlässig sind, unter den erleichterten Formen als Rentengut (oder pachtweise[1]) zu belassen." Also Umwandlung des Grundstücks in ein Ansiedlungsrentengut in der Hand des eingesessenen Besitzers. Damit wurde zweierlei erreicht: einmal im staatlichen Interesse die nationalpolitische Bindung des Grundstücks mit Hilfe der nach dem Rentengutsgesetz zulässigen Beschränkungen, zum anderen im Interesse des Besitzers die

[1]) Der Weg der Verpachtung an den bisherigen Eigentümer ist vorzugsweise vom Domänenfiskus beschritten worden, dem 1902 100 Millionen zum Ankauf von Domänen und größeren Gütern in Westpreußen und Posen und 1908 25 Millionen zur Verfügung gestellt wurden. Es wurden auch einzelne Bauerndomänen gegründet. Es wurden bis Anfang 1911 rund 83000 ha aus diesen Mitteln in Domänenbesitz umgewandelt.

Digitized by Google

verringert angewiesen sein wird, wird jedenfalls die Zahl der Ansiedler noch weit unter 1000 herabgemindert werden müssen — falls nicht in größerem Umfange angekauft wird.

Wir halten diesen Rückgang doch für äußerst beklagenswert und glauben, daß diese Tatsache für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Polenpolitik ausschlaggebend ist. Durch die intensive Siedlung der Jahre 1902 bis 1908 (durchschnittlich 1500 Ansiedler im Jahr), ist es erreicht worden, daß sich von 1905—10 in der ganzen Provinz Posen der deutsche Bevölkerungsteil prozentualiter wesentlich vermehrt hat als der polnische: er ist um 6,2 Prozent, der polnische nur um 5,3 Prozent gestiegen. Der Anteil der Deutschredenden an der Gesamtbevölkerung ist von 38,3 auf 38,5 Prozent gewachsen. Es ging also vorwärts; aber man sieht, wie langsam; unzweifelhaft muß jedes Nachlassen der Ansiedlungstätigkeit — und nun gar ein so starkes um ein Drittel und mehr — die prozentuale Vermehrung der Bevölkerungsteile wieder zu Ungunsten der Deutschen umkehren. Trotz der intensiven Siedlung bis 1908 ist das Polentum, wie erwähnt, von 1895—1907 wirtschaftlich stark vorgedrungen; wie wird das nun werden? Man hat wohl gesagt, es mache nichts aus, ob man etwa in fünf Jahren 1000 Ansiedler ansetze oder in zehn Jahren 1000 jährlich; man könne ruhig einige Jahre „kürzer treten". Das ist sicherlich richtig, wenn man die Tätigkeit der Ansiedlungskommission lediglich vom Standpunkt der inneren Kolonisation betrachtet; handelte es sich nur um ein Werk der inneren Kolonisation, so könnte man allerdings schon einmal einige Jahre pausieren. Aber diese Auffassung ist schwerlich richtig, wenn man die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, wie es unseres Dafürhaltens geschehen muß, unter dem Gesichtspunkt des Nationalitätenkampfes betrachtet, unter dem Gesichtspunkt nämlich, daß das Polentum immer mit unverminderter Kraft und mit mindestens gleicher Schnelligkeit vordringt, daß ein Nachlassen auf deutscher Seite also automatisch die polnische Position stärkt und Jahr für Jahr das Deutschtum mehr ins Hintertreffen bringt. So betrachtet, ist es nicht nebensächlich, sondern geradezu die Kernfrage des ganzen Problems, daß ein Tempo der Siedlung eingehalten wird, das uns prozentualiter schneller vorwärts bringt als die Polen.

Wir glauben, daß dies schnellere Tempo doch noch für eine ganze Anzahl Jahre einzuhalten ist. An gutem Ansiedlermaterial fehlt es nicht: die Zahl der Ansiedlungsanträge ist wieder gestiegen: auf 8481 gegen 8276 (1910) und gegen 7015 (1909); man hatte also reichlich Auswahl; außerdem sind von dem Gesamtsoll an Renten, Rückzahlungen usw. im letzten Jahre im Betrage von 10 310 000 Mark nur 83 887 Mark oder 0,79 Prozent rückständig geblieben. Auch ist ja bekannt, daß schon vielfach Ansiedlersöhne wegen des Landmangels bei der Ansiedlungskommission nach

Digitized by Google

Kanada abgewandert sind. Die Preise sind hoch; aber sie sind jetzt nicht so sehr viel höher als vor der Annahme des Enteignungsgesetzes: 1906 wurde das 142 fache, 1907 das 135 fache, 1910 das 151 fache, 1911 das 140 fache des Grundsteuerreinertrages gezahlt. Und werden denn überhaupt infolge des „Kürzertretens" die Preise sinken? Ein rundes Ja gibt darauf, so weit wir sehen, Niemand. Der Landwirtschaftsminister meinte [1]), man „könne immerhin mit der Möglichkeit rechnen, daß im Laufe der Jahre die Preise und Marktverhältnisse wieder günstiger würden"; andere bestreiten das, und in der Tat wird ja auch hinsichtlich des Ankaufs schon seit fünf Jahren „kürzer getreten", ohne daß der erwartete Preisrückgang eingetreten ist. Jedenfalls wird es jetzt von großem Interesse sein zu verfolgen, ob und wie die eben (10. Oktober 1912) beschlossenen Enteignungen auf die Bodenpreise einwirken werden. So dankenswert es sicherlich ist, daß mit der Enteignung jetzt angefangen ist, so sind doch seit langem gerade gegen die jetzige Art des Vorgehens (nur beim Besitzwechsel und eine größere Anzahl kleiner Güter an den verschiedensten Stellen zu enteignen, statt einige wenige große Latifundien dadurch zu erwerben) erhebliche sachliche Bedenken geltend gemacht. Man befürchtete bei der jetzigen Art des Vorgehens ein Einwirken des (wahrscheinlich) höheren Enteignungspreises auf den Marktpreis und wieder ein Einwirken der gestiegenen Marktpreise auf den nächsten Enteignungspreis, also ein ständiges Hinaufschrauben der Preise. Das würde vermieden werden, wenn alle paar Jahre ein ganz großes Latifundium, das sonst kaum auf den Markt kommt und dessen Preis daher die sonstigen Bodenpreise auch nicht beeinflussen könnte, enteignet würde. Ein solcher großer Schlag würde dabei dem Deutschtum mehr nützen und zugleich im Polentum und auf dem Gütermarkt nicht immer wieder neue Aufregung und Beunruhigung schaffen, die die öfter wiederkehrende Enteignung zahlreicher kleiner Güter notwendig zur Folge haben müßte. Wir lassen für jetzt dahingestellt, ob diese Bedenken berechtigt sind oder ob die Regierung im Recht war, wenn sie sie jetzt außer acht ließ; diese Frage wird sich wohl nun bald klären. Ein schnelleres Tempo wird freilich durch die jetzigen Enteignungen, die nur einen Umfang von 1908 ha haben, sicher nicht eintreten, und deshalb kann man nur aufs innigste wünschen, daß sich die Regierung dazu entschließen möchte, in größerem Umfange zu enteignen. Allerdings müßte dann, damit wir nicht bald ganz ans Ende geraten, von der Regierung und den nationalen Parteien auch der ernste Entschluß damit verbunden werden, die in der Beschränkung der Enteignungsbefugnis auf 70000 ha (die Zahl ist

[1]) Verhandlungen der Budgetkommission vom 17. April 1912. Landtagsdrucksache Nr. 296 (1912) S. 20.

Digitized by Google

Befreiung von der bisherigen drückenden Hypothekenlast, indem an deren Stelle zur Schadloshaltung des Staates die niedrig verzinsliche, unkündbare Ansiedlungsrente trat, — in kurzen Worten: Besitzfestigung in nationalpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Dieser Weg bot, da in der im allgemeinen hohen und drückenden Verschuldung wohl der hauptsächlichste Grund für die Lockerung des eingesessenen deutschen Grundbesitzes lag, die Aussicht auf eine erfolgreiche Abwehr gegen die weitere Eroberung deutschen Volksbodens durch das Polentum. Es war weiter, indem den eingesessenen deutschen Bauern die gleichen Vorteile geboten wurden, die der Ansiedler genoß, die Möglichkeit des Ausgleiches einer oft bitter empfundenen Ungleichheit und damit eines schnelleren Ineinanderaufgehens alten und neuen Volkstums, das im staatlichen Interesse so sehr wünschenswert ist, gegeben.

Die Lösung der großen Aufgabe der Besitzfestigung, die nunmehr vor Augen lag, war eine Frage der Organisation, und zwar überwiegend einer Organisation des landwirtschaftlichen Realkredits. Es war daher zweckmäßig, dafür für jede Provinz eine besondere verantwortliche Stelle zu schaffen, die organisch mit dem deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen der Provinz verbunden wurde, und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu arbeiten hatte. So wurde 1904 zunächst für die Provinz Posen unter der Förderung des weitschauenden Oberpräsidenten von Waldow die Deutsche Mittelstandskasse zu Posen, G. m. b. H.[1]), mit einem Stammkapital von 1,5 Millionen Mark gegründet. Gesellschafter wurden der Preußische Staat, die Posensche Landesgenossenschaftsbank, e. G. m. b. H. (Verbandskasse der Raiffeisengenossenschaften), die Provinzial-Genossenschaftskasse für Posen (Verbandskasse der Offenbacher Genossenschaften) und die Landbank. Die Aufgabe der Mittelstandskasse war es zunächst, das Besitzfestigungsverfahren zu entwickeln und zu erproben und die organisatorischen Fragen zu lösen. Ihre Tätigkeit hielt sich deshalb in den ersten Jahren in engen Grenzen. Auf ihren Erfahrungen fußend, wurde im Jahre 1906 für die Provinz Westpreußen die Deutsche Bauernbank für Westpreußen, G. m. b. H. zu Danzig mit

[1]) Die Kredithilfe der Mittelstandskasse erstreckte sich anfangs auch auf den städtischen Mittelstand, daher ihr Name Mittelstandskasse. Nachdem inzwischen 1908 aber die Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer zu Posen und aus dieser herausgebildet 1910 die Deutsche Pfandbriefanstalt zu Posen die Beleihung des städtischen Hausbesitzes in den Provinzen Westpreußen und Posen übernommen hatten, beschränkte sich die Tätigkeit der Mittelstandskasse gänzlich auf die ländliche Besitzbefestigung.

Digitized by Google

einem Stammkapital von 0,5 Million Mark unter Beteiligung des Fiskus, der Westpreußischen Provinzial-Genossenschaftsbank (Verbandskasse der Raiffeisengenossenschaften) und der Landschaftlichen Bank der Provinz Westpreußen gegründet. In dem Gesetz über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 30. März 1908 (Artikel I 1, 4) wurden zur Durchführung der den beiden Banken übertragenen Besitzfestigung 75 Millionen Mark zur Befestigung bäuerlichen Grundbesitzes, 50 Millionen Mark zur Befestigung größerer Güter zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung dieser Fonds wurde der Ansiedlungskommission unterstellt, aus deren Mitteln bis dahin die Besitzfestigung betrieben worden war.

* * *

Die Besitzfestigungsbanken üben ihre Tätigkeit aus als Bevollmächtigte des Staates (Ansiedlungskommission) einerseits und des Eigentümers, der den Antrag auf Befestigung seines Besitztums gestellt hat, andererseits. Den juristischen Rahmen des Verfahrens gibt die Umwandlung des Grundstücks in ein Rentengut, das die Ansiedlungskommission ausgibt. Das Grundstück ist also an die Ansiedlungskommission aufzulassen, damit es von ihr als Rentengut zurückaufgelassen werden kann. Beide Auflassungen werden in einem Akte vollzogen und haben nicht etwa eine Verteuerung zur Folge; vielmehr bewirkt gerade der vorübergehende Erwerb durch die Ansiedlungskommission, daß dem Besitzfestigungsverfahren nach § 10 des Ges. v. 26. April 1886 in dem dort festgesetzten Umfange Stempel- und Kostenfreiheit zugute kommt. Durch eine nur im Einverständnis beider Teile ablösbare (dauernde) feste Geldrente von einer Mark und ein zugunsten der Ansiedlungskommission eingetragenes Wiederkaufsrecht[1]) wird die Erhaltung des Grundstücks in deutscher Hand gesichert, wird die nationalpolitische Besitzfestigung erreicht.

Mit der Umwandlung in ein Rentengut Hand in Hand geht die Neuordnung der Realbelastung des Grundstücks. In oft langwieriger Vorarbeit werden die meist recht hoch verzinslichen, untilgbaren und beliebig kündbaren Hypotheken zur Löschung gebracht, um ersetzt zu werden an erster Stelle durch Darlehen der zuständigen Landschaft oder eine sonstige abtragbare Institutshypothek, an zweiter Stelle — und das ist das wirtschaftlich Bedeutsame und Neue — durch eine unkündbare Abtragrente der Ansiedlungskommission, die das gegebene Rentenkapital mit nur $3^1/_2$ Prozent verzinst und bei bäuerlichen Gütern

[1]) Gemäß Artikel 29 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum BGB. vom 29. September 1899.

Digitized by Google

mit $^1/_2$ Prozent in $64^1/_2$ Jahren, bei größeren mit $1—1^1/_2$ Prozent in $44^1/_2$ Jahren tilgt. Diese Überführung einer wirtschaftlich schädlichen, erfahrungsgemäß steigenden Hypothekarverschuldung in eine Form, die den landwirtschaftlichen Bedürfnissen in weitestem Maße entgegenkommt, bedeutet wirtschaftliche Besitzfestigung. Sie führt die allmähliche Entschuldung herbei.

Der wirtschaftliche Vorteil, den der Einzelne aus der Besitzfestigung zieht, besteht im Durchschnitt der durchgeführten Sachen beim bäuerlichen Besitz in einer reinen Zinsersparnis von 21,3 Prozent (Posen) bzw. 19,4 Prozent (Westpreußen), beim Großgrundbesitz in einer solchen von 16,2 Prozent (Posen) bzw. 11,2 Prozent (Westpreußen). Auch die Jahresleistung — also Zinsleistung und Tilgungsquote — stellt sich noch billiger als bisher, und zwar beim bäuerlichen Besitz um 10,5 Prozent (Posen und Westpreußen), beim Großgrundbesitz, der im Gegensatz zum bäuerlichen Besitz, Tilgungshypotheken bisher schon in möglichstem Umfange aufgenommen hatte, auf 5,6 Prozent (Posen) bzw. 0,9 Prozent (Westpreußen).

Die Hergabe von Staatsmitteln zur privatwirtschaflichen Förderung einzelner Staatsangehöriger findet ihre Rechtfertigung in der Gefahr, die mit dem Verlust deutschen Grundbesitzes an die polnische Hand für das deutsche Wesen des Staates entsteht. Sie ist die Gegenleistung für die von dem Eigentümer zu übernehmende, auf die dauernde Sicherung seines Besitzes in deutscher Hand abzielende Verpflichtung.

Die Hergabe des zweitstelligen Darlehens durch den Staat kann nur unter der Verantwortung lokaler Instanzen erfolgen. Diese setzen die Beleihungsgrenze fest und übernehmen dem Staate gegenüber die Bürgschaft für das Einkommen der Rente. Diese Rentenbürgschaft wird bei bäuerlichen Grundstücken in der Regel von örtlichen landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen übernommen. Die naturgemäß rein wirtschaftliche Mitwirkung der Kassen bei dem Besitzfestigungsverfahren erstreckt sich nach verschiedenen Richtungen und hat sich als überaus nutzbringend und zweckmäßig auch für sie selbst erwiesen, wozu die obenerwähnte organische Verbindung des Genossenschaftswesens mit den Besitzfestigungsbanken wesentlich beigetragen hat. Nach den Spar- und Darlehnskassen bürgen auch die Besitzfestigungsbanken dem Staate für die Renten. Wo es an einer bürgenden Kasse fehlt, beim Großgrundbesitz übernehmen die Banken die Rentenbürgschaft allein.

Die befestigten Güter erwerben mit ihrer Umwandlung in Ansiedlungsrentengüter nach § 1 des Gesetzes vom 8. Juni 1896 die Anerbengutseigenschaft. Dadurch soll ihre Erhaltung im Besitz der Familie erleichtert, die Zerstückelung in wirtschaftlich unselbständige Grundstücke ebenso wie ein Aufgesogen-

Digitized by Google

werden von anderem Besitz verhindert werden. Es handelt sich hierbei zunächst um eine allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahme, die aber in ihrer auf die Erhaltung der eingesessenen deutschen Landwirtschaft gerichteten Tendenz auch von nationalpolitischer Bedeutung ist.

Die Ergebnisse der Besitzfestigung sind in folgenden Zahlen dargestellt.

Befestigt sind:

	Jahr	Posen		Westpreußen		Posen und Westpreußen	
		Zahl	Größe ha	Zahl	Größe ha	Zahl	Größe ha
a) bäuerliche Grundstücke	1906	55	937,97	—	—	55	937,97
	1907	396	8 230,38	109	3 855,89	505	12 086,27
	1908	656	13 238,27	679	18 232,52	1335	31 470,79
	1909	522	9 500,19	559	12 944,16	1081	22 444,35
	1910	666	10 820,64	636	13 931,08	1302	24 751,72
	1911	915	15 126,68	649	14 280,00	1564	29 406,68
Zusammen am 31. 12. 1911		3210	57 854,13	2632	63 243,65	5842	121 097,78
am 1. 4. 1912		—	—	2799	66 893,63	6009	124 747,76
b) größere Güter	1909	6	3 769,—	12	5 030,84	18	8 799,84
	1910	12	8 770,—	27	9 286,02	39	18 056,02
	1911	22	15 065,—	30	13 800,—	52	28 865,—
Zusammen am 31. 12. 1911		40	27 604,—	69	28 116,86	109	55 720,86
am 1. 4. 1912		—	—	71	28 584,—	111	56 188,—

c) bäuerliche Grundstücke und größere Güter zusammen in Posen und Westpreußen am 1. 4. 1912 . . . . . 180 935,76

Die Besitzfestigungsbanken haben neben ihrer eigentlichen Tätigkeit mit steigendem Erfolge auch die Vermittlung von Grundstücksverkäufen aufgenommen. Sie vermögen selbstverständlich nicht jeden Übergang deutscher Grundstücke in polnische Hand zu verhindern, denn sie dürfen nicht durch Begünstigung unmäßiger Bodenpreise der weiteren Mobilisierung des Grundbesitzes Vorschub leisten. Bis 1. Januar 1912 ist in Posen von der Mittelstandskasse der Verkauf von 18 590 Hektar, davon 685 Hektar aus polnischer Hand, in Westpreußen durch die Bauernbank der Verkauf von 17 944 Hektar, davon 1495 Hektar aus polnischer Hand, vermittelt worden. Beide Banken nehmen auch die Aufteilung von Grundstücken vor. Besonders wertvoll ist es, wenn damit der Abverkauf von Grundstücksteilen

Digitized by Google

an deutsche Anlieger stattfinden kann, deren Stammgrundstücke auf diese Weise vergrößert und der Besitzfestigung zugeführt werden. Die Anliegerparzellierung ist vielfach ein gutes Mittel, das eingesessene Deutschtum festzuhalten. Daher pflegt auch die Ansiedlungskommission, wo sie mit ihrem Besitztum an alte deutsche Siedlungsgebiete grenzt, den Landbedarf der deutschen Anwohner nach Möglichkeit zu decken. Zu begrüßen ist es, daß auch forstfiskalische Ländereien, die bisher an die Meistbietenden verpachtet wurden, an deutsche Anwohner aufgeteilt werden konnten.

* * *

Nach dem Gesetz über „Stärkung des Deutschtums in einigen Landesteilen" (Besitzfestigungsgesetz) vom 26. Juni 1912 soll das in den Provinzen Westpreußen und Posen erprobte Besitzfestigungsverfahren auch in anderen national bedrohten Grenzgebieten des preußischen Staates, insbesondere in einigen Teilen Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens, in denen das Polentum festen Fuß zu fassen beginnt, Anwendung finden. Es sind hierzu der Staatsregierung 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, davon 5 Millionen Mark für die Beteiligung bei gemeinnützigen Gesellschaften, denen in gleicher Weise wie der Mittelstandskasse und der Bauernbank die Vermittlung bei der Bildung der Rentengüter übertragen werden soll. Für die Besitzfestigung bäuerlicher Grundstücke sollen 70 Millionen Mark, für die größerer Güter 25 Millionen Mark Verwendung finden. Besonderes Interesse verdient die dem Entwurf des Gesetzes beigegebene Begründung[1]). Aus ihr entnehmen wir folgende Zahlen über den Übergang deutschen Landbesitzes an die polnische Hand in den am meisten beteiligten Regierungsbezirken in der Zeit von 1906 bis 1911.

Regierungsbezirk	Verlust überhaupt		Reinverlust	
	Zahl der Grundstücke	ha Fläche	Zahl der Grundstücke	ha Fläche
Allenstein	167	14 587	146	8 796
Köslin	63	2 869	47	1 789
Breslau	307	11 594	274	9 634
Liegnitz	154	3 263	145	2 744
Oppeln	—	1 764	—	392

[1]) Drucksache Nr. 334 des Hauses der Abgeordneten 21. Legislaturperiode V. Session 1912.

Digitized by Google

Den Hauptverlust haben allenthalben die Jahre 1910 und 1911 dem Deutschtum eingetragen, und er entfällt stets auf die den Ansiedlungsprovinzen nächst gelegenen Kreisen.

Über das Wachstum der polnischen Bevölkerung in vor nicht langer Zeit noch rein deutschen Kreisen Pommerns und Schlesiens gibt ein Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1900 und 1910 Aufschluß.

	Zahl der Polen 1900	1910	Zuwachs in %
Kreis Bütow	3575	4309	20,5
„ Lauenburg	2152	2807	30,4
„ Stolp-Land	251	806	222,0
Kreis Militsch	689	1584	122,6
„ Trebnitz	595	1329	123,4
„ Wohlau	281	1308	368,7
„ Guhrau	695	2018	190,4
„ Glogau	1287	2337	81,6
„ Freystadt	371	1407	280
„ Grünberg	309	789	189,1

In Ostpreußen und den übrigen gefährdeten Teilen Schlesiens ist die Muttersprache kein entscheidendes Merkmal der Nationalität. Wegen der etwaigen Schwierigkeiten, die sich da bei der Handhabung des Gesetzes, das selbstverständlich nur „Deutschen" zugute kommen soll, erheben können, gibt die Begründung folgende Unterscheidung an die Hand: „Der Ausdruck „deutsch" ist .... nicht im staatsrechtlichen Sinne, wonach er die Reichsangehörigkeit bedeutet, zu verstehen, sondern soll die Zugehörigkeit zum Deutschtum im nationalen Sinne bezeichnen. Die Unterscheidung der „deutschen" in dieser Bedeutung von den fremdnationalen Reichsangehörigen ist nach der gesamten Stellung des Einzelnen und seiner Familie zum deutschen Staatsleben zu treffen."

Mit der Anwendung der Besitzfestigung auf die außerhalb der Ansiedlungsprovinzen gelegenen durch das agressive Polentum gefährdeten Landesteile folgt die Staatsregierung übrigens nicht schematisch dem Beispiel Posens und Westpreußens, sondern weil die Ursachen für das Zurückweichen des Deutschtums hier wie dort die gleichen sind, unter ihnen hauptsächlich „die im allgemeinen hohe Verschuldung des Grundbesitzes, Unzulänglichkeit der Krediteinrichtungen und infolgedessen ein unsicherer und teurer Kredit besonders insoweit, als er die Mündelsicherheit überschreitet." Daher ist auch hier ein Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften geboten.

Digitized by Google

Mit der Durchführung der Besitzfestigung wird in Schlesien eine neu zu begründende Gesellschaft, werden in Ostpreußen und Pommern die dort vorhandenen auf dem Gebiete der inneren Kolonisation bewährten Gesellschaften, die „Ostpreußische Landgesellschaft m. b. H." zu Königsberg und die „Pommersche Landgesellschaft m. b. H." zu Stettin betraut werden. Die Verbindung von Besitzfestigung und Besiedelung wird wie in Posen und Westpreußen in den anderen national gefährdeten Teilen unseres Ostens von besonderen Nutzen sein, ja an manchen Stellen gar nicht entbehrt werden können.

In Westpreussen und Posen darf die Ansiedlungstätigkeit keineswegs hinter der Besitzfestigung zurücktreten. Denn so wirksam diese als Maßregel ist „den Bestand der deutschen Bevölkerung sicherzustellen", ebenso ermöglicht allein die Ansiedlung deutscher Bauer und Arbeiter die „Entwicklung der deutschen Bevölkerung in den beiden Provinzen, die möglichste Besserung der Verhältniszahl zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung zum Vorteil der Deutschen". Dies doppelte Ziel aber muß vollständig erreicht werden. Denn, wie die Begründung der Staatsregierung zum Besitzfestigungsgesetz sagt: „Das Deutschtum ist für den preußischen Staat wesentlich. Der Ansturm der in Sprache, Gewohnheiten und Kultur abweichenden Volksteile dawider hemmt die Entwicklung eines einheitlich deutschen Volkstums und bringt das Staatswesen in Gefahr."

Digitized by Google

IV.

Deutsche Kleinsiedlung in Posen und Westpreußen.

Von **Karl Nehring.**

Inhalt: Arbeiteransiedlung bis 1900 S. 166. — Arbeiter-Miets- und Rentenstellen der Ansiedlungskommission S. 166. — Staatsministerialerlass vom 10. September 1910 S. 167. — Kleinsiedlungsgenossenschaften in Posen und Westpreussen S. 167. — Kaufbedingungen für Arbeiterstellen, durchschnittliche Belastung und Größe S. 168. — Sicherung als deutsche Arbeiterstelle S. 170. — Beschäftigung der Stelleninhaber S. 171. — Schlussbemerkung S. 172.

Die Tatsache, daß in der Ostmark, besonders in Posen und Westpreußen, die ländliche Bevölkerung gerade in ihrer untersten Schicht, dem Arbeiterstande, überwiegend aus Polen besteht, und die Erkenntnis, daß in den letzten Jahrzehnten das Verhältnis der Nationalitäten sich in dieser Schicht immer mehr zu Ungunsten des Deutschtums verschiebt[1]), hat die an der nationalen Entwicklung unserer Provinzen interessierten Kreise veranlaßt, in der neuesten Zeit diesem Übelstande vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen und neben der Ansetzung bäuerlicher Existenzen in verstärktem Maße auf die Ansiedlung ländlicher Arbeiter, d. h. auf die Neugründung ländlicher Stellen mit so geringer Landfläche, daß die Besitzer auf ihren Grundstücken nicht selbständig leben können, sondern zu ihrem Unterhalt Nebenverdienst suchen müssen, hinzuwirken. Die erhöhten Schwierigkeiten, die dieser Zweig der Besiedlungstätigkeit, was den Ausbau der Gebäude, Beschaffung des Ansiedlermaterials, dauernde

---

[1]) In den Gutsbezirken der Provinz Posen gab es:
1871: 356312 Bewohner, von denen 63848 deutsch, 291958 polnisch waren,
1885: 390403 „ „ „ 61627 „ 328340 „ „
1895: 392762 „ „ „ 57662 „ 334429 „ „
(Vergl. Wegener, der wirtschaftliche Kampf pp. S. 127).
Auf 34 Domänen der Provinz Posen waren von den Gutsarbeitern:
1885: 1617 deutsch, 4840 polnisch,
1895: 1409 „ 5214 „
1900: 1366 „ 5345 „
(Vergl. zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit S. 77).
Auf 7 Domänen eines westpreußischen Kreises waren von den Gutsarbeitern
1885: 259 deutsch, 1030 polnisch,
1910: 209 „ 1447 „, d. i. 19 Prozent weniger deutsch, 40 Prozent mehr polnisch.

Digitized by Google

Erhaltung der Arbeiterstelle als solcher und des angesetzten Ansiedlers auf dieser angeht, im Vergleich mit der Schaffung bäuerlicher Stellen mit sich bringt, ließ die Königliche Ansiedlungskommission erst verhältnismäßig spät ihre Arbeit auf diesem Gebiete beginnen. Waren in der Zeit von 1886 bis 1900 bei einer Gesamtzahl von 6758 Ansiedlerstellen nur 473 in einer Größe bis zu 2 ha verkauft worden, so begann man im Jahre 1901 deren Zahl schneller zu vermehren, indem man eine neue Art der Besiedlung durch Schaffung von Arbeitermietsstellen zur Anwendung brachte, d. h. die Ansiedlungskommission richtete, während man vorher den Bau der Stelle bzw. den Umbau des alten Insthauses zur selbständigen Arbeiterstelle meist dem Erwerber selbst überlassen hatte, nunmehr die Stelle durch Bau eines Wohnhauses nebst kleinem Stall und Scheune (teils als Einfamilienhaus, teils als Doppelhaus) und durch Einrichtung eines umzäunten Gärtchens vollständig her. Der Arbeiter brauchte nur eine geringe Kaution in Höhe der Vierteljahresmiete zu hinterlegen und sehr mäßige Mittel zur Beschaffung des Inventars zu haben; damit eröffnete man den fast vermögenslosen Elementen, die hauptsächlich aus dem Auslande, Rußland und Galizien, nach der Ostmark einzuwandern begannen, die Möglichkeit, sich ein Heim zu gründen, von dem aus sie in der Landwirtschaft oder in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben (Brennereien, Zuckerfabriken) tätig sein und allmählich ein kleines Kapital zum späteren Erwerb einer Eigentümerstelle ansammeln konnten. Auch westdeutsche Arbeiter und Einheimische machten gern von der Möglichkeit, eine Arbeiterstelle zu mieten, Gebrauch.[1]) So schuf die Ansiedlungskommission in dem Jahrzehnt von 1900 bis 1910 520 Arbeitermietsstellen, während die Zahl der zu Eigentum vergebenen Arbeiterstellen auf ca. 900 stieg. Neben landwirtschaftlichen Arbeitern, die auf benachbarten größeren Gütern oder bei den großbäuerlichen Ansiedlern Arbeit fanden, kamen Handwerker zur Ansetzung, deren Ansäßigmachung in der neuen Gemeinde nötig erschien, wie Stellmacher, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Tischler, Maurer usw. Indessen bot die Form der Mietsstelle für den Staat große Schwierigkeiten durch die ihm obliegende Fürsorge für die Erhaltung der Baulichkeiten. Die Seßhaftigkeit des Arbeiteransiedlers war bei dem schwachen Band, das ihn an die Stelle fesselte, sehr gering. Während man für Schmiede, Stellmacher und derartige Stellen, bei denen die Ansiedlungskommission im Interesse der Ansiedlergemeinde den Wunsch hegen muß, daß sie dauernd und in der Hand eines geeigneten Inhabers dieser ursprünglichen Bestimmung gewidmet bleiben,

[1]) Im Jahre 1907 waren von 458 Mietern: 186 sogenannte Rückwanderer (aus Rußland und Galizien), 194 Einheimische und 78 Westdeutsche.

Digitized by Google

an der Form der Vermietung oder Verpachtung festhielt, (dasselbe gilt für die Ansiedlungskrüge), so ging man bei den neuen Arbeiterstellen wieder durchweg zu der Form der Vergebung zu Eigentum gegen Rente über und wandelte die bisherigen Mietsstellen in Rentenstellen um. Der Zuzug an geeignetem Material hatte sich gehoben, und man konnte hinsichtlich der Höhe der Anzahlung an die Reflektanten größere Anforderungen stellen. Bis zum 1. Januar 1912 ist die Zahl der von der Ansiedlungskommission vergebenen Arbeiterstellen auf 1966 gestiegen; von diesen sind nur noch 218 Arbeitermietsstellen, während 1748 zu Rentenrecht vergeben sind. Die überwiegende Mehrzahl liegt, wie vorerwähnt, im Zusammenhange mit den bäuerlichen Ansiedlungen; nur 53 Ansiedlungen (37 in Posen und 16 in Westpreußen) weisen mehr als je vier Arbeiterstellen auf, und nur in seltenen Fällen bilden diese das Gros der Kolonie, wie z. B. in Junikowo bei Posen, wo rund 60 Arbeiter neben 3 bäuerlichen Wirten angesetzt sind oder beispielsweise in Wongrowitz und Pudewitz, wo die Arbeiterkolonien ein in sich geschlossenes Ganzes bilden.

Eine grundsätzliche Regelung der Arbeiteransiedlung in Posen und Westpreußen ist durch den Staatsministerialerlaß vom 10. September 1910 gegeben. Hiernach legt die Ansiedlungskommission Arbeiterstellen nur noch im Zusammenhange mit den von ihr geschaffenen bäuerlichen Ansiedlungen aus; in bereits bestehenden Gemeinden ist die Arbeiterbesiedlung gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften überlassen, deren seit dem Jahre 1905 in der Provinz Posen 24 begründet worden sind. In Westpreußen bestehen sieben derartige Siedlungsgesellschaften, die sich aber bisher zum größten Teil mehr mit der Auslegung bäuerlicher Wirtschaften als mit Arbeiterbesiedlung befaßt haben. Die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen haben fast durchweg die Form einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Als bedeutendste unter ihnen ist die Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo hervorzuheben, die in den Kreisen Ostrowo, Adelnau, Schildberg und Kempen, in denen sie jetzt tätig ist, 150 Arbeiterstellen begründet hat, während sie ihre Rechte hinsichtlich 90 von ihr verkaufter Stellen in den Kreisen Koschmin, Gostyn, Hohensalza und Znin an später begründete Tochtergesellschaften abgetreten hat. Daneben verdient die von der Landbank gegründete, 189 Stellen umfassende Arbeiterkolonie Zabikowo bei Posen, deren Verwaltung jetzt von der Posenschen Besiedlungsgenossenschaft geführt wird, besonderer Erwähnung.

Über die Tätigkeit der Kleinsiedlungsgenossenschaften im einzelnen ergibt die Anlage näheres (s. S. 174 f.). Das Gesamtresultat ihrer Tätigkeit ist dahin zusammenzufassen, daß bis zum 1. Januar 1912 in der Provinz Posen rund

Digitized by Google

900 Arbeiterstellen, in der Provinz Westpreußen rund 50 Arbeiterstellen verkauft worden sind. Rechnet man hierzu die selbständigen Arbeiterstellen, die Private (Gutsbesitzer, wie Herr von Tiedemann-Seeheim, Frhr. von Massenbach-Pinne, Fabrikanten usw.) in Posen errichtet haben, und die ca. 100 betragen, sowie die ca. 300 Arbeiterhäuser, die von der Abegg'schen Stiftung in vier Kolonien bei Danzig errichtet sind, so kann das Gesamtergebnis der Deutschen Kleinsiedlung in Posen und Westpreußen abgesehen von der Tätigkeit der Königlichen Ansiedlungskommission auf 1350 Stellen und mit den von letzterer ausgelegten Stellen auf rund 3300 angenommen werden. Die von den Kleinsiedlungsgenossenschaften ausgelegten Stellen sind durchweg zu Eigentum gegen Rente verkauft worden.

Der Erwerber einer Arbeiterstelle der Ansiedlungskommission zahlt durchschnittlich 10 bis 15 Prozent der Gebäudekosten an; den ungetilgten Rest verzinst er in den meisten Fällen mit $3^1/_2$ Prozent und tilgt ihn mit $1^1/_2$ Prozent. Vom Landwert zahlt er eine dreiprozentige Rente. Die vorerwähnten Kleinsiedlungsgenossenschaften bedienten sich (abgesehen von den westpreußischen, die die Stellen schon immer durch Vermittlung der Deutschen Bauernbank beleihen ließen), bis zum Ende des Jahres 1910 durchweg der Vermittlung der Generalkommission Breslau (früher Bromberg). Die Beleihung der Arbeiterstellen mit Rentenbankkredit hatte den Nachteil, daß der bei dem niedrigen Kursstand der $3^1/_2$ prozentigen Rentenbriefe entstehende Kursverlust, der bis zu 10 Prozent betrug, den Selbstkosten der Stelle zugeschlagen werden mußte; auch wurden, da Anzahlung und Rentendarlehn durchweg nicht ausreichten, um den Kaufpreis zu decken, die flüssigen Mittel der Genossenschaften bald in weitgehendem Maße in Restkaufgeldhypotheken festgelegt. Durch den vorerwähnten Erlaß des Staatsministeriums von 1910 ist hier Besserung geschaffen. Den Genossenschaften ist die Möglichkeit gegeben, bei Ansiedlung ländlicher Arbeiter (landwirtschaftlicher und gewerblicher, sowie Handwerker, die dem Umfange ihres Gewerbes nach dem Arbeiter nahestehen eine Beleihung der Stelle aus dem Ansiedlungsfonds durch Vermittlung der zuständigen Besitzfestigungsbank (Deutsche Mittelstandskasse in Posen und Deutsche Bauernbank in Danzig) nachzusuchen; die Genossenschaft und die Besitzfestigungsbank haben hierbei dem Staat für den Eingang der Renten zu bürgen. Dies Verfahren hat den Vorteil, daß das hergeliehene Kapital in bar ausgezahlt wird. Die Genossenschaften bedienen sich daher seit dem Jahre 1911 durchweg dieses Verfahrens[1]). Zur

[1]) Für Stellen, die nicht den Voraussetzungen des Ministerialerlasses von 1910 entsprechend begründet werden, muss auch weiterhin die Bezeichnung mit Rentenbankkredit Anwendung finden.

Digitized by Google

Deckung der Kosten für öffentlich rechtliche Bedürfnisse (Straßenbefestigung, Schulzwecke usw.) erhalten sie von der Ansiedlungskommission 1000 Mark Prämie für jede Stelle. Auch die Schaffung von Allmenden für die Arbeiterkolonien (Spielplätze, gemeinschaftliche Weiden, in Pachtlosen zu vergebende Äcker oder Wiesen) ist in Anregung gebracht und stellenweise bereits erfolgt.

Die Durchschnittsgröße der Arbeiterstelle beträgt vier bis fünf Morgen; nur 20 Prozent der von der Ansiedlungskommission ausgelegten Stellen gehen über diese Größe bis zu zehn Morgen hinaus. Bei den Arbeiterstellen der Kleinsiedlungsgenossenschaften betragen die Landzulagen in den Sachsengängerkolonien häufig bis zu 20 und mehr Morgen. Hierbei bleibt der Charakter der Arbeiterstelle nicht mehr gewahrt. Um das Futter für eine Kuh aus der Stelle entnehmen zu können, wird man, wenn nicht Wiesen vorhanden sind, bis zu acht Morgen als zulässig ansehen können; geht der Umfang der Landzulage über diese Größe hinaus, so besteht die Gefahr, daß die Ehefrau des Arbeiters, der doch im wesentlichen diese Aufgabe zufällt, nicht in der Lage ist, mit ihren Kindern die Stelle zu bewirtschaften. Beim gewerblichen Arbeiter genügen $1^1/_2$ bis 2 Morgen, wobei er sich freilich auf Ziegenhaltung beschränken muß. Bei den in oder nahe den Städten belegenen Kolonien sind die Genossenschaften mit Rücksicht auf die bedeutenden Bodenwerte (bei einzelnen Genossenschaften sind schon 1300 bis 2500 Mark und mehr pro Morgen Landes gezahlt worden) vielfach auf einen halben Morgen heruntergegangen; hiermit nähert sich die Arbeiterstelle dem Landhaus mit Garten, da Ackerland kaum verfügbar bleibt, wenn der Hofraum in Abzug gebracht wird. Auch hier kann aber der Arbeiter neben der Annehmlichkeit einer gesunden und luftigen Wohnung durch Gemüsebau, Obstbau, Geflügelhaltung noch genug wirtschaftliche Vorteile aus der Stelle entnehmen, um der ländlichen Arbeiterstelle vor der Mietswohnung innerhalb der Stadt den Vorzug zu geben.

Die jährlichen Abgaben der Stelle schwanken je nach der Lage des Grundstücks und nach der Größe der Gebäude; aber auch der Unterschied weniger Jahre zwischen der Zeit der Errichtung der Stelle bringt, da die Löhne und Materialkosten bedeutend gestiegen sind, große Unterschiede mit sich. Bei der Ansiedlungskommission betrug für die bis 1908 ausgelegten Arbeiterstellen die Durchschnittsbelastung 120 Mark pro Stelle, für die Jahre 1909 und 1910 schon 198 Mark. Die Gebäudekosten betrugen zwischen 3000 und 5000 Mark. Zwei Drittel der Stellen sind vom Staate selbst aufgebaut. Obgleich der Eigenaufbau des Arbeiters billiger ist, was auf seine persönliche Mitarbeit, billigeren Einkauf von Materialien usw. zurückzuführen ist, so muß dem fiskalischen Aufbau der Vorzug gegeben werden, weil er meist solider ist,

Digitized by Google

auch Gelegenheit gibt, in ästhetischer Beziehung vorbildlich zu wirken. Bei den Kleinsiedlungsgenossenschaften ist ebenfalls der Aufbau der Stellen durch die Genossenschaft die Regel; der Arbeiter, der vielfach aus einer anderen Gegend zuzieht und sich zum Erwerb einer Stelle entschließt, will alsbald sein Unterkommen finden. Der Kaufpreis der Stelle bewegt sich hier ebenfalls zwischen 3000 und 5000 Mark, geht aber auch vielfach (besonders in der Nähe der Städte) bis zu 7000 und 8000 Mark. Die jährlichen Abgaben betragen, von Ausnahmen abgesehen, zwischen 150 und 300 Mark. Sie zerfallen in Renten, die meist $3^1/_2$ Prozent Zinsen und $^1/_2$ Prozent Tilgung erfordern, und Restkaufgeldzinsen. Soweit die Genossenschaften Kapitalien der Landesversicherungsanstalt zur Verfügung haben, verlangen sie für die Restkaufgelder nur 3 Prozent Zinsen (dazu 1 Prozent Amortisation), sonst 4 Prozent; auch im letzteren Falle müßte stets auf Amortisation gehalten werden, und zwar mindestens in Höhe von 1 Prozent, da die Existenzdauer eines Arbeiterhauses im allgemeinen mit 40 bis 45 Jahren hoch genug veranschlagt sein dürfte. Die Höhe der Restkaufgeldhypothek beträgt zwischen 500 bis 700 und 2000 Mark, bei größeren Arbeiterstellen (z. B. in den Ostrowoer Kolonien) kommen auch solche von 3500 bis 4000 Mark vor.

Die Arbeiterstellen werden, entsprechend dem Verfahren, wie es bei den bäuerlichen Stellen der Ansiedlungskommission sowie bei den durch die Mittelstandskasse und Bauernbank gefestigten Grundstücken üblich ist, durch Eintragung eines staatlichen Wiederkaufsrechts im Grundbuch vor dem Übergang in polnische Hand gesichert. Außerdem wird ein Veräußerungsverbot in den Grundbüchern eingetragen, um abgesehen von dem nationalen Gesichtspunkte den Stellenwechsel beeinflussen und das Grundstück als Arbeiterstelle erhalten zu können; die Genehmigung zur Veräußerung wird gegebenenfalls verweigert, wenn die Stelle von einem Nichtarbeiter erworben oder mit einem anderen Grundstücke vereinigt werden soll. Auch wird deren Besetzung mit mehr Gebäuden, als sie dem Bedürfnis einer Arbeiterfamilie entsprechen, durch entsprechende Klauseln in das Grundbuch vorgebeugt. Es würde dem Zwecke der Kleinsiedlung widersprechen, wenn der Besitzer sich durch Zukauf von Grundstücken zum kleinen Bauern auswachsen, wenn er durch Erweiterung der Wohnräume die Unterbringung mehrerer Familien auf dem Grundstücke ermöglichen und damit den Charakter des Einfamilienhauses aufheben könnte. Es wird eine wichtige Aufgabe der Kleinsiedlungsgenossenschaften sein, die weitere Erhaltung der Arbeiterstellen als solcher zu überwachen, sowie auch der Beschäftigung, der Wirtschaftsweise, dem Fortkommen der angesetzten Kleinsiedler dauernd ihr Interesse zuzuwenden. Gerade dafür ist der

Digitized by Google

an Ort und Stelle stationierte Besiedlungsunternehmer besonders geeignet, ebenso wie er bei Schaffung der Stelle und Auswahl des Erwerbers besser als eine Zentralbehörde die Bedürfnisse der einzelnen Situationen übersehen kann. Dem hat man Rechnung getragen, indem man die reine Arbeiterkolonisation örtlichen Genossenschaften übertrug, deren Wirkungskreis im allgemeinen über den eines politischen Kreises nicht hinausgehen soll; (nur der Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo sind die südlichen vier Kreise der Provinz als Arbeitsfeld freigegeben).

Über die Beschäftigung der angesiedelten Arbeiter, soweit sie in den Jahren 1900—1910 zu Rentenrecht angesetzt worden sind, ist seitens der Königlichen Ansiedlungskommission eine eingehende Statistik aufgestellt worden (vergl. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jahrgang 1912, Referent Regierungsrat Gaede).

Sie hat ergeben,
daß unter 900 Arbeitern
463 = 51 Prozent als Land- und Waldarbeiter,
311 = 34,6 Prozent als gewerbliche Arbeiter,
66 = 7,3 Prozent als selbständige Gewerbetreibende,
48 = 5,3 Prozent als Beamte, Pensionäre, Rentenempfänger
zu zählen sind.

Daß hiernach die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter überwiegen, muß als ein sehr günstiges Ergebnis angesehen werden. Über die Resultate der Tätigkeit der Kleinsiedlungsgenossenschaften fehlt es in dieser Beziehung an einer genauen Statistik; nähere Feststellungen würden vermutlich insofern zu Ungunsten dieser Siedlungsunternehmer ausfallen, als der Prozentsatz land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter wesentlich geringer sein dürfte. Dies ist daraus zu erklären, daß der Sitz ihrer Verwaltung meist in den Kreisstädten liegt, daß die Genossen (abgesehen von Beamten) zum großen Teil Gewerbetreibende sind, daß ihre Kolonien meist in oder bei den Städten angelegt werden. Die günstige Wirkung, die hierdurch auf das Verhältnis der Nationalitäten der kleinen Städte in Posen und Westpreußen ausgeübt wird, (deren Bevölkerung besonders in der dritten Steuerklasse vielfach polnischer wird, soweit sie nicht von älteren Ansiedlungen umgeben sind), darf nicht unterschätzt werden. Aber die nationale Bedeutung der Schaffung eines deutschen landwirtschaftlichen Arbeiterstandes ist bei der zunehmenden Zahl ausländischer Arbeiter, die in Deutschland Beschäftigung finden, von weit höherer Bedeutung. Landwirtschaftliche Arbeiter sind in größerer Zahl nur von der Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo angesiedelt worden; diese hat in Raschkow, Bierczow und Ocionz große Kolonien

Digitized by Google

geschaffen, deren Stelleninhaber teils auf den benachbarten Gütern, teils als Sachsengänger tätig sind. Kolonien landwirtschaftlicher Arbeiter sind u. a. auch in Bauchwitz, Kreis Meseritz, und Seeheim, Kreis Posen-West. Das Problem der Ansiedlung von landwirtschaftlichen Arbeitern bietet sicherlich besonders große Schwierigkeiten: die Situationen, in denen die Gelegenheit zur Ansetzung derart gegeben ist, daß der Arbeiter mehrere sichere Arbeitsgelegenheiten hat, (und hiervon macht der vorerwähnte Ministerialerlaß eine staatliche Förderung des Verfahrens abhängig), sind verhältnismäßig selten. Die Inhaber der Ansiedlungs-Arbeiterstellen, die fast durchweg in den Landgemeinden liegen, finden meist bei den Ansiedlern Arbeit. Auch die Kleinsiedlungsgenossenschaften werden gut tun, diesem Fingerzeig folgend, in großen Bauerngemeinden Arbeiterkolonisation zu treiben durch Schaffung von Arbeiterstellen in geringer Zahl.

Die Wirkungen kolonisatorischer Maßnahmen lassen erst nach Generationen eine gerechte Beurteilung zu. In der Besiedlungszeit selbst werden vereinzelte Fehlschläge, die gerade auf diesem Gebiete menschlichen Schaffens schlechterdings nicht zu vermeiden sind, all zu leicht verallgemeinert; auch gibt es fast immer einzelne Kreise der Bevölkerung, die vielleicht eine vorübergehende Benachteiligung zu empfinden glauben und darüber den für die Allgemeinheit gestifteten Nutzen, der auch ihnen früher oder später zugute kommen muß, vergessen. Man begegnet häufig der Auffassung, daß die größeren landwirtschaftlichen Betriebe von der bisherigen Besiedlungstätigkeit in Posen und Westpreußen eine Erleichterung hinsichtlich der Arbeiterbeschaffung bislang nicht gehabt hätten. Man klagt darüber, daß der zu freiem Eigentum angesetzte Arbeiter die dauernde Beschäftigung auf einem größeren Gute scheue und sich lieber lohnendere Arbeit in anderen Betrieben, bei Bahnbauten und Wegearbeiten, suche. Demgegenüber ist auf die anfangs erwähnten Schwierigkeiten der Arbeiterbesiedlung zu verweisen, angesichts deren man nicht zu rasche Erfolge erwarten soll; es ist darauf zu verweisen, daß in einzelnen Situationen der neugeschaffene Zustand beiderseits, bei Arbeitgeber und Arbeiter, schon als Wohltat empfunden wird, daß weitere Schritte wie z. B. die Ansetzung von Arbeitern auf Domänen erst ganz neuerdings[1]) zum ersten Male zur Ausführung gelangen. Die weitere Aufteilung großer Güter durch die Ansiedlungskommission wird weiterhin auch deutsche Arbeiterfamilien frei werden lassen; die umfassende Ansiedlung deutscher Bauern, deren Stellen in neuerer Zeit die Größe einer zweispännigen Wirtschaft (50 bis 60 Morgen) oder die von einspännigen Stellen (25 bis 30 Morgen) nicht zu übersteigen pflegen, wird durch

[1]) In Posen ist u. W. in diesem Jahre zum ersten Male im Kreise Bromberg der Versuch gemacht worden.

Digitized by Google

die Zahl der Kinder, denen zum Erwerb eines Grundstücks das erforderliche Kapital fehlt, den Stamm deutscher Arbeiter verstärken. Es wäre deshalb verfehlt, die bäuerliche Kolonisation bei Förderung der Arbeitersiedlung hintanzusetzen. Im Gegenteil: die erstere muß das starke Rückgrat innerer Kolonisation bilden; mit ihr zusammen muß die Kleinsiedlung, von der Ansiedlungskommission und den gemeinnützigen Gesellschaften betrieben, Hand in Hand gehen. Die letzteren bilden jetzt in Posen ein weitverzweigtes Netz von Lokalinstanzen[1]), für die nur noch eine (am besten an die bestehende Organisation eng anzugliedernde) Zentralinstanz zu schaffen ist, damit ihnen einheitliche Anregungen gegeben, praktische Erfahrungen mitgeteilt werden können.

Wenn entsprechend den geschilderten Grundsätzen staatliche Behörden und privater Unternehmungsgeist, einem einheitlichen und stätigen Willen folgend, weiterhin dem gemeinsamen Ziele zustreben, so kann es an Erfolgen auf dem Gebiete der deutschen Kleinsiedlung nicht fehlen.

[1]) Neben den Kleinsiedlungsgenossenschaften kommen in Westpreußen die Kreisverbände, in beiden Provinzen auch gut geleitete Spar- und Darlehnskassen als Siedlungsunternehmer in Betracht.

Digitized by Google

Anlage.

Verzeichnis der Arbeiterkolonien der Kleinsiedlungsgenossenschaften in Posen (1. Juli 1912):

1. Obornik (Landgenossenschaft) 54 Stellen und zwar
   36 bei Rogasen,
   8 bei Obornik,
   7 bei Ritschenwalde,
   3 bei Murowana-Goslin.
2. Rawitsch (Landgenossenschaft) 51 Stellen und zwar
   43 in Bärsdorf, davon 6 verpachtet,
   8 bei Rawitsch.
3. Meseritz (Landgenossenschaft) 30 Stellen und zwar
   18 in Weidenvorwerk bei Bentschen,
   6 in Bauchwitz,
   6 bei Meseritz.
4. Samter (Landgenossenschaft) 13 Stellen und zwar
   11 in Obersitzko,
   2 in Samter.
5. Strelno (Besiedlungsgenossenschaft) 3 Stellen.
6. Opalenitza (Wohnungsbaugenossenschaft) 17 Stellen.
7. Schwersenz (Wohnungsbaugenossenschaft) 32 Stellen.
8. Kosten (Wohnungsbaugenossenschaft) 21 Stellen in Kriewen.
9. Moschin (Wohnungsbaugenossenschaft) 30 Stellen und zwar
   26 in Moschin,
   4 in Petzen-Hauland.
10. Schroda (Wohnungsbaugenossenschaft) 8 Stellen.
11. Fraustadt (Wohnungsbaugenossenschaft) 15 Stellen.
12. Luisenhain (Gemeinnütziger Bauverein, G. m. b. H.) 59 Stellen.
13. Schönlanke (Spar- und Darlehnskasse) 19 Stellen.
14. Bromberg (Arbeiter-Wohnungsverein) 47 Stellen und zwar:
    a) 8 Stellen in Schwedenhöhe,
    b) 4 Stellen in Karlsdorf,
    c) 10 Stellen in Bleichfelde,
    d) 6 Stellen in Kl. Bartelsee,
    e) 4 Stellen in Hohenholm,
    f) 8 Stellen in Jagdschütz.

Digitized by Google

15. Krotoschin-Koschmin (Kleinsiedlungsgenossenschaft) 6 Stellen.
16. Hohensalza (Kleinsiedlungsgenossenschaft) 56 Stellen und zwar:
    41 Stellen in Hohensalza,
    15 Stellen in Argenau.
17. Znin (Kleinsiedlungsgenossenschaft) 18 Stellen.
18. Gostyn (Kleinsiedlungsgenossenschaft) 25 Stellen und zwar:
    16 Stellen in Gostyn,
    9 Stellen in Sandberg.
19. Pakosch-Bartschin (Kleinsiedlungsgenossenschaft) 8 Stellen bei Pakosch.
20. Posensche Besiedlungsgenossenschaft 189 Stellen in Zabikowo bei Posen.
21. Ostrowo (Kleinsiedlungsgenossenschaft) 149 Stellen und zwar:
    a) Raschkow: 32 Stellen,
    b) Bierzow: 30 Stellen.
    c) Ferdinandshof: 5 Stellen,
    d) Schmiegel: 11 Stellen,
    e) Gruschkow: 3 Stellen,
    f) Ocionz: 27 Stellen,
    g) Ostrowo: 13 Stellen,
    h) Zembzow: 5 Stellen.
    i) Schwarzwald: 8 Stellen,
    k) Garki-Bonikow: 1 Stelle,
    l) Smardow: 2 Stellen,
    m) Deutschdorf: 2 Stellen,
    n) Lamki: 1 Stelle,
    o) Wilhelmsbrück: 6 Stellen,
    p) Walrode: 2 Stellen,
    q) Haideberg: 1 Stelle,

Ferner:

Herr von Tiedemann-Seeheim: 6 Stellen.
Freiherr von Massenbach-Pinne: 16 Stellen.
Porzellanfabrik Kolmar: 37 Stellen.
Deutscher Beamtenwohnungsbauverein Posen (in Jarotschin): 30 Stellen.
Krüger-Bromberg: 21 Stellen.
Friedländer-Bromberg: 16 Stellen.

Digitized by Google

V.

Das deutsche und polnische Genossenschaftswesen der Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien in den Jahren 1910/11.

Von **Friedrich Swart.**

Inhalt: Bedeutung der Genossenschaften für den Osten S. 176. — Städtische Vorschussvereine S. 178. — Polnische Kreditgenossenschaften S. 179. — Entstehung der deutschen ländlichen Genossenschaften S. 180. — Umfang aller Darlehnsgenossenschaften S. 182. — Berufsstellung und Nationalität der Mitglieder S. 185. — Betriebskapital S. 186. — Geldanlage S. 186. — Andere Geschäftszweige der Darlehnsgenossenschaften S. 187. — Bezug von Waren S. 187. — Genossenschaftlicher Absatz S. 189. — Molkereien, Brennereien, Kartoffeltrocknung, Weidegenossenschaften S. 190. — Zentraleinrichtungen (Revisionsverbände und Zentralbanken) S. 191. — Zentraldarlehnskasse und Posener Raiffeisenorganisation S. 193. — Genossenschaftliche Warenzentralen S. 194.

Überall in Deutschland sind heute die Genossenschaften ein wichtiges Glied der Volkswirtschaft. In den preußischen Ostprovinzen kommt ihnen aber aus mehreren Gründen eine besondere Bedeutung zu, die es rechtfertigt, daß die genossenschaftliche Entwicklung in diesem Jahrbuch ständig verfolgt wird.

Die Genossenschaft ist an sich nur eine Rechtsform der gesellschaftlichen Unternehmung, die den verschiedenartigsten Inhalt fassen kann. Von den andern gesellschaftlichen Unternehmungen der Aktiengesellschaft und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung unterscheidet sie, daß sie keine Kapital- sondern eine Personengemeinschaft ist. Jedes Mitglied muß sich zwar mit Geschäftsanteilkapital beteiligen, indessen kann der Geschäftsanteil beliebig niedrig bemessen sein, braucht auch nicht sogleich eingezahlt zu werden. Jedes Mitglied muß sich aber auch dadurch beteiligen, daß es unbeschränkt oder beschränkt für die Schulden der Genossenschaft haftet. Dadurch kann die Kreditfähigkeit der Genossenschaft weit über ihr eigenes Kapital hinaus gesteigert werden. Die Gründung ist fast formlos einfach; der Ein- und Austritt der Mitglieder ist kostenlos. Der Austritt kann höchstens für zwei Jahre beschränkt werden. Diese Eigenschaften haben die Genossenschaft zur Unternehmung derjenigen Volkskreise gemacht, die, wie die Arbeiter und kleinen Beamten, wenig bemittelt aber zahlreich sind, oder die Mangel an flüssigem Kapital haben wie die Landwirte und der städtische Mittelstand.

Digitized by Google

Der agrarische Osten ist nicht nur dünner bevölkert, sondern auch viel kapitalärmer als der Westen. Mit Ausnahme einiger Bauerngebiete bleibt er an Volksdichte und noch mehr an Wohlstand hinter den agrarischen Gegenden West- und Süddeutschlands zurück. Er hat darum auch ein dringenderes Bedürfnis nach einer Organisation des Kredits, ganz besonders des Betriebskredits. Den Realkredit zu beschaffen, war nicht so schwer, indem man durch die Sparkassen die einheimischen Mittel festhielt und durch die Pfandbriefe der Landschaften und Hypothekenbanken das westliche Kapital heranzog. An Betriebskredit mangelt es aber auf dem platten Lande und in den kleinen Städten, wo der Produktenhändler zugleich der Bankier des Bauern und auch des Gutsherrn war und wo es ein privates Bankwesen auch heute meist noch nicht gibt. Hier treten die Kreditgenossenschaften ein, auf ihnen beruht es zum großen Teil, wenn die Landwirtschaft im Osten den schnellen Fortschritt der Landwirtschaft zu einer immer intensiveren Wirtschaftsweise trotz ihrer früheren Rückständigkeit ebenso vollziehen konnte, wie im Westen.

Auch den übrigen Genossenschaften, die sich mit dem Bezug oder Absatz von Waren oder mit der Produktion beschäftigen, kommt im Osten eine größere volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Es fehlt an kapitalkräftigen Privatunternehmungen, und diese Lücke wird durch die Genossenschaften ausgefüllt. Sie bieten vom staatlichen und wirtschaftlichen Standpunkt auch den Vorteil, daß die so geschaffenen Betriebe auch dauernd und kapitalkräftig erhalten bleiben, mit den Jahren gewöhnlich immer kräftiger werden, während die einmal aufgewachsene Privatunternehmung durch Abwanderung sehr oft wieder eingeht, und zwar gerade dann, wenn sie so aufgeblüht ist, daß der Unternehmer dadurch Vermögen erwerben konnte.

Ferner beanspruchen die Genossenschaften ein besonderes Interesse wegen ihrer Wirkung auf das Verhältnis der Nationalitäten. Der sogenannte Nationalitätenkampf ist nichts anderes als ein wirtschaftliches Ringen um die Nahrungsquellen des Landes. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung ist nicht entscheidend, weil der Überschuß abwandern muß. Jede wirtschaftliche Organisation beeinflußt diesen Wettbewerb der Nationalitäten zugunsten des einen oder anderen Teils. Auch wenn sie neutral sein und beiden nützen will, wird sie doch dem einen Teil mehr als dem anderen nützen und ihn dadurch im Wettbewerbe begünstigen, sie wird auch andern einseitigen Organisationen den Raum versperren. Keine wirtschaftliche Organisation übt solche Wirkungen so sehr wie gerade die Genossenschaften, vor allem die Kreditgenossenschaften. Denn von der Bereitstellung des Betriebskredits hängt für Tausende von kleinen Handel- und

Digitized by Google

Gewerbetreibenden die Existenz ab, und auch der Bauer wird zum Wettbewerb um den Grund und Boden erst durch den genossenschaftlichen Kredit instand gesetzt: ohne ihn würde er den Betrieb nicht so intensiv führen können, wie es der hohe Kaufpreis voraussetzt, er würde also nicht das Höchste bieten können; er würde auch oft den Kaufpreis ohne die Hilfe der Genossenschaft nicht erlegen können und müßte aus Mangel an Kapital auf den Wettbewerb verzichten.

Zu diesen mittelbaren Wirkungen kommt, daß viele Genossenschaften und ganze Genossenschaftsorganisationen auch unmittelbar das Verhältnis zugunsten einer Nationalität zu beeinflussen suchen, natürlich durch rein wirtschaftliche Maßnahmen, zumal ihnen politische Bestrebungen vom Gesetz untersagt sind. Es sei hier nur an die Rolle erinnert, welche die Genossenschaften in der nationalen Parzellierung und Besitzfestigung spielen.

Endlich verdient das Genossenschaftswesen im Osten eine besondere Beachtung wegen seiner engen Verbindung mit dem Ansiedlungswesen. Die Gründe liegen im Vorhergehenden angedeutet. Die Ansiedler sind durchweg sehr kreditbedürftig und mehr als die alten Bauern auf die Genossenschaften angewiesen. Diese erfüllen auch die Aufgabe, die aus allen Gegenden herbeigekommenen Ansiedler einander näher zu bringen und ein Gemeindebewußtsein als Grundlage des Heimatgefühls in ihnen hervorzurufen. Dadurch ist eine kräftigere und vielseitigere Entwicklung der Genossenschaften in den Ansiedlungen hervorgerufen und der Staat als Ansiedlungsunternehmer hat ein besonderes Interesse daran, sie zu fördern.

Die städtischen Vorschußvereine haben sich im Osten etwa zur selben Zeit ausgebreitet wie in den übrigen Gegenden Deutschlands. Von den heute bestehenden Vereinen ist die im Jahre 1848 gegründete Elbinger Handwerkerbank wohl die älteste, älter selbst als die Genossenschaften in Eilenburg und Delitzsch. In der Provinz Schlesien wurde 1856 als erster der Vorschußverein in Liegnitz begründet, im selben Jahre in Ostpreußen die Kreditgesellschaft in Königsberg im Jahre 1860, in der Provinz Posen der Vorschußverein in Bromberg. Die große Mehrzahl der Volksbanken wurde in allen vier Provinzen in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts gegründet. Das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1910 führt in den vier Provinzen 202 Vorschußvereine in drei Revisionsverbänden auf. Von diesen stammen aus der Zeit

	bis 1870	1871/80	1881/90	1891/1900	1901/10	Summe
Ost- u. Westpreußen	57	12	9	3	6	87
Posen	23	6	1	3	1	34
Schlesien	59	10	2	3	7	81
Zusammen . .	139	28	12	9	14	202

Digitized by Google

Die Vorschußvereine gewannen, wie aus diesen Zahlen hervorgeht, sehr schnell eine allgemeine Verbreitung in den Städten. seit 1870, noch mehr seit 1880 ist ein Stillstand in der Bewegung eingetreten, was noch deutlicher hervortreten würde, wenn man die Auflösungen mit anführen könnte. Nur die einzelnen Genossenschaften entwickelten sich weiter.

Gleichzeitig mit den deutschen Vorschußvereinen entstanden in der Provinz Posen polnische mit dem Namen towarzystwo pozyczkowe oder Kasa pozyczkowa oder bank ludowy, als erster im Jahre 1861 die bank przemysłowców (Bank der Gewerbetreibenden) in Posen, dem zahlreiche andere folgten. Die deutschen Vorschußvereine waren zwar paritätisch, d. h. nahmen Polen ebenso gut als Mitglieder auf wie Deutsche und gewährten ihnen ebenso Kredit, trotzdem teilte sich die Bewegung bald in eine deutsche national indifferente und eine polnisch nationale: neben den deutschen Vorschußvereinen in Hohensalza, Bromberg und Gnesen wurden polnische gegründet. Im Jahre 1871 traten 19 polnische Genossenschaften zu einem eigenen Verbande zusammen, der seit 1872 unter Szamarzewskis Leitung rasch zunahm und 1873 bereits 43 Genossenschaften und 1878 sogar 73 Genossenschaften zählte.

Der Zusammenschluß war anfangs lose, und seit dem Gründerkrach stand die Bewegung zunächst still. Doch wurde 1886 eine Verbandsbank in Posen begründet, an der sich die Genossenschaften neben Privatleuten beteiligten. Nachdem das Genossenschaftsgesetz von 1889 die obligatorische Revision eingeführt hatte, erlangte 1892 der neue polnische Patron Wawrzyniak (Titel des bei den Deutschen sog. Verbandsanwalts oder Verbandsdirektors) das Recht der Revision für seinen Verband. Wawrzyniak richtete in den 18 Jahren seines Wirkens eine feste Zentralgewalt auf und breitete mit ihrer Hilfe den Genossenschaftsverband weiter aus. Während die deutschen Verbände der Vorschußvereine seit den 80er Jahren keinen nennenswerten Zuwachs an Genossenschaften erhielten, folgen auf der polnischen Seite seit dem Jahre 1892 jedes Jahr zahlreiche Gründungen, während gleichzeitig die alten Genossenschaften größer werden. Der Verband zählte

1892	77	Genossenschaften	mit	26 585	Mitgliedern
1900	126	„	„	53 505	„
1910	265	„	„	125 108	„

Der Verband behielt zunächst den Schulze-Delitzschen Grundsatz bei, nur in den Städten Kreditgenossenschaften zu gründen, denen auch die Landwirte beitraten. Man glaubte, daß auf dem Dorf die nötigen Kräfte für eine Selbstverwaltung der Genossenschaft fehlen würden, rechnete auch durch den größeren Bezirk und die verschiedenartigen Berufe der Mitglieder auf einen besseren Geldausgleich. Trotzdem wurden bereits in den 70er Jahren

Digitized by Google

vereinzelt auch in größeren Landgemeinden Genossenschaften begründet. Unter dem Drängen der Bauernvereine wurden diese Gründungen in den 90er Jahren zahlreicher. Heute besteht etwa ein Drittel der polnischen Kreditgenossenschaften in Landgemeinden, und sie sind weiter in der Zunahme begriffen. Es ist damit anscheinend für die Dauer die Spaltung vermieden, die auf der deutschen Seite eintrat.

Die ersten Gründungen deutscher ländlicher Genossenschaften fallen in die 50er Jahre, in Hessen entstanden einige sogenannte Landwirtschaftliche Konsumvereine für den gemeinsamen Bezug von Kunstdünger usw., der damals eine Bedeutung zu erlangen anfing. Gleichzeitig begann Raiffeisen mit Vereinsbildungen, aus denen 1862 in Anhausen der erste Darlehnskassenverein, mit Schulzeschem Statut, jedoch auf dem Dorfe, wurde. Es dauerte aber noch Jahrzehnte, bis aus diesen Anfängen ein Genossenschaftswesen von größerer Breite erwuchs. Man muß die allgemeine Ausbreitung der ländlichen Genossenschaften in die 90er Jahre des 19. Jahrhunderts, also volle 30 Jahre später setzen als die der Vorschußvereine.

In den vier östlichen Provinzen waren in den 80er Jahren einige Molkereigenossenschaften entstanden, denen der Boden durch die Erfindung der Milchschleuder (Zentrifuge 1876) bereitet war. In Ostpreußen war schon 1872 ein Verband gegründet, sein Leiter Stöckel war 1883 einer der Mitbegründer des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Aber es waren doch nur schwache Anfänge. Der Verband hat keine Kreditgenossenschaften aufgenommen und ist infolgedessen klein geblieben, ebenso wie der westpreußische Verband, der sich 1889 von ihm loslöste. Beide umfassen auch heute in der Hauptsache Molkereien. Die ersten ländlichen Darlehnskassen wurden in Ostpreußen erst 1884 (Kobulten) und 1885 (Bialla) durch die Neuwieder Raiffeisenorganisation begründet. Im Jahre 1885 wurde auch im Ermland, in Rössel, der erste Darlehnskassenverein ins Leben gerufen und damit der Grund zu einem selbständigen ermländischen Verbande gelegt. Das aus den vier Kreisen Braunsberg, Heilsberg, Allenstein, Rössel bestehende katholische Ermland ist fast reines Bauernland mit einem wirtschaftlich hochstehenden Bauerntum. Hier wurde das ländliche Genossenschaftswesen im ganzen Osten zuerst in einem geschlossenen Gebiet allgemein. 1889 waren bereits 44 Genossenschaften im Ermlande vorhanden, von denen 41 zu einem Verbande mit dem Sitz in Wormditt zusammentraten. Im übrigen Ostpreußen folgten den ersten beiden Gründungen erst seit 1890 weitere, nun aber auch in größerer Zahl. Im Jahre 1894 richtete die Neuwieder Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse in Königsberg eine Filiale ein; heute nimmt die Raiffeisenorganisation unter den ländlichen Genossenschaften

Digitized by Google

Ostpreußens durchaus die überwiegende Stellung ein. Noch später faßte die Raiffeisenorganisation in Westpreußen Fuß. Den vereinzelten Gründungen in Berkenfelde 1883, Christfelde und Prachlau 1884, Osterwiek 1888 und Osche 1889 folgten weitere erst seit 1895, als die Zentraldarlehnskasse mit sieben Darlehnskassen eine Filiale in Danzig einrichtete. Da indessen der ältere Molkereiverband auch hier keine Propaganda trieb, kam die Raiffeisenorganisation in Westpreußen in eine ebenso vorwiegende Stellung wie in Ostpreußen.

Anders in Posen und Schlesien. In Posen waren ebenfalls in den 80er Jahren Molkereigenossenschaften entstanden, die sich 1889 infolge des gesetzlichen Revisionszwanges zu einem Verbande zusammenschlossen. Eine vereinzelte Darlehnskasse war 1885 in Feuerstein entstanden; die zweite wurde 1890 von dem Präsidenten der Ansiedlungskommission, v. Wittenburg, in der Ansiedlungsgemeinde Libau begründet und damit der Posener Zweig der Raiffeisenorganisation gepflanzt. Nach einer größeren Anzahl weiterer Gründungen wurde 1895 eine Filiale der Zentraldarlehnskasse eingerichtet. Im selben Jahre errichtete aber auch der Molkereiverband, der schon vorher vereinzelt auch Kreditgenossenschaften aufgenommen hatte, eine Verbandsbank in Posen und ging im Wettbewerb mit der Raiffeisenorganisation zur Gründung zahlreicher Darlehnskassen über. Das Netz wurde durch diesen Wettbewerb in Posen sehr viel dichter als in Ost- und Westpreußen.

In Schlesien sind 1881 die ersten Raiffeisenkassen in Chronstau, Gr. Kottorz, Alt Schalkowitz und Sowade im Bezirk Oppeln entstanden, denen einige weitere während des nächsten Jahrzehnts folgten. Im Jahre 1890 trennten sich zwölf von ihnen unter Führung des Freiherrn v. Huene von dem Neuwieder Generalverband und bildete in enger Anlehnung an den Schlesischen Bauernverein den „Verband schlesischer Genossenschaften" in Neiße. Seit 1905 ist der Sitz in Breslau, nur die Zentralkasse des Verbandes ist in Neiße geblieben. Ungefähr ebensoviel Genossenschaften waren in der Neuwieder Organisation geblieben. Im Jahre 1895 war ihre Zahl auf 146 gestiegen, im selben Jahre erhielten sie in einer Filiale der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse einen provinziellen Mittelpunkt und bildeten den Grundstock des heutigen „Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für die Provinz Schlesien" in Breslau. Beide genannten Verbände haben ihren Schwerpunkt im Regierungsbezirk Oppeln behalten. Das Gebiet der großen evangelischen Bauernbevölkerung der Bezirke Breslau und namentlich Liegnitz fiel einem dritten noch jüngeren Verbande zu, der in Schlesien die Offenbacher Richtung vertrat: dem „Provinzialverband schlesischer landwirtschaftlicher Ge-

Digitized by Google

nossenschaften" in Breslau, der 1894 vom Hauptverband der landwirtschaftlichen Lokalvereine Schlesiens mit vier Darlehnskassen ins Leben gerufen wurde.

Faßt man das alles zusammen, so war bei Beginn der 90er Jahre nur in Ermland eine wirkliche Genossenschaftsbewegung vorhanden, sonst im ganzen Osten nur vereinzelte Ansätze. In einem Jahrzehnt wurden daraus in den vier Provinzen 1650 Darlehnskassen (am 1. Juli 1900); im letzten Jahrzehnt hob sich die Zahl auf 2685 Darlehnskassen (am 1. Juni 1910) und jedes Jahr bringt neue Gründungen.

Trotz der Jugend der deutschen ländlichen Genossenschaftsbewegung übertrifft sie bereits in allen vier Provinzen die älteren Vorschußvereine sowohl an Zahl der Mitglieder wie nach dem Umfang ihrer Geschäfte. Letzteren wird man nicht nach dem „Umsatz" messen können, der ja nach Buchführung und Geschäftsmethoden bei den Genossenschaften und Genossenschaftsarten ganz ungleichartig ist; in der nebenstehenden Tabelle, die den gegenwärtigen Stand der Kreditgenossenschaften und ihre Entwicklung in den Jahren 1909/10 wiedergibt, ist als Anhalt für den Geschäftsumfang die Höhe der Betriebsmittel (Passiven)[1]) gewählt.

Kreditgenossenschaften.

	Jahr	Zahl der Genossenschaften überhaupt	Zahl der Genossenschaften berichtende	Mitgliederzahl	Betriebsmittel (Passiva)
I.					
1. **Verband der Ost- und Westpreußischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Königsberg**	*1909*	*86*	*84*	*58 551*	*111 302 076*
	1910	86	86	60 792	125 053 591
2. **Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Provinz Posen zu Bromberg**	*1909*	*37*	*34*	*21 618*	*32 062 343*
	1910	37	36	23 040[2])	34 568 919
3. **Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Schlesiens**	*1909*	*84*	*78*	*56 525*	*84 727 428*
	1910	88	81	59 149	93 402 518
Summe der deutschen Vorschußvereine	*1909*	*196*	*185*	*136 694*	*228 091 847*
	1910	211	203	142 981	253 025 028

[1]) Man kann bei der Genossenschaft diese beiden Begriffe ohne großen Fehler identifizieren, da durchlaufende Posten, bei Ausgaberesten und dergl. bei den Kreditgenossenschaften im Ganzen nur wenig ausmachen. Die Zahlen der folgenden Tabelle sind nach dem Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der Vorschußvereine, des polnischen Verbandes und des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammengestellt.

[2]) Die Summe ist im Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes für 1910 mit 20 156 angegeben; eine Addition für die einzelnen Genossenschaften ergibt obige Summe.

Digitized by Google

	Jahr	Zahl der Genossenschaften überhaupt	Zahl der Genossenschaften berichtende	Mitgliederzahl	Betriebsmittel (Passiva)
II.					
Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Posen und Westpreußen Związek spółek zarobkowych i gospodarczych na Poznańskie i Prusy zachodnie)	1910	185	185	107 707	227 532 380
III.					
1. Verband wirtschaftlicher Genossenschaften des Ermlandes in Wormditt	*1909*		*70*	*13 113*	*34 652 151*
	1910		70	13 312	38 508 186
2. Verband ländlicher Genossenschaften der Provinz Ostpreußen zu Königsberg . .	*1909*		*291*	*52 078*	*58 592 299*
	1910		300	52 904	64 997 953
3. Verband ländlicher Genossenschaften der Provinz Westpreußen zu Danzig	*1909*		*260*	*25 571*	*41 531 886*
	1910		266	27 050	47 744 353
4. Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Provinz Posen	*1909*		*285*	*28 587*	*35 614 171*
	1910		294	30 287	41 070 743
5. Verband deutscher Genossenschaften in der Provinz Posen zu Posen	*1909*		*181*	*13 407*	*14 670 567*
	1910		167	12 249	14 719 596
6. Provinzialverband schlesischer landwirtschaftlicher Genossenschaften zu Breslau .	*1909*		*722*	*54 027*	*76 566 292*
	1910		738	56 438	84 725 282
7. Verband schlesischer ländlicher Genossenschaften zu Breslau (früher in Neisse) .	*1909*		*231*	*27 308*	*44 465 639*
	1910		235	28 530	46 098 296
8. Verband ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für die Provinz Schlesien zu Breslau . . .	*1909*		*458*	*42 742*	*54 124 411*
	1910		472	46 994	60 773 352
Summe der Landwirtschaftlichen Verbände	*1909*		*2498*	*256 883*	*360 217 416*
	1910		2542	267 744	398 637 761

Digitized by Google

	Zahl der berichtenden Genossenschaften	Mitgliederzahl	Betriebsmittel (Passiva)
I. Verbände der deutschen Vorschußvereine	203	142 981	253 025 028
II. Verband der polnischen Vorschußvereine	185	107 707	227 532 380
III. Verbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften	2542	267 744	398 637 761

Diese Zahlen geben den Umfang der Kreditgenossenschaften nahezu vollständig wieder. Es gibt nur wenige und meist unbedeutende derartige Genossenschaften, die den Verbänden der drei Gruppen nicht angehören. Eine Ausnahme machen jedoch die polnischen Vorschußvereine in Oberschlesien, die zwar Aktionäre der polnischen Verbandsbank in Posen sind und mit ihr in regem Verkehr stehen, aber doch dem Verbande nicht angeschlossen sind und darum in den obigen Posten fehlen. Es waren dort im Jahre 1911 etwa 20 Volksbanken mit mehr als 10 000 Mitgliedern und mehr als 30 Millionen Mark Betriebskapital.

Die deutschen Vorschußvereine liegen überall in Städten, manchmal mehrere in einer Stadt. Die Polen haben nach und nach in allen Städten der Provinzen Westpreußen und Posen, die eine nennenswerte polnische Bevölkerung haben, ihre eigenen Volksbanken errichtet, auch vereinzelt mehrere am selben Platze; ein Drittel ihrer Vereine hat den Sitz in größeren Dörfern. Manche Städte, in Posen die große Mehrzahl, haben keinen deutschen Vorschußverein. In ihnen sind fast jetzt überall Darlehnskassen der ländlichen Verbände vorhanden, die auch in zahlreichen Fällen neben Vorschußvereinen in den Städten bestehen. Die Dichtigkeit und Größe der Darlehnskassen ist von Provinz zu Provinz sehr verschieden. In Ostpreußen sind die Maschen des Netzes weiter, die Vereine fast um das Doppelte größer als in den andern Provinzen. Im Jahre 1910 betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl in den Verbänden:

Ermland	190
Ostpreußen II (Raiffeisen)	174

dagegen

Westpreußen II (Raiffeisen)	102
Posen I (Verband landw. Genossenschaften)	103
Posen II (Verband deutscher Genossenschaften)	73
Schlesien I	76
Schlesien II (Neisse)	106
Schlesien III (Raiffeisen)	99

Digitized by Google

Der ländliche Charakter der Ostprovinzen spiegelt sich in der Berufsstellung ihrer Mitglieder deutlich wieder. Für die ländlichen Darlehnskassen gibt es keine Berufsstatistik, aber es ist kein Zweifel, daß in ihnen die Landwirte durchaus überwiegen, auch dort, wo diese Kassen ihren Sitz in den Städten haben. Die Vorschußvereine haben zwar eine große Zahl von kleinen Kaufleuten, Handwerkern, Unterbeamten usw. als Mitglieder, indessen auch bei ihnen machen die Landwirte in Ost- und Westpreußen und Posen nahezu die Hälfte aus, in Schlesien nahezu ein Drittel. Natürlich ist das noch mehr bei den polnischen Volksbanken der Fall, da der polnische Verband nur wenige ländliche Vereine hat und die Bauern auf die Städte verweist. Für Ende 1910 verteilten sich die Mitglieder in den Kreditgenossenschaften wie folgt:

Verbände der Vorschußvereine in	Zahl der berichtenden Genossenschaften [1])	Summe der Mitglieder	Davon Landwirte [2])
Ost- und Westpreußen . . .	84	58 658	28 762
Posen	35	22 876	11 017
Schlesien	81	59 149	17 871
Polnischer Verband	185	107 707	63 767 [3])

Nach der Nationalität sind die Genossenschaften nicht so streng geschieden, wie es nach den Namen der Verbände auf den ersten Blick scheinen möchte. Der polnische Verband hat allerdings, wenn er auch nach außen den Grundsatz der Neutralität vertritt, nur eine sehr geringe Zahl von deutschen Mitgliedern. Dagegen sind in den deutschen Verbänden eine große Zahl namentlich städtischer Genossenschaften, in denen beide Nationalitäten vertreten sind und unter den ländlichen Darlehnskassen sind eine große Zahl völlig polnisch, namentlich in Schlesien im Raiffeisenverbande und im Neißer Verbande, aber auch im Verbande landwirtschaftlicher Genossenschaften in Posen. Von den städtischen Vorschußvereinen des deutschen Verbandes für Posen sind eine Anzahl überwiegend polnisch. Die Zahl dieser polnischen Mitglieder in den deutschen Vorschußvereinen kann auch nicht annähernd angegeben werden. Einen vagen Anhalt bietet, daß die Verbandszeitschrift des schlesischen Raiffeisenverbandes, der

[1]) Nicht alle Genossenschaften haben über diesen Punkt berichtet, daher sind die Zahlen andere als in der Tabelle auf Seite 182.

[2]) Ausserdem sind unter den Mitgliedern noch eine beträchtliche Anzahl Landarbeiter.

[3]) Ausserdem sind der größte Teil der 16 661 Mitglieder mit unbestimmter Berufsangabe Landwirte, da es dabei um die ganzen Mitgliederzahlen derjenigen Genossenschaften handelt, die über den Beruf keine Angabe gemacht haben.

Digitized by Google

„Breslauer Raiffeisenbote" 1906 in deutscher Sprache in 8100 Exemplaren, in polnischer Sprache in 2100 Exemplaren erschien.

Das Betriebskapital der Kreditgenossenschaften aller Verbände besteht vorwiegend in Spareinlagen; das eigene Vermögen — Geschäftsguthaben der Mitglieder und Reserven — tritt dagegen zurück. Wie überall haben auch hier die Vorschußvereine höhere Geschäftsanteile und also ein anderes Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln, als die Darlehnskassen. Diese glauben hierin andere Grundsätze befolgen zu können, weil sie für ihre Liquidität auf den Bankkredit der Zentralbank rechnen und weil sie wegen der Übersichtlichkeit ihres Geschäftsbezirks im Fall der Illiquidität keine Unruhe der Spareinleger fürchten. Am niedrigsten sind die Geschäftsanteile in den Raiffeisenverbänden. Doch setzt sich immer mehr die Ansicht durch, daß auch für die ländlichen Darlehnskassen höhere Geschäftsanteile nützlich sind.

Die Geldanlage zeigt ebenfalls den alten Gegensatz der Vorschußvereine und Darlehnskassen. Beide pflegen zwar grundsätzlich alle Formen des Geldgeschäfts, aber diese haben bei den Vorschußvereinen einen mehr städtischen Zuschnitt, auch für die Geschäfte mit Landwirten. In ihnen überwiegen das Wechselgeschäft (der Ankauf von Kundenwechseln und das Wechseldarlehen mit ratenweiser Abzahlung und Prolongation des Restes) und die laufende Rechnung; das Darlehen gegen Schuldschein tritt zurück. Beträchtlichen Umfang hat das Hypothekengeschäft, bei dem leicht die Gefahr besteht, daß die Mittel festgelegt werden. Zahlenmäßig ist dieser Geschäftszweig schwer zu erfassen, da Hypotheken vielfach auch als Unterlagen für Darlehen auf Schuldschein oder Wechsel und für den Verkehr in laufender Rechnung dienen. Oft ist es da nicht möglich, festzustellen, ob es sich wirklich noch um genossenschaftlichen Betriebskredit handelt. Die ländlichen Darlehnskassen bevorzugen die Kreditgewährung in der Form des Schuldscheins (Darlehn mit Ratenzahlung) und der laufenden Rechnung, erstere mehr in den Raiffeisenverbänden, letztere mehr in den Verbänden der sogenannten Offenbacher Richtung. Es kommen auch Abzahlungshypotheken auf wenige Jahre vor, die wirtschaftlich nicht als Besitzkredit angesprochen werden können und noch in den genossenschaftlichen Rahmen fallen. Die laufende Rechnung breitet sich immer mehr aus, auch in den Raiffeisenverbänden. Wechsel-, Scheck- und Überweisungsverkehr sind in den ländlichen Darlehnskassen noch in den Anfängen. Als Sicherheit wiegt im ganzen genommen die Bürgschaft vor, bei den Städten durch die Unterschriften auf dem Wechsel, bei den Darlehnskassen durch die Bürgschaft auf dem Schuldschein. Auch auf dem Lande scheint sich aber die Sicherstellung durch Hypothek namentlich bei laufender Rechnung mehr einzubürgern.

Digitized by Google

Einen eigenartigen Geschäftszweig, der sie von den westlichen Darlehnskassen, unterscheidet haben, die Darlehnskassen der Provinzen Westpreußen und Posen: die Bürgschaftsübernahme und den Renteneinzug bei der Besitzbefestigung, die in diesem Jahrbuch an anderer Stelle behandelt sind (s. S. 160). Die Vorschußvereine haben diesen Geschäftszweig auf den Rat ihres Anwalts Crüger bisher nicht aufgenommen.

Die ländlichen Darlehnskassen sind fast regelmäßig zugleich auch Maschinengenossenschaften, indem sie ihren Mitgliedern solche landwirtschaftliche Maschinen zur Verfügung stellen, die für den einzelnen Bauern zu teuer sind: Düngerstreuer, Chilisalpetermühlen, Wieseneggen, Dampfdreschsätze usw. Regelmäßig pflegen sie auch den gemeinsamen Bezug von Waren für den landwirtschaftlichen Betrieb: Kunstdünger, Futtermittel, Sämereien, landwirtschaftliche Maschinen, Kohlen. Einige befassen sich auch mit dem gemeinsamen Getreideabsatz. Bei den städtischen Kreditgenossenschaften findet man zuweilen den gemeinsamen Bezug von Kohlen; im übrigen wird der gemeinsame Bezug mit Rücksicht auf die handeltreibenden städtischen Mitglieder nicht gepflegt und gerade dieser Umstand trägt fortgesetzt sehr zur Ausbreitung der ländlichen Genossenschaften bei.

In Westdeutschland wurden in den Verbänden der Offenbacher Richtung für diesen Warenbezug früher grundsätzlich besondere örtliche Bezugsgenossenschaften errichtet und solche Gründungen sind dort auch jetzt noch häufig. Solche gibt es im Osten, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, nur im Verbande schlesischer ländlicher Genossenschaften in Breslau. Dagegen sind größere Genossenschaften sehr verbreitet, die einen Speicher für Korn, Futter- und Düngemittel usw. in einem größeren Marktort betreiben und einen besonderen Geschäftsführer halten. Nach diesem System ist auch im polnischen Verbande der genossenschaftliche Bezug und Absatz in den Rolniks organisiert. Einen Überblick über den gegenwärtigen Stand dieses Zweiges der genossenschaftlichen Tätigkeit gibt folgende Tabelle für das Geschäftsjahr 1910 (oder 1910/11):

Verband	Berichtende Genossenschaften	Mitgliederzahl	Passiva (Betriebskapital)	Reserven	Geschäftsguthaben	Wert der Warenbezüge
Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften für Ostpreußen zu Insterburg	7	573	710570	90273	118112	662334

Digitized by Google

Verband	Berichtende Genossenschaften	Mitgliederzahl	Passiva (Betriebskapital)	Reserven	Geschäftsguthaben	Wert der Warenbezüge
Verband ländlicher Genossenschaften der Provinz Ostpreußen zu Königsberg	9	2497	12 181 217	626 717	1 389 267	10 576 476
			außerdem in den Darlehnskassen			1 223 930
Verband ländlicher Genossenschaften der Provinz Westpreußen in Danzig	1	286	307 008	101 723	8 300	1 284 766
			außerdem in den Darlehnskassen			5 976 578
Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Provinz Posen zu Posen	17	4529	3 664 442	175 023	281 347	5 853 246
			außerdem in den Darlehnskassen			1 512 872
Verband d. deutschen Genossenschaften in der Provinz Posen zu Posen	15	3162	3 662 892	250 174	208 619	2 542 035
			außerdem in den Darlehnskassen			2 807 180
Provinzialverband schlesischer landwirtschaftlicher Genossenschaften zu Breslau . . .	2	162	178 056	9 035	2 310	?
			außerdem in den Darlehnskassen			3 440 230
Verband schlesischer ländlicher Genossenschaften zu Breslau	54	5761	2 138 764	62 214	29 210	4 469 220
			außerdem in den Darlehnskassen			459 848
Verband ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation für die Provinz Schlesien in Breslau	—	—	—	—	—	—
			in den Darlehnskassen			5 177 380
Związek spółek zarobkowych („Rolniks")	50	5846	7 330 277	397 212	525 100	?

Digitized by Google

Der genossenschaftliche Bezug von Waren für den Bedarf der Hauswirtschaft ist nur wenig verbreitet. In den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen sind die zwei genossenschaftlichen Kaufhäuser des Verbandes deutscher Genossenschaften in Wreschen und in Janowitz i. P. und die drei westpreußischen Kaufhäuser des polnischen Verbandes in Bruß, Neustadt und Chmielno zu nennen, ferner vereinzelte Konsumvereine in den größeren Städten. Nur in Schlesien sind durch die industrielle Entwicklung Konsumvereine in größerer Zahl entstanden. In Breslau besteht der größte Konsumverein Deutschlands mit 94 000 Mitgliedern, einem Warenerlös von 21,5 Millionen Mark (1910); die übrigen verteilen sich auf das oberschlesische Montanrevier und die niederschlesischen Städte. Die oberschlesischen Vereine bilden mit jenem Breslauer den Verband der Konsumvereine Schlesiens.

Einige mittel- und niederschlesische Vereine gehören zum „Verbande der Konsumvereine der Lausitz und der angrenzenden Provinzen und Landesteile", einige andere zum „Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten". Der letztere gehört zum Hamburger Zentralverbande und umfaßt auch vereinzelte Konsumvereine in den anderen Ostprovinzen.

Weiter ist dagegen der genossenschaftliche Absatz bei den Landwirten verbreitet, nicht nur, wie schon erwähnt, beim Getreide, sondern auch Milch, Kartoffeln und Vieh. Die genossenschaftliche Viehverwertung ist in Deutschland noch sehr jung, ihre ernsthaften Anfänge beginnen in Hannover und Pommern seit der Mitte der 90er Jahre. Seit dem Jahre 1907 hat sie sich auch in den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen ausgebreitet. Eine brauchbare Statistik über sie gibt es noch nicht.

Milch und Kartoffeln werden durch die Genossenschaften weiterverarbeitet und das veredelte Erzeugnis in den Handel gebracht. Molkereien gibt es im Osten schon seit den 80er Jahren, sie haben sich seitdem allgemein verbreitet. Die größeren und mittleren Betriebe mit einer täglichen Verarbeitung von wenigstens 1500 bis 2000 Litern Milch haben meistens die Form der Genossenschaft, daneben finden sich sehr viele Privatmolkereien, namentlich als Kleinbetriebe auf den Dörfern. Trotz der Vervollkommnung und ungemein raschen Verbreitung der Handzentrifuge vermehren sich die Molkereien ständig an Größe und auch an Zahl, denn bei der Intensität des landwirtschaftlichen Betriebes und den schwierigen Arbeiter- und Gesindeverhältnissen wird die Arbeitsersparnis immer mehr geschätzt; auch pflegt eine Sammelmolkerei die Butter vorteilhafter zu verwerten, als der einzelne Bauer es kann.

Digitized by Google

Die Molkereien haben durchweg beschränkten Betrieb, d. h. sie verarbeiten die Milch in der Regel nur oder fast nur auf Butter und geben die Magermilch zurück; die Käsebereitung ist dagegen zurückgeblieben und bietet bei der unbeschränkten Aufnahmefähigkeit des Marktes große Entwicklungsmöglichkeiten. Der Vollmilchverkauf ist entsprechend der Zahl und Kaufkraft der städtischen Bevölkerung verhältnismäßig geringer als im Westen und spielt bei den meisten Molkereien ebenfalls keine Rolle. Die Verwertung der Milch in den Molkereien mit beschränktem Betrieb dürfte in den letzten Jahren für Milch mit normalem Fettgehalt (3,2 bis 3,3 Prozent) durchschnittlich aber elf Pfennig pro Liter betragen, wenn man den Wert der zurückgegebenen Magermilch mit drei Pfennig einrechnet. Die Technik des Betriebes steht hinter dem Westen nicht zurück. Durch den größeren Transportweg zu dem für den Osten maßgebenden Markt (Berlin) wird die Verwertung etwas ungünstiger als für die westlichen Bauern, was aber kaum ein drittel Pfennig für das Liter Milch ausmachen dürfte. Wird die Milch im bäuerlichen Betriebe selbst verarbeitet, so ist ein solcher Ertrag gewöhnlich nicht zu erzielen. Durch die Entstehung von Molkereien pflegt darum die Rindviehhaltung gesteigert zu werden und durch die zurückgegebene Magermilch die Aufzucht von Schweinen. Im Interesse der Volksernährung ist darum die fortdauernde Entwicklung des Molkereiwesens erwünscht.

Über die genossenschaftliche Verarbeitung der Kartoffeln ist kein zahlenmäßig zutreffendes Bild zu geben. Die Brennereien sind gewöhnlich Nebenbetriebe eines Rittergutes, der genossenschaftliche Betrieb ist Ausnahme. Das Jahrbuch des Reichsverbandes für 1910 führt 149 Brennereigenossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf, davon 107 in unserem Gebiet. Die meisten sind durch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission entstanden, indem die Ansiedler die alte Gutsbrennerei in der Form der Genossenschaft oder der Gesellschaft mit beschränkter Haftung fortführen. Der Buchwert der sämtlichen 149 Brennereien ist auf 7,2 Millionen Mark angegeben, die Reserven auf 717 000 Mark, die Geschäftsguthaben der Genossen und das eingezahlte Gesellschaftskapital der Gesellschaft m. b. H. auf 1 611 000 Mark; die Zahl der Mitglieder auf 3341. Die Zahl ist nicht groß; aber für jene beteiligten 100 Gemeinden ist die Brennerei ebenso wie für die Brennereigutsbetriebe ein sehr wesentlicher Faktor in der Wirtschaft und der Rentabilität. Der ausgedehnte Hackfruchtbau und damit auch der intensive Getreidebau hängt damit zusammen, und die im Winter gewonnene Schlempe fördert die Milchviehhaltung.

Dem Umfang nach ist das Brennereigewerbe durch die Steuergesetzgebung schon seit langem zum Stillstand gekommen. Ähnlich ist es auch aus anderen Ursachen der Fabrikation von Kartoffel-

Digitized by Google

stärke ergangen; neue Fabriken werden auch in diesem Erwerbszweig nicht gegründet. Genossenschaftliche Stärkefabriken werden in unserem Gebiet nur vier aufgezählt. Beide Arten der Kartoffelverwertung werden jetzt überholt von der Kartoffeltrocknung, die erst vor wenigen Jahren aufgekommen ist und bereits einen ganz außerordentlichen Umfang angenommen hat. Es sind bereits mehrere hundert solcher Betriebe vorhanden, in der Mehrzahl Nebenbetriebe einer alten Brennerei, die aber zu ihrem Betriebe gewöhnlich weit mehr Kartoffeln verbrauchen als die Brennerei selbst. Daneben sind bereits eine größere Zahl selbständiger genossenschaftlicher Betriebe meist in noch größeren Rahmen vorhanden. Von letzteren zählt das Jahrbuch des Reichsverbandes für Ende 1910 bereits 14 in unserem Gebiet auf, seitdem sind eine Reihe weiterer hinzugekommen. Die Kartoffeltrocknung hat sich sehr vervollkommnet, ist jedoch trotzdem noch als jugendlich zu bezeichnen; ist doch sogar die Frage, ob Schnitzel- oder Flockentrocknung vorzuziehen ist, noch kaum entschieden, wenn auch die Flockenanlagen weitaus überwiegen. Zeitweilig hatte die Bewegung fast die Formen eines Gründungsfiebers angenommen, das jetzt überwunden ist. Ohne Zweifel wird diese Fabrikation sich noch weiter entwickeln.

Auch die Elektrizität ist in den letzten Jahren auf das Land verpflanzt worden durch die Errichtung von Überlandzentralen an vielen Orten oder die Erweiterung städtischer Leitungsnetze. Die Genossenschaftsform ist dabei vielfach zur Anwendung gekommen, um das Kapital für die Ortsleitungen, die Zuführungskabel usw. aufzubringen, auch einige Überlandzentralen selbst sind in der Form der Genossenschaft begründet.

Ein neuer Zweig des Genossenschaftswesens sind auch die Weidegenossenschaften. Mehr und mehr sucht man wieder den Weidegang des Viehs im Sommer an die Stelle der dauernden Stallfütterung zu setzen, namentlich um eine gesunde Nachzucht beim Rindvieh zu erhalten. In vielen Gegenden mangelt es aber hierfür an Einzelbesitzern von Weideland und solches wird nun genossenschaftlich bereit gestellt, indem die Weidegenossenschaft eine geeignete Fläche aufkauft, sie mit meist nicht geringen Kosten als gemeinsame Weide einrichtet und dann als solche intensiv weiter bewirtschaftet. Die Tiere werden gegen Entgelt nach Stückzahl und Viehgattungen aufgetrieben. Bisher sind solche Genossenschaften in der Provinz Posen und im Königreich Sachsen und auch in Schlesien in größerer Zahl entstanden.

Besondere Beachtung verdienen die provinziellen Zentraleinrichtungen der Genossenschaften. Die bestehenden Revisionsverbände sind bereits erwähnt. Ihre Aufgabe erschöpft sich im wesentlichen in der Revision und geschäftlichen Beratung der angeschlossenen Genossenschaften. Die Verbands-

Digitized by Google

direktoren pflegen aber auch in den Verbandsbanken und in den Zentralinstituten für den genossenschaftlichen Warenverkehr einen maßgebenden Einfluß zu haben. Dies gilt namentlich auch von dem Verbandsdirektor des großen polnischen Verbandes, dem Prälaten Wawrzyniak, der im Jahre 1911 starb und durch den Kanonikus Adamski ersetzt wurde.

Die deutschen Vorschußvereine begnügen sich im allgemeinen mit der losen Form des Zusammenschlusses in einem Revisionsverbande. Die gemeinsame Durchführung des Bankverkehrs wird nur insofern angestrebt, als ihnen vom Allgemeinen Verband empfohlen wird, mit der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank zu arbeiten. Die gemeinsame Girostelle wird auch fleißig benutzt, im übrigen aber wird nur ein kleinerer Teil des Bankverkehrs der Vorschußvereine in dieser Stelle vereinigt. Eine Ausnahme macht der Verband der ost- und westpreußischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Allenstein, in dem 62 Genossenschaften eine Verbandsbank in Allenstein begründet haben; diese hat aber keineswegs die Größe und die Bedeutung für die angeschlossenen Genossenschaften wie die Verbandskassen der ländlichen Verbände.

Ganz anders die polnischen Vorschußvereine, die sich im Jahre 1886 eine Verbandsbank — die bank związku — in Form einer Aktiengesellschaft errichteten und seither zu stattlicher Größe entwickelten. Sie verlor im Jahre 1911 ihren Leiter Więckowski, an dessen Stelle W. Tomaszewski getreten ist.

Wenig bedeutend, entsprechend dem Umfang dieser Genossenschaftsbewegung, sind die Verbandsbanken der Handwerkergenossenschaften, von denen zwei in Breslau, je eine in Posen und Königsberg i. P. bestehen.

Für die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind die Verbandsbanken sehr wichtig. Mit ihrer Hilfe wird durch Beleihung der Haftpflicht neu gegründeten Genossenschaften möglich gemacht, den Geschäftsbetrieb in nennenswertem Umfange aufzunehmen; die Kleinheit der Genossenschaftsbezirke und die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse bedingen vielfach einen dauernden Geldüberfluß oder -mangel, die in der Verbandsbank ausgeglichen werden; bei der Art der ländlichen Darlehen dient die Verbandsbank zur Sicherung der Liquidition der Genossenschaften und gibt ihnen die notwendige Verbindung mit dem offenen Geldmarkt. Die Beleihung der Haftpflicht beruht auf der Voraussetzung, daß die Verbandsbank die ausschließliche Bankverbindung der Genossenschaft bleibt; daher ist der Geschäftsverkehr dieser Verbandsbanken meist recht beträchtlich, andererseits müssen sie auch großen Ansprüchen gewachsen sein.

Die Mehrzahl der ländlichen Verbände und Genossenschaften unseres Gebiets besitzen Provinzialgenossenschaftsbanken, die

Digitized by Google

sich auf die Genossenschaften ihres Verbandes beschränken. Sie sind so konstruiert, daß die Einzelgenossenschaften sich bei ihrer Verbandsbank mit Geschäftsanteilkapital aus einem Vielfachen (dem zehnfachen) dieses Kapitals als Haftpflicht beteiligen. Die hierdurch geschaffene Garantiesumme dient der Verbandsbank als Basis für das aufzunehmende fremde Betriebskapital. Eine Ausnahme von diesem System bilden die drei Verbände der alten Raiffeisenorganisation in Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien. Ihre Darlehnskassen wickeln den Bankverkehr mit der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse ab, einer genossenschaftlichen Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Berlin (früher Neuwied am Rhein), die in den Provinzstädten Filialen errichtet hat. Die übrigen Genossenschaften dieser drei Verbände sind nach dem Muster der übrigen Verbände zu provinzialen Verbandsbanken zusammengeschlossen, denen indes mit den Darlehnskassen gerade das Rückgrat fehlt.

Die Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse verfügt über ein Aktienkapital von fünf Millionen Mark, was im Verhältnis zu den Ansprüchen der angeschlossenen Genossenschaften und im Vergleich zu den Garantiesummen und Eigenkapitalien der Provinzialgenossenschaftsbanken sehr gering scheint. Auf fünf Millionen Aktien neuer Emission sind bisher rund 3,6 Millionen Mark gezeichnet, doch ist die Durchführung dieser Zeichnung seit 1904 ins Stocken geraten. Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens war seit dem Tode Raiffeisens wenig glücklich. Die Mißerfolge der straffen Zentralisation führten 1899 zu der Errichtung der erwähnten Landesgenossenschaftsbanken, 1905 zur Übertragung des Revisionsrechts vom Neuwieder Generalverband an die provinziellen Verbände, in die damit der Schwerpunkt der genossenschaftlichen Beratung verlegt wurde, 1906 in Posen, 1910 in Danzig und Breslau zur Übertragung des Warengeschäfts an provinzielle genossenschaftliche Zentralinstitute. Im Jahre 1911 forderte die Zentraldarlehnskasse zu ihrer Sanierung von den ihr angeschlossenen Genossenschaften eine Beihilfe von ca. $3^1/_2$ Millionen Mark (750 Mark pro Genossenschaft). Der Versuch, gleichzeitig auf dem Wege der fortschreitenden Dezentralisation zugunsten provinzieller Einrichtungen umzukehren und die bereits geschaffenen wieder in schärfere Abhängigkeit zu bringen, führte zur Loslösung der Posener Raiffeisenorganisation (Verband deutscher Genossenschaften), deren Darlehnskassen sich der Posenschen Landesgenossenschaftsbank anschlossen und dadurch die Selbständigkeit der provinziellen Organisation in derselben Weise wie die Verbände der sogenannten Offenbacher Richtung herstellten. Eine zahlenmäßige Übersicht über die Verbandsbanken und die im Folgenden beschriebenen genossenschaftlichen Warenzentralen wird das nächste Jahrbuch bringen.

Digitized by Google

Neben den Verbandsbanken haben die ländlichen Verbände auch zentrale Anstalten für den Warenverkehr ihrer Genossenschaften. Diese haben dadurch ihren eigenen Großhändler, dem sie bezüglich der Preise und Lieferbedingungen in weitgehendem Maße vertrauen können, sodaß ihnen ihre geringere Marktkenntnis nicht schadet; sie sind durch diese Verbindung auch in der Lage, in der Regel untersuchte Ware nach Gehalt zu liefern. Wenn auch die Bedeutung dieser Institute für die Einzelgenossenschaften derjenigen der Verbandsbanken nicht gleichkommt, so sind sie doch sehr wichtig und einige haben einen so großen Geschäftsumfang, daß sie zu den größten Handelsunternehmungen dieser Art in Ostdeutschland gehören. Die finanzielle Grundlage dieser Unternehmungen bildet in erster Linie die Beteiligung der Einzelgenossenschaften, in zweiter die direkte Beteiligung von Großgrundbesitzern. Die älteren haben die Rechtsform der Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht wie die Verbandsbanken, die des Verbandes deutscher Genossenschaften in Posen und der Raiffeisenorganisationen in Danzig und Breslau sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Letztere beiden sind 1910, überwiegend durch die Darlehnskassen dieser Verbände, begründet und haben für die Provinz das Warengeschäft der Zentraldarlehnskasse abgekauft. Die Großhandelsgesellschaft in Danzig hat im Jahre 1911/1912 in Danzig-Holm einen Speicherbau im Werte von über $1^1/_2$ Millionen Mark aufgeführt. In der ostpreußischen Raiffeisenorganisation wird das zentrale Warengeschäft noch von der Filiale der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse betrieben, wie es früher auch in den anderen Provinzen gehandhabt wurde. Die Bestrebungen, die Warenabteilung in eine selbständige genossenschaftliche Unternehmung umzuwandeln, haben bisher nicht zum Ziele geführt.

Auch die polnischen Genossenschaften besitzen eine Zentralstelle für den Warenbezug, das Zentralbureau der Rolniks in Posen. Dies ist jedoch keine auf eigenem Kapital basierende Unternehmung; es besorgt für die Rolniks den Einkauf von Kohlen und von syndizierten Düngemitteln, um durch die Größe des Abschlusses bessere Bedingungen zu gewinnen, und vermittelt kommissionsweise den Einkauf von Futtermitteln und den Verkauf von Getreide.

Anlage zur Übersicht V.

Bilanzen der Volksbanken in Oberschlesien.

Von **Ernst Sontag.**

Bezüglich der folgenden Statistik der polnischen Volksbanken sei bemerkt, daß eine Gewähr für völlige Richtigkeit der Zahlen

Digitized by Google

nicht übernommen werden kann. Es ist für einen Deutschen sehr schwer, sich die Jahresberichte der banki ludowe zu besorgen. Vorstehende Zahlen sind deshalb großenteils aus den Auszügen der Bilanzen entnommen, welche die polnischen Zeitungen veröffentlichen. Deshalb fehlt auch bei mancher Bank die eine oder andere Ausgabe.

Die Statistik zeigt, daß die polnischen Banken lediglich bemüht sind, Depositengelder heranzuziehen. Das Stammkapital steht in keinem Verhältnis zu den anvertrauten Geldern. Ersteres wird mühsam aus den kleinsten Beiträgen der Genossen zusammengetragen. Wenn auch der Anteil des einzelnen Genossen Mk. 500,— beträgt, so darf er in jährlichen Raten von Mk. 53,— eingezahlt werden. Ein krasses Beispiel für das Mißverhältnis zwischen Stammkapital und Spargeldern liefert die polnische Volksbank Ratibor, welche bei 1881 Mitgliedern über ein Geschäftsguthaben von nur Mk. 73 600,— verfügt, dagegen 4 1/2 Millionen Spargelder besitzt. Man fragt sich unwillkürlich, wie es kommt, daß die Deponenten trotzdem den polnischen Banken, welche sich zeitweise durch recht gewagte Geschäftsführung hervorgetan haben, ihre Spargelder so leichtherzig anvertrauen. Hierfür dürfte weniger das polnische Nationalbewußtsein ausschlaggebend sein, als die Zinspolitik, welche die polnischen Banken treiben. Die Polenbanken geben nämlich grundsätzlich jahraus, jahrein 4 Prozent Zinsen. Dies bedeutet für die Sparer die Annehmlichkeit eines festen Zinseinkommens, das zugleich in seiner Höhe der Verzinsung bester Staatspapiere entspricht und dabei für die Banken ebenfalls einen stabilen und häufig sehr billigen Zinsfuß bedeutet.

Die Kreditform ist der trockene oder eigene Wechsel. Das Statut der banki ludowe sagt: „Darlehen dürfen nur auf Wechsel gegeben werden. Wechsel ohne Unterpfand müssen mindestens zwei Unterschriften haben."

Für die Höhe des Kredits hat sich im deutschen Genossenschaftswesen die Regel herausgebildet, mit dem Kredit an einen einzelnen Genossen nie die Höhe des Reservefonds zu überschreiten. Die polnischen Volksbanken kehren sich an diesen Grundsatz nicht.

Auch die Kreditfristen der banki ludowe sind längere als bei den deutschen Volksbanken.

Im Aufsichtsrate der polnischen Volksbanken sitzen die politischen Führer des Polentums in Oberschlesien, und die Vorstandsstellen werden gern zur Belohnung an Zeitungsredakteure und kleinere politische Agitatoren vergeben.

Wer sich des Näheren über Geschichte und Tätigkeit der polnischen Volksbanken in Oberschlesien unterrichten will, sei auf meinen Aufsatz „Die polnischen Volksbanken in Oberschlesien" in Nr. 19 und 20 des 69. Jahrganges der Grenzboten verwiesen.

Digitized by Google

Bilanzen der polnischen Volksbanken Oberschlesiens.

Name	Jahrgänge	Anzahl der Genossen	Eingezahlte Geschäftsanteile	Depositen	Gewinn und Verlust	Wechselbestand	Effekten (inkl. Aktien)	Kassenbestand	Bankguthaben	Reservefonds
Polnische Volksbank,	1906	1217	217 728	5 315 000	27 500	5 023 000	75 000	68 000	532 000	239 000
Beuthen O.-S.,	1909	1344	278 411	8 273 300	72 000	7 552 000	411 000	175 000	678 000	360 000
gegr. 1895	1911	1699	327 000	10 079 000	52 000	10 046 000	408 000	39 000	302 000	438 000
Polnische Volksbank,	1905	940	56 000	2 062 000	18 400	1 722 000	27 000	15 000	354 000	69 000
Kattowitz,	1909	1054	84 000	3 640 000	17 000	2 858 000	50 000	—	253 000	113 000
gegr. 1898	1911	1141	95 000	4 237 000	13 000	3 865 000	50 000	17 600	60 000	127 000
Polnische Volksbank,	1905	1060	28 600	1 406 000	—	1 115 000	—	3 200	271 000	16 900
Oppeln,	1909	1567	58 500	3 583 000	—	2 848 000	—	27 700	571 700	37 000
gegr. 1898	1911	1881	73 600	4 494 000	—	3 487 000	—	305 000	681 000	55 800
Polnische Volksbank,	9111	1659	120 273	4 079 000	26 000	3 763 000	40 400	32 400	391 000	124 700
Ratibor,										
gegr. 1900										
Polnische Volksbank,	1905	602	32 000	636 000	1 000	48 000	—	9 000	61 000	3 000
Gleiwitz,	1909	757	44 000	1 346 000	7 600	919 000	11 000	23 000	288 500	6 600
gegr. 1901	1911	816	51 000	1 729 000	10 500	1 489 000	3 000	24 700	122 000	24 000
Polnische Volksbank,	1905	523	13 000	474 000	4 300	641 000	—	11 000	141 000	6 700
Rybnik,	1908	781	24 000	1 000 000	—	1 030 000	32 000	16 300	53 000	9 900
gegr. 1902	1911	1088	38 900	1 650 000	9 600	1 756 000	8 000	18 000	39 000	20 800

Digitized by Google

Polnische Volksbank,	1905	269	46 000	693 500	—	—	12 500	16 000	58 000	14 600
Siemianowitz,	1909	237	27 500	825 000	V. 76 600	683 000	30 000	10 400	30 000	15 000
gegr. 1898	1911	279	21 000	930 700	—	948 000	30 000	9 600	14 500	16 000
Polnische Volksbank,	1905	294	15 000	247 000	1 180	229 000	15 000	—	35 000	1 800
Königshütte,	1909	425	37 000	788 000	10 400	770 000	10 000	79 000	—	14 000
gegr. 1901	1911	575	54 700	1 230 900	12 200	1 276 000	10 000	27 500	17 500	37 900
Polnische Volksbank,	1905	191	6 971	173 000	V. 4 700	181 000	3 600	3 600	20 000	696
Zabrze,	1910	394	13 800	581 000	G. 790	475 000	19 000	37 000	9 500	1 700
gegr. 1904										
Polnische Volksbank,	1907	105	1 300	87 000	—	86 000	—	2 300	500	555
Pless,	1910	566	8 000	578 000	—	577 000	10 000	14 000	2 500	3 300
gegr. 1904										
Polnische Volksbank,	1905	123	2 080	25 000	V. 480	45 000	—	2 700	19 000	390
Cosel,	1910	312	8 900	300 000	G. 466	316 000	10 000	8 500	25 000	1 700
gegr. 1903										
Polnische Volksbank,	1908	38	256	18 700	—	15 300	—	1 860	1 500	110
Gr. Strehlitz,	1911	194	2 300	162 000	350	137 000	—	1 500	26 000	1 800
gegr. 1908										
Polnische Volksbank,	1909	100	833	35 400	38	38 900	—	170	2 000	300
Lublinitz,	1911	250	2 700	89 900	621	123 618	—	9 547	39 000	840
gegr. 1909[1])										

[1]) Ferner existieren noch polnische Volksbanken bzw. Zweigniederlassungen solcher in Schwientochlowitz (gegr. 1909), Loslau (gegr. 1910), Myslowitz (gegr. 1911), Tarnowitz und Rosenberg (gegr. 1912).

Digitized by Google

Bilanzen der deutschen Volksbanken Oberschlesiens.

(Alle nachstehenden Zahlen beziehen sich auf den Schluß des Geschäfts- und den damit zusammenfallenden Schluß des Kalenderjahres.)

Name	Jahrgänge	Anzahl der Genossen	Eingezahlte Geschäftsanteile	Haftsumme	Depositen	Gewinn und Verlust	Wechselbestand und Effekten	Kassenbestand	Bankguthaben	Reservefonds
Deutsche Volksbank, **Kattowitz** [1]	1908	331	101 240,—	193 000	39 523,10	929,33	229 181,56	18 904,01	—	1 162,83
						Effekten	5 240,33			
	1909	519	184 502,30	306 500	204 019,74	16 727,43	420 076,91	27 025,14	—	9 996,56
						Effekten	16 510,05			
	1910	683	245 606,30	409 500	279 271,90	29 617,08	519 835,26	22 788,99	—	28 320,64
						Effekten	36 152,68			
	1911	797	272 177,71	470 000	296 764,90	32 566,45	581 956,97	18 552,82	—	43 539,91
						Effekten	67 357,80			
Deutsche Volksbank, **Myslowitz** [2]	1908	181	16 072,52	56 100	59 572,77	3 086,40	46 877,—	17 179,35	3 000,—	302,75
						Akzepte	10 000,—			
	1909	211	18 113,56	64 500	68 537,—	V. 4 186,48	44 952,—	5 665,08	13 576,55	—
	1910	301	25 888,26	91 800	96 920,33	9 636,38	71 296,—	6 780,54	12 529,—	—
	1911	432	41 016,28	133 800	161 192,52	9 707,13	94 565,—	12 355,07	37 730,95	7 148,41
						Akzepte	30 000,—			
Deutsche Volksbank, **Königshütte**	1910	330	68 130,—	109 800	164 474,35	V. 716,62	224 360,01	18 614,14	—	300,38
	1911	418	95 082,83	138 900	367 253,55	6 104,57	391 293,46	4 519,96	—	3 681,10
						Effekten	26 436,25			

Digitized by Google

Deutsche Volksbank, Zabrze [3])	1910	169	38 241,30	66 900	57 384,65	V. 3 349,83	53 429,—	6 445,32	22 690,25	513,—
	1911	324	61 160,10	114 000	258 069,06	V. 2 783,56	344 608,—	6 027,52	23 402,22	4 000,—
Deutsche Volksbank, Gleiwitz	1911	644	81 346,—	367 500	179 794,06	V. 1 979,69	124 134,70	6 047,82	48 380,70	—
						Effekten	26 151,—			
Deutsche Volksbank, Siemianowitz-Laurahütte [4])	1911	211	66 072,11	118 000	89 153,22	3 546,23	180 738,98	6 308,45	—	555,—
Deutsche Volksbank Bismarckhütte, gegr. 1905 Erster ordentl. Bericht als Deutsche Volksbank 1911 [5])	1911	442	77 341,54	150 900	428 191,98	4 954,09	294 147,50	39 659,14	44 918,05	—
						Akzepte	86 750,—			
Deutsche Volksbank, Rybnik [6])	1911	464	56 319,90	151 500	461 568,11	9 506,41	485 968,81	41 624,33	—	9 573,38

[1]) Die Entwicklung der Bank ist eine sehr gesunde, sodaß sie trotz der großen Konkurrenz stetig vorwärts kommt. Die Bankguthaben lassen sich aus der Bilanz nicht ermitteln, da diese auf Konto-Korrent-Konto verbucht sind.

[2]) Die Einzahlung der Geschäftsanteile erfolgt sehr langsam. Die Haftsumme beträgt ℳ 300 pro Anteil. Der Wechselbestand steht in keinem Verhältnis zu den Depositen; zu berücksichtigen sind ℳ 30 000 Akzepte. — Das „V" in der Spalte Gewinn und Verlust bedeutet hier und weiter unten, daß die auf das „V" folgende Zahl eine Verlustangabe ist.

[3]) Die Bank hätte im zweiten Jahre ihres Bestehens gewinnbringender arbeiten müssen, da die Umsätze sehr groß waren; ohne Hinzurechnung der Eintrittsgelder in Höhe von ℳ 1023 wäre der Verlustvortrag von 1910 überhaupt nicht verkleinert worden.

[4]) Das Bankguthaben ist aus der Bilanz nicht ersichtlich.

[5]) Die Bank wurde 1902 unter der Firma „Handwerker-Spar- und Darlehnsverein der Stadt und des Kreises Rybnik" gegründet. Der Entwicklungsgang war langsam, aber gesund.

[6]) Der Wechselbestand steht in keinem Verhältnis zu den Depositen; zu berücksichtigen sind ℳ 86 750 Akzepte.

Digitized by Google

VI a.

Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Posen.

Von **Wilhelm Christiani.**

Inhalt: I. Das deutsche Volksbibliothekswesen S. 200. — II. Das polnische Volksbibliothekswesen S. 202.

In der folgenden Übersicht wird aus Mangel an Raum nur das deutsche und polnische Volksbibliothekswesen behandelt; die übrigen Zweige des Volksbildungswesens in Posen und Westpreußen bleiben der nächstjährigen Übersicht vorbehalten.

I. Das deutsche Volksbibliothekswesen[1]).

Das gesamte deutsche Volksbibliothekswesen der Provinz Posen ist seit dem Herbst des Jahres 1903 zentralisiert und staatlich organisiert. Mittelpunkt der ganzen Organisation ist die als besondere Abteilung der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen eingerichtete Provinzial-Wanderbibliothek. Sie ist die Zentralinstanz für die Verwaltung aller ihr angeschlossenen Bibliotheken. Als solche kommen in Betracht erstens die in jedem Landkreise der Provinz eingerichteten Kreis-Wanderbibliotheken und zweitens die Ausgabestellen; dazu kommen die Bibliothek des Regierungsbezirks-Kriegerverbandes in Bromberg und die städtischen Volksbibliotheken in Lissa und Schneidemühl. Die Provinzial-Wanderbibliothek dient dazu, die Bücherbestände der ihr angeschlossenen Bibliotheken durch Lesestoff zu verstärken, der alljährlich gewechselt wird. Die Kreis-Wanderbibliotheken sind wie die Provinzial-Wanderbibliothek ebenfalls nur administrative Zentralen. Sie erhalten alljährlich im Herbst von dieser leihweise eine oder mehrere Gruppen von je 200 bis 300 Bänden, bis zur Höchstzahl von insgesamt 1000 Bänden, im Durchschnitt 500, und verteilen diese auf ihre Ausgabestellen. Die Ausgabestellen

[1]) Vgl. R. Focke, Das Volksbibliothekswesen in der Provinz Posen, Leipzig 1909 (Besprochen im „Volksbildungsarchiv" II, 310/11). — R. Focke. Das staatlich organisierte Volksbibliothekswesen und die Zentralstelle für Volksunterhaltung in der Provinz Posen. Posen 1911. (Vgl. die eingehende Besprechung dieser Schrift im „Volksbildungsarchiv" II, 567/68 von Walter Hofmann). — R. Focke, Die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek und das Bibliothekenwesen der Provinz Posen. Sonderabdruk. Posen 1911. — E. Liesegang, Von der Provinzial-Wanderbibliothek in Posen und von den Volksbüchereien des Deutschen Ostmarkenvereins. Blätter für Volksbibliotheken und Lesehallen 13, 147—153.

Digitized by Google

müssen im Sommer des nächsten Jahres die ihnen überwiesenen Bücher an die Kreis-Wanderbibliotheken zurücksenden und gleichzeitig über die Betriebsergebnisse berichten. Diese Einzelberichte werden dann von den Kreis-Wanderbibliotheken zu einem Gesamtbericht zusammengefaßt, der mit den Einzelberichten an die Provinzial-Wanderbibliothek eingeschickt wird, welche das gesamte Material zu einer die ganze Provinz umfassenden Statistik verarbeitet. Die der Provinzial-Wanderbibliothek gehörenden Bücher werden von den Kreis-Wanderbibliotheken im Sommer nach Posen zurückgesandt.

An allen Stellen werden die Geschäfte von Personen erledigt, die in der Regel unentgeltlich, bei den Kreis-Wanderbibliotheken gegen Remuneration nebenamtlich die übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Die Verwalter der Ausgabestellen sind meist Volksschullehrer, daneben auch Geistliche, mittlere Verwaltungsbeamte und einige andere Persönlichkeiten.

Die Ausgaben sind im Vergleich mit anderen Bibliothekseinrichtungen dieser Art und im Verhältnis zu dem Umfange des Betriebes sehr mäßig; sie betragen 35—40 000 Mark, die der Staat gibt. Dazu kommen Beträge, die von Kreisen, Städten, Vereinen und Privatpersonen beigesteuert werden, im ganzen einige tausend Mark. Berücksichtigt man, daß der preußische Etat für die ganze Monarchie jährlich nur 100 000 Mark zur Förderung des Volksbibliothekswesens auswirft, so zeigt sich, welchen Umfang in der Provinz Posen die staatliche Fürsorge auf diesem Gebiete erreicht hat.

Die Provinzial-Wanderbibliothek begann ihren Betrieb 1903 mit einigen tausend Bänden und zählt jetzt etwa 25 000 Bände. Vorläufig soll sie auf dieser Höhe gehalten werden. Neben guten Romanen und Novellen enthält die Bibliothek auch viele populär wissenschaftliche Werke aus allen Gebieten.

Zum Schluß einige Daten über die Entwicklung des Wanderbibliothekwesens. Die Zahl der Ausgabestellen wächst von Jahr zu Jahr: 1903 betrug sie 265, 1908 621 und im Herbst 1911 über 800. Die Benutzungsstatistik weist folgende Zahlen auf:

Betriebsjahr[1])	Zentralen	Ausgabestellen	Leser	Verliehene Bände
1905/6	46	486	23 038	230 637
1906/7	48	568	27 483	281 339
1907/8	50	621	28 253	326 024
1908/9	50	668	30 866	364 400
1909/10	50	727	31 206	386 827
1910/11	50	779	35 107	426 716

[1]) Das Lesejahr läuft vom 1. Juni bis 31. Mai.

Digitized by Google

Unter den Lesern sind nur die eingeschriebenen Leser zu verstehen. Zu ihnen muß eine sehr erhebliche Zahl von Mitlesern hinzugerechnet werden. Auf jeden Leser und seine etwaigen Mitleser kamen im Betriebsjahr 1910/11 durchschnittlich 12,1 Bände. An der Benutzung sind alle Bevölkerungsschichten beteiligt.

* * *

Für das letzte Lesejahr 1911/12 hat der Direktor der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen, Herr Prof. Dr. Focke, die Freundlichkeit, uns nach vorläufigen Ermittelungen noch die folgenden runden Zahlen mitzuteilen:

Ausgabestellen: 840, Leser: 38100, vorhandene Bände: über 132000, verliehene Bände: 445000. Aus der Provinzial-Wanderbibliothek wurden verschickt:

im Lesejahr 1911/12: 23000 Bände
„ „ 1912/13: 24000 Bände.

II. Das polnische Volksbibliothekswesen.

Das polnische Volksbibliothekswesen in der Provinz Posen steht unter der Führung des polnischen Volksbibliothekenvereins *(Towarzystwo czytelni ludowych)*. Der erste Paragraph der Satzungen dieses Vereins lautet: „Die Aufgabe des Volksbibliothekenvereins ist die Aufklärung des Volkes durch Verbreitung geeigneter, das religiöse Empfinden des Volkes fördernder und belehrender polnischer Bücher, durch Begründung unentgeltlicher Volksbüchereien, die Veranstaltung von populären Vorträgen sowie durch andere geeignete Mittel". Der Verein ist nach Kreisen oder Bezirken organisiert, an deren Spitze besondere Komitees stehen. Der geringste Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich 60 Pfennige.

Der Verein hat sich günstig entwickelt und viel geleistet. Seine Wirksamkeit erstreckt sich nicht nur auf die Provinz Posen, sondern umfaßt auch Westpreußen, Ostpreußen, Oberschlesien und den Westen. Von 1880 bis 1906 errichtete er 1913 Volksbüchereien, von denen 866 auf die Provinz Posen entfielen. Zu Ende des Jahres 1906 bestanden von diesen Bibliotheken noch 1370, davon 693 in der Provinz Posen. Am 31. Dezember 1907 gab es 1423 Volksbibliotheken, und zwar kamen auf die Provinz Posen 716, auf Westpreußen 266, auf Ostpreußen 40, auf Oberschlesien 204 und auf den Westen 197. Nach dem Bericht für das Geschäftsjahr 1910/11 (1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912) bestanden insgesamt 1566 Bibliotheken. Die Zahl der Leser, d. h. der eingeschriebenen Leser, wird auf 92000 geschätzt gegen 107000 im Vorjahr, die Zahl der verliehenen Bände auf 1092000 gegen 800000 im Vorjahr. Etwa die Hälfte aller Bibliotheken sandte keine Berichte ein.

Digitized by Google

Der Verein verausgabte von 1880 bis 1905 insgesamt für Bücher rund 180 000 Mark, für Einbände 64 000 Mark. An Jahresbeiträgen gingen in dieser Zeit rund 117 500 Mark ein; dazu kamen außerordentliche Einnahmen in Höhe von rund 200 000 Mark. Im Berichtsjahr 1910/11 betrugen — in runden Zahlen — die Einnahmen 102 300 Mark, die Ausgaben 86 400 Mark, an Vermögen waren 110 800 Mark vorhanden. An Mitgliedsbeiträgen wurden 18 000 Mark vereinnahmt. Wie man sieht, stehen dem Verein beträchtliche Geldmittel zur Verfügung.

1906 begann das Vereinsorgan *„Czytelnia ludowa"* zu erscheinen, und zwar als Vierteljahrsschrift in 2000 Exemplaren. Die Zeitschrift wurde allen Vereinsbibliothekaren kostenfrei zugesandt. Seit dem 1. Januar 1910 erscheint sie unter dem Titel *„Przegląd oświatowy"* allmonatlich, aber in kleinerer Auflage (1000 Exemplare).

Über die Organisation des Volksbibliothekenvereins sei erwähnt, daß der Hauptvorstand aus 16 Personen besteht, die auf vier Jahre von der Hauptversammlung gewählt werden. Der Hauptvorstand hält alle zwei Monate in Posen Sitzungen ab. Im Auftrage des Hauptvorstandes arbeiten drei Ausschüsse: 1) der Organisations-Ausschuß; 2) der kritische Ausschuß; 3) der Vortragsausschuß. Das Bureau des Hauptvorstandes erledigt die laufende Korrespondenz und ist dem Oberbibliothekar bei der Versendung der Bücher, der Katalogisierung usw. behülflich. Im Geschäftsjahr 1910/11 wies das Ausgangsjournal des Bureaus 1048 Nummern auf, davon entfielen 524 auf die Provinz Posen, 138 auf Westpreußen, 69 auf Schlesien, 26 auf Ostpreußen und 291 auf den Westen.

Die Zahl der polnischen Volksbibliotheken ist mit den vom Volksbibliothekenverein begründeten und unterhaltenen Büchereien keineswegs erschöpft. Vor allem kommen noch die Bibliotheken einiger Vereine hinzu, über welche folgende Daten vorliegen.

Verband	Vereine	Mitglieder	Bibliotheken	Bände	Verliehene Bände
der katholischen Vereine polnischer Arbeiter	237	30 816	132	21 791	39 940
der katholischen Vereine arbeitender Frauen	20	5 371	12	?	?
der jungen Kaufleute	59	2 299	26	2 849	?
der Frauen-Bildungsvereine	18	1 584	12	7 084	24 889

Digitized by Google

Der Verein junger Kaufleute besitzt außerdem eine Wanderbibliothek, die aus 42 Büchereien besteht. Jede von ihnen zählt 20 Bände.

Ferner sind noch die Frauen-Lesevereine zu nennen. Über ihre Gesamtzahl liegen keine Angaben vor. In Kröben besteht seit 1910 ein solcher Verein, der 1911 60 Mitglieder hatte. Der ebenfalls 1910 in Samter gegründete Leseverein besaß zu Ende des Jahres 482 Werke. Verliehen wurden 1352 Bände.

Am 1. Juli 1912 wurde in Posen eine öffentliche Bibliothek eröffnet, die sich im Gebäude der Bank der Gewerbetreibenden *(Bank przemysłowców)* am Alten Markt befindet, wo sie drei Zimmer einnimmt. Sie führt den Namen Kraszewski-Bibliothek und besitzt 10 000 Bände. Im Lesesaal liegen über 100 Zeitungen und Zeitschriften aus. Die Bibliothek ist an Werktagen von 11—2 und von 6—9 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet, das Lesezimmer an Werktagen von 11—2 und 6—9¾ Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr. Die Benutzungsstatistik weist für das erste Vierteljahr 1146 Leser und 12015 verliehene Bände auf. Verliehen wurden nur Romane und Erzählungen, da die Werke aus anderen Gebieten noch nicht katalogisiert sind. An Romanen, Novellen und Erzählungen besitzt die Kraszewski-Bibliothek 4122 Bände, 896 Werke sind in zwei Exemplaren, 270 in drei Exemplaren und 140 in noch mehr Exemplaren vorhanden. Jeder Leser erhält in der Regel nur zwei Bände. Der Lesesaal wurde im Juli von 1468 Personen besucht, im August von 2714 und im September von 2578 Personen, insgesamt also von 6760 Personen.

Aus den hier mitgeteilten Zahlen ersieht man, in wie günstiger Entwicklung für die nationalpolnische Sache sich das polnische Volksbibliothekswesen befindet.

Digitized by Google

VIb.

Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Oberschlesien.

Von **Karl Kaisig.**

Inhalt: Kulturelle Wohlfahrtspflege in Oberschlesien S. 205. — Der Verband oberschlesischer Volksbüchereien S. 209. — Kreiswanderbücherei S. 210. — Innere Beziehungen S. 211. — Einige Ziffern aus der Statistik über das Jahr 1911 S. 211. — Die Anteilnahme der polnischen Bevölkerung an der deutschen Volksbücherei S. 212. — Die Methode der Arbeit, gezeigt am Beispiel der Lösung der Bücherfrage S. 213. — Oberschlesische Heimatliteratur S. 216. — Kampf gegen Schundliteratur S. 216. — Ausblick S. 217. — Das polnische Volksbüchereiwesen in Oberschlesien S. 220.

Bis etwa zum Jahre 1895 war man auf deutscher Seite zu der Annahme geneigt, Oberschlesien, das im Gegensatz zu den Provinzen Posen und Westpreußen nie recht zum polnischen Reiche gehört hatte und seit 750 Jahren gänzlich von der polnischen Volksgemeinschaft getrennt war, müsse dem Deutschtum ohne besondere Anstrengung mit der Zeit auch innerlich zufallen; die 1872 in den Elementarschulen eingeführte deutsche Unterrichtssprache werde das Werk der inneren Angliederung dieses Landesteils an die deutsche Kulturgemeinschaft in beschleunigtem Zeitmaß vollenden. Erst unter dem Einflusse der großpolnischen Bewegung, die durch den Kulturkampf zweifellos gefördert, aber keineswegs erst hervorgerufen worden ist — ihre Spuren lassen sich auch in Oberschlesien bedeutend weiter zurückverfolgten — brach sich in den neunziger Jahren die Überzeugung Bahn, daß es zur dauernden Erwerbung dieses Landesteils einer ungleich größeren Anstrengung als bisher bedarf; daß die geistige Eroberung dieses mit dem Schwerte erworbenen Edelsteins in der Preußenkrone noch bevorstand. Aus den Reihen der Schulmänner ertönte schon in jener Zeit der Ruf nach Hilfsveranstaltungen, die die Arbeit der Schule vorbereiten und unterstützen und zu der von ihr geschaffenen Möglichkeit der Teilnahme am deutschen Kulturleben nun auch die Gelegenheiten darbieten sollten.

Im Jahre 1896 begann denn auch die Oppelner Regierung die Frage zu prüfen, welche Mittel in Oberschlesien für eine verstärkte Bildungspolitik in Betracht kämen. Die Bearbeitung

Digitized by Google

dieser Aufgabe übertrug der damalige Regierungspräsident v. Bitter, der spätere Oberpräsident von Posen und jetzige Präsident des Oberverwaltungsgerichts, dem Regierungsassessor, jetzigen Oberregierungsrat Dr. Küster, der alsbald mit der Volksbücherei einen Versuch machte und, als die ersten Erfahrungen wider alles Erwarten eine überraschend große Empfänglichkeit der oberschlesischen Bevölkerung für diese Art der Einwirkung feststellten, für ein großangelegtes System der Wohlfahrts- und Bildungspflege mit allen Kräften und mit gutem Erfolge eintrat. Die ersten Versuche mit der Volksbücherei waren in der Stadt Kattowitz, im Herzen des oberschlesischen Industriebezirks unternommen worden. Die weitere Arbeit beschränkte sich zunächst auf den engeren Industriebezirk; es folgten rasch eine größere Anzahl anderer Büchereien, alle von der Bevölkerung, nicht zuletzt von der im wesentlichen der polnischen Sprache angehörigen Arbeiterschaft, beifällig aufgenommen und eifrig benützt. Versuchsweise waren inzwischen hie und da auch in den rein ländlichen Teilen der Kreise Pleß, Ratibor und Oppeln Volksbüchereien gegründet worden, und bei diesen wurde gleichfalls die selbst den Kenner überraschende Tatsache festgestellt, daß auch in rein polnischen und rein ländlichen Teilen des Bezirks nicht nur die Fähigkeit, deutsche Bücher zu verstehen, sondern auch die Neigung, sie zu lesen, überall in bemerkenswertem Umfange vorhanden war. Daneben waren auch mit der Volksunterhaltung — der Ausdruck „volkstümliche Bildungsabende" dürfte angesichts der bald ernster gewordenen Gesamtrichtung zutreffender sein — und mit dem Jugend- und Volksspiel, das mehr der Körperpflege dient, gleichfalls günstige Erfahrungen gemacht worden. Später kamen noch Heime und Horte für die Jugend aller Altersstufen hinzu, nämlich Kleinkinderschulen, die den vielfach anderweit beschäftigten Eltern die Sorge für eine angemessene Beschäftigung und Pflege des vorschulpflichtigen Alters abnehmen und die Kleinen auf den Schulbesuch vorbereiten, ferner Kinderhorte, in denen schulpflichtige Kinder in den Nachmittagsstunden Gelegenheit zur Anfertigung ihrer Schularbeiten und daneben entsprechende Verpflegung erhalten, und Jugendheime, die sich der nachschulpflichtigen Jugend annehmen, sie mit Lektüre, Vorträgen, Musik, Spiel und Turnen, Wandermärschen usw. unterhalten und so vor unzweckmäßiger Verwendung ihrer freien Zeit bewahren. Schließlich ist dann auch noch die Fortbildungsschule eingeführt worden in ihren drei Arten als kaufmännische und gewerbliche (Industriebezirk) und ländliche Fortbildungsschule, letztere zunächst als freiwillige Veranstaltung, in einigen Teilen Oberschlesiens aber schon als Zwangsschule. Neben den durchweg für die männliche Jugend bestimmten Jugendheimen gingen gleichlaufende Veranstaltungen

Digitized by Google

für die nachschulpflichtigen Mädchen einher, z. B. das sogenannte Mädchenheim, vor allem aber die auch volkswirtschaftlich bedeutsame Haushaltungsschule, in den ländlichen Kreisen als Wanderhaushaltungsschule eingerichtet.

Alle diese Veranstaltungen haben das eine gemeinsam, daß sie einer geläuterten Auffassung des Begriffs der Pflege und Förderung des Deutschtums entspringen. Man wollte planmäßig auf Gewinnung der dem preußischen Staatsgedanken gleichgültig oder feindselig gegenüberstehenden fremdsprachigen Bevölkerungsteile hinarbeiten und glaubte dies am besten durch eine groß angelegte Bildungspflege unter Bevorzugung solcher Mittel zu erreichen, die sich an die Elementarschule vorbereitend, unterstützend und ihr Werk fortsetzend angliedern, dabei aber jeglichen Zwang vermeiden und nur durch die Vorteile und Annehmlichkeiten, die sie bieten, die Massen in ihren Bereich ziehen. In dem Maße, als das Werk wuchs, erweiterte sich der Aufgabenkreis auch innerlich; neben den nationalpolitischen traten andere, allgemeinere Beweggründe mehr in den Vordergrund. Die im Jahre 1907 im Auftrage der Oppelner Regierung erschienene, in ihrem Zahlenmaterial inzwischen allerdings veraltete Denkschrift „Kulturelle Wohlfahrtspflege in Oberschlesien“ [1]) führt darüber u. a. das Folgende aus: „Je mehr sich in Oberschlesien mit der Ausdehnung einer im letzten Menschenalter zu mächtiger Entfaltung gelangten Industrie die arbeitende Bevölkerung vermehrte, um so stärker machte sich das Bedürfnis geltend, die Brücke zu schlagen zwischen denjenigen, die aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln mehr oder weniger in der Lage waren, sich den Genuß der höheren Kulturgüter zu sichern, und denjenigen, welche es ohne jene Vorbedingungen, wenn auch meist noch mehr unbewußt, nach einem Anteil an ihnen verlangte. Zwar hat Oberschlesien auf dem Gebiete, auf welchem man hier wie überall vaterländische, gemeinnützige und gesellschaftliche Interessen zu fördern gewöhnt war, auf dem Gebiete des Vereinslebens, im Vergleich mit den übrigen Gauen des deutschen Vaterlandes seit geraumer Zeit kaum zurückgestanden, aber abseits von den zahlreichen Vereinen in Stadt und Dorf stand der große Volksteil der oberschlesischen Arbeiter, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und Angestellten, deren Lebensumstände die Zugehörigkeit zu einem die geistige und leibliche Kultur wirksam fördernden Verein nicht gestatteten, die aber das Bedürfnis unterhaltender und belehrender Anregung nicht minder tief empfanden als die anderen Berufs- und Bildungsklassen.

Mancher Umstand trug außerdem dazu bei, ein Entgegenkommen gegenüber dem Bedürfnis gerade hierzulande besonders

[1]) Dr. R. Küster, Kulturelle Wohlfahrtspflege in Oberschlesien. Verlag von Gebrüder Böhm in Kattowitz. 2. Aufl. Preis 1,25 M.

Digitized by Google

dringlich erscheinen zu lassen. Seitdem der gesetzliche Arbeiterschutz die möglichste Sonntags- und Feiertagsruhe herbeigeführt hatte und auch die Werktage durch einen zeitigeren Schluß der Arbeit längere Feierabende darboten, mußte es als eine naheliegende Aufgabe der Gesellschaft erscheinen, anständige Gelegenheiten zu einer geistigen Erholung und Erfrischung für die Volkskreise zu schaffen, die in den Genuß dieser Arbeitsruhe gekommen waren, sie abzulenken von dem öden Geschwätz und dem ungesunden Dunstkreise der Schankstube und Herz und Sinn für edlere Genüsse empfänglich und begehrlich zu machen. Die im allgemeinen reizlose Gegend Oberschlesiens, die wenig zur Naturfreude anregt, die Lockungen der Gasthäuser, deren äußerer Komfort sich ungleich rascher zu heben pflegt als die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter sich bessern, der sich immer mehr aufdrängende Kampf gegen den das sittliche Gefühl abstumpfenden Schnapsgenuß mußten um so mehr den Versuch nahelegen, die Gedanken des Volkes auf edlere Erholungs- und Bildungsinteressen zu lenken. Und wo das soziale Gewissen hinreichend geschärft war, bekannte man ferner ehrlich die Notwendigkeit, den so vielfach nur durch Vorurteile getrennten Klassen der Bevölkerung einen gemeinsamen Boden für Unterhaltung, Belehrung und Fortbildung in geistiger wie leiblicher Beziehung zu schaffen und so ein einigendes Band zwischen ihnen zu knüpfen."

Schon im Jahre 1902 erwies es sich, daß das Dezernat der Regierung die mit dieser umfassenden Erweiterung seines Aufgabenkreises verbundene Arbeit nicht zu bewältigen vermochte, ganz abgesehen davon, daß die Leitung eines so groß angelegten Werkes und seine fortschreitende Verfeinerung die Vertiefung in Einzelprobleme in einem Grade erforderte, wie dies nebenher auf die Dauer in der Regierungsstelle nicht zu leisten war. Und so entschloß sich die Königliche Regierung zu der kühnen Neuerung der Berufung von Spezialisten zur hilfsweisen Bearbeitung der Geschäfte. Den Anfang machte im Jahre 1903 die Volksbücherei; die Zahl der Bücherausgabestellen war inzwischen auf über 70 angewachsen. Es folgten im Jahre 1904 das Volks- und Jugendspiel, im Jahre 1907 die Volksabende (nebenamtlich; Leiter Lehrer Scholz in Oppeln) und im Jahre 1911 die Haushaltungsschule (Leiterin Fräulein Schreiber in Ratibor). Die übrigen Arbeitsgebiete werden mit Ausnahme der kaufmännischen Fortbildungsschulen, die einem von der Oppelner Handelskammer angestellten fachmännischen Direktor unterstehen, bis jetzt von den zuständigen Dezernenten der Königlichen Regierung weiterhin selbst verwaltet.

Der vorliegende Bericht muß sich schon aus Raumrücksichten auf die Darstellung eines Ausschnittes aus dem geschlossenen Kreise der kulturellen Wohlfahrtspflege, nämlich der volkstüm-

Digitized by Google

lichen Büchereien, beschränken. Aus den andern Gebieten lassen sich zudem die Zahlen und Daten augenblicklich nicht lückenlos herbeischaffen; doch ist von der Denkschrift „Kulturelle Wohlfahrtspflege" eine Neuherausgabe in Aussicht genommen, über die dann vielleicht im nächsten Jahrbuch wird eingehend berichtet werden können. Hinzugefügt wird dagegen ein Bericht über das polnische Volksbüchereiwesen, das von der Provinz Posen aus in neuerer Zeit auch in Oberschlesien festen Fuß zu fassen sucht.

Zeitlich fällt mit der Schaffung des Amtes eines bibliothekstechnischen Hilfsbeamten (1. Oktober 1903) der von der Königlichen Regierung angeregte Zusammenschluß aller volkstümlichen öffentlichen Büchereien des Regierungsbezirks Oppeln in einen Verband oberschlesischer Volksbüchereien zusammen. Die Königliche Regierung wollte damit die inzwischen gewonnenen freiwilligen Mitarbeiter der Sache erhalten und die in vertrauensvollem Zusammenwirken von Behörde und Bürgerschaft erprobte Arbeitsweise beibehalten[1]). Der neugegründete Verband sah sich zunächst vor die Aufgabe gestellt, für die weitere Arbeit, z. B. hinsichtlich der Bücherauswahl und der Technik des inneren Betriebes, gemeinsame Grundlagen zu schaffen. Das geschah durch die Herausgabe eines Verbands-Bücherverzeichnisses[2]) und durch die Errichtung einer Bezugsstelle für einheitlichen Büchereibedarf (gegenwärtiger Inhaber: A. Jelitto in Königshütte O/S.).

Der Posten des Verbandsbibliothekars, den seit seiner Schaffung der Berichterstatter inne hat, ist eine Doppelstellung. Der Verbandsbibliothekar hat die Geschäfte des Verbandes zu leiten und die Wünsche und Anregungen der Mitglieder zu verarbeiten, gegebenenfalls auch bei den Behörden zu vertreten, als Beirat der Königlichen Regierung aber den Dezernenten in seinen Geschäften soweit erforderlich zu entlasten, z. B. sich zu allen ins Fach schlagenden Eingaben und Anträgen der Büchereiverwaltungen, Behörden, des Buchhandels usw. gutachtlich zu äußern. Zunächst aber hatte der Verbandsbibliothekar die

[1]) Näheres über die Vorgeschichte der Verbandsgründung enthält das auch sonst trotz seines veralteten Zahlenmaterials recht anziehende und lehrreiche Buch: „Anleitung zur Einrichtung und Verwaltung von Volksbibliotheken", verfasst im Auftrage der Königlichen Regierung zu Oppeln mit besonderer Berücksichtigung Oberschlesiens von Dr. R. Küster, Breslau, 1907, Verlag von Ferdinand Hirt. Preis 1,25 M. Die Verbandssatzungen und sonstigen Drucksachen werden von der Geschäftsstelle, Gleiwitz, Seydlitzstr. 2, kostenlos abgegeben.

[2]) „Bücherverzeichnis des Verbandes oberschlesischer Volksbüchereien", herausgegeben von Verbandsbibliothekar Karl Kaisig in Gleiwitz, 4. Auflage 1912. Verlag von Priebatschs Buchhandlung in Breslau. Preis geb. 1,75 M.

Digitized by Google

Oppelner Regierung bei dem nun einsetzenden beschleunigten äußeren Ausbau des oberschlesischen Volksbüchereiwesens nachdrücklich zu unterstützen. Bei den Städten und größeren Industrieorten des Bezirks ging diese Arbeit weiterhin in der Form der Standbücherei vor sich, für die schnelle und einheitliche Versorgung der ländlichen Bezirke aber trat die Wanderbücherei hinzu, deren Wesen darin besteht, daß eine Anzahl von Ortschaften kleinere, in ihrer Zusammensetzung gänzlich von einander verschiedene Bücherabteilungen erhalten und diese nun in gewissen Zeitabständen nach einem festgesetzten Plan gegeneinander austauschen. Im Gegensatz zu den Standbüchereien, die überall eigene örtliche Träger (Gemeinden, Vereine, großindustrielle Unternehmungen usw.) haben und ihren Unterhalt fast durchweg aus örtlichen Einnahmen mit Zuhilfenahme staatlicher Beihilfen bestreiten, vereinigt die Wanderbücherei in der Regel kleinere, finanziell wenig leistungsfähige Ortschaften unter der Verwaltung des Kreises — daher der Name Kreiswanderbücherei — und unter zunächst fast ausschließlicher Verwendung öffentlicher Mittel, die im wesentlichen vom Staate und den Kreisen aufgebracht werden. Diese Arbeitsweise empfahl sich zur möglichst raschen Erreichung des Zieles, jedem Schulorte Oberschlesiens eine Lesegelegenheit zu verschaffen; es war jedoch damit keineswegs beabsichtigt, die private Mitarbeit und Gebefreudigkeit grundsätzlich auszuschließen. Und so setzten gleich anfangs die Bemühungen ein, die Mängel der Wanderbücherei — eine gewisse Schematisierung in der Verwaltung und in der Bücherwahl und in Verbindung damit eine zum Teil recht starke Arbeitsbelastung der Kreisverwaltungsstelle (Landratsamt) sowie auf der andern Seite eine Einengung der freien Mitarbeit — auszugleichen. Eine von der Königlichen Regierung zu Oppeln unterm 18. September 1909 erlassene Verfügung schlug eine im Kreise Ratibor inzwischen erprobte Gliederung der Kreiswanderbücherei in Unterverbände unter Leitung von Obmännern vor, die der Kreisstelle einen von ihr festzusetzenden Teil der Verwaltungsarbeit, z. B. den Nachschub von Formularen und Listen, den Ersatz verbrauchter und die Instandsetzung beschädigter Bücher, abnehmen sollten. Dadurch, daß die Leiter aller Ausgabestellen ihre Wünsche für die Bücherbeschaffung durch den Obmann der Kreisverwaltung mitteilen und die private Opferwilligkeit durch selbständige Erfüllung von Sonderwünschen — etwa in der sehr in Aufnahme gekommenen Form von Lesevereinen — anregen und pflegen sollen, sieht die erwähnte Verfügung schon den Übergang zum finanziellen und administrativen Eigenleben der Einzelbüchereien vor und sucht diese Entwickelung zu beschleunigen. Diesem Streben kommen in der Regel die eigenen Neigungen der Verwalter in dem Maße entgegen, als sie

Digitized by Google

allmählich in ihre Aufgabe hineinwachsen und an ihr Freude finden. Die Vorschläge der Regierung sind von den meisten Kreisverwaltungen ganz oder teilweise angenommen und durchgeführt worden; nur drei Kreise haben es bisher vorgezogen, bei ihrer zentralisierten Verwaltungsform zu verbleiben.

Um die leitenden Gedanken der oberschlesischen Büchereiarbeit in jedem Mitarbeiter lebendig zu erhalten, wird seit dem Jahre 1906 eine eigene Zeitschrift „Die Volksbücherei in Oberschlesien" herausgegeben, die jetzt im sechsten Jahrgang erscheint und allen Leitern von Standbüchereien oder Ausgabestellen der Wanderbüchereien, auch den Landräten und Kreisschulinspektoren des Bezirks, kostenlos zugesandt wird. Derselben Aufgabe, den inneren Zusammenhang zu pflegen, dienen vom Verbande veranstaltete zwanglose Zusammenkünfte der Leiter von Standbüchereien und Kreisversammlungen der Obmänner. Im laufenden Jahre tritt dazu ein viertägiger Ausbildungskursus für Obmänner, in dem diese mehr und mehr in den Mittelpunkt der Verwaltungsarbeit rückenden Mitarbeiter durch literarische Vorträge, Anleitung zur Beurteilung von Buchbinderarbeit, Einführung in die Grundbegriffe einer regelrechten Katalogisierung usw. mit ihrer schwierigen Aufgabe vertraut gemacht werden sollen. Eine Zukunftsaufgabe bleibt die engere Angliederung der Wanderbüchereien an den Verband, mit dem sie, solange sie nicht gleich den Standbüchereien ihren regelmäßigen Jahresbeitrag zahlen — etwa 5 Mark, den Beitrag einer Standbücherei, für einen Unterverband von 5 bis 15 Wanderstationen — nur lose zusammenhängen.

Der äußere Umfang des oberschlesischen Volksbüchereiwesens ist inzwischen[1]) von 68 Standbüchereien und 8 Ausgabestellen von Wanderbüchereien am 1. April 1903 auf 163 Standbüchereien und 1031 Ausgabestellen der Wanderbüchereien am 1. April 1912 angewachsen. Der Schwerpunkt der Gründungsarbeit hat also in den verflossenen zehn Jahren gänzlich auf der Seite der Wanderbüchereien gelegen. Abgesehen vom Kreise Neisse, der noch keine öffentliche Volksbücherei zu besitzen scheint, ist jetzt ziemlich jeder Schulort Oberschlesiens mit einer Lesegelegenheit versehen. 1178 Büchereien — von einer fehlte der Bericht und 15 wurden erst nach dem 1. April eröffnet — besaßen am 1. April 1912 zusammen 315 064 Bücher, versorgten damit eine Bevölkerung von 2 020 208 Einwohnern und haben im Rechnungsjahr 1911 im ganzen 133 951 Leser und über zwei Millionen (genau: 2 039 316) Entleihungen gebucht. Die Unterhaltungskosten betrugen im ganzen 256 143 M., davon trugen

[1]) Die nachfolgenden Angaben sind der eben im Druck erschienenen, sehr eingehenden Statistik über das Rechnungsjahr 1911/12 entnommen. Verlag Gebrüder Böhm, Kattowitz. Preis 1,— M.

Digitized by Google

Gemeinden, Großindustrie, Kreisverwaltungen, Vereine und private Förderer etwa 112 000 M. bei, der Rest waren Staatsbeihilfen, die aus dem Dispositionsfonds des Herrn Oberpräsidenten und aus dem Ministerialfonds für Remunerationen gewährt wurden.[1]) Der vorstehend erwähnte Aufwand kann als hoch nicht bezeichnet werden, sondern ist im Vergleich zu den damit erzielten Leistungen recht bescheiden. Zwei Millionen Entleihungen im Jahre erfordern, da ein Buch bis zu seiner völligen Abnützung im Durchschnitt etwa 100 mal ausgegeben wird, die jährliche Erneuerung von rund 20 000 verbrauchten Büchern, was allein einen Wert von 30 000 bis 40 000 M. darstellt. Zwischendurch aber hat auch noch der Buchbinder mehrmals mit dem Buche zu tun. Auf einen Leser entfällt im Durchschnitt eine Ausgabe von 1,90 M., auf den Kopf der Bevölkerung eine Ausgabe von 12,49 Pf. im Jahr; eine Entleihung kostete 12,36 Pf. Das sind ganz mäßige, kaum normal zu nennende Durchschnittszahlen, die nicht auf Überfluß, sondern eher auf Unterernährung hindeuten. Tatsächlich haben sich in den letzten Jahren viele Büchereiverwaltungen genötigt gesehen, zur Steigerung ihrer unzulänglichen Einnahmen den Lesepfennig oder eine andere Besteuerung der Leserschaft einzuführen.

Die einzelnen Jahre sind an dem Wachstum des oberschlesischen Büchereiwesens in folgender Weise beteiligt:

Jahr	Zahl der Standbüchereien	Zahl der Ausgabestellen der Wanderbüchereien	Zahl der Bücher (Bestand)	Zahl der Leser	Zahl der entliehenen Bücher
1902	68	8	63 866	20 000	461 000
1903	79	42	85 653	37 000	607 463
1904	90	192	109 679	46 249	731 877
1905	104	331	135 346	67 517	936 556
1906	118	457	167 063	82 298	1 155 748
1907	132	629	196 344	92 991	1 358 595
1908	141	735	218 911	103 999	1 551 291
1909	141	841	245 466	113 505	1 731 339
1910	146	939	273 676	120 825	1 954 808
1911	163	1031[2])	315 064	133 951	2 039 316

Diese Ziffern unterscheiden sich in nichts von denen der unter ähnlichen Verhältnissen arbeitenden Büchereien rein deutscher Gegenden, und das ist in Oberschlesien nur möglich bei einer entsprechenden Anteilnahme der Bevölkerung polnischer Zunge.

[1]) Die Einnahmen betrugen: 1902/03: 75 130 M.; 1905/06: 125 767 M. 1908/09: 182 958 M.

[2]) Davon 15 nach dem 1. 4. 1912 eröffnet.

Digitized by Google

Tatsächlich berichtet die Statistik, daß 86 129 von den 133 951 Lesern, also 64 Prozent der Gesamtheit, der Muttersprache nach nicht deutsch[1]) waren. Nach dem Jahresbericht für 1911 betrugen die fremdsprachigen Leser bei 234 Ausgabestellen der Wanderbüchereien 75 bis 90 Prozent, bei 449 Ausgabestellen mehr als 90 Prozent der Leserschaft; 91 Ausgabestellen verzeichneten nur fremdsprachige Leser. Ähnlich ist das Verhältnis in früheren Jahren. Diese starke Anteilnahme der polnischen Bevölkerung an der deutschen Volksbücherei — im Gegensatz zur Provinz Posen, wo die deutschen öffentlichen Büchereien fast nur von Deutschen benutzt werden — erklärt sich zwanglos wohl daraus, daß in Oberschlesien die abmahnende Gegenarbeit der polnischen Presse doch noch nicht vermocht hat, in der Bevölkerung ein dem Vordringen des deutschen Einflusses ablehnend oder gar feindselig gegenüberstehendes polnisches Nationalgefühl durchweg heranzuzüchten, daß ferner dem oberschlesischen Polentum die völkische Geschlossenheit fehlt — ein polnischer Adel ist hierzulande nicht vorhanden, ein polnischer gebildeter Mittelstand erst im Entstehen — die Geistlichkeit in ihrer überwiegenden Mehrheit dem großpolnischen Gedanken gleichgültig oder ablehnend gegenübersteht und Industrie und Verkehr überdies in deutschem Sinne wirken.

Außerdem aber ist in der Bücherfrage von vornherein großes Gewicht darauf gelegt worden, durch Erforschung des Grades der Lesefertigkeit und der vorwiegenden Leseneigung des polnisch sprechenden Bevölkerungsteils die Eigenart des Bodens, den die oberschlesische Volksbücherei zu bearbeiten hat, planmäßig zu ergründen und die geeigneten Bücher bereitzustellen. Es sei gestattet, auf diesen Teil der Aufgabe näher einzugehen, weil er zugleich ein Bild der Arbeitsweise gibt. Das Vorwort des (schon erwähnten) Verbands-Bücherverzeichnisses führt darüber das folgende aus: „Durch wiederholte auf breiter Grundlage vorgenommene Erhebungen über die meistgelesenen Bücher haben wir festgestellt, daß Leser von polnischer Familiensprache Märchen und Jugenderzählungen durchweg bevorzugen, während sich der deutsche Leser in seiner vorwiegenden Leseneigung vom deutschen Leser außerhalb Oberschlesiens nicht wesentlich unterscheidet. Es ist ferner eine Einigung darüber erzielt worden, daß gewisse Lesertypen überall wiederkehren und daß diese gleichartigen Typen nicht nur als begrifflich unterschiedene Grundformen, sondern gleichzeitig auch als zeitlich aufeinanderfolgende Entwicklungsstufen des Leseverlaufs beim einzelnen, bei ganzen Lesergemeinden und bei der Gesamtheit gelten können. Sind

[1]) Neben der polnischen kommt als Fremdsprache in Oberschlesien das Mährische in Frage, das aber nur noch im Süden der Kreise Ratibor und Leobschütz anzutreffen ist.

Digitized by Google

dies zunächst auch nur Annahmen, so haben sie sich immerhin schon jetzt für unsere Arbeit als sehr fruchtbar erwiesen, und es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß die weitere gemeinsame Arbeit auf der durch unsere eben gegründete Verbandszeitschrift gewonnenen neuen Grundlage den Gedanken, mag er in seinen Einzelheiten auch der Ergänzung und Berichtigung bedürfen, in seinen Hauptzügen durch ein umfangreiches Material bestätigen wird. Auf diese Lesertypen muß näher eingegangen werden, weil sie der Einteilung des vorliegenden Katalogs zugrunde gelegt sind. Wir haben zunächst folgende drei Hauptformen ermittelt:

1. Leseanfänger polnischer Herkunft. Diese Klasse hat mit der Leserschaft deutscher Büchereien wenig gemein, sie steht geistig erheblich tiefer. Das Lesebedürfnis muß bei ihr meist erst geweckt werden, wobei auch äußerliche Mittel, z. B. bunte Originaleinbände und farbige Bilder, gute Wirkung tun. Der polnische Leser verfügt im Deutschen wie in seiner polnischen Muttersprache über einen geringen Sprach- und Begriffsschatz. Er verlangt daher einfache, von Fremdwörtern und ungewöhnlichen Ausdrücken freie, seinem Auffassungsvermögen nach Raum und Zeit nicht allzu entfernt liegende Lektüre. Kurze Geschichten mit reicher äußerer Handlung und einfachem Satzbau sagen ihm am meisten zu.

Mit besonderer Vorliebe liest er Märchen, weil sie nicht nur der Form nach allen diesen Bedingungen entsprechen, sondern ihn auch stofflich am meisten fesseln. Die Richtung auf das Märchenhafte, Phantastische, Gruselige ist eine bekannte Eigentümlichkeit des polnischsprechenden Oberschlesiers. Mit Recht kann man deshalb diese unterste Stufe kurzweg die Märchenstufe nennen. Ausgeprägte Beispiele dieser Lesergattung finden sich in entlegenen Dörfern, wo sie vorherrscht. In dem Maße, wie andere bildende Einflüsse sich geltend machen, insbesondere Industrie und Verkehr, die meist mit entwickelteren Schulverhältnissen (Fortbildungsschule usw.) verbunden sind, geht die Zahl der Leser aus dieser Klasse zurück, und in unseren Kulturzentren, den Städten und großen Industrieorten, finden sie sich in ausgesprochener Form nur noch vereinzelt.

2. Fortgeschrittene Leser. Sie bilden das Durchschnittslesepublikum der Städte und großen Industrieorte und lieben spannende Kriegs-, Reise-, See- und Indianergeschichten. Der weibliche Teil bevorzugt den Familienroman und die leichte Novelle. Diese Stufe ist sprachlich gemischt, zu ihr gehören auch die meisten deutschen Leser. Die erste Stufe haben sie in der Regel mit der Schullektüre hinter sich gelassen.-

3. Höhergebildete, die eine gewählte Lektüre bevorzugen. Sie sind fast überall vorhanden, befinden sich der Zahl nach jedoch sehr in der Minderheit, während

Digitized by Google

sie an Bedeutung insofern im Vordergrunde stehen, als sie meist die Begründer und Träger der Bücherei sind.

Der weitere Meinungsaustausch hat dazu geführt, innerhalb der Anfängergruppe zwei Stufen zu unterscheiden und ihr eine Bilderbücher-Vorstufe anzugliedern. Wir unterscheiden jetzt in der ersten Gruppe außer der Vorstufe eine ausgesprochene Märchenstufe und eine gehobene Stufe, auf der der Leser schon längere Erzählungen verträgt und auch stofflich nicht mehr unter der unbedingten Herrschaft des Märchens steht.

Der Schaffung einer Vorstufe liegt die Absicht zugrunde, die **werbende** Tätigkeit der Volksbücherei gegenüber der bisher vorzugsweise sammelnden mehr in den Vordergrund zu rücken. Ihr Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß unsere Volksbücherei unter dem polnischsprechenden Bevölkerungsteil bei weitem nicht alles festhält, was sie anzieht, offenbar, weil ihr Bücherbestand den Erfordernissen der Lage noch nicht vollkommen entspricht. Bei einem nicht unerheblichen Teile unserer Bevölkerung ist die Neigung zu lesen größer als die Fähigkeit, unser Buch mühelos zu verstehen. Da eine weitere Vereinfachung der Texte kaum mehr möglich ist, so muß nun das zweckmäßig ausgewählte **Bild** als nicht nur, wie bisher, gelegentliches, sondern als methodisch gewähltes Hilfsmittel eintreten und durch Anschaulichkeit ersetzen, was beim Leser an Umfang und Klarheit der Begriffe fehlt. Es soll gleichzeitig den Begriffs- und Wortschatz der Neugewonnenen auffrischen und erweitern, die unbeholfenen Leseanfänger zu einer höheren geistigen Stufe hinaufführen und sie befähigen, in den regelmäßigen Stufengang einzutreten.

Um dem unerfahrenen Bücherwart über die anfänglichen Schwierigkeiten noch besser hinwegzuhelfen, habe ich es unternommen, der oben gegebenen Bestimmung der Lesertypen entsprechend die Jugendschriften nach dem Grade ihrer Leseschwierigkeit in Stufen zu ordnen. Der Bilderbücher-Vorstufe, welche an die Kindern und naiven Erwachsenen in gleicher Weise eigene Freude am Bunten und Bewegten anknüpft, folgt die Märchenstufe als die Stufe vorwiegender Phantasie. Dem allmählichen Erwachen des Wirklichkeitssinnes entspricht dann die leichtere Jugenderzählung, dem nach und nach sich steigernden Stoffbedürfnis, das gewöhnlich mit einem Zug ins räumlich und zeitlich Ferne verbunden ist, sucht die geschichtliche und geographische Jugendschrift zu entsprechen. Die naturkundliche Jugendschrift stellt dann die Belehrung, die bisher nur nebenbei und nur in dem ihr ursprünglich fremden Gewande der Erzählung einherschreiten durfte, immer entschiedener auf sich selbst. So vollzieht sich nach unserer Beobachtung die Annäherung an normale Verhältnisse und eine allmähliche Vergeistigung des Lesebedürfnisses".

Digitized by Google

Bei der Durchforschung des deutschen Büchermarktes nach den geeigneten Büchern ist es jedoch nicht verblieben. Es erwies sich zur Pflege der Heimatliebe als erwünscht, die oberschlesische Märchen- und Sagenwelt ins Deutsche umzubilden, der Bevölkerung die Schönheiten der engeren Heimat und die Zusammenhänge mit der deutschen Kulturgemeinschaft in Gegenwart und Vergangenheit zu zeigen und sie auch auf die Schwäche und Unwahrhaftigkeit der von der großpolnischen Agitation vorgebrachten Behauptungen, wie polnisch und katholisch sei eins, in maßvoller und sachlicher Form hinzuweisen. Einige schlesische Verlagsbuchhandlungen gingen auf Anregungen dieser Art sofort ein, und so sind in den letzten Jahren eine größere Zahl wertvoller heimatkundlicher Werke entstanden, von denen die „Oberschlesischen Sagen" von H. und P. Knötel, die „Geschichte Oberschlesiens" von P. Knötel, der Roman „Der Mutter Blut" von Kurpiun und das „Ostmarkenbuch" von Preuß hervorgehoben seien. Durch regelmäßige kritische Beurteilung der Neuerscheinungen und durch selbstständige größere Untersuchungen über das Wesen der Volksschriftstellerei im allgemeinen und des oberschlesischen Volksbuches im besonderen sind diese Versuche von der Verbandszeitschrift fortgesetzt gefördert worden. Die Königliche Regierung ließ sich auf diesem Gebiete besonders den Ausbau des Zeitschriften- und Kalenderwesens angelegen sein, und so entstanden der Kalender „Der Landbote", der inzwischen von sechs oberschlesischen Kreisverwaltungen als Kreiskalender eingeführt worden ist, ferner als Ergänzung der schon länger bestehenden oberschlesischen Kinderzeitschriften („Kindergärtchen" und „Der junge Oberschlesier"), die Zeitschrift „Jugendruf", die besonders den geistigen Interessen der in Fortbildungsschulen, Jugendheimen, Jugendabteilungen der Turn- und Spielvereine und in Abteilungen des Jung-Deutschlandbundes organisierten heranwachsenden männlichen Jugend zu dienen unternommen hat.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verband oberschlesischer Volksbüchereien mit Unterstützung der Königlichen Regierung der Bekämpfung der Schundliteratur, die in Oberschlesien auf die Schwierigkeit stößt, daß neben der deutschen eine ausgebreitete polnische Schundliteratur vorhanden ist und die Bekämpfung der leichter erreichbaren deutschen Schundliteratur natürlich nicht dazu führen durfte, daß für die polnische Schundliteratur Platz geschafft wurde. Die polnische Presse Oberschlesiens beteiligt sich leider nicht am Kampfe gegen den Schund, sondern ist sogar, wie ihr vom Verbande öffentlich nachgewiesen werden konnte, in hervorragender Weise an der Verbreitung der polnischen Schundliteratur beteiligt. Die Gegenarbeit hat daher von vornherein die Form der möglichsten Verbreitung billiger Ersatzschriften angenommen, weil diese mit der

Digitized by Google

deutschen auch die polnische Schundliteratur verdrängen. Seit 1910 finden alljährlich um Weihnachten hunderte von Bücherausstellungen kleineren und größeren Umfanges statt, zu denen die Königliche Regierung soweit möglich einen kleinen Grundstock des Ausstellungsmaterials liefert oder eine bare Beihilfe leistet. Als Ergänzung werden an vielen Orten bei Krämern, Gastwirten usw. Verkaufsstellen der guten, billigen Schriften errichtet, deren Inhaber dann vielfach auch am Verkaufe des schon erwähnten Kalenders „Der Landbote" beteiligt werden oder als Gegenleistung beim Bezuge der Schullehrmittel bevorzugt werden. In einigen Kreisen ist man schon dazu übergegangen, für den Bezug der guten, billigen Sammlungen Vermittelungsstellen bei den Buchhändlern der Kreisstädte und Marktorte zu errichten, um den ungewandten ländlichen Händlern den Bezug zu erleichtern. Der Verband hat ferner ein Plakat mit aufgeklebten Titelblättern der billigen Schriften und ein gedrucktes Auswahlverzeichnis der billigen Schriften im ganzen Bezirk verbreitet und in der Weihnachtszeit der Jahre 1910 und 1911 eine umfangreiche Werbetätigkeit für die guten, billigen Schriften entfaltet; entsprechend hat sich die Einzelarbeit der örtlichen Stellen, besonders der in vielen Ortschaften im Anschluß an die Volksbücherei dafür eingesetzten Ortsausschüsse, betätigt — mit gutem Erfolge, wie die Berichte der Büchereien und eine Umfrage bei Buchhändlern gezeigt hat. Die Äußerung der Buchhandlung Priebatsch in Breslau lautet z. B. dahin, daß um Weihnachten 1911 von den guten, billigen Schriften ungeheure Mengen nach Oberschlesien verkauft worden sind, während der Absatz nach Mittel- und Niederschlesien (Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz) vergleichsweise gering war. Durch diese Art der Bekämpfung der Schundliteratur werden sich mit den Jahren wohl auch dauernde Erfolge in der Richtung erzielen lassen, daß weite Kreise des Volkes zur Freude am eigenen Buche erzogen werden.

Nachdem der äußere Ausbau des oberschlesischen Büchereiwesens im wesentlichen abgeschlossen ist, wird es sich jetzt darum handeln, durch weitere Vervollkommnung des inneren Betriebes die Wirkungen der Volksbücherei nach Möglichkeit zu steigern. Dahin gehört z. B. die Einrichtung von Zweigbüchereien im Industriebezirk, um die Arbeiter, die zumeist in den Außenbezirken der Städte und großen Industriegemeinden wohnen, mehr zur Volksbücherei heranzuziehen. Die Fortführung des Bücherverzeichnisses, an dem ein Prüfungs-Ausschuß von etwa 40 Mitgliedern ständig arbeitet, geschieht jetzt vor allem unter dem Gesichtspunkte der geistigen Höherführung der Leserschaft und der Veredelung des Lesebedürfnisses. Die Verwaltungen der Büchereien sind auch ihrerseits bestrebt, ihre Einrichtungen der Neuzeit entsprechend auszubauen, z. B. durch Schaffung

Digitized by Google

besserer Räumlichkeiten oder eigener Büchereigebäude (Zabrze), durch Anstellung von Berufsbibliothekarinnen (Gleiwitz), Errichtung von Kinderlesezimmern und Musikbüchereien (Kattowitz), Herausgabe guter gedruckter Kataloge (Carlsruhe). Manche Frage ist inzwischen spruchreif geworden und es werden nun die Folgerungen gezogen werden können, z. B. hinsichtlich der Lesezimmer, die sich in Oberschlesien nur in den größeren Städten zu bewähren scheinen, im allgemeinen aber an Bedeutung hinter der Ausleihbücherei durchweg zurücktreten und in manchen Orten wohl den leichter zu unterhaltenden und bei weitem stärker benutzten Kinderlesezimmern Platz machen werden. Die Königliche Regierung beginnt in neuerer Zeit bei Bemessung ihrer Beihilfen an Standbüchereien schärfer zu scheiden und ist geneigt, abgesehen von Ausnahmefällen nur solchen Büchereien die Existenzberechtigung als Standbücherei und damit den Anspruch auf regelmäßige Staatsbeihilfen dauernd zuzugestehen, die über ein gewisses Maß gesicherter örtlicher Einnahmen verfügen. Diese durchaus berechtigte, durch ihre knappen Mittel notwendig gewordene Haltung der Königlichen Regierung wird voraussichtlich die Umwandlung von 20—30 Standbüchereien, deren Unterhalt ihr im wesentlichen allein obliegt, in Ausgabestellen der Wanderbüchereien zur Folge haben.

Bei den Wanderbüchereien wird es sich, nachdem ihr äußerer Ausbau im wesentlichen abgeschlossen ist, jetzt darum handeln, möglichst überall örtliches Eigenleben zu wecken und zur Ergänzung und Abrundung des wandernden Bücherbestandes nach den örtlichen Wünschen und Bedürfnissen die Selbsthilfe anzuregen. Das geschieht am besten in der Form der schon erwähnten L e s e v e r e i n e, die in vielen Ortschaften bereits bestehen und sich zumeist recht bewährt haben. Unter günstigen Umständen führen die Lesevereine zur Gründung von Standbüchereien, die als die höhere Form stets vorzuziehen sind, und damit zur Lösung aus dem Verbande der Wanderbücherei. Für gewöhnlich aber sorgen die Lesevereine nur für die weitergehenden Wünsche einer geistig fortgeschrittenen Minderheit unter eigenen Aufwendungen der Beteiligten, während sich daneben der aus öffentlichen Mitteln bereitgestellte Wanderschrank mit seinem auf die Bedürfnisse der großen Masse zugeschnittenen Bücherbestande jahraus, jahrein einstellt. Diese Verbindung von öffentlicher Bildungspflege und privater Selbsthilfe kann vorläufig als die beste Form der ländlichen Bücherei bezeichnet werden und wird daher überall anzustreben sein.

Von neuen Aufgaben sei noch die Pflege der Beziehungen zu verwandten Gebieten erwähnt, die jetzt in den Vordergrund zu treten beginnt, nachdem die Volksbücherei in ihren ersten Jahren

Digitized by Google

genugsam damit zu tun hatte, sich im eigenen Hause wohnlich einzurichten. Am frühesten stellte sich, wie in der schon erwähnten Statistik ausgeführt ist, das Bedürfnis ein, die Beziehung der Volksbücherei zu ihrer Vorstufe, der Schülerbücherei zu regeln. So ist es denn kein Zufall, daß die von Wolgast als Vorbedingung jeder durchgreifenden Fortbildung der Schülerbüchereien befürwortete Veranstaltung umfassender Erhebungen von der Königlichen Regierung in Oppeln — soweit sich dies übersehen läßt, erstmalig in Preußen — in Angriff genommen, daß die zusammenfassende Bearbeitung dieser Erhebungen dem Volksbüchereiverbande übertragen und daß die neuen Wolgastschen Anregungen der Klassen- und Massenlektüre, der Schulwanderbüchereien und der organischen Verbindung der Privatlektüre mit dem lehrplanmäßigen Unterricht von der Zeitschrift „Die Volksbücherei in Oberschlesien" nachdrücklich vertreten worden sind, daß ferner das Bücherverzeichnis des Verbandes in seinem ersten Teil (Jugendschriften) den Bücheranschaffungen der Schulen bestimmungsgemäß zu Grunde gelegt und auch die vom Verbande alljährlich herausgegebenen Verzeichnisse der billigen Sammlungen von den Schulen benutzt werden.

Wie im ganzen, so wird auch in der Einzelarbeit rüstig geschafft um die Verbindung zwischen Volksbücherei und Schule immer enger zu gestalten. So wenn in einem Orte des Kreises Ratibor der Schulverband als Träger beider Einrichtungen eine organische Verbindung von Schülerbücherei und Volksbücherei herstellt und den Ankauf und Austausch von Büchern zwischen beiden Anstalten einheitlich regelt, oder wenn in einem Orte des Kreises Groß-Strehlitz im letzten Vierteljahr jedes Schuljahres der Schulleiter als Verwalter der Volksbücherei die vor dem Austritt stehenden Schüler in die Benutzung der Volksbücherei planmäßig einführt, ferner wenn Kreisschulinspektoren mit den Schulleitern regelmäßige Konferenzen zur Förderung der Schullektüre abhalten und den Verbandsbibliothekar dazu einladen.

Ähnliche Beziehungen beginnen sich auch zu andern Einrichtungen der Bildungspflege zu knüpfen, soweit nicht, wie z. B. bei der Sorge für eine zeitgemäße Ausgestaltung der oberschlesischen Kalender und Jugendzeitschriften, dafür von der Königlichen Regierung die regelmäßige Berichterstattung des Verbandsbibliothekars ohnedies angeordnet ist. In neuerer Zeit tritt z. B. die Zusammenstellung besonderer Büchereien für die in Oberschlesien in besonderer Blüte stehenden Haushaltungsschulen und die Auswahl und Bereitstellung von Bücherreihen zu den Lichtbildervorträgen der Oppelner Auskunftsstelle für Volksunterhaltung [1]) in den Vordergrund. An Fortbildungsschulen und

[1]) Leiter Lehrer Scholz in Oppeln.

Digitized by Google

Jugendheimen sind Mustersammlungen billiger Schriften zur Ausstellung und zum Gebrauche öfter kostenlos abgegeben worden.

Das polnische Volksbüchereiwesen Oberschlesiens

hat seinen Verwaltungs- und Organisations-Mittelpunkt in Posen, von wo das ganze polnisch durchsetzte Gebiet des preußischen Staates, zunächst also die Provinzen Posen und Westpreußen, sodann Oberschlesien, Teile von Ostpreußen und Pommern und die industriellen Bezirke des Westens, mit Büchereien versorgt werden. Träger dieser Bewegung ist der polnische Volksbüchereiverein (polnisch: „Towarzystwo Czytelni Ludowych", abgekürzt T. C. L.), der seit 1881 besteht, über bedeutende Mittel und einen Bestand von rund 250 000 Büchern verfügt, seit 1906 auch eine eigene Zeitschrift („Czytelnia Ludowa", 1910 geändert in „Przegląd oświatowy", zu deutsch etwa: Aufklärungs-Rundschau) herausgibt und von dem polnisch gesinnten Teile der Geistlichkeit in den Provinzen Posen und Westpreußen stark unterstützt wird. Die Änderung des Namens der Vereinszeitschrift ist eine Folge der in der Hauptversammlung vom 3. März 1909 beschlossenen Erweiterung des Aufgabenkreises, z. B. durch Einbeziehung der volkstümlichen Vortragstätigkeit. Das Rückgrat des Vereins sind die seit 1907 eingeführten Kreisorganisationen, die u. a. den Verkehr der Einzelbüchereien mit dem Hauptverein vermitteln und die Beiträge einziehen. Eingehend ist über das polnische öffentliche Büchereiwesen in der Zeitschrift „Die Volksbücherei in Oberschlesien", Jahrgang III, Nr. 5/6 berichtet.

Seine Haupttätigkeit entfaltet der polnische Büchereiverein in der Provinz Posen, dagegen ist er in Oberschlesien bisher wenig hervorgetreten, und die polnische Presse hat auch seine Tätigkeit hierzulande mehrfach als aussichtslos bezeichnet, was, wenn diese Behauptung ehrlich gemeint ist, wohl auch ein der deutschen Büchereibewegung Oberschlesiens widerwillig gezolltes Lob einschließt.

Nach dem am 25. März 1907 auf der Hauptversammlung in Posen erstatteten Bericht waren von den seit 1881 in Oberschlesien errichteten 296 polnischen Büchereien 97 ganz zugrunde gegangen und von den übrigen 199 Büchereien hatten über die Tätigkeit im Jahre 1906 nur 73 einen Bericht eingesandt. Am 4. Mai 1908 fand in Kattowitz unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Dr. Seyda, Kattowitz, eine von etwa 60 Personen besuchte Vorbesprechung über die Gründung von polnischen Volksbüchereien statt, an welcher der erste Vorsitzende des Vereins, Rentier v. Szczaniecki aus Posen und der (nebenamtliche) Geschäftsführer des Vereins, Arzt Dr. Michalski aus Posen, teilnahm. Letzterer berichtete, daß der

Digitized by Google

Verein etwa 1500[1]) Büchereien umfasse, von denen aber ein großer Teil wegen mangelhafter Organisation sozusagen nur auf dem Papier stehe. Die Gründung von polnischen Volksbüchereien in Oberschlesien wurde beschlossen, die Bildung eines eigenen oberschlesischen Ausschusses jedoch abgelehnt. Die Erfolge dieser Anregung scheinen nicht groß gewesen zu sein, denn bei Gelegenheit einer Tagung des Vereins im November 1911 wurde nach den Berichten der oberschlesischen polnischen Presse hervorgehoben, daß in Oberschlesien nur der Kreis Kattowitz organisiert sei. Das stimmt jedoch nicht ganz, denn auch der Kreis Oppeln scheint über eine ordnungsmäßige Organisation zu verfügen, wie ein Bericht in Nr. 141 der Gazeta Opolska (Oppelner Zeitung) vom 1. Dezember 1910 über die am 27. November abgehaltene Generalversammlung des polnischen Volksbibliotheksvereins für den Kreis Oppeln zeigt. Nach derselben Zeitung, Nr. 32 vom 16. März 1909, hat eine ähnliche Versammlung des Oppelner Kreiskomitees unter Leitung des Schriftstellers Koraszewski auch schon am 15. März 1909 in Oppeln stattgefunden. Und in einem Bericht in Nr. 145 vom 19. Dezember 1911 zählt die Gazeta Opolska die 26 Ortschaften des Kreises Oppeln auf, in denen polnische Büchereien bestehen. Deutsche Volksbüchereien gibt es im Landkreise Oppeln 120, nämlich 8 Standbüchereien und 112 Ausgabestellen der Kreiswanderbücherei. Diese Gegenüberstellung des deutschen und polnischen Büchereiwesens in einem für das Polentum zweifellos sehr günstigen Kreise zeigt deutlich die Überlegenheit des deutschen Büchereiwesens. Auch im Kreise Ratibor bestehen, wie aus dem in der Hauptversammlung der T. C. L. vom 26. März 1908 erstatteten Bericht hervorgeht, Ansätze einer einheitlichen Leitung, und in allerjüngster Zeit nach einer Mitteilung des Dziennik Śląski (Schlesisches Tageblatt) vom 9. Juni 1912 auch im Kreise Zabrze.

Über die Kattowitzer Kreisorganisation liegen genauere Nachrichten vor, die in gewissem Grade einen Einblick in ihren Aufbau gestatten. Die Verwalter der Büchereien sind in der Mehrzahl Berginvaliden, die als Hauptbeschäftigung polnische Zeitungskolportage betreiben. Die Bücher werden vorwiegend an die Leser polnischer Zeitungen abgegeben, teils wahrscheinlich aus Geschäftsrücksichten, teils aber wohl auch, weil andere Leute als die Zeitungsleser als Leser polnischer Bücher kaum in Frage kommen. Bei 11 polnischen Büchereien des Kreises Kattowitz sind V e r e i n e die Träger, nämlich in fünf Fällen ein polnischer

[1]) Nach einem Bericht der Gazeta Ludowa (Volkszeitung) Kattowitz — Nr. 176 vom 7. September 1911 — verteilen sich diese 1500 Büchereien folgendermassen auf die einzelnen Landesteile: Provinz Posen 693, Westpreussen 266, Ostpreussen 40, Oberschlesien 204 und „in der Fremde", d. h. ausserhalb des geschlossenen polnischen Sprachgebiets 197.

Digitized by Google

Gesangverein, in zwei ein Männer- und Jünglingsverein, in zwei ein Frauen-Leseverein und in zwei Fällen ein anderer Verein. Leiter der Kreisorganisation ist der Vorsteher der polnischen Volksbank in Laurahütte, ein ehemaliger Oberpostassistent. Die Größe der Bücherabteilungen ist nur bei einigen Büchereien genauer bekannt und bewegt sich in diesen Fällen zwischen 40 und 240 Büchern, die Büchereien können also im Vergleich zu den entsprechenden deutschen Veranstaltungen, die fast durchweg mehr als 1000 Bücher umfassen, winzig genannt werden. Die Unterbringung und die Betriebstechnik sind, wenn einige genauer bekannte Fälle verallgemeinert werden dürfen, sehr unvollkommen, und entsprechend ist höchstwahrscheinlich auch die Benutzung; bei den Büchereien, die von Vereinen verwaltet werden, scheint sie sich im wesentlichen auf Vereinsmitglieder zu beschränken. Genauere Nachrichten über die polnischen Volksbüchereien in Oberschlesien sind nicht zu erlangen, da Statistiken nicht veröffentlicht werden und die polnische Presse das Kapitel der Volksbüchereien aus naheliegenden Gründen durchweg mit Heimlichkeit behandelt.

Im Wettbewerb um die Massen hat, wie mit Zuversicht behauptet werden kann, die deutsche Volksbücherei in Oberschlesien bei weitem das Übergewicht; unter ihren 133 811 Lesern (Ziffer vom 1. April 1912) gehört, wie schon bemerkt, die größere Hälfte (genau 86 019) der polnischen oder mährischen Sprache an, während die polnischen Büchereien wohl nur in seltenen Ausnahmefällen deutsche Leser haben werden und sicher auch nicht annähernd eine so große Zahl polnischer Leser um sich vereinigen. Dazu ist, von allem andern abgesehen, schon der Bücherbestand nicht angetan, der sich, wie mir ein genauerer Einblick in eine der Büchereien gezeigt hat, im wesentlichen auf schlecht ausgestattete Jugendschriften und leichte Belletristik beschränkt und ganz ausgesprochen unter politischen, nicht allgemein kulturellen Gesichtspunkten zusammengestellt ist.

Digitized by Google

Anlage I.

Verteilung der Stand- und Wanderbüchereien auf die Kreise des Bezirks.

Lfde. Nr.	Kreis	Zahl der Standbüchereien	Zahl der Wanderbüchereien	Zahl der Schulorte
	A. Stadtkreise:			
1	Beuthen	5	—	1
2	Gleiwitz	3	—	1
3	Kattowitz	2	—	1
4	Königshütte	3	—	1
5	Oppeln	3	—	1
6	Ratibor	3	—	1
	B. Landkreise:			
7	Beuthen	22	—	19
8	Cosel	1	69	78
9	Falkenberg	2	57	60
10	Groß Strehlitz	7	67	74
11	Grottkau	—	40	51
12	Kattowitz	36	—	32
13	Kreuzburg	4	52	48
14	Leobschütz	1	33	79
15	Lublinitz	5	60	68
16	Neustadt	2	81	83
17	Oppeln	8	112	120
18	Pleß	12	92	102
19	Ratibor	6	101	103
20	Rosenberg	2	73	61
21	Rybnik	5	99	99
22	Tarnowitz	7	29	34
23	Tost-Gleiwitz	6	66	77
24	Zabrze	18	—	15
		163	1 031	1 209

Die vorstehende Gesamtnachweisung umfaßt sämtliche Stadt- und Landkreise des Bezirks außer Neisse, wo noch keine staatlich unterstützte öffentliche Bücherei zu bestehen scheint. Die Stadtkreise besitzen sämtlich mehr als eine Bücherei. Bei den Landkreisen ist in neun Fällen die Zahl der Büchereien größer als die Zahl der Schulorte, in drei Fällen entsprechen sich die Zahlen. Aus ihnen darf jedoch nicht geschlossen werden, daß in den 13 Kreisen nun jeder Schulort mindestens eine Bücherei besitze. Fast jeder Landkreis weist Schulorte auf, die zwei Büchereien besitzen, daneben aber auch solche, denen aus persönlichen oder sonstigen Gründen noch keine Bücherei zugewiesen werden konnte.

Digitized by Google

Anlage II.

Geldleistungen.

Die Einnahmen[1]) der Büchereien haben sich nicht nur absolut — infolge des Hinzutritts neuer Büchereien —, sondern auch relativ gesteigert. Von der Königlichen Regierung sind seit 1910 nach vorübergehendem Rückgang wieder erheblich größere Staatsmittel zur Verfügung gestellt worden, und mit Hilfe dieser reichlicher fließenden Staatsbeihilfen konnten in bemerkenswertem Umstande neue örtliche Hilfsquellen erschlossen worden. Die wirtschaftliche Vereinigung des Verbandes hat sich gefestigt, die Geschäftsstelle blieb also im ungeschmälerten Besitz ihrer neugeschaffenen Einnahmen, die demnächst durch die frei werdenden Zinsen der Hakuba-Stiftung einen willkommenen Zuwachs erfahren.

Die Beiträge zur Gründung und Unterhaltung der Büchereien setzen sich zusammen aus

	Stand-büchereien	Wander-büchereien	Zusammen
a) Leistungen der Gemeinden	38 152,29	448,—	38 600,29
b) Leistungen der Großindustrie . . .	44 533,58	—	44 533,58
c) Beiträgen von Vereinen (einschl. der in den Erhebungen als Träger aufgeführten Büchervereine und der Lesevereine), von Lesern und privaten Förderern	17 778,03	1 317,02	19 095,05
d) Beiträgen der Kreisverwaltungen .	1 989,85	6 397,13	8 386,98
Hierzu tritt:			
e) die Einnahme des Verbandes (Wirtschaftliche Vereinigung abzüglich der Mitgliederbeiträge)	783,71	783,70	1 567,41
f) der Staatsbeitrag aus dem Dispositionsfonds des Herrn Oberpräsidenten und der Betrag, der vom Herrn Kultusminister für Büchereiverwalter aus dem Lehrerstande gewährten Remunerationen in Höhe von insgesamt	66 035,53	77 924,70	143 960.23
Zusammen . .	169 272,99	86 870,55	256 143,54

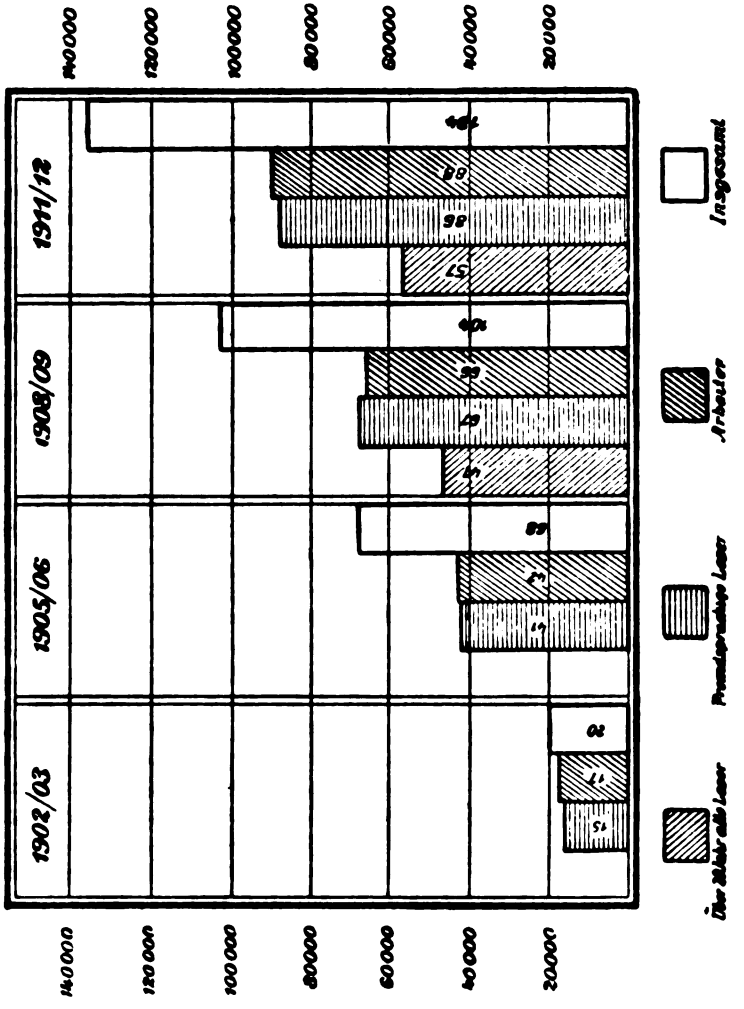
Die Staatsbeihilfe betrug 143 960,23 ℳ oder 56,2% der gesamten Geldleistung. Gegen das Jahr 1908 (101 536 ℳ = 55,5 % der gesamten Geldleistung) hat sie sich trotz der starken Steigerung der nichtstaatlichen Leistungen (von 81 423,09 ℳ auf 112 183,31 ℳ) etwas erhöht, was vornehmlich auf die kräftige Entwicklung des Wanderbüchereiwesens, dessen nicht unerhebliche persönliche Kosten vorläufig ganz vom Staate getragen werden, zurückzuführen ist.

Bei e und f ist nur die Gesamtziffer genau, die Verteilung auf Stand- und Wanderbücherei dagegen nur geschätzt.

[1]) Gefragt war nach Einnahmen und Ausgaben. Beide Ziffern decken sich natürlich nicht ganz. Die vorliegende Berichterstattung hält sich nicht an die Aufwendungen, sondern an die Einnahmen, weil diese nach Lage der Sache ein deutlicheres Bild geben.

Digitized by Google

Anlage III.


140000
120000
100000
80000
60000
40000
20000
1911/12
1908/09
1905/06
1902/03
Insgesamt
Arbeiter
Fortbildungsschüler
Über 21 Jahr alte Leser

VII.

Die polnischen Organisationen.

Von **Fritz Vosberg.**

Inhalt: I. Arbeiterorganisationen S. 227. — Verein zum hl. Isidor S. 228. — Verband der katholischen Vereine polnischer Arbeiter S. 229. — Die Berufsvereinigung S. 231. — Verband der Vereine polnisch-katholischer Arbeiter in der Fremde S. 235. — II. Grofsgrundbesitzer- und Bauernvereine S. 236. — Landwirtschaftlicher Zentralverein S. 236. — Bauernvereine S. 237. — III. Organisation der gewerbetreibenden Bevölkerung S. 238. — Verband der Gewerbevereine S. 239. — Die kaufmännischen Organisationen S. 240. — IV. Berufsorganisationen polnischer Frauen S. 243. — Personalunion in den polnischen Berufsverbänden S. 245.

Die folgende Übersicht beschränkt sich auf die polnischen Berufsorganisationen; ein Eingehen auf die sonstigen polnischen Organisationen, soweit sie nicht an anderen Stellen dieses Jahrbuchs behandelt werden, wird der nächstjährigen Übersicht vorbehalten.

Nach dem letzten polnischen Aufstande von 1863 hat sich in den Anschauungen des preußischen Polentums unter der Einwirkung hervorragender Männer, wie Maximilian v. Jackowski, ein völliger Umschwung vollzogen. Es rang sich allmählich die Erkenntnis durch, daß nicht durch politische Tätigkeit wie bisher, sondern durch nationale wirtschaftliche Arbeit das Polentum unter den neuen Verhältnissen seinem Ziele näher geführt werden könnte, ein Gedanke, wie ihn bereits Marcinkowski vertreten hatte. Zu praktischer nationaler Arbeit fehlte aber jegliche Organisation, und auch die polnische Bevölkerung selbst, insbesondere die polnischen Bauern, der feste Kern im Polentum, an dem und durch den praktische nationale Arbeit geleistet werden sollte, war indifferent und mußte erst aus seiner ruhigen, halbloyalen Haltung gegenüber der preußischen Regierung aufgerüttelt werden. Der Kulturkampf kam den Polenführern in diesem Bestreben zu Hilfe. So gelang es in den bereits seit Anfang der 70 er Jahre gegründeten „sozialen" Organisationen den Widerstand gegen den preußischen Staat und die deutsche Bevölkerung zu wecken und zu organisieren, und heute sind diese beruflichen Organisationen der polnischen Bevölkerung neben den Genossenschaften der wichtigste und stärkste Träger der nationalpolnischen Idee. An die von Jackowski 1870 im Anschluß an den Zentralverein der

Digitized by Google

Großgrundbesitzer begonnene Organisierung der polnischen Bauernschaft, schlossen sich die der ländlichen Arbeiter, der städtischen Bevölkerung in Gewerbe, Handel, Industrie und die industrielle Arbeiterschaft und schließlich auch die erwerbstätigen Frauen an. So hat das Polentum den nationalen Kampf auf das Gebiet des Wirtschaftsleben übertragen, und die Berufsorganisationen sind heute die modernen Kampfmittel in dem staatsfeindlichen Streben nach dem alten Ziele geworden.

I. Die Arbeiterorganisationen.

Die Encyklika des Papstes Leo XIII. 1891 hatte den Erzbischof v. Stablewski in Posen veranlaßt, einer Organisierung der polnischen Arbeitermassen näher zutreten. In einem Hirtenbriefe 1892 wandte er sich, ganz im Sinne der beim polnischen Adel damals herrschenden Meinung, gegen die Sachsengängerei und deren angebliche demoralisierende Folgen. Aus der Sorge um das sittliche Wohlergehen und mehr um die kirchliche Versorgung der polnischen Wanderarbeiter entstand der Gedanke eine Vereinigung zu bilden, die sich der Wanderarbeiter annehmen und ihre Abwanderung durch Nachweis heimischer Arbeitsstätten verhüten sollte. So erfolgte 1892 die Gründung des „Vereins zum heiligen Isidor". Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse erwiesen sich als stärker, der Verein erreichte seinen eigentlichen Zweck nicht und verlor allmählich seine Bedeutung. Aus diesem Fehlschlag aber zogen die polnischen Führer die Lehre, daß es richtiger sei, zunächst den in der Heimat bleibenden Landarbeiter zu organisieren und durch diese auf die Wanderarbeiter einzuwirken. So entstand der „Verband der katholischen Vereine polnischer Arbeiter der Diözese Gnesen-Posen", der heute die größte polnische Berufsorganisation in der Provinz Posen ist. Neben dieser Organisation der Landarbeiter entstand 1901 eine polnische gewerkschaftliche Organisation der städtischen Arbeiter nach deutschem Muster. Die Anregung ging ebenfalls vom Erzbischof aus auf Grund der päpstlichen Encyklika von 1901, die sich gegen die Sozialdemokratie wandte. Zahlreiche polnische Arbeiter gehörten den sozialdemokratischen Gewerkvereinen an und drohten dem Nationalpolentum verloren zu gehen. Sie ihm zu erhalten, fiel den neu gegründeten polnischen Gewerkvereinen zu, die in der Provinz Posen in dem „polnischen Berufsverband" mit dem Sitze in Posen" vereinigt wurden. Die Grenzen dieser Arbeiterverbände fließen aber durcheinander, da der polnische Arbeiter, bald als Landarbeiter, bald als Industriearbeiter oder Maurer sein Brot verdient. In den Hauptindustriebezirken Rheinland-Westfalen und Oberschlesien, hatten sich die polnischen Arbeitermassen ebenfalls gewerkschaftlich in der „Berufsvereinigung"

Digitized by Google

zu Bochum und dem „Verband der gegenseitigen Hilfe" in Beuthen O.-S. organisiert. 1909 kam es nach langen Verhandlungen zu einer Vereinigung der drei Berufsverbände zu einer großen gewerkschaftlichen Organisation und 1911 wurde der Sitz des Zentralvorstandes von Bochum nach Kattowitz verlegt. Neben diesem großen Gewerkverein sammelt noch der 1903 mit dem Sitz in Berlin gegründete „Verband polnisch-katholischer Arbeitervereine in der Fremde" die in Mitteldeutschland zerstreut lebenden städtischen Arbeiter aller Art und unselbständigen Handwerker, die in lokalen Vereinen zusammengeschlossen sind. Im Gegensatz zu den Gewerkvereinen hat dieser Verband kirchlich-religiöse Färbung.

a. Der Verein zum heiligen Isidor.

Am 9. November 1892 vom Erzbischof v. Stablewski gegründet steht der Verein gänzlich unter geistlicher Leitung.

Sein Zweck ist „die religiöse und sittliche Vervollkommnung der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen der Erzdiözesen Gnesen und Posen und zwar in dem Sinne, daß dieselben soviel als möglich durch Verschaffung entsprechender Arbeit in der Heimat zurückgehalten und, falls sie dennoch die Erzdiözese verlassen, im engen Zusammenhang mit der Kirche bleiben." [1])

An der Spitze der Ortsvereine steht der Propst, an der Spitze des ganzen Verbandes der „Rat", der von dem Erzbischof erwählt wird. Bei der Gründung des Vereins wurden folgende Mitglieder in den „Rat" berufen: Der Patron der Bauernvereine Rittergutsbesitzer v. Jackowski, Propst Jaskulski-Biezdrowo, Rechtsanwalt v. Glębocki-Posen und Ackerwirt Plotkowiak aus Kotowo. Der Versuch mit Hilfe der landwirtschaftlichen Vereine und der Parochialgeistlichkeit durch Errichtung eines zentralisierten Arbeitsnachweises die Wanderarbeiter in Posen festzuhalten, schlug jedoch fehl. Kaum dem fünften Teil der Arbeitsuchenden konnte eine Arbeitsstelle nachgewiesen werden. Die große Mehrzahl mußte nach dem Westen auf Arbeit gehen. Um nun einen Einfluß auf diese Sachsengänger zu gewinnen, wurde bestimmt, daß jeder Sachsengänger, der Mitglied der „Isidor-Bruderschaft" ist, von seinem Propst ein „Legitimationsbuch" erhält und diesem seine Arbeitsstelle und Arbeitsbedingungen mitteilt. Der Propst gibt diese Angaben an den Erzbischof weiter. Im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Vereinen sind also die Sachsengänger und die einzelnen „Isidor-Bruderschaften" nicht die Träger, sondern die Objekte der Organisation. Der geistige Zusammenhang mit der Heimat und dem Polentum wird durch das Organ des Verbandes, den „Przewodnik katolicki", hergestellt, der in einer Auflage von

[1]) Vgl. Bernhard, d. poln. Gemeinwesen S. 166.

Digitized by Google

60—80 000 Exemplaren den Wanderarbeitern regelmäßig nachgesandt und auch in der Heimat von ihnen gelesen wird. Eine Bedeutung für den Arbeitsmarkt hat der Verein nicht gewonnen. Aber er hat den Gedanken der Organisierung der Arbeiter und ihre Beeinflussung durch eine katholisch-soziale Zeitschrift angeregt.

b. Der Verband der katholischen Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözesen Gnesen und Posen

(Związek katolickich towarzystw robotników w dyecezyi Gnieznienskiej i Poznańskiej).

Die Anregung des Papstes Leo XIII. zur Gründung katholischer Arbeitervereine durch die Enzyklika Rerum novarum hatte in Posen — wie bemerkt — zunächst zur Gründung des „Vereins zum heiligen Isidor" geführt. Bald aber hatte man die Notwendigkeit erkannt die heimischen Arbeiter ebenfalls zu organisieren. Der Hauptverfechter dieser Idee, Prälat Stychel, gründete am 8. Januar 1893 in Posen den ersten „katholischen Verein polnischer Arbeiter". Nachdem bis zum Jahre 1900 etwa 40 solcher Vereine in der Provinz entstanden waren, wurden diese zu einem Verbande zusammengeschlossen und Prälat Stychel vom Erzbischof zum Patron dieser Organisation ernannt. 1907 nahm der Verband besondere Statuten an. Nach diesen liegt die Leitung des Verbandes vollständig in den Händen der Geistlichkeit. An der Spitze jedes Vereins steht über dem Vorsitzenden der Ortsgeistliche als Patron, neben ihm ein jüngerer Geistlicher als Vizepatron. Diese Patrone halten ihre regelmäßigen Sitzungen unter dem Vorsitz des von ihnen gewählten und vom Erzbischof bestätigten Diözesan-Vorsitzenden ab, der zugleich Vorsitzender des Hauptvorstandes ist. Die übrigen Verbandsorgane, wie der Verbandsausschuß und die weltliche Delegiertenversammlung, die jährlich einmal einberufen wird, sind ziemlich bedeutungslos. Dank der wiederholten Anregungen des Erzbischofs an die Ortsgeistlichkeit zur Gründung von Arbeitervereinen und der rührigen Tätigkeit der Generalsekretäre des Verbandes, Kanonikus Adamski (seit 1904), und seit 1910 Propst Lisiecki hat die Bewegung rasch Boden bewonnen, wie die unten aufgeführte Übersicht zeigt.

Der eigentliche Zweck des Verbandes ist nun, neben der religiösen und kulturellen Hebung der Landarbeiter und ihrer nationalen Beeinflussung eine Organisation zu schaffen, durch die dem Landarbeiter die Möglichkeit gegeben wird als geschlossene organisierte Masse dem Arbeitgeber gegenüber seine Forderungen durchzusetzen, d. h. für ihn das gesetzlich vorenthaltene Koalitionsrecht tatsächlich zu erreichen. „Weil der Landarbeiter nicht organisiert ist, fühlt sich der Verbandsvorstand berechtigt,

Digitized by Google

die Interessen des Landarbeiters zu vertreten" erklärte Kanonikus Adamski in der Delegiertenversammlung 1910. Es wird also eine sozialpolitische Tätigkeit entwickelt. Im Statut sind diese Bestrebungen auch angedeutet. Im § 14 heißt es: „Zur Aufgabe des Hauptvorstandes gehört: 6. zum Zwecke der Verbreitung der Kenntnis der Gesetze und sozialen Angelegenheiten soziale Konferenzen abzuhalten; 7. statistisches Material zu sammeln und von geeigneter Stelle Anträge um Verbesserung der sozialen Gesetzgebung zu stellen; 8. nach Maßgabe des Bedürfnisses mit verwandten Verbänden Beziehungen anzuknüpfen". Im Jahre 1909 ist dann auch der Vorstand des Verbandes mit dem Ausschuß für Arbeiterangelegenheiten des landwirtschaftlichen Zentralvereins in Beratungen getreten und hat diese Frage in den Delegierten-Versammlungen eingehend erörtert. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen zwischen dem Großgrundbesitzer-Verein und dieser Landarbeiterorganisation, die 1911 zum Abschluß kamen, sind: ein Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (eine ständige Kommission aus drei Mitgliedern), Nichtanrechnung der Wohnung des landwirtschaftlichen Arbeiters auf den Lohn, Ablehnung der Auszahlung und Austeilung des Deputats an Sonn- und Feiertagen und eine Enquete über den Tag der Lohnzahlung sowie über den Wert des Deputats und die Berechnung der Arbeiterlöhne auf dem Lande. So hat sich also dieser Landarbeiterverband unter dem Deckmantel eines religiös-sozialen Vereins zu einer tatsächlich gewerkschaftlichen Organisation entwickelt. Durch Erkenntnis des Oberlandesgerichts Posen wie des Oberverwaltungsgerichtes sind die polnisch-katholischen Arbeitervereine darum für politische Vereine erklärt worden.

Was die innere Tätigkeit anbetrifft, so wirken die Vereine durch Vorträge nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Inhalts aufklärend und erzieherisch. Volksbibliotheken zur Selbstbildung und zum Selbstunterricht in polnischer Geschichte und Literatur bestehen in größerer Zahl und auf die Abhaltung von Unterrichtskursen und Erteilung von Schreib- und Leseunterricht, sowie die Einrichtung von Jugendabteilungen wird seitens der geistlichen Leiter besonders Wert gelegt. Wirtschaftliche Vorteile bieten den Arbeitern die unentgeltlichen Arbeitsnachweise und die Rechtsauskunftsstellen in Bromberg, Gnesen, Gostyn, Hohensalza, Lissa, Birnbaum, Ostrowo, Posen, Samter, Schroda, Wongrowitz, Filehne, Bentschen und Schneidemühl, die insgesamt im Jahre 1911 in 6705 Fällen Rat unentgeltlich erteilten, sowie die Sterbekassen; sie zahlten 1911 insgesamt 17 039 Mark Sterbegeld aus. Vereinsversammlungen fanden nach dem Jahresberichte 1911 durchschnittlich ein bis zwei monatlich statt, so daß schätzungsweise 4500 Vereinsversammlungen stattgefunden hätten. Die Zeitschrift des Verbandes ist der „Robotnik", der heut in einer Auf-

Digitized by Google

lage von 28 000 Exemplaren erscheint. Das Blatt wird von den Mitgliedern besonders abonniert und bringt einen Reingewinn von 11 500 Mark. Mit diesen Geldern werden die Rechtsauskunftsstellen erhalten. Die Einnahmen des Verbandes betrugen 1911 rund 29 300 Mark. Davon entfallen auf die Jahresbeiträge nur 3000 Mark. Die Haupteinnahme ist der Reingewinn des „Robotnik". Die Ausgaben wurden mit 19 200 Mark angegeben. Das Barvermögen des Verbandes belief sich auf 9700 Mark.

Die Entwicklung und Ausbreitung des Vereins zeigt folgendes Bild:

Jahr	Vereine	Mitglieder	Büchereien	m. Bänden	Sterbekassen
1904	80	11 600	—	—	—
1907	77	25 000	103	16 166	110
1908	205	29 100	114	18 245	138
1909	229	31 948	127	20 729	144
1910	237	30 816	132	21 791	141
1911	250	31 488	138	23 000	155

Das Ziel ist die Gründung eines polnischen Landarbeitervereins in jeder katholischen Parochie, d. h. die Organisierung der gesamten polnischen Landarbeiterschaft. Es ist nicht zu verkennen, daß in dem Bestehen dieser von der Geistlichkeit geschickt geleiteten Landarbeiterorganisation eine Gefahr für den Großgrundbesitzer liegt. Der bisher noch wenig selbständige, kulturell nicht hochstehende landwirtschaftliche polnische Arbeiter wird Schritt für Schritt vom patriarchalischen Verhältnis zum Grundbesitzer losgelöst und wird zum Lohnarbeiter. So bahnt sich eine soziale Umwälzung an: der Gutsarbeiter steht nicht mehr unter dem Gutsbesitzer, sondern in der Hand der Geistlichkeit als gleichberechtigte Macht ihm gegenüber. Der polnische Großgrundbesitz hat die darin für ihn liegende Gefahr erkannt und sucht ihr zu begegnen. Die Schwierigkeiten aber treffen den deutschen Besitzer in erhöhter Weise. Stehen doch diese Arbeitervereine zugleich im engsten Zusammenhang mit den polnischen Genossenschaften und anderen nationalpolnischen Organisationen, in deren Kette sie nur ein Glied sind.

c. Die polnische Berufsvereinigung (Polski związek zawodowy).

Im Anschluß an die päpstliche Encyklika von 1901 über die soziale Frage hatte der Erzbischof von Posen im „Przewodnik katolicki" die Notwendigkeit der Gründung polnischer Gewerkvereine nach deutschem Vorbilde betont. Dieser Anregung verdanken der „polnische Berufsverband" in Posen (Polski związek

Digitized by Google

zawodowy) 1901 und die „polnische Berufsvereinigung" in Bochum (Zjednoczenie zawodowe polskie) 1902 zunächst als gewerkschaftliche Abteilung des „Polenbundes" ihre Entstehung. Letztere trennte sich noch im November desselben Jahres vom Polenbunde ab und bildete seither eine selbständige Organisation. Zunächst einige Worte über diese Bochumer Vereinigung. Schon bei der Gründung wurde der nationalpolnische Charakter scharf betont. Ihre Betätigung beleuchtete der damalige Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg in seiner Rede im Reichstage am 21. Januar 1909 folgendermaßen: „Daß die Berufsvereinigung nationalpolitische Zwecke mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit verbindet, daß sie stets bestrebt ist, die Abkehr der Polen vom Deutschtum zu verschärfen und zu vertiefen und die Nationalitäten in einen feindlichen Gegensatz zu einander zu bringen, dafür gibt die ganze Tätigkeit den Beweis. Sie richtet ihr Augenmerk keineswegs auf die gewerkschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, sondern greift unausgesetzt auf das politische Gebiet mit dem Ziele großpolnischer Propaganda über. Und das geschieht nicht nur so nebenher, sondern das ist von jeher die Tätigkeit der polnischen Berufsvereinigung gewesen. Ich nenne nur die Themata einiger Versammlungen aus der Zeit, als von einem Vereinsgesetz noch keine Rede war: „Das Dreiklassenwahlsystem", „die Tätigkeit der polnischen Abgeordneten", „die Lage der Polen unter preußischer Herrschaft", „die sogenannte Kultur, die Preußen den Polen gebracht hat", „die Erziehung der Kinder im polnischen Sinne", „die Fähigkeit der polnischen Reichstagsfraktion", „die Unterdrückung der Polen in Preußen" usw. Seit der konstituierenden Versammlung im November 1902 gehören nicht bloß Berg- und Hüttenarbeiter sondern Arbeiter aller Berufe — aber nur polnische — der Berufsvereinigung an. Mit dem steigenden Einfluß der nationaldemokratischen Partei gewann auch die Berufsvereinigung an Bedeutung. Ihre satzungsmäßigen gewerkschaftlichen Aufgaben waren: Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, Unterstützungen bei Streiks, Krankheit, Sterbefällen und Arbeitslosigkeit.

Die Entwicklung der Vereinigung gibt folgendes Bild nach dem „Wiarus polski" vom 6. I. 1909 und dem Organ der Vereinigung „Zjednoszczenie" vom 20. III. 1908:

Jahr	Mitglieder	Etat Mk.	Vermögen Mk.
1903:	4 600	770	8 000
1904:	11 500	24 687	20 300
1905:	31 600	95 860	56 000
1906:	40 000	248 121	132 000
1907:	47 000	347 570	223 000
1908:	48 000	—	336 000

Digitized by Google

Von den 48 000 Mitgliedern standen aber einer Notiz im „Wiarus polski" zufolge etwa 7000 nur auf dem Papier. Das Organ der Berufsvereinigung war bis 1904 der „Głos górnikow i huttników", der aus finanziellen Gründen einging. Seit Januar 1904 trat die „Zjednoszczenie" an seine Stelle. Am 14. September 1908 wurde die Verschmelzung der Bochumer Vereinigung mit dem Posener „Berufsverband" beschlossen.

Der 1901 gegründete Posener „Polnische Berufsverband" konnte naturgemäß eine derartige Ausdehnung nicht nehmen wie die Bochumer Vereinigung im westdeutschen Industriebezirk, zumal letzterer sich nicht auf den Westen beschränkte, sondern auch die polnischen Industriearbeiter Mitteldeutschlands und sogar Pommerns und Westpreußens — infolge persönlicher Beziehungen — an sich zog. Als er 1908 die Verschmelzung mit der Bochumer Vereinigung vollzog, zählte er rund 5000 Mitglieder, meist Bau-, Ziegelei- und ungelernte Arbeiter und unselbstständige Handwerker. Das Vermögen des Verbandes betrug 1650 Mark. Sein Organ „Siła" erschien in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Der Sitz der vereinigten Verbände wurde Bochum, wo auch das gemeinsame Organ unter dem Titel „Siła" (Kraft) erschien; die „Zjednoszczenie" ging nominell ein. Den vereinigten Verbänden schloß sich 1909 auch die oberschlesische polnische Berufsorganisation, der „christliche Arbeiterverein zur gegenseitigen Hilfe" (Wzajemna pomoc) an. Der Verein ist 1889 gegründet, hat aber bei weitem nicht die Erfolge erzielt, wie die 12 Jahre später entstandene Bochumer Vereinigung. In der Generalversammlung der „Gegenseitigen Hilfe" am 29. März 1909 in Beuthen O.-S. wurde der Anschluß an die „Berufsvereinigung" beschlossen und in der allgemeinen Generalversammlung dieser am 2. Mai in Bochum unter dem Namen „Polnische Berufsvereinigung" (polski związek zawodowy) vollzogen. Die „Gegenseitige Hilfe" zählte damals etwa 8000 Mitglieder, Gruben- und Hüttenarbeiter, und besaß ein Vermögen von rund 214 000 Mark. Der Zusammenschluß aller gewerkschaftlich organisierten polnischen Arbeiter bedeutet die Gründung der größten nationalpolnischen Organisation. Das Polentum hat sich damit einen Faktor geschaffen, mit dem das deutsche Wirtschafts- wie politische Leben ernstlich zu rechnen hat. Zweifelsohne wird die Berufsvereinigung wie bisher eine rege nationalpolitische Propaganda entwickeln, da nach der Erklärung ihres Vorsitzenden Sosinski „die Vereinigung" zum Nutzen der ganzen polnischen Gesamtheit arbeite. Ende 1909 waren bereits 56 200 polnische Industriearbeiter gewerkschaftlich organisiert und verfügten über ein Vermögen von 572 000 Mark. Von da an hat die Berufsvereinigung rasch an Umfang gewonnen:

Digitized by Google

Jahr	Mitglieder	Etat Mk.	Vermögen Mk.
1910	67 000	1 259 390	726 400
1911	70 000	1 487 469	909 400

1911 wurde der Sitz des Zentralverbandes von Bochum nach Kattowitz verlegt. Dieser Schritt bedeutet, daß man die Organisationsarbeit im westfälischen Industriebezirk in der Hauptsache als beendet ansieht, da die deutschen Verbände nur noch wenige Polen als Mitglieder zählen, und daß man in Oberschlesien die vereinigten Kräfte gewerkschaftlicher Betätigung in nationalpolnischem Sinne zu konzentrieren für notwendig und erfolgreich hält. Das vom Zentralvorstand zu diesem Zwecke aufgestellte Programm enthält folgende Punkte: Aufklärung der Arbeiter in gewerkschaftlichem und nationalpolnischem Sinne, Verbesserung der Pensions- und Krankenkassen und der Arbeiterversicherungen, Umgestaltung der Knappschaftssatzungen zu Gunsten der Arbeiter, Einfluß auf die Knappschaftsgeneralversammlungen, um „den polnischen Arbeiter aus den Krallen der deutschen Verbände zu befreien" (vergl. „Siła" vom 25. September 1911). Der Hauptstoß soll also gegen das Zentrum geführt werden, da die dem Polentum abgeneigte Sozialdemokratie in Oberschlesien nicht hat Fuß fassen können. In der Tat hat sich in letzter Zeit der Riß zwischen Zentrum und Polentum vergrößert und Zunahme der Vereinigung an Mitgliedern bis Ende 1911 ist hauptsächlich in Oberschlesien zu verzeichnen.

Bei dem Zusammenschluß der drei gewerkschaftlichen Organisationen sind gemäß den örtlich getrennt liegenden Tätigkeitsgebieten drei Abteilungen gebildet worden:

1. Die Abteilung für Bergarbeiter mit dem Sitze in Bochum (1910 38 387 Mitglieder in 283 Filialen).
2. Die Abteilung für Hüttenarbeiter mit dem Sitze in Königshütte (1910 21 386 Mitglieder in 103 Filialen).
3. Die Abteilung für Handwerker und Arbeiter mit dem Sitze in Posen (1910 8192 Mitglieder in 118 Filialen).

Die Ausgaben der Vereinigung 1911 verteilen sich in folgender Weise: 146 000 Mark Krankenunterstützung, 30 000 Mark Sterbegelder, 60 000 Mark Streikunterstützungen, 18 000 Mark Arbeitslosenunterstützung, 6000 Mark Reiseunterstützungen, 40 000 Mark für Rechtsschutz, 20 000 Mark für den Druck der Verbandsorgane und 1700 Mark Agitationskosten.

Die Jahresbeiträge betrugen im Durchschnitt 10 Mark für das Mitglied.

Verbandsorgane sind: „Wzajemna pomoc" für die Abteilung der Hüttenarbeiter in Königshütte, „Siła" für die Abteilung der Handwerker und Arbeiter in Posen und „Głos górnika" für die Abteilung der Bergarbeiter in Bochum; letzterer in einer Auflage von 60 000 Exemplaren.

Digitized by Google

Aus der Wirksamkeit der Berufsvereinigung verdient aus dem Bericht über die Tarifbewegung in Posen vom 8. Mai 1909 bis 19. Februar 1911 hervorgehoben zu werden, daß eine Erhöhung der Löhne in 40 Fällen erreicht worden ist und in einer großen Ziegelei sich die Arbeitslöhne infolge Tarifabschlusses um 20 000 Mark gegen früher gehoben haben.

Wie fest die polnischen Gewerkschaften ihre Mitglieder an der Hand haben, zeigte sich 1905 bei dem großen Streik im Ruhrkohlengebiet. Während alle Gewerkschaften die größte Mühe hatten, die erforderlichen Streikgelder zu beschaffen, brachte es der polnische Berufsverband fertig, beinahe sämtliche Mitglieder in den Osten zurückzuschieben, und so die eigene Kasse zu entlasten.[1]) Den gleichen Beweis erbrachte die polnische Berufsvereinigung in Oberschlesien 1910, indem sie in einer Anzahl Hütten einen Streik gegen den Willen der Arbeiter in Szene setzte. Die „Schlesische Zeitung" berichtete dazu (Nr. 430 v. 23. VI. 10): „Es zeigt sich immer mehr, daß der Streik eine seit langem vorbereitete Kraftprobe der neuen sozialistischen ‚Polnischen Berufsvereinigung' ist. Verschiedene Arbeiter der Paulshütte haben ihren Beamten erklärt, daß sie gern weiter arbeiten möchten, sie seien aber organisiert, die Organisation verlangt aber jetzt von ihnen den Streik und sie müßten nachgeben." Auch der „Kurjer Śląski" gab zu, daß es sich hier um den ersten organisierten und geregelten Ausstand handle.

d) Der Verband der Vereine polnisch-katholischer Arbeiter in der Fremde.

Etwa zu gleicher Zeit mit den gewerkschaftlichen Organisationen entstand 1903 in Berlin ein Verband polnischer Arbeitervereine, ein Berufsverein nach dem Muster der katholischen Fachabteilungen. Er umfaßt unselbständige Handwerker und Industriearbeiter. Von den Gewerkvereinen unterscheidet er sich durch seine kirchlich-religiöse Färbung. Dieses Moment tritt schon äußerlich durch die Bezeichnung der Vereine nach einem Heiligen hervor. Es ist erklärlich, daß dieser Verband, der in der strittigen Einflußsphäre des Posener Berufsverbandes und der Bochumer Vereinigung lag, sich nicht entwickeln konnte. Nach deren Erstarken trat das Streben der Mitglieder zu Tage, Anschluß an einen gleichartigen größeren Verband zu suchen. Die Verhandlungen, die nun mit dem Verbande katholischer Vereine polnischer Arbeiter in Posen angeknüpft wurden, um mit diesem einen Verband für ganz Deutschland zu gründen, scheinen aber bisher zu keinem Ziele geführt zu haben. Der Zweck des Berliner Verbandes ist lediglich die Schaffung eines Zusammenschlusses

[1]) Vgl. Bredt, die Polenfrage im Ruhrgebiet S. 48.

Digitized by Google

der zerstreut lebenden polnischen Arbeiter zu Zwecken nationalpolnischer Propaganda. In diesem Rahmen bewegt sich auch die Vereinstätigkeit, die durch Gewährung von Kranken- und Unterstützungsgeldern, Einrichtung von Büchereien usw. gefördert wird. Entsprechend der geringen Mitgliederzahl sind auch die Mittel des Verbandes verhältnismäßig klein. Das örtliche Tätigkeitsgebiet ist in vier Bezirke eingeteilt: Berlin und Umgegend, Lausitz, Sachsen und Hamburg. Das Verbandsorgan „Robotnik polski na obczyźnie" (Der polnische Arbeiter in der Fremde) erscheint in Berlin in einer Auflage von etwa 2200 Exemplaren. Leider sind die veröffentlichten Angaben über die Mitgliederbewegung nur sehr spärlich:

Jahr	Vereine	Mitglieder	Vermögen
1903	30	1700	Mark 1800
1908	41	2400	„ 7400
1910	46	2500	„ 11 200

II. Die Großgrundbesitzer- und Bauernvereine.

Die berufliche Vertretung des polnischen Großgrundbesitzes in Preußen ist der landwirtschaftliche Zentralverein für das Großherzogtum Posen, „towarzystwo centralne", 1861 gegründet. Acht landwirtschaftliche Vereine, deren Mitglieder fast nur polnische Großgrundbesitzer waren, schlossen sich unter polnischer Leitung zu einem Hauptverein zusammen. Der wirtschaftliche Zweck trat damals noch nicht klar hervor. Die Mitglieder des Vereins wurden in den politischen Strudel der damals beginnenden revolutionären Bewegung unter den Polen Rußlands mit hineingezogen und der Verein politisch kompromittiert. Aber die steigende Erkenntnis der Notwendigkeit wirtschaftlicher Betätigung rang sich unter dem Einfluß Jackowskis auch hier durch. Nach dem in der Generalversammlung im März 1912 erstatteten Bericht umfaßt der Zentralverein 14 Filialvereine mit 847 Mitgliedern. Versammlungen finden im allgemeinen selten statt. Der Verein befaßt sich hauptsächlich mit landwirtschaftlichen Fragen in ähnlicher Weise wie die Landwirtschaftskammer und der Bund der Landwirte durch Belehrung und Aufklärung, doch tritt auch hierbei die nationalpolnische Tendenz nicht zurück. So war die fünfzigjährige Jubiläumsfeier des Vereins im Vorjahr ein nationales Fest. Aus seinen Kreisen heraus ist eine Parzellierungs- und Besitzfestigungsbank, „Ziemian związek" e. G. m. b. H., in Posen gegründet worden, die verschuldete und herabgewirtschaftete Güter, um sie vor der Gefahr des Überganges in deutsche Hände zu wahren, in Verwaltung nimmt, allmählich entschuldet und nach Eintragung eines Vorkaufsrechtes der Bank ziemski wieder zurückgibt. Inner-

Digitized by Google

halb des Vereins bestehen fünf ständige Sektionen, deren eine, die für Landarbeiterangelegenheiten in offizielle Verhandlungen mit der Organisation der Landarbeiter in Lohn- und Deputatfragen, Wohnungsverhältnisse — wie oben dargelegt — in den letzten Jahren getreten ist.

Der Vorsitzende des Zentralvereins ist der Rittergutsbesitzer Dr. v. Jackowski, der Sohn des oben genannten Maximilian v. Jackowski.

Mit dem landwirtschaftlichen Zentralverein eng verknüpft sind die Bauernvereine. Sie werden von dem Zentralverein geleitet und unterstützt und auf jeder Generalversammlung des Zentralvereins wird ein Bericht über Stand und Tätigkeit der Bauernvereine erstattet. Seit 1911 sind die Bauernvereine zu einem „Verband landwirtschaftlicher Vereine" mit besonderen Satzungen zusammengeschlossen; doch ist die enge Verbindung mit dem Zentralverein nicht aufgegeben worden. An der Spitze der Bauernvereine steht ein Patron, gegenwärtig der Rittergutsbesitzer Gustav v. Raszewski, der Patronatsrat von sechs Mitgliedern, die Vizepatrone und die Vorsitzenden der einzelnen Bauernvereine. Die Vizepatrone an der Spitze der einzelnen Kreisvereine sind Großgrundbesitzer, während der Vorsitzende des lokalen Vereins der Ortsgeistliche ist. Als Zweck des Verbandes wird angegeben „die Hebung des Standes der Bauernwirtschaften". Dieser Zweck soll erreicht werden durch die Tätigkeit des in folgende Sektionen eingeteilten Patronats: 1. Die Hypothekensektion. Sie besorgt die Regelung hochverzinslicher Darlehne und die Aufnahme amortisabler Hypotheken. 2. Die Meliorationssektion sorgt für die Bildung von Dränagegenossenschaften, Meliorierungen, Obstbau und dergl. 3. Die Sektion für Viehzucht und Milchwirtschaft, die ihre Tätigkeit mit der Gründung von Milchverwertungsverbänden begonnen hat. 4. Die Sektion für landwirtschaftliche Ausstellungen und Ausflüge, die eine Anzahl Ausstellungen 1911 veranstaltete. 5. Die Sektion zur Errichtung von Versuchsfeldern, die bereits in einzelnen Ortschaften Versuchsfelder eingeführt hat und 6. die Sektion für Veranstaltung von landwirtschaftlichen Vorträgen in den Bauernvereinen. Die Bauernvereine haben folgende Entwicklung genommen: Ihr Gründer und hervorragender Führer war Maximilian v. Jackowski. 1873 wurden die bis dahin bestandenen 11 Vereine dem Zentralverein angegliedert. 1875 waren es 45 Vereine, 1876: 61, 1877: 105, 1888: 120, 1901 beim Tode Jackowskis: 216, 1910: 347, 1911: 373 mit rund 17 000 Mitgliedern. Bis 1910 stieg das Vermögen der Bauernvereine auf 30 000 Mark und die Jahreseinnahmen auf 6300 Mark. Das Organ des Verbandes ist der

Digitized by Google

„Poradnik gospodarski" (landwirtschaftlicher Wegweiser). Die Bauernvereine haben 1911 gegen 5000 Vereinsversammlungen abgehalten.

In der gleichen Weise sind die polnischen Bauern Westpreußens in dem „Verband der landwirtschaftlichen Vereine in Westpreußen" beruflich organisiert. Doch hat ihre Sammlung erheblich später eingesetzt als in Posen. Der Verband hat folgende Entwicklung genommen:

1907: 25 Vereine, 1908: 40, 1909: 53 Vereine mit 3227 Mitgliedern, 1910: 77 Vereine mit 4943 Mitgliedern, 1911: 85 Vereine mit 5260 Mitgliedern, 1912: 101 Verein mit 5411 Mitgliedern. Die Vereine sind in 17 Vizepatronate eingeteilt. Patron des Verbandes ist Rittergutsbesitzer v. Donimirski-Buchwald. Das Organ des Verbandes heißt „Kłosy" (Ähren) und erscheint in Thorn.

Die Bedeutung der Bauernvereine liegt einmal in ihrem Verdienst um die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Bauernstandes, ganz besonders aber in der nationalpolitischen Erziehung ihrer Mitglieder. Durch die Bauernvereine hat es Maximilian Jackowski mit Hilfe der Geistlichkeit vermocht, die polnischen Bauern aus ihrer halbloyalen Haltung zum aktiven und passiven Widerstand gegen den preußischen Staat aufzurütteln. In den Bauernvereinen ist die ländliche polnische Bevölkerung zu deutschfeindlichem Denken und Handeln erzogen. Und dieser Erziehung verdankt der polnische Mittelstand in den Städten durch den bäuerlichen Boykott der deutschen Gewerbetreibenden sein Emporsteigen. In den Bauernvereinen sind sie auch zu wirtschaftlichem Denken erzogen, und heute bilden die polnischen Bauern das Rückgrat des gesamten polnischen genossenschaftlichen Kreditwesens. Von 72 000 Mitgliedern der Kreditgenossenschaften sind 45 000 d. h. 63 Prozent Bauern[1]), und ihre Spareinlagen belaufen sich heute auf rund 170 000 000 Mark. Den nationalpolitischen Charakter der Vereine beleuchtet ein Versammlungsbericht in Nr. 51 des Verbandsorganes „Kłosy" vom 29. Juni 1911: „Unsere landwirtschaftlichen Vereine sind in den Augen des Bischofs eine Verteidigung vor dem Feinde der Ausbeutung, eine Schule der landwirtschaftlichen Kenntnisse, eine Quelle der Nationalgefühle — sie sind der Grundstein im Fundament unserer allseitigen Wiedergeburt." —

III. Die Berufsorganisationen der Gewerbetreibenden Bevölkerung.

Die Entstehung und Entwicklung des polnischen Mittelstandes in den Städten hat in diesem Jahrbuch in der Übersicht von

[1]) Vgl. Bernhard a. a. O. S. 160.

Digitized by Google

Krause über das Handwerk eine besondere Beleuchtung erfahren, so daß bezüglich dieser Fragen hier nur darauf verwiesen zu werden braucht. Von den beruflichen Organisationen der polnischen gewerbetreibenden Bevölkerung ist im allgemeinen zu sagen, daß ihnen eine solche Bedeutung wie den Arbeiter- und Bauernorganisationen nicht zukommt und daß sie voraussichtlich auch nie eine derartige Bedeutung erreichen werden, da berufliche Vereine dicht auf einander stoßender Konkurrenten kaum Aussicht auf eine große Zukunft haben, zumal auch die Massenwirkung der anderen Organisationen hier stets fehlen wird.

a. Der Verband der polnischen Gewerbevereine (Związek towarzystw przemysłowych polskich).

Wohl bestanden einzelne Handwerkervereine, sogenannte Industrievereine schon Jahrzehnte — der Posener Industrieverein seit 1849 — doch erfolgte erst 1873 der Zusammenschluß der wenigen Vereine zu einem Verbande. Der Zweck des Verbandes ist: die Unterstützung der einzelnen Vereine in ihren Bestrebungen Handwerk und Gewerbe zu fördern. Nach dem Statut ist seine Aufgabe: 1. Unterstützung des polnischen Handwerkernachwuchses, 2. Herausgabe von Fachzeitschriften, 3. Gründung von Informationsbureaus zur Bekanntgabe von zur Niederlassung geeigneten Orten[1]). 4. Veranstaltung von Ausstellungen. 5. Veranstaltung von Versammlungen und belehrenden Vorträgen. 6. Gründung neuer Vereine. Polnische Gewerbeausstellungen, in denen deutsche Aussteller prinzipiell nicht zugelassen werden, fanden in der letzten Zeit 1908 in Posen und Gnesen, 1909 in Berlin, Hohensalza und Ostrowo, 1910 in Bromberg und Krotoschin, 1911 in Berent und Berlin, 1912 in Pleschen statt. Die ausgestellten Waren sind zumeist deutschen Ursprungs, werden aber von polnischen Firmen unter polnischer Bezeichnung ausgestellt. Der Verband hat seinen Sitz in Posen und erstreckt sich über ganz Deutschland. 1899 gehörten ihm 24 Vereine an, obwohl schon 1895 (mit Ausnahme von Schlesien und Westpreußen) 62 Vereine mit 4342 Mitglieder bestanden. 1909 zählte der Verband 144 Vereine mit rund 10 000 Mitgliedern; 1911 waren es 161 Vereine, davon 13 in Westpreußen, 4 in Schlesien, 118 in Posen, 26 im Westen mit insgesamt etwas über 10 000 Mitgliedern. Die Vereine sind teils engere Fachvereine, wie von Schuhmachern, Schneidern, Friseuren usw., teils umfassen sie Angehörige verschiedener Berufsgruppen. Auch die jüngeren unselbständigen Gewerbetreibenden (Gesellen) sind in ihnen organisiert und dem Verbande angeschlossen. Der Verband besitzt 6 Krankenkassen, 7 Spar-

[1]) Schon 1884 hat der Verein junger Gewerbetreibender (towazystwo młodych przemysłowców) sich damit beschäftigt. Vgl. hierzu Orędownik Nr. 217 v. 25. XII. 1884 und Dziennik Poznański Nr. 189 vom 16. V. 1894.

Digitized by Google

kassen und 36 Sterbekassen. Verbandsorgan ist der „Przemysłowiec" (der Gewerbetreibende) in Posen. Der national-politische Charakter der Industrievereine liegt in dem Abschluß der Polen vom Deutschtum, der nationalpolnischen Beeinflussung der Mitglieder und tritt besonders in der Propaganda für den geschäftlichen Boykott der Deutschen zu Tage, dem der polnische Gewerbestand in höherem Grade sein Aufsteigen verdankt als seiner Tüchtigkeit [1].

b. Die kaufmännischen Organisationen.

Die Anfänge der Organisierung der polnischen Kaufmannschaft fallen erst in das Jahr 1894. Ein öffentlicher Aufruf von 10 Kaufleuten lud für den 21. Februar eine Versammlung selbständiger Kaufleute nach Gnesen ein zur Erörterung der Frage der beruflichen Organisierung der polnischen Kaufmannschaft. Es kam zur Bildung eines Komitees zur Vorbereitung einer großen kaufmännischen Versammlung zwecks Gründung eines kaufmännischen Vereins. Im August wurde das gleiche Thema in einer Zusammenkunft polnischer Kaufleute und Industrieller in Lemberg erörtert und empfohlen, an der 70 Polen aus Preußen teilnahmen [2]. Am 11. November 1894 wurde dann in Posen ein Verein selbständiger polnischer Kaufleute für ganz Deutschland gegründet. Diese erste Organisation scheint sich aber in dieser Form nicht gehalten zu haben; es entstanden vielmehr in einzelnen Städten der Provinz einige selbstständige kaufmännische Vereine. Auf Anregung des Vereins der Kaufleute in Hohensalza wurden im Jahre 1904 diese Vereine zu einem Verband der polnischen kaufmännischen Vereine unter dem Namen „Kaufmännischer Verband für das Deutsche Reich" zusammengefaßt. Bei Gründung des Verbandes wurde in der polnischen Presse darauf hingewiesen, daß der Verband nach Kräften durch die polnische Fraktion auf die Gesetzgebung einwirken wolle, bei Vermittlung des Wareneinkaufs für die Verbandsmitglieder möglichst die polnischen Quellen berücksichtigen und darauf einwirken würde, daß neue polnische Aktienfabriken und Importhäuser en gros im Verhältnis zum Bedarf der polnischen Kaufleute ins Leben gerufen würden. In seinen neueren Satzungen hat der Verband auf Anraten des Verbandssyndikus das Wort „polnischen" weggelassen. In der Tat aber nimmt der Verband nur aus polnischen Kaufleuten bestehende Vereine auf und bekämpft in seinem Vereinsorgan die nationalgemischten kauf-

[1] vgl. Bernhard a. a. O. S. 175, und Spatz „Die Kampfesorganisationen Neupolens" S. 49.

[2] vgl. Orędownik Nr. 44 v. 24. 2. 1894, Nowa Reforma Nr. 46 v. 7. 2. 1894, Dziennik Poznański Nr. 190 v. 22. 8. 1894 und Goniec Wielkopolski Nr. 102 v. 24. 8. 1894.

Digitized by Google

männischen Vereine. Nach § 3c des Statuts ist der Zweck des Verbandes: Die Unterstützung der Verbandsvereine und des Kaufmannsstandes im allgemeinen durch Rat und Tat in ihren Bemühungen um die moralische und materielle Hebung des Kaufmannstandes durch: 1. Erteilung von Informationen und Fingerzeigen mit Hilfe des Verbandsorgans „Kupiec" 2. Organisierung für die Wahlen zu den Handelskammern und Kaufmannsgerichten 3. Einrichtung von Informationsburos in den einzelnen Vereinen für Kreditgeber, sowie eines Buros für Stellennachweis und für Orte, die sich zur Etablierung eignen. 4. Schutz der Interessen der Kaufmannschaft 5. Veranstaltung allgemeiner kaufmännischer Versammlungen oder solche für einzelne Branchen zwecks Information und einheitlichen Zusammenwirkens in den Hauptfragen. Der Verband zählte am 1. IV. 1910: 14 Vereine mit 502 Mitgliedern, am Schlusse des Jahres waren es bereits 28 Vereine mit 791 Mitgliedern und am 1. IV. 1911 31 Vereine mit 816 Mitgliedern. Das Vermögen beträgt 18 400 Mark. Organ des Verbandes ist der „Kupiec" in Posen. Die Bedeutung des Verbandes liegt nicht in der Zahl seiner Mitglieder — denn von etwa 5000 selbständigen polnischen Kaufleuten der Provinz Posen gehören ihm nur 800 an — seine Bedeutung liegt in seiner praktischen Arbeit und seinen Anregungen und der Pflege des Gemeinsinnes. Er tritt ein für polnische Korrespondenz, Anstellung polnischer Reisender, Aushängung polnischer Plakate in Posen seitens westdeutscher Firmen. Er regt die Gründung neuer Unternehmungen an in dem Bestreben, den deutschen Grossisten und Fabrikanten vom polnischen Markte auszuschalten. So entstand eine Konfiturenfabrik, eine Zigarettenfabrik, eine Wäschefabrik, eine Dampfbäckerei usw. Die angeregte Gründung einer polnischen Kohlenengroshandlung, einer Margarinefabrik, einer Streichholzfabrik in Kurnik ist noch nicht vollzogen. Die von dem Verbande angeregte Gründung eines Kolonialwarenengroshauses schlug fehl und ebenso kam eine geplante große Versicherungsgesellschaft „Patria" nicht zu stande. Auch die Niederlassung polnischer Kaufleute in Oberschlesien ist vom Verbande angeregt. Die Interessen der Kaufmannschaft nahm der Verband durch seine Stellungnahme gegen die vom polnischen Großgrundbesitz gegründeten Warenhäuser auf dem Lande und bei der Reichsfinanzreform wahr. Auch die Gründung von Lehrlingsvereinen und der „Kaufmännischen Bruderhilfe" (bratnia pomoc kupiecka) 1909 geht auf ihn zurück. Die „Kaufmännische Bruderhilfe" ist ein Verein, der ähnlich dem Marcinkowskiverein, die Ausbildung junger Kaufleute in großen deutschen oder ausländischen Betrieben bezweckt, die dann dem polnischen Handel und der polnischen Industrie wertvolle Dienste leisten. 1911 erhielten drei junge Kaufleute, die sich in industriellen Betrieben

Digitized by Google

Westdeutschlands befanden, Stipendien. Der Fonds der Vereine betrug 1911 rund 3500 Mark. Der Vorsitzende des „kaufmännischen Verbandes" ist z. Zt. der Fabrikbesitzer Cegielski.

Von geringerer Bedeutung sind die folgenden kaufmännischen Organisationen: der Verband junger Kaufleute und der Verband reisender Kaufleute. Die „Vereinigung junger Kaufleute" (Zjednoszczenie młodzieży kupieckiej) umfaßt die einzelnen Vereine junger Kaufleute (towarzystwo młodzieży kupieckiej) und ist am 11. August 1907 mit dem Sitz in Posen gegründet worden. Zweck des Verbandes ist nach § 2 des Statuts: 1. Unterhaltung eines Stellennachweises, 2. Gewährung von Rechtsschutz bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber, 3. Verlag des Verbandsorganes „Przegląd kupiecki" (kaufmännische Rundschau) und kaufmännischer Broschüren und dergleichen, 4. Unterhaltung einer Wanderbibliothek, 5. Gründung einer Sparkasse, 6. Erteilung von Ratschlägen in kaufmännischen Angelegenheiten, 7. Hebung des Standes. Den einzelnen Vereinen fällt als besondere Aufgabe die Abhaltung von Kursen, Einrichtung von Büchereien und Pflege des kollegialen Verkehrs zu. Der Jahresbeitrag beträgt bei den Einzelvereinen 10 Mark (!). Die Vereinigung zählte 1910: 48 Vereine mit 1950 Mitgliedern und unterhielt 39 Büchereien; 1911: 64 Vereine mit rund 2400 Mitgliedern über das ganze Reich verstreut. In den Vereinsversammlungen wurden etwa 500 Vorträge nicht bloß fachmännischen, sondern auch rein nationalpolitischen Inhalts wie: „Die Konstitution vom 3. Mai" u. a. gehalten. Vorsitzender der Vereinigung ist Bankdirektor Dr. Hącia.

Die „Vereinigung reisender Kaufleute" für das deutsche Reich" (Związek kupców podróżujących na rzeszę niemiecką) zählt etwa 800 Mitglieder und besitzt einen Fonds von etwa 16 000 Mark zur Unterstützung von Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder. Die Mitglieder des Verbandes agitieren auf ihren Reisen für die Erzeugnisse der polnischen Industrie, und sind so ein wichtiger Faktor für deren Entwicklung. Verbandsorgan ist der „Kupiec". —

Eine den kaufmännischen Vereinen nahe stehende Organisation ist der polnische Fabrikantenverband, der sich am 3. Juli 1912 in eine Genossenschaft m. b. H. (Spółka związku fabrykantów) umgewandelt hat. Der Zweck des am 14. September 1910 unter Vorsitz des Prälaten Wawrzyniak gegründeten „Verbandes der Fabrikanten für das Deutsche Reich mit dem Sitz in Posen" ist nach § 1 seines Statuts die Hebung der „heimischen" (polnischen) Industrie, Handel und Landwirtschaft. Diese Zwecke sucht er zu erreichen durch 1. Prüfung der einheimischen Bedürfnisse und Absatzwege. 2. Gründung und Förderung neuer Unternehmungen unter Berücksichtigung der vorhandenen heimischen Rohstoffe. 3. Sanierung

Digitized by Google

bestehender Fabriken. 4. Prüfung und Ausbeutung von Erfindungen. 5. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. 6. Veranstaltung von Ausstellungen und Reklamen. 7. Ausbildung von Ingenieuren, Technikern und dergl. 8. Informationsbureaus für Berufsangelegenheiten, Rechtsschutz, Patente und Kreditgewährungen. 9. Stellenvermittlung für technisches Personal und 10. Wareneinkaufsgenossenschaften. Die Umwandlung des Verbandes in eine Genossenschaft ist wohl aus dem Grunde eines zweckmäßigeren Wareneinkaufs insbesondere von Kohlen erfolgt, die von der polnischen Firma „Export" in Oberschlesien erfolgen soll. Der Verband zählte nach einjährigem Bestehen Ende 1911 105 Mitglieder, davon 93 in Posen, 9 in Westpreußen, 2 in Berlin und 1 in Dresden. Nach einer vom Verband aufgestellten Statistik waren Ende 1911 etwa 25 bis 30 Prozent der industriellen Unternehmungen in der Provinz Posen in polnischer Hand, in der Stadt Posen von 443 Fabrikanlagen 133.

Außer diesen Organisationen bestehen noch berufliche Organisationen der polnischen Zeitungsverleger, der Journalisten, der Buchhändler, der Buchdruckereibesitzer, der Gärtner und der ländlichen Wirtschaftsbeamten und im Jahre 1912 ist auch eine Organisation der polnischen Kleinkaufleute zwecks gemeinsamen Wareneinkaufs entstanden.

Der kurze Einblick in die Organisationen der polnischen gewerbetreibenden Bevölkerung und in die Art ihrer Wirksamkeit erbringt wohl den Beweis, daß die in den und durch die Vereine ausgeübte Tätigkeit nicht bloß in volkswirtschaftlicher und sozialer Beziehung Einfluß ausübt, sondern daß sie beflissentlich das polnische Element im Gegensatz und auf Kosten der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet vorwärts bringen will.

IV. Die Berufsorganisationen der polnischen Frauen.

Die Bildung beruflicher Organisationen der polnischen Frauen konnte erst erfolgen, als die polnischen Frauen der unteren Stände in die nationalpolnische Bewegung einbezogen worden waren. Die Frauenwelt der oberen Stände war zwar schon lange in verschiedenen Vereinen organisiert, aber diese Frauen standen dem Erwerbsleben fern, hatten keinen eigentlichen Beruf. Die Frauen der unteren und mittleren Stände gehörten rein kirchlichen und Bildungsvereinen an. Die berufliche Organisation fehlte. 1889 war ein rein kirchlicher „Verein der Fabrikarbeiterinnen" gegründet worden. 1905 wandelte der Prälat Adamski diesen Verein in einen beruflichen um, und brachte ihn im ersten Jahre auf 800 Mitglieder. Die innerhalb des Vereins sich bildenden beruflichen Untergruppen trennten sich als besondere Vereine ab,

Digitized by Google

und es entstanden so zunächst vier Vereine der Fabrik-, der Konfektionsarbeiterinnen, der Dienstboten und der erwerbstätigen Frauen in Gnesen. Ende 1906 wurden diese zu dem „Verband der Vereine der katholischen erwerbstätigen Frauen in Posen" zusammengeschlossen. Ende 1911 zählte der Verband bereits 26 Vereine mit 5800 Mitgliedern. Die Mitglieder sind Arbeiterinnen jeder Branche, Heimarbeiterinnen, Handelsangestellte und Dienstboten. Der Zweck des Verbandes ist nach seinem Organ „Gazeta dla Kobiet": „Neben der Stärkung der Anhänglichkeit an die auf nationalem Boden stehende Kirche die geistige und materielle Hebung der Mitglieder". Im Statut wird als Aufgabe des Verbandes bezeichnet: 1. die Vereine der erwerbstätigen Frauen und Mädchen zu erhalten, zu vereinigen und zu unterstützen, 2. die in dem Verband bestehenden Einrichtungen und Kassen zu erhalten. So harmlos der Zweck des Verbandes hiernach erscheint, er wurde durch Urteil des Landgerichts Gnesen 1908 und des Landgerichts Posen 1912 als politischer Verein erklärt. Nach seiner Tätigkeit ist der Zweck der Vereine einmal die Heranziehung der polnischen Frauenwelt zur nationalen Mitarbeit im politischen Sinne und vor allem die Ausnutzung der sozialen Gesetzgebung zu nationalpolnischen Zwecken.

Der Verband besitzt eine Sterbekasse, eine Krankenkasse, eine Aussteuerkasse, 5 Rechtsschutzbureaus, einen Arbeitsnachweis für Konfektions- und Fabrikarbeiterinnen und ein Heim für stellungslose Dienstboten. Es werden Bildungskurse, praktische Unterrichtskurse und Gesangskurse abgehalten. Im Jahre 1911 fanden in den Verbandsvereinen 50 Vorträge und 480 Deklamationsvorträge statt; 12 Bildungskurse mit 296 Teilnehmern, 16 praktische Kurse (Hauswirtschaft und Kochen) mit 231 Teilnehmern und 17 Gesangskurse mit 324 Teilnehmern wurden abgehalten. 13 Vereine besitzen eigene Büchereien mit über 3000 Bänden. Von diesem Verbande ging bei Gelegenheit des 1908 in Luisenhain abgehaltenen sozialwissenschaftlichen Kursus auch die Anregung zur Gründung eines Verbandes der Frauenlese- und Bildungsvereine aus. Der Verband der erwerbstätigen Frauenvereine wird ausschließlich von der Geistlichkeit geleitet. Sein Vorsitzender — gegenwärtig der Prälat Adamski — wird vom Weihbischof ernannt; an der Spitze jedes einzelnen Vereins steht ein Geistlicher als Patron, neben ihm ein Beirat polnischer Damen. Die Patrone halten gemeinsame Beratungen unter dem Vorsitz des Weihbischofs ab. Die Organisation des Verbandes ist also der des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter nachgebildet. Der der „Vereinigung der weiblichen Aufklärungsvereine für Deutschland" angehörende „Verband der Landwirtinnen" (towarzystwo ziemianie), d. h. der polnischen

Digitized by Google

Bauern- und Landarbeiterfrauen ist als berufliche Organisation in engerem Sinne nicht anzusprechen.

Die Personalunion der polnischen Berufsvereine.

Die oben geschilderten Berufsvereine sind die Organisation der erwerbstätigen polnischen Bevölkerung Deutschlands. Es sind wirtschaftliche Vereine mit nationalpolitischer Tendenz, und so organisiert, daß die Erwerbsstände sich gegenseitig unterstützen und fördern. Das tritt am deutlichsten hervor im Verhältnis der Bauernvereine zu den Gewerbetreibenden in den Städten, und das naturgemäß gegensätzliche Verhältnis zwischen Arbeitgebern, Großgrundbesitzern und Fabrikanten, und Arbeitnehmern, polnisch-katholischer Arbeiterverband und Berufsverband, wird gemildert. Diese Förderung und Ausgleichsmöglichkeit, das Ineinandergreifen und Abgrenzen der Tätigkeit der einzelnen Organisationen wird durch die Personalunion der Vorstände der Verbände erreicht, wie Bernhard a. a. O. S. 151 ff. klar gelegt hat. So steht in der Leitung der Großgrundbesitzervereine der Vorsitzende der Bauernvereine, in dem Vorstand beider sitzen Leiter des Landarbeiterverbandes, und zum Teil die gleichen Männer finden sich im Vorstande der gewerblichen Frauenvereine wieder und der Verbände der Kaufleute und Fabrikanten. In den meisten Fällen ist es die polnische Geistlichkeit, die als Vorsitzende und Generalsekretäre diese Verbindung herstellt, aber auch tüchtige Männer aus dem Großgrundbesitz und Bürgertum wie Rittergutsbesitzer v. Jackowski und Fabrikbesitzer Cegielski. Durch dieses Prinzip der Personalunion besteht auch die Verbindung der Berufsvereine mit dem polnischen Wirtschaftssystem, dem großen Genossenschaftsverbande, aber auch mit den rein politischen Organisationen, und die Einheitlichkeit der Aktionen wird durch dasselbe gewährleistet.

Literatur: Bernhard, Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staate 2. Auflage, Berlin 1910. Wegener, Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen, Posen 1903. Bredt, Die Polenfrage im Ruhrgebiet, Leipzig 1909. Altkemper, Deutschtum und Polentum, Leipzig 1910. Spatz, Die Kampfesorganisationen Neupolens, München 1910. Vosberg, Die polnische Frauenbewegung, Lissa 1912.

Digitized by Google

VIII.

Die ostdeutsche Landwirtschaft.

Von **Max Augstin**

Inhalt: Bodenverhältnisse S. 246. — Klimatische Verhältnisse S. 248. — Verkehrs- und Absatzverhältnisse S. 249. — Anbauverhältnisse S. 250. — Ernteerträge S. 252. — Viehzucht S. 253. — Betriebsverhältnisse S. 254.

Die Absicht des Verfassers war es, diesem ersten Bande des „Jahrbuches für ostdeutsche Interessen" eine umfassende Darstellung der Landwirtschaft in den fünf östlichen Provinzen der Monarchie mitzugeben unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Entwicklung in den letzten Jahrzehnten; amtliche Pflichten machten jedoch die Verwirklichung dieses Planes unmöglich und an Stelle der umfassenden Darstellung kann hier nur eine kurze auf statistische Erhebungen gegründete Übersicht der gegenwärtigen Verhältnisse geboten werden; die ausführliche Beschreibung muß dem zweiten Bande des Jahrbuches vorbehalten bleiben. In den Kreis unserer Betrachtung werden die fünf östlichen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien gezogen, da hiermit das Gebiet umfaßt ist, das gegenwärtig im Mittelpunkte der Ansiedlungs- und Polenpolitik steht.

Mit als wichtigster Produktionsfaktor der Landwirtschaft sind zunächst die Bodenverhältnisse des Untersuchungsgebietes einer Betrachtung zu unterziehen; landwirtschaftliche Bedeutung haben nur die Diluvial- und Alluvialformationen, von denen ersteres ca. $^6/_7$, letzteres ca. $^1/_7$ der Bodenfläche umfaßt. Die Diluvialböden stellen das Endprodukt des aus der nordischen Grundmoräne entstandenen fruchtbaren Geschiebelehmes und Geschiebemergels dar, der durch einen gewissen Reichtum an Kalk ausgezeichnet ist, soweit der Kalk nicht bereits ausgewaschen und umgelagert ist und zum Teil in den kalkreichen Niederungsmoren wiederzufinden ist; oft sind aber auch die oberen Diluvialschichten durch dazwischen gelagerte Sandschichten unterbrochen, die besonders in Posen und auch in Schlesien auf großen Strecken zu Tage treten. — Das Alluvium umfaßt die reichen Schlick- und Aueböden der Flußtäler, Moorbildungen und Brüche und ist besonders in Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien stark vertreten.

Einen Überblick über die Verteilung der verschiedenen Bodenarten in dem Beobachtungsbezirk bietet die folgende nach Meitzen[1]) zusammengestellte Tabelle:

[1]) Meitzen, Der Boden des preuss. Staats. V, 493.

Digitized by Google

Tabelle I:
Flächenverhältnisse der Hauptbodenarten.

Provinzen	Fläche □ Meilen	Von der Gesamtfläche nehmen ein %				
		Lehm- (Ton) boden	sand. Lehm u. lehm. Sand	Sand	Moor	Wasser
Ostpreußen .	671,5	16,1	52,0	23,0	5,1	3,8
Westpreußen	462,4	16,9	36,4	39,9	3,4	3,4
Pommern ...	546,8	6,6	44,8	35,4	10,2	3,0
Posen	525,4	9,4	48,0	33,6	7,0	2,0
Schlesien	731,2	36,8	28,5	31,3	2,2	1,2
Preußen.....	6300,3	28,6	32,2	30,8	6,3	2,1

Die Tabelle zeigt, daß besonders in Schlesien die fruchtbaren Lehm- und Tonböden in großer Ausdehnung und in weit über das Mittel des Preußischen Staates hinausragendem Maße vorhanden sind; auch Ost- und Westpreußen ist auch verhältnismäßig reich an diesen Böden, während Pommern und Posen nur einen geringen Prozentsatz davon aufweisen; dagegen nehmen die nach dem heutigen Stande der landwirtschaftlichen Betriebslehre hinsichtlich der Ertragsfähigkeit und Rentabilität äußerst günstig beurteilten, milden Lehm- und lehmigen Sandböden in den vier erstgenannten Provinzen einen weit über das Mittel des Preußischen Staates hinausgehenden Flächenraum ein, während Schlesien dahinter um ca. 4 Prozent zurückbleibt. Die gemeinhin als arme Böden bekannten Sandböden sind, mit Ausnahme von Ostpreußen, in dem ganzen Gebiete zwar relativ stark und über das Mittel (30,8 Prozent) hinausgehend vertreten; aber es ist zu berücksichtigen, daß der Sandboden der östlichen Provinzen reicher an Mineralstoffen wie der Sand Mittel- und Süddeutschlands ist und daß uns die Landwirtschaftswissenschaft Wege gezeigt hat, die es ermöglichen auch diesen Böden durch Anwendung von Mineraldünger und Gründüngung Reinerträge abzugewinnen, die oftmals hinter denen der schweren Lehmböden durchaus nicht zurückbleiben. Die Moorländereien, deren Kultivierung bei dem Stande der gegenwärtig hoch entwickelten Moortechnik zu den gewinnbringendsten und volkswirtschaftlich bedeutungsvollsten Meliorationen zu rechnen ist, sind besonders stark in Pommern und Posen verbreitet, etwas weniger ausgedehnt in Ost- und Westpreußen und gering in Schlesien. Bei Beurteilung dieser Frage ist als besonders reich, einflußreich und günstig der Umstand hervorzuheben, daß die ausgedehnten Moorländereien dieser fünf Provinzen fast ausnahmslos und von bedeutungslosen Ausnahmen abgesehen — als fruchtbare Niederungsmoore anzusprechen sind,

Digitized by Google

deren Umwandlung in ertragreiche und hochwertige Wiesen und Weiden mit verhältnismäßig geringen Geldmitteln möglich ist; die Aussichten, die sich hierdurch der Besiedlung eröffnen, sind bedeutungsvoll.

Zusammenfassend dürfen wir sagen, daß die Bodenverhältnisse der östlichen Provinzen verglichen mit denen der ganzen Monarchie durchaus nicht als ungünstig zu bezeichnen sind; die Möglichkeit für eine gesunde und freudige Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft ist in dieser Hinsicht durchaus gegeben.

Die klimatischen Verhältnisse dagegen sind, wie nachstehende Tabelle II zeigt, in den östlichen Provinzen besonders hinsichtlich der Temperaturen wesentlich ungünstiger, wie in Mittel- und Westdeutschland.

Tabelle II: [1])

Mittlere Temperatur (in Celsius).

Beobachtungsort	Frühling	Sommer	Herbst	Winter	Jahr
Memel	4,8	16,2	7,7	2,2	6,6
Königsberg i. Pr.	5,3	16,5	7,5	2,5	6,7
Danzig	5,2	16,1	7,2	1,9	6,8
Stettin	7,5	17,5	8,7	0,2	8,4
Posen	7,2	17,7	8,3	1,2	8,0
Torgau	8,2	17,9	9,0	0,3	8,9
Köln	9,3	18,0	10,5	2,7	10,1

Der aus den im Vergleich zum Westen ungünstigeren Wärmeverhältnissen für den Osten entspringende Nachteil für die Produktion liegt in der Hauptsache in dem strengeren Winter und der wesentlich verkürzten Vegetationsperiode, bedingt durch einen erheblich späteren Frühling und den früher und strenger einsetzenden Winter; diese Verkürzung der Vegetationszeit in unserem Beobachtungsgebiet hat insofern große wirtschaftliche und einer weitgehenden Intensivierung entgegenstehende Schwierigkeiten zur Folge, als die Frühjahrsarbeiten erheblich später und die Herbstbestellungsarbeiten erheblich früher beendet sein müssen, wie im Westen; die Erledigung der Arbeiten in einem kürzeren Zeitraum verursacht einerseits größere Wirtschaftskosten, während andererseits die Erträge bei einer kürzeren Vegetationsperiode geringer bleiben und das Risiko des Ertrages durch harte Winterfröste vermehrt wird.

Die Niederschlagsverhältnisse werden durch lokale Verhältnisse wie: Höhenlage, Nähe von Gebirgen, Seen und Wäldern weitgehend

[1]) Backhaus, Agrarstatistische Untersuchungen. Berlin 1898. S. 20.

Digitized by Google

beeinflußt und dementsprechend bestehen besonders charakteristische Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland nicht; die mittlere jährliche Niederschlagshöhe beträgt für Ostpreußen 600 mm, Westpreußen 541 mm, Pommern 599 mm, Posen 513 mm, Schlesien 680 mm; die Abweichungen von diesem Jahresmittel innerhalb der einzelnen Provinzen sind zwar beträchtlich, da die westlichen Winde die Regenbringer sind und somit die westlichen Seiten der Höhenrücken regenreich, die östlichen regenarm sind; aber allgemein gesprochen sind die niederschlagsarmen Provinzen Westpreußen und Posen bei starker Ausdehnung der leichteren Bodenarten doch vorherrschend für den Getreidebau, Ostpreußen und Pommern stark für Futterbau und Viehzucht prädestiniert, während Schlesien mit seinen guten Verkehrs- und Absatzverhältnissen freier in der Wahl der Wirtschaftsrichtung dasteht.

Die Bemerkung über den Einfluß der Verkehrs- und Absatzverhältnisse auf die landwirtschaftliche Produktion führt logischerweise zu einer eingehenderen Betrachtung dieser Verhältnisse, für die Tabelle III zusammengestellt ist [1]).

Tabelle III.

Eisenbahnen und Chausseen im Jahre 1910.

Provinzen:	Eisenbahnen					Chausseen	
	Im Jahre 1910 bestanden			Von der Gesamtlänge entfallen auf je		Länge der Chausseen	Auf je 1000 qkm Grundfläche kommen Chausseen
	Hauptbahnen km	Nebenbahnen km	Zusammen km	1000 qkm Grundfläche km	100 000 Einwohner km	km	km
Ostpreussen	867,2	1915,1	2782,3	75,2	134,9	7652,7	206,8
Westpreussen	918,7	1313,1	2231,8	87,3	131,3	6464,0	253,1
Pommern	785,6	1489,7	2275,3	75,5	132,7	6482,3	215,2
Posen	1198,4	1518,3	2716,7	93,7	129,9	4685,0	161,6
Schlesien	2825,1	1776,6	4601,7	114,1	88,4	13825,0	342,8
Rheinland	2675,2	1678,2	4353,4	161,2	61,1	10916,0	404,3
Preussen	19721,1	16310,9	36 022,0	103,3	90,3	120063,6	344,2

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Verkehrsverhältnisse in unserem Untersuchungsgebiete mit Ausnahme von Schlesien als ungünstig zu bezeichnen sind; denn auf 1000 qkm Grundfläche gerechnet, bleiben vier der östlichen Provinzen mit dem Ausbau ihres Eisenbahn- und Chausseenetzes weit hinter dem Durchschnitt der preußischen Monarchie zurück, sodaß Wirtschaften, die 20 km und mehr von der nächsten Eisenbahnstation entfernt liegen und nur schlechte Landwege haben durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören; und wer den Zustand der Land- und

[1]) Stat. Jahrb. d. D. R. 1912.

Digitized by Google

Feldwege in unseren östlichen Provinzen zur Winterzeit kennt, der wird die Wirtschaftserschwernisse ermessen können, die hieraus erwachsen. Auch hinsichtlich des Verkehres auf den schiffbaren Wasserstraßen stehen die östlichen Provinzen weit hinter dem Westen zurück; auf je 1000 qkm Grundfläche sind in den östlichen Provinzen nur durchschnittlich 24 km vorhanden. Aus vorstehenden Ausführungen geht überzeugend hervor, daß zweifellos die Besserung der Verkehrsverhältnisse eins der wichtigsten Mittel ist, um die Produktivität der östlichen Provinzen wesentlich zu steigern; denn ungünstige Verkehrsverhältnisse schließen die Einführung einer kapitals- und arbeitsintensiven Betriebsführung von vornherein aus. Für die Beurteilung der Absatzverhältnisse in den einzelnen Provinzen kommt die Bevölkerungsdichte und die damit zusammenhängende Anzahl und Nähe großer Verbrauchszentren in Betracht; nachstehende Übersicht ermöglicht der Bildung eines Urteiles:

Tabelle IV.
Bevölkerung am 1. Dezember 1910[1]).

Landesteile	Fläche qkm	Bevölkerung zusammen	Auf 1 qkm kommen Einwohner	Städte insgesamt	Städte über 10000 Einwohner
Ostpreußen .	37 002	2 064 175	55,8	67	10
Westpreußen	25 554	1 703 474	66,7	57	12
Pommern ...	30 131	1 716 921	57,0	73	13
Posen	28 991	2 099 831	72,4	131	9
Schlesien ...	40 335	5 225 962	129,6	150	33
Rheinland ..	27 000	7 121 140	263,7	136	57
Preußen.....	348 779	40 165 219	115,2	1279	263

Die Dichte der Besiedlung bleibt in den östlichen Provinzen mit Ausnahme der industriereichen Provinz Schlesien weit hinter dem Durchschnitt des Königreiches Preußen zurück und somit sind die Absatzverhältnisse für den Lokalmarkt ungünstiger wie in dem dichter besiedelten Westen; bis zu welchem Grade die einzelnen Provinzen nun landwirtschaftliche Erzeugnisse über den Eigenbedarf der bezirkseingesessenen Bevölkerung hinaus produzieren und auf den Absatz nach den westlichen Verbrauchszentren angewiesen sind, muß einer besonderen Untersuchung in einem der folgenden Hefte vorbehalten bleiben.

Die gegenwärtigen Anbauverhältnisse der wichtigsten Nährfrüchte für Menschen und Vieh gehen aus der nachstehenden Tabelle V hervor:

[1]) Stat. Jahrb. d. D. R. 1912.

Digitized by Google

Tabelle V.

Provinz (Jahr 1911)	Gesamte Wirtschafts-fläche ha	Winterweizen Anbau-fläche ha	Winterweizen % der Ges.-Anbau-fläche	Sommerweizen Anbau-fläche ha	Sommerweizen % der Ges.-Anbau-fläche	Winterroggen Anbau-fläche ha	Winterroggen % der Ges.-Anbau-fläche	Sommerroggen Anbau-fläche ha	Sommerroggen % der Ges.-Anbau-fläche	Sommergerste Anbau-fläche ha	Sommergerste % der Ges.-Anbau-fläche
Ostpreußen . . .	3 212 782	81 023	2,52	8 282	0,26	442 353	13,77	9 604	0,30	96 636	3,01
Westpreußen . . .	2 146 617	75 941	3,54	4 213	0,20	389 931	18,01	9 007	0,42	71 956	3,35
Pommern	2 658 352	58 178	2,19	4 841	0,19	437 172	16,45	6 842	0,26	51 846	1,95
Posen	2 555 478	80 108	3,14	7 910	0,31	655 429	25,65	3 312	0,13	111 947	4,38
Schlesien	3 437 175	188 259	5,48	25 860	0,75	573 716	16,69	7 623	0,22	147 772	4,29

Provinz (Jahr 1911)	Gesamte Wirtschafts-fläche ha	Hafer Anbau-fläche ha	Hafer % der Ges.-Anbau-fläche	Kartoffeln Anbau-fläche ha	Kartoffeln % der Ges.-Anbau-fläche	Klee Anbau-fläche ha	Klee % der Ges.-Anbau-fläche	Winterraps und Rübsen Anbau-fläche ha	Winterraps und Rübsen % der Ges.-Anbau-fläche	Zuckerrüben Anbau-fläche ha	Zuckerrüben % der Ges.-Anbau-fläche
Ostpreußen . . .	3 212 782	338 879	10,55	176 406	5,49	253 492	7,89	1 464	0,05	} 29 536	1,10
Westpreußen . . .	2 146 617	160 396	7,47	194 286	9,05	130 042	6,06	3 080	0,14		
Pommern	2 658 352	289 775	10,90	206 050	7,75	141 451	5,32	2 087	0,08	26 157	0,98
Posen	2 555 478	152 210	5,95	292 755	11,45	101 535	3,97	929	0,04	57 115	2,24
Schlesien	3 437 175	375 299	10,92	334 622	9,74	188 451	5,42	8 283	0,24	70 670	2,06

Digitized by Google

Bei weitem die stärkste Ausdehnung weist der Anbau des Winterroggens auf, der mit ca. 25 Prozent in Posen und ca. 18 Prozent in Westpreußen an erster Stelle steht, der starken Verbreitung der leichten Sandböden in diesen Provinzen entsprechend; der Anbau von Sommerroggen ist unbeträchtlich; ebenso tritt der Anbau von Weizen, mit Ausnahme von Schlesien, gegenüber dem Roggenbau sehr stark in den Hintergrund. Der Anbau von Hafer überwiegt mit ca. 10,5 Prozent in Ostpreußen, Pommern und Schlesien, den Boden- und klimatischen Verhältnissen entsprechend, während die relativ niederschlagsarme Provinz Posen mit dem Kartoffelbau an erster Stelle steht. Der Kleebau nimmt in Ostpreußen, dem Charakter dieser Futterbau und Viehzucht treibenden Provinz entsprechend, eine große Ausdehnung an.

Die Ernteerträge unseres Beobachtungsgebietes während des Jahrzehntes 1901—1910 werden in nachstehender Tabelle VI in Mittelzahlen zum Vergleich gestellt mit zwei westlichen Provinzen und dem Staat[1]).

Tabelle VI.

Landesteil	Von Hektar werden im Jahrzehnt 1901—1910 geerntet in Doppelzentner (dz. = 100 kg)				
	Roggen	Weizen	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln
Ostpreußen	14,6	16,2	16,0	15,5	122,6
Westpreußen	14,1	20,0	19,6	16,9	127,5
Pommern	15,6	22,5	20,3	18,1	138,9
Posen	15,4	19,1	18,4	16,9	147,2
Schlesien	15,4	18,3	19,5	18,3	139,1
Sachsen	18,0	25,2	24,0	22,2	150,3
Rheinland	19,1	21,1	18,8	19,7	126,3
Preußen	16,0	20,8	19,9	18,6	138,7

Wenngleich die vorstehenden Zahlen auch nur auf Ernte-Schätzungen beruhen und somit durchaus keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit haben, so bieten sie doch einen Anhalt und die Möglichkeit eines Vergleichs mit den Erträgen in anderen Teilen der Monarchie. — Ostpreußen bleibt mit seinen Erträgen fast ausnahmslos — zum Teil recht beträchtlich — hinter den anderen östlichen Provinzen und auch dem Durchschnitt der Monarchie zurück; ob diese Tatsache durch die ungünstigen klimatischen Verhältnisse, geringe Intensivierung des Betriebes oder unzweckmäßige Wirtschaftsorganisation zu erklären ist, bedarf noch einer

[1]) Stat. Jahrb. d. d. R. 1911.

Digitized by Google

besonderen Untersuchung; geradezu auffällig wirken die für Pommern angegebenen hohen Durchschnittserträge, die zu bestätigen scheinen, was auf S. 247 über die Ertragsfähigkeit der milden Lehm- und lehmigen Sandböden gesagt ist. — Naturgemäß bleiben infolge der klimatischen Einflüsse die Erträge unseres Untersuchungsgebietes hinter denen der westlichen Gebiete im allgemeinen doch zurück.

Um einen kurzen Überblick über den Viehstand unseres Untersuchungsgebietes zu gewähren, ist nachfolgende Tabelle zusammengestellt nach der Statistik vom 1. Dezember 1911:

Tabelle VII.

Provinz	Gesamtfläche qkm	Einwohnerzahl	Pferde			Rinder		
			Anzahl	Auf 1 qkm	Auf 1000 Einwohner	Anzahl	Auf 1 qkm	Auf 1000 Einwohner
Ostpreußen . .	36 998,7	2 064 175	489 655	13	237	1 204 889	35	584
Westpreußen. .	25 542,3	1 703 474	265 501	10	156	716 577	28	425
Pommern . . .	30 120,0	1 716 921	239 293	8	139	817 324	27	476
Posen	28 982,4	2 099 831	297 755	10	142	917 552	32	437
Schlesien . . .	40 324,8	5 225 962	340 638	8	65	1 579 850	39	302
Preußen . . .	348 779,8	40 165 210	3 171 579	9	79	11 682 234	34	291

Provinz	Gesamtfläche qkm	Einwohnerzahl	Schafe			Schweine		
			Anzahl	Auf 1 qkm	Auf 1000 Einwohner	Anzahl	Auf 1 qkm	Auf 1000 Einwohner
Ostpreußen . .	36 998,7	2 064 175	379 879	10	184	1 489 292	40	722
Westpreußen. .	25 542,3	1 703 474	417 690	16	245	1 138 201	45	668
Pommern . . .	30 120,0	1 716 921	868 103	29	506	1 321 945	44	770
Posen	28 982,4	2 099 831	300 536	10	143	1 287 581	44	613
Schlesien . . .	40 324,8	5 225 962	217 594	5	42	1 255 296	31	240
Preußen . . .	348 779,8	40 165 219	4 372 489	13	108	17 244 855	49	429

Aus den absoluten Zahlen geht hervor, daß Ostpreußen das klassische Land der Pferdezucht ist; aber auch Westpreußen und Posen übertreffen den Durchschnitt des Staates; in der Zahl der Rinder steht Schlesien an der Spitze, während Ostpreußen mit geringem Abstande folgt; Pommern zeichnet sich durch eine starke Schafhaltung aus und in der Schweinezucht steht Ostpreußen wiederum an erster, Schlesien dagegen an letzter Stelle.

Digitized by Google

Von größerem Wert für die Beurteilung der Viehzucht in den östlichen Provinzen für den einheimischen Markt sind die auf die Flächeneinheit resp. die Einwohnerzahl bezogenen Zahlen; daraus geht hervor, daß die östlichen Provinzen mit Ausnahme von Schlesien einen Viehstand haben, der den Durchschnitt des Staates weit überragt; ein Beweis für die bedeutende Exportfähigkeit der Viehzucht in den östlichen Provinzen.

Um das Bild zu vervollständigen, daß hier in kurzen Zügen von unserem Untersuchungsgebiete entworfen ist, werden nachstehend in Tabelle VIII noch die landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen nach der Betriebszählung vom Jahre 1907 aufgeführt: (Siehe Tabelle auf S. 255.)

Charakteristisch sti nach dieser Zusammenstellung, daß in den östlichen Provinzen die Kleinbetriebe bis zu 20 ha — mit Ausnahme von Schlesien — sowohl der Zahl als auch der Fläche nach unter dem Durchschnitt des preußischen Staates bleiben; Interessant ist, daß die Mittelbetriebe von 20—100 ha — also eigentliche Bauernstellen — in Ost- und Westpreußen 37,9 resp. 33,1 % der Gesamtfläche einnehmen, also recht stark verbreitet sind und den Durchschnitt Preußens überragen; in den anderen drei östlichen Provinzen ist dagegen diese Besitzklasse weniger ausgebreitet; insgesamt nehmen die Zwerg-, Klein- und Mittelbetriebe bis zur Größe von 100 ha in den einzelnen Provinzen folgende Anteile der Gesamtfläche ein:

Ostpreußen 61,5 %, Pommern 46,8 %, Schlesien 63 %,
Westpreußen 63,2 %, Posen 54,0 %, Preußen 70,0 %.

Wir sehen zwar, daß mit alleiniger Ausnahme von Pommern diese Betriebsgrößen mehr als die Hälfte der Gesamtfläche einnehmen, trotzdem aber noch immer — zum Teil recht beträchtlich — unter der für die Monarchie geltenden Durchschnittszahl zurückbleiben; ein Blick auf die Tabelle VIII lehrt, daß zwar besonders in Pommern und Posen die Betriebsgrößen mit über 200 ha stark ausgebreitet sind; aber auch die anderen drei Provinzen unseres Beobachtungsgebietes stehen mit ihrem Anteile an der Gesamtfläche erheblich über dem Durchschnitt.

Unser Untersuchungsgebiet, das die fünf östlichen Provinzen umfaßt, ist also generell als Gebiet mit ausgedehntem Großbetriebe zu bezeichnen; es ist naheliegend, daß sich aus diesem Grunde die Produktions- und Arbeiterverhältnisse, ebenso wie die gesamte Wirtschaftsorganisation, das Genossenschaftswesen u. a. m. wesentlich anders entwickeln und gestalten müssen, wie in den westlichen Provinzen mit vorherrschendem Klein- und Mittelbesitz.

Es soll die Aufgabe weiterer Untersuchungen sein, das hier in vorstehenden Ausführungen mit groben Strichen entworfene Bild zu vervollständigen und zahlreiche der hier nur gestreiften Fragen eingehend zu behandeln.

Digitized by Google

Tabelle VIII.

Provinz	Gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	Anzahl der Betriebe	Betriebe bis 2 ha: Anzahl	% der Ges.-Betriebe	Gesamte Fläche ha	% der Ges.-Fläche	Betriebe von 2—5 ha: Anzahl	% der Ges.-Betriebe	Gesamte Fläche ha	% der Ges.-Fläche	Betriebe von 5—20 ha: Anzahl	% der Ges.-Betriebe	Gesamte Fläche ha	% der Ges.-Fläche
Ostpreußen . . .	3 212 782	219 245	114 647	52,3	63 509	2,0	32 525	14,8	134 843	4,1	43 982	20,0	562 584	17,5
Westpreußen . .	2 146 618	158 437	86 051	54,3	51 125	2,4	21 033	13,2	84 987	4,0	35 910	22,6	508 640	23,7
Pommern	2 658 352	177 879	104 946	59,0	67 482	2,6	19 824	11,1	82 305	3,1	38 203	21,4	487 672	18,3
Posen	2 555 478	204 952	112 956	55,1	69 413	2,7	25 888	12,6	103 812	4,1	51 065	24,8	656 721	25,7
Schlesien	3 437 174	366 849	183 993	50,1	144 790	4,2	80 566	21,9	336 657	9,8	84 662	23,0	986 668	28,7
Preußen	28 512 874	3 400 144	2 100 977	61,8	1 393 012	4,2	520 914	15,3	2 266 107	7,9	583 160	17,2	7 738 863	27,1

Provinz	Gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche ha	Anzahl der Betriebe	Betriebe von 20—100 ha: Anzahl	% der Ges.-Betriebe	Gesamte Fläche ha	% der Ges.-Fläche	Betriebe von 100—200 ha: Anzahl	% der Ges.-Betriebe	Gesamte Fläche ha	% der Ges.-Fläche	Betriebe von über 200 ha: Anzahl	% der Ges.-Betriebe	Gesamte Fläche ha	% der Ges.-Fläche
Ostpreußen . . .	3 212 782	219 245	24 795	11,3	1 217 281	37,9	1632	0,7	307 545	9,6	1 664	0,8	927 020	28,9
Westpreußen . .	2 146 618	158 437	13 431	8,4	710 956	33,1	955	0,6	162 503	7,6	1 057	0,7	628 407	29,2
Pommern	2 658 352	177 879	12 228	6,8	605 820	22,8	735	0,4	159 121	6,0	1 943	1,1	1 255 952	47,2
Posen	2 555 478	204 952	12 738	6,2	550 168	21,5	665	0,3	153 597	6,0	1 640	0,8	1 021 767	40,0
Schlesien	3 437 174	366 849	14 753	4,0	695 777	20,3	1121	0,3	269 673	7,8	1 754	0,5	1 003 609	29,2
Preußen	28 512 874	3 400 144	175 976	5,2	8 822 956	30,9	8236	0,2	1 715 183	6,0	10 881	0,3	6 576 753	23,9

Digitized by Google

IX.

Deutsches und polnisches Handwerk in der Provinz Posen.

Von **Friedland Krause.**

Inhalt: Vorpreussische Zeit S. 256. — Entwickelung im 19. Jahrhundert S. 261. — Eindringen des Polentums ins Handwerk S. 263. — Stand des Handwerks im ganzen und der einzelnen Gewerbe S. 265. — Nationalitätenbewegung im Handwerk S. 268. — Organisation des polnischen Handwerks S. 269. — Versuche zur Hebung des Handwerks S. 271. — Genossenschaftswesen S. 271. — Innungswesen S. 273. — Ostmarkenverein S. 275. — Ansiedlungskommission S. 275.

Zu den Anfängen gewerblicher Berufsscheidung kam es im frühen Mittelalter wie auf deutschem Boden, so auch im Posener Lande durch die Bedürfnisse der Hofhaltungen der kirchlichen und weltlichen Fürsten und Grundherren. Während aber in Deutschland die Vertreter der so spezialisierten Beschäftigungsarten sich zumeist in unmittelbarer Nähe der Herrensitze ansiedelten, mit zunehmendem Wohlstande eine Reihe von Vergünstigungen, insbesondere die persönliche Freiheit erwarben und so in den werdenden Städten den Grund zu einem blühenden Zunftwesen legten, war in Polen die Ausübung solcher besonderen Fertigkeiten Sache der Leibeigenen, über deren Person und Arbeitskraft der Grundherr jederzeit unbeschränkt verfügen konnte und deren Lage infolgedessen eine äußerst gedrückte blieb.

Eine Eigentümlichkeit des Arbeitsverhältnisses dieser hörigen slavischen Handwerker bestand darin, daß sie, je nach ihrer besonderen Beschäftigung, Jagd, Fischerei, Imkerei, Böttcherei, Töpferei usw. gesondert in ganzen Dörfern gemeinsam angesiedelt wurden. Die Erinnerung an diesen Zustand wird noch in einer Reihe von Ortsnamen, wie Zduny (Töpfer), Bednary (Böttcher), Szewce (Schuhmacher), überliefert. Für ihren Unterhalt waren sie lediglich auf den Ertrag des ihnen zugeteilten Landes angewiesen, das vermutlich jeweils von einem Teile der Dorfgenossen bestellt wurde, während der andere Teil für den Herrn arbeitete. Bei solcher Arbeitsverfassung mußten notwendigerweise die gewerblichen Leistungen auf sehr primitiver Stufe stehen bleiben.

Den seit den Kreuzzügen gestiegenen Ansprüchen vermochte dieses einheimische Handwerk nicht zu genügen, und vor allem brachte es dem Grundherrn auch keine baren Einnahmen, deren er für seine, aus der reinen Naturalwirtschaft

Digitized by Google

allmählich heraustretenden Hofhaltung dringend bedurfte. Beides, der Wunsch das Land zu heben und die eigenen Einkünfte und Machtmittel zu mehren, führte den Großadel um die Mitte des 13. Jahrhunderts dazu, das Beispiel der im benachbarten Preußen ihr Kulturwerk beginnenden Ordensmeister durch Städtegründungen nachzuahmen. Winkte ihnen doch eine bedeutende finanzielle Einnahmequelle in dem höheren städtischen Bodenschoß, dem von allen Kaufmanns- und Handwerksläden entrichteten Zinse und den Gerichtsgebühren. Rasch hintereinander entstanden Städte in großer Zahl, weit über den tatsächlichen, wirtschaftlichen Bedarf des Landes hinaus, zu deren Besiedlung deutsche Kaufleute und deutsche Handwerksmeister ins Land gerufen wurden. Ihnen allen wurde außer wirtschaftlichen Vorteilen, die Beibehaltung ihres heimischen deutschen Rechtes zugesichert.

Erst durch diese deutschen Einwanderer kam feinerer Geschmack und größere gewerbliche Fertigkeit ins Land. Durch sie wurde was an Handwerk um die damalige Zeit als Ansatz in Polen vorhanden war auf höhere Stufe gehoben. Aus einfacher Tätigkeit spezialisierten sich mehrere Zweige zu selbständiger Bedeutung; so beispielsweise aus der primitiven Lederbearbeitung die Rot- und Weißgerberei, das Sattler-, Riemer-, Beutler-, Gürtler-Gewerbe usw. Hinzu kam ferner eine Anzahl von Gewerben, die man vorher in Polen gar nicht gekannt, bei den einfachen Wirtschaftsverhältnissen auch kaum vermißt hatte.

Die einheimische Bevölkerung blieb zunächst weiter leibeigen und war wohl auch tatsächlich kaum fähig, Trägerin einer städtischen Kultur zu werden. Erst später durchsetzte sich allmählich die städtische Bürgerschaft auch mit polnischen Elementen.

Hier tritt uns bereits eine bis in die neueste Zeit wahrnehmbare Erscheinung entgegen, daß nämlich in der Folgezeit Deutsche und Polen sich mit Vorliebe verschiedenen Gewerben zuwandten. So finden wir später gegen Ende des 16. Jahrhunderts unter den Mälzern, Brauern, Fleischern, Töpfern so gut wie gar keine Deutschen; in einer Reihe anderer Gewerbe, so unter den Bäckern, Stellmachern, Zimmerleuten, Kürschnern, Hutmachern, anscheinend auch unter den Schlossern und Schmieden, überwiegen die Polen, während die Deutschen fast ausschließlich im Besitz der eine feinere Technik voraussetzenden Handwerke erscheinen, wie Woll- und Leinweberei, Gerberei, feinere Sattlerei, Pantoffelmacherei, Uhrmacherei, Büchsenschmiede, Buchdruckerei, Buchbinderei. Unter den Schuhmachern und Schneidern gab es sowohl Polen wie Deutsche. Die ersteren fertigten vorzugsweise polnische, die letzteren deutsche Tracht.

Digitized by Google

Dieser Vorgang findet seine Erklärung in den kulturellen Verschiedenheiten der beiden zusammentreffenden Völkerschaften; die „polnischen" Gewerbe sind in der Hauptsache diejenigen, die bereits vor der Einwanderung auf niedrigerer Kulturstufe vorhanden waren und an Technik keine zu hohen Anforderungen stellten, während den Deutschen alle diejenigen Tätigkeiten zufielen, die von ihnen als Ergebnisse höherer Kultur ins Land gebracht worden waren.

Als integrierender Bestandteil der mittelalterlichen Stadtwirtschaft kam mit den deutschen Handwerkern seit den ersten Städtegründungen auch das deutsche Innungs- und Zunftwesen in die Städte Großpolens. Wo in diesen regeres gewerbliches Leben sich entwickelte, wie in Posen, Fraustadt, Lissa, erreichten die Innungen hohe Blüte. In der Stadt Posen gab es im Jahre 1440: zwei Fleischerinnungen, eine Weber-, Kürschner-, Bäcker-, Schuster-, Mälzer- und Brauer-, Schneider-, Rotgerber-, Weißgerber-, Schmiede- und Riemerinnung. Später traten dazu noch die Schlosser-, Beutler-, Böttcher-, Hutmacher-, Wagenbauer-, Leinweber- und Goldschmiedeinnung, sowie im 16. und 17. Jahrhundert Innungen der Sattler, Tischler, Töpfer, Schneider, Bader, Buchbinder, Kammacher, Zimmerleute, Maurer, Pantoffelmacher, Tuchscherer, Kupferschmiede. Die kleineren Städte der Provinz hatten entsprechend weniger Innungen, vielfach wurden verwandte Gewerbe zu einer Innung zusammengelegt, so beispielsweise diejenigen, deren Ausübung mit Geräusch verbunden war, zu einem „Klappergewerke". Andererseits kam es auch zum Zusammenschluß der Innungen zu großen, das ganze Gebiet Großpolens umfassenden Verbänden. Nicht selten schlossen sich die Innungen auch über die Grenzen hinweg mit den Innungen der schlesischen Nachbarstädte zusammen, denn obwohl sich die polnischen Innungen meist nicht der gleichen Freiheiten erfreuten, wie diejenigen der deutschen Städte, so verbanden sie doch mit diesen geistige, berufliche und wirtschaftliche Bande aller Art.

Wenn auch die Städte in Anbetracht der dünn gesäten Bevölkerung, sowie der schlechten Handelsstraßen des Landes, viel zu reichlich waren und sich gegenseitig in der Entwicklung oft hemmten, so gedieh doch unter dem Schutze des mitgebrachten Magdeburger oder Kulmer Rechtes Bürgerschaft und Handwerk. Die Innungen regelten, weit den Rahmen heutiger Berufsorganisationen überschreitend, Herstellungsweise, Verkaufspreise, Konkurrenz, Lebenshaltung, kurz das ganze bürgerliche Leben ihrer Mitglieder und vermochten so jedem Genossen ein standesgemäßes Auskommen zu gewährleisten.

Bald aber begann den polnischen Fürsten und Grundherren die wirtschaftliche Blüte und der politische Einfluß der Städte

Digitized by Google

bedrohlich zu werden. Jede Einwirkung auf die Gesetzgebung wurde ihnen daher nach und nach entzogen. Die Bürger wurden von den Staatsämtern und von Grunderwerb ausgeschlossen und mußten noch Mißachtung ihrer Rechte, Raub- und Gewaltätigkeiten aller Art über sich ergehen lassen. Von den Vorbedingungen wirtschaftlichen Gedeihens, auf deren Zusicherung hin sich einst die deutschen Einwanderer im fremden Lande niedergelassen hatten, blieb wenig mehr übrig. Ja, in einer Reihe von Städten verlor die Bürgerschaft geradezu ihre Freizügigkeit und wurde vom Grundherrn zu Scharwerksleistungen aller Art gezwungen. Die Bürgerschaften, deren Volkseigenart bei einer so gemischten Bevölkerung und unter dem schwer lastenden Druck von oben langsam verkümmerte, fanden nicht die innere Kraft zum Widerstand, sondern ergaben sich mutlos in ihr Schicksal. Damit wurde ein gut Teil jener blühenden Entwicklung deutschen Zunft- und Städtewesens, wie sie das Reich erlebte, für Polen von vornherein unterbunden. Immerhin hat deutsche Betriebssamkeit auch unter diesen widrigen Verhältnissen Hervorragendes geleistet, wie eine Reihe erhaltener, gewerblicher Erzeugnisse deutlich erkennen lassen.

Neuen Zustrom an deutschen Meistern und neuen Aufschwung empfing das deutsche Handwerk der Posener Städte erst wieder in der Zeit, da im Reiche der dreißigjährige Glaubenskrieg wütete.

Damals regierte in Polen ein aufgeklärter Fürst, der den um der Konfession willen Verfolgten eine Freistatt bot. Aus den Grenzlanden, zumal aus Schlesien, zogen Handwerksmeister ins Polnische und brachten wertvolle Fabrikationskenntnisse mit. So kam aus Schlesien das Tuchmacherhandwerk ins Land. Städte wie Rawitsch, Bojanowo, Zduny u. a. wurden alsbald Mittelpunkt einer blühenden Tuchmanufaktur, die ihre Erzeugnisse weithin versandte. Fraustadt lieferte seine Tuche nach Ost- und Westpreußen und noch heutigen Tages trägt in Ostchina eine Tuchsorte nach der Stadt Meseritz den Namen.

Abgesehen von dieser Ausnahme aber, entwickelte sich in der Folgezeit das Handwerk in den Städten doch nicht in der gleichen Weise wie jenseits der Grenze auf deutschem Boden. Zu den alten Bedrückungen kamen bald auch trotz der zugesicherten Glaubensfreiheit, Benachteiligungen und Kränkungen aller Art gegen die evangelischen Einwanderer durch Staats- und Kirchenbehörden unter dem Einfluß des wieder mächtig gewordenen Jesuitismus. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik der im Westen angrenzenden deutschen Staaten beraubte die polnische Landwirtschaft ihres natürlichen Absatzgebietes. Soweit von einer Industrie die Rede sein konnte, arbeitete diese fast ausschließlich für heimischen Bedarf. Außer der oben erwähnten

Digitized by Google

Ausfuhr von Erzeugnissen der Tuchmanufaktur kam es nur im nördlichen Teil, hauptsächlich von dem fast rein deutschen Bromberg aus auf der Weichsel, zu einem Export nach Preußen, dessen Hauptgegenstände Bier und Töpferwaren bildeten.

Mit der zurückbleibenden Kaufkraft des Landes geriet auch die ohnehin nicht große Entwicklung der Städte und ihrer gewerbetreibenden Bevölkerung ins Stocken. Die noch aus dem Mittelalter rührenden Lasten und Gefälle der Grundherren, die teilweise erst in neupreußischer Zeit beseitigt wurden, drückten schwer auf die Bürgerschaft der kleinen Ackerstädte. Es ist daher wenig verwunderlich, wenn aus den Schilderungen damaliger Zeit von den Städten und deren gewerblichem Leben nur ein ziemlich trauriges Bild uns entgegentritt. Da die große Mehrzahl derselben fast vollständig aus Holzhäusern bestand, waren sie häufigen Verwüstungen durch Brände ausgesetzt. Nicht selten kam es vor, daß die Bewohner, die sich nicht mehr fähig fühlten, ihre Wirtschaft fortzuführen, die Häuser verließen und diese langsam verfielen. In manchen Städten bot sich selbst für die notwendigen Gewerbe, wie Bäcker, Fleischer usw. keine hinreichende Existenzmöglichkeit.

Eine Besserung trat ein für diejenigen Gebiete, die der Segnungen friderizianischer Kolonisationstätigkeit teilhaftig wurden, wie Warthe- und Netzebruch. Hier wurden mit vielen Kosten und Mühen die verfallenen Städte wieder aufgebaut und ordentliche deutsche Handwerker angesetzt; auch in den, bei späteren Teilungen noch unter preußische Herrschaft kommenden Gebieten, verloren die Städte unter der geordneten Verwaltung bald ihren halb sarmatischen Anstrich und gewannen durch eine, wenn auch nicht mehr mit der Planmäßigkeit und Energie betriebene Hereinziehung deutscher gewerblicher und kaufmännischer Elemente sehr bald den Charakter deutscher Städte.

Als indessen nach dem Tilsiter Frieden die Bauernbefreiung sowie die freiheitliche Stein-Hardenbergsche Gewerbepolitik die Existenzbedingungen in den preußischen Heimatlanden erleichterte, da fiel ein Hauptantrieb fort, der Jahrhunderte hindurch die überschüssigen Kräfte deutschen Gewerbefleißes ins Ausland hatte abströmen lassen. Von da an konnten Innungen und Zünfte dem Gesellen, der die gesetzlichen Bedingungen erfüllt hatte, die Niederlassung nicht mehr wehren; wozu also sollte er in die Fremde ziehen. Damit hörte die westöstliche Wanderbewegung, soweit sie die Städte zum Ziel hatte, so gut wie völlig auf. Sie hatte das erwerbstätige, gewerbliche deutsche Bürgertum von Zeit zu Zeit aufgefrischt, sodaß es als Repräsentant eines höheren Kulturlebens trotz aller Schwierigkeiten der Lage Jahrhunderte hindurch in der nationalen Offensive geblieben war. Jetzt wurde es von den durch die kurze Zeit napoleonischer Herrschaft zum National-

Digitized by Google

bewußtsein erweckten Polen, unter dem unseligen Einfluß der damaligen staatsrechtlichen Auffassungen über das Verhältnis des neuerworbenen Großherzogtum Polen zum Königreiche Preußen in die Defensive gedrängt, in der es von der Beamtenschaft nicht einmal gegen das überwuchernde Polentum gestützt wurde.

Noch schwieriger wurde die Lage der deutschen Handwerksmeister durch die mit dem Beginne des 19. Jahrhunderts sich langsam aber unaufhaltbar anbahnende Verschiebung in der Stellung des Handwerks als ökonomischer Betriebsform innerhalb der Volkswirtschaft.

In den meisten Staaten des europäischen Kontinents gelangte um die Wende des Jahrhunderts eine vollkommenere Produktionstechnik, sowie eine veränderte volkswirtschaftliche Bedarfsgestaltung, gegenüber dem mittelalterlichen zünftlerischen Gewerbewesen zum ersten Male zum Durchbruch. In Preußen hatte die Regierung sich in der bekannten liberalen Regierungsinstruktion vom Jahre 1808 angeschickt, diesen veränderten Strömungen des Wirtschaftslebens durch Niederlegung aller bisherigen Schranken Raum zu schaffen, um durch freie Entfaltung aller Kräfte dem schwer darniederliegenden Staate wieder aufzuhelfen.

Die völlige Durchführung dieser Ideen unterblieb jedoch nach glücklich abgewandter Feindesgefahr. Dieser Umstand, sowie der noch immer fast rein ländliche Charakter des größeren Teiles des damaligen Preußen ermöglichte es, daß das Handwerk noch über ein Menschenalter hindurch, in Posen bis in die 60er Jahre den Charakter als gewerbliche Hauptproduktionsform sich erhielt. Eine zeitlang wirkten auch die miserablen Verkehrsverhältnisse der Provinz wie ein Schutz der Wirtschaftsordnung gegen jede Weiterentwicklung. Die Betriebe blieben streng handwerksmäßig, ohne Läden, ohne Schilder. Der in seinem Geschmack noch von der Mode wenig beeinflußte Kundenkreis blieb dem Handwerksmeister erhalten und im Besitze von eigenem Haus und Ackerland, das in der stillen Zeit Gesellen und Lehrlinge bebauen halfen, war der Meister gegen wirtschaftliche Wechselfälle sichergestellt. Seine Gedanken richteten sich von vornherein nicht auf die Vervollkommnung oder gar Weiterentwicklung seines Betriebes, sondern in echt zünftlerischem Sinne auf Hintanhaltung von Konkurrenz durch Beschränkung der Lehrlingszahl.

Was in den übrigen Provinzen im Verein mit dem freieren Geist der seit der Stein-Hardenbergschen Selbstverwaltungsgesetzgebung die städtische Bürgerschaft durchwehte, einen gewissen Fortschritt zeitigte, fehlte in Posen ganz. Zu der Ungunst der natürlichen Lage, der Armut des Bodens an Schätzen, der

Digitized by Google

Armut der Bürger an Kapital, kam ein lähmender Mangel an gewerblichen Kenntnissen sowie an jeglichem Unternehmungsgeist und jeglicher Energie, als natürliche Nachwirkung einer Jahrhunderte langen Knebelung des selbständigen Bürgersinnes unter dem polnischen Adelsregiment. Mangels aller dieser unerläßlichen Vorbedingungen vermochte keine der zahlreichen Posener Provinzialstädte sich über den ackerbürgerlichen Rahmen zu dem Niveau einer Handels- oder Industriestadt hindurchzuarbeiten.

Der einzige Ansatz, den die Tuchfabrikation der westlichen Städte dargestellt hatte, schien sich anfangs zu einer Industrie von wirklicher Bedeutung zu entwickeln, schwand aber vor der unheilvollen, russischen Handelspolitik. Rußland verschloß in dem Bestreben, eine eigene wirtschaftlich leistungsfähige Industrie großzuziehen, in den 20er Jahren seine weiten Gebiete der Einfuhr gewerblicher Erzeugnisse aus Preußen. Trotz eines jahrelang schwunghaft betriebenen Schmuggelhandels, trotz staatlicher Beihilfe und trotz aller Versuche, die Meseritzer Tuche im Westen einzubürgern, vermochte sich das Gewerbe nicht zu halten. Die Zahl der selbständigen Tuchmachermeister sank von 1586 im Jahre 1816 auf 27 im Jahre 1866. Die Unternehmenderen wanderten nach Rußland aus, wo die Regierung große Vergünstigungen bot, und legten dort den Grund zu der blühenden Lodzer Textilindustrie.

Diese Stagnation, wenig erfreulich wie sie war, hatte mit Rücksicht auf die Nationalitätenbewegung das gute, daß ein Eindringen polnischer Elemente in das städtische Handwerk sich nur in engen Grenzen vollziehen konnte. Eine restriktiv wirkende Gesetzgebung trug überdies dazu bei, jede polnische Zuwanderung aus den Städten fernzuhalten. So führte die Notverordnung für das Handwerk vom Jahre 1849 für eine große Zahl von Gewerben indirekt den Innungszwang und damit, wenn auch in abgeschwächter Form, die alten Einstandsgelder wieder ein, und nach der Städteordnung des Jahres 1853 konnte die Niederlassung in den Stadtgemeinden von der Zahlung eines Zuzugsgeldes abhängig gemacht werden. Da die Posener Städte von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch machten, wurde es bei den damaligen niedrigen Geldlöhnen des platten Landes für die Landbevölkerung nahezu unmöglich sich als selbständiger Meister in der Stadt niederzulassen. Übrigens ließ die Aussicht, dort ebenfalls mit wirtschaftlichen Verrichtungen beschäftigt zu werden, gerade in damaliger Zeit die Stadt um so weniger verlockend erscheinen, als mit der eben durchgeführten Regulierung der polnische Bauer seinen Grund und Boden zum ersten Male als freies Eigentum erhielt und es vorzog, die Söhne als Arbeitskräfte bei sich zu behalten.

Länger als anderwärts blieb so infolge einer Reihe teils äußerer, teils innerer Gründe dem Posener Handwerk seine

Digitized by Google

überkommene wirtschaftliche Stellung unter den Ständen der Provinzialbevölkerung bewahrt. Mit dem steigenden Verkehr machten sich jedoch die Folgen der veränderten volkswirtschaftlichen Verhältnisse auch im Posener Lande immer deutlicher fühlbar. Der Handwerker, der bisher sein Rohmaterial nach Bedarf aus nächster Nähe zu herkömmlichem Preise bezogen hatte, wurde in zunehmendem Maße abhängig von Rohstoffhändlern und damit vom Weltmarktpreise und seinen Schwankungen. Viele wurden durch die Konkurrenz der Fabriken gezwungen, Fertigfabrikate zum Verkauf auf Lager zu nehmen und sich entweder zu Händlern zu entwickeln oder in die Reihe der Reparaturhandwerker zurückzurücken. Eine Reihe von Gewerben wurde gar nach und nach durch die Konkurrenz der billigeren Fabrik- und Händlerware so gut wie völlig verdrängt. Alle aber wurden abhängig vom Kredit. Unfähig in der Regel, kaufmännisch denken und rechnen zu lernen, gingen sie der selbstsicheren Lage des alten Zunftmeisters unwiderruflich verlustig und sahen noch dazu ihren Kundenkreis einerseits durch die größeren städtischen Geschäfte, andererseits durch den Wettbewerb einer Menge neu sich bildender, unsicherer Handwerkerexistenzen, die nur durch Kreditgewährung des Lieferanten zur Selbständigkeit gelangt waren, ständig abnehmen.

In demselben Maße, in welchem dieser Vorgang die Stellung des Deutschen Handwerks erschütterte, ebnete er auch dem Eindringen des anspruchsloseren Polentums den Weg. So finden wir beispielsweise in der Stadt Posen unter den Gewerbetreibenden im Jahre 1862:

auf	18	Stellmacher.....	8	Polen	= 44 %
„	136	Tischler	40	„	= 29 %
„	229	Schneider	50	„	= 21 %
„	431	Schuhmacher	225	„	= 52 %

und ähnlich wird sich die Wandlung auch in den Provinzialstädten vollzogen haben. Der deutsche Nachwuchs wanderte ab, sei es nach dem Westen, sei es nach Amerika, wie es das Judentum seit seiner bürgerlichen Gleichstellung, 1833 bzw. 1852 bereits getan hatte, oder wandte sich anderen Berufen zu. In die freiwerdenden Stellen rückten Polen ein, denen eine Industrie noch keine Beschäftigung als Arbeiter zu bieten vermochte und denen das Beamtentum verschlossen blieb. So faßten sie allmählich in denjenigen Gewerbezweigen, die an technischer Schulung, sowie vor allem an Kapital keine großen Anforderungen stellten, wie Schuhmacher, Schmiede, Tischler, Schneider, Friseure usw., festen Fuß. Die eingedrungenen polnischen Handwerker zogen natürlich den polnischen Lehrling vor, sei es wegen seiner größeren Billigkeit, sei es auch in erwachendem Nationalbewußtsein.

Digitized by Google

Daß letzteres sich bereits vernehmlich regte und auch in dem wirtschaftlichen Leben eine Rolle zu spielen begann, beweisen die um jene Zeit von der Liga polska zuerst erlassenen Boykottaufforderungen, deren Zweck es war, die polnischen Handwerker im Konkurrenzkampf zu stärken.

In diese Entwicklung hinein fällt die freiheitliche Gesetzgebung der liberalen Ära, das Freizügigkeitsgesetz vom Jahre 1868 und die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom Jahre 1869, die dem Polentum Tür und Tor öffnete. Jeder Geselle konnte sich von jetzt ab niederlassen, wo es ihm beliebte, ohne irgend ein Examen abgelegt zu haben.

Das wurde schleunigst von einer großen Anzahl ausgenützt, schon um durch Erreichung der Selbständigkeit eher heiraten zu können. Waren die Leistungen dieser neuen Gewerbetreibenden, denen der alten ausgelernten Meister auch keineswegs gleichwertig, so liefen sie doch, zumal bei der wenig verwöhnten polnischen Bevölkerung durch die größere Billigkeit, dem deutschen Meister den Rang ab. Der deutsche Handwerker mußte unter der doppelten Konkurrenz der Fabrikware und der Polen schwer leiden und darauf bedacht sein, seine Gestehungskosten herabzumindern. Das einzige Mittel bot die Verbilligung der Arbeitskräfte, also vermehrte Einstellung von Lehrlingen und Bevorzugung der polnischen. Damit zogen die deutschen Handwerksmeister sich selbst die Konkurrenz groß.

Diese beiden Momente beherrschten von da ab die Entwicklung und haben die selbständigen Handwerker, trotz des seit den 60er Jahren rascheren Wachstums der Bevölkerung doch nicht entsprechend voranschreiten lassen.

Einige Zahlenangaben mögen diesen Zustand illustrieren. Nach der preußischen Bevölkerungsstatistik hat die Einwohnerzahl der Provinz, in dem Zeitraum von 1867 bis 1895 um 29 Prozent zugenommen. In der gleichen Zeit ist das Handwerk so gut wie stehen geblieben. Es befanden sich nämlich zufolge der Erhebungen aus den Jahren 1861/62 in der Provinz im ganzen 31 298 selbständige Handwerker. Diese Zahl dürfte ziemlich einwandsfrei sein, da in den 60er Jahren, bei der damals verschwindend geringen Verbreitung eigentlicher Industrie in unserer Provinz, Unsicherheit in der Unterscheidung zwischen handwerksmäßigen und Fabrik-Betrieben, kaum vorgekommen sein dürften. Nicht sind in der Zahl enthalten die Müller, die Brauer und die Weber, die aber nach den anderwärts gemachten Angaben durchaus handwerksmäßig arbeiteten und sicher auf das Konto des Handwerks zu setzen sind. Andererseits sind eine Reihe von Berufen, wie Schauspieler usw., die man heute kaum noch unter das Handwerk rechnen würde, mitgezählt, doch ist deren

Digitized by Google

Zahl nur wenig ins Gewicht fallend. Rund gerechnet dürfte sich die Zahl der selbständigen Handwerker auf 35 000 belaufen haben.

Vergleichen wir damit die Zahl der von den beiden Handwerkskammern in den Jahren 1908/9 zur Beitragsleistung herangezogenen handwerksmäßigen Betriebe. Sie betrug für die Provinz in den Jahren 1908/09 33,096.

Diese letztere Zahl bleibt hinter der Wirklichkeit nicht unerheblich zurück, da erfahrungsgemäß eine Menge von Betrieben sich der Beitragspflicht zur Handwerkskammer zu entziehen strebt. Im ganzen aber dürfte nach Berücksichtigung aller Umstände der gewiß vorsichtige Schluß gerechtfertigt erscheinen, daß das Handwerk der Zahl nach in der Provinz stehengeblieben, wo nicht gar zurückgegangen ist.

Einen Beleg für die Richtigkeit dieser Behauptung finden wir in den Daten der Berufs- und Gewerbezählungen der Jahre 1895 und 1907. Bei diesen sind alle selbständigen Gewerbetreibenden ohne Rücksicht auf den Umfang des Betriebes in einer Gruppe zusammengefaßt. Da die Fabrikbesitzer aber in Posen der Zahl nach kaum eine bedeutende Rolle spielen, läßt sich aus der Bewegung der Ziffern ein ziemlich sicherer Rückschluß auf die Entwicklung des Handwerks machen. Die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden betrug danach:

im Jahre 1895 40 885,
im Jahre 1907 41 004.

Das ergibt für den dazwischen liegenden zwölfjährigen Zeitraum eine Zunahme von nur 221 Personen; eine Zunahme also, die so gut wie gar nichts bedeuten will und überdies wohl auch zum größeren Teil auf das Konto der Industrie zu setzen ist. Immerhin aber bedeuten die Zahlen auch noch keinen ausgesprochenen Rückschritt.

Wenn das Handwerk hiernach in der Provinz Posen seine frühere Verbreitung im ganzen behalten hat, so erklärt sich das vor allem aus dem rein landwirtschaftlichen Charakter der Provinz. Nicht weniger als Zwei Drittel aller Handwerksbetriebe entfallen auf Landstädte mit weniger als 5000 Einwohnern. Die Folge ist, daß einmal die vorzugsweise für Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung arbeitenden Gewerbe noch ziemlich stark vertreten sind und daß eine Reihe anderer Handwerke, die in weniger landwirtschaftlichen Gegenden längst durch den Fabrikbetrieb in Posen noch hier und dort zu finden sind.

Die ganze soziale und wirtschaftliche Struktur des Handwerkerstandes erhält dadurch für die Provinz eine wesentlich andere Gestaltung, als in industriereicheren Gebieten. In den kleinen Städten ist das Ackerbürgertum, auch unter den Hand-

Digitized by Google

werkern, noch stark verbreitet. Es ist klar, daß ein Handwerker, der noch nebenher Landwirtschaft treibt, sich in einer völlig anderen wirtschaftlichen Lage befindet, wie ein gewöhnlicher Meister, der nur von seinem Handwerk lebt. Die Zahl der „Ackerhandwerker" ist aber in Posen immer noch recht erheblich, nämlich über 10 Prozent der gesamten Handwerkerschaft. Noch größer ist die Zahl derer, die ihr Gewerbe auf eigenem Grundstück betreiben; es ist dies in Posen noch nahezu die Hälfte aller Handwerker. Vergleichen wir nun damit die Zahl derer, die ein offenes Ladengeschäft betreiben — noch nicht ein Viertel aller selbständigen Handwerker — so erhalten wir einen ziemlich anschaulichen Begriff von dem noch immer stark ländlichen Einschlag des Posener Handwerks.

Die äußerlich gleichbleibenden Zahlen des Handwerks umhüllen ziemlich starke Verschiebungen innerhalb der einzelnen Gewerbezweige. Aufschluß über deren Umfang geben ebenfalls die Angaben der staatlichen Statistik aus dem Jahre 1861/62 und die Zahlen der Handwerkskammern für die jüngste Zeit. EineNebeneinanderstellung dieser Ziffern ergibt folgendes Bild:

Gewerbezweig	Zahl der Gewerbetreibenden	
	1861/62	1907/09
Schuhmacher	7111	5704
Schneider	4810	3146
Schmiede	3369	3025
Müller	3139	2142
Weber	945	36
Kürschner	873	137
Böttcher	805	367
Schlosser	739	382
Töpfer	658	441
Glaser	338	216
Seiler	232	83
Drechsler	198	98
Färber	168	17
Gerber- und Lederzurichter	161	24
Brauer	220	68
Buchbinder	158	120
Hutmacher	116	43
Uhrmacher	107	311
Seifensieder und Lichtzieher	78	3
Handschuhmacher	52	12
Tischler	2275	2039
Sattler	607	666
Konditoren	142	143
Fleischer	1700	2573

Digitized by Google

Gewerbezweig	Zahl der Gewerbetreibenden 1861/62	1907/09
Stellmacher	1527	1923
Bäcker	1386	1899
Maurer und Zimmerer	300	1327
Barbiere	218	713
Klempner	181	378
Schornsteinfeger	132	173
Dachdecker	114	249
Steinsetzer	58	68
Brunnenmacher	20	78
Wagenbauer	13	47

Die große Mehrzahl der Handwerkszweige zeigt somit eine rückschreitende Tendenz der für nur wenige, meist mit der gesteigerten Bautätigkeit in Zusammenhang stehenden Gewerbe eine erhebliche Aufwärtsbewegung gegenübersteht.

Die Ursachen des teilweisen Niederganges sind im allgemeinen für die daran beteiligten Gewerbe die gleichen. In erster Linie steht fast bei allen die Konkurrenz des kaufmännisch gebildeten, mit Maschinen und Kredit nach modernen Geschäftsgrundsätzen arbeitenden Großbetriebes, denen die Bedarfsvereinheitlichung und Bedarfszusammenziehung des modernen Konsumentenpublikums förderlich wurde.

Das gilt beispielsweise für alle Bekleidungsgewerbe, wie Schuhmacher, Schneider, ferner auch für die Tuchmacher, Färber, Gerber, Kürschner, Hutmacher usw.

Außer diesen sind noch ebenfalls in steter Rückbildung begriffen die Seiler, Drechsler, Böttcher, Töpfer, Glaser. Im wesentlichen ist ihnen gemein, daß ihre Produkte in steigendem Maße durch den Großbetrieb hergestellt werden, bzw. durch Fabrikate aus Ersatzstoffen der modernen nach Absatzmöglichkeiten eifrig werbenden Großindustrien ersetzt werden.

Von den metallverarbeitenden Gewerben haben die Schmiede in ihrem Bestande am meisten eingebüßt, da bei diesem Handwerk die Großindustrie in höherem Maße wie früher die Verarbeitung des Rohmaterials übernehmen.

Unter den Nahrungsmittelgewerben, sind es hauptsächlich das Müller- und das Braugewerbe gewesen, die einem unerbittlichen Konzentrationsprozesse zahlreiche Opfer an selbständigen Mittelstandsexistenzen gebracht haben. Beide Gewerbe wurden um die Mitte des vorigen Jahrhunderts noch durchaus handwerksmäßig betrieben, was daraus hervorgeht, daß neben dem Meister höchstens zwei Gesellen in dem einzelnen Betrieb tätig waren. Während aber die Erhebung des Jahres

Digitized by Google

1861/62 noch 220 selbständige Brauer vorfand, haben jetzt wenige Riesenbetriebe im Verein mit dem gesteigerten Konsum echter auswärtiger Biere die kleinen noch vorhandenen handwerksmäßigen Betriebe zur Bedeutungslosigkeit verurteilt und in absehbarer Zeit dürften auch diese letzten noch verschwinden.

Die gleiche Entwicklung läßt sich beim Mühlengewerbe voraussagen. Die vollkommene Technik des Großbetriebes droht den kleinen Lohn- und Kundenmüller zu vertreiben und alle Versuche, durch Verbesserungen der Windmühlenbetriebe, Erleichterung zu schaffen, können nur wenig fruchten.

Zu den Gewerben, deren Ziffern etwa gleichgeblieben sind, gehören die Konditoren, Tischler und die Sattler. Die Konditoren, die früher nur in den größeren Städten der Provinz anzutreffen waren, finden infolge der verfeinerten Lebensweise selbst in kleineren Provinzstädten Eingang. Der Tischler ist in erster Linie zum Bautischler geworden. Auf dem Gebiet der Möbeltischlerei sind durch die Konkurrenz der Möbelfabriken und Magazine, Warenhäuser und Abzahlungsgeschäfte, die selbständigen Meister immer mehr in Abhängigkeit geraten.

Beim Sattlergewerbe, dessen geringe Differenz immerhin eine kleine Zunahme bedeutet, bietet sich durch die gesteigerte Pferdehaltung noch immer ein ausreichendes Arbeitsfeld.

Die Fortschritt aufweisenden Gewerbe gehören mit Ausnahme des Bäcker-, Fleischer- und Friseurgewerbes fast ausschließlich der Kategorie der Baugewerbe an. Bei den erstgenannten handelt es sich um Berufe, bei denen ein relativ kurzer Veredlungsprozeß mit einem raschen Verbrauch und entsprechend raschem Umsatz des Betriebskapitals Hand in Hand geht. Außerdem werden die Bedürfnisse der gestiegenen Bevölkerungsziffer nach wie vor durch den individuelleren Kleinbetrieb besser befriedigt, als durch den Großbetrieb.

Den Baugewerben ist die natürliche Vermehrung der Bevölkerung, vor allem aber die Kolonisationstätigkeit der Ansiedlungs-Kommission zu Gute gekommen, die in den eigentlichen Ansiedlungsgebieten den Bedarf an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden in außergewöhnlich starker Weise vermehrte.

Der mit Vorstehendem geschilderten Verschiebung in der wirtschaftlichen Lage des Handwerks als Gesamtheit wie seiner Teile liefen auch dauernd, wie bereits gelegentlich angedeutet, Veränderungen in der Beteiligung der Nationalitäten an den einzelnen Gewerbezweigen parallel, da

Digitized by Google

die wirtschaftlichen Verhältnisse jeweils auf Deutsche, Juden und Polen ganz verschieden einwirkten.

Die einzigen Zahlen über das Verhältnis des Anteils der Deutschen und Polen am Handwerk bieten die Berufs- und Gewerbezählungen. Sie zeigen für das Deutschtum ein sehr ungünstiges Bild. Die Berufszählung weist zwar nicht die Nationalität aus, sondern beschränkt sich auf die Angabe der konfessionellen Zugehörigkeit. Diese Angabe gestattet indessen einen ziemlich sicheren Rückschluß auf die Nationalität, da in der Provinz Posen polnisch und katholisch einerseits, sowie evangelische Konfession und deutsche Nationalität andererseits sich im ganzen decken. Zufolge der statistischen Angaben waren bei den beiden Zählungen in der Provinz Posen vorhanden:

männliche erwerbstätige Personen:

	überhaupt	ev.	kath.	sonstige Christen	Juden	Sonst.
1895	32 942	12 687	18 395	50	1810	—
1907	33 313	12 824	19 307	40	1138	4
	+ 371	+ 137	+ 912	— 10	— 672	+ 4

weibliche erwerbstätige Personen:

1895	7 943	3 363	4 242	4	334	—
1907	7 691	2 845	4 643	31	171	1
	— 252	— 518	+ 401	— 27	— 163	+ 1

Einer raschen Abnahme der jüdischen gewerblichen Bevölkerung, einer nur sehr geringen Zunahme des deutschen Teiles steht ein rapides Ansteigen der Polen gegenüber.

Als infolge der wirtschaftlichen Veränderungen die Lage des Handwerks immer prekärer wurde, zogen sich zuerst die Juden, die von vornherein diese immerhin unangenehmen, weil körperliche Leistungen erfordernden Berufe nur widerwillig ergriffen hatten, aus den Reihen des Handwerks zurück. Als dann Freizügigkeit und Gewerbefreiheit kam, wandte sich dem ohnehin schon stark mit Polen durchsetzten Handwerk, der polnische Zustrom vom Lande zu, während der deutsche Nachwuchs die besseren Existenzbedingungen in anderen Berufen oder im Westen sich zunutze machte.

Erleichtert wurde dieses Vordringen des Polentums durch die in diesen Jahren einsetzende Genossenschaftsbewegung, die dem Handwerk Mittel der Selbsthilfe aus seiner Kreditnot geben wollte. Den hauptsächlichsten Schutz gegen das massenhafte Eindringen polnischer Elemente in das Handwerk hatte nämlich für die deutschen Meister bisher die Kapitalarmut der niederen polnischen Bevölkerungsschichten gebildet, die ihnen Durchführung der Lehrzeit und Niederlassung mindestens stark erschwerte. Die wenigen polnischen Handwerker, denen es bis

Digitized by Google

dahin gelungen war, sich selbständig zu machen, litten aber ganz besonders unter der Kreditnot, die den Hauptgrund zu der Kalamität des Handwerkerstandes bildete, während der im ganzen doch wirtschaftlich besser fundierte und geschicktere deutsche Handwerker in Posen eher gegen derartige Nöte widerstandsfähig blieb. Auch der nationale Boykott stärkte das polnische Handwerk weit mehr als das deutsche, und da der ganzen Entwicklung zunächst garnicht systematisch entgegengearbeitet wurde, konnte es dazu kommen, daß jetzt im Handwerk das Polentum stark überwiegt, und bereits volle drei Fünftel gegenüber zwei Fünfteln Deutschen ausmacht, ohne daß ein Ende dieser Verschiebung vorerst abzusehen wäre.

Wenn es also früher hieß, die Polen hätten keinen Mittelstand, so liefern diese Zahlen den Beweis, daß der Satz für die Städte immer mehr an Geltung verliert. Noch in den 70er Jahren trugen die meisten polnischen Städte im Geschäftsleben einen durchaus deutschen Anstrich. Wenn das jetzt anders geworden ist und die Städte, vor allem die Provinzialhauptstadt, in vielen Teilen einen spezifisch polnischen Charakter angenommen hat, so ist das mit eine Folge der Polonisierung des Handwerks, wie sie sich in den oben angeführten Zahlen ausdrückt.

Daß die Polen die Bedeutung dieser Tatsache erkannt haben, beweisen die auf der letzten Tagung des Verbandes der polnischen Gewerbevereine in Gnesen von einem Vorstandsmitgliede geäußerten Worte: „Wenn unsere Städte polnischen Charakter haben und ihn so erhalten wollen, so hängt das nur von unserem Handwerk und unserer Industrie ab; wenn unser Handwerk und unsere Industrie die Konkurrenz der Gegner nicht aushalten und sie nicht verdrängen wird, dann werden die Städte ihren polnischen Charakter, den sie haben, verlieren".

Als ein wichtiger Teil ihres „Gemeinwesens" hat sich daher eine eigene Standesorganisation des polnischen Handwerks in den sogenannten Industrievereinen gebildet. Diese Vereine sind in dem bereits genannten Verbande polnischer Gewerbevereine zusammengefaßt, der auf seiner letzten Tagung in Posen erstattete Jahresbericht zufolge im ganzen Reiche 161 Vereine mit etwa 10 000 Mitgliedern zählt. Auf die Provinz Posen entfallen hiervon allein 118. Der Verband, dessen Budget in Einnahme und Ausgabe mit etwa 7000 Mark balanziert, veranstaltet von Zeit zu Zeit Ausstellungen für das polnische Handwerk und die polnische Industrie, die den Zweck verfolgen, den polnischen Handel und das polnische Gewerbe zu fördern, ihnen neue Käufer zuzuführen und Anregung zur Gründung neuer Unternehmungen zu geben. Im ganzen sind bisher 14 solcher Ausstellungen veranstaltet worden, so in Gostyn, Samter, Lissa, Kosten, Posen, Gnesen, Ostrowo, Hohensalza, Krotoschin, Berent und im letzten

Digitized by Google

Jahre Pleschen. Es wäre allerdings falsch, anzunehmen, daß diese Ausstellungen die polnische „Industrie" wirklich repräsentierten, tatsächlich sind die ausgestellten Gegenstände zu einem sehr beträchtlichen Teile deutsches Fabrikat. Der polnische Verband gibt außerdem eine eigene Zeitschrift heraus und beteiligt sich mit Energie an den nationalen Bestrebungen. So wurden beispielsweise, als man, um die Organisation innerhalb des Verbandes etwas lebendiger und schroffer zu gestalten, dazu schritt, die angeschlossenen Vereine in Unterverbänden, Gauen zusammenzufassen, die westlichen Kreise, die eine verhältnismäßig geringere Beteiligung aufwiesen, mit solchen Kreisen zusammengelegt, in denen die Organisation bereits stärker verbreitet war, um die ersteren Kreise mehr zu beleben.

Der für die künftige Entwicklung des Handwerks bedeutsamste Teil dieser organisatorischen Tätigkeit ist die, zumal von geistlicher Seite, lebhaft betriebene nationale Schulung des Nachwuchses in polnischen Lehrlingsvereinen. Der Satz, daß dem der die Jugend für sich hat, die Zukunft gehört, kann in besonderem Maße für das Posener Handwerk Bedeutung gewinnen. Ein deutscher Zustrom vom Lande, wie er anderwärts stattfindet, d. h. in Posen aus den jungen deutschen Ansiedlungsgemeinden, ist noch nicht zu verzeichnen, da vorläufig das Land noch die Kinder voll beschäftigt und diese es auch vorziehen, selbst wieder von der Ansiedlungskommission eine Wirtschaft zu übernehmen. Die kinderreicheren Polen aber, denen zudem das Ankaufen auf dem Lande sehr erschwert ist, drängen, soweit sie nicht nach dem Westen abwandern, in die Städte und füllen hier die Reihen der Industriearbeiterschaft wie des Handwerks. Welche Gefahr das für das deutsche Handwerk bedeutet erhellt aus folgender Angabe: Im Jahre 1912 befanden sich in der ursprünglich rein deutschen Stadt Bromberg bereits unter 1377 Gesellen und Lehrlingen nicht weniger als 391 d. h. 29% Polen. Die Folge dieser ganzen Bewegung ist die gewesen, daß im Jahre 1912 uuter den selbständigen Handwerkern bereits 24% polnischer Nationalität waren, wogegen ihr Anteil im Jahre 1886 erst 8% ausmachte.

An den Versuchen, dem Handwerk zu einer Gesundung seiner wirtschaftlichen Lage zu verhelfen, die unter zeitgemäßere Weiterbildung an die beiden altdeutschrechtlichen Organisationsformen, Genossenschaft und Innung, anknüpften, hat die Provinz in gleicher Weise Anteil gehabt, wie die übrigen Landesteile. In ihrem Erfolge sind beide Versuche indessen durch den Nationalitätenstreit stark beeinflußt worden.

Bald nachdem Schultze-Delitzsch, der Vater des modernen Genossenschaftswesens, während seines kurzen Aufenthaltes auf

Digitized by Google

Posener Boden der Idee einer Selbsthilfe des Handwerkerstandes auf genossenschaftlicher Basis durch Vorträge Eingang verschafft hatte, entstanden im Laufe der 60er und 70er Jahre in der Provinz allenthalben zahlreiche Kreditgenossenschaften. Vor allem wurde der Gedanke von polnischer Seite mit ganz besonderer Wärme aufgegriffen. Die Führer erkannten hier das Mittel eine nationale Organisation von stärkster wirtschaftlicher und politischer Bedeutung unter äußerlich völlig harmloser neutraler Form zu schaffen.

Der ausgesprochen landwirtschaftliche Charakter der Provinz hatte die Folge, daß sich das Genossenschaftswesen ihm anpaßte und daß es zur Bildung reiner Handwerkergenossenschaften nur in beschränktem Umfange kam.

Als solche können eigentlich nur die 23 dem Ostdeutschen Handwerkergenossenschaftsverbande angeschlossenen betrachtet werden. Von diesen waren 12 reine Kredit-, die übrigen Rohstoff-, Werk- usw. Genossenschaften. Nähere Angaben lagen über 19 Genossenschaften vor, demzufolge hatte diese 3700 Mitglieder bei einer Haftsumme von 1 408 500 Mark.

Nächst diesen kommen für den Handwerkerkredit in erster Linie die Schulze-Delitzschen Genossenschaften, deren es in der Provinz im ganzen 35 mit rund 13 000 Mitgliedern gibt. Wieweit in dieser Zahl Handwerker, wieweit Landwirte usw. enthalten sind, läßt sich nicht annähernd sagen, indessen wird man kaum fehl gehen in der Annahme, daß die ersteren den Angehörigen anderer Berufe, insbesondere der Landwirtschaft gegenüber, in der Minderheit sein werden.

Das gleiche gilt vollends für die polnischen genossenschaftlichen Volksbanken. So zählte beispielsweise die älteste und bedeutendste von ihnen, die Bank przemysłowców in Posen, die ihrem Namen nach in erster Linie für Handwerker bestimmt ist, unter den 4847 Mitgliedern, die sie im Jahre 1906 zählte, nur 1483 Kaufleuteund Gewerbetreibende. Der polnische Handwerker bevorzugt die in nationaler Hinsicht neutralen Schulze-Delitzschen Kassen, die seinen Bedürfnissen auch mehr angepaßt sind. Er ist meist kapitalarm, hat also am Zusammenschluß mit dem durchweg finanziell besser situierten deutschen Handwerkerkreise größeres Interesse, als am Zusammenschluß mit Bauern. Die Kreditwürdigkeit der deutschen Genossen, die mehr die Sparkassentätigkeit nutzen, verschafft den Polen, die in der Darlehnskasse den Hauptzweck sehen, billigen Kredit und sichert so seine Existenz. Zudem erhalten sie ihren Kredit meist um einhalb bis ein Prozent billiger, als bei den polnischen Genossenschaften, da diese an dem Geldreservoir der Preußischen Zentral-Genossenschafts-Kasse nicht Anteil haben. Diese Vorteile haben die Polen vielfach so stark angelockt, daß sie in einer Mehrzahl Schulze-

Digitized by Google

Delitzscher Kassen eine Majorität besitzen. So hat z. B. in Pinne und in Znin die nationale „Neutralität" dazu geführt, daß die Schulze-Delitzschen Kassen vollkommen polnisch geworden sind, gleichwohl aber um des billigeren Kredites willen an dem alten Verband festhalten.

Den Grundanschauungen Schulze-Delitzschs entspricht solche Entwicklung durchaus nicht. In einer zu Bromberg im Jahre 1861 gehaltenen Rede bekannte er sich mit den Worten: „Wir würden die deutsche Sache verraten, ständen wir nicht zu denen, die die Mission der Germanisierung vollziehen" durchaus zu dem nationalen Prinzip und hat späterhin diesen Gedanken in seinen Reden als Abgeordneter oft wiederholt.

Es läßt sich nach alledem weder sagen, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß beim Handwerk den wünschenswerten Umfang angenommen habe, noch daß er im nationalen Sinne günstig gewirkt hat. Schuld an der ersteren Tatsache trägt wohl der alte Mangel an Unternehmergeist, der auch gegen genossenschaftliche Unternehmungen das Bedenken überwiegen läßt, daß diese Gebilde sich dem kapitalistischen Unternehmer gegenüber auf die Dauer doch nicht halten können würden. Es läßt sich indessen hoffen, daß das immer größere Verbreitung gewinnende Genossenschaftswesen auch an den Handwerkern eine gewisse praktische Erziehungstätigkeit zu kaufmännischer Tüchtigkeit ausüben wird, die von Handwerkskammer und Innungen mehr auf theoretischem Wege angestrebt wird.

Die Wiederbelebung des Innungswesens mit der die seit den 80er Jahren einsetzende Reformbewegung in der Gewerbe- und Handwerkerpolitik an die alten, noch teilweise aus dem Mittelalter erhaltenen beruflichen Organisationen anknüpft, und sie zu einer Reihe neuer Verwaltungsaufgaben, hauptsächlich auf dem Gebiete des Bildungswesens heranzieht, hat für Posen ihren äußeren Abschluß gefunden in der Gründung der beiden Handwerkskammern für die Regierungsbezirke Posen und Bromberg, deren Aufgabe es ist, als mittlere Instanz die alten Gebilde neu zu beleben.

Nach den letzten Berichten der beiden Kammern ergibt sich von dem derzeitigen Stande des Innungswesens folgendes Bild:

In den 648 Innungen des Bezirks waren insgesamt 15 702 selbständige Handwerker organisiert. Die daraus für die einzelnen Innungen sich ergebende Durchschnittsstärke von 25 Mitgliedern läßt bereits ein Überwiegen der kleinen Innungen erkennen. Im einzelnen hatten eine Stärke von

1—14 Mitgliedern	.....	239 Innungen,
15—29 „	.....	266 „

Digitized by Google

30—99 Mitgliedern ..... 134 Innungen
100 und darüber ..... 10 „

Die beiden am meisten vertretenen Größenklassen sind also die der kleinen Innungen von 15 bis 29 Mitgliedern und der Zwerginnungen von 1 bis 14 Mitgliedern. Und das, obwohl nur 348 Innungen reine Fachinnungen sind, die übrigen aber nach Art der mittelalterlichen Klappergewerkschaften mehrere Handwerkszweige umfassen. Alle diese sind kaum wirklich fähig, wesentliche Aufgaben, wie beispielsweise die auf dem Gebiete des beruflichen Bildungswesens zu erfüllen und sind damit zur Lebensunfähigkeit verurteilt.

Annähernd läßt sich die Bedeutung der Innungen für das Erwerbsleben erfassen, wenn man die Zahl der zünftigen Handwerker zur Bevölkerungsziffer des Gebietes in Beziehung setzt. Das hieraus für Posen resultierende Verhältnis ist kein sehr günstiges, denn hinter dem Reichsdurchschnitt von 97 Innungsmitgliedern auf je 10 000 Einwohner, steigt, bleiben die Bezirke der Handwerkskammer Posen mit 81 und der Handwerkskammer Bromberg mit 76 Innungsmeistern auf je 10 000 Einwohner bedeutend zurück. Seine Hauptvertretung hat das Innungswesen in den kleinen und kleinsten Städten. Es bestanden:

in Großstädten von über	100 000 Einwohnern		18	Innungen mit	1238 M.
in Mittelstädten von über	20 000—100 000	Einw.	82	„ „	2693 „
in Kleinstädten mit	5 000— 20 000	„	170	„ „	3496 „
in Landstädten mit	2 000— 5 000	„	233	„ „	5018 „
in Orten mit weniger als	2 000	„	155	„ „	3185 „

Hierbei ist noch zu bemerken, daß eine Anzahl Innungen mit dem Sitz in Großstädten sich über den ganzen Bezirk erstrecken, daß also tatsächlich die Beteiligung der großen Städte an den Innungen geringer ist.

Die verhältnismäßig geringe Bedeutung des Innungswesens in der Provinz ist wohl einesteils auf die geringere Industrialität, hauptsächlich aber auf den Nationalitätengegensatz zurückzuführen. Die Polen erblicken in den Innungen Germanisierungsinstitute und halten sich meist abseits. Wo aber in einer Innung eine polnische Majorität besteht, und es gibt deren eine ziemliche Anzahl, da bleibt der deutsche Handwerker fern, und wo die Polen in der Minderheit sind, organisieren sie sich lieber in ihren „Industrievereinen". Das hat zur Folge gehabt, daß auch von deutscher Seite lokale Interessenvertretungen des gesamten deutschen Handwerks in den Handwerkervereinen an vielen Orten ins Leben gerufen wurden. Im Jahre 1908 haben sie sich zu einem ostdeutschen Handwerker- und Gewerbevereinsbunde zusammengeschlossen und meist in engster Fühlung mit den Handwerkskammern. Da sie selbst in kleineren Städten im

Digitized by Google

Durchschnitt doch 50 Mitglieder zählen, vermögen sie weit eher als Zwerginnungen ein wirkliches Leben zu entfalten und den gemeinsamen Standesinteressen ihrer Mitglieder, die ja doch in neuerer Zeit gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen Handwerke, das bedeutend wichtigere sind, wirksam zu dienen. Die Förderung des deutschen Handwerkertums im besonderen haben in erster Linie die Königliche Ansiedlungskommission sowie der Deutsche Ostmarkenverein übernommen.

Bei den immerhin beschränkten Mitteln, über die der Ostmarkenverein gebietet, hat seine Tätigkeit sich nur auf zwei Punkte zu erstrecken vermocht. Zunächst hat er in einer Reihe von Städten Buchführungskurse für kleinere Handwerker bzw. deren Angehörige, abhalten lassen. Der Satz, niemand geht zu grunde, es sei denn, er könne nicht rechnen, gilt in besonderem Maße für den in der Schwebe zwischen kaufmännischem und handwerksmäßigem Betriebe stehenden modernen Handwerker und wenn diese Unterrichtskurse auch einen äußerlich feststellbaren Erfolg etwa in der Abnahme der Konkurse deutscher Handwerker nicht gehabt haben können, so bleibt doch dankenswert, wenn auf die genannte Weise moderne wirtschaftstechnische Hilfsmittel wie sachgemäße Kalkulation usw. den kleinen deutschen Meistern in den leider Gottes oft etwas in der Entwicklung rückständigen Städten und Städtchen unserer Provinz zugänglich gemacht werden.

Sodann hat der Verein eine Vermittlungsstelle errichtet, deren Aufgabe es ist deutsche Handwerker dorthin zu lenken wo das Bedürfnis nach Niederlassung eines Handwerkers laut geworden ist, oder ein Gewerbebetrieb veräußert werden soll. Den so ins Land gezogenen Handwerkern wird dann während der ersten schwierigen Jahre Rat und Hilfe soweit irgend tunlich, gewährt. Natürlich bedeuten die etwa 200 Handwerker, deren Ansiedlung den Bemühungen des Vereins seit seinem Bestehen gelungen ist, nur wenig gegenüber dem mit elementarster Gewalt sich vollziehenden Nachdrängen der polnischen Landbevölkerung in die Städte. Die Hauptarbeit in dieser Hinsicht muß und kann nur der Staat mit seinen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln verrichten. Nur durch die Tätigkeit der Königlichen Ansiedlungskommission wird das Übel, das dem deutschen Handwerkerstande der Provinz droht, an der Wurzel erfaßt.

Die Königliche Ansiedlungskommission, hat den gesamten wirtschaftlichen Organismus der Provinz mit neuem Leben durchdrungen, hat in tausenden tüchtiger und finanziell gesunder bäuerlicher Existenzen ebenso viele kaufkräftige Abnehmer für Handwerksprodukte und damit für Hunderte von neuen Handwerkerexistenzen die günstigsten Vorbedingungen geschaffen. Diese

Digitized by Google

Siedlungstätigkeit hat, wie der ganze Nationalitätenkampf überhaupt, auch den polnischen Bauer, der in den 70er Jahren noch in Dreifelderwirtschaft und Alkohol steckte, und nur geringes Bedürfnis für feinere Erzeugnisse des Handwerks hatte, binnen weniger Jahrzehnte zu einem nüchternen sparsamen Landwirt gemacht, hat diesen aber dadurch auch mehr als bisher zum Abnehmer von besseren Möbeln und sonstigen Bedarfsgegenständen beim städtischen Handwerker gemacht.

Wie sehr sich das Handwerk dadurch, gerade in den kleinen Städten, gehoben hat, läßt sich am deutlichsten aus der Nebeneinanderstellung einiger Zahlenangaben über Städte mit starker Ansiedlungstätigkeit in der Umgegend und über solche ohne Siedlungstätigkeit erkennen.

Die Zahl der selbständigen Handwerker betrug in folgenden

Ansiedlungsstädten.	1885	1905	Nichtansiedlungsstädten.	1885	1905
Gnesen	167	192	Santomischel	77	68
Janowitz	33	77	Grätz	292	315
Mogilno	78	114	Krotsochin	409	283
Wongrowitz	202	220	Kosten	196	222
Schönsee	57	70	Zerkow	76	78
zusammen	537	673	zusammen	1052	964

Einer Abnahme auf der Seite der Nichtansiedlungsstädte um 12% steht auf der anderen Seite eine Zunahme um 16% gegenüber.

Abgesehen aber auch von dieser indirekten Förderung des städtischen Handwerks, hat die Ansiedlungskommission zum ersten Male seit den Zeiten polnischer Herrschaft wieder zu dem alten Mittel der Hereinziehung von deutschen Handwerkern gegriffen. In den neuentstandenen Bauerngemeinden entstand eine rege Nachfrage nach gewerblicher Arbeit aller Art. Eine stattliche Anzahl Handwerker ließ sich von selbst in den größeren Ansiedlungsgemeinden nieder, noch mehr aber wurden von der Ansiedlungskommission auf den Handwerkerstellen angesetzt.

Nach einer von der Ansiedlungskommission im Jahre 1907 veranstalteten Erhebung waren in den Ansiedlungsdörfern vorhanden:

Schmiede	241	Bauunternehmer	4
Schuhmacher	104	Fischer	4
Stellmacher	84	Maler	3
Tischler	65	Schlosser	3
Maurer	44	Dachdecker	2
Schneider	43	Drechsler	1
Zimmerleute	33	Buchbinder	1
Müller	28	Schornsteinfeger	1
Bäcker	26	Pantoffelmacher	1

Digitized by Google

Sattler	16	Töpfer	1
Fleischer	17	Klempner	1
Gärtner	5	Korbmacher	1
Brunnenbauer	4		

zusammen 733 selbständige Handwerksmeister.

Es ist natürlich, daß auf dem Lande in erster Linie die von den Landwirten am meisten benötigten Gewerbe den größten Fortschritt zeigen. Nach den obigen Zahlen machen die Schmiede allein über ein Drittel der gesamten Handwerker aus. Es finden aber auch eine Reihe anderer Handwerker, die in den Städten zusehends den Boden verlieren durch diese Tätigkeit der Ansiedlungskommission neue Existenzmöglichkeiten in den neuerstehenden blühenden Landgemeinden.

Suchen wir einen Überblick über die Lage des Handwerks als solchen zu gewinnen, so ist zu sagen, daß sie, verglichen mit anderen Provinzen, in Posen noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden kann. Notwendig ist allerdings, daß das Handwerk etwas kaufmännischen und Unternehmergeist in sich aufnimmt, ohne den heutzutage kein im Wirtschaft sleben stehender mehr auskommt. Unter dieser Voraussetzung dürfte ihm seine Stellung im Wirtschaftsleben noch geraume Zeit erhalten bleiben.

Für das deutsche Handwerk im besonderen findet Anwendung, was für die städtische Bevölkerung im allgemeinen gilt, daß der nationale Charakter, sofern nicht Rechtsordnung oder fremde Einwanderung die Entwicklung beeinflussen, bestimmt wird durch die Nationalität der Bewohnerschaft des umliegenden Landes. Die schmale Oberschicht deutscher Handwerker muß aussterben, wenn sie nicht auf einer breiten Unterschicht deutscher Landbevölkerung ruhen, sich aus ihr nicht immer wieder erneuern kann. Soll die Ansiedlungstätigkeit ihr Ziel, das Deutschtum in der Provinz zu stärken ganz erreichen, d. h. die deutschen Elemente, wozu auch das deutsche Handwerk gehört, so stärken, daß sie bei freiem Spiel der Kräfte dem Polentum mindestens die Wagschale zu halten imstande sind, so muß die Königliche Ansiedlungskommission ihr Werk solange fortsetzen, bis der Nachwuchs der deutschen Ansiedler auf dem Lande dem der polnischen Bauern und Landarbeiter an Zahl gleichkommt.

Digitized by Google

X.

Die oberschlesische Industrie.

Von **Georg Hoffmann.**

Inhalt: Steinkohlenbergbau S. 278. — Erzbergbau S. 279. — Eisenhüttenwesen S. 280. — Zink- und Bleihüttenindustrie S. 282. — Zement- und Zementwaren S. 282. — Zellstoff- und Papierindustrie S. 283. — Verkehrsverhältnisse[1]) S. 284.

Die oberschlesischen Steinkohlenbergwerke, deren Zahl wie im Vorjahre 58 betrug, förderten im Jahre 1911 36 622 969 t gegen 34 446 094 t im Jahre 1910, also um 2 176 875 t = 6,3 Prozent mehr, während im vorhergehenden Jahre ein Rückgang von 0,6 Prozent eingetreten war. Der Absatz an Steinkohlen betrug 1911 33 080 414 t, 1910 31 252 317 t, weist also eine Steigerung von 5,8 Prozent auf. Dagegen konnte der Wert der Produktion nicht im gleichen Maße gesteigert werden. Der Wert einer Tonne der Gesamtförderung sank von 8,628 M. im Jahre 1910 auf 8,353 M. im Jahre 1911 und 8,316 M. im ersten Halbjahr 1912. Förderung und Absatz nahmen 1912 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zu. Die Förderung betrug in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 19 907 079 t (17 692 033 t im Vorjahre), stieg also um 12,5 Prozent. Davon wurden 18 516 514 t (15 769 902 t) abgesetzt; das entspricht einer Steigerung um 17,4 Prozent.

Die Aufwärtsbewegung des Steinkohlenbergbaus, wenigstens was Förderung und Absatz anbetrifft, im Jahre 1911 ist um so bemerkenswerter, als eine Reihe widriger Umstande ihr entgegentraten. Dem warmen Winter folgte ein außergewöhnlich trockener Sommer, sodaß die Oderschiffahrt, die oberhalb Breslaus schon im Juni infolge des Einsturzes eines Pfeilers an dem Neißewehr gestockt hatte, bald darauf auch unterhalb Breslaus eingestellt werden mußte und während des ganzen Jahres nicht wieder aufgenommen werden konnte. Infolgedessen deckten die Gebiete, die sonst zum Teil oberschlesische Kohle auf dem Wasserwege

[1]) Die Zahlen in dieser Übersicht sind, soweit nicht anders bemerkt, der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke, herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein, entnommen.

Digitized by Google

bezogen, hauptsächlich Berlin, ihren Bedarf aus anderen Revieren, namentlich durch englische Kohle, die während des ganzen Jahres auf dem Wasserwege herangebracht werden konnte. Im Herbst verhinderte dann ein ungewöhnlich starker Wagenmangel die Ausnutzung der vollen Förderfähigkeit der Gruben. Günstiger lagen die Verhältnisse im laufenden Jahre. Insbesondere gelang es der oberschlesischen Kohle infolge des im März ausgebrochenen Streiks der englischen Kohlenbergleute einen Teil ihres an England verlorenen Absatzes wieder zu erobern. Ob dieses Vordringen oberschlesischer Kohle von Dauer sein wird, muß freilich erst die Zukunft lehren.

Der Absatz an oberschlesischer Kohle an die Hauptabnehmer entwickelte sich im Berichtsjahre wie folgt:

An Koks- und Cinderanstalten, Eisen-, Zink- und Bleihütten wurden 1911 5 776 408 t gegen 5 340 180 t im Vorjahre abgesetzt, d. s. 17,47 Prozent bzw. 17,09 Prozent des Gesamtabsatzes. Innerhalb des Regierungsbezirks Oppeln wurden mit der Hauptbahn 4 784 852 gegen 5 508 527 t[1]), mit der oberschlesischen Schmalspurbahn 1 931 002 t gegen 1 829 122 t im Vorjahre versandt, wobei auch Koks und Briketts inbegriffen sind. Nach den östlichen Provinzen und ihren Häfen sowie den übrigen Ostseegebieten betrug der Bahnversand 3 422 084 t gegen 2 991 218 t im Vorjahre, dem eine Einfuhr englischer Kohle in Höhe von 2 848 591 t in 1911 und 2 429 622 t in 1910 gegenüberstand.

Der Verbrauch Berlins und seiner Vororte an oberschlesischer Kohle betrug 1911 1 628 555 t, 1910 1 835 675 t, an englischer Kohle (einschließlich Koks und Briketts) 1911 1 411 944 t, 1910 1 416 680 t. Der Verbrauch oberschlesischer Kohle ist also um 207 120 t, der englischer nur um 4 736 t gesunken.

Nach Rußland und Österreich-Ungarn, den beiden hauptsächlich in Frage kommenden ausländischen Absatzgebieten oberschlesischer Kohle, konnte der Versand gesteigert werden. Er betrug

	1910 t	1911 t
nach Rußland	1 034 416	1 365 280
nach Österreich-Ungarn	7 569 949	8 337 558

Die Förderung an Eisenerzen ging im Jahre 1911 weiter zurück. Unter Hinzurechnung der in Zink- und Bleierzgruben gewonnenen Mengen betrug die Gesamtförderung an Eisenerzen 1911 150 197 t, 1910 233 823 t. Im ersten Halbjahr 1912 ist gegen die gleiche Zeit des Vorjahres allerdings wieder

[1]) Nach der amtlichen Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen.

Digitized by Google

eine kleine Mehrförderung zu verzeichnen, nämlich 80 384 t gegen 69 755 t.

Die Zink- und Bleierzgruben, deren Zahl wie im Vorjahre 22 betrug, förderten 1911 insgesamt 6,6 Prozent weniger als im Vorjahre. Dagegen ist der Geldwert der Produktion um 6,4 Prozent gestiegen. Entsprechend hob sich der Durchschnittswert einer Tonne der einzelnen Erze; nur der Wert des Schwefelkieses sank um ein Geringes. Im ersten Halbjahr 1912 weist dagegen die Förderung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine bedeutende Steigerung auf, nur die Menge der auf den Zinkerzbergwerken gewonnenen Eisenerze sank.

Die Produktion an Koks und Cinder betrug 1911 1 843 119 t, 1910 1 618 473 t, ist also gegen das Vorjahr um 13,9 Prozent gestiegen, während gleichzeitig der Wert von 21 833 279 M. in 1910 auf 25 661 092 M. in 1911, also um 17,5 Prozent stieg. Diese Steigerung setzte sich auch im ersten Halbjahr des laufenden Jahres fort. Die Erzeugung von Nebenprodukten, Teer, Teerpech, Teeröl und schwefelsaurem Ammoniak, hat gleichfalls zugenommen. Die schon im Vorjahre eingetretene Besserung in den Verhältnissen des Koksmarktes hat sich in 1911 fortgesetzt.

Die vier Brikettfabriken des Bezirks erzeugten 336 092 (331 365) t Steinkohlenbriketts im Werte von 3 680 896 M. (3 816 416 M.). Das erste Halbjahr 1912 weist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine bedeutende Steigerung der Produktion wie des Wertes auf.

An der Roheisendarstellung waren 1911 wie im Vorjahre 8 Kokshochofenwerke mit 30 betriebenen Hochöfen beteiligt. Von den beiden im Revier noch vorhandenen Holzkohlenhochöfen war einer 15 Wochen lang im Betriebe. Die auf ihn bezüglichen Zahlen sind in den Gesamtangaben mit enthalten. Die Roheisenproduktion stieg von 901 366 t auf 963 382 t, also um 6,9 Prozent, ihr Wert zuzüglich der Gußwaren erster Schmelzung von 55 898 263 M. auf 60 689 446 M., oder um 8,6 Prozent. Der Wert einer Tonne Roheisen stieg von 62,02 M. in 1910 auf 63,00 M. in 1911. Diese Besserung hielt auch im laufenden Jahre an. Im ersten Halbjahr 1912 stieg die Produktion auf 512 468 t gegen 475 277 t im ersten Halbjahr 1911, also um 7,8 Prozent, ihr Wert auf 33 411 038 M. gegenüber 29 421 942 M., oder 13,6 Prozent. Wie diese Zahlen zeigen, verlief das Jahr 1911 etwas günstiger für die Eisenindustrie als die Vorjahre. Oberschlesien konnte seinen Anteil an der Gesamtroheisenerzeugung Deutschlands um ein Geringes, nämlich von 6,10 Prozent auf 6,21 Prozent, steigern. Auch die Preise zogen etwas an. Die einzelnen Roheisensorten notierten um 2 bis 6 M. höher als im Vorjahr.

Digitized by Google

Eine Erleichterung für die Hochofenwerke bildet die am 1. Januar 1912 in Kraft getretene Ermäßigung der Frachten für Erze von den Seehäfen und den Oderumschlagstellen und die Gewährung eines neuen, besonders niedrigen Ausnahmetarifs für Erze vom Siegerland und dem Lahn- und Dillrevier nach Oberschlesien.[1])

In der Eisen- und Stahlgießerei stieg die Produktion an Gußwaren zweiter Schmelzung von 74 348 t im Jahre 1910 auf 80 992 t im Jahre 1911 oder um 8,9 Prozent. Auch 1912 hielt diese Steigerung an. Der Wert einer Tonne Gußwaren stieg von 134,39 M. im Jahre 1910 auf 136,24 M. im Jahre 1911. An Stahlformguß wurden 1911 insgesamt 19 179 t im Werte von 6 142 827 M. gegen 16 785 t im Werte von 5 482 527 M. im Jahre 1910 hergestellt. Die Beschäftigung in diesem Zweige der Eisenindustrie war ausreichend, die Preise allerdings immer noch wenig befriedigend. Besonders störend machte sich die am 1. April 1911 erfolgte Auflösung des Deutschen Gußröhren-Syndikats fühlbar.

An Flußeisen wurden 1911 1 218 277 t, 1910 1 041 800 t hergestellt. Davon stammte der bei weitem größte Teil, nämlich 877 565 bzw. 716 133 t aus Siemens-Martin-Öfen, der Rest wurde im Thomasverfahren gewonnen. Bessemereisen wird seit 1907 nicht mehr hergestellt. Die Produktion von Schweißeisen in den Puddelöfen ging von 97 385 t in 1910 auf 85 834 t im Jahre 1911 zurück, nachdem sie 1908 151 893 t, 1909 noch 112 238 t betragen hatte. In den Walzwerken wurden 1911 806 617 t Fertigfabrikate und 226 770 t Halbzeug hergestellt gegen 793 030 t bzw. 205 827 t im Jahre 1910. Der Wert der Fertigfabrikate betrug 1911 114 134 873 M., 1910 104 315 872 M. Während die Produktion an Fertigfabrikaten im Berichtsjahre um 1,7 Prozent gestiegen ist, konnte ihr Wert um 9,4 Prozent gesteigert werden. Auch im laufenden Jahre hält die Produktionssteigerung an. Im ersten Halbjahr 1912 stieg die Herstellung von Fertigfabrikaten auf 469 532 t gegenüber 424 297 t in der gleichen Zeit des Vorjahres, also um 10,7 Prozent. Allerdings stieg der Geldwert weniger rasch, nämlich von 55 630 696 M. auf 60 906 383 M., also nur um 9,6 Prozent.

In der Verfeinerungsindustrie stieg die Produktion von 250 861 t im Jahre 1910 auf 289 162 t im Jahre 1911, ihr Wert von 69 062 412 M. auf 75 586 360 M. Für das laufende Jahr liegen noch keine Zahlen vor. Die Beschäftigung in den einzelnen Zweigen der Verfeinerungsindustrie war im allgemeinen ausreichend, die Preise jedoch unbefriedigend.

[1]) Näheres darüber oben S. 90 u. 92.

Digitized by Google

Besonders wirken die Auflösung des Gas- und Siederöhren-Syndikats und der Draht-Konvention ungünstig auf die Marktlage ein.

In der Zinkindustrie stieg die Produktion an Rohzink auf 155 628 t gegenüber 139 733 t im Vorjahre, also um 11,4 Prozent, ihr Geldwert von 61 178 706 M. auf 73 984 269 M., d. h. um 20,9 Prozent. Der Wert einer Tonne Rohzink betrug 1910 437,83 M., 1911 475,39 M., also um 8,6 Prozent mehr. Im Betriebe waren wie im Vorjahre 15 Röstzinkhütten. Ihre Beschäftigung war zunächst mäßig, stieg aber im Laufe des Jahres. Auch in 1912 konnte die Produktion gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres gesteigert werden. Die 8 Zinkwalzwerke erzeugten 1910 56 485 t, 1911 61 972 t Zinkblech im Werte von 26 458 605 M. bzw. 31 692 407 M. Der Durchschnittswert einer Tonne Zinkblech betrug demnach in 1910 468,42 M., in 1911 511,41 M.

Wenig befriedigend waren ebenso wie in früheren Jahren die Absatzverhältnisse der Schwefelsäure. Die Produktion stieg, berechnet auf fünfziggrädige Säure, von 192 260 t auf 213 317 t, d. i. in beiden Jahren 1,38 t Schwefelsäure auf 1 t Rohzink, ihr Wert von 2 826 419 M. auf 3 025 438 M. Danach sank der Durchschnittswert einer Tonne von 14,70 auf 14,18 M., die Steigerung des Absatzes, die allerdings zu verzeichnen war, konnte also nur unter Preisopfern erreicht werden.

Die Produktion der beiden Blei- und Silberhütten an Blei und Glätte stieg um 2,1 Prozent, an Silber um 12 Prozent. Der Durchschnittswert einer Tonne Blei und Glätte betrug 261,26 M. in 1910 und 281,38 M im Jahre 1911, der eines Kilogramms Silber 74,22 M und 73,94 M.

In der Anlage I sind die Jahresdurchschnittslöhne der Arbeiter in den einzelnen Betrieben der oberschlesischen Montanindustrie zusammengestellt, wobei männliche Arbeiter über und unter 16 Jahren sowie weibliche Arbeiter getrennt aufgeführt worden sind. Es ergibt sich für fast sämtliche Betriebe eine Erhöhung der Löhne gegenüber dem Vorjahre.

Von den übrigen Industrien in Oberschlesien sind die Zementindustrie und die Zellstoff- und Papierfabrikation die wichtigsten. Leider ist bei beiden die Produktion nicht statistisch zu erfassen, da keine Veröffentlichungen darüber bestehen. Die Entwickelung dieser Industrien kann daher nur an der Hand der Jahresberichte der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln und der Versandzahlen auf den Staatsbahnen nach der Statistik der Güterbewegung verfolgt werden.

Die oberschlesische Zementindustrie hatte im Jahre 1910 einen sehr schweren Stand, weil es der durch hohe Eingangszölle

Digitized by Google

geschützten österreichischen Zementindustrie gelang, Oberschlesien in seinem eigensten Absatzgebiet erheblichen Abbruch zu tun. Ein Abkommen der oberschlesischen Fabriken mit dem österreichischen Zementkartell über die beiderseitigen Absatzgebiete war nach dessen Auflösung gekündigt worden, und es war natürlich, daß die österreichischen Fabriken nunmehr einen Vorstoß in das oberschlesische Absatzgebiet, Oberschlesien selbst und Sachsen, machten. Der Kampf wurde durch ein neues Abkommen beendet, das aber für Oberschlesien noch ungünstiger war als das frühere. Die österreichischen Werke erreichten nämlich, daß ihnen neben der früher schon vorhandenen Beschränkung der Ausfuhr schlesischen Zements nach Österreich und dessen ungünstiger Behandlung in bezug auf die Preise die Einfuhr größerer Mengen als bisher nach Deutschland zugestanden wurde. Im Jahre 1911 besserten sich die Verhältnisse insofern etwas, als es gelang, eine Verständigung innerhalb der oberschlesischen Werke herbeizuführen. Mit Hilfe dieses Zusammenschlusses konnte die 1911 eingetretene Absatzsteigerung so auf die Werke verteilt werden, daß die Betriebe regelmäßig beschäftigt werden konnten. Freilich war die Beschäftigung trotzdem noch nicht vollständig befriedigend, auch konnte der Zusammenschluß auf die Preise noch keine volle Wirkung ausüben, weil der größte Teil der Abschlüsse für 1911 noch vor dem Zustandekommen der Vereinigung getätigt worden war.

Der Hauptbahnversand von Zement betrug 1910 388 483 t, 1911 537 352 t, wovon 481 775 t (1910 331 161 t) ins Inland, 55 577 (57 322) t ins Ausland gingen. Innerhalb des Regierungsbezirkes Oppeln wurden 1910 203 888, 1911 235 383 t versandt. Der Inlandversand ist also stark gestiegen, der nach dem Auslande gefallen.

Auch die Zellstoff- und Papierindustrie Oberschlesiens arbeitet unter unvorteilhaften Absatzbedingungen, da auch auf diesem Gebiete das Ausland durch hohe Zölle der Ausfuhr große Schwierigkeiten entgegensetzt. Erschwert werden die Produktionsverhältnisse außerdem durch das Bestreben Österreich-Ungarns, die Holzvorräte im eigenen Lande verarbeiten zu lassen. Um das zu erreichen, wurden die Eisenbahntarife auf unbearbeitetes Holz dauernd erhöht. Da die oberschlesischen Zellulosefabriken österreich-ungarischen Holzes bedürfen, bedeuten diese Tariferhöhungen eine erhebliche Verteuerung des wichtigsten Rohstoffes. Diese Schwierigkeiten bewirkten, daß 1910 die oberschlesische Zellstoff- und Papierindustrie an dem allgemeinen Aufschwung dieses Industriezweiges in Deutschland keinen Anteil hatte. Im Inlande vermochte die Papierindustrie ihren Absatz freilich zu heben, aber vielfach nur unter Ermäßigung der Preise trotz gleichzeitigen Steigens der Rohmaterialienpreise.

Digitized by Google

1911 ist in der Beschäftigung eine Besserung eingetreten, die ebenfalls hauptsächlich in der großen Aufnahmefähigkeit des Inlandes begründet war. Aber auch der Verlauf dieses Jahres kann nicht als völlig befriedigend angesehen werden.

Der Versand an Holzstoff, Papier und Pappe betrug 1910 96 556 t, 1911 97 116 t, von denen der größte Teil, nämlich 95 716 t und 96 309 t ins Inland (außerhalb des Regierungsbezirks Oppeln), der Rest von 840 t und 807 t ins Ausland ging. Der Versand innerhalb des Regierungsbezirkes Oppeln stieg von 20 291 t im Jahre 1910 auf 21 041 t im Jahre 1911.

Die Verkehrsverhältnisse Oberschlesiens sind in den Anlagen IV bis VI zusammengestellt, aus denen der Versand und Empfang in den wichtigsten Gütern mit der Hauptbahn, der Verkehr in dem für Oberschlesien hauptsächlich in Frage kommenden Oderumschlaghafen Kosel sowie die Güterbewegung auf der den ganzen Industriebezirk durchziehenden fiskalischen Schmalspurbahn ersichtlich ist. Der gesamte Hauptbahnversand Oberschlesiens ohne den Verkehr innerhalb des Regierungsbezirks selbst betrug darnach im Jahre 1911 25 452 272 t gegen 23 125 819 t im Jahre 1910, stieg also um rund 10 Prozent, während der Empfang gleichzeitig von 3 792 508 t auf 4 486 210 t, also um 18,3 Prozent stieg. Der Hauptbahnverkehr innerhalb Oberschlesiens ging von 10 517 649 t auf 9 957 391 t, also um 5,3 Prozent zurück. Die außerordentlich ungünstige Lage der Oderschiffahrt geht aus den Zahlen über den Verkehr im Oderumschlaghafen Kosel hervor. Hier sank der Bergverkehr von 656 949 t im Jahre 1910 auf 352 799 t im Jahre 1911 oder um 46,3 Prozent, der Talverkehr gleichzeitig von 2 157 222 t auf 1 284 857 t oder um 40,4 Prozent. Der Verkehr innerhalb des Industriebezirks auf der fiskalischen Schmalspurbahn stieg von 4 363 052 t im Jahre 1910 auf 4 566 183 t im Jahre 1911, also um 4,43 Prozent.

Digitized by Google

Anlage I.

Übersicht
der in den Jahren 1910 und 1911 in der oberschlesischen Montan-Industrie verdienten Jahres-Durchschnittslöhne.

(Nach der Statistik der Oberschl. Berg- und Hüttenwerke, herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein.)

In Mark.

Betriebe	1910			1911		
	Männliche Arbeiter über 16 Jahren	Männliche Arbeiter unter 16 Jahren	Weibliche Arbeiter	Männliche Arbeiter über 16 Jahren	Männliche Arbeiter unter 16 Jahren	Weibliche Arbeiter
I. Steinkohlengruben	1 145,09	342,25	369,60	1 188,30	349,51	378,15
II. Eisenerzgruben [1])	—	—	—	—	—	—
III. Zink- und Bleierzgruben	1 056,72	254,84	322,70	1 069,10	245,39	323,42
IV. Koksanstalten und Cinderfabriken	1 121,47	385,47	417,29	1 166,17	365,60	422,53
V. Brikettfabriken	1 010,53	370,28	—	984,88	469,99	—
VI. Hochofenbetrieb	1 145,01	396,25	407,25	1 169,73	350,21	408,72
VII. Eisen- und Stahlgießerei	1 029,88	328,55	333,38	1 048,45	331,37	299,21
VIII. Fluß- und Schweißeisenerzeugung, Walzwerksbetrieb	1 094,21	423,32	419,28	1 147,19	425,30	384,33
IX. Verfeinerungsbetriebe	1 084,70	359,80	395,94	1 127,30	339,85	400,00
X. Zinkblenderösthütten	1 166,21	432,51	409,46	1 186,24	418,92	414,42
XI. Rohzinkerzeugung	1 120,76	319,09	381,50	1 172,87	314,97	390,90
XII. Zinkblechwalzwerke	1 100,02	408,74	311,55	1 104,60	410,91	278,92
XIII. Blei- und Silberhüttenbetrieb	994,28	282,13	482,50	988,56	331,79	494,58

[1]) Die Division der Lohnzahlen durch die Arbeiterzahlen gibt kein richtiges Bild von den Jahresdurchschnittslöhnen, weil nur ein Teil der Arbeiter das ganze Jahr hindurch auf den Gruben arbeitet.

Digitized by Google

Anlage II.

Die Hauptergebnisse der oberschlesischen Montan-Industrie in den Jahren 1910 und 1911.

(Nach der Statistik der Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke, herausgegeben vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein.)

Betrieb		Produktion		Geldwert der Produktion[1])		Zahl der Arbeiter		Arbeiterlöhne (Jahres-Gesamtbetrag)	
		1910 Tonnen	1911 Tonnen	1910 ℳ	1911 ℳ	1910	1911	1910 ℳ	1911 ℳ
I. Steinkohlengruben	Steinkohlen	34 446 094	36 622 969	297 215 724	305 912 035	117 977	117 791	126 565 216	130 830 020
II. Eisenerzgruben	Eisenerze	196 294	142 152	1 177 620	823 482	1 477	1 404	853 341	923 513
III. Zink- und Bleierzgruben	Galmei	129 223	118 960	1 582 500	1 639 738	12 414	11 863	10 938 096	10 595 162
	Zinkblende	400 514	375 210	27 975 835	30 214 679				
	Bleierze	54 608	47 722	4 731 200	4 584 459				
	Eisenerze	37 529	8 045	230 657	51 780				
	Schwefelkies	7 130	10 557	92 098	130 089				
IV. Koks-Anstalten und Cinderfabriken	Koks	1 523 966	1 723 226	21 257 834	24 971 097	3 692	3 956	3 612 522	4 004 866
	Cinder	94 507	119 893	575 445	689 995				
	Teer	122 709	133 838	2 377 782	2 955 396				
	Schwefelsaures Ammoniak	26 305	30 182	5 956 336	7 173 469				
V. Brikettfabriken	Steinkohlenbriketts	331 365	336 092	3 816 416	3 680 896	315	348	250 415	298 972
Eisenhütten.									
VI. Hochofenbetrieb	Roheisen	901 366	963 382	55 898 263	60 689 446	4 872	4 989	4 895 950	5 119 426
	Blei	179	102	49 310	31 267				
	Ofenbruch usw.	2 266	779	78 955	68 445				

Digitized by Google

VII. Eisen- u. Stahlgießerei	Gußwaren 2. Schmelzung	74 348	80 992	9 991 644	11 034 421	3 411	3 679	3 255 662	3 560 577
	Stahlformguß	8 902	10 049	3 036 180	3 377 547				
VIII. Fluß- u. Schweißeisenerzeugung, Walzwerksbetrieb	Stahlformguß	7 883	9 130	2 446 347	2 765 280	19 111	19 688	19 700 481	21 220 487
	Halbzeug	205 827	226 770	20 304 242	22 401 934				
	Fertigerzeugnisse der Walzwerke	793 030	806 617	104 315 872	114 134 873				
IX. Verfeinerungsbetriebe	Erzeugnisse aller Art	250 861	289 162	69 062 412	75 586 360	13 779	14 737	13 607 225	15 096 767
Zink- u. Bleihütten.									
X. Zinkblenderösthütten	Schwefelsäure, berechnet als 50-grädige Säure	192 260	213 317	2 826 419	3 025 438	2 745	2 791	2 885 507	2 983 170
	Wasserfreie flüssige schweflige Säure	2 332	2 357	116 570	117 850				
XI. Rohzinkdarstellung	Rohzink	139 733	155 628	61 178 706	73 984 269	8 171	8 592	7 885 824	8 679 135
	Zinkstaub	5 950	15 016	2 465 910	2 833 118				
	Zinkoxyd	—	58	—	14 500				
	Blei	1 309	1 485	322 712	396 392				
	Kadmium	1,1	42,9	165 166	224 254				
XII. Zinkblechwalzwerke	Zinkblech	56 485	61 972	26 458 605	31 692 407	1 037	1 147	1 089 882	1 209 202
	Blei	414	475	97 126	122 603				
XIII. Blei- und Silberhütten	Blei	41 261	41 811	10 736 440	11 731 695	816	810	791 437	773 114
	Glätte	3 076	3 441	846 992	1 001 209				
	Silber	9,5	10,6	703 792	785 365	189 817	191 795	196 331 558	205 294 411

[1]) Teilweise geschätzt.

Digitized by Google

Anlage III.

Die Hauptergebnisse der oberschlesischen Montan-Industrie im 1. Halbjahr 1912, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres.

(Nach der Zeitschrift des Oberschl. Berg- u. Hüttenmännischen Vereins, Augustheft 1912.)

Betrieb		Produktion 1911 Tonnen	Produktion 1912 Tonnen	Geldwert der Produktion 1911 ℳ	Geldwert der Produktion 1912 ℳ
I. Steinkohlengruben	Steinkohlen	17692033	19907079	146740259	165538415
II. Eisenerzgruben	Eisenerze	64235	77484	371992	494366
III. Zink- und Bleierzgruben	Galmei	54411	66273	780004	1012399
	Zinkblende	175606	194726	13452182	16589170
	Bleierze	23017	23371	2077631	2768248
	Eisenerze	5520	2900	35860	20255
	Schwefelkies	5016	6289	61791	77199
IV. Koksanstalten und Cinderfabriken	Koks	833645	943256	11550271	13435349
	Cinder	49627	66197	289753	363553
V. Brikettfabriken	Steinkohlenbriketts	163306	183339	1801143	2074966
Eisenhütten.					
VI. Hochöfen	Roheisen	475277	512468	29421942	33411038
	Blei	111	79	34191	29737
	Ofenbruch usw.	319	545	25902	44248
VII. Eisen- u. Stahlgießereien	Gußwaren 2. Schmelzung	37476	44201	5121204	6061213
	Stahlformguß	7382	8675	2306762	2730732
VIII. Fluß- u. Schweißeisenerzeugung, Walzwerksbetrieb	Stahlformguß	1635	1777	510440	593415
	Halbzeug	114544	120334	9878008	10078471
	Fertigerzeugnisse d. Walzwerke	424297	469532	55630696	60906383
Zink- u. Bleihütten.					
IX. Zinkblenderösthütten	Schwefelsäure, berechnet als 50-gräd. Säure	103286	121360	1423031	1704345
	Wasserfreie flüssige schweflige Säure	972	1210	48625	59200
X. Rohzinkdarstellung	Rohzink	77506	82215	34799968	40234386
	Zinkstaub	2043	3675	847223	1746189
	Blei	733	597	185224	186847
	Kadmium in kg	20845	21833	106332	139223
XI. Zinkblechwalzwerke	Zinkblech	33892	25639	16724845	13711243
	Blei	231	171	55245	52362
XII. Blei- und Silberhütten	Blei	20265	21494	5293937	6959972
	Glätte	1732	1259	480905	433700
	Silber in kg	5868	6385	429697	519289

Digitized by Google

Anlage IV.

Verkehr auf der oberschlesischen Schmalspurbahn.

(Nach Ermittelungen der Königlichen Eisenbahndirektion Kattowitz.)

Lfde. Nr.	Bezeichnung der Güter	Versand im Jahre 1910	1911
1	Eisenerze	334 206	279 423
2	Schwefelkies	7 129	10 102
3	Schlacken	78 133	87 389
4	Zink- und Bleierze	625 191	645 350
5	Roheisen	143 364	144 235
6	Steinkohlen und Koks	1 829 122	1 931 002
7	Kalksteine und Dolomit	561 416	592 467
8	Blei und Zink	32 980	23 133
9	Holz	45 009	41 993
10	Eisen- und Maschinenteile	57 945	47 306
11	Stoffe zum Spülversatz	265 139	281 360
12	Kalk	12 348	11 037
13	Sand	61 674	84 634
14	Ziegel	79 172	102 751
15	Schutt und Räumasche	53 387	69 243
16	Zünder und Lösche	126 376	150 269
17	Sonstige Güter	50 461	54 539
	Zusammen	4 363 052	4 556 183

Digitized by Google

Anlage V.

Versand und Empfang des Regierungsbezirks Oppeln in den Hauptgütern im Jahre 1911.

(Nach der Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt.)

Name des Verkehrsbezirks	Versand an										Empfang an					
	Steinkohlen, Steinkohlenkoks und -Briketts t	Roheisen t	Eisen und Stahl t	Blei t	Zink t	Schwefelsäure t	Zement- und Zementwaren t	Holzeugmasse t	Papier und Pappe t	Gütern insgesamt t	Weizen, Roggen, Hafer und Gerste t	Holz t	Kartoffeln t	Mehl t	Vieh Stück	Gütern insgesamt t
Prov. Ostpreußen	698576	—	4878	21	—	—	11198	—	395	751300	1	249	1368	—	4168	18774
Prov. Westpreußen	972800	10	14115	46	586	16786	32720	—	1051	1091781	50	943	781	50	12843	12323
Ostpreuß. Häfen	164564	—	4388	12	676	—	—	—	89	179282	—	249	31	40	347	21325
Westpreuß. Häfen	326664	150	22848	62	1014	31	586	—	219	364223	1	101	—	—	449	183304
Prov. Pommern	738536	107	8775	25	—	—	3004	706	76	792724	41	57	325	—	1102	20440
PommerscheHäfen	431518	85	15288	900	21611	—	294	—	3651	488031	6	—	—	35	3	186664
Prov. Posen	2126218	1098	40926	357	839	7987	119650	22	1900	2567573	16023	6043	5914	19812	75727	195233
Reg.-Bez. Oppeln	4784852	88539	284553	6872	28024	57051	235383	11647	9394	9957391	116213	659068	69552	82369	88687	9957391
Stadt Breslau	1027510	5551	83478	3174	7327	1576	36734	76	23293	1417001	1084	2149	145	5398	28662	183119
Reg.-Bez. Breslau und Liegnitz	2555257	27932	81340	2489	5725	32885	167669	23013	7167	3449907	16256	71298	5933	19705	30200	1385838
Berlin und Berl. Vororte	968779	374	65873	4080	12927	113	—	10	11153	1138971	3	124	10	68	992	97934
Summe Inland (ohne Oppeln)	12197198	50304	473151	15296	89530	66620	481775	32197	64112	15096905	33884	84332	14702	45682	160789	2857784

Digitized by Google

Rußland und Polen	1365280	6588	3609	3491	11475	3941	8397	67	1	1509874	19296	146419	61278	12	151657	673678
Österreich-Ungarn	8337558	7542	12838	12927	23640	23825	46846	96	604	8775683	20028	274347	5255	878	661539	941023
Balkanländer	4488	—	23614	436	707	832	334	—	6	50545	50	114	—	—	—	6624
Summe Ausland	9708245	14130	45822	16904	38029	28598	55577	163	644	10355367	39374	420880	66533	890	815597	1628426
Zusammen 1911	21905443	644345	1897332	200	12755935	2185373	5232	3606	4756	25452727	273260	5052123	1235	46572	9763864	486210
Zusammen 1910	19898802	944924	317072	3184	11154160	938	3884	3056	1659	23125819	3456	1462518	527	17620	5510277	623792	508

Verkehr im Oderumschlaghafen Cosel 1910 und 1911.

Anlage VI.

(Nach Zahlen der Königlichen Eisenbahndirektion Kattowitz.)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	Bergverkehr								Talverkehr							
Jahr	Eisenerze t	Zinkerze t	Schwefelkiesabbrände t	Phosphate t	Alteisen t	Roheisen t	Übrige Güter t	Gesamtverkehr t	Kohle t	Eisen t	Getreide t	Blei t	Rohzink t	Holz t	Übrige Güter t	Gesamtverkehr t
1910	331565	72496	92940	60064	8082	15543	77259	656949	2021303	31215	19323	522	30253	12070	42536	2157222
1911	119907	44752	104799	25422	9398	6591	41930	352799	1208181	21703	4098	941	11529	8672	29733	1284857

Digitized by Google

Ostdeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-G., Posen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Stanford University Libraries
3 6105 005 634 428

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA 94305-6004

Digitized by Google

Digitized by Google